

Iran: 5 Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes S. 30

Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 243, 13. 02. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Interview mit BAP zur geplatzten DDR-Tournee Seite 40

Eine bisher nicht ins Auge gefaßte Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer mißlichen sicherheitspolitischen Lage wenigstens zum Teil zu befreien wäre, ihr einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben. Wohlgemerkt einen eigenen Finger!

Roland Koller

Wieder im Gespräch:

Deutsche Atomwaffen?

„...Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand". Der Mann, der sich das wünscht, heißt Roland Koller. Er ist Major der Reserve. Das ist an sich nicht sehr aufregend, denn Spinner gibt es viele und unter den Reserveoffizieren vielleicht sogar überdurchschnittlich viele. Interessant wird Kollers Atom-Phantasie aber dadurch, daß er Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München ist und daß er seine Sehnsucht nach dem Finger am Abzug in der bundeswehr-nahen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" (Nr.1/84) publizieren kann. Und das ist kein Blättchen, in dem normalerweise jeder Reservemajor, der irgendeinen inneren Drang verspürt, seine Schnapsideen abladen darf. Man muß schon schlußfolgern, daß „an höherer Stelle" jemand daran interessiert ist, das Thema deutsche Atomwaffen in den einschlägigen Kreisen wieder einmal ins Gespräch zu bringen — wobei man sich gegebenenfalls von Kollers Vorstellungen leicht als Privatideen eines untergeordneten Dienstgrades distanzieren kann. In der Öffentlichkeit blieb das Plädoyer für den deutschen Griff nach den neuen Atomraketen völlig unbeachtet. Dabei wäre doch ein „Koller-Skandal" hundertmal sinnvoller gewesen als der „Kießling-Skandal". Der ARBEITERKAMPF dokumentiert die wesentlichen Teile von Kollers Aufsatz:

...Weil unseren Verbündeten nicht zu trauen ist

Die Forderung nach Atomwaffen in deutscher Hand begründet R. Koller mit Zweifeln in die Zuverlässigkeit der mit der BRD verbündeten Atommächte. Diese werden im Ernstfall, sagt Koller, sich nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen.„*D.h., die für den Schutz Westdeutschlands in erster Linie zuständige Protektoratsmacht USA wird ihre atomaren Waffen erst dann einsetzen, wenn entweder ihr Heimatgebiet unmittelbar und ernsthaft von sowjetischen Waffen bedroht oder ihre zur UdSSR gleichrangige Machtstellung massiv gefährdet ist.*" Also nicht, solange es lediglich um Sonderinteressen der BRD geht. Ebenso würden auch Frankreich und Großbritannien ihre Atomwaffen nur dann ins Spiel bringen, wenn sie selbst direkt bedroht wären. (Es ist zu beachten, daß Koller damit Amok gegen die heiligsten Kühe von Bundeswehr und Bundesregierung läuft, nämlich die unbedingte Zuverlässigkeit unserer NATO-Verbündeten auch in atomaren Angelegenheiten.

Die BRD kann folglich, schreibt R. Koller, eine g l a u b w ü r d i g e „atomare Abschreckung" nur d a n n ausüben, wenn sie selbst und direkt „ **einen eigenen Finger am atomaren Abzug**"hat. Das dürfte jedoch nicht bloß eine Fiktion im Sinne einer „Mitbestimmung" sein, bei der die letzte Entscheidung doch nur bei den USA liegt. Sondern es müsse schon eine reale Verfügungsgewalt sein. **„Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand."** Für halbe Sachen ist Reservemajor Koller offensichtlich nicht zu haben: Nicht bloß Kleckerkram (taktische Atomwaffen mit relativ kurzer Reichweite) gehört in die bewährte deutsche Hand, sondern Waffen, die bis weit in die Sowjetunion hineinreichen.

Fortsetzung S. 19

Kohl deckt jeden!

Es gibt Affären und Affären. Solche die das Land erschüttern, und solche, über die man zur Tagesordnung übergeht. Solche die die Ehre der ganzen Streitmacht beleidigen, und solche, die keinem wehtun. Sie werfen ein Licht auf die Regierung, aber auch auf die Opposition. Diese — Sozialdemokraten wie Grüne (und natürlich auch die CSU) — badet mit Genuß in der Wörner/Kießling-Affäre. Da meint man, auf einer Welle massenhafter Zustimmung zu schwimmen, wenn man sich eines armen, unschuldigen Generals annimmt. Die SPD schützt die Bundeswehr vor den „Stümpern" der Hardthöhe und des MAD: Sowas wäre ihr nie passiert. Für Sozialdemokraten gibt es nicht Schöneres als die Gelegenheit die CDU rechts zu überholen.

Es stimmt halt einfach, wenn die „FAZ" dazu schreibt, man könne nicht die Diskriminierung der Schwulen beklagen und sich gleichzeitig darüber erregen, daß einem General „zu Unrecht Homosexualität vorgeworfen" wird. Entweder es ist ein „Vorwurf", oder es ist keiner.

Die Grünen (Ausnahme natürlich Bastian) sind da vorsichtiger. Sie amüsieren sich über den „Trottel" Kohl. Der kennt doch nur eins: *„Hauptsache Strauß bleibt in München"*. Joschka Fischer super-souverän: *„Ich bin fast versucht, die Kollegen von der CSU aufzufordern, und diesen Auftritt nicht länger vorzuenthalten"*. Der Furchtlose gibt's dem Angsthasen — das bringt Stimmen!

Hat jemand mitbekommen, daß das „parlamentarische Bein der Friedensbewegung" in diesen amüsanten Wochen ein einziges Mal nach möglichen politischen oder militärischen Hintergründen der Affäre auch nur gefragt hat? Hat Bastian ein einziges Mal aus dem Nähkästchen geplaudert? Interessiert es irgendeine Sau, daß Herr Kießling in der NATO-Zentrale für solche Kleinigkeiten wie die Startbahn West zuständig war? Ausbau der hiesigen NATO-Infrastruktur für Einsätze (nicht nur) in Nahost? Das kümmert die Grünen genauso wenig wie die „taz", denn im Libanon ist ja auch nur „Gefahr im Verzug" — will sagen, das verzieht sich schon wieder. Dafür hat man 100 Mitarbeiter (wissenschaftliche!) in der Fraktion.

Der „Trottel" Kohl stolpert also von

Irrtum ist, daß Ziesel ein „Alt"-Nazi wäre. Er ist eine der Schlüsselfiguren der „Braunzone", sitzt gewissermaßen an der Nahtstelle zwischen CDU/CSU und NPD/DVU. Seine „Deutschland-Stiftung" hat das Ziel, Bindeglied zwischen Konservativen und Faschisten zu sein. Wehrsportgruppe — National- und Soldaten-Zeitung — Deutschlandstiftung — CDU/CSU: die jeweiligen Übergänge sind fließend. Kohl weiß das, weil Ziesel ein alter Kumpel ist: Er kennt ihn, wie er ohne zu zögern bekennt, seit 1959 „persönlich" (wir kennen ihn auch: als Prozeßgegner). Das nimmt dem Kanzler keiner übel, solange er ein „Trottel" ist: Der tappt halt „in jedes Fettnäpfchen". Angesichts von Vorhaltungen über Ziesels Tätigkeit beim „Völkischen Beobachter" kann Kohl im Bundestag auch sagen: *„Darüber ist die Geschichte längst hinweggegangen"*. Ein „Trottel" blickt zwar nicht durch, aber l ü g e n tut er nun auch wieder nicht. Dazu ist der viel zu doof.

In Israel meinte der Kanzler während einer Unterhaltung in den Räumen der Knesset, die Geschichte sei sowohl vorbei, als auch wirke die Vergangenheit in Deutschland irgendwo nach: **„Da gibt es wie in einer Familie Bluts- und Erbbande"**. Reichlich vertrottelt! SPD-Ehmke zitierte das unter dem Oberbegriff „Geschmacklosigkeiten", aber keine Zeitung nimmt es auf. „Geschmacklosigkeiten" Kohls gibt es ja s o viele, da fällt das gar nicht auf. Irgendwie prickelt diese Affäre nicht genug, geht nicht richtig ab oder was. Jedenfalls reicht das nie und nimmer für eine Rücktrittsforderung, damit würde man sich nur lächerlich machen.

Bleibt die „Geschmacklosigkeit" der Waffen für Saudi Arabien. Ein ärgerliches Thema für Rechte wie Linke, weil die Rechten nicht direkt anti-israelisch sein wollen, und die Linken nicht direkt pro-israelisch. Jeder weiß, wie schmutzig die Weste der israelischen Regierung in der Frage des Waffenexports ist. Da fallen unsere eigenen paar Flecken kaum auf, nicht? Mensch geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sowas in der Friedensbewegung kein Thema ist. Erst recht gibt es nix her für einen Skandal. Und so wird denn eine winzig-kleine „stern"-Meldung (Nr. 6/84), wonach der Rüstungskonzern Rheinmetall, **welcher „geschäftliche**

Nicaragua

„...Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand". Der Mann, der sich das wünscht, heißt Roland Koller. Er ist Major der Reserve. Das ist an sich nicht sehr aufregend, denn Spinner gibt es viele und unter den Reserveoffizieren vielleicht sogar überdurchschnittlich viele. Interessant wird Kollers Atom-Phantasie aber dadurch, daß er Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München ist und daß er seine Sehnsucht nach dem Finger am Abzug in der bundeswehr-nahen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" (Nr.1/84) publizieren kann. Und das ist kein Blättchen, in dem normalerweise jeder Reservemajor, der irgendeinen inneren Drang verspürt, seine Schnapsideen abladen darf. Man muß schon schlußfolgern, daß „an höherer Stelle" jemand daran interessiert ist, das Thema deutsche Atomwaffen in den einschlägigen Kreisen wieder einmal ins Gespräch zu bringen — wobei man sich gegebenenfalls von Kollers Vorstellungen leicht als Privatideen eines untergeordneten Dienstgrades distanzieren kann. In der Öffentlichkeit blieb das Plädoyer für den deutschen Griff nach den neuen Atomraketen völlig unbeachtet. Dabei wäre doch ein „Koller-Skandal" hundertmal sinnvoller gewesen als der „Kießling-Skandal". Der ARBEITERKAMPF dokumentiert die wesentlichen Teile von Kollers Aufsatz:

...Weil unseren Verbündeten nicht zu trauen ist

Die Forderung nach Atomwaffen in deutscher Hand begründet R. Koller mit Zweifeln in die Zuverlässigkeit der mit der BRD verbündeten Atommächte. Diese werden im Ernstfall, sagt Koller, sich nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen.„*D.h., die für den Schutz Westdeutschlands in erster Linie zuständige Protektoratsmacht USA wird ihre atomaren Waffen erst dann einsetzen, wenn entweder ihr Heimatgebiet unmittelbar und ernsthaft von sowjetischen Waffen bedroht oder ihre zur UdSSR gleichrangige Machtstellung massiv gefährdet ist.*" Also nicht, solange es lediglich um Sonderinteressen der BRD geht. Ebenso würden auch Frankreich und Großbritannien ihre Atomwaffen nur dann ins Spiel bringen, wenn sie selbst direkt bedroht wären. (Es ist zu beachten, daß Koller damit Amok gegen die heiligsten Kühe von Bundeswehr und Bundesregierung läuft, nämlich die unbedingte Zuverlässigkeit unserer NATO-Verbündeten auch in atomaren Angelegenheiten.

Die BRD kann folglich, schreibt R. Koller, eine g l a u b w ü r d i g e „atomare Abschreckung" nur d a n n ausüben, wenn sie selbst und direkt „ **einen eigenen Finger am atomaren Abzug**"hat. Das dürfte jedoch nicht bloß eine Fiktion im Sinne einer „Mitbestimmung" sein, bei der die letzte Entscheidung doch nur bei den USA liegt. Sondern es müsse schon eine reale Verfügungsgewalt sein. **„Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand."** Für halbe Sachen ist Reservemajor Koller offensichtlich nicht zu haben: Nicht bloß Kleckerkram (taktische Atomwaffen mit relativ kurzer Reichweite) gehört in die bewährte deutsche Hand, sondern Waffen, die bis weit in die Sowjetunion hineinreichen.

Fortsetzung S. 19

In dieser Ausgabe:
- 10 Jahre Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages
- BRD — Im Ernstfall Atomwaffenstaat
- BRD — Plutoniumwirtschaft und Nukleare Planungsgruppe S. 19 ff.
- Geheimdokumente der NATO-Stabsübung „Wintex-81" S. 24 ff.

passiert. Für Sozialdemokraten gibt es nicht Schöneres als die Gelegenheit die CDU rechts zu überholen.

Es stimmt halt einfach, wenn die „FAZ" dazu schreibt, man könne nicht die Diskriminierung der Schwulen beklagen und sich gleichzeitig darüber erregen, daß einem General „zu Unrecht Homosexualität vorgeworfen" wird. Entweder es ist ein „Vorwurf", oder es ist keiner.

Die Grünen (Ausnahme natürlich Bastian) sind da vorsichtiger. Sie amüsieren sich über den „Trottel" Kohl. Der kennt doch nur eins: *„Hauptsache Strauß bleibt in München"*. Joschka Fischer super-souverän: *„Ich bin fast versucht, die Kollegen von der CSU aufzufordern, und diesen Auftritt nicht länger vorzuenthalten"*. Der Furchtlose gibt's dem Angsthasen — das bringt Stimmen!

Hat jemand mitbekommen, daß das „parlamentarische Bein der Friedensbewegung" in diesen amüsanten Wochen ein einziges Mal nach möglichen politischen oder militärischen Hintergründen der Affäre auch nur gefragt hat? Hat Bastian ein einziges Mal aus dem Nähkästchen geplaudert? Interessiert es irgendeine Sau, daß Herr Kießling in der NATO-Zentrale für solche Kleinigkeiten wie die Startbahn West zuständig war? Ausbau der hiesigen NATO-Infrastruktur für Einsätze (nicht nur) in Nahost? Das kümmert die Grünen genauso wenig wie die „taz", denn im Libanon ist ja auch nur „Gefahr im Verzug" — will sagen, das verzieht sich schon wieder. Dafür hat man 100 Mitar-

jedes Fettnäpfchen". Angesichts von Vorhaltungen über Ziesels Tätigkeit beim „Völkischen Beobachter" kann Kohl im Bundestag auch sagen: *„Darüber ist die Geschichte längst hinweggegangen"*. Ein „Trottel" blickt zwar nicht durch, aber l ü g e n tut er nun auch wieder nicht. Dazu ist der viel zu doof.

In Israel meinte der Kanzler während einer Unterhaltung in den Räumen der Knesset, die Geschichte sei sowohl vorbei, als auch wirke die Vergangenheit in Deutschland irgendwo nach: **„Da gibt es wie in einer Familie Bluts- und Erbbande"**. Reichlich vertrottelt! SPD-Ehmke zitierte das unter dem Oberbegriff „Geschmacklosigkeiten", aber keine Zeitung nimmt es auf. „Geschmacklosigkeiten" Kohls gibt es ja s o viele, da fällt das gar nicht auf. Irgendwie prickelt diese Affäre nicht genug, geht nicht richtig ab oder was. Jedenfalls reicht das nie und nimmer für eine Rücktrittsforderung, damit würde man sich nur lächerlich machen.

Bleibt die „Geschmacklosigkeit" der Waffen für Saudi Arabien. Ein ärgerliches Thema für Rechte wie Linke, weil die Rechten nicht direkt anti-israelisch sein wollen, und die Linken nicht direkt pro-israelisch. Jeder weiß, wie schmutzig die Weste der israelischen Regierung in der Frage des Waffenexports ist. Da fallen unsere eigenen paar Flecken kaum auf, nicht? Mensch geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sowas in der Friedensbewegung kein Thema ist. Erst recht gibt es nix her für einen Skandal. Und so wird denn eine

Krefeld-Prozesse:

Show-down gegen die Militanten

Eigentlich war es ein Prozeß wie jedes andere der Krefeld-Verfahren: eine konstruierte Anklage, ein dämlicher Polizeizeuge sowie Richter, die politische Gesinnung und Prozeßverhalten mindestens ebenso hoch werteten wie die Beweislage — und doch kam es anders als erwartet. Am Montag vergangener Woche wurde die 25-jährige Hamburgerin Beate Wolter vor dem Landgericht in allen Anklagepunkten freigesprochen. Das Mitglied der Hamburger Sanitätergruppe hatte zuvor fast sieben Monate in Untersuchungshaft gesessen.

Die noch laufenden und anhängigen Verfahren jedoch gehen in gewohnter Manier weiter: Gesinnungsjustiz gegen den militanten Flügel der Antikriegsbewegung, teilweise begünstigt durch eine geradezu halsbrecherische Prozeßstrategie der Angeklagten.

Hoch flogen die Sektkorken, als Beate bereits eine Woche vor der Urteilsverkündung wegen offensichtlich *„nicht dringendem Tatverdacht"* auf freien Fuß gesetzt wurde. Der „Gerichtspoker" hatte ihr unvermutet einen „Royal Flash" in die Hand gemischt, wie es

dringendem Tatverdacht" auf freien Fuß gesetzt wurde. Der „Gerichtspoker" hatte ihr unvermutet einen „Royal Flash" in die Hand gemischt, wie es

einer ihrer Anwälte bildhaft bewertete. Der Hauptbelastungszeuge, ein Beamter namens Salmikeit , der mit seinen 28 Jahren immer noch Truppführer im Range eines POM bei der Wuppertaler Bereitschaftspolizei ist, hatte seine Zeugenunfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis bestellt. Angeblich beobachtete Steinwürfe und Stockhiebe schrumpelten nach geschickten Fragen der Verteidiger im Laufe des Verfahrens auf Wurf- und Schlagbewegungen, die er Beate ausführen gesehen haben will. Auch die Untersuchung der Asservate ergab eklatante Widersprüche zwischen seinen Wahrnehmungen und den vorliegenden Beweisstücken. Als zuguterletzt auch noch zwei Beamte einer angeblich von Beate und fünf anderen Demonstranten angegriffenen SEK-Einheit aussagten, sie hätten sich weder an der angegebenen Stelle befunden, noch seien sie überhaupt angegriffen worden, da war die Luft raus. Selbst der Staatsanwalt konnte nur noch auf Freispruch plädieren, obschon er aus Beates Teilnahme und ihren mitgeführten Verbandsmaterialien — im Rechtsdeutsch: „Vorbereitungen auf Gewalttaten" — liebend gern eine (gesetzlich nicht abgesicherte) Beteiligung und Beihilfe zum Landfriedensbruch konstruiert hätte. Da nach vorliegendem Fotomaterial der Ermittlungsbehörden Beate allerdings unbehelmt an der Anti-Bush-Demonstration teilgenommen hatte, mißlang auch sein Versuch, diese „passive Bewaffnung" als Mosaikstein eines „schweren Landfriedensbruchs" einzuordnen. Freispruch in allen Punkten inclusive Entschädigung für rund 200 Tage Untersuchungshaft lautete das Urteil, in dem der Vorsitzende Richter Hoberg nebenbei ungewöhnlich kritische Worte für die Beweismittelerhebung der Exekutive fand, „die es dem Gericht nicht leicht gemacht" habe und manche, letztendlich entlastende Unterlagen erst auf hartnäckiges Bohren der Verteidigung rausrückte. Das von Beate und ihrer Soligruppe gewählte Konzept, auch auf eine Ausschöpfung der juristischen Möglichkeiten zu setzen, und zu diesem Zweck mit den zwei ausgebufften Anwälten Wolfgang Weckmüller (Bochum) und Hartmut Scharmer (Hamburg) in den Prozeß zu ziehen, war voll aufgegangen. Glück, mangelnde Intelligenz des Hauptbelastungszeugen („Ich bin nix, ich kann nix — gebt mir eine Uniform!") sowie geradezu provinzielle Schlampereien der Krefelder Polizei ergänzten die bewährte Taktik, in Landfriedensbruchprozessen die Anklagevertreter so lange manövrieren und sich festlegen zu lassen, bis mit gezielten, herzlosen Tritten das ganze Gebilde zerlegt werden kann.

Dabei waren die Voraussetzungen alles andere als aussichtsreich für Beate gewesen, nachdem sie am 25. Juni 1983 bei der Krefelder Anti-Bush-Demonstration autonomer und antiimperialistischer Gruppen festgenommen worden war. Sie gehörte zu jenen 39 Festgenommenen, bei deren Verfahren die Ermittlungsbehörden und Nordrhein-Westfalens Landesregierung davon ausgingen, daß *„Aussicht auf Erfolg"* bestehe, wie es Innenminister Schnoor (SPD) bereits wenige Tage nach der Demo im Landtag kundtat. „Erfolg" im Sinne einer nachträglichen justiziellen Bereinigung jener polizeitaktischen Pannen, die ein paar Schatten auf das deutsch-amerikanische Freundschaftsspektakel geworfen hatten, und der Landesregierung nicht nur herbe Schelte der CDU-Opposition und der konservativen Presse eingebracht hatten, sondern auch dem Bundesinnenminister ein weiteres Mal die Gelegenheit gaben, der Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen das Wort zu reden. Dieser „Erfolg" war monatelang billig zu haben: Trotz dürftigster Ermittlungslage wurden von anfangs 14 unhaltbaren Haftbefehlen gerade die Hälfte außer Vollzug gesetzt und die Gefangenen systematisch auf verschiedene Knäste verteilt, um eine gemeinsame Prozeßvorbereitung zu verhindern.

BISHERIGE URTEILE

Vor dem Landgericht (Vorwurf in der Regel nach § 125a, das heißt schwerer Landfriedensbruch)

Holger Deilke: 21 Monate ohne Bewährung
Karin Gehrmann: 16 Monate ohne Bewährung
Annette Hellmann: 1000,- DM Geldstrafe
Beate Wolter: Freispruch
Dorothee Peters: 18 Monate ohne Bewährung
Jörn Aalborn: 3 Monate ohne Bewährung

Vor dem Amtsgericht (Strafbefehle wegen Widerstand und Körperverletzung)
Heiko: Einstellung gegen DM 200,- nach § 153a StPO
Jürgen: 900,- DM
Thomas: 4 Monate auf Bewährung und 900,- DM

In den meisten Fällen sind Staatsanwaltschaft und/oder Verteidigung in die Berufung gegangen.

Nicht zuletzt blockierten jene unglückseligen Distanzierungen des Bonner KoA die Möglichkeit, über das autonome und antiimperialistische Spektrum hinausreichende Solidarisierungen mit den Angeklagten zu bewirken. Die gänzlich konträren Meinungen unter den Soligruppen über „Erfolg" oder „Mißerfolg" der Anti-Bush-Demo wie auch über die Prozeßstrategien machten zudem ein einheitliches Vorgehen vor Gericht unmöglich. So kam es, daß in einigen Fällen die Anwälte/-innen ohne Unterstützung der Angeklagten oder gar gegen sie die Verteidigung durchziehen mußten, was einen Aktivisten zu der bissigen Bemerkung brachte, daß *„einige halt die höchste Stufe politischer Erleuchtung im Knastkampf hinter den Mauern sehen."*

Das ganze Klima war zielstrebig auf Gesinnungsurteile ausgerichtet. In ihrer abschließenden Prozeßerklärung führte Beate Wolter dazu aus, es sei nicht Ziel gewesen, Straftaten zu verfolgen, sondern *„den Teil des politischen Widerstandes zu kriminalisieren, welcher sich nicht auf staatlich gebilligten Protest einschränken läßt"*. Noch in der Januar-Ausgabe des GdP- Magazins „Deutsche Polizei" wurde von einem schon etwas zurückliegenden Gespräch zwischen GdP-Chef Schröder und NRW-Ministerpräsident Rau berichtet, in dessen Verlauf sich der oberste Polizeigewerkschaftler beklagte, daß *„die Polizeibeamten , die sich mit den gewalttätigen Störern herumschlagen müssen, kein Verständnis mehr dafür (haben), wenn namentlich bekannte Straftäter von Krefeld weiter in der Gegend herumreisen und das Demonstrationsrecht mißbrauchen können, ehe auch nur einer für zurückliegende Taten vor Gericht zur Rechenschaft gezogen wurde"*. Unter diesen übergeordneten Interessen wurden dann auch die ersten beiden Krefeld-Urteile von einem in Staatsschutzprozessen erfahrenen Richter erwartungsgemäß mit erbarmungsloser Härte gefällt: 21 Monate ohne Bewährung lautete das Urteil gegen Holger Deilke, dem keine konkrete Straftat bewiesen werden konnte, der aber vor allem aufgrund der Aussage zweier Ärzte, sie hätten ihm bei seiner ambulanten Krankenhausbehandlung zwei Steine aus der Tasche geklaubt, als erstes abschreckendes Beispiel herhalten mußte. Mit 16 Monaten ohne Bewährung gegen Karin Gehrmann aus Köln setzte diese Strafkammer gleich noch einen drauf, und nur bei allerhartnäckigster Verteidigung konnte das Strafmaß in den folgenden Verfahren einigermaßen niedrig gehalten werden, wobei es allerdings nur vereinzelt gelang, die offensichtlichen Falschaussagen der (noch) gerichtsunerfahrenen Polizeizeugen aus NRW zu widerlegen. In allen bisherigen Prozessen wurde zudem die bloße

gerichtsunerfahrenen Polizeizeugen aus NRW zu widerlegen. In allen bisherigen Prozessen wurde zudem die bloße

Teilnahme oder die Ausrüstung mit Selbstschutzkleidung als strafverschärfend gewertet — eine gerichtliche Festschreibung von „Tatbeständen", die eine gesetzliche Verschärfung des § 125 schon fast überflüssig erscheinen läßt.

Wer allerdings gedacht hatte, Beates Freispruch würde dem Verurteilungsreigen ein Ende setzen, sah sich zwei Tage später übel getäuscht. Ihre so betont „rechtsstatlich" urteilende Kammer verknackte Dorothee Peters aus Düsseldorf auf ebenfalls dünner Beweisgrundlage zu eineinhalb Jahren ohne Bewährung, nachdem sogar der Staatsanwalt „nur" zwölf Monate mit Bewährung gefordert hatte. Dorothees ungeschminktes Bekenntnis zum militanten Widerstand (Die Steine von Krefeld seien „bis ins Weiße Haus geflogen und wie jede gesprengte Brücke ein Baustein im Kampf gegen die Imperialisten", zitiert nach „taz" vom 10.2.1984) brachten ihr einen fetten Gesinnungszuschlag ein. *„Die ham' sich verhalten wie jemand, der seinen schwerbewaffneten Gegner mit 'ner Wasserpistole zum Duell herausfordert, anstatt möglichst zu versuchen, ihm in den Rücken zu fallen"*, beschrieb ein Mitglied von Beates Soligruppe das Prozeßverhalten der „Antiimpis", wodurch es Karin Gehrmanns Richtern beispielsweise äußerst leichtgemacht wurde, mit der Begründung, sie habe sich zum *„militanten Widerstand bekannt"* und *„in der Hauptverhandlung ‚politisch' verteidigt"*, im Urteil knallhart zuzuschlagen.

Obwohl die Prozesse nicht schlecht besucht sind, ist der Kreis der Interessierten nach wie vor recht klein und isoliert. Nach den ersten Horrorurteilen haben die überregionalen Blätter wie gewohnt ihre Berichterstattung eingestellt, nur zwei regionale Tageszeitungen und die „taz" sind noch regelmäßig in den Gerichtssälen vertreten.

„Vielleicht bin ich naiv", sinnierte eine Prozeßbeobachterin nach Beates Freispruch, *„aber vielleicht könnte der kollektive Prozeßbesuch einiger Sprecher der Friedensbewegung, die sich jetzt ja allmählich in Worten zu entdistanzieren beginnen, dazu beitragen, den schönen alten Slogan der Anti-AKW-Prozesse wiederzubeleben. Damals hieß die Antwort auf ‚Angeklagter, stehn Sie auf!' unisono ‚Angeklagt? Wir Alle!' "*

Ein Versuch könnte zumindest nicht schaden.

hg

Nationales Solidaritätskonto:
Anke Pütz
PschA Essen
Kto.Nr. 333 257 432

AK-Redaktion in eigener Sache

Der im AK 242 dokumentierte „Aufruf: Grüße an politische Gefangene" sowie der daneben stehende Artikel „Illegales Informationssystem" von O. aus München sind bei einigen Lesern (und vielleicht auch Leserinnen?) auf heftige Kritik gestoßen. Soweit ein alltäglicher Vorgang, der weder berichtet noch kommentiert werden müßte. Nun wird aber, neben der Kritik an den Texten selbst, uns, also der Redaktion, vorgeworfen, wir hätten Aufruf und Artikel nicht einfach „unkommentiert" abdrucken dürfen. Vielmehr, wir hätten unsere entschiedene Mißbilligung der Texte deutlich zum Ausdruck bringen müssen, um klar zu machen, „wie der KB dazu steht"

Gerade d a s wird aber vermutlich den mehr als einmaligen Lesern (und Leserinnnen) des AK kein Geheimnis sein: Wir sehen sowohl im Artikel wie mehr noch in dem dokumentierten Aufruf Züge einer arg sektiererischen Politik in der Solidaritätsarbeit, die die jeweils angestrebten praktischen Zwecke einer für revolutionär gehaltenen Heilsmission unterordnet. Punkt. Wer zum KB in einem vertraulichen Verhältnis steht — und gerade aus diesem Kreis kommen die uns bisher zugegangenen Proteste! —, wird wohl wissen, daß genau diese Auseinandersetzung von uns bereits vor wenigen Jahren, während des letzten großen Hungerstreiks der Gefangenen, geführt worden ist. Seither sind wir in d e n Kreisen, für die die „Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF" Lebensmittelpunkt und Zentrum der poli-

Kreisen, für die die „Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF" Lebensmittelpunkt und Zentrum der poli-

tischen Aktivität ist, als linker Flügel des BKA bestens bekannt.

Das ist das eine. Das andere ist unsere Praxis bei der Veröffentlichung von Texten im AK. Damit verhält es sich nämlich so, wie fast überall auf der Welt: Namentlich gezeichnete Beiträge sowie als solche kenntliche Text-Nachdrucke (Dokumentationen) geben die Meinung des Autors/ der Autorin wieder. Vielleicht und unter Umständen auch die der Redaktion, aber das wird in der Regel nicht eigens angemerkt. Ebenso wie wir im Allgemeinen darauf verzichten, solche Texte zu kommentieren und zu benoten, um jedesmal zweifelsfrei zu klären, „wie der KB dazu steht". (Was übrigens bisweilen auch schwer wäre, da der KB zu manchen Dingen überhaupt nicht steht, sondern irgendeine andere Haltung einnimmt).

Es scheint uns höchst einleuchtend, daß es anders überhaupt nicht sein könnte: Würde die Redaktion einzelne Dokumentationen benoten oder einzelne Artikel durch den Vermerk „Diskussion" als ideologisch nicht stubenrein stempeln, so müßte das geneigte ebenso wie das abgeneigte Publikum geradezu zwangsläufig schlußfolgern, daß dann wohl a l l e ü b r i g e n Artikel und Nachdrucke, die keine spezielle Benotung und Distanzierung aufweisen, im wesentlichen die Meinung der Redaktion wiedergeben. Da uns das unerwünscht wäre, kämen wir am Ende nicht umhin, den gesamten AK von vorn bis hinten konsequent durchzuzensieren und durchzukommentieren. Wer den KB schon kannte, als er erst so klein und dann so groß war, wird sich noch an alte Zeiten erinnern, als der AK wirklich weitgehend „aus einem Guß" war und nahezu jeder einzelne Satz als gültiger „Standpunkt des KB" gelten konnte, sofern nicht ganz ausdrücklich „Diskussion" über der Seite stand. Diese Zeiten sind tatsächlich — sagen wir mal: bis auf weiteres — vorbei. Wenn es heute in raren Ausnahmefällen immer noch gelegentlich vorkommt, daß wir uns von einem Artikel oder einer Dokumentation kritisch absetzen, so ist das eher ein Zugeständnis an noch vorhandene Mißverständnisse über die Funktion des AK und die Arbeitsweise der Redaktion.

Zur Vermeidung eines weiteren möglichen Mißverständnisses: Natürlich spricht aus unserer Sicht „im Prinzip" nichts dagegen, sich mit Texten wie denen, die Anlaß der oben erwähnten Proteste sind, kritisch auseinanderzusetzen. Nämlich dann, wenn jemand Zeit dafür hat und sich einigermaßen kompetent fühlt, und wenn eine Auseinandersetzung gerade mit d i e s e m Thema und zu diesem Zeitpunkt für nötig und zweckmäßig gehalten wird. Also dann, wenn wir der Meinung sind, etwas sagen zu müssen und zu können, und nicht bloß, damit die Sache einen offiziellen Stempel hat, aus dem sich mit einem Blick erkennen läßt, „wie der KB dazu steht."

Es sei zum Schluß nicht verschwiegen, daß jene bis zum Überdruß bekannte Art von „Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand" davon lebt, daß die Linke die Solidarität weitgehend den oben erwähnten „antiimperialistischen" Kreisen überläßt. Solange die Linke — wir eingeschlossen — zum Thema weder praktisch noch konzeptionell viel auf die Beine bringt, wird es einschlägig Interessierten immer wieder gelingen, Kampagnen um Texte zu gruppieren, die stellenweise den Charakter eines „antiimperialistischen" Glaubensbekenntnisses haben und die für eine breitere Solidaritätsarbeit — und allenfalls eine solche kann praktische Erfolge bringen, auch wenn das vielleicht noch in zehn Jahren kein „Antiimpi" kapieren wird — nutzlos sind.

Schon zum dritten Mal innerhalb von wenigen Monaten mußten wir uns darauf aufmerksam machen lassen, daß ein im AK veröffentlichter Artikel zum Teil aus anderen Publikationen abgeschaut bzw. nicht allzu eigenschöpferisch nacherzählt war. Die Unverfrorenheit oder auch Unbekümmertheit — wie soll man es nun nennen? — ging im Detail so weit, daß komplette Sätze teils wörtlich abgeschrieben, teils geringfügig umformuliert wurden. All dies, ohne daß die Leihgaben im Text oder in Fußnoten

schrieben, teils geringfügig umformuliert wurden. All dies, ohne daß die Leihgaben im Text oder in Fußnoten

als solche kenntlich gemacht worden waren.

Denen, die's angeht, wird hiermit die Gelbe Karte gezeigt. Den Bestohlenen sagen wir auf diesem Wege unser Bedauern. (In einem Fall ist das auch schon brieflich getan worden). Gleichzeitig muß klargestellt werden: Es ist uns im Allgemeinen vollständig unmöglich solche Kuckuckseier zu erkennen und auszusortieren, bevor sie im AK landen und das Malheur passiert ist. Wir können im Wesentlichen nur auf die Ehrlichkeit und Vernunft der Autorinnen und Autoren vertrauen — und das reicht leider doch nicht immer aus, wie sich gezeigt hat.

Ein Appell an die Autorinnen und Autoren: Wenn ihr euch in einem Artikel an vorliegende Publikationen enger anlehnt (was ja nicht unbedingt verkehrt zu sein braucht) und euch selbst nicht sicher seid, wieweit das überhaupt zulässig ist und ob ihr eure Quellen ausreichend gekennzeichnet habt, so schickt uns bitte zusammen mit dem Manuskript auch Kopien der wesentlichen von euch mitbenutzten Quellen.

AK-Redaktion

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nicaragua:

Die Invasionsdrohung bleibt — Die Revolution auch!

Fortsetzung von S.1

Atempause — aber keine Ruhe

Bei einer diplomatischen Offensive vor der UNO erreichte die sandinistische Regierung, daß in einer Resolution „die von außen unternommenen Angriffe gegen Nicaragua ..." (11) verurteilt wurden. Jedoch nicht allein dieser kleine Erfolg führte dazu, daß die Contadora-Verhandlungen in ihrem Bemühen um eine friedliche Lösung im Mittelamerika-Konflikt Ende November eine neue Qualität erreichen konnten. Die USA, die bislang die Initiativen der Contadora-Gruppe (Venezuela, Kolumbien, Panama, Mexiko) mit ihrer Politik der massiven Militärpräsenz in der Region blockiert hatten, mußten aufgrund unterschiedlicher Gründe und Bedingungen eine militärische Option zurückstellen.

In einem geheimen Memorandum des Pentagon, in dem die innenpolitischen und militärischen Voraussetzungen für eine Intervention in Nicaragua analysiert werden, wird ein Einsatz von US-Streitkräften als „innenpolitisch zu kontrovers" ausgeschlossen (12). Sowohl die Haltung des Kongresses (13), als auch die der katholischen Kirche (14) in den USA wird als Hindernis für ein bewaffnetes Eingreifen in Mittelamerika angesehen.

Daß die Intervention im November/Dezember doch nicht stattfand, ist aber letztlich darauf zurückzuführen, daß das nicaraguanische Volk bewaffnet ist. Neben den regulären Streitkräften sind über 100.000 Nicaraguaner/innen in Milizen, Reservebataillonen, Zivilverteidigungsbrigaden usw. organisiert. Neben der moralischen Kampfkraft, den Guerillaerfahrungen, die im Krieg gegen Somoza gesammelt wurden, aber auch der Kenntnis der unwegsamen Grenzgebiete und Gebirgsregionen, ist es die von allen Berichten aus Nicaragua bestätigte Entschlossenheit der Massen, ihre Revolution zu verteidigen, die die Invasoren bei einem Einmarsch vor die Perspektive stellt, in einen äußerst lang dauernden Volkskrieg verwickelt zu werden. Ob sich die Reagan-Administration das im Wahljahr würde leisten können, ist zu bezweifeln.

In einem anderen Bericht des CIA, aus dem die „Washington Post" Ende November zitierte, geht hervor, daß die „Contras" auch bei noch größerer Unterstützung durch die USA die Sandinisten nicht besiegen könnten, und daß ihre Unterstützung in der Bevölkerung nicht groß genug ist, um die Regierung von innen her zu gefährden (15).

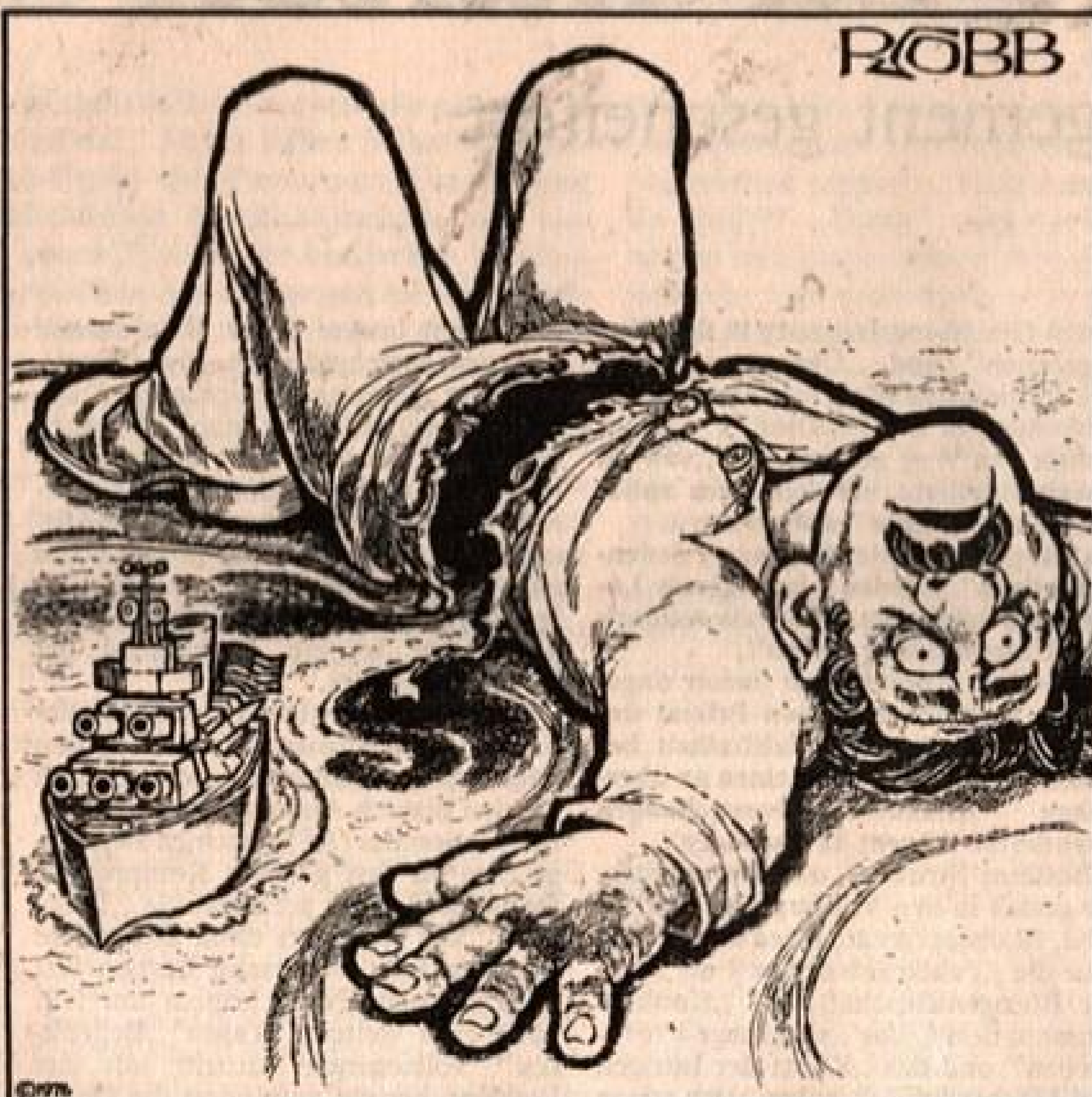
Die sandinistische Regierung veranlaßte eine Reihe von Maßnahmen, die einseitig einen Schritt in Richtung Erfüllung des 21-Punkte Programms der Contadora bedeuten (17). In der letzten Novemberwoche verließen etwa

laßte eine Reihe von Maßnahmen, die einseitig einen Schritt in Richtung Erfüllung des 21-Punkte Programms der Contadora bedeuten (17). In der letzten Novemberwoche verließen etwa

tausend Kubaner — vor allem Lehrer und Techniker — das Land. Daniel Ortega erklärte, Nicaragua könne auf die kubanischen Militärberater verzichten, sofern auch aus den Nachbarstaaten alle ausländischen Berater abgezogen würden (18). Da es sich bei den Kubanern hauptsächlich um Lehrer handelt, klingt die Erklärung glaubhaft, daß es sich um eine Routine-Rückkehr handelt, da die Schulferien begonnen haben (19). Sollte jedoch der Abzug der Kubaner endgültig sein, so wäre diese Maßnahme für den Wiederaufbauprozeß des Landes einschneidend, da der Mangel an ausgebildeten Kadern und Fachleuten ein großes Problem darstellt.

Gleichzeitig begannen die Sandinisten interne Gespräche mit verschiedenen Sektoren der Opposition: Mit den bürgerlichen Parteien, Privatunternehmern, der Tageszeitung „La Prensa" und der katholischen Kirchenhierarchie. Das Ergebnis war die praktische Aufhebung der Pressezensur und die Ankündigung eines Wahlgesetzes zu den Wahlen 1985. Des weiteren wurde von Ruben Zamora, dem Sprecher der politisch-diplomatischen Kommission der FDR/FMLN (El Salvador) die Verlegung des FDR-Büros von Managua nach Mexiko angekündigt, „um Reagan einen Invasionsvorwand wegzunehmen" (20).

Am 1. Dezember wurden aufgrund einer Generalamnestie für Miskito-Gefangene 350 Miskitos freigelassen, um die gespannte Situation an der Atlantikküste zu entschärfen und eine interne Liberalisierung zu signalisieren. Am 4. Dezember folgten zwei Dekrete des Staatsrates, die sehr unterschiedlich bewertet werden. Das erste Dekret sieht eine Amnestierung aller „Contras" vor, die bereit sind, ihre Waffen abzugeben und sich in die sandinistische Gesellschaft zu integrieren. Außerdem bietet es den im Ausland lebenden Nicaraguanern an, daß das ihnen konfiszierte Land zurückgegeben wird oder daß sie dafür entschädigt werden, wenn sie zurückkehren. Ausgenommen sind die ehemaligen Offiziere der Nationalgarde Somozas, die Führer der konterrevolutionären Truppen und Personen, die eine Intervention ausländischer Mächte in Nicaragua befürworten (21). Das zweite Dekret kündigt an, daß ab dem 31. Dezember 1983 die Wahlen für 1985 eingeleitet werden.



Diese Zugeständnisse, die die Sandinisten im voraus machen, ohne daß zu erwarten ist, daß z.B. die US-Militärberater aus El Salvador oder Honduras abgezogen werden, oder daß auch in Guatemala freie Wahlen stattfinden, zeigen, daß die Sandinisten bereit sind, einen hohen Preis zu zahlen, mit dem Zweck, die Interventionspläne der USA international zu isolieren. Denn das, was die einheimische Bourgeoisie als „Öffnung" bezeichnet (22) und der FSLN selbst als „konsequente Weiterführung der Demokratisierung der Revolution" verstanden wissen will, ist tatsächlich Ausdruck einer aktiven Politik der Sandinisten, um Zeit zu gewinnen. Jedoch, wie hoch der Preis für diese Politik ist, bzw. welche Konsequenz seine Zahlung nach sich ziehen kann, ist zur Zeit nicht definitiv zu beurteilen.

Preis für diese Politik ist, bzw. welche Konsequenz seine Zahlung nach sich ziehen kann, ist zur Zeit nicht definitiv zu beurteilen.

Politisch-diplomatische Kriegsführung: CONTADORA und Kissinger-Kommission

Auf der 5. Konferenz der vier Contadora-Staaten und der fünf betroffenen mittelamerikanischen Länder am 7./8.1.84 in Panama wurde ein Dokument mit dem Titel „Normen für die Anwendung der in Absichtserklärungen übernommenen Verpflichtungen" unterzeichnet, das im wesentlichen auf dem 21-Punkte-Friedensplan der Contadora-Gruppe basiert. Die wichtigsten Punkte beinhalten eine Rüstungskontrolle, den allmählichen Abzug aller ausländischen Militärberater, die Unterbindung von Waffentransfers sowie jeglicher Form von Unterstützung an Organisationen, die von dem Gebiet eines mittelamerikanischen Staates aus destabilisierende Aktionen gegen die Regierung eines anderen Staates unternehmen. Außerdem die von den USA geforderte „Demokratisierung" auf Grundlage einer „nationalen Aussöhnung" und „Gerechtigkeit, Freiheit und die volle Achtung der Menschenrechte" (23). Es wurden 3 Arbeitskommissionen gebildet, die praktische Anregungen zur Umsetzung des Abkommens bis spätestens 30.4.84 ausarbeiten sollen.

Da die Realisierung der Verhandlungsergebnisse „von dem politischen Willen der einzelnen Regierungen abhängt" (24), dürfte für Guatemala, Honduras und El Salvador klar sein, daß sie keine konkreten Schritte in Richtung Contadora unternehmen werden. Parallel dazu legte die von Henry Kissinger geleitete Mittelamerika-Kommission am 11. Januar das Ergebnis ihrer Arbeit vor. Im Kern enthält der Bericht die Empfehlung, neben wirtschaftlicher Hilfe eine drastische Aufstockung der US-Militärhilfe an diejenigen Länder zu geben, „die nicht von Cuba oder der Sowjet-Union abhängig sind". Vorgesehen ist ein 8-Milliarden-Dollar-Plan für die Jahre 1984 - 90. Ein Viertel soll in eine neu zu gründende Entwicklungsorganisation (CADO) fließen, wobei die Voraussetzung für die Aufnahme in CADO die Mitgliedschaft in einem regionalen Militärbündnis ist.

Zusätzlich fordert die Kommission eine europäische Beteiligung an der Finanzierung dieses „Hilfsprogramms". Eine positive Reaktion kam prompt von Bundesaußenminister Genscher, der die zuständige EG-Kommission um Prüfung bat, ob ein Kooperationsabkommen geschlossen werden könnte (25).

Hinter der Bildung und der Tätigkeit der Kissinger-Kommission und der Contadora stehen jeweils verschiedene Beweggründe und Interessenkonstellationen. Gemeinsam ist beiden, daß sie sich auf der Ebene der politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Nicaragua und den USA bewegen. Dabei versucht Nicaragua, bestehende Widersprüche in der Region (26) und zwischen den imperialistischen Staaten der NATO für sich zu nutzen. Auf der anderen Seite versuchen die USA, einer Isolierung ihres Kriegskurses in der Region entgegen zu wirken und gleichzeitig Verbündete für diesen Kurs bei der Stange zu halten, bzw. zu gewinnen.

USA, einer Isolierung ihres Kriegskurses in der Region entgegen zu wirken und gleichzeitig Verbündete für diesen Kurs bei der Stange zu halten, bzw. zu gewinnen.

Die Kissinger-Kommission wurde im Juli 83 von Reagan berufen, um einen „nationalen Konsens" in der nordamerikanischen Öffentlichkeit für einen aggressiveren Kurs gegenüber Mittelamerika herzustellen. Nach außen stellt das Ergebnisdokument der Kommission eine Bestätigung der bisherigen Reagan-Linie dar, wenn auch nach innen bestehende Widersprüche zwischen Republikanern und Demokraten nicht ausgeräumt wurden.

Der Anlaß des ersten Zusammenkommens der Contadora-Gruppe im Januar 83 war der zu dieser Zeit drohende Ausbruch eines offenen Krieges zwischen Honduras und Nicaragua. Dabei waren die Contadora-Staaten von dem eigenständigen Interesse geleitet, eine militärische Eskalation zu verhindern, da eine Regionalisierung der kriegerischen Auseinandersetzungen den Regimes in diesen Ländern selbst gefährlich werden könnte. Damit ergibt sich für die Contadora-Staaten die Situation, daß sie aus dem oben genannten Grund zwar gegen eine Invasion von US-Truppen sind, aber auch den revolutionären Prozeß in Mittelamerika in ihrem (zum Teil sozialdemokratischen) Sinne kanalisieren wollen.

Verschiedene Stimmen ziehen daraus den Schluß, Nicaragua sei auf dem Wege, sich einer Sozialdemokratisierung zu unterwerfen. Diesen Befürchtungen liegt jedoch eine Überschätzung der realen Druckmittel der Contadora zugrunde, und es wird weiterhin übersehen, daß die Bezugnahme auf die Contadora eine bewußte Entscheidung der Sandinisten und ein Bestandteil ihrer diplomatischen Taktik ist.

Gleichzeitig ist sie Ausdruck einer Unterschätzung der Stärke der FSLN in Nicaragua. Der Beweis, daß die Sandinisten nicht der Illusion anheimfallen, durch Zugeständnisse den Frieden garantieren zu können, ist gerade die Tatsache der erfolgreichen Mobilisierung und fortgesetzten Bewaffnung der Bevölkerung zur Verteidigung ihrer Revolution.

Internationalismus-Kommission KB Göttingen

Anmerkungen

1) entfällt
2) FR, 13.1.84
3) FR, 8.11.83
4) SZ, 22.11.83
5) ebd.
6) vgl. Heritage-Studie und Santa-Fé Dokument
7) Im Falle der „Grenada-Mission" wurde von US-Strategen die mangelnde propagandistische Vorbereitung der öffentlichen Meinung bemängelt, die dazu führen konnte, daß im ersten Moment die internationalen Reaktionen nicht durchweg positiv waren.
8) Reagan in einer Rede zu Ehren der im Libanon und Grenada gefallenen US-Soldaten am 4.11.83 in Cherry Point/USA, FR, 7.11.83
9) CONDECA = Mittelamerikanischer Militärpakt, Guatemala, El Salvador, Honduras, s. AK 240, S. 5
10) z.B. die Beteiligung von CIA-Angehörigen bei der Sprengung der Versorgungseinrichtungen des wichtigen Öl-Hafens Nicaraguas Corinto (SZ und FR, 25.11.83), der Luftangriff auf den internationalen Flughafen Managuas (ides 157)
11) SZ, 14.11.83
12) taz, 21.11.83
13) Der Kongreß hat sich wiederholt gegen die Operationen der „Contras" ausgesprochen, die Mittel dafür gestrichen und in einem Kompromiß mit dem Senat nur widerwillig 24 Millionen Dollar bewilligt.
14) Als Konsequenz wird in dem Geheimpapier empfohlen, die Konflikte zwischen Kirche und Regierung in Nicaragua in der Presse stärker zu betonen. (taz, 21.11.83)
15) FR, 2.12.83
16) FR, ebd.
17) Diesem 21-Punkte-Programm hatten die Außenminister der mittelamerikanischen Staaten Ende September 1983 zugestimmt.
18) ides Nr. 165, 2.12.83
19) ENVIO, Nr. 30, S. 8
20) ides, Nr. 165, 2.12.83
21) vgl. ENVIO, Nr. 30, S. 8 u. LN 123, S. 33
22) LN, 123, S. 33
23) ides, 179, 13.1.84
24) ebd.
25) taz, 13.1.84
26) z.B. kam es in Costa Rica in der regierenden Partei zu Spaltungen, wobei vorläufig die „Gemäßigten" über die Konservativen die Überhand gewannen. Resultat war die Deklaration der „aktiven und unbewaffneten, ständigen Neutralität" sowie der Rücktritt des rechten Außenministers Volio (nach ENVIO Nr. 30, S. 9).



Werkzeug für Nicaragua

Am 20.12. letzten Jahres startete die te benötigte Material und Werkzeug

Werkzeug für Nicaragua

Am 20.12. letzten Jahres startete die erste Arbeitsbrigade aus der BRD und Westberlin zum Kaffeepflücken nach Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung hat sich auf Grund der bisher positiven Erfahrungen, in Absprache mit der hiesigen Solidaritätsbewegung entschlossen, weitere Arbeitsbrigaden nach Nicaragua einzuladen.

Die zweite Arbeitsbrigade, die Ende Februar nach Nicaragua fliegen wird, hat nach der bisherigen Planung in erster Linie Bauarbeiten durchzuführen.

Am 4.2. fand in Hamburg ein regionales Vorbereitungstreffen statt, auf dem eine Gruppe von 16 Frauen und Männern zusammengestellt wurde. Kriterien für die Auswahl waren u.a. Spanischkenntnisse, handwerkliche Fähigkeiten und politischer Hintergrund der einzelnen Bewerber. Die jetzt ausgewählten Teilnehmer kommen aus unterschiedlichen beruflichen Bereichen und arbeiten in den verschiedensten Berufen und politischen Gruppen und Initiativen. Auf dem Vorbereitungstreffen konnten drei schon jetzt feststehende Projekte vorgestellt werden.

1) Instandsetzung eines Hauses, das im Befreiungskrieg stark beschädigt wurde, es soll als Mehrzweckzentrum benutzt werden. Es steht in der Nähe von Managua.

2) Mithilfe beim Bau von Häusern für 70 Flüchtlings-Familien, die nach dem Kooperativen-System umgesiedelt werden, in der Region Nueva Guinea.

3) Der Bau von 80 Häusern mit zugehöriger Infrastruktur (Brunnen, Latrinen etc.) in der Region San Juan del Sur.

In diesen drei Projekten werden ca. 85 Brigadisten arbeiten. Nicaragua ist aufgrund von Versorgungsschwierigkeiten und Devisenknappheit nicht in der Lage, alles zum Bau der Projekte benötigte Material und Werkzeug zu beschaffen.

Benötigt werden für die Projekte: Motor- und Kreissägen, Bohrmaschinen und Bohrer aller Art, ein Schweißgerät, Hämmer, Schraubenzieher, Stecheisen, Wasserwaagen, Feilen, Fuchsschwänze, Bügelsägen, Winkel, Zangen, Hobel, Maurerkellen, Spaten, Schaufeln, Schraubenschlüssel, sowie Nägel und anderes Material.

Da die Arbeitseinsätze teilweise unter schwierigen klimatischen Verhältnissen erfolgen, sind insbesondere auch Regenzeug und Arbeitshandschuhe erforderlich.

Es ist geplant, diese Artikel, unter anderen den Landarbeitern der Finca, auf der die erste norddeutsche Brigade zur Zeit Kaffe pflückt, zu überlassen.

Wir möchten insbesondere Handwerker, aber auch alle anderen, die nicht benötigtes, aber noch gut brauchbares Werkzeug haben, auffordern dieses im Kinderhaus Heinrichstr. 14 a werktags zwischen 12 und 14 Uhr abzugeben.

Da abzusehen ist, daß insbesondere die benötigten Maschinen auf diesem Wege in nicht ausreichender Menge vorhanden sein werden und außerdem diverses Spezialwerkzeug benötigt wird, möchten wir alle mit Nicaragua solidarischen Menschen und Organisationen auffordern, mit Geldspenden unsere praktische Arbeit in Nicaragua zu unterstützen.

Konto: Mittelamerika-Koordination
Stichwort: Werkzeug für Nicaragua
Dresdner Bank, Nr. 444462001

Der Unterstützerkreis für die Arbeitsbrigaden trifft sich jeden zweiten Montag (das nächste Mal am 20.2.) in der ESG Grindel um 20 Uhr!

Kontakt: Bernd, Telefon 040/23 16 41

Bastian nicht zu halten

Grünes Krisenmanagement gescheitert

Daß die Grünen fast nur mit ihren Skandalen in die Schlagzeilen der Presse und in die ARD-„Tagesthemen" vordringen, haben sie ein bißchen auch sich selbst zuzuschreiben. Nach dem breiten „öffentlichen Interesse" an den Fällen Vogel und Hecker, hat Gert Bastian für seinen Präventivschlag Mentalität und Arbeitsweise der Mediengeier clever zu nutzen gewußt. Seine Austrittsdrohung von Anfang Januar mußte — Entschuldigung für das geschmacklose Bild — einschlagen wie eine Bombe.

Dabei war alles so gut gemeint: Wenn in der Grünen Partei und deren Bundestagsfraktion *„Kräfte nach vorne drängen, die Ziele und Inhalte grüner Politik in nicht länger vertretbarer Weise zu verändern beginnen"* (aus Bastians erstem Brief an die Fraktion), dann muß eben unverzüglich gehandelt werden. Daß mit Gert Bastian jemand, der erst vor einem Jahr zum Zwecke seiner Bundestagskandidatur in die grüne Partei eingetreten ist, sich zum ultimativen Interpreten grüner Ziele ernennt, wäre vielleicht noch hinzunehmen. Mehr als befremdlich wird diese Anmaßung allerdings, wenn Bastian seine persönlichen Anliegen — die zweifellos von anderen grünen Abgeordneten geteilt werden — ohne weiteres zu d e n grünen Zielen und Inhalten schlechthin erklärt. Die „wesensfremden Beschlüsse" zur Rotation und zur Bonner Bürogemeinschaft und der „Mangel an interfraktioneller Harmonie und Solidarität" sind für Bastian vor allem deshalb untragbar, weil sie die *„überfällige Entwicklung tragfähiger Konzepte grüner Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik verhindern"*. In welche Richtung diese „tragfähigen Konzepte" gehen sollen, wurde schon an der Hubschrauber-Affäre deutlich, als Bastian — souverän und ohne Rücksicht auf bindende Beschlüsse der Grünen — die Linie der Partei und den „Wählerwillen" neu interpretierte, indem er behauptete, die Grünen seien für die *„Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation"*.

Das ist der politische Kern des Konflikts, der in der öffentlichen Darstellung des Skandals unter zuverlässiger Mithilfe der grünen Fraktionsführung fast völlig vernebelt worden ist. Bastians immer wieder zitierte Klagen über die *„nicht am Erfordernis parlamentarischer Wirksamkeit"* orientierte Struktur der Bürogemeinschaft gehören in seinem Brief nur *„zur Begründung im einzelnen"*. Nämlich zur Begründung des zentralen Vorwurfs, grüne Ziele würden nach links hin verfälscht und die „außen-, sicherheits- und deutschlandpolitischen Konzepte" (und nur zu deren Ausarbeitung sind die geforderten vier „wissenschaftlichen Mitarbeiter" so unentbehrlich) würden verhindert.

> Ein klärendes Wort
>
> „Die an seinen Forderungen laut gewordene Kritik, er wolle statt Basisdemokratie Führungsprinzipien der Bundeswehr durchsetzen, weist Bastian entschieden zurück. Auch in der Bundeswehr gäbe es viel häufiger Teamwork als 'die Hand an der Hosennaht'."

Der erste der drei Punkte „zur Begründung im einzelnen" macht Bastians politische Ziele deutlich und spielt in den wochenlang vorgetragenen Beschwichtigungsformeln der grünen Krisenmanager entsprechend nur eine sehr untergeordnete Rolle:

- Die „dem Kommunistischen Bund entstammende ehemalige 'Z-Fraktion' " habe mit ihrer „geschickt und diszipliniert gehandhabten Kadertaktik" — („Besetzung von Schlüsselpositionen mit teils altbewährten, teils neugewonnenen Gesinnungsfreunden in den Parteigremien" und „Überstimmen der unkoordinierten Mehrheit der Andersdenkenden in der Fraktion") — einer Politik den Weg geebnet, die „sowohl gewaltorientierte, als auch stark antiamerikanische Züge" aufweise.

- „Blockübergreifende grüne Friedensinitiativen" würden „im eigenen Lager mehr hämische Kritik als solidarische Unterstützung finden".

- Es werde „bundesweit immer ungenierter versucht, der vom Primat der Ökologie und der Gewaltfreiheit bestimmten grünen Politik einen an überholten Klassenkampfvorstellungen orientierten Akzent aufzuprägen".

Bastians Struktur- und Klimakritik, die gezielt in den Vordergrund gespielt wird, ist dagegen zum einen keineswegs neu: die „Fehlkonstruktion" der Bonner Bürogemeinschaft, die „Konkurrenzsituation", das „ehrgeizige Profilstreben" und das „Klima der Intrigen und Machtkämpfe" haben auch schon andere beklagt. Zum anderen wirkt es nicht sonderlich überzeugend, wenn dieser Kritik aus dem Munde des ausgerechnet durch seine militärische Laufbahn für k o m p e t e n t geltenden grünen „Sicherheitsexperten" gleich noch mit Hilfe eines Ultimatums Nachdruck verliehen wird. Bastians Klage schließlich über die Verwendung von Teilen der Abgeordnetendiäten für **„wesensfremde Zwecke wie Bundesarbeitsgemeinschaften, Regionalbüros und Ökofonds"** wirkt angesichts von 5,4 Millionen DM Personalkosten bei einem Fraktionsetat von 7 Millionen DM deplaziert. (Angaben nach „taz" vom 9.2.)

Die ersten Stellungnahmen grüner Abgeordneter nach Veröffentlichung des Bastian-Briefes waren geprägt einerseits von Befremden über die Austrittsdrohung, andererseits aber von Verständnis für die vorgetragene Kritik. Wolfgang Ehmke (BaWü) betont in seiner „Persönlichen Erklärung" sogar das Verdienstvolle an Bastians Brief: *„Der Hauptgrund, warum Ger. Bastian die Fraktion nicht verlassen sollte, ist aber nach meiner Ansicht der, daß positive Veränderungen noch möglich erscheinen (gerade w e g e n seiner deutlichen Kritik)."*

Antje Vollmer (NRW), die vergleichsweise scharf Bastians Behauptung von der Dominanz der Z-Fraktion widersprach und seine Berufung auf den Wählerwillen als einen „ganz fatalen Irrweg" bezeichnet, hält ihm (und auch Petra Kelly) *„Erschöpfung, Enttäuschung, Verbitterung über 'ehrenrührige Kritik' an Dir und besonders an Petra"* als besonders exponierten Repräsentanten der Partei zugute.

Eine eindeutige Zurückweisung von Bastians politischen Anliegen hat es aus den Reihen der Fraktion im wesentlichen nur durch Jürgen Reents gegeben — ein weiterer Beleg für die nicht so rosige Situation der *„dem Kommunistischen Bund entstammenden Z-Fraktion"*, womit, wie der clevere Wolfgang Ehmke gegenüber der „taz" (19.1.) enthüllte, *„wohl das gesamte linke Spektrum gemeint"* sei. Ein Antrag des Hamburger Nachrückers Christian Schmidt (nicht „Z", aber „linkes Spektrum") an die Fraktion mußte als hoffnungslos zurückgezogen werden: *„Die Fraktion v e r u r t e i l t den von Gert Bastian unternommenen Versuch, die notwendige Diskussion um politische Effektivität mit der Drohung zu verbinden, die Fraktion zu verlassen. (...) Ebenso hat die Fraktion k e i n Verständnis für die Anmaßung, die in Gerts Aussage angelegt ist, als fraktionsloser Abgeordneter die 'wahren' grünen Politikinhalte vertreten zu wollen."* In dem Beschluß der Fraktionsklausur vom 12.1. kommt das böse Wort „Verurteilung" nicht vor. Es wird aber festgehalten, *„daß inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Mitgliedern nicht über die Frage des Austrittes bei Mitnahme des Mandats angegangen werden dürfe"* („taz" 13.1.). Wolfgang Ehmke und Roland Vogt, die neben Petra Kelly als weitere potentielle Austrittswillige verdächtigt wurden (werden?), verließen bei der Abstimmung den Saal.

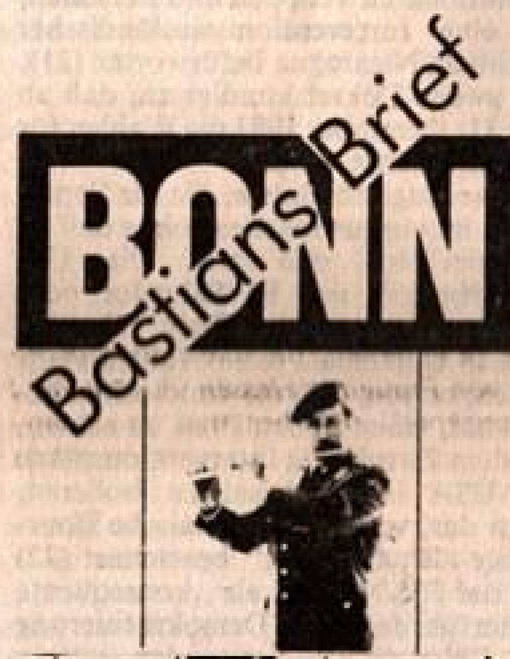
Mit ihrer bis zur Fraktionsklausur am 7.2. eingeschlagenen Linie der Entspannung und Kompromißfindung wollte die Fraktionsführung den Konflikt als reines Finanzierungsproblem erscheinen lassen: *„Am Wochenende vor der entscheidenden Fraktionssitzung am Dienstag versuchte die Fraktionsgeschäftsführung nach Angaben von Pressesprecher Heinz Suhr zu klären, ob für die Erfüllung der Forderung Bastians nach qualifizierten Mitarbeitern genügend Geld in der Kasse ist"*, schreibt die „FR" am 6.2. Öffentlich protestierte nur Jürgen Reents gegen eine weitere Aufblähung des Bonner Apparats.

Die mit Zweidrittel-Mehrheit von der Fraktion beschlossene Einstellung von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern für den Bereich Außenpolitik, Frieden, Internationales (AFI) erschien zwei Tage lang als fast genialer Kompromiß. Dafür, daß diese schlitzohrige „Beilegung" des Konflikts dann doch nicht zustande kam, muß man Bastian fast dankbar sein. Nach seinem am 9.2. nach zwei weiteren Tagen „Bedenkzeit" vollzogenen Austritt aus der Fraktion besteht zumindest die Chance, daß dort mal wieder über politische Inhalte diskutiert wird. Die Erhaltung des gefährdeten Fraktionsstatus (Limit 26 Abgeordnete; nach Bastians Ausstieg besteht die Fraktion noch aus 27 Mitgliedern) allein ist als politisches Ziel auf Dauer doch zu dürftig.

Der Konfliktstoff für die kommenden Monate ist ziemlich klar. Neben der Problematik des Verhältnisses zur SPD, die — zum Glück für die Grünen! — auf Bundestagsebene derzeit keine unmittelbaren Entscheidungen verlangt, dürfte es wesentlich an zwei Fragen hoch hergehen, die Bastian in seinem Brief benannt hat:

- der „Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik";
- der Unterstützung der gewerkschaftlichen Kampagne für die 35-Stunden-Woche. Auch wenn der Sindelfinger Parteitag vor gerade einem Jahr nach endlosem Hin und Her immerhin noch die Forderung nach vollem Lohnausgleich für Bezieher „unterer und mittlerer Einkommen" beschlossen hat, regt sich in der Fraktion gegen diese an „überholten Klassenkampfvorstellungen" (Bastian) orientierte Position erneut Widerstand.

Js./Hamburg



STEHT KOPF UND LACHT!

Leider nur Wunschdenken (aus dem Mitgliederrundbrief der GAL Hamburg)

Köln:

Grüner Rassismus

Im Novemberheft der grünen Mitgliederzeitung „Maulwurf" veröffentlichte der Grüne Michael Engelmann unter dem Titel „An alle ökologisch orientierten Grünen oder: Warum die BRD als Einwanderungsland weder uns noch der Welt nutzt" ein Pamphlet, demzufolge die „Verdichtung in den Ballungsgebieten — verursacht durch die hohe Geburtenrate der Ausländer, sowie deren Zuzug — noch mehr Vermassungserscheinungen zur Folge hat."

„Wer meint, Köln wäre im Vergleich zu New York ein Dorf, sollte dort einen nächtlichen Spaziergang unternehmen. In den Ghettos der Italiener, Puertoricaner und Farbigen wird er mit einem Schlag über den Kopf willkommen geheißen werden. Um einem Messerstich vorzubeugen, soll bekanntlich jeder wohlhabende New Yorker eine Hundert-Dollar-Note griffbereit in der Tasche tragen, um sie im Ernstfall einem Straßenräuber direkt hinhalten zu können." „ ... nur die Hälfte der Kölner Mafia (soll) die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen ... "

Wahlrecht für Ausländer sei inhuman, weil die Deutschen dann ja weniger Rechte hätten als die Ausländer. Und so geht die braune Soße weiter. Ich spar mir das jetzt hier. Michael Engelmann konstruiert sein Papier nach einem strengen ökologischen Muster, das besagt, daß viele Menschen viel Dreck machen. Zumindest dieser Ansatz verbindet ihn mit vielen anderen Grünen, auch seine Abschlußbemerkung, gegen jede „ideologische Verbrämung" kämpfen zu wollen, dürfte einigen Zuspruch erfahren. Konsequent heißt es: „ ... daß die Hauptursache jeder Umweltverschmutzung jeder einzelne von uns ist — sei es in direkter oder in indirekter Form." Also klar — du und ich!

Und auch in diesem Papier die alte Leier vom Konsumverzicht als Allheilmittel. Durch's gesamte Papier hindurch zieht sich die Beschwörung „Schließe unsere Gren-

pier hindurch zieht sich die Beschwörung „Schließe unsere Gren-

zen, sonst geht es uns an den Kragen!"

Da warten Millionen von Ausländern darauf, hier bei uns ihre Ghettos aufzumachen, hier bei uns einen Vielvölkerstaat aufzuziehen, und dann wollen sie zu aller Unverschämtheit auch noch Recht auf ihre nationale Identität. Darauf warten die ROTEN und einige GRÜNE, weil dadurch die Hoffnung auf das lang erwartete „vorrevolutionäre" Chaos endlich näher rückt. Das wäre lt. M.E. eine „destabilisierte" (wer oder was ist dann destabil?) Situation mit „rassischen, sozialen und religiösen Schranken". (Hervorh. von mir, d.A.)

Mag sein, daß M.E. ein Fall für die Psychologen ist. Sprecherratsmitglied Wolfgang Berson weiß zu berichten, daß M.E. Angst habe, neben einem Türken in der Bahn zu sitzen, er, Wolfgang Berson habe sowieso einen ganz anderen Eindruck von dem armen Jungen; im Grunde ist in jedem von uns Rassismus, und gegen Michael mit Ausschlußanträgen vorzugehen sei „überzogener Antifaschismus" Der „überzogene Antifaschismus" bei den Grünen treibt indes seltsame Blüten. Als vor fast einem Jahr der grüne Bundestagskandidat Ludwig Hörner in einem ‚Schauplatz'-Interview die Ausländer vor die Alternative stellte: „Assimilieren oder Raus", reichte es beim Sprecherrat gerade zu einer Distanzierung. Die AG Ausländer wartete seither vergebens, daß diese Fragen mal konkret diskutiert werden.

Rolf

(Auszug eines Artikels aus „Schauplatz" 2/84, Kölner Stadtzeitung)

Nachtrag: Mit Sprecherratsbeschluß vom 30.1. haben die Kölner Grünen ein Parteiausschlußverfahren gegen Michael Engelmann eingeleitet. Berson und Engelmann kündigten auf eben dieser Sprecherratssitzung Verleumdungsklage gegen „Rolf" an.

Rechte Grüne organisieren sich als Fraktion

Exponenten des rechten Flügels der Grünen Partei haben sich Anfang Januar ganz offiziell als Fraktion organisiert. Sie formulieren das in einer Pressemitteilung so:„...*Um diesem Ziel näher zu kommen"*— nämlich der Ausrichtung der Partei im Sinne ihrer speziellen Zielvorstellungen — *„verstehen und organisieren wir uns als politische Strömung in der grünen Partei und außerhalb von ihr. Die Mitarbeit bei uns ist nicht an die Mitgliedschaft in der grünen Partei gebunden...Diesem Treffen werden weitere folgen. Wir werden unserer sich bildenden Strömung einen organisatorischen Zusammenhang geben..."* Würden sich die Linken bei den Grünen zu einem, solchen Schritt zusammenraufen, wäre vermutlich wieder mal der Teufel los. Aber den Rechten nimmt man eine solche direkte Kampfansage an die Partei nicht allzu übel.

Zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung der Fraktion gehören Winfried Kretschmann und Hajo v. Kracht (Baden-Württemberg), Ernst Hoplitschek und Thomas Schmidt (Berlin), Freya Scholing (Niedersachsen) sowie Boje Maaßen und Dieter Plagemann (Schleswig-Holstein). In Berlin und Schleswig -Holstein haben diese Herrschaften bereits die grünen Landesgliederungen gespalten, nachdem ihre Politik dort nicht mehrheitsfähig und kommunistische Majorisierung als Ursache entdeckt worden war. Was dieser Kreis in seiner Gründungserklärung inhaltlich aussagt, ist so erbärmlich, daß sogar der Minimalkonsens Friedensbewegung noch größenwahnsinnig werden könnte: Man will *„neue Antworten auf neue Fragen"* geben, man will *„den ökologischen Ansatz weiterentwickeln"*, man hat übrigens *„ein umfassendes neues Verständnis von Politik und insbesondere auch des sozialen"* (Aha? Erzählt doch mal!); außerdem will man *„verhindern, daß die Grünen zu einem traditionell links-sozialdemokratischen Anhängsel der SPD werden"*.Stattdessen will man *„Perspektiven einer freiheitlich ökologischen Politik entwickeln, die auf Dirigismus und Staatsbezogenheit von Anfang an soweit als möglich verzichtet"*.Punkt und Ende der Vorstellung.

Daß dieser Rechtsblock lieber Schwafelkram nach Kanzlerart produziert, statt konkret zur Sache zu kommen, ist freilich gut verständlich: Man ist sich untereinander in Wirklichkeit so total uneinig, daß man rettungslos verloren wäre, wenn man sich auf irgendetwas genaueres festlegen wollte. Kretschmann beispielsweise ist ein systemloyaler Sozialliberaler, der im sich Reigen der hessischen Realpolitiker glänzend machen würde. Thomas Schmidt hingegen steht eigentlich Bahro sehr nahe, was den „Austieg aus der Industriegesellschaft" und das Kokettieren mit allerlei konservativen Bündnispartnern angeht. Es ist ein plattes Zweckbündniss von schlechten Verlierern und verkannten Genies gegen alles, was man für „sozialistisch" hält in der grünen Partei. Mehr nicht. Drum ist es kein Wunder, daß etwas besonnenere, weniger fanatisch anti-links orientierte Parteirechte sich von Zusammenschlüssen und Spaltungsversuchen wie diesem bisher immer in deutlicher Distanz gehalten haben. Die wirklich wichtigen „Fronten" in der Grünen Partei verlaufen anderswo.

Grüne Wende in Hessen

Fröhlich, deutsch, naiv und fundamentalistisch haben wir alle sie noch in Erinnerung: „Hurra, die Grünen sind da!" Heute haben Selbstverständnis und Erscheinungsbild der Öko-Partei einen enormen Umschwung vollzogen. Angesichts der augenblicklichen Hochkonjunktur von Geschichten und Märchen alten und neuen Typs in der hessischen Landespolitik, möchten auch wir unsere kritischen Anmerkungen mit einer kleinen Fabel eröffnen. Sie handelt von einem wackeren Förster, dem bei seinem täglichen Kontrollgang im Mönchhofwald ein kleines Malheur passiert ist. Er ist in einen Scheißhaufen getreten und schimpft und flucht gar fürchterlich. Das ist nämlich nicht das erste Mal. Die Schweinerei muß endlich abgestellt werden. Der Förster hat eine Idee. Er erläßt eine Verordnung, nach der allen Tieren des Waldes das Scheißen nur noch an einer einzigen Stelle erlaubt ist. Das funktioniert ein paar Wochen ganz gut. Eines Tages aber, wieder auf dem täglichen Kontrollgang im Mönchhofwald, traut er seinen Augen kaum. Da sitzt doch das Eichhörnchen hinter einem Baum und ... Der zornige Förster stellt es zur Rede: „Habe ich nicht allen Tieren befohlen, daß hier nicht mehr überall wild hingeschissen wird?" Das Eichhörnchen bibbert vor Angst und rührt sich nicht. „Antworte!", schnauzt der Förster. „Ja", wimmert das Eichhörnchen leise (Anmerk. AK: der/die Leser/in muß sich hier intensiv vorstellen, daß das Eichhörnchen mit einem sehr hohen und dünnen Stimmchen piepst). „Weißt du denn nicht, wo du hingehen mußt, wenn du mußt?" „Doch", sagt das Eichhörnchen und jetzt erzählt es dem Beamten sein bisher schrecklichstes Erlebnis. Zwei Wochen lang ist es nämlich brav und ordentlich an den Stillen Ort gegangen, den der Förster extra mit einem Schild für die Tiere bezeichnet hatte. Das ging solange gut, bis es eines Tages dort auf den Bären traf. Schneller als man es ihm zugetraut hätte, griff der Bär mit seinen großen Tatzen das Eichhörnchen am buschigen Schwanz und hielt es in die Höhe. „Fusselst du?", fragte der Bär das verdutzte Eichhörnchen (Anmerk. AK: hier muß mensch sich vergegenwärtigen, daß der Bär mit sehr tiefer und rauher Stimme spricht). „Nein", sagte das Eichhörnchen. „Wirklich nicht?", knurrte der Bär. „Nein", beteuerte das Eichhörnchen wieder. „Fusselst du auch ganz bestimmt nicht?", fragt der Bär zum dritten Mal. Und das arme, ahnungslose kleine Tier versicherte es ihm erneut ... „Und dann?", fragt der Försert irritiert. Das Eichhörnchen schluchzt: „Dann hat er sich mit mir den Popo abgeputzt".

Am 14./15. Januar entschieden die hessischen Grünen auf ihrer denkwürdigen Landesversammlung in Usingen, die bis dahin mit der SPD geführten Verhandlungen im Ergebnis positiv zu bewerten. Die Landtagsgruppe wurde ermächtigt, dem Landeshaushalt 83 zuzustimmen und die noch offenstehenden Themenkomplexe weiterzuverhandeln. Die Zäsur, die in dieser Entscheidung liegt, wird am augenfälligsten daran deutlich, daß die unmittelbar bevorstehende Inbetriebnahme der Startbahn-West von den Grünen hingenommen wird. Ein bißchen Geschrei wird es selbstverstädnlich noch geben. Auf der parlamentarisch-politischen Ebene, der „Machtebene", wie die sog. Realpolitiker zu sagen pflegen, ist das Thema jedoch abgehakt. Dies allein hätte nicht unbedingt eine Wende der Grünen bedeuten müssen. Bedenklich war allerdings, daß die grünen Abgeordneten 'nach Kräften versuchten, daß allzu magere Verhandlungsergebnis aufzupolieren. Während Biblis weiter vor sich hin strahlt, beschworen Karl Kerschgens und seine Mitstreiter die Leerformel vom „Einstieg in den Ausstieg" aus der Atomenergie. Und als kurzlebige Ente erwies sich gleichfalls der Jubel über das angebliche Angebot der Landesregierung zum Einstieg in ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. Bedenklich war ebenso, daß die Landtagsgrünen die reale Substanz der mit der SPD erzielten Vereinbarungen durch typische Politikersprüche zu überspielen suchten, wenn etwa die Rede davon war, daß der grüne „Sauerteig" im Kühlschrank der Opposition nicht aufgehen könne. Bedenklich war also insgesamt, daß die Fraktion der Realpolitiker ein Auftreten an den Tag legte, das geradezu frappierend den Ritualen bürgerlicher Politik gleicht. All das sind Indizien des Verfalls, aber sie müssen noch nicht zwangsläufig einen gewandelten Charakter der gesamten Partei bedeuten. Man hätte denken können, und so oder so ähnlich hat wohl auch der Bundesvorstand der Grünen kalkuliert, daß ein Abstimmungsergebnis von 60 zu 40, wie es in Usingen zustandekam, vielleicht gar nicht so unpassabel ist. Man hätte denken können, daß dieses Ergebnis zu 60% das Selbstbewußtsein der bis dahin bedauernswert stümpernden grünen Verhandlungsdelegation stärkt, und daß es zu 40% die Entschlossenheit im Vertreten grüner Forderungen gegenüber der SPD fördert. Diese Hoffnung kann man mittlerweile ganz schnell vergessen.

Während man von den grünen Diplomaten also eigentlich ein energischeres Vorgehen auf dem Wiesbadener Parkett hätte erwarten dürfen, mahnten andererseits wohlmeinende Sozialdemokraten ihren Regierungschef zur Vorsicht und Nachsicht. Börner solle

Fortsetzung nächste Seite

„Hessisches Aktionsprogramm für Frauen"

Nicht mal 'n Appel und 'n Ei!

Wie bemühte sich manch grüner Mann plötzlich darum, die Frauenpolitik seiner Parteigenossinnen in öffentlichen Diskussionen anzupreisen. Solch ein Interesse in Sachen Frauen war mensch von den GRÜNEN sonst nicht gewohnt, nicht mal, wenn's um die Frauenpolitik der eigenen Partei ging.

Als vor Usingen die Wellen hochschlugen in Hessen, als den Realpolitikern jedes Argument und einige recht eigentümliche Mittel recht waren, um das Verhandlungsergebnis mit der SPD als Erfolg, als „Einbruch" zu verkaufen, war oft vom „Aktionsprogramm für Frauen" die Rede. Das „Prachtstück" des Verhandlungspakets schien es zu sein, und es sei ja nur typisch, daß es von den Gegnern des Verhandlungsergebnisses nicht erwähnt würde... Der Chauvi-Vorwurf macht sich — wenn's opportun scheint — auch bei den GRÜNEN immer noch gut.

Nein, Zufall war es sicher nicht nur, daß auf seiten der „Fundamentalos" vom Frauenaktionsprogramm nicht die Rede war —es ist nun mal auch bei den GRÜNEN kein Zufall, daß Männer sich mit Frauenpolitik nicht freiwillig befassen. So konnte sich das Gerücht, daß das „Aktionsprogramm für Frauen" zu den „Aktivposten" der Verhandlungen zähle, hartnäckig halten, ohne daß diese Behauptung irgendwo näher begründet werden mußte. Was auch den gewieftesten Realpolitikern schwerfallen müßte ... Vielleicht waren es allein die 14 Seiten, die das Aktionsprogramm im Verhandlungspaket füllte, die solchen Eindruck machten. 14 Seiten kann mensch allerdings auch mit schönen Worten füllen. Derer gibt es tatsächlich viele in diesem Verhandlungsergebnis. Aber an harten Fakten — sprich: blanken Moneten — bleibt unterm Strich nunmal nicht mehr als ein Frauenlehrstuhl an der Frankfurter Universität und „mindestens vier weitere Beratungsprojekte für arbeitslose Mädchen in Hessen".

Diese jedoch — also Frauenlehrstuhl und Beratungsstellen — sind nicht Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN, sondern waren schon vor den Neuwahlen von Börner in einem Gespräch mit autonomen Frauenprojekten zugesagt worden.

Peinlich für die SPD: vor den Wahlen mit kleinen Geschenken auf Stimmenfang zu gehen, und nach den Wahlen dieselben Geschenke den GRÜNEN als Kompromiß anzubieten! Noch peinlicher aber für die GRÜNEN, diese sozusagen zweimal verschenkten Gelder jetzt *ihrem* Verhandlungserfolg zuzuschreiben. Geradezu skandalös ist es, diesen Werdegang nicht mal den eigenen Mitgliedern darzulegen. (Nebenbei: dieses Muster grüner Verhandlungsführung ist nicht typisch für die Frauenpolitik, sondern findet sich in allen Bereichen).

Mehr Programm als Aktion

Statt fester Vereinbarungen für die zukünftige hessische Frauenpolitik ist weiterhin viel von Untersuchungen die Rede, die in Auftrag gegeben werden sollen: *„... eine hessische Frauenstudie (ist) zu erstellen, die alle Lebensbereiche von Frauen in Hessen untersucht"*; *„Konzepte"* für dies und jenes sind *„von der Landesregierung vorzulegen"*.

Umfangreiche und zum Teil auch ganz ordentliche Untersuchungen und Berichte zur Situation von Frauen werden in anderen sozialdemokratisch regierten Ländern schon von den bei der SPD so beliebten „Leitstellen für Frauenfragen" angefertigt. Waren dafür Verhandlungen mit den GRÜNEN notwendig?

Daneben sind auch eine ganze Reihe lobenswerter Ziele formuliert worden — aber eben Ziele und nicht Maßnahmen: *„soll... angestrebt werden"; „...verstärkt zu berücksichtigen"; „...sind zu überarbeiten"; „sind ... sicherzustellen"; „Das Land Hessen wird sich ... einsetzen...". Schon durch diese Formulierungen liest sich das „Aktionsprogramm für Frauen" mehr wie eine Wahlkampfbroschüre der SPD denn wie ein Verhandlungspaket zweier Parteien.*

7 Mio. für alternative Projekte — wieviel fiel für Frauenprojekte ab?

Betont wird im Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm für Frauen" häufig die tiefe Verankerung in der autonomen Frauenbewegung: *„Zusammen mit der Abgeordneten Haibach-Walter und einigen GRÜNEN erarbeitete es weitgehend 'unabhängige' autonome Frauen"* (Pflasterstrand 175). Klar, daß diese auch was sehen wollten für ihre Projekte. Nun kann mensch den Verhandler/inne/n nicht vorwerfen, die Initiativen und Projekte seien in dem Verhandlungspaket nicht erwähnt: *„Die Arbeit ...wird gefördert"; „Die Arbeit... ist finanziell sicherzustellen"*. Nur: wie? Mit wieviel? 20.000 odr 200.000 DM? Wieviele Planstellen in genau welchem Projekten? Aber bitte: in bahnbrechenden, historisch bedeutungsvollen Gesprächen werden doch nicht so profane Dinge wie Geld und Zahlen angesprochen, womöglich noch darum gefeilscht!

Frankfurter nichtgrüne Frauen, die sich an der Erarbeitung des Katalogs beteiligten, berichten, eine Auflistung von konkreten materiellen Forderungen sei in den Vorbereitungsgesprächen von den GRÜNEN Frauen torpediert worden (es gibt dazu nur ein internes Papier, das auf die kursierende Zahl von 6-7 Millionen DM kommt) mit dem Hinweis, auf eine derartige Verhandlungsbasis würde die SPD sich gar nicht einlassen. Statt über Zahlen diskutierte Börner in den Verhandlungen tatsächlich lieber über die Frauenfrage an und für sich und „über die Sozialdemokraten und ihr Verhältnis zur Frauenfrage": August Bebel und Rosa Luxemburg z.B ., Marie Schlei...

„Ganz erhebliche Chancen der Einigung"

So dankte Börner für die grüne Rücksichtnahme auf die sozialdemokratische Abneigung gegen Zahlen.

Im endgültigen Verhandlungsergebnis wird nur an zwei wichtigeren Stellen ein Dissens zwischen SPD und GRÜNEN festgehalten:

— Eine Bundesratsinitiative für die ersatzlose Streichung des § 218 wird von der SPD nicht getragen.

— Die Bevorzugung von Frauen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst hält Börner für verfassungswidrig.

In allen anderen, immerhin „alle gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und ökonomischen Bereiche, die das Land Hessen mitverantwortet", betreffenden Punkten gelang es den GRÜNEN, wie sie selbst urteilen, *„nach einigem Hin und Her, unsere Positionen durchzusetzen". „Schwierig"* sei es, *„nur einige der Erfolge herauszugreifen. Damit würde die Bedeutung der anderen in ungerechtfertigter Weise herabgesetzt".*

Doch greifen wir trotzdem mal Einiges heraus, was in der Szene als besonders sensationeller Erfolg gehandelt wird: eine feste Stelle mindestens pro Frauenhaus in Hessen wäre rausgesprungen, heißt es etwa; auch die Frankfurter Frauenschule, ein Projekt der Frauenbewegung in Frankfurt, das noch in den Anfängen steckt, würde finanziert. Und Initiativen wie die Frauengesundheitszentren bekämen Zuschüsse. Dazu noch der Frauenlehrstuhl und die Beratungsprojekte für arbeitslose Mädchen:

Hessen — ein Femitopia?

Frauenlehrstuhl und Beratungsstellen für arbeitslose Mädchen entpuppten sich schon als etwas abgegriffen. Wie steht es mit den anderen „Ergebnissen"?

— Gewalt gegen Frauen —

Solange es die gebe, so Börner, könne die Finanzierung von autonomen Frauenhäusern keine Etatfrage bleiben — und stimmte einer Formulierung zu, die ihn u.U. keinen Pfennig kosten muß: *„... es (ist) anzustreben, mindestens 1 Stelle pro Frauenhaus vom Land Hessen zu finanzieren"*. Vorher heißt es: *„Das Land Hessen wird auch die Arbeit der autonomen Frauenhäuser durch Bezuschussung von Personalkosten ... mit der Einrichtung eines Haushaltstitels fördern"*. Die TAZ schreibt von 400.000 DM. Das werden doch wohl nicht diejenigen 400.000 DM sein, die vom Land schon seit einigen Jahren für die Frauenhäuser zur Verfügung gestellt werden? An die immer nur schwer ranzukommen ist, weil das Geld nicht direkt an die Frauenhausinitiativen ging, sondern über die jeweiligen Magistrate verteilt wurde, die gegenüber dem Land versichern mußten, daß sie das Projekt absichern ... Aber an diesen möglichen Stolperstein wurde offensichtlich gedacht:

„Die Zuwendungen des Landes dürfen nicht in jedem Fall von kommunalen Zuwendungen abhängig gemacht werden".

Und: *„Geprüft werden Möglichkeiten ... zur flexibleren Handhabung bei der Vergabe von Mitteln"*. Es fragt sich nur, warum Börner in letzten Jahr das von den GRÜNEN eingebrachte und von der Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Frauenhäuser erarbeitete Gesetz zur Finanzierung der Frauenhäuser abgelehnt hat — wo doch jetzt so eine Einigkeit herrscht ...

— Bildung —

„Das Land Hessen", heißt es unter dem Punkt Frauenbildungsarbeit, *„fördert die laufende Arbeit der Frauen-Bildungs-Projekte und Initiativen ... im Bereich der außerinstitutionellen Erwachsenenbildung"*. Das ist der Topf, der für die Frankfurter Frauenschule in Frage käme. Und weiter: *„Die Förderungsmittel sollen zunächst bei der Zentralstelle für Frauenfragen (ZfF) bereitgestellt werden"*. Auf die zu erwartende Höhe der Mittel hin angesprochen, teilte eine Mitarbeiterin der ZfF bereits mit, das könnten 200.000, aber auch 2.000 DM sein. Damit ist wohl treffend die Flexibilität grüner Realpolitik benannt.

— § 218 + Frauengesundheitsinitiativen —

Unter diesen Punkt fallen die Frauengesundheitszentren. Dort lesen wir: *„1. Frauengesundheitsinitiativen sollen als weitere Selbsthilfegruppen und § 218-Beratungsgruppen in die Förderung des Landes aufgenommen werden"*. Seit wann kann frau sich für ein „Sollen" was bei der SPD kaufen.

Das eine ganze Reihe eigentlich selbstverständlicher Forderungen gänzlich fehlen, wird am Punkt § 218 besonders deutlich: nicht mal die grundsätzliche finanzielle Absicherung aller Pro Familia-Beratungsstellen, ganz zu schweigen von dezentralen Einrichtungen für ambulante Schwangerschaftsabbrüche, wurden durchgesetzt.

Nein, ein Einbruch in etablierte Politik kann dieses Verhandlungspaket wirklich nicht genannt werden. An vielen Punkten reicht es noch nicht mal an das Repertoire einfacher ASF-Programme heran. Da ist es fast schon zynisch, wenn als Grund für die — fast begeisterte — Zustimmung Börners zu diesem Verhandlungsergebnis (FAZ: *„Der grünste Börner, den es je gab"*) von grüner Seite ertönt, *„daß im Bereich Frauen sich die grünen Forderungen oft mit denen der ASF decken"*. Und ganz selbstbewußt: *„Die ASF-Frauen wurden jahrelang zumeist mit Almosen abgespeist. Das konnte man(n) sich bei den GRÜNEN nun nicht erlauben."*

Diese Einschätzung spiegelt wohl eher ein Wunschdenken wieder. Als direktes Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN sind für die Frauen ja nicht einmal Almosen herausgekommen — außer mensch zählt auch schöne Worte und fromme Wünsche dazu.

Lila Realpolitik

Lobeshymnen auf das Aktionsprogramm werden nicht nur von „mal wieder unwissenden" Männern gesungen. Auch unter Frauen gibt es Realpolitikerinnen: die Redakteurinnen von Pflasterstrand und TAZ-Frankfurt hatten mit dafür gesorgt, daß derartige Gerüchte über das Frauenaktionsprogramm verbreitet wurden. Die durchsichtigen Absichten dieses Vorgehens wurden auf die Spitze getrieben, als die beiden Sponti-Redakteurinnen zusammen mit einer Frankfurter KBWlerin in Usingen ein „Basis-Telegramm" zum Podium schickten, in dem sie die Befürwortung des Verhandlungsergebnisses vor allem in Hinblick auf das „Aktionsprogramm für Frauen" forderten. Unterzeichnet: *„einige autonome Frauen aus Frankfurt"*. (An die spezifische Frankfurter Tradition dieser unseligen Koalition zwischen Spontis und KBW sei hier nur am Rande erinnert). Die Frauen allerdings, die tatsächlich aus autonomen Projekten kommen und den Forderungskatalog mit erarbeitet hatten, waren realistisch genug, in die Ergebnisse nichts reinzuinterpretieren, was nicht drinsteht. (Leider haben sie sich nicht in die öffentliche Diskussion eingeklingt). U.a. daran scheiterte an dem Usinger Wochenende dann auch der Versuch der Pflasterstrandredakteurin G.W., die gleichzeitig stattfindende Diskussionsrunde der Frankfurter Frauenschule nach Usingen zu mobilisieren — zwecks Unterstützung der Realpolitiker, versteht sich! Gegen die Einschätzung des Verhandlungsergebnisses als zu „billig" verwahrte sich G.W. mit dem Argument, es sei immerhin schon ein Vorteil, wenn „unter uns" (gemeint war offensichtlich der Kreis der Diskussionsrunde) wenigstens eine wäre, die eine Stelle im Frauenhaus bekäme...

Li., KB-Frankfurt



X-mal abgebildet, kaum bemerkt: Hände hoch in Usingen, „DIE GRÜNEN" steht Kopf (vorne links Karl Kerschgens, rechts Roland Kern)

Fortsetzung von vorheriger Seite

jetzt der Versuchung widerstehen, seinerseits draufzusatteln. Doch haltet euch fest, Leute, genau das ist geschehen. Börner quetscht aus der grünen Zitrone noch den letzten Tropfen heraus. Was aber wird mit der Schale passieren, und sei sie noch so ungespritzt?

Als die Grünen am 30.1. in der Verhandlungsrunde ihre friedenspolitischen Vorstellungen ansatzweise vorzutragen wagten, erlaubte sich der Regierungschef eine Demonstration von Realpolitik: er zeigte, wer der Herr im Hause ist. Börner brüllte, pöbelte und schlug mit der Faust auf den Tisch. Es sei eine Zumutung, die in der BRD stationierten GI's als „Fremdtruppen" zu bezeichnen. Die SPD lasse sich von den Grünen nicht die Amerikaner in Hessen miesmachen. In Fragen der „inneren und äußeren Sicherheit" gebe es keinen Rabatt. Heftige Abwehrreaktionen provozierte schon die Erwähnung der Tatsache, daß in Hessen ein Volksbegehren für den Frieden läuft.

Dabei hatten die Grünen in der internen Vorabklärung selber schon dafür
begehren für den Frieden läuft.

Dabei hatten die Grünen in der internen Vorabklärung selber schon dafür
gesorgt, daß mögliche Schärfen tunlichst vermieden werden. In der Diskussion zum Komplex der Friedenspolitik gab es nämlich den Vorschlag, eine konkrete Bruchlinie für die parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD zu ziehen. Diese Bruchlinie, die den Grünen vorgeschlagen wurde, wäre an sich eine Selbstverständlichkeit, die angesichts der aktuellen Ereignisse im Libanon dringend erforderlich ist. Der Vorschlag lautete: Die Grünen erklären, daß sie im Landtag einen Mißtrauensantrag gegen Holger Börner einbringen werden, wenn die „Schnelle Eingreiftruppe" der USA vom Frankfurter Flughafen aus zu einer Intervention im Nahen Osten starten sollte. Denn damit würde ja der von Börner immer bestrittene militärische Hintergrund der Startbahn-West offenkundig. Diese wäre nicht einmal eine konkret der SPD abzutrotzende Vereinbarung, sondern lediglich eine Selbstverpflichtung der Grünen gewesen. Ein solches Vorgehen war aber nicht einmal in der friedenspolitischen Vorbereitungsgruppe konsensfähig. Für diese Vorbereitungsgruppe war es schon ein Erfolg, sich gegen die grüne Verhandlungskommission insofern zu behaupten, daß das Thema Startbahn-Militär Börner gegenüber wenigstens erwähnt werden „durfte". Der Versuch, sich gegenüber der SPD auf das „Machbare" zu beschränken, um dadurch „möglichst viel herauszuholen", endete dann im Fiasko. Börner: „Ich lasse mir meine politischen Überzeugungen nicht für Kleingeld abkaufen". Damit war das von den Grünen als „Entmilitarisierung Hessens" titulierte Verhandlungsthema gestorben. Alles was zu diesem Punkt vereinbart werden wird, vielleicht die Verbesserung des Zivilschutzes, die verstärkte Finanzierung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (damit sie der Friedensbewegung noch wirkungsvoller die „irrationale Angst" ausreden kann) o.ä., hat — gelinde gesagt — mit Entmilitarisierung ebenso viel zu tun wie mit Militarisierung.

Festzustellen ist der neuen „Instanzenweg": Linke klopfen mit Selbstverständlichkeiten bei den Fundamentalos an, welche dieselben vorsorglich geglättet an die Realpolitiker weitergeben, wo eine Untersuchung auf offene und versteckte „Provokationen" stattfindet. Das Ergebnis dieser Mehrfachfilterung wird dann als „Kleingeldforderung" durch die Herrschenden höhnisch vom Tisch gefegt. Name des Spiels: Reformismus. Neu ist daran nur, daß es sich in dreister Selbstverstädnlichkeit dicht vor den Augen der Friedensbewegung abspielt. Die grüne Landtagsgruppe hat Usingen nicht mal als Signal aufgefaßt, die Bittstellerhaltung gegenüber der SPD zu korrigieren. Umgekehrt: Sie begreift Usingen als Auftrag zum saisongemäßen Winterschlußverkauf. Der grüne Abfahrtslauf hat offenbar ein Tempo angenommen, wo Warnschilder nicht mehr wahrgenommen werden können.

Nach der eher künstlichen Mobilisierung zur entscheidenden Abstimmungsschlacht auf der Landesmitgliederversammlung deutet jetzt manches darauf hin, daß die Folgen des realpolitischen Kurses durchschlagen. Inaktivität vieler Kreisverbände, lähmende
darauf hin, daß die Folgen des realpolitischen Kurses durchschlagen. Inaktivität vieler Kreisverbände, lähmende
Struktur- und Meta-Debatten, mit denen der inhaltlichen Kontroverse aus dem Weg gegangen wird, bestimmen zunehmend das Bild der Hessen-Grünen. Wiederbelebungsversuche der fundamentalistischen Minderheit um Zieran, Ditfurth und Kuhnert scheinen bisher im Ansatz stecken zu bleiben. Und Bahro gibt sich im trauten Sanyassinkreis der ganzheitlichen Mystik hin, deren „physikalisch-wissenschaftliche Begründung" der alte Witzbold Hans A. Nikel jetzt dem „Pflasterstrand" verkauft, nachdem er sie dem gelangweilten „Pardon"-Publikum nicht mehr zumuten konnte. Gratulation, Hans! (Wenn der eine oder andere AK-Leser noch alte Aufsätze loswerden will — die Adresse ist Hamburger Allee 45, 6000 Ffm 90).

Vater Staat — wir lieben dich!

Die einzigen, deren Freude wirklich rein und ungetrübt ist, sind die sog. „legendären" Frankfurter Spontis. Nach entsagungsvollen Jahren haben sie ihre Vorliebe für etwas entdeckt, was man prosaisch als „Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen" bezeichnen könnte. Freilich gilt diese Liebe nur so weit, wie der Rand der Szene reicht. Die „taz" (17.1.84) präsentiert uns Stimmen aus eben dieser Szene zur Kooperation GRÜNE-SPD. *„Bub aus der Wohngemeinschaft um die Ecke: ‚Ran an die Töpfe, und die sollen voll sein. Ran an die Korruption, die soll unsere sein. Ich habe keine eiserne Moral. Politik ist schmutzig!' Dausi, Setzer: ‚Ran! Das bißchen Geld, was dabei rüberkommt, können wir gut gebrauchen. Wir krebsen doch alle.' Buchhändlerin Helga: ‚Da springt doch was raus für die Frauenhäuser. Diese grüne Politik gefällt mir eigentlich nicht, aber wenn schon, dann soll auch was rüberkommen.' Karl-Heinz, 68er: ‚Ich habe das so erwartet. Jetzt kann's endlich weitergehen. Der Parlamentarismus ist keine Spielwiese. Die Grünen sollen langfristig auf eine Koalition hinarbeiten und dann endlich auch Personalforderungen stellen. Die Landtagsgruppe wird noch viel Krach durchstehen müssen, aber eine Spaltung der Partei sehe ich nicht' ".*

Dazu giftet die Westberliner Säzzerin in einer Mischung aus Futterneid und Mißgunst: *„Schleunigst auswandern. Aber schleunigst. Nix wie weg hier."* Wir, denen Haßgefühle fremd sind, meinen dagegen: Ist es nicht immer wieder ein rührendes Bild, zu sehen, wie sich unsere lieben Haustiere freuen, wenn sie an den vollen Topf gerufen werden? Da wird der Schwanz gewedelt, da wird gebellt, da werden Herrchens Hände geleckt. Soll „Bub" doch sein Chappi haben, wenn es ihn so danach gelüstet. Bis zum Unterträglichen steigert sich hingegen das permanente ideologische Gejaule, mit dem die Szene auf die erhoffte Mahlzeit vorbereitet wird. Ununterbrochen wird der „taz"-Leser genötigt, die Erinnerungen der Frankfurter Redaktion an den Schulunterricht zur Kenntnis zu nehmen. *„Sozialkunde tut not, nicht nur bei den hessischen Grünen"*. Den Par-
Schulunterricht zur Kenntnis zu nehmen. *„Sozialkunde tut not, nicht nur bei den hessischen Grünen"*. Den Par-
lamentariern das Parlament, der Basis das Motzen auf den Parteitagen. Den Politikern die „Macht", den Bürgerinitiativen die Straße (zum gewaltfreien Austoben). Den „Gewitzten" das Geld und den „Dummen" der Spott. Den Spontis Straßenkampf-Erinnerungen fürs Kneipengespräch und den Startbahngegnern ...

„Zum Beispiel der graue Schatten, als der ein ehemaliger Volkstribun wie Alexander Schubart durch die Menge irrt. Mit geradezu mitleiderregender Uneinsichtigkeit versucht er vor der in Auflösung begriffenen Versammlung, seine Lebensproblematik in den Beschluß einzubauen, und wird prompt auf dem Altar der Taktik geopfert. So kalt wie er für den Fall der Fälle sein kann, beißt Joschka Fischer „Aschu" weg. Schubart tritt von den Mikrofonen zurück, als könne er auch jetzt noch nicht recht begreifen, wie sehr die Realpolitiker das Thema Startbahn für vorerst erledigt betrachten möchten". So meldete die „FAZ" am 16.1. über Usingen. Aus ihrer Sicht mag die Szene treffend beobachtet sein. Über einen Realpolitiker, der den Stoff für solche Zeilen liefert, muß nichts mehr gesagt werden. Nachzutragen bleibt aber doch: Als just in der beschriebenen Situation zwei der „FAZ"-Journalisten zwischen den Stuhlreihen der Versammlung räsonnierten, ob der Schubart wohl erledigt sei, drehte sich einer der Verfasser d i e s e s Artikels mit den Worten zu ihnen um: „Wenn die anderen längst wieder in der Versenkung verschwunden sind, werden Sie von dem noch schreiben". Wir auch.

th. und de./Frankfurt



„Friedensliste" zu den Europawahlen

Wer zu Abseitigem und Überflüssigem neigt, kann am 17. Juni vielleicht gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: er kann sein an sich schon bizarres Kreuz zur Wahl des irrelevanten Europa-Parlaments mit einer Stimmabgabe für eine n o c h irrelevantere „Bündnisliste" abrunden. Voraussetzung ist, daß die Veranstalter des Unternehmens wirklich durchhalten und zur Wahl antreten. Darüber scheint das endgültig letzte Wort noch nicht gesprochen worden zu sein.

Die Veranstalter, das sind in erster Linie jene namhaften Personen, die seit vielen Jahren ihre großen Auftritte haben, wann immer die DKP bündnispolitisch ein Ding auf den Weg zu bringen versucht. Also „demokratische Persönlichkeiten" mit Rentenanspruch. Ergänzt wird das extraordinär breite Spektrum durch Manfred Coppik (DS) und Christoph Strässer (DL) sowie der Schrifstellerin Ingeborg Drewitz, die leider die Neigung hat, immer ein paar Aufrufe z u v i e l zu unterschreiben. Soweit der Stand der Erstunterzeichner, die sich am 16. Januar mit einer Anzeige in der Frankfurter Rundschau" präsentierten.

Die Plattform dieses Personenbündnisses, das unter dem ebenso netten wie billigen Namen „Friedensliste" auftritt, liegt um zwei, drei Handbreit unterhalb vom Minimalkonsens, läßt sich also bequem durch einen normalen Briefkastenschlitz schieben: **Stopp und Retour für die „Nachrüstung"; Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen; Abbau der Massenvernichtungsmittel in Ost und West; drastische Reduzierung der Rüstungskosten; Überwindung der Massenarbeitslosigkeit; Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich; Stopp für den Abbau verfassungsmäßiger Rechte; Ausbau von Demokratie und Mitsprache der Bevölkerung.** Und das war's auch schon!

Daß man für so eine flache Plattform mit einer eigenen Liste zur Wahl antreten muß, ist nicht plausibel und wird von den Veranstaltern auch keineswegs begründet. Sie begnügen sich mit der Aussage: *„Die Friedensbewegung und die in ihr entwickelten Forderungen gehen über die von der SPD und Grünen vertretene Politik h i n a u s".* Achso, achso, achso, und dankauchschön für die erschöpfende Auskunft! Richtig ist auf jeden Fall, daß die Plattform der „Friedensliste" nicht bloß nicht über die Programmatik der Grünen h i n a u s geht, sondern sogar noch meilenweit dahinter z u r ü c k bleibt. Nebenbei ist den Veranstaltern da doch ein häßlicher Schönheitsfehler unterlaufen: Indem die „Friedensliste" sich ausdrücklich n u r von der SPD und den Grünen abgrenzt (ohne dies freilich inhaltlich zu begründen), fällt der Blick notgedrungen auf die Führungskraft des beabsichtigten Wahlbündnisses, die DKP. Wie üblich hat die DKP, die eigentlich zur Europa-Wahl die „Aktionseinheit der Kommunisten der EG-Staaten" anstreben möchte, selbstlos versprochen, daß sie auf ihre Kandidatur verzichten wird, falls sich die „Friedensliste" zur Wahl stellt.

Der Versuch, j e n s e i t s von der Grünen Partei wahlmäßig etwas auf die Beine zu stellen, braucht ja nicht p r i n z i p i e l l, unter allen Umständen und für alle Zeiten falsch zu sein. Der Z w e c k und die Notwendigkeit eines solchen Versuchs müßten aber plausibel sein. Es reicht bei weitem als Rechtfertigung nicht aus, wenn Manfred Coppik sagt: Die Europa-Wahlen haben doch sowieso keine praktische Bedeutung, also braucht niemand wahltaktische Rücksichten zu nehmen, also ist uns das konkrete Ergebnis von vornherein gleichgültig, also kann überhaupt nichts schiefgehen. (DVZ, 13.1.). Gerade w e n n schon vorher 100%ig klar ist, daß man sich parlamentarisch nichts ausrechnet, müßte eine Kandidatur neben und gegen die Grünen, wenn sie denn irgendeinen Sinn haben sollte, zumindest p r o g r a m m a t i s c h eindeutig begründet sein. A l l e i n der Wille, unter wahltaktisch irrelevanten Bedingungen den Probelauf eines gegen die Grüne Partei gerichteten Konkurrenzunternehmens stattfinden zu lassen, stellt kein Argument für eine solche Kandidatur dar, sondern diskreditiert nur die Beteiligten. Gerade dann, wenn man die Grüne Partei noch nicht als der Weisheit allerletzten Schluß begreift, kann man über solche Vorstöße nur verärgert und betroffen sein.

Dokument
Dokument
Zur Entwicklung unseres Verhältnisses zur DDR
Vorlage aus der AL-Westberlin für den grünen Bundesvorstand

1. Situation

— DDR:
- Verhaftungen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe - Strafverfahren mit Strafandrohung ab 2 Jahre
- Festnahme des Fotografen Harald Hauswald
- weitere zeitweilige Festnahme und Bedrohungen

— BRD: Einreiseverbote:
- uns bekannte Leute mit DDR-Kontakten
- Schoppe/Horacek (MdB) bei der DDR-Aktion
- Uwe Tietz (MdA) in halbamtlicher Angelegenheit
- Ali Schmeisner (BuVo)
- Dirk Schneider (MdB)

Kontakte laufen noch:
- Schily mit Ständiger Vertretung
- Angebot Häber an (nur) Jürgen Wachsmuth - Fraktionsvorsitzender AL-Fraktion in Berlin

Verschlechterung setzte ein nach Besuch der Grünen in Ostberlin — Politbüro-Sitzung — danach Einschreiten gegen öffentlich angekündigte Aktion.

2. Es hat sich bestätigt, daß der einigermaßen liberale Kurs der DDR-Regierung gegenüber den GRÜNEN als auch gegenüber den unabhängigen Friedensgruppen in der DDR auf Zeit bis zur Entscheidung des Bundestages beschränkt hat, obwohl unsere Anti-„Nach"rüstungsaktivitäten weitergehen.

3. Diese Möglichkeit ist sowohl von ausländischen Freunden insbesondere in Zusammenhang mit der 2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung in Berlin im Mai 1983, als auch von westdeutschen westberliner Freunden genutzt worden. Wir haben insbesondere in einem im Umkreis der AL Berlin gruppierten Kreis diese Zeit in kleinerem Umfang genutzt, um Kontakte zu Friedensgruppen, aber auch zu Kirchenkreisen zu gewinnen und auszubauen. Teilweise ist dies auch vom Bundesgebiet aus geschehen, jedoch hier mehr sporadisch. Diese Kontakte haben nicht nur uns bekräftigt, sondern nach deren eigenen Aussagen auch die Freunde in der DDR in nicht unwesentlichem Maße ermutigt.

4. Nach dem Besuch der GRÜNEN-Delegation bei Honnecker, insbesondere der Ankündigung der öffentlichen Aktion hat das Politbüro der SED (nach unseren Informationen) entschieden, den „öffentlichkeitsfreundlichen Kurs" gegenüber den GRÜNEN aber auch den „teilweisen Duldungskurs" gegenüber den unabhängigen Friedensaktivitäten aufzugeben. Im Vorfeld der Bundestagsentscheidung kam es zunächst nur zu Einreiseverboten und Maßanhemn gegen Beteiligte an der Aktion. Nach der Entscheidung des Bundestages folgten dann die Verhaftungen und Strafverfahren sowie ein öffentlich breitangelegtes Einreiseverbot gegen GRÜNE und ALer.

Fortsetzung nächste Seite

Bastians Abwehrhubschrauber wird Kampfhubschrauber

In verschiedenen Ausgaben des ARBEITERKAMPF hatten wir uns mit der Zustimmung Gerd Bastians im Verteidigungsausschuß zur Anschaffung eines neuen Panzerabwehrhubschraubers (unter dem Kürzel PAH 2) befaßt (u.a. AK 237, 238, 239, 241). Diese Zustimmung rief erstaunlich wenig Reaktionen und schon gar nicht die übliche Aufregung in der Grünen Partei hervor, die auf einer strikt gewaltfreien Säule zu stehen angibt. Erst jetzt hat Bastian selbst wieder bei seiner Ausstiegserklärung aus der grünen Bundestagsfraktion u.a. die Aushöhlung der Gewaltfreiheit in der Grünen Partei beklagt. Wir wollen hier neue Fakten und interessante Details dieses angeblich so ,,defensiven" Waffensystems wiedergeben.

Am 25.11.1983 unterschrieben die Kriegsminister der BRD und Frankreichs (Manfred Wörner und Charles Hernu) ein bilaterales Regierungsabkommen für die gemeinsame Entwicklung und Herstellung *,,eines 5 t schweren Kampfhubschraubers"* auf der Basis des BO-105, der auch die Grundversion des PAH 2 ist (Pardon: Gerd Bastian hatte kritisiert (s. AK 238, S. 25), daß wir nicht zwischen Kampfhubschraubern und Panzerabwehrhubschraubern (die als erstere Form nicht verwendbar seien) unterscheiden würden, dies hier aber ist ein ZITAT aus der ,,Internationalen Wehrrevue" 12/83). *,,Die beiden Partner auf Industrieseite, MBB und Aérospatiale, wurden aufgefordert, Kostenvoranschläge im Hinblick auf ein offizielles, im April 1984 zu unterzeichnendes Abkommen auszuarbeiten"* (ebenda). MBB ist im übrigen dabei der ,,Generalunternehmer", die französische Firma ,,Mitauftragnehmer", wie dem Wortlaut der Erklärung der Minister zu entnehmen ist (abgedruckt in MBB-aktuell, ,,Zeitung für die Mitarbeiter und Freunde" von MBB). Vorher kann es interessant werden, denn das angekündigte ,,Zustimmungsverfahren" geht durch den Bundestag und somit auch an Gerd Bastian vorbei.

Ab 1992 will die Bundeswehr insgesamt 212 PAH 2 anschaffen, bisher werden dafür 3,2 Mrd. DM (d.h. 15 Millionen DM pro Stück) veranschlagt (lt. ,,Internat. Wehrrevue" s.o.).

Wie die Ministererklärung offen ausplaudert, soll Frankreich als erste Version (ab 1991) rund 60 Hubschrauber dieses Typs für ihre ,,in Aufbau befindliche ,Schnelle Eingreiftruppe' " erhalten (47.000 Mann). Dieser ,,Schutz- und Unterstützungshubschrauber" soll ,,mit Rohrwaffen" ausgestattet werden (,,Intern. Wehrrevue", s.o.) (und somit also für den Kolonialkrieg tauglich sein, was Bastian in seinem Brief an uns bestritt). Der Rest von 140 französischen PAH 2 (dort heißt er HAC = Hélicoptere Anti-Char) soll wie der Bundeswehrhubschrauber anfangs mit Hot-Raketen (wie der jetzige Typ), dann aber mit Panzerabwehrraketen der sog. 3. Generation ausgerüstet werden.

Und für diese Waffen gibt es ein weiteres europäisches Rüstungsabkommen, nachdem sich die BRD-Vorstellung, sich für ein bereits bestehendes US-System einzusetzen, nicht durchsetzen konnte. Bereits am 16.2.1983 ist von den Kriegsministern aus der BRD, GB und Frankreich ein Abkommen dazu unterzeichnet worden. Darin werden die Firmen Aérospatiale, MBB und Britisch Aerospace Dynamics Group entsprechend mit einer Prüfung beauftragen (,,Internat. Wehrrevue", 4/83). Schon damals wurde davon ausgegangen, daß dieses Waffensystem mit einer ,,mittleren Reichweite" für 1990 bis 1992 entwickelt werden könne und bei ,,hohen Reichweiten" bis 1994 (2 km bzw. 4 bis 5 km). Im Gegensatz zu den bisher drahtgesteuerten Projektilen haben die neuen Panzerabwehrwaffen eine eigene Endphasenlenkung, sodaß sich die Verwundbarkeit des Trägersystems erheblich verkürzen läßt.

Schon in der Regierungserklärung wird auf eine europäische Ausweitung des Waffengeschäftes verwiesen. Nicht benannt wird dabei, daß sich insbesondere internationale Waffengeschäfte dafür eignen, auch BRD-Waffen in Krisengebiete zu liefern. Schon jetzt wird der BO-105 (der als Grundversion für den PAH 1 verwendet wird) an die kriegsführende irakische Armee geliefert, aber nicht direkt über MBB, sondern das spanische Unternehmen Construcciones Aeronauticas S.A. bei Madrid montiert von MBB gelieferte Teile und liefert dann das fertige Produkt.

Über Frankreich (Aérospatiale) wurden jüngst 150 Roland-Flugabwehrsysteme (für 4 Mrd. DM) in den Irak geliefert. Partner und somit am Auftrag beteiligt ist MBB (Angaben nach ,,Spiegel", 21.11.83). Bekanntlich liefert Frankreich auch Exocet-Raketen an den Irak (und an Argentinien). Auch hier wird die BRD in Zukunft mitprofitieren können. Der Nachfolgetyp soll unter der Arbeitsbezeichnung ANS in deutsch-französischer Koproduktion entwickelt werden. Die ,,Definitionsphase" (Kosten/technische Werte etc.) ist praktisch abgeschlossen (lt. ,,Europäische Wehrkunde" 4/83).

Wie schnell ein scheinbar ,,defensives" Gerät in die ,,Offensive" kommt, wurde erst jüngst an dem ,,Standarthubschrauber" der Bundesmarine (Sea King MK 41) deutlich. Die ,,Europäische Wehrkunde" (4/83) vermeldete, daß dieser nun in ,,absehbarer Zeit" umgerüstet würde. Er solle eine Ausrüstungs von 4 Luft-Boden-Raketen (zur Seezielbekämpfung) erhalten, eine Datenübertragungsanlage (von Radarzieldaten an FK-S-Boote) und eine Anlage zum Einschutz gegen elektronische Kampfmaßnahmen. Damit soll dieser Hubschraubertyp auch bis 1995 einsatzfähig bleiben. So schnell können sich die Anforderungen ändern ...

PRÄZISIONS-PANZERBRECH-GEFECHTSKÖPFE



WIR KÖNNEN DAS ZIEL VERNICHTEN!

Anzeige der Rüstungsfirma Tactical Systems Group / Physics International Company, die die Gefechtsköpfe der Hellfire und der TOW II entwickelte

Fortsetzung von vorheriger Seite

5. Ich halte es für eine Legenden-Bildung, wenn jetzt behauptet wird, die öffentlich angekündigte Aktion sei ursächlich für die jetzige Situation.

Diese Aktion kann für sich genommen kritisiert werden als unbedacht und ungeschickt. Sie ist geprägt durch das oftmals mangelhafte Fingerspitzengefühl grüner ,,Ostpolitiker", die sich nur sporadisch, dann wenn's um Aktionen geht, um die Kontakte in die DDR kümmern, aber nicht die Erfahrungen ununterbrochen tätigen Menschen bauen. Die Aktion war mehr oder weniger konzeptionslos und naiv gegenüber der Partei- und Staatsführung der DDR, wie auch schon die Aktion und Folgeaktivitäten der Alexanderplatz Aktion im Mai.

Sie war im übrigen ungeschickt, was das Verhältnis und die Widersprüche zwischen Kirche und unabhängigen Friedensfreunden anbetrifft.

Vieles war falsch. Aber die Aktion ist nicht die Ursache für das jetzige Verhalten der DDR-Führung, sondern allenfalls willkommener Anlaß, über diese Aktion zu räsonieren hat nur dann einen Sinn, wenn wir künftig — es wird ein Weilchen dauern — wieder in eine solche Situation kommen sollten.

Zur Person
Rebekka Schmidt ist Mitglied der AL Westberlin und auf dem letzen Bundesparteitag der GRÜNEN in das Sprechergremium des Vorstands gewählt worden.

6. Ich denke, daß die DDR-Regierung mit den jetzigen Maßnahmen vorrangig eins erreichen will: Die Beseitigung der unabhängigen Friedensaktivitäten im eigenen Land, durch Inhaftierung oder Ausreise. Sehr aktive und bekannte Menschen wie Bärbel und Ulrike werden verhaftet und mit hohen Strafen bedroht. Damit sollen die anderen entmutigt zur Aufgabe und Anpassung oder zur Stellung von Ausreiseanträgen bewegt werden.

Aus diesem Kalkül heraus erfolgen momentan auch die Einreiseverbote. Jeder menschliche Kontakt soll vermieden werden, die Friedensfreunde von Informationen und Unterstützung aus dem Westen und zurück weitestgehend isoliert werden, um den oben beschriebenen Prozeß zu beschleunigen.

Andererseits werden nichtöffentliche - offizielle Kontakte der DDR-Seite zu den GRÜNEN aufrechterhalten, um den Draht nicht zu verlieren. Es ist nicht auszuschließen, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Welle, Einreisen wieder möglich werden.

Daneben ist davon auszugehen, daß die DDR-Führung uns einen Denkzettel insoweit verpassen will, als sie uns zwingen will, ihre ,,Manieren" anzuerkennen. In gewisser Weise geht es ihr wohl auch darum auszuloten, wie weit wir uns ihr gegenüber ducken.

7. Gerade wegen der letztgenannten Erwägungen halte ich einen sogenannten ,,halb-verständnisvollen" Kurs gegenüber der DDR Regierung/Partei für absolut ungeeignet, wenn wir in Zukunft von den DDR-Offiziellen in Zukunft noch einigermaßen ernstgenommen werden wollen.

Es ist überhaupt nicht gerechtfertigt, die jetzige Haltung der DDR mit Angriffen aus dem Westen, der Nachrüstung, mit irgendwelchem Verständnis zu bedenken. Es ist auch nicht die Zeit, ihr eine — im übrigen realpolitisch völlig unbedeutende — ,,DDR-Anerkennung" anzubieten — wenn keine Aussicht besteht, sie demnächst durchzusetzen. Was die DDR-Führung gegenwärtig entwickelt ist klipp und klar ein aus eigenem Willen und Kräften betriebener Kalter Krieg von ihrer Seite: Schon die SS 21 Stationierungen sind nicht mit der ,,Nach"rüstung zu rechtfertigen. Der Versuch die Reise- und Kontaktmöglichkeiten zu unterbinden — vor allem zwischen erklärten ,,Nach"rüstungs-Gegnern — entbehrt in diesem Zusammenhang jeglicher Logik.

Das faktische Verbot der menschlichen Kontakte ist ein Verstoß gegen elementare Menschenrechte wie Freizügigkeit, persönliche Entfaltung. Es stellt einen schweren Verstoß gegen die in der Schlußakte der KSZE von Helsinki vereinbarten Grundsätze über menschliche Kontakte und Informationen dar. Dort ist die Zielsetzung der Erleichterung und nicht der Erschwerung oder gar Verunmöglichung von freier Bewegung und von Kontakten auf individueller und kollektiver, auf privater oder offizieller Grundlage sowie die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen festgeschrieben worden.

8. Die liberalen Zeiten sind erstmal vorbei, und wir können nicht viel tun, da wir gegenüber der DDR kaum Verhandlungspositionen haben, weswegen wir — im Gegensatz zu den etablierten Parteien mit ihren materiell/finanziellen Mitteln — im Moment für die DDR Regierung/Partei nicht so interessant sind.

Ich bin in dieser Angelegenheit für ein doppelgleisiges Verfahren:

— scharfe Reaktion und Auftreten gegen die genannten Maßnahmen, was öffentlich politische Äußerungen anbetrifft. — Sofortige Presseerklärung des BuVo.
Dies dient der Bewahrung unseres Images in dem Sinne, daß man uns angesichts der Schärfe der Maßnahmen hüben wie drüben etwas ernstnimmt. Hierfür ist die Situation auch günstig, da nach Einstiegsschwierigkeiten im Falle Bärbel und Ulrike die Presse die Sache jetzt mit Aufmerksamkeit verfolgt.

— Fortsetzung und Ansetzung neuer Gespräche mit der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, jedoch vorläufig und kurzfristig begrenzt auf die Frage Einreiseverbote und Verhaftungen — man kann nicht mit jemandem, der einen anmacht, einfach über alles mögliche weiter reden — jedenfalls unmittelbar nach einem solchen Ereignis — Schreiben des BuVo an Ständige Vertretung DDR.
Einschaltung der Ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin sowie der weiteren zuständigen westlichen Stellen — Gesprochen werden soll über konkrete Einreiseverweigerungen.

Zu letzterem sollten wir eine Sammelstelle aller Einreiseverbote einrichten. Ich stehe hierfür zur Verfügung — Erforderliche Angaben sollten entsprechend dem beigefügten Fragebogen eingehen.

Soweit erstmal. Berlin, den 6. Januar 1984
Rebekka Schmidt

Anzeige



Wer wäre nicht dafür? Aber der Frieden in Freiheit verlangt ein klein bißchen mehr. Nämlich Konstruktivität und machbare Zwischenlösungen.

Die vierfache Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den Panzerwaffen stellt die freie Welt vor immer größere Herausforderungen. Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn die Freiheit bewahrt bleiben soll.

Wir haben eine überzeugende Antwort:
den **Panzerabwehrhubschrauber PAH 2**
Geräuscharm, geringe Umweltbelastung dezentral, defensiv, absolut tödlich im Zielanflug. Und über ein Nachtflugverbot lassen wir vielleicht auch noch mit uns reden.

PAH-2: Mit der unübertroffenen Erfahrung zweier Weltkriege. **Damit wir den dritten gewinnen.**

PAH-2: Die empfiehlt der grüne General seiner Partei.

Werbeagentur „echt ungrün — olivgrün"

Was besorgt die Grünen eigentlich am „Fall Kießling"?

Jürgen Reents

(Anmerkungen zur Aktuellen Stunde vom 20.1.84)

Das „konsequente Eintreten für die Belange der Minderheiten in unserer Gesellschaft" ist den Grünen ein „Hauptanliegen". Die Grünen sind u.a. der Meinung, „daß Homosexualität und Heterosexualität gleichwertige Ausdrucksformen menschlicher Sexualität" sind. So steht es im Bundesprogramm.

Die Friedenspolitik der Grünen richtet sich gegen alle Formen des Militarismus. Die Leitlinie dabei ist die Überzeugung, Friedenssicherung durch Maßnahmen der einseitigen Abrüstung zu erreichen, weshalb auch ein Abbau der Bundeswehr gefordert wird. „Langfristig" wird sogar „eine Abschaffung des Militärdienstes erwartet". So steht es im Bundesprogramm.

Wer das weiß, und noch dazu für richtig hält, muß sich wohl die Ohren gerieben haben, als Gert Bastian und Roland Vogt am 20. Januar in der aktuellen Stunde des Bundestages zum „Fall Kießling" sprachen. Oder auch nicht, weil das Erstaunen über die Erklärung von Gert, die er bereits drei Tage vorher als Pressemitteilung herausgegeben hatte, schon keinen zweiten Schock mehr zuließ: Wurde Kießling dort als „ein qualifizierter und während eines langen Berufslebens stets als untadelig und loyal beurteilter General" gelobt, der nun „durch eine ungerechtfertigte Entscheidung seines Dienstherrn entehrt" worden sei. Und hatte Gert dort doch die Forderung nach Wörners Rücktritt damit begründet, daß dieser zur „Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens in eine ehrenhafte und von der Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze geprägte Amtsführung des BMVg" notwendig sei.

Was, bitte schön, ist ein „untadeliger und loyaler" General in der Ansicht der Grünen? Oder ein General, „der ein Berufsleben lang loyal und zuverlässig gewesen ist", wie Gert es in seiner Rede in der Aktuellen Stunde wiederholt hat? Loyal — wem gegenüber? Doch wohl der Bundeswehr gegenüber, oder? Und zuverlässig — für wen? Doch wohl für die Bundeswehr, für die Bundesregierung und für diesen Staat, oder? Welch vorbildliche Tugenden, die man braucht, um es bis zum stellvertretenden NATO-
für die Bundesregierung und für diesen Staat, oder? Welch vorbildliche Tugenden, die man braucht, um es bis zum stellvertretenden NATO-
Oberbefehlshaber in Europa zu schaffen, und die hier so bedenkenlos und unkritisch von Gert gerühmt werden? Tugenden, die so floskelhaft und inhaltsleer den Blick für all das verstellen, was die NATO ist und was in ihr geplant wird. Anders als Gert selbst hat ex-General Kießling seine Loyalität ja sogar über den NATO-„Doppelbeschluß" und die Raketenstationierung hinaus bewahrt — wie kann ausgerechnet Gert dann solchen Respekt vor Kießlings Loyalität bezeugen? Was um alles in der Welt soll den Grünen an einer „Wiederherstellung" einer „ehrenhaften Amtsführung" des Verteidigungsministeriums liegen — und was ist das überhaupt?

Roland Vogt verstehe ich auch nicht mehr. „Mein Vertrauen in Herrn Altenburg ist ... erschüttert", hat er in der Aktuellen Stunde gesagt. Hat Roland, ein Verfechter pazifistischen Gedankenguts par excellence, bislang denn Vertrauen zum Generalinspekteur der Bundeswehr gehabt? Das erkläre er mir dann mal, wieso! Und wenn dem nicht so war und nicht so ist, wenn dieser Satz nur so gedankenlos dahingesprochen wurde, dann möchte ich ihn bitten, mal über diese Gedankenlosigkeit nachzudenken — und über die verdummende Wirkung, die ein solcher Satz hat. Man schafft keine Aufklärung und keine Politisierung, wenn man sich selbst als ahnungslos verkauft.

Und nachdenken sollte Roland auch über einen anderen Satz seiner Kießling-Rede: „Wäre es ... nicht die Aufgabe eines bundesdeutschen Verteidigungsministers, diesem bundesdeutschen General den Rücken zu stärken, statt bei irgendeiner Gelegenheit diese Meinungsverschiedenheiten (mit NATO-Oberbefehlshaber Rogers/J.R.) heranzuziehen und zu sagen, er hätte das Vertrauen nicht mehr?" Ich sage offen: Mir graut vor solchen Verbeugungen gegenüber nationalistischen Emotionen, die aus der deutschen Volksseele in die Friedensbewegung hineinschwappen, und in denen schon längst knöcheltief herumgewatet wird. Ein bundesdeutscher Verteidigungsminister hat mit einem bundesdeutschen Vier-Sterne-General Solidarität gegenüber dem Ami zu üben (apropos: irgendwo fiel kürzlich der Vorwurf des „Antiamerikanismus"...). Hier wird nicht einmal mehr der Versuch gemacht, mit dem etwaigen Inhalt der etwaigen Meinungsverschiedenheit zwischen Rogers und Kießling zu argumentieren, sondern das Argument ist nur noch, ob der Paß der Militaristen den gleichen Staatsstempel trägt.

Die deutsche Volksseele hat Roland und Gert offenbar auch bei einigen anderen Passagen aufmunternd auf die Schulter geklopft: bei dem, was ihnen zum Thema Homosexualität eingefallen oder nicht eingefallen ist. Zuerst, was ihnen nicht eingefallen ist: Keiner von beiden hat auch nur mit einem einzigen Wort etwas gegen die mit dem „Fall Kießling" neu belebte gehässige, z.T. sogar faschistoide Stimmungsmache gegen die Homosexualität gesagt. Sie haben dieses Thema überhaupt fast peinlich zu vermeiden versucht, und wo sie es gestreift haben, da haben sie den gleichen Eindruck von Unappetitlichkeit und Anstößigkeit verbreitet, der beim biederen Bürger noch immer der Bodensatz dafür ist, Diskriminierungen gegen Homosexuelle nicht anzuklagen und anzugreifen, sondern hinzunehmen.

Roland sprach von „jenem Milieu", als er die Homosexuellen meinte — eine Charakterisierung, in der schon der Vorwurf der Absonderlichkeit mitschwingt. Hat jemand je von „jenem Milieu" gesprochen, wenn er etwas zur „Normalität" deutschen Familienlebens sagen wollte? Und: daß das Verteidigungsministerium Sicherheitsbedenken vorgebracht habe, weil ex-General Kießling „sich in jenem Milieu aufhalten" würde, bezeichnete Roland als „schlüpfrig". Das muß dann ja wohl nach seiner Ansicht etwas mit „jenem Milieu" zu tun haben — ist „jenes Milieu" selbst „schlüpfrig", oder ist es „schlüpfrig", jemanden mit „jenem Milieu" in Verbindung zu bringen? Das zweite macht die erste Assoziation nicht besser.

Gert hat sich in seiner Rede auf das September-Gespräch zwischen Wörner und Kießling bezogen und die „ehrenwörtliche Versicherung" von Kießling hervorgehoben, „dieser Vorwurf (homosexuell zu sein/J.R.) sei falsch". Er hat Wörner dann gescholten, daß er den Eindruck erweckt habe, Kießling Glauben zu schenken, daß aber seine „Zweifel gar nicht beseitigt waren". Warum läßt Gert es so stehen, daß es ein Vorwurf sein kann, homoerotische Beziehungen zu haben? Man denke sich mal: Kießling wäre vorgeworfen worden, ein „normales Familienleben" zu haben — Heiterkeit und Spott wäre die mildeste Reaktion. Und: Gert sprach von „dubiosen Zeugen aus eben jener Szene ..., die Sie (Wörner/J.R.) bisher als sicherheitsverdächtig bewertet haben, nun aber plötzlich als Nährboden glaubwürdiger Bekundigungen akzeptieren wollen". Der Satz richtet sich nur vordergründig gegen Wörner und MAD-Spitzel — er enthält mehr Vergewaltigung und Diskriminierung derjenigen, die Gert ebenfalls nur als „jene Szene" ansprechen mag. Er heftet die „Dubiosität" der Zeugen an das „Milieu" („jene Szene").

Gert und Roland haben einen tragenden Gedanken in ihren Reden, der auch von den Pressekritikern Wörners in den Vordergrund geschoben wird: ex-General Kießling müsse „rehabilitiert" werden. Warum? Weil die Kultur in unserem Lande so ist, daß derjenige als verächtlich gilt, dem Homosexualität nachgesagt wird (ob es nun stimmt oder nicht), und nicht derjenige sich verächtlich macht, der das als „Vorwurf" vorzubringen wagt. Warum wurde das nicht angesprochen? Das hätte ich mir von einem Redebeitrag der Grünen gewünscht. Der einzige, der — soweit ich erinnere — das in einem zaghaften Halbsatz mal hat durchschimmern lassen, war der SPD-Abgeordnete von Bülow. Nicht Kießling gilt es zu „rehabilitieren", sondern die Homosexuellen, die das eigentliche Opfer dieser Affäre sind. Sie haben im Zusammenhang mit diesem Fall mehrere Razzien, Schmierereien an ihren Lokalen und öffentliche Verunglimpfung erfahren, die schon mal der Vorbote für viel Schlimmeres waren.

[redacted]

[redacted]

Aufruf zum bundesweiten Arbeitstreffen zu Aspekten der erfaßten Gesellschaft vom 17. bis 19.2.84 in Gießen

Mit der Auseinandersetzung über die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises als inhaltlichem Schwerpunkt und verbindender Klammer soll das Arbeitstreffen offen sein für alle Aspekte der Komputergesellschaft.

Ablauf des Teffens

Ort: Universität Gießen, Philosophikum II, Karl-Glöcknerstraße

Freitag 20 Uhr: Einführung und allgemeine Debatte unter den Stichworten Volkszählung, BVG-Urteil, Personalkarte

Samstag 10 Uhr: Plenum — Die Rolle der maschinenlesbaren Personalkarte als Schlüssel vor dem Hintergrund der forcierten Automation am Beispiel der Hamburger Verwaltung.

Nach der Mittagspause Beginn der Arbeitsgruppen:

1. Volkszählung und neuer Personalausweis; Bedeutung des BVG-Urteils in Sachen Volkszählung
2. Personalausweis; Meldewesen; Automation in der kommunalen Verwaltung
3. Polizei; Innere Sicherheit
4. Verkabelung; Vernetzung; BTX
5. Sozialdaten; Verwaltung der Armut
6. Erfassung im Zuge von Kriegsvorbereitung; Militärtechnik
7. Betriebliche Überwachungssysteme
8. Stichwort: Subversion und Sabotage
9. Medienworkshop: Filme, Theater, Info-Börse

Abends gibt's ein Fest.

Sonntag 10 Uhr: Fortsetzung der AG's
Nach der Mittagspause Abschlußplenum

Anmeldung zum Kongreß erfolgt durch Überweisung des Tagungsbeitrags von 12,- DM auf das Konto Nr. 2.2564.01 bei der Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00, Stichwort Kabylon.
Vor dem Kongreß wird anhand der Beitragseingänge eine Broschüre mit Informationen zu den einzelnen Arbeitsgruppen verschickt.
Bitte frühzeitig anmelden!
Für Rückfragen an folgende Adresse wenden:
Kabylon, c/o VFKK, Weserstr. 5, 6300 Gießen
Für telefonische Kontakte bitte unbedingt die angebenen Zeiten einhalten: Mo 16 - 19 Uhr, Mi 17 - 21 Uhr, Tel. 0641/35180, darüberhinaus, falls nötig, zwischen 18 und 19 Uhr 0641/73136
Veranstaltet wird der Kongreß vom ASTA der Uni Gießen, AG Datenschutz, unterstützt und inhaltlich getragen von Gruppen und Arbeitszusammenhängen in diesem Bereich aus Berlin, Bonn, Bremen, Gießen, Hamburg, Mainz, Marburg, Nürnberg, den Grünen, der GAL-Hamburg, der AL-Berlin, KB, FORBIT-Wissenschaftsladen HH.

[redacted]

Neuer Minimalkonsens auf der Kölner Konferenz der Friedensbewegung

Auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln am 11./12.2., an der ca. 1200 Menschen teilnahmen, wurde folgender Antrag, der eine Erweiterung des Minimalkonsenses darstellt, mit großer Mehrheit verabschiedet:

Der Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 22. November 1983 für die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles ist eine Entscheidung gegen die Lebensinteressen unserer Bevölkerung. Die neuen Atomwaffen bringen für die Bundesrepublik nicht mehr, sondern weniger Sicherheit und erhöhen die Kriegsgefahr. Die begonnene Stationierung zwingt uns, den Widerstand gegen diese Raketen fortzusetzen. Die Stationierung ist Kernstück einer umfassenden militärisch und politisch offensiven Kriegsführungsstrategie der USA und der NATO im atomaren, konventionellen, chemischen und elektronischen Bereich (s. auch Leitliniendokument, Air Land Battle, Rogers-Plan u.a.).
Angesichts dieser Situation fordert die Friedensbewegung:

1. Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen und Abbau der bereits stationierten Raketen in Westeuropa und Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen bestehend in der Aufstellung von SS21 und SS22.
2. Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerten ABC-Waffen, Nein zur Plutoniumproduktion (WAA, Schnelle Brüter).
3. Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung.
4. Abbau von Atomwaffen mit dem Ziel, atomwaffenfreier Zonen und eines atomwaffenfreien Europas bei gleichzeitiger Nichterhöhung der konventionellen Rüstung in Ost und West.
5. Eine Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung, die nur durch konkrete Abrüstungsschritte Erfolg haben kann.
6. Sofortiger Abbau des Rüstungsetats und Verwendung der Mittel für gesellschaftlich nützliche Aufgaben.
7. Ablehnung jeglicher militärischen Intervention und Unterdrückung von Emanzipationsbestrebungen.
8. Überwindung von Geist und Logik der Abschreckung.

Die Aktionskonferenz ruft die Friedensinitiativen auf, zur Vorbereitung der nächsten bundesweiten Aktionskonferenz am 5./6. Mai 1984 folgende Themenbereiche verstärkt zu diskutieren:

1. Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO immer mehr zu einem Bündnis mit Kriegsführungsoptionen entwickelt (vergl. Air Lnad Battle usw. wie auch die entsprechenden Aufrüstungsprogramme), ist eine Problematisierung und Klärung unseres Verhältnisses zur NATO dringend geboten.
2. a) Die Doktrin der Abschreckung und mögliche Alternativen und die Auswirkung auf Rüstung in Ost und West
b) einseitige Abrüstungsschritte - Gleichgewicht - gleiche Sicherheit
c) Alternative Sicherheitskozepte
3. Die Sowjetunion hat die Aufstellung von Pershing II und Cruises Missiles in Westeuropa mit der Aufstellung der Kurzstreckenraketen SS21 und SS22 in der CSSR und der DDR beantwortet. In der Friedensbewegung gibt es in der Bewertung dieser Maßnahme unterschiedliche Positionen. Erste Positionen werden im Anhang kurz skizziert.
4. Blockübergreifende Friedensbewegung - internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung
5. Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau
6. Hochrüstung und Dritte Welt
Angesichts der Tatsache, daß in der Situation der Kriegsvorbereitung und weltweiter Krise die Mehrheit der Frauen wieder von sinnvollen, qualifizierten Arbeitsplätzen verdrängt, ihre sozialen Rechte eingeschränkt und unter dem Motto: "Die Deutschen sterben aus" wieder ins Haus zurückgedrängt werden, unterstützt deie Friedensbewegung die Forderungen und den Protest der Frauen dagegen (nicht im Wortlaut)

Motto: "Die Deutschen sterben aus" wieder ins Haus zurückgedrängt werden, unterstützt deie Friedensbewegung die Forderungen und den Protest der Frauen dagegen (nicht im Wortlaut)

Die vielfältigen Aktionen im Herbst 83 haben das Anwachsen der Friedensbewegung eindrucksvoll demonstriert. Den weiteren Zusammenhalt der Beteiligten in ihrer sozialen, weltanschaulichen und politischen Vielfalt zu bewahren, immer mehr Bevölkerungskreise zur Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen und inhaltliche ÜPerspektiven in der gemeinsamen Diskussion weiterzuentwickeln, sind Voraussetzungen für unseren Erfolg.
Trotz bestehender Differenzen in verschiedenen Fragen schlagen wir vor, folgende Aktionen vorzubereiten und durchzuführen bzw. zu unterstützen:

8 März;Ostermärsche;1. Mai
Selbstorganisierte Volksbefragungen am 17.Juni und Abstimmungen
Eine breit angelegte Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste sowie Masnahmen der Militarisierung, z.B. Frauen in die Bundeswehr zu holen
1. September;Friedenswochen
Es besteht die Absicht, aus den genannten inhaltlichen Diskussionspunkten und Vorschlägen ein integriertes Gesamtkonzept für gemeinsame Aktionen im Herbst 1984 bis zur Aktionskonferenz am 5./6/ Mai 1984 zu entwickeln. In der Diskussion sind: Aktionen im Fulda GAP, Menschenketten durch die BRD, Manöverbehinderungen und Aktionswoche
Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes zur 35-Stunden-Woche.

Anhang

1. Niemand in der Friedensbewegung will neue Atomraketen, weder im Westen noch im Osten. Jede vorurteilslose Betrachtung muß zu dem Ergebnis kommen, daß die US-Regierung mit Unterstöutzung der BRD alles getan hat, die atomare Aufrüstung durchzusetzen und die Sowjetunion durch hohe Kompromißbereitschaft versuchte, das zu verhindern.
Will die Friedensbewegung die atomare Aufrüstrung in West- und Osteuropa stoppen, muß sie politischen Druck vordringlich auf jene ausüben, die sie verschulden.
Es geht nicht um das Problem des Gleichgewichts, sondern um den Versuch der US-Regierung, strategische Überlegenheit zu erlangen. Keiner kann eine Garantie dafür übernehmen, daß sie diese nicht nutzt, wenn es ihr erfolgversprechend erscheint. Bisher hat sie immer die strategische Überlegenheit genutzt zu einer Politik der Stärke und militärischen Konfrontation. Nur dort, wo dies nicht möglich erschien, war sie zu mehr Realismus, Entspannung und Rüstungsbegrenzung bereit.
Die östlichen Gegenmaßnahmen sollen deutlich machen, daß es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, militärischen Überlegenheit zu erlangen. Die Friedensbewegung muß dazu beitragen, daß dies in Zukunft politisch verhindert werden kann.
2. Die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes unternehmen alle Anstrengungen, im Sinne der tödlichen Abschreckungslogik mithalten zu können. Wenngleich wir dies auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen beurteilen, die die Sowjetunion oft genug die Leiden des westlichen Expansionismus spüren ließ, muß die Friedensbewegung die Aufrüstung des Warscheuer Paktes ablehnen, weil damit die Massenvernichtung ins Verteidigungskalkül einbezogen wird. Wir lehnen die jüngsten sowjetischen Rüstungsmaßnahmen auch deshalb, weil sie in keiner Weise eine friedenspolitische Perspektive eröffnen, sondern die Gefahr des Kriegsausbruches erhöhen.
3. Solange die Friedensbewegung die Kriegsvorbereitung gegen die Warschauer Vertragsorganisationen durch die NATO nicht stoppen und verhindern kann, muß sie einen neutralen Standpunkt gegenüber den Rüstungsmaßnahmen, einschließlich der atomaren Abschreckungsmaßnahmen einnehmen. Die Frage unterschiedlicher Einschätzungen über die Rüstungspolitik der Sowjetuinion sollte kein Spaltungspunkt für die Friedensbewegung sein.

Keine Plattform für die „Unabhängigen"

Zum „Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen" (= BuF) am 21./22. Januar kamen rund 300 Personen nach Frankfurt.

Besprochen wurden Aktionen und Kampagnenvorstellungen für die nächste Zeit. Verabschiedet wurde ein Forderungskatalog für einen zukünftigen „Minimalkonsens" der Friedensbewegung, der gemeinsam auf der Kölner Konferenz aller Friedenskräfte (am 11./12.2.) eingebracht werden soll (s. das Ergebnis dazu in diesem AK).

Hauptdiskussionspunkt dieses Treffens war allerdings die Frage nach dem gemeinsamen Grundverständnis des „unabhängigen" Flügels.

Nach heftiger Kontroverse hing es dann schon am seidenen Faden, ob immerhin der Streit in einem Papier öffentlich dargestellt werden könnte. Dieses Papier, daß wir hier abdrucken, gibt die Punkte gemeinsamer Einschätzungen und offener Streitpunkte wieder. Die einzelnen Positionen sollen ausführlicher in einem „Reader" dargelegt werden, der Anfang März von der Kasseler Koordinationsstelle ziviler Ungehorsam herausgegeben werden soll. Nicht alle in Frankfurt vertreteten Positionen finden sich in dem Streit der Hauptkontrahenten wieder, die als sogenannte „Antimilitaristen" und „Antiimperialisten" gekennzeichnet wurden. Einer sehr kleinen Minderheit geht eine Differenzierung zwischen den Blöcken — NATO und Warschauer Pakt — überhaupt zu weit, da beide im wesentlichen als gleich räuberisch anzusehen seien.

Erklärtermaßen stellen für die Hauptvertreter der „antimilitaristischen" Position die festgestellten Gemeinsamkeiten gegenüber der Kriegsplanung der NATO keinen ausreichenden Handlungsrahmen für ein unabhängiges Bündnis dar. Mohssen Masarat drückt das so aus (s. „taz", 10.2.84): „*Nur durch radikale Absage an jedwede militaristische Logik, durch die grundsätzliche Absage an das Prinzip der Abschreckung* (gemeint ist die Verurteilung der sowjetischen Rüstung — Anm. AK) ... *werden wir in der Lage sein, glaubwürdig einseitige Abrüstungsschritte der BRD zu fordern, gegenüber dem traditionellen Spektrum der Friedensbewegung, insbesondere der SPD, eine offensive Alternative zu formulieren und dafür auch eine Massenbasis zu gewinnen*". Damit steht die Frage im Raum, ob es an der Forderung, die Verurteilung sowjetischer Rüstungspolitik zum Grundverständnis der Unabhängigen zu machen, zu einer Spaltung dieses Flügels kommt, wenn auch der Bruch auf dieser Konferenz vermieden wurde. Dazu muß man wissen, daß dieses Spektrum „autonomer" (BAF) bzw. „unabhängiger" Friedensgruppen (BUF) bisher im Rahmen der Friedensbewegung für eine klarere bzw. eindeutige Position gegenüber der NATO-Kriegsplanung (über die Mittelstreckenraketen hinaus) und für eine „Radikalisierung" der Aktionen eingetreten ist. In Diskussionen hat dieses Spektrum jeweils gemeinsam mit den Grünen dafür gestimmt, auch Redner aus der staatsunabhängigen Friedensbewegung der DDR einzuladen und es wurde gefordert, Interventionsakte der Sowjetunion und die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes von Völkern nicht auszusparen. Allerdings trat dieses Spektrum immer dagegen auf, wenn es grünen Kräften darum ging, an diesen Fragen eine Spaltung der Friedensbewegung zu erreichen: Die Verhinderung dieser Versuche dürfte sogar wesentlich diesem Spektrum zu verdanken sein, auf das sich die Grünen als Partner immer bezogen haben. Nun hat die Frage die „Unabhängigen" selbst eingeholt.

Es wird notwendig sein, in nächster Zeit dazu eine ernsthafte Diskussion und Auseinandersetzung zu führen und dabei ein völliges Auseinanderbrechen dieser Kräfte nach Möglichkeit zu vermeiden.

Allerdings halten wir die Position der „Antimilitaristen" für keine „offensive Alternative" zur SPD, im Gegenteil: Es ist nicht einmal ein kluger Versuch, dem traditionellen Spektrum ausgerechnet dadurch begegnen zu wollen, sich in stärkerer Abgrenzung zur DKP mehr sozialdemokratischen Positionen anzunähern. Es kann dann sehr schnell wie in Baden-Württemberg laufen, wo sich ausgerechnet die Jusos bei der Spaltung zum vehementesten Verfechter „unabhängiger" Positionen aufgeschwungen haben (s. Artikel in diesem AK dazu). Schon jetzt kann auch gesagt werden, daß der Versuch eines gemeinsamen unabhängigen Flügels, der klar links von dem traditionellen Spektrum agiert, als gescheitert zu betrachten ist. Ohne eine entsprechende Bedingung der Mit-Verurteilung sowjetischer Politik und Rüstung — wie im Moment die Verurteilung sowjetischer Gegenmaßnahmen gegen die „Nachrüstung" — scheint in diesem Spektrum kein gemeinsames Anti-NATO-Bündnis mehr möglich.

Dokument
CONSENS-DISSENS-PAPIER zum Diskussionsstand in der unabhängigen Friedensbewegung

In der Arbeitsgruppe ergab sich folgender Diskussionstand:

I.

Einig sind wir uns in der Einschätzung und Verurteilung der NATO-Politik als einer menschheitsgefährdenden Politik offensiver Kriegsvorbereitung, wie sie erkennbar geworden ist

- in der Stationierung der Ersteinsatzwaffen Pershing II und Cruise Missile
- in den geplanten neuen Interkontinentalraketen der USA
- in der Produktion der Neutronenbombe
- in der Entwicklung neuer chemischer Waffen
- in erweiterter „konventioneller" Rüstung (Rogers-Plan)
- in der Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe
- in den in den USA veröffentlichten Konzepten für einen zu führenden und gewinnbaren Krieg, sogar Atomkrieg, zur politischen Erpressung oder gar Enthauptung der Sowjetunion
- in der Bereitschaft der USA, in der „Dritten Welt" militärisch zu intervenieren und insbesondere um das Erdöl Krieg zu führen
- in dem umfassenden neuen Strategiepapier „Airland-Battle 2000".

Die BRD spielt innerhalb dieses Offensivkonzeptes im Rahmen einer Arbeitsteilung die Rolle des Hauptpfeilers der NATO in Westeuropa, wie sich zeigte z.B.

- in der Durchsetzung der „Nachrüstung"
- im Abschluß der Vertrages „Wartime Host Nation Support" (April '83), nach dem die BRD 100.000 Reservisten zur logistischen Unterstützung der USA bereitzustellen hat, falls diese in der Nähe Europas Krieg führt

stützung der USA bereitzustellen
hat, falls diese in der Nähe Europas Krieg führt

- im Bau der Startbahn West als Drehscheibe für Nachschublieferungen für US-Truppen.

Wir sind uns auch einig darin, daß wir den Kampf gegen die NATO-Politik und Kriegsgefahr in die allgemeine Öffentlichkeit aktiv hineintragen wollen.

Uneinig sind wir uns in der Analyse der Triebkräfte für diese aggressive NATO-Politik und der gegenwärtigen Kriegsgefahr.

Die einen sehen diese Politik primär begründet in den kapitalistischen Interessen der Rohstoffverfügung, der Marktkontrolle und der Erhaltung weltweiter Ausbeutungsverhältnisse **(anti-imperialistische Position).**

Die anderen (anti-militaristische Position) sehen eine wesentliche Funktion allen Militärs darin, Garant zur Durchsetzung von Herrschaftsinteressen nach innen und außen zu sein. Für sie drückt sich Militarismus aus im Vertrauen auf Abschreckung durch Massenvernichtungsmittel und Gleichgewichtsrüsten und — in seiner perversesten Form — in der Planung von Kriegen. Deshalb lehnt diese Position Krieg und Militär grundsätzlich ab, und insofern reicht ihr die anti-imperialistische Analyse der Kriegsursachen nicht aus.

Diese Positionen schließen sich nicht unbedingt aus und werden unter uns auch in verschiedenen Kombinationen und Gewichtungen vertreten.

II.

Einig sind wir uns in der Verurteilung jeglicher Unterdrückung emanzipatorischer Bewegungen, wie sie heute in Erscheinung treten in den Protestbewegungen in Westeuropa, Nordamerika und Japan, in den Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt", die meist zum Kampf mit der Waffe gezwungen werden und in Oppositionsbewegungen in Osteuropa. Durch Kontakte und gegenseitige Unterstützung soll internationale Solidarität konkret werden — das gilt auch für die uns unmittelbar benachbarten Friedensgruppen in der DDR.

Uneinig sind wir uns in der Einschätzung der sowjetischen Militärpolitik gegenüber der NATO.

Einige wollen der Sowjetunion solange das Recht auf Abschreckung, einschließlich atomarer Abschreckung, nicht absprechen, solange sie von der atomaren Vernichtung durch die NATO bedroht ist — ohne daß sie damit zur „Friedensmacht", erklärt werden soll (siehe Afghanistan, Eritrea u.a.).

Andere kritisieren diese Politik des Wettrüstens als Ausdruck von Militarismus, der auch in der UdSSR zur Absicherung des Herrschaftsbereiches dient. Abschreckungspolitik mit Massenvernichtungsmitteln und Gleichgewichtsrüstung schließen die Bereitschaft zum Präventivschlag ein und tragen damit zur Kriegsgefahr bei.

P.S.

Die hier formulierten inhaltlichen Consense

P.S.
Die hier formulierten inhaltlichen Consense

sind sicher nicht die einzigen möglichen innerhalb unseres Spektrums der Friedensbewegung; aber nur diese wurden in unserer AG ausführlich diskutiert. In dem weiterzuführenden Prozeß der Consensbildung sollten wir über diese Papier hinauskommen und außerdem weitere gemeinsame Überzeugungen formulieren. Die unterschiedlichen Positionen werden dazu ihre ausführlichen Begründungen den Friedensinitiativen der Unabhängigen Friedensbewgung zur Diskussion und Unterstützung vorlegen.

für die Richtigkeit des Textes:
Gerhard Breidenstein, Dortmund

Im Abschlußplenum der Bundeskonferenz wurde ein Meinungsbild (derzeitige Stimmung/Meinung zur vorgelegten Frage, dies ist keine Abstimmung mit Beschlußqualität!!!) erstellt mit folgendem Ergebnis (bei noch ca. 200 Anwesenden):

Consens I :
Ablehnung: 11 Enthaltung: ca. 10
Consens II:
Ablehnung: 1 Enthaltung: ca. 20

Koordinationsstelle
„Ziviler Ungehorsam"

Spaltung der Friedensbewegung in Südwest

Am 22.Januar kam es zum großen Knall: 550 Friedensmenschen aus ganz BaWü waren zur „Landesberatung" gekommen. Erster und wichtigster Tagesordnungspunkt: Diskussion über die künftigen inhaltlichen Aussagen. Dazu gab es insgesamt fünf Positionspapiere, von denen allerdings in der Debatte nur zwei eine Rolle spielten:

— Das Papier des Stuttgarter Initiativkreises für Frieden und Abrüstung (SIFA), das ganz im DKP-Stil am bisherigen Minimalkonsens festhält;

— Das Papier von Grünen, Jusos, Pax Christi, ORL, DFG/VK und anderen. Dort wird schön ausgewogen die „Abschreckungslogik" in Ost und West kritisiert, die „Entspannungspolitik" als falsch bezeichnet, außerdem werden USA und UdSSR gleichgestellt. Bewußt provozierend für die DKP sollte natürlich die Nennung von Polen, Afghanistan und der „besonderen Verbundenheit mit der unabhängigen Friedensbewegung der DDR" sein.

Die letztgenannten Punkte prägten die gesamte dreistündige Diskussion. Mit Verbalattacken wurde beiderseits nicht gespart, wobei die Spitzen von Grünen und Jusos wohl als Punktsieger aus der Schlammschlacht hervorgingen: die DKP wurde beispielsweise als „KPdSU Deutschland" bezeichnet oder empfohlen, doch gleich DDR-Außenminister Fischer in den Arbeitsausschuß aufzunehmen.

Aber die angestrebte Spaltung wollte nur schwer gelingen: Ein Antrag der Grünen/ Jusos, ihr Papier als Grundlage für die Weiterarbeit zu verabschieden, wurde von der DKP geschickt gekontert: K e i n Papier sollte verabschiedet werden. Dies fand mit 290:220 eine Mehrheit. Daraufhin zogen die Unterlegenen aus der Versammlung aus. Drei Tage später konstituierte sich dieser Kreis öffentlich als neuer landesweiter Zusammenschluß.

Mit List und Tücke

Das Vorgehen bei der „Landesberatung" war von den DKP-Gegnern präzise geplant worden. Schon Wochen vorher hatten sich Vertreter der einzelnen Gruppen, die — oh heilige Basisdemokratie! — zum Teil gar nicht durch entsprechende Beschlüsse ihrer Gruppen legitimiert waren, in einer Stuttgarter Kneipe recht konspirativ getroffen und ihr taktisches Vorgehen abgesprochen. Der Auszug stand schon vorher fest; der Verlauf der Sitzung und der Abstimmungen war nicht dafür ausschlaggebend.

Bestes Beispiel: Auf dem Höhepunkt der Redeschlachten wurde der Antrag gestellt, in einem Telegramm an Honecker die Freilassung der inhaftierten Friedensfrauen zu fordern. Dieser Antrag wurde mit einer satten Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Die DKP blieb trotz einiger Aufgeregtheit sitzen und akzeptierte das Ergebnis. Die „Unabhängigen" aber zogen wenig später aus, obwohl doch diese Abstimmung zumindest gezeigt hatte, daß es in der Versammlung keine DKP-Majorität gab. Viele nicht-DKPler stimmten engagiert für die Solidarität mit den DDR-Friedensfrauen, waren aber nicht bereit, eine Spaltung der „Landesberatung" zu betreiben (durch Verabschiedung einer „ausgewogenen" Plattform).

Wem nützt die Spaltung?

Während des gesamten letzten Jahres war es zu heftiger Kritik an der DKP gekommen:

— Die DKP hatte versucht, auf der Ulmer Aktionskonferenz eine „Latschdemo" in Stuttgart für den 22.10. durchzudrücken.

— Sie hatte immer wieder Anläufe unternommen, die Ulmer Blockade am 22.10. zu behindern.

— Sie hatte (über einen Vertreter der DFU) einen Brief an die DDR-Vertretung geschrieben, in dem dieser sich im Namen des Aktionsbüros „Herbst '83" für die Einladung von Sprechern aus der „unabhängigen" DDR-Friedensbewegung nach Ulm entschuldigte.

Die Kritik am (von der DKP favorisierten) Auftritt von Willy Brandt in Bonn und an den Kungeleien zwischen Friedensmanagern und Polizeioffizieren hatte bezeichnenderweise in Süddeutschland nie eine besonders große Rolle gespielt.

Alle diese Widersprüche zwischen „Unabhängigen" und KoFAZ-Spektrum wurden im Papier von Jusos, Grünen usw. und auf der „Landesberatung" auf einen einzigen Punkt reduziert: die Ost-West-Frage, die „Einäugigkeit" gegenüber der östlichen Rüstung und die „Einseitigkeit" gegen die NATO. Eine l i n k e Kritik an der DKP tauchte nicht auf. Durchgesetzt haben sich sozialdemokratische Positionen, gedeckt durch den DKP-Haß von Grünen und christlichen Gruppen.

Fein raus sind die Jusos, eine bislang völlig unbedeutende Gruppierung in Baden-Württemberg, die ausgerechnet als Vertreter des „Unabhängigen" Spektrums seit dem 22.1. das große Wort führen. Das hat sogar die DKP veranlaßt, von „Verstaatlichung der Friedensbewegung" zu sprechen...

Sind die Inhalte schon sehr SPD-lastig, so sind auch die Aktionsvorschläge der Spalter-Front alles andere als radikal. Auf der ersten Sitzung der neu gegründeten Koordination wurde ein Vorschlag für die Oster-Aktivitäten vorgelegt. Im Kern sieht er nichts anderes vor, als das DKP-Spektrum auch: Eine „Umzingelung" der Stationierungsorte Heilbronn, Mutlangen und Neu-Ulm, wobei die Grünen/Jusos noch zwei weitere Militäreinrichtungen dazunehmen wollen (z.B. die Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart). Besonders kreativ sollen wohl die „Hunderttausend Friedensfeuer" sein, die am Ostersamstag und -sonntag überall angezündet werden dürfen — „als ein verbindendes Zeichen für unsere Sehnsucht nach Leben" (Aufrufentwurf).

So kritisiert Bernd Faller, Landesgeschäftsführer der Grünen und einer der Manager der Spaltung, den Ostermarsch des „DKP-Spektrums" lediglich an einem Punkt: Der Aufruf sei abzulehnen, weil „*in ihm der Abbau der in der DDR und CSSR stationierten bzw. noch zu stationierenden atomaren Kurzstreckenraketen nicht prinzipiell, sondern nur im Zusammenhang mit der Nichtstationierung von Pershing und Cruise Missile gefordert wird*" (Kreisrundbrief, 26.1.).

Fazit: Für die Linken bringt die Spaltung vom 22.1. keine Vorteile. Zwar sind Diskussionen im „unabhängigen" Spektrum aufgrund der pluralistischen Zusammensetzung in der Regel fruchtbarer als in einem Kreis mit einem starken DKP-Block. Doch ist diese Abspaltung in ihrer gesamten Argumentation und Entstehungsgeschichte so massiv von einer plump antisowjetischen Stoßrichtung geprägt, daß eine radikale NATO-Kritik auf taube Ohren stoßen würde. Somit wird sich die Linke auch in diesem Kreis nur Geltung verschaffen können, wenn sie sich selber stärker koordiniert, z.B. in einer Kampagne „Raus aus der NATO". Dies widerspricht nicht der Mitarbeit in den „Gremien" der Friedensbewegung, ist aber notwendige Vorbedingung für die Fruchtbarkeit dieses Vorhabens.

Dokument
Erklärung des Großen Ratschlags des HAMBURGER FORUMS

Rund 1000 Hamburger hatten sich am 29.1. '84 zum „Ratschlag" der Friedenskräfte versammelt.

Sah es im Vorwege noch lange nach harten Fronten aus (alles sollte beim Alten bleiben) brachte der Schreck einer Spaltung nach den Baden-Württemberg-Ereignissen plötzlich ganz rasante Schritte der Forums-Kräfte auf die 'Unabhängigen' Kräfte (GAL, Friedenskoordination) zu. Teile der Forderungen nach einem neuen Minimalkonsens wurden übernommen, andere Streitpunkte (vor allem die KoFAZ- und SPD-Orientierung auf Abrüstungsinitiativen und Verhandlungen) blieben — noch — offen. Heftig umstritten war ebenfalls die „Volksabstimmung", rund ein Drittel stimmte gegen den sofortigen Beginn einer solchen Kampagne.

Der Widerstand gegen die Pershing II und Cruise Missiles war wesentlicher Punkt des Zusammenhaltes der Friedensbewegung vor dem Beginn der Stationierung hier in der Bundesrepublik. Jetzt, wo mit der Stationierung begonnen worden ist, stellen wir fest:

1. die begonnene Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik zwingt uns, den Widerstand gegen diese Raketen fortzusetzen. Die Stationierung ist Kernstück einer umfassenden Kriegsvorbereitung- und Kriegsführungsstrategie der USA und NATO im atomaren, konventionellen, chemischen und elektronischen Bereich (siehe auch Leitliniendokument, Air-Land-Battle, Rogers-Plan u.a.). Wir werden und müssen diese Politik der Kriegsvorbereitung behindern und verhindern.

Deshalb fordern wir:

1. Stopp der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD und West-Europa und Abbau der bereits stationierten Raketen.
2. Tatsächliche atomwaffenfreie Zonen in Europa; Abzug aller ABC-Waffen aus der BRD.
3. Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung, Abbau des Rüstungsetats der BRD.
4. Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen; in diesem Sinne fordern wir, daß atomare und konventionelle Waffen von der USA und der NATO niemals gegen die Sowjetunion, die Länder des Warschauer Paktes und der „3.Welt" eingesetzt werden (die Sowjetunion hat bereits auf den Ersteinsatz gegenüber der NATO verzichtet).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

In der weiteren Diskussion gilt es, die weiteren Forderungen (Haltung zur NATO, Wege zu atomwaffenfreien Zonen, Haltung zur Plutoniumwirtschaft, Nichtangriffsvertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt) zu präzisieren und sich über diese Forderungen in den kommenden Wochen zu verständigen.

2. In unserem Widerstand gegen diese Politik wehren wir uns insbesondere gegen jede Ausgrenzung gegenüber Gruppen in der Friedensbewegung, seien es Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, Liberale, Christen, Autonome, Grüne oder andere. Wir wenden uns entschieden gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Teilen der Friedensbewegung. In einer Zeit, in der die Frage Krieg oder Frieden zur Überlebensfrage der gesamten Menschheit geworden ist, erklären wir: Jeder, der mit uns gegen diese menschenverachtenden Kriegsstrategien kämpft, ist Teil der Friedensbewegung; dabei werden wir ideologische und weltanschauliche Unterschiede weiterhin offen streiten. Noch mehr als in der Vergangenheit gilt es, die Dialogfähigkeit der Friedensbewegung weiterzuentwickeln.

3. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften und den Arbeitsloseninitiativen. Ihr Kampf um die 35-Stunden-Woche, gegen Massenarbeitslosigkeit, um die soziale Absicherung der Mehrheit der Bevölkerung geht einher mit unserem Kampf um den Frieden, denn Aufrüstung, soziale Demontage und Umweltzerstörung gehören zusammen. Unter den Bedingungen der anhaltenden Krise stehen sich Ausgaben für Rüstung auf der einen und Ausgaben für soziale Sicherung, Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz auf der anderen Seite alternativ gegenüber. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Bemühungen um Rüstungskonversion und den Stopp des Rüstungsexports. Diese Zusammenhänge sind stärker zu verdeutlichen.

4. Die USA und einzelne Länder der NATO führen bereits heute Krieg in der „3.Welt". Der Aufbau der „Schnellen Eingreiftruppe", das weltweit angelegte Air-Land-Battle-Konzept, die Propaganda von der Überwindung des „Vietnam-Schocks" und die Interventionen und Drohungen der letzten Zeit machen die Kriegsvorbereitung der NATO deutlich. Darum fordern wir die Verurteilung jeder Interventionspolitik und die praktische Solidarität mit dem Befreiungskampf dieser Völker in der „3.Welt". Auch die Rolle der Bundesrepublik, die auf Grund ihrer Hypothek des 2.Weltkrieges in aller Regel nicht direkt mit Truppen, sondern anderen Maßnahmen diese Interventionspolitik stützt, muß dabei deutlich gemacht werden. (Es wird angestrebt, die verschiedenen 3.-Welt-Gruppen und die Initiativen sowie Organisationen für den Bereich der Solidaritätsarbeit zu koordinieren).

5. Die Sowjetunion hat die Aufstellung von Pershing II hier in der BRD durch militärische Gegenmaßnahmen beantwortet. In der Friedensbewegung gibt es in der Bewertung dieser Maßnahmen unterschiedliche Positionen. Damit verbunden sind Fragen über die Einschätzung des „Systems gleicher Sicherheit", über die Bedeutung von Verhandlungen, über Probleme „einseitiger Abrüstung", über unser Verhältnis zu der „unabhängigen Friedensbewegung in der DDR" sowie der Aufnahme vielfältiger Kontakte zu offiziellen und inoffiziellen Friedensgruppen, z.B. im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg-Leningrad. Diese Fragen müssen von uns weiter diskutiert werden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, welche Schritte notwendig sind, um zu effektiven Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West zu gelangen.

6. Die vielfältigen Aktionen im Herbst 1983 mit dem gemeinsamen Höhepunkt auf der Volksversammlung für den Frieden in Hamburg haben das Anwachsen der Friedensbewegung eindrucksvoll demonstriert. Den weiteren Zusammenhalt der Beteiligten in ihrer sozialen, weltanschaulichen und politischen Vielfalt zu bewahren, immer mehr Bevölkerungskreise zur Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen und inhaltliche Perspektiven in der gemeinsamen Diskusssion weiterzuentwickeln, sind Voraussetzung für unseren Erfolg. Von daher bedarf es einer Vielfalt von Aktionen: Massenaktionen und Aktionen des zivilen Ungehorsams; diese verschiedenen Aktionen ergänzen sich.

7. Trotz bestehender weltanschaulicher Differenzen in verschiedenen Fragen rufen wir dazu auf, folgende Aktionen vorzubereiten und durchzuführen:
— Den Ostermarsch und Osteraktionen.
— Eine breit angelegte Volksabstimmungskampagne.*
— Eine breit angelegte Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste sowie (der) Maßnahmen der Militarisierung, z.B. Frauen in die Bundeswehr zu holen.
— Friedensaktivitäten im betrieblichen Bereich und zur Unterstützung der Betriebe in der Woche vor dem 1.Mai.
— In dieser Woche soll ein Tag der internationalen Solidarität stattfinden.
— Wir rufen auf zur Beteiligung am 1.Mai.
— Wir rufen auf zur Beteiligung an der Demo am 8.3., die von den DGB-Frauen ausgerichtet wird. Der Tag wird von den Frauen gestaltet. Ferner werden Friedensaktivitäten zum „Muttertag" sowie für die Frauenaktionswoche am 30.3. geplant.
— Weitere Aktivitäten werden anläßlich des 1.9. vorbereitet.
— Teilnahme und Unterstützung der Dauerblockade in Mutlangen.
— Dauermahnwache vor dem Hamburger US-Konsulat.
— Gruppen aus der Friedensbewegung planen Aktitionen zu den Herbstmanövern. Es wird dazu aufgerufen, diese Aktionen grundsätzlich zu diskutieren.

*(Im Plenum gab es eine Mehrheit für die Volksabstimmung. Teile der Friedensbewegung befinden sich noch im Diskussionsprozeß bzw. halten eine Volksabstimmung nicht für sinnvoll).

Dieser Erklärung wurde von über 1000 Mitgliedern von Friedensinitiativen, Organisationen, Parteien und Gruppierungen der gesamten Hamburger Friedensbewegung zugestimmt.

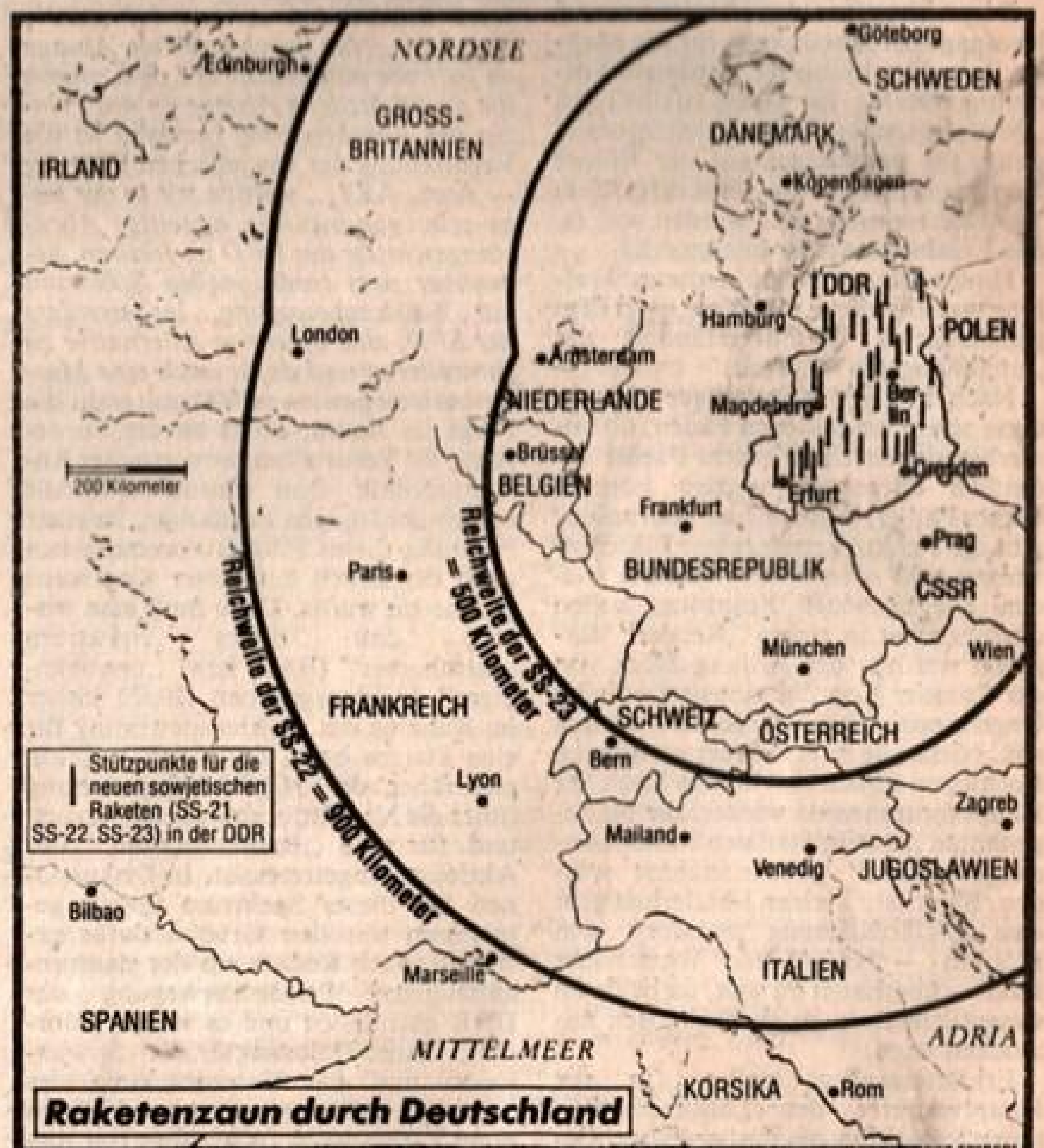
Hamburg, am 29.1.1984

Die sowjetische »Nachrüstung«

Im Gegensatz zur SS-20-Stationierung hat die sogenannte Nach-Rüstung der Sowjetunion hellste Aufregung in der Friedensbewegung ausgelöst, obwohl diese Maßnahmen militärisch gesehen gegenüber der SS-20-Stationierung und anderen Maßnahmen völlig untergeordneten Charakter haben. Dem Trommeln bürgerlicher Propganda, daß nur die glaubwürdig seien, die neben der „Nachrüstung" auch die Ablehnung der SS-20 propagieren, pflegte etwa ein Gerd Bastian entgegenzuhalten, daß die SS-20 nach NATO-Kriterien eine längst überfällige Erneuerungs- und Modernisierungsmaßnahme sei, während Pershing II und Cruise Missiles für die USA einen Atomkrieg führbar machen sollten.

Während die Raketenbetreiber hauptsächlich Hohn und Spott für die sowjetische „Nachrüstung" übrig hatten, weil dies hauptsächlich eine propagandistische und keine militärisch wirkungsvolle Maßnahme sei, wurde auf dem Treffen baden -württembergischer Friedensinitiativen gefordert, die Stationierung der Kurzstreckensysteme in der DDR und CSSR gleichermaßen zu verurteilen wie die NATO-„Nachrüstung". Diese Forderung war dort ein zentraler Vorwand für eine Spaltung der Friedensbewegung.

Daß dabei andere Dinge als die Beurteilung der sowjetischen „Nachrüstung" eine Rolle spielen, geht aus dem Verlauf der Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung in den vergangenen Monaten hervor. Da allerdings die Forderung nach einer Wendung gegen die neuen sowjetischen Waffen in Form eines Glaubensbekenntnisses vorgetragen werden (mensch ist erst glaubwürdig, wenn die SU gleichermaßen wie die NATO benannt wird), ist nicht auszuschließen, daß diese „Nachrüstung" doch eine erhebliche Rolle in der Diskussion spielen wird, weshalb **ßen, daß diese „Nachrüstung" doch eine erhebliche Rolle in der Diskussion spielen wird, weshalb** **wir uns diesem Thema widmen wollen.**



Raketenzaun durch Deutschland

Nach dem Beginn der Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen brach die Sowjetunion die Genfer Verhandlungen ab. In der offiziellen Erklärung von Andropow (abgedruckt u. a. in der „Frankfurter Rundschau" — „FR" vom 26.11.83) hieß es, „*daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten unbedingt die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um ihre Sicherheit zu schützen, und den USA und der NATO insgesamt nicht gestatten werden, das bestehende annähernde Kräftegleichgewicht in Europa zu zerstören*". Als konkrete Entscheidungen wurden verkündet:
— Aufhebung des Moratoriums für die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR.
— Es würden „*entsprechend sowjetische Waffen in Ozeangebieten und Meeren stationiert. Diese unsere Waffen werden in ihren Kenndaten jener Gefahr adäquat sein, wie sie für uns und unsere Verbündeten die amerikanischen Raketen heraufbeschwören.*"
— „*In Abstimmung mit den Regierungen der DDR und CSSR werden die vor kurzem begonnenen Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite auf dem Territorium dieser Länder, was bekanntgegeben worden war, beschleunigt.*"

SS-20-Stationierung

Nahezu jede Woche gab es neue Meldungen von weiteren SS-20-Stationierungen, über „jedes neue Baggerloch" berichtete der CIA (schreibt der „Spiegel" am 6.2.84). Lothar Ruehl vom Bundesverteidigungsministerium führte einen öffentlichen Propgandakrieg, weil US-Satelliten angeblich eindeutig nachgewiesen hätten, daß die Sowjetunion das „einseitige Moratorium" gar nicht eingehalten hätte. Mitte Oktober 1983 gaben die USA an, daß 243 SS-20 mit der Zielrichtung Westeuropa und weitere 126 im Fernen Osten stationiert seien (Öster. Milit. Zeitschrift 1/84). Inzwischen ist nichts neues mehr vermeldet worden, lediglich die „Welt" behauptete (am 8.2.84), daß in Ostasien bald 144 SS-20 aufgestellt seien.

Das kann sich natürlich jederzeit ändern, immerhin hatte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ" bereits am 15.9.83 schon 700 SS-20 mit 2.100 Sprengköpfen entdeckt und berief sich dabei auf „neue Erkenntnisse der Satellitenaufklärung". Diese hohe Zahl kam dadurch zustande, weil neben dem sechsachsigen Startrampenfahrzeug noch ein zweites dieser Art im Troß ausgemacht wurde, worauf an- Zahl kam dadurch zustande, weil neben dem sechsachsigen Startrampenfahrzeug noch ein zweites dieser Art im Troß ausgemacht wurde, worauf an-geblich ein „Nachladebestand" von bis zu 4 SS-20 mittransportiert würde. Der Einfachheit halber wurde dann angenommen, daß jeweils eine (zweite) SS-20 zum Nachladen darin vorhanden sei.

Das läßt natürlich eher Rückschlüsse auf die NATO zu, denn es ist ja bekannt, daß für solche Nachlademöglichkeiten gleich die doppelte Anzahl der öffentlich angegebenen Pershing II-Raketen in Auftrag gegeben worden ist.

Aus Moskau war von Lebedejew, dem stellvertretenden Abteilungsleiter im Generalstab, lediglich zu hören, daß die SU „die Zahl ihrer SS-20 erhöhen" werde. Der Ausbau des Mittelstreckenpotentials würde „*ganz exakt jenen Maßnahmen folgen, welche die USA und ihre Partner hinsichtlich der Raketenstationierung in Europa unternehmen ... Das bedeutet nicht, daß wir für jede amerikanische Rakete eine weitere SS-20 aufstellen*", fügte er hinzu (wobei allerdings in Rechnung zu stellen ist, daß die SS-20 drei Sprengköpfe statt einem tragen kann) (Zitate nach „FR", 1.12.83).

Neue Seeflugkörper?

Die Ankündigung Andropows bezüglich der Seestationierung löste natürlich sofort Spekulationen über „neue seegestützte Mittelstreckenwaffen" („FAZ", 30.11.83) aus, eine Reihe von „Ost-Experten" der US-Militärs sprachen bereits von der „*Ausrüstung sowjetischer Atom-Unterseeboote vor der Ostküste der Vereinigten Staaten mit Marschflugkörpern modernster Bauart*", die die Vorwarnzeit für einen Atomschlag auf acht Minuten verringern würden („FAZ", 25.11.83). Kurz darauf war von Lebedejew (s. o.) zu erfahren, daß k e i n e neuartigen Flugkörper stationiert würden: „*Bei den seegestützten strategischen Raketen genügen uns jene, die wir bereits zur Verfügung haben*" (das sind 250 Stück). „*Das ganze Geheimnis besteht darin, daß diese Raketen näher an die USA herangeführt werden*" („FR", 1.12.83).

Gerade an dieser Maßnahme wird deutlich, daß es sich vor allem um eine propagandistische Aktion handelt, was für „Kenner" der Materie ja auch kein Wunder ist, weil die Entwicklung neuer Raketen in der Sowjetunion gut zehn Jahre benötigt.

Karl Feldmeyer („FAZ") bezeichnete die ganze Aktion rundheraus als „*Signal der Ratlosigkeit*", die Ankündigung sei „*militärisch ein Popanz*". Zu den Seeraketen heißt es dort: „*Denn die sowjetische Marine ist gerade dabei, ihre U-Boote mit Raketen mittlerer Reichweite durch größere Boote mit weitreichenden Raketen zu* „*Denn die sowjetische Marine ist gerade dabei, ihre U-Boote mit Raketen mittlerer Reichweite durch größere Boote mit weitreichenden Raketen zu* *ersetzen, die nicht mehr gezwungen sind, vor der amerikanischen Küste zu kreuzen. Die Sowjetunion hat Milliarden Rubel für die Entwicklung und den Bau ihrer riesigen neuen U-Boot-Typen der Delta III und Typhoon-Klasse ausgegeben, die bis zu 20 mehrköpfige Raketen mit einer Reichweite von 8.000 Kilometern an Bord haben. Diese Rüstungsanstrengung hatte unter anderem den Zweck, die sowjetischen Raketen-U-Boote nicht mehr der amerikanischen U-Boot-Abwehr auszusetzen*".

Tatsächlich gleichen bis heute sowjetische U-Boote mit Raketen und Marschflugkörpern mehr Kamikaze-Fliegern aus dem 2. Weltkrieg. Die „Marine-Rundschau" beschrieb das für die sowjetischen Marschflugkörper mit einer Reichweite von maximal 460 km (Shaddock) folgendermaßen: „*Das bedeutete, daß ein damit ausgerüstetes U-Boot sich zum Schuß auf eine Entfernung der Gegnerküste nähern mußte, in der es große Gefahr lief, alsbald entdeckt zu werden ... Ein in solche Lage gekommenes U-Boot hätte von unwahrscheinlich viel Glück begünstigt werden müssen, wenn es überlebt hätte. Dies aber scheint man in Kauf genommen zu haben; ein erfolgreicher Nuklearschlag würde wohl fraglos den Verlust des U-Bootes wettgemacht haben — eine andere Form des ‚fire and forget'* " (Nr. 9, 83, S. 414).

Als Aufgabe verblieb bislang die Bekämpfung von Flottenverbänden der USA (Flugzeugträger), für die allemal Atomwaffen „ideale" Mittel sind, da ein „Treffer" in vielen Kilometern Umkreis genügt. Mit den neuen U-Booten der Typhoon-Klasse dürfte der Sowjetunion überhaupt zum ersten Mal ein Durchbruch für eine seegestützte Zweitschlagskapazität gelungen

Fortsetzung nächste Seite

Alle Totalverweigerer länger

Alle Totalverweigerer länger als 1 Jahr im Knast

Nicht das Gericht sondern Wörner selbst will die Haftstrafen für Totalverweigerer festlegen; Wörner hat „*vor dem Petitionsausschuß* (des Bundestages — Anm. AK) *auf die grundsätzliche Haltung seines Ministeriums hingewiesen, wonach solche Verweigerer* (Totalverweigerer sind gemeint — Anm. AK), *die ‚zu Freiheitsstrafen von weniger als einem Jahr' — selbst ohne Aussetzung zur Bewährung — verurteilt worden sind, nicht* (aus der Bundeswehr — Anm. AK) *entlassen würden*" (FR, 9.1.84).

Und so nimmt dann Wörners Kriegsgerichtsbarkeit seinen Lauf: Ein Totalverweigerer, der auch die Prozedur einer Kriegsdienstverweigerung ablehnt, kommt wegen „Fahnenflucht" oder „Befehlsverweigerung" erst in Arrest (in der Regel 65 Tage), es folgen dann Knaststrafen vorm Zivilgericht (zwischen 8 und 18 Monaten). Ruft die Bundeswehr solche Verweigerer erneut ein, kann dann das „Spielchen" von neuem beginnen. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat trotz des Mehrfachbestrafungsverbotes (Art. 103, Abs.3) die Mehrfachbestrafung von Totalverweigerern für Rechtens erklärt. Insofern kann auch die Bundeswehr das Strafmaß bestimmen.

Nach der Doppelbestrafung von Thomas Hansen sind die nächsten Fälle der Doppelbestrafung gefolgt:

H. Kappelhoff hat fünf Gerichtsprozesse über sich ergehen lassen müssen, eine früher verhängte Knaststrafe mußte er absitzen, obwohl diese in einer nachfolgenden Verhandlung aufgehoben bzw. in eine Bewährungsstrafe umgewandelt worden war. Er ist inzwischen aus der Bundeswehr entlassen und zu 12 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt worden (taz, 1.1.83).

Juri Hertel ist zu achtzehn Monaten Knast verurteilt (s. AK 230). Er hat sich während eines Knasturlaubes abgesetzt. Er wollte sich der Bundeswehr stellen, weil die ihm eine Entlassung zugesagt hatte, über seine Mutter wurde ihm aber stattdessen eine „Nachdienverfügung" über 411 Tage zugestellt (taz, 12.12.83).

Thomas Schindowski, Christoph Brausenwein und Oswald Böhm haben sich erst nach ihrer Kriegsdienstverweigerung zur Totalverweigerung entschlossen, auch sie wurden gleich mehrfach bestraft.

Das ist insofern eine erhebliche Verschärfung, weil das BVG die Doppelbestrafung von Hansen auf seiner Nicht-Anerkennung als Kriegdienstverweigerer aufgebaut hatte: „*Ohne die Anerkennung kann die Gewissensentscheidung aber nicht zum beherrschenden Tatbestandsmerkmal werden und nicht Bindeglied der mehreren äußeren Handlungen zu einer einheitlichen Handlung sein*" (nach FR, 7.1.83). Damit dürfte dies auch nicht die letzte Verschärfung bleiben.

Freiheit für alle Kriegsgegner/innen und Antimilitarist/inn/en

Antimil-Kommission, KB-Gruppe, Göttingen

Anm.: eine ausführliche Darstellung zum Thema „Totalverweigerung" findet sich in AK 220, vom 19.4.82

Antimilitarismus



Als Nachfolgemuster für die Artillerierakete FROG ist jetzt die SS 21 in Dienst gestellt. Mit einer auf 120 km gesteigerten Reichweite soll die SS 21 erheblich treffgenauer sein. Hier ist das gepanzerte 6x6-Startfahrzeug (mit eingefahrenem FK) abgebildet. Man beachte die Wasserstrahlabdeckung am Heck und (darunter) die beiden kreisförmigen Bodenplatten für hydraulische Heber.

Fortsetzung von vorheriger Seite

sein: Erstmalig gibt es dafür Feststoffraketen (die bisherigen mußten jeweils mehrere Stunden vorher aufgetankt werden und nach acht Stunden wieder enttankt werden, damit der Brennstoff nicht durch Aufwärmung explodiert (s. „ÖMZ", 1/84). Erstmalig reicht die Reichweite der Raketen und die Operationsfähigkeit der U-Boote aus, um solche Raketen aus Eislöchern des Meeres verschießen zu können, so daß eine vorherige Vernichtung des U-Bootes mit der modernen Zielwaffentechnologie der NATO und atomaren Bomben und Minen unwahrscheinlich wäre. (Eine detaillierte Beschreibung befindet sich in AK 232, S. 14).

SS-21/22/23 in der DDR und CSSR ???

Die größte Aufregung allerdings verursachten die angekündigten Raketenaufstellungen in der DDR und der CSSR. Tatsächlich aber gibt es bis heute keine zuverlässigen Aussagen, was dort eigentlich stationiert wird (zum taktischen Nuklearpotential der SU s. AK 240, S. 8/9). Bei der SS-21 handelt es sich nach Aussage des ZK-Mitgliedes der KPdSU Sagladin um eine *„ganz normale Modernisierung"* („FAZ", 3.11.83), sie ersetzt die aus dem Jahre 1965 stammenden „FROG 7" Raketen. Nach NATO-Angaben besitzt die SU davon 250 in Europa („FAZ", 15.9.83) bzw. 311 (lt. SIPRI), auch wenn es hier schon reichlich höhere Phantasiemeldungen gibt (650 rechnete die Bundesregierung lt. „FAZ" vom 13.10.83; ein 'fy' brachte es in der „FAZ" vom 26.10. gar auf 1.400).

Die FROG ist nicht nur eine überalterte „ungelenkte" Rakete (Free Rocket over Ground), sondern inzwischen mehr eine Irrläufer-Rakete, wie der „Spiegel" schreibt (am 6.2.84): Beim letzten Schuß 1973 in Ägypten habe sie ihr Ziel glatt um 23 km verfehlt. Nicht nur in Ägypten, sondern auch in Osteuropa (außerhalb der Sowjetunion) waren diese Raketen bisher zumindest allesamt konventionell bestückt. 1981 bestätigte ein Sowjet-Experte, daß sämtliche Atomsprengköpfe für die „FROG 7" in der Sowjetunion gelagert würden (s. „taz", 22.4.83). Der Austausch dieser Raketen gegen SS-21 (Reichweite 120 km) findet laut Sagladin seit Mitte 1981 statt (s. o.). Vier SS-21 pro Monat würden in der DDR stationiert, gab die NATO an („FAZ", 15.9.83). Ob diese jetzt mit Atomsprengköpfen ausgestattet werden, ist ebenfalls völlig unbekannt. Obwohl vergleichbare NATO-Systeme (die LANCE mit 100 km Reichweite oder die neue ab 1986 vorgesehenen Patriot, die atomar bestückt als Abfangraketen gegen SS-20-23 verwendbar sein sollen („taz" vom 20.12.83) niemals in der Friedensbewegung für Unruhe sorgten, ist dies bei der SS-21 bereits der Fall, obwohl auch diese lediglich als atomare Waffen auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden könnte. Das solche Instrumente nicht zur Kriegsführung taugen, hat sich in der NATO längst herumgesprochen, diese Systeme sollen gerade deshalb auf konventionelle Zielwaffen umgerüstet werden bzw. könnten andernfalls als letzte Warnung vor dem unvermeidlichen Atomkrieg bis zur gegenseitigen Vernichtung gelten. Als Waffen im Rennen um eine „Erstschlagfähigkeit" für einen „Präventivschlag" gegen NATO-Raketenstellungen — wie häufig in der Friedensbewegung behauptet — taugen diese Waffen natürlich nicht im allergeringsten (s. u.).

Hintergrund der Aufregung in der Friedensbewegung ist die Tatsache, daß in der DDR „unabhängige" und kirchliche Gruppen gegen die SS-21 Stellung bezogen haben, ebenso wie in der CSSR die Charta 77. Grüne und andere Kräfte wollen deshalb deren Forderung auch der hiesigen Friedensbewegung als Kernziel des Kampfes vorschreiben, wobei es sich natürlich besser macht, die Kriegsgefahr, die von diesen Raketen ausgehen soll, drohend an die Wand zu malen.

Allerdings geht es bei der Stationierung neuer Raketensysteme in der DDR und CSSR ganz offensichtlich nicht nur um die neuen SS-21. Große Spekulationen löste ein Bericht in der Moskauer Armeezeitung „Krasnaja Swesda" Mitte Januar aus, den ein eigens in die DDR entsandter Propaganda-Oberst, Ponomarjow, verfaßte. Die „FAZ" gab freimütig zu, daß in dem Bericht *„nichts über Art, Typ und Umfang der stationierten Atomwaffen mitgeteilt"* werde (19.1.84). Der Bericht beschränke sich auf „atmosphärische Eindrücke". Er sprach davon, daß sowjetische Soldaten über alles verfügten, was sie „zum Leben und für die Kampfausbildung brauchen" würden, von „großer Hilfe" der „deutschen Freunde" ist die Rede, man sei „intensiv und mit voller Hingabe" bei der atomaren Sache dabei. Jeder verstehe, daß *„dem Aggressor eine entsprechende Abfuhr zu erteilen"* sei, *„wenn er es wagt, einen Anschlag gegen die Sicherheit unseres Volkes und unserer Verbündeten und Freunde zu schmieden. Zu diesem Zweck ist uns eine wahrhaft furchterregende und mächtige Waffe anvertraut"*. Daß daraus in den westlichen Medien gleich „feuerbereite Atomraketen" wurden („FAZ", s. o., „FR" vom 19.1.84), weil die Armeezeitung berichtete, daß die Technik dort „völlig in Ordnung" sei, ist mehr typisch für die westliche Berichterstattung und für die hiesige Öffentlichkeit.

Einen Tag später brachte die Armeezeitung einen entsprechenden Bericht über die CSSR („FR", 20.1.84), die Vorbereitungsarbeiten würden dort andauern, schrieb die „Prawda" (lt. "Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 19.1.84). Allerdings hatte Erich Honecker gegenüber der französischen linken Zeitung „Revolution" darauf hingewiesen, daß es sich bei den beschleunigt betriebenen Aufstellungsmaßnahmen um Raketen größerer Reichweite handele. *„Diese Reichweite ist größer als 120 Kilometer, wie westliche Massenmedien gegenwärtig behaupten. Also werden die Gebiete, in denen westlich von uns stationiert wird, nicht unerreichbar sein"*. Die „FAZ" machte daraus gleich eine Reichweite, mit der die Stationierungsorte in Westeuropa treffbar seien.

Danach müßte es sich um SS-23-Raketen handeln, die die bereits in der DDR und anderen Staaten stationierten SCUD-Raketen ersetzen sollen. SIPRI gab einen Gesamtbestand von 246 SCUD-Raketen an, wovon 127 außerhalb der SU stationiert seien. Diese Raketen besaßen eine Reichweite von 270 km, während der Nachfolge-Typ eine Reichweite von 500 km besitzen soll, womit immerhin die gesamte BRD und die Stationierungsländer Holland und Belgien erreichbar würden. Nun bestätigte der bereits erwähnte Generalmajor Lebedejew in seinem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau" ebenfalls, daß sich die neuen sowjetischen „operativ-taktischen Raketen" *„gegen jene Staaten oder Stützpunkte"* richteten, *„wo die amerikanischen Raketen stationiert sind"* („FR", 1.12.83), er b e s t r i t t aber gleichzeitig, daß die SS-22 (s. u.) und die SS-23 tatsächlich „bereits existieren" würden. Andropow habe von neuen Flugkörpern gesprochen, *„von welchen aber konkret, ist vorläufig noch Militärgeheimnis"*.

Tatsächlich hatte davor auch bisher die westliche Presse nichts anderes behauptet, die „Zeit" vermeldete etwa (am 4.11.83), daß die SS-23 derzeit erst *„bei sowjetischen Truppen in der DDR im Truppenversuch getestet"* würden.

Die Aussagen, daß es sich bei den neuen Raketen um SS-22 handeln müsse, stammen von Todtenhöfer (CDU) und Egon Bahr (SPD), die sich auf Informationen wichtiger Persönlichkeiten im Rahmen ihrer Moskaubesuche beriefen.

Egon Bahr behauptete nach seiner Moskau-Reise im Oktober 1983, die SU wolle in Bulgarien (was nicht stimmt) und der DDR SS-22 mit einer Reichweite von 1.000km stationieren, er habe eine Karte erhalten, wo drei DDR-Stationierungsorte und eine entsprechende Reichweite eingezeichnet
sprechende Reichweite eingezeichnet
seien („FAZ", 26.10.83). Diese Raketen dienten einem „vorbeugenden Schlag" gegen Pershing 2-Stellungen (Bahr lt. „Spiegel" vom 6.2.84).

Danach nahm Todtenhöfer von der CDU die Karte, die er von Ponomarjew erhalten hatte, wieder mit und legte sie Sagladin vor. Die SS-21 und 23 sei ihm zufolge eine einfache Modernisierung, *„die Stationierung dieser Raketen in der DDR und in der Tschechoslowakei, die der Westen als ‚SS-22' bezeichne, (sei) die eigentliche Gegenmaßnahme"* (von der Andropow sprach), berichtete dann Todtenhöfer („FAZ", 3.11.83). Inzwischen hat sich nun auch der CIA gemeldet, um eine SS-22-Stationierung bei Bernstorff in der DDR zu „bestätigen" („Spiegel", 6.2.84).

Wir haben diese Frage hier deshalb so ausführlich behandelt, weil sie einmal mehr zeigt, wieweit die westliche Medienpolitik zu aufgebauschten Gemälden über die sowjetische Rüstung beiträgt. Nehmen wir nun einfach der Einfachheit halber an, die schlimmsten Meldungen träfen zu, dann bleibt folgendes: Die jeweils 20 Jahre alten sowjetischen taktischen Raketen werden erneuert (nicht erweitert). Die SS-21 entspricht der Lance-Ausrüstung der Bundewehr. Die SS-23-Raketen ersetzen die SCUD-Raketen und die Scalebord-Raketen (lt. SIPRI 32 Stück) werden durch SS-22 ersetzt, wobei diese statt in der SU in der CSSR und DDR stationiert werden sollen. Bei rund 1.000 km Reichweite ist das immer noch ein System, das nicht einmal annähernd an die Ausrüstung der Bundeswehr mit 98 Pershing I A-Raketen heranreicht, die sogar demnächst (ab 1986 bereits) durch Pershing I B-Raketen ersetzt werden sollen.

Man mag diese Raketen für unsinnig, überflüssig und sonst etwas halten, aber der Versuch, damit neuen Kriegsoptionen für die Sowjetunion auf die Spur kommen zu wollen, ist völlig absurd.

So ist dies weder ein Zeichen dafür, daß Abschreckungsmaßnahmen unweigerlich zum Wettlauf um Erstschlagsfähigkeiten führen (in einem Thesenpapier der Hamburger Friedenskoordination), noch Ausdruck der Tatsache, daß die Sowjetunion nun plane, präventiv Pershing-Stellungen und ähnliches im Westen zu bedrohen, wie es Egon Bahr, der „Spiegel", die Grünen oder Mechtersheimer vertreten und als Möglichkeit kolportieren.

Die Sowjetunion besitzt nicht annähernd die Fähigkeit, die in Europa aufgehäuften Atombestände der NATO in einem Erstschlag auszulöschen (wie sich im RoRoRo-Taschenbuch „Weltkrieg wider Willen" von Dieter S. Lutz anhand von ausführlichen Rechnungen nachvollziehen läßt). Es ist also keineswegs ein Zeichen von großartigem „Friedenswillen", wenn die Sowjetunion immer wieder feierlich erklärt, sie würde ihrerseits auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten, sondern entspricht der Bedrohung, der sie ausgesetzt ist. Für die Option, einzelne Pershing-Stellungen präventiv auszuschalten, bedürfte es rein technisch gesehen keineswegs neuer Atomwaffen in der DDR (über die SS-20 hinaus, die das ebenso könnten). Das Zentralorgan der GIM bemerkt zwar schlauerweise („was tun", 26.1.84), daß ein solcher Präventivschlag gerade die eigne Zerstörung für die Sowjetunion auslösen müßte (die mit diesem Präventivschlag verhindert werden sollte). Auf die vernünftige Schlußfolgerung, daß solche Selbstmordoptionen nicht gemeint sein können, kommt die GIM aber eben nicht, obwohl dies selbst Wörner begreift, der einer entsprechenden
greift, der einer entsprechenden
Grünen-These in einer Anfrage in seiner Antwort entgegenhielt, daß diese der sowjetischen Führung Selbstmordabsichten unterstellten („FR", 15.7.83).

In den NATO-Kreisen ist ja gerade deshalb in den 70er Jahren diskutiert worden, daß die frühzeitige nukleare Drohung und atomare Einsatzplanung auf dem Schlachtfeld durch konventionelle Kampfkraft und konventionelle Zielwaffen herausgenommen werden müsse, um einen Krieg führbar machen zu können. Atomwaffeneinsätze (anfangs möglichst demonstrativer Art durch einzelne Atomwaffeneinsätze in der Atmosphäre, auf See oder sogar auf dem Schlachtfeld) können bestenfalls einen Waffenstillstand auf dem Schlachtfeld auslösen, wenn sie nicht zur automatischen atomaren Eskalation, bis hin zur gegenseitigen Vernichtung beitragen sollen (was als Anfangs z i e l einer Kriegsplanung wohl ausscheiden dürfte).

Insofern bleibt es dabei: Die Gefahr der Auslösung eines Atomkrieges entsteht durch die NATO-Planung, trotz der atomaren Drohung eine konventionelle und auch atomare Kriegsführungsfähigkeit in Europa aufgrund der Überlegenheit erreichen zu können. Daß die Sowjetunion ihrerseits damit antwortet, indem sie vor allem politisch (und nicht durch neue militärische Optionen) demonstriert, daß schon sehr früh, nämlich schon in der DDR und nicht erst hinter Polen die Schwelle eines Atomkrieges erreicht werden könnte, ist zumindest innerhalb der Abschreckungslogik konsequent. Auf die Friedensbewegung hat ganz offensichtlich diese Maßnhme entsprechend gewirkt. Daß die NATO-Militärs andererseits unbeirrt an ihrer Kriegsplanung festhalten werden, ist ebenfalls zu befürchten.

Widersprüche im Warschauer Pakt?

„Unerwartete Auswirkungen" im Ostblock infolge der „Nachnachrüstung" vermeldete die Presse.

Zum einen geht es um Proteste von „unabhängigen" Kräften in der DDR oder etwa der Charta 77 in der CSSR. Den Grünen und anderen Kräften, die sich an solchen Protestaktionen möglichst direkt beteiligen wollten, wurden bekanntlich die vorher vergleichsweise „freizügigen" Kontakte von den DDR-Behörden beschnitten (s. Bericht in diesem AK dazu).

Aber nicht nur auf diese offensichtlichen Widersprüche von Teilen der Bevölkerung gege die Regierungspolitik wird spekuliert, sondern es werden sogar Widersprüche innerhalb des Lagers der WVO-Staaten „vermutet".

„Schiwkow spricht sich gegen Stationierung von Atomraketen auf dem Balkan aus" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 15.11.83); *„Unbehagen und Widerstände im Ostblock"* (zu den Raketen) (25.11.83); *„Ungarn glaubt nicht an kalten Krieg"* („Welt", 14.1.84), Rumänien gebe zu verstehen, *„es wolle keine sowjetischen Raketen aufnehmen"* („FAZ", 28.11.83), dem bald die Meldungen eines eigenständigen Kurses auf der Stockholmer „Abrüstungskonferenz" folgten. *„Sie seien unter sowjetischen Druck gesetzt worden und hätten sich gegen diesen behauptet"* („FAZ", 25.11.83).

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das ganze schnell als Wunsch-Propaganda, mit der einem als offensichtlich blöd eingeschätzten Publikum der alte imperialistische Wunschtraum einer Spaltung des Ostblocks untergejubelt werden soll.

Bahrs Behauptung von den sowjetischen Raketen in Bulgarien (s. Karte in AK 240) oder gar in Rumänien entpuppte sich gleichzeitig als „Ente", das ungarische ZK-Mitglied Horn erklärte, daß Ungarn (und damit die anderen Balkanstaaten ebenso) *„aufgrund seiner geographischen und geopolitischen Lage als Stationierungsland für nukleare Mittelstreckenraketen nicht vorgesehen"* sei („FAZ", 24.11.83), sondern kollektiv die WVO-Staaten zur Mitfinanzierung von Militärmaßnahmen aufgefordert seien (25.11.). In Rumänien gibt es seit Ende der 50er Jahre keine sowjetischen Truppen mehr, höchstens einmal gemeinsame Manöver. Zwar soll in Rumänien auch Xinhua gegen die Sowjetunion zu Wort kommen (schrieb die „Welt" am 14.1.84), ansonsten äußerte Rumänien nicht nur „Verständnis" („FAZ", 28.12.83), sondern Ceausescu forderte ausdrücklich die USA auf, keine neuen Mittelstreckenwaffen in Europa „einsatzbereit aufzustellen, sondern einzulagern", dadurch könnten die Gegenmaßnahmen des WVO gestoppt und es könnte wieder verhandelt werden („Frankfurter Rundschau" — „FR", 24.12.83). Schiwkow sprach sich gleich für einen atomwaffenfreien Balkan aus; dies würde konkret tatsächlich nur die NATO treffen, weil die USA in Griechenland Atomwaffen lagert, immerhin tritt auch Papandreou für diese atomwaffenfreie Zone ein.

Vasil Bilak, Mitglied des Politbüros der tschechischen KP und angeblich besonders dogmatisch, sprach zwar von „Unbehagen und Widerständen in Partei und Bevölkerung" wegen der Stationierung und ganz allgemein auch von „Meinungsunterschieden zu verschiedenen Fragen zwischen einzelnen sozialistischen Ländern", außerdem registrierte er „demagogische Beeinflussungsversuche" aus dem Westen, aber anonsten registrierte er „Zufriedenheit und Gelassenheit", auch wenn man nicht „selbstzufrieden" davon ausgehen solle, daß jedermann die Sache so begreife („FAZ", 25.11.83).

Das mag alle möglichen Ostblock- und Kreml-Astrologen, die zuhauf in den Medien herumlaufen, neuen Stoff gegen, konkret zur Einschätzung von Widersprüchen gibt das gar nichts her.

Herbstaktion im „Fulda Gap"

Friedlicher Einmarsch nach Osten oder Anti-NATO-Aktion?

Bereits seit einigen Wochen kursiert in der „unabhängigen Friedensbewegung" der Vorschlag, im Herbst eine Großaktion in der Militärregion Osthessen durchzuführen. Das hört sich ja gut an, wird der unbefangene Antimilitarist und Antiimperialist denken, wenn er derartiges vernimmt. In der Tat könnte eine Großaktion im „Fulda-Gap" eine attraktive Alternative zum bislang tristen Herbstprogramm darstellen, zumal zeitgleich in Osthessen die alljährlichen NATO-Manöver stattfinden. Die Friedensbewegung könnte mit einer Großaktion im Manövergebiet „Fulda Gap" ihren antimilitaristischen Charakter (gegen jede Rüstung und jede Kriegsführung) und ihre Anti-NATO-Stoßrichtung (gegen die NATO als Kriegskoalition und Kriegstreiber) unter Beweis stellen und vermitteln. Denn schließlich wird hier die NATO im Herbst nicht und nicht weniger üben, als den militärischen Überfall auf Osteuropa und die praktische Umsetzung ihrer neuen Kriegsführungsstrategien („air landbattle"/„Rogers-Plan"). Aber wie gesagt: Könnte ... Denn bislang wurde der Vorschlag aus recht unterschiedlichen Ecken mit nicht minder unterschiedlichen Intentionen protegiert.

Erstmals eingebracht wurde der Vorschlag von den „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen" (VMF). Nun behaupten „Nordlichter" immer wieder, daß von südlich der Main-Linie generell nichts Gutes zu erwarten sei. Sicherlich ein übles Vorurteil, aber in diesem Fall stimmt es einfach. Wer die politischen Positionen der VMF kennt, weiß, daß sie mit einer Aktion in der Nähe der „deutsch-deutschen Grenze" nur Alldeutsches im Schilde führen konnte. So fand mensch denn auch in der politischen Begründung ihres Aktionsvorschlages die wüstesten Versatzstücke alter „KPD"-Ideologie und geschichts- wie geschmackloseste Deutschtümelei. So z.B.: „*Daß heute überhaupt eine Land-Luft-Schlacht zwischen den Supermachten geplant wird, setzt eine amerikanisch-sowjetische Landgrenze voraus. Sie wurde nach 1945 mit der Teilung Deutschlands und Mitteleuropas geschaffen und mit der Integration der Teile in NATO und Warschauer Pakt festgeschrieben.*" (Frage des Autors: Was ging diesem gar schröcklichen Ereignis voraus?) „*Solange diese Ordnung von Jalta bestimmend bleibt, wird aus der militärischen Entwicklungslogik heraus ein Waffensystem nach dem anderen in Mitteleuropa in Stellung gebracht*". Im schlechtesten nationalrevolutionärem Pathos heißt es weiter: „*Wenn die Friedensbewegung Erfolg haben will, muß sie sich als Befreiungsbewegung begreifen, sie muß sich die Befreiung aus der Ordnung von Jalta zu ihrem Ziel machen. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Emanzipationsbewegungen, westlich wie östlich des Todesstreifens. Wir werden gemeinsam das Jalta-System außer Kraft setzen oder getrennt an ihm scheitern. Die Friedensbewegung fand bisher ihren gemeinsamen Nenner in der Kritik am Westen, in der Kritik an der bruchlosen Einbindung der Bundesrepublik in die US-Strategie. Die Konsequenzen aus dieser Kritik können erst gezogen werden, wenn wir ein neues positives Verhältnis zum östlichen Mitteleuropa gewinnen. Die Aufhebung der zwanghaften Westintegration ist nicht möglich, wenn wir uns weiterhin durch ein tiefes Desinteresse von den Menschen und den Entwicklungen in Osteuropa abgrenzen. (..) Beides, die Westintegration wie die Abgrenzung gegen Osten, beherrscht seit Adenauer dogmatisch die westdeutsche Politik. Beides aber unterdrückt und vergewaltigt die gemeinsame mitteleuropäische Geschichte. In dieser Geschichte liegt die Möglichkeit einer dezentralen, föderativen Ordnung Mitteleuropas.*"

Letztere Aussage entspricht nationalrevolutionärer Programmatik. Entsprechend ihrer politischen Begründung ist die Aktionsplanung angelegt: „*Eine neue Großaktion der Friedensbewegung sollte zum einen den Mechanismus der militärischen Konfrontation stören, zugleich aber ein Signal für die menschliche Überbrückung dieses Gegensatzes geben. Wir machen für den Herbst 1984 folgenden Aktionsvorschlag: Ein Menschennetz direkt an der Grenze zur DDR, im Raum östlich von Fulda, im vorgesehenen Hauptschlachtfeld zwischen NATO und Warschauer Pakt (‚Fulda Gap'). (...) Das Menschennetz wird aus verschiedenen Aktionsformen aufgebaut: Menschenketten direkt entlang der Grenze, Begehung von Truppenübungsplätzen und Manöverräumen, Einbeziehung des exterritorialen Grenzstreifens.* ***Die Aktion soll für die Bevölkerung der DDR sichtbar werden, zum Beispiel durch das Aufsteigenlassen von Luftballons mit Botschaften***" (Frage des Autors: Wäre da nicht ein eigener Radiosender nach dem Vorbild von „Radio Freies Europa" geeigneter?((..) *Sie* (die Aktion) ***wäre zugleich ein Signal, das die Menschen im anderen Teil Deutschlands ermutigen soll, gegen die Vorbereitung einer Entscheidungs-Schlacht der Supermächte auf dem Boden Mitteleuropas zu protestieren. Sie bringt unser Interesse zum Ausdruck, eine gemeinsame menschliche Brücke über den Todesstreifen zu bauen.***"

In Osthessen hatten hingegen antimilitaristische Kreise die Möglichkeit der Manöverstörung im Herbst diskutiert. Eine Großaktion in Osthessen sollte ihrer Auffassung nach in erste Linie die konventionellen, chemischen und atomaren Kriegsvorbereitungen der NATO zum Gegenstand haben. Dieselben Kreise hatten bereits im Herbst letzten Jahres ein „Tribunal zur Militarisierung Osthessens" veranstaltet.

Der „Bundeskonferenz der unabhängigen Friedensbewegung" lag nun am Wochenende des 21./22. Januar ein Aufruf „Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" vor, der, wie der Titel unschwer erkennen läßt, ein gemeinsames Produkt von VMF'lern und einigen osthessischen Antimilitaristen darstellte. Der Aufruf war von den gröbsten nationalistischen „Schnitzern" des alten VMF-Vorschlages gereinigt, was bereits einige VMF'ler zu patriotischer Trübsal und ihrem Rückzug aus dem Projekt veranlaßt hatte. Doch auch die bayrisch/hessische Gemeinschaftsproduktion war noch immer von einem penetranten Ausgewogenheitsdenken gekennzeichnet und enthielt weiterhin den Vorschlag, „grenzüberschreitend" tätig zu werden. Werden zunächst als Hauptgegenstand der Aktion die „Kriegsvorbereitungen der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik" genannt, heißt es später: *Indem wir uns* ***zwischen die einander bedrohenden Militärapparate stellen,*** *wollen wir zeigen:*

— *Wir können nicht akzeptieren, daß die Menschen im Osten durch die NATO mit Vernichtung bedroht werden;*
— *ebensowenig akzeptieren wir die Vernichtungssysteme des Warschauer Paktes, die uns bedrohen.*

Die Aktion ist ein Zeichen für unsere Entschlossenheit, Angriffskriegsvorbereitungen durch gewaltfreien Widerstand zu verhindern. Sie soll den Mechanismus der militärischen Konfrontation stören, ***und die Menschen ermutigen, auch jenseits der Grenze, gegen die Kriegsvorbereitungen Widerstand zu leisten***".

Für heftige Diskussionen sorgten folgende Elemente des Aufrufes:

— Der Vorschlag „grenzüberschreitend" tätig zu werden. Den Vogel schoß in der Debatte ein Mitglied des hessischen Landesvorstandes der GRÜNEN ab, der in unverblümter Naivität erklärte, daß, wenn mensch schon eine Aktion an der Grenze veranstalte, mensch auch mal eben rübergehen sollte.

Bei soviel Naivität (positiv unterstellt), sollte die Friedensbewegung sich ernsthaft überlegen, ob sie sich nicht von Standorten, die näher als 150 km zur BRD/DDR-Grenze liegen, besser fernzuhalten hat. Palme-Plan, einmal anders. „Grenzüberschreitende" und „blockübergreifende" Maßnahmen sollte die Friedensbewegung doch lieber der NATO überlassen, die wenigstens über die hierfür notwendige Ausrüstung verfügt. Oder will die Friedensbewegung der NATO demonstrieren, daß dies auch mit friedlichen Mitteln zu bewerkstelligen ist? Als nächstes sollte sie dann der Sowjetunion klarmachen, daß Polen kein Grund für einen dritten Weltkrieg sein darf und der Kreml doch auch, um des lieben Friedens Willen, mit dem asiatischen Teil der Sowjetunion Vorlieb nehmen könnte.

Besser wäre es allerdings, wenn sich die Friedensbewegung einmal endlich ernsthaft mit der Frage befassen würde, wie sie nun tatsächlich verhindern kann, daß die NATO demnächst mit einem „großen Knall" die „anachronistische" „Jalta-Ordnung" „blockübergreifend" auflöst. Offensichtlich benötigt die Friedensbewegung noch einige Nachhilfestunden über die Ursachen der „Jalta-Ordnung" und der „deutschen Spaltung". Die „deutsch-deutsche Grenze" sollte eigentlich für fortschrittliche Menschen in diesem unseren Lande ebenso ein Tabu sein, wie der Anerkennung der DDR als souveränen Staat eine Selbstverständlichkeit. Schließlich haben für die Anerkennung dieser Grenze fortschrittliche Menschen in der BRD einen jahrzehntelangen Kampf ausgefochten. Aber offensichtlich ist die Respektierung der staatlichen Souverenität der DDR für Teile der „unabhängigen Friedensbewegung" keine Selbstverständlichkeit. Bitter, aber wahr! In Zeiten, wo Teile des „herrschenden Blocks" die Eigenstaatlichkeit der DDR wieder verstärkt in Frage stellen, sollte sich die Friedensbewegung dieser Auseinandersetzung und ihrer Inhalte wieder erinnern. Denn die Anerkennung der existierenden Grenzen in Europa ist überhaupt die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben, und nicht, wie es die Polemik gegen die „Jalta-Ordnung" suggeriert, Ursache allen Übels. Folgt mensch dem letzten Satz des Aufrufes (s.o.), so ist die Hauptintention der Aktion, einen nebulösen „Mechanismus der Konfrontation" zu stören, wobei unbeantwortet bleibt, wer die Konfrontation zu welchem Zweck sucht. Des weiteren sollen die Brüder und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhangs zum Widerstand gegen ihre Regierung und „die andere Supermacht" ermuntert und ermutigt werden. Der Leser mag es für eine unqualifizierte Übertreibung halten, aber hier fühlt sich der Autor unweigerlich an die alljährlichen chauvinistischen Aufmärsche von Neonazis und Vertriebenenverbänden am 17. Juni erinnert, die sich dafür gewöhnlich eine Stätte in unmittelbarer Nähe zur Grenze aussuchen.

Ebenfalls in der Absicht, den Brüdern und Schwestern in diesen freudlosen Zeiten deutscher Teilung und kommunistischer Herrschaft Trost und Mut zuzusprechen. Gewöhnlich hat dies nicht zur Folge, daß sich die Brüder und Schwestern daranmachen, ihre Herrscher endlich in die Ostsee zu treiben, aber den hiesigen Westdeutschen wird damit einmal mehr plakativ vor Augen geführt, wie gut es ihnen doch geht und wie schlecht den geknechteten Landsleuten in der SBZ. Kann die Friedensbewegung an einem solchen Effekt interessiert sein, oder schneidet sie sich auf diese Weise nicht einmal mehr ins eigene Fleisch?

Hat eigentlich jemand von den Autoren, bevor er den Aufruf verfaßte, mit Mitgliedern der DDR-Friedensbewegung (welcher auch immer) gesprochen, ob sie eine derartige „Ermutigung" überhaupt für notwendig erachten? Wohl kaum, denn eine derartige „Ermutigung" kann nicht im Interesse der DDR-Friedensbewegung liegen, weder der „Unabhängigen", noch der „Offiziellen". Denn, gesetzt den Fall, es bleibt bei dieser Aktionsplanung und der beabsichtigten inhaltlichen Ausgestaltung, dann darf schon jetzt als gesichert gelten, daß es im Vorfeld der Aktion zu Verhaftungen von Mitgliedern der „unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR kommt. Einige Initiatoren mag dies schon zufriedenstellen.

Doch einmal abgesehen davon, zeugt es von einer unglaublichen politischen Geschmacklosigkeit, wenn die Friedensbewegung eines Landes, von dessen Boden bereits zwei unheilvolle Weltkriege ausgegangen sind, und wo zur Zeit, ohne daß dies die Friedensbewegung bislang verhindern konnte, der dritte Weltkrieg geplant und vorbereitet wird, ein Manöver der NATO, in dem dieser durchgespielt wird, zum Anlaß nimmt, die Bevölkerung im Land des Kontrahenten über die Grenze hinweg zu ermutigen, gegen ihre Regierung aufzustehen (Es ist ja wohl kaum beabsichtigt, die DDR-Bevölkerung zum Widerstand gegen die Kriegsplanungen und -vorbereitungen der NATO zu ermuntern). Und das alles von einer Friedensbewegung, die noch meilenweit davon entfernt ist, eine Kriegsverhinderungsbewegung zu sein. Wäre sie dies, so könnte sie eine Schutzfunktion für die Bevölkerung in Osteuropa, die ihr ja angeblich so am Herzen liegt, erfüllen, indem sie durch ernsthaften Widerstand gegen die Angriffsvorbereitungen der NATO, diese vor den Folgen eines Angriffskrieges der NATO auf die Warschauer Pakt Staaten, von denen eben nicht nur die Herrscher, sondern auch die Beherrschten tangiert wären, bewahrt. Wäre sie dies, so würde das sicherlich nicht ohne positive Auswirkungen auf den staatlicherseits zugestandenen politischen Spielraum für „unabhängige Kräfte" in Osteuropa bleiben.

Leichtfertig ist es, wenn, wie auf der „Bundeskonferenz der unabhängigen Friedensbewegung" geschehen, die Diskussion um die gegensätzlichen politischen Intentionen, die mit einer Großaktion im „Fulda Gap" verfolgt werden, mit dem Argument abgewürgt wird, derartige Streitfragen könnten noch in der weiteren Vorbereitung bzw. durch die Initiativen „vor Ort" geklärt werden. Mensch kann nicht auf einem bundesweiten Treffen von „unabhängigen Friedensinitiativen" die Unterstützung einer Aktion beschließen, deren politische Intention noch völlig unklar ist. Zumal, wenn, was deren inhaltliche Ausgestaltung betrifft, völlig unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorstellungen auf dem Tisch des Hauses liegen. Denn es macht einen großen Unterschied, ob die Friedensbewegung ins „Fulda Gap" zieht, um die dort ablaufenden Kriegsvorbereitungen der NATO zu stören, oder aber um in irgendeiner Weise durch „blockübergreifende Tätigkeiten" zur angeblichen Ermutigung der DDR-Bevölkerung beizutragen.

dsm

Warum Osthessen?

Ein makabres Gesellschaftsspiel mit dem Titel „Fulda Gap — The First Battle of the Next War", natürlich made in US, brachte die Region Osthessen erstmals als mögliches erstes Schlachtfeld eines dritten Weltkrieges ins öffentliche Bewußtsein. Wenig später strahlte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS eine fünfteilige Sendung zum Thema „Die Verteidigung der USA" aus. Der zweite Teil der Serie lief unter dem Titel „Das nukleare Schlachtfeld". CBS wußte zu berichten, daß während des Manövers „REFORGER '80" der Abwurf einer Atombombe über dem osthessischen Dorf Hattenbach geübt worden war. „Spiegel" und „Konkret" berichteten darüber, und so kam es, daß mit einiger zeitlicher Verspätung auch eine Handvoll Leute in der betroffenen Region auf die Sache aufmerksam wurden.

NATO-Strategen gehen in ihren Handbüchern vor vier möglichen „sowjetischen Invasionswegen" in Richtung Westen aus:

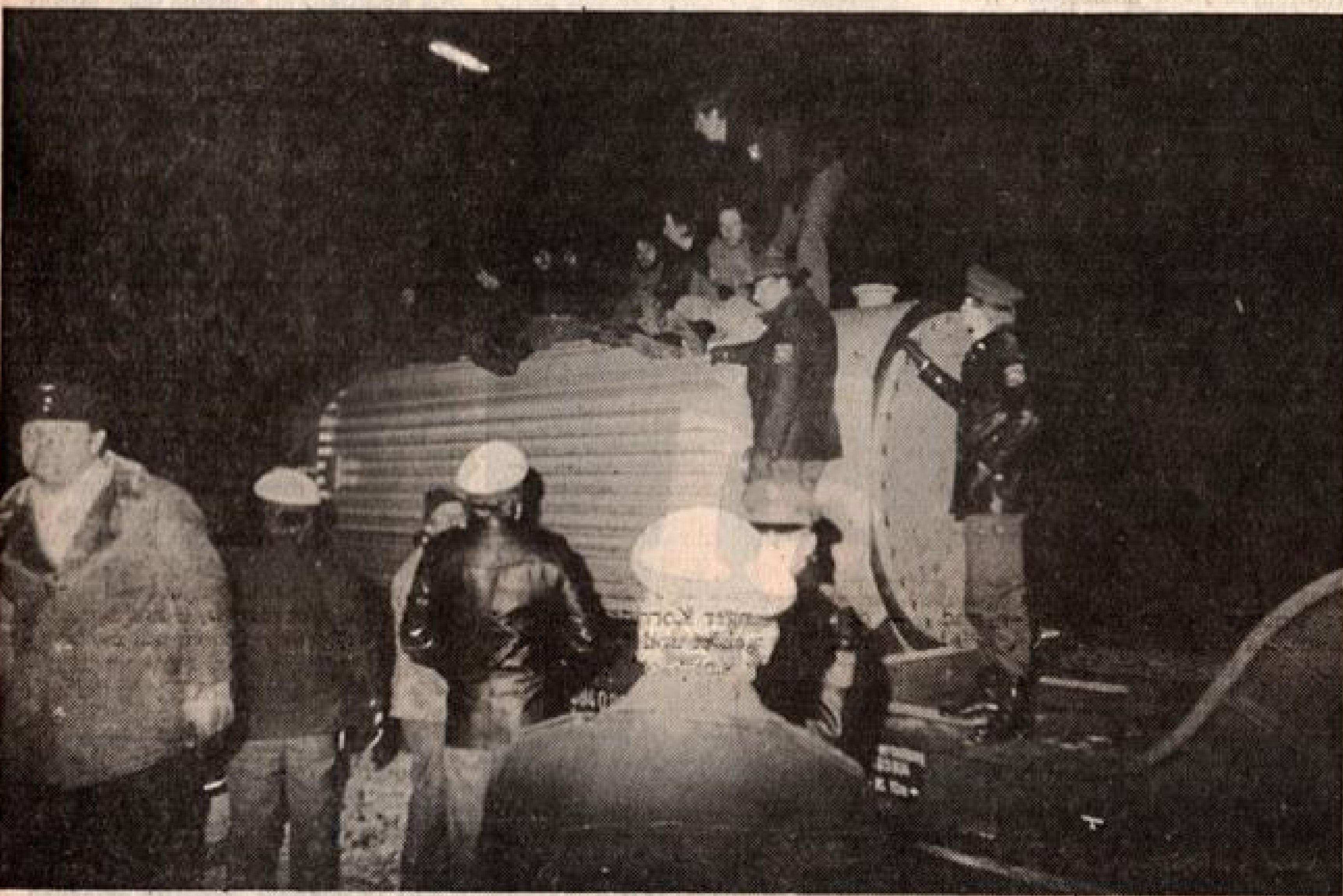
— das Norddeutsche Tiefland in Richtung Hamburg und Kiel,
— der „Göttinger Korridor" in Richtung Ruhrgebiet und Niederrhein,
— der „Hofer Korridor" in Richtung Süddeutschland,
— und eben die „Fulda Senke" („Fulda Gap") in Richtung Frankreich und Pfalz/Eifel.

Ein Blick auf eine Europa-Karte zeigt, daß auf der ganzen Linie von Finnland bis Griechenland das Gebiet des Warschauer Paktes in Osthessen am weitesten nach Westen ragt („Thüringer Balkon"). Gleichzeitig schnürt das „Rheinknie" die BRD-Silhouette nach Osten hin ein zur „hessischen Taille". Wider der historischen Wahrheit reden NATO-Strategen ständig von einem „Einfallstor Fulda als Vormarsch- Achse". Vormarsch für wen? Die Frage ist leicht zu beantworten, denn zur Zeit bereitet die NATO in Osthessen das Schlachtfeld für den „air-land-battle" vor. So werden z.B. im Rahmen des „Master Restationing Plan" über 40.000 US-Soldaten im „Fulda-Gap" zusätzlich stationiert. Es ist dies eine Vorverlagerung von Truppenteilen an die DDR-Grenze. „*Damit verbunden ist die Zerstörung wichtiger, naturbelassener Gebiete, die Militarisierung des Alltags der dort lebenden Menschen durch permanente Manöver sowie die vollständige Nutzung der zivilen Verkehrsstruktur durch die Militärs. Bereits seit Jahren wird in Osthessen keine Straße mehr ohne Hinzuziehen der Militärfachleute aus- oder neugebaut. Auch dem Schienennetz (z.B. die Schnellbahn Hannover-Würzburg) kommt bei der Verwirklichung eine wichtige Funktion zu, so nachzulesen in einem Bundeswehrhandbuch von 1982*" („Grüne Hessenzeitung", 11/83). Hessen, ein Kriegsschauplatz der ersten Stunde? „*In der Mitte die Verkehrsachse. Air Base und Startbahn West in Frankfurt, die A66 entlang dem Kinzigtal, quer dazu mitten durch das Fulda Gap die Schnellbahn Hannover-Würzburg mit Nebentunneln, die sich militärisch nutzen ließen. 2. Stationierungsorte. Allein im Bereich der Achse Frankfurt-Fulda sind derzeit 50.000 Soldaten ‚beheimatet'. Zahlenmäßiger Schwerpunkt ist dabei Hanau. Dort sind ca. 20.000 US-Soldaten stationiert. Strategische Schwerpunkte sind das Head-Quarter des V. Korps in Frankfurt und das Chemical Detachment in Fulda Downs Barracks. 3. Panzer- und Raketenwerkstätten in Gelnshausen, Hanau und Gießen stellen einen wichtigen Teil der militärischen Versorgung dar. In Gelnshausen wurde 1982 die modernste Panzerwerkstatt Europas eingerichtet. 4. Von Babenhausen über Hanau und Friedberg bis Gießen sind Kurzstreckensysteme (Nike Herkules, Hawk, Patriot) stationiert, deren Ziele allesamt im Fulda Gap oder im sogenannten Thüringer Balkon liegen. Hinzu kommt das Kurzstreckensystem Hawk, das in Hanau, Fulda-Finkenberg, Wildflecken und Gießen stationiert ist. 5. Die Munitionsdepots in Wetterau sowie rechts und links des Kinzig-Tals, in Vogelsberg, Spessart und Rhön. Schon heute im Bau oder in Betrieb sind Munitionsdepots in Ockstadt, Wehrheim-Köppern, Kilianstätten, Freigericht-Bernbach, Gundhelm, Grebenhain, Fulda-Giesel, Gelnhausen-Hailer, Bimbach und Wildflecken.*

Bestückt sind die Depots mit konventioneller, chemischer und nuklearer Munition, die im Ernstfall künstliche Hindernisse aufwerfen, Waldbrände auslösen und Straßen, Brücken, Schleusen, Flugplätze sowie Industriebetriebe zerstören sollen. Geübt wird der Einsatz der ADMs entlang der Aufmarsch- (Rückzugs-) Achse in Gelnhausen, Schlüchtern, Lauterbach und Fulda. Deponiert sind die ADM-Waffen u.a. in Hanau, Giesel bei Fulda und Wildflecken. Soweit das Bestehende. Sollte sich nun in den kommenden Jahren die geplante militärische Infrastruktur für Master Restationing Plan, War Time Host Nation Support und Air-Land-Battle-Doktrin in Gesamtheit vollziehen, wäre nicht nur Mittel- und Osthessen ein militärischer Übungsplatz, innerhalb dessen das zivile Leben nur noch eine beiläufige, nebensächliche Rolle spielte. Zehntausende von US-Soldaten, direkt an der Grenze zum Warschauer Pakt stationiert, ausgerüstet mit konventionellen sowie A-, B- und C-Waffen, in permanenter Übung begriffen, würden die totale und ständige Friedensgefährdung bedeuten. Das potentielle Schlachtfeld Fulda Gap wäre bereit zur letzten Schlacht"(ebenda).

Zur weiterbildenden Lektüre, quasi als Vorbereitung auf einen Anti-NATO-Herbst in Osthessen, empfehlen wir u.a.: „Grüne Hessenzeitung", 7/83, „Grüne Hessenzeitung" 11/83 (zu beziehen über die Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN-Hessen, Schwanthalerstraße 59, 6000 Frankfurt 70); Broschüre „Warum ausgerechnet Hessen?", Sonderausgabe der „Neuen Hanauer Zeitung", c/o Gerhard Adam, Corniceliusstraße 12, 6450 Hanau 1.

Menschenkette und Wendlandblockade:
Kein Friede mit den Zerstörern Lüchow-Dannenbergs!


Blockade des ersten Castor-„Übungsbehälters" am 16.12.83 bei Dannenberg

Blockade des ersten Castor-„Übungsbehälters" am 16.12.83 bei Dannenberg

Noch ist Lüchow-Dannenberg atommüllfreie Zone. Mit der ersten Anlieferung von Atommüll ab Frühsommer soll sich das Schlag auf Schlag ändern: Das mit der ersten Atommüllieferung eröffnete „Zwischen"lager Gorleben ist gleichzeitig das Eingangslager für die geplante große WAA in Dragahn. Zusätzlich soll das weltweit erste Atommüllendlager in den dafür denkbar ungeeigneten Gorlebener Salzstock gezwängt und somit die ökologische „Modellregion" in die größte Atommüllkippe Westeuropas verwandelt werden.

Z.Zt. wird aus Anlaß der ersten Atommülltransporte bundesweit aufgerufen zu Widerstands- und Protestaktionen. Es geht hierbei nicht allein um die Solidarität mit der Bevölkerung dieser Region (wenn diese auch niemals vorher so nötig war wie jetzt, wo es „ernst" wird!): Was in Lüchow-Dannenberg passiert, ist auch in mehrfacher Hinsicht von bundesweiter Bedeutung. In einem z.Zt. kursierenden Aufrufvorschlag des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen heißt es hierzu:

„*1. Immer noch hängt das gesamte Atomprogramm am sogenannten ‚Entsorgungsnachweis'. Nur wenn es den Atommanagern gelingt, sich im Wendland endgültig festzubeißen, können Betreiber und Staat der Bevölkerung weiterhin die schamlose Lüge auftischen, die Atommüllbeseitigung sei ‚gesichert'! Das bedeutet: Blockieren wir die Entsorgung in Lüchow-Dannenberg, verbessern wir ganz entscheidend die Voraussetzungen, um das gesamte Atomprogramm zu blockieren.*

2. Gewähren wir der Atommafia in Lüchow-Dannenberg freie Fahrt, handeln wir uns in kürzester Frist unzählige Atommülltransporte an allen Ecken und Enden der BRD ein. Eine ungeheure Eskalation von Überwachung, Bespitzelung und Freiheitseinschränkungen jeder Art ist die Folge. Damit würden gleichzeitig neue Maßstäbe gesetzt für großtechnische staatliche Kontrollen auch in anderen ökonomischen Bereichen."

Als 3. Punkt wird auf die militärischen Dimensionen der in Dragahn geplanten WAA hingewiesen (s. Artikel in diesem AK) und hinzugefügt: „*Eine Reihe von Stromkonzernen weigert sich heute, für den Preis von etwa 20 Milliarden DM eine WAA zu finanzieren. Obwohl es nach ökonomischen Kriterien schierer Wahnsinn ist, hält die Bundesregierung jedoch strikt an dem Ziel einer ‚nationalen' WAA fest. Wie zuvor beim Kalkar-Projekt sollen offensichtlich wieder einmal Milliardensummen auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Über ‚Finanzierungsmodelle' durch Abbau von Sozialleistungen etc.pp. werden erneut diejenigen zur Kasse gebeten und vielfach in weitere soziale und wirtschaftliche Not gestürzt, die von einer WAA am allerwenigsten haben. (...)*"

Menschenkette oder 3-Stufen-Konzept?

Auf allen in den letzten Monaten von Vertretern der BI Lüchow-Dannenberg besuchten Konferenzen sowie auf einer BBU-Pressekonferenz Anfang Februar wurde geworben für ein dreistufiges Widerstandskonzept mit dem Ziel, die Atommüllanlieferungen nach Möglichkeit „politisch undurchführbar" zu machen. Die erste Stufe hiervon wird bereits am 24. März stattfinden. Mit ca. 30.000 Menschen soll der gesamte, in die DDR hineinragende Landkreis von der Nord- bis zur Südgrenze symbolisch abgeriegelt werden. Ein Tag darauf wird im Landkreis eine bundesweite Konferenz zur 2. Stufe, der „Wendland-Blockade" stattfinden. Möglichst massenhaft sollen dann (voraussichtlich um den 30.4.84) alle 5 in den Landkreis führenden Bundesstraßen gleichzeitig blockiert werden. (Zu den unterschiedlichen Vorstellungen, s.u.)

Am Tage der geplanten ersten Einlieferung von hochradioaktivem Atommüll mittels der Castor-Behälter soll Stufe 3 zur Entfaltung kommen: Die Zufahrtsstraßen unmittelbar am Gorlebener „Zwischen"lager soll mit Material- und Personensperren und ohne zeitliche Begrenzung „dicht" gemacht und die Einlieferung verhindert werden.

Gemessen an diesem Konzept war jedoch der schließlich verschickte Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg eine mittelschwere Katastrophe:

— Unter dem Gemeindebrief-Motto: „Frieden für Mensch und Natur" wird ausschließlich zur Stufe 1 (Menschenkette) mobilisiert. Höhepunkt der Aktion wäre demnach eine 10-minütige geschlossene Kette und „*ein durchgehender Kreidestrich von Hitzacker nach Clenze (Kreide bitte mitbringen).*"

— In der Widerstandsfrage wird auf platteste Gewaltfreiheit orientiert: Man wolle „*entschiedenen Widerstand leisten gegen Projekte, die der Vernichtung von Leben dienen. Hand in Hand werden wir unser Ziel erreichen. Unsere Kraft und unser Mut werden so groß sein, daß wir weder in Resignation noch in Gewalt abgleiten werden.*" (So Gott will, Amen.)

— Inhaltlich enthält der Text die aus rechtsökologischen Kreisen bekannten Irrationalismen: „*Umweltgefährdendes Denken* (?) *und Handeln*" sei „*immer schon friedensgefährdend*"; der „*menschliche Hochmut*" gipfele in dem Ausspruch vom gewinnbaren Atomkrieg etc.pp.

Besonders die Beschränkung auf die Menschenkette ist im Landkreis Lüchow-Dannenberg alles andere als unumstritten. Begründet wird dies mit der (legitimen) Sorge, der BI-Vorstand könne für die Blockadefolgen verantwortlich gemacht werden, mit möglichen rechtlichen Problemen bei der Anmeldung der Menschenkette und mit der für die Menschenkette erwünschten Breite. Aber auch die unvermeidlichen Ängste vor schwarzbehelmten Steinewerfern hinter (womöglich brennenden) Blockaden sollen hier eine Rolle gespielt haben.

Die Auseinandersetzung um die Wendland-Blockade

Im Landkreis selbst haben sich bisher 2 BI-Ortsgruppen, die „Emigrantengruppe" und die „Gorleben-Frauen" für die Wendland-Blockade engagiert. Letztere wollen auf einem Frauenseminar (17.-19. Feb. in Wustrow, Kontakt: 05841/5443) die Vorbereitung einer (ins Gesamtkonzept integrierten) Frauenblockade rund um die Walpurgisnacht diskutieren. (Vgl. Aufruf in „Atommüllzeitung" Nr. 26) Nach den vorläufigen Vorstellungen der Gorleben-Frauen soll „offen-bewegt" blockiert werden, d.h. es soll eine Art „Grenzstelle" mit Schlagbaum etc. errichtet werden: „*Ein- und Ausreisende können langsam passieren, indem sie sich über die zu erwartenden Gefahren informieren (Theater, Musik, Bilder ...)*".

An „Blockieren" im eigentlichen Sinne ist also offenbar gar nicht gedacht. Das vom Lüneburger Arbeitskreis entwickelte Konzept orientiert sich demgegenüber mehr an den in Wyhl entwickelten Plänen. Dort war für den Fall des Baubeginns öffentlich die Totalblockade aller Rheinbrücken zwischen Basel und Straßburg angekündigt worden. PKWs sollten auf den Brücken stehengelassen und abgeschleppte durch nachfolgende ersetzt und insgesamt ein großes Verkehrschaos organisiert werden. Im Lüneburger Konzept wird auf eine 24-stündige Totalblockade (beginnend am frühen Abend des 29.4.) orientiert. (Der 30.4. ist ein Montag zwischen zwei arbeitsfreien Tagen.) In dem Vorschlag heißt es: „*Die Wendlandblockade wird auch für viele Nichtbetroffene (PKW-Fahrer etc.) Unannehmlichkeiten bieten. Ebenso wie beispielsweise Streiks im Öffentlichen Dienst drückt aber allein die Außerkraftsetzung normaler Verhältnisse den Ernst unseres Anliegens aus. Es ist unser festes, vorher angekündigtes Ziel, die Blockade 24 Stunden lang nur für nachweislich akute Notfälle (Geburten, Krankentransporte) zu öffnen. Um gegen das zu erwartende Polizeiaufgebot, das ungewollt ein blockierendes Element abgeben wird, bestehen zu können, ist eine massenhafte Beteiligung an allen 5 Blockadepunkten unerläßlich . . .*"

19.2.: Vorbereitungskonferenz für das 3-Stufen-Konzept

Im Gegenzug zum Menschenketten-Aufruf „Friede für Mensch und Natur" kursiert als Entwurf derzeit in den BIs ein von bisher etwa 10 Initiativen unterschriebener Alternativentwurf („Kein Frieden mit den Zerstörern Lüchow-Dannenbergs") für das gesamte Dreistufenkonzept. Erstunterzeichner sind u.a. das Anti-Atom-Büro Diemelstadt, der Göttinger AK gegen Atomenergie, Hamburger BIs und Gruppen aus Lüneburg. Ausgeklammert ist in diesem Aufruf die Frage des Charakters der Wendland-Blockade, da dies Gegenstand kommender Konferenzen sein soll. Ziel dieses Aufrufs ist es, bereits zur Menschenkette unter sinnvollen Parolen aufzurufen und im Zuge der Mobilisierung zur Menschenkette wie auch am 24. März selbst die weitergehenden Aktionsstufen optimal zu verankern. Endgültig entschieden werden soll über diesen bundesweiten Alternativaufruf auf der kommenden

Vorbereitungskonferenz für das 3-Stufenkonzept am 19.2.84, 14 Uhr, Pädagogische Hochschule Lüneburg (Altbau), Wischenbrucher Weg 1 (Kontakt: 04131/45290)

KB Gruppe Lüneburg (8.2.84)



Die Forderung nach dem Plebiszit

Die Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung hat das Vertrauen der Deutschen in ihr Parlament nicht gestärkt. Vor allem hat sie nicht glaubhaft machen können, daß im Hohen Hause auf einem höheren Niveau, mit mehr Sachverstand und weniger ideologischen Scheuklappen diskutiert werde als anderswo in der Gesellschaft.

Viele fühlten sich provoziert von denen, die auf die - verfassungsrechtlich unbestreitbare - Zuständigkeit der Volksvertreter verwiesen, auch gegenüber der Mehrheit des Volkes.

Kein Wunder, daß der Ruf nach dem Plebiszit lauter wird. Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum ein verfassungsrechtliches Instrument, das sich in Gemeinden und Ländern bewährt hat, im Bunde nur Unheil anrichten soll. Jedes Gesetz über bundesweite Volksbegehren/Volksentscheide muß die Grenzen abstecken, innerhalb derer Plebiszite möglich sind. Man könnte etwa Verfassungsänderungen durch Plebiszit ausschließen (was z.B. die Wiedereinführung der Todesstrafe ausschlösse).

Im übrigen gibt es genügend rechtliche Hürden, die dem Mißbrauch wehren. In einer Gesellschaft, in der die neuen sozialen Bewegungen mehr Menschen aktivieren können, als alle politischen Parteien zusammengenommen, kann die Verweigerung des Plebiszits nur die Vertrauenswürdigkeit der parlamentarischen Demokratie untergraben.

Was 1949 noch als Nutzanwendung aus der Weimarer Epoche hingenommen wurde, wird heute als Entmündigung des Bürgers - und der Bürgerin - empfunden, deren Mündigkeit in erhebenden Sonntagsreden unermüdlich gefeiert wird.

Es gilt also, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß Plebiszite an der Zeit sind. Auch dafür gibt es nicht nur einen Weg. Man kann, wie die „Aktion Volksentscheid", die Form einer Petition an den Bundestag wählen mit dem Ziel, „ein Bundesabstimmungsgesetz" zur Diskussion zu stellen. Man kann sich auf Plebiszite in den Länderverfassungen berufen und versuchen, über die Landesregierung auf den Bundesrat Einfluß zu nehmen.

Auch, wenn dies an juristischen Einwänden scheitern sollte, so hebt es doch das Thema ins Bewußtsein! Ich kenne kein grundsätzliches Argument gegen das Plebiszit, das nicht auch ein Argument gegen die Demokratie wäre. Wer mehr Demokratie wagen will, kann sich letztlich nicht gegen das Plebiszit sperren.

Die Friedensbewegung muß dies unüberhörbar zur Sprache bringen!

Erhard Eppler

Unser Anliegen unterstützen in diesem Sinne außerdem:

Dr. Jörg Zink
Brigitte und Helmut Gollwitzer
Herta u. Wolfgang Däubler-Gmelin
Robert Antretter MdB

aus: VOLKSENTSCHEID JETZT — Zeitung des Baden-Württembergischen Volksbegehrens

Die Forderung nach einem Volksentscheid bekommt inzwischen aus den SPD-Kreisen prominente Unterstützung. Erhard Eppler und Herta Däubler-Gmelin haben in Baden-Württemberg publizistische Unterstützung zugesagt, Robert Antretter und Weißkirchen (alles SPD-Bundestagsabgeordnete) wollen auch auf Veranstaltungen dafür eintreten.

Wie man sieht wird nun ganz prinzipiell für den Volksentscheid eingetreten, während solche Stellungnahmen vor dem 22.10. noch von keinem SPD-MdB zu haben waren, einige der hier genannten sogar gegen die Kampagne genannten sogar gegen die Kampagne gearbeitet haben. Am 22.1., beschloß der SPD-Landesparteitag, die Kampagne zum Volksbegehren „*in seiner politischen Zielsetzung*" und „*als sinnvolle Möglichkeit*" zu unterstützen. Die „Juristen-Fraktion" der SPD erreichte zwar in den praktischen Folgen ein völlig unverbindliches Votum für die SPD, kippen konnte sie die Sache nicht. Während also in Hessen die SPD (als Regierungspartei) sowas strikt ablehnt, ist in Baden-Württemberg (ohner Regierungsverantwortung) das Gegenteil möglich.

Am 29.1. beschloß die landesweite Versammlung der Initiative Volksbegehren, am Wahltag vor den Wahllokalen Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens zu sammeln. Am 18.12. hat der „kleine Landesparteitag" der Grünen die volle Landesparteitag" der Grünen die volle Unterstützung der Initiative beschlossen. Die erste Zeitung „VOLKSENTSCHEID JETZT" erschien in 100.000facher Startauflage; über 10.000 Unterschriften sind bereits gesammelt worden.

VOLKSENTSCHEID JETZT

Mit dem § 129a gegen die Zeitschrift „Radikal''

Wiederum wird mit der Wunderwaffe des § 129 a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) gegen eine Zeitschrift der autonomen Linken vorgegangen.

Ins Schußfeld des Oberstaatsanwaltes Przytarski, der sich u.a. bei der Zerschlagung der „Bewegung 2. Juni'' als eifriger Terroristenjäger hervorgetan hat, ist die „Radikal'' geraten. Grund: Das Abdrucken von Bekennerschreiben und Erklärungen insbesondere der Revolutionären Zellen (RZ). Im Anklagekatalog, in dem die „Radikal''-Ausgaben von April-August 82, Dezember 82 (111) und Januar 83 (112) aufgeführt sind, findet sich auch die publizistische Vor- und Nachbereitung der Anti-Reagan-Demonstration vom 11.6.82. Dabei soll zu Straftaten aufgerufen bzw. es sollen diese gebilligt worden sein.

Die Anklage

Mit Michael Klöckner und Benny Härlin haben die Staatsanwaltschaft und der 6. Strafsenat des Westberliner Kammergerichts der Öffentlichkeit zwei Angeklagte präsentiert, denen weder Mitgliedschaft in einer RZ noch Herausgabe der „Radikal'' selbst vorgeworfen wird. Vielmehr sollen beide die Herausgabe der „Radikal'' nur unterstützt haben. Konkret wird Benny vorgeworfen, für die „Zeitungskooperative e.V.'' im Vereinsregister als Vorstandsmitglied eingetragen zu sein. Die Zeitungskooperative ist im Impressum der „Radikal'' als Herausgeber genannt. Beiden, insbesondere Michael, wird angelastet, den Zahlungsverkehr der „Radikal'' besorgt und darüberhinaus die Zeitung vertrieben zu haben.



Alibi für

Alibi für Benny Härlin !!

Ein weiterer Beweis für die Dürftigkeit der Anklage des Oberstaatsanwaltes Przytarski wurde am 26.1.84 durch Zeugen geliefert.

Polizeiliche Belastungszeugen wollen Benny bei der Auslieferung der „Radikal'' im April 82 beobachtet haben.

„Am vergangenen Donnerstag indes hatte die Verteidigung eine Reihe von Zeugen geladen, die alle bekunden können, daß sie an jenem Tag mit dem 27jährigen Angeklagten gemeinsam von dem Ausgangspunkt Barsinghausen, über das Waldsterben philosophierend, durch die niedersächsische Staatsjagd Deister bis hin zum Flecken Koppenbrügge gewandert sind, woselbst sie dann in einem der dortigen Gasthöfe zur Nachtruhe rasteten! Die Stichhaltigkeit steht außer vernünftigem Zweifel.'' (FR, 30.1.84)

Trotzdem wurden die Haftbefehle gegen beide Angeklagte bislang nicht aufgehoben ...

Diese Anschuldigungen reichten Oberstaatsanwalt Przytarski aus, im Mai 83 Haftbefehl gegen Benny und Michael zu beantragen. Und — er hatte damit Erfolg.

Datiert vom 2. Juni 83, enthält der Haftbefehl des 6. Strafsenats (keine Berufung, nur Revision zulässig) weite Teile der Anklageschrift. Dazu fabulierten die Richter noch folgende Passagen: *„Die Angeklagten müssen, falls sie schuldig gesprochen werden, mit einer Freiheitsstrafe in einer Höhe rechnen, die nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Diese Straferwartung bietet ihnen einen erheblichen Anreiz, sich dem Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen. Im Hinblick auf die ihnen zur Last gelegte werbende Tätigkeit für die 'Revolutionären Zellen' liegt die Annahme nahe, daß sie aus diesem Personenkreis bei einem Fluchtunternehmen unterstützt würden. Die Besorgnis, die Angeschuldigten könnten sich dem Strafverfahren entziehen, wird nicht dadurch entkräftet, daß sie bisher nicht geflüchtet sind,* (beide haben sich selbst gestellt — Anm. der Verfasser) *denn erst durch die Anklageerhebung steht für sie fest, daß sie wegen des genannten Tatvorwurfs zur Verantwortung gezogen werden sollen.''*

Den Angeklagten wird dann unterstellt, sie lebten *„ohne familiäre und sonstige sozialen Bindungen. Ein festes Arbeitsverhältnis haben sie nicht. Ihre Wohnverhältnisse sind undurchsichtig und leicht löslich. Der Angeschuldigte Haerlin wechselte seit 1975 innerhalb Berlins insgesamt viermal seinen Wohnsitz; seine derzeitige Hauptwohnung 'Potsdamerstr. 130' befindet sich in einem 'besetzten Haus'. Der Angeschuldigte Klöckner hatte seit 1976 fünf verschiedene Wohnanschriften in Berlin, wobei es sich teilweise um Wohngemeinschaften handelte.''* Und fertig war der Haftbefehl gegen die beiden, Benny und Michael im Knast. Das Kammergericht hielt trotz breiten Protestes an der Inhaftierung fest.

Am 21.6.83 demonstrierte die TAZ-Redaktion vor der Moabiter Untersuchungshaftanstalt und bot Stellen trotz Krise an: *„Wir stellen ein: Richter als Chefredakteur, Staatsanwalt als Lektor, Kob (*Kontaktbereichsbeamter — Anm. der Verfasser) *als Zeitungsbote.''* 37 Teilnehmer, unter ihnen auch Bennys Rechtsanwalt Ströbele, wurden vorübergehend festgenommen.

Die HU und das Komitee für Grundrechte und Demokratie protestierten: *„Die Anklage entbehrt jeder Substanz ... Sie fußt, wie auch der Haftbefehl und seine Bestätigung, auf einem konstruierten Verdacht.''* (TAZ, 7.7.83). Selbst der SPD-Fraktionssprecher Wiegreffe befand in einem — vom 6. Strafsenat beschlagnahmten — Brief: *„Doch es wird noch einige Zeit brauchen, bis sich in Ihrem Fall das Recht gegen die Justiz durchgesetzt hat.''* (TAZ, 12.8.83).

Gemeinsam Stellung gegen die Verhaftungen nahmen die Deutsche Journalisten Union, der Deutsche Journalisten-Verband, das PEN-Zentrum der Bundesrepublik und der Verband Deutscher Schriftsteller: *„Sie* (die genannten Organisationen — Anm. der Verfasser) *haben mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zum Strafverfahren gegen die in Untersuchungshaft befindlichen Journalisten Härlin und Klöckner eine Auffassung vertreten hat, die dem verfassungsrechtlichen Zensurverbot widerspricht. Wenn nämlich der Generalstaatsanwalt von der Presse verlangt, dokumentarische Veröffentlichungen von sogenannten Bekenner-Briefen dürften nicht ohne Distanzierungserklärung erfolgen — er tat dies in einem Fernsehinterview mit den Worten 'Werbung für eine terroristische Vereinigung ist es, wenn etwas gebracht wird, ohne daß man sich davon distanziert hat' — so ist das ein erster Schritt zur Pressezensur ... Es gilt, solchen Anfängen zu wehren, zumal sie vor dem Hintergrund eines Verfahrens auf der Basis einer verfassungsrechtlich so umstrittenen gesetzlichen Bestimmung wie des Paragraphen 129 a des Strafgesetzbuches geschehen''* (FR, 5.7.83).

Dirk Schneider, Westberliner AL-Bundestagsabgeordneter, erstattete Anzeige gegen sich selbst. Er ist als 2. Vorsitzender der Zeitungskooperative ebenfalls im Vereinsregister eingetragen und beantragte, *„konsequenterweise entweder das Verfahren gegen mich mit den entsprechenden Folgen wieder aufzunehmen oder, was näher liegt, das Verfahren gegen Klöckner und Härlin einzustellen und die Inhaftierten unverzüglich freizulassen.''* (TAZ, 24.6.83).

Auch die Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV wollte die Verhaftungen nicht hinnehmen: *„Erstaunlicherweise läßt man es hier nicht mit pressestrafrechtlichen Vorwürfen bewenden, sondern fährt das Geschütz des § 129 a StGb auf und wirft ihnen* (gemeint sind Micha und Benny — Anm. der Verfasser) *Werbung für eine terroristische Vereinigung vor. Dieses Kernstück der heftig umstrittenen Anti-Terrorismus-Gesetzgebung aus dem Jahre 1976, die ein bedeutender Strafrechtler als Niederlage des Rechtsstaates bezeichnet hat, erweist sich hier als ein Instrument, mit dem ureigenste Pressetätigkeit kriminalisiert werden kann ...''* (TAZ, 18.7.83).

Auf so viel Kritik und Protest meinte das Kammergericht öffentlich antworten zu müssen. Dr. Dehnicke, seines Zeichens Kammergerichtspräsident: *„In dem Strafverfahren gegen die Journalisten der linken Zeitung TAZ, Benedict Härlin und Michael Klöckner, die sich wegen des Vorwurfs der Werbung für eine terroristische Vereinigung in Untersuchungshaft befinden, haben einige politische Institutionen unqualifizierte Angriffe gegen Richter des Kammergerichts verbreitet. Der Präsident des Kammergerichts legt im Hinblick auf eine offenkundig unzureichend informierte Öffentlichkeit Wert auf die Feststellung, daß sich Richter des Kammergerichts — unbeeindruckt von solch politischer Polemik — allein der Verfassung, dem Gesetz und dem Gewissen verpflichtet wissen und sich irgendeinem Druck — von welcher Seite er auch kommen mag — nicht beugen werden ... Anzumerken bleibt schließlich, daß Teile einer sich als seriös empfindenden Berliner Tagespresse bereits im Vorfeld künftig anstehender Gerichtsentscheidungen der Publizierung unqualifizierter Angriffe gegen das Gericht unverhältnismäßig weiten Raum geben. In Ländern des angelsächsischen Rechtskreises würde die Öffentlichkeit derartiges als untragbar empfinden ...''* (TAZ, 20.7.83).

Wenn man das richtig versteht, fordert Herr Dehnicke hier den Maulkorb für jegliche kritische Presse. In dasselbe Horn blies auch der mittlerweile wieder auf den Justizsenatorensessel zurückgekehrte Oxford (FDP): *„Es sei' politisch verantwortungslos', wenn im politischen Leben stehende Personen und insbesondere Juristen selbst ihre Kritik an Maßnahmen von Gerichten äußern würden.''* (TAZ, 29.7.83)

So kritisiert und gestärkt zugleich, entschied der 6. Strafsenat bei darauf folgenden Haftprüfungsterminen auf Fortdauer der Untersuchungshaft. Kaum verwunderlich sind diese Entscheidungen allerdings, wenn man sich anschaut, wer da zusammensitzt, um über die Angeklagten und die „Radikal'' zu urteilen.

„Gibt es noch Richter in Berlin?'' („Zeit'', 25.11.83)

Vorsitzender Richter des 6. Strafsenats ist Richter Pahlhoff, der bereits den zweiten Prozeß gegen die „Bewegung 2. Juni'' geleitet hat, in dem u.a. Gabriele Rollnick und Klaus Viehmann zu 15 Jahren Haft verurteilt wurden. 2. Vorsitzender ist Richter Weiß, mitverantwortlich für den Freispruch des einzigen jemals in Westberlin angeklagten Nazi-Richters Rehse, und ebenfalls 2. Vorsitzender — diesmal im ersten Prozeß — gegen die „Bewegung 2. Juni'', der bis 1979 gegen u.a. Gerald Klöpper, Ralf Reinders und Fritz Teufel geführt wurde. Zwei weitere Richter waren ebenfalls an diesen Verfahren gegen die „Bewegung 2. Juni'' beteiligt; der fünfte im Bunde hat dafür zur Abwechslung am „Agit''-Prozeß mitgewirkt, in dem die „Agit''-Drucker am 13.2.79 zu 9-12 Monaten Haft verurteilt wurden, weil sie durch das Drucken des „Info Berliner Undogmatischer Gruppen'' diese Zeitschrift unterstützt hätten. Auch damals wurde neben dem mittlerweile abgeschafften § 88 a nach § 129 a verurteilt, weil im Info-BUG verschiedentlich Erklärungen der RAF und der „Bewegung 2. Juni'' erschienen waren.

Motto des Urteils: *„Denn auch Beihilfe zur Beihilfe ist Beihilfe zur Haupttat''* (Agit-Urteil S. 79).

Der 3. Strafsenat des BGH, der generell für Staatsschutzangelegenheiten zuständig ist und gewiß in keiner liberalen Tradition steht, entschied am 19.8.83 gegen das Berliner Kammergericht, daß Micha und Benny gegen eine Kaution von 30.000 DM freizulassen seien. Seitdem sind beide — unter Auflagen (kein Paß, Meldeauflagen) — frei. Die Haftbefehle allerdings wurden aufrechterhalten.

Bisheriges Prozeßgeschehen

Seit dem 25. Oktober 83 wird nun in Berlin-Moabit mit allen Unannehmlichkeiten eines § 129 a-Verfahrens verhandelt. Das fängt damit an, daß sich die Zuschauer durch Sonderkontrollen (Ausweise werden kopiert, kriminalbeamte tasten ab) zum Saal 700, in dem auch der „2. Juni''-Prozeß stattgefunden hat, schleusen lassen müssen, und hört bei der Verpflichtung von Zwangsanwälten, die lediglich das Vertrauen des Gerichtes, nicht aber das der Angeklagten genießen, noch lange nicht auf. So spricht Herr Pahlhoff von *„Kindergarten''* (TSP, 28.10.83), wenn er das Publikum meint; andererseits ist Herr Przytarski der „hohe Staatsanwalt''. Als „unzulässig'' verworfen hat das Gericht sämtliche Ablehnungsanträge des ersten Verhandlungstages: *„Die Anträge stützten sich u.a. darauf, daß die Richter sich in der Begründung des Haftbefehls schon auf eine Existenz der Revolutionären Zellen als terroristische Vereinigung im Sinne des § 129 a festgelegt hätten, obwohl dies im Hauptverfahren noch zu beweisen wäre.''* (Prozeßbulletin Nr. 1 des Freundeskreises von Michael Klöckner und Benny Härlin).

Zurückgewiesen wurden auch Entpflichtungsanträge für die Zwangsverteidiger. Entpflichtet wurde allerdings mittlerweile Rechtsanwalt Zieger, der Michael verteidigte, nachdem sich für Michael ein zweiter Anwalt, Kliesing, meldete, der aus Kostengründen allerdings nur in bestimmten Verfahrenskomplexen verteidigen wollte. Das Gericht hielt eine solch begrenzte Verteidigertätigkeit für unzulässig und forderte Rechtsanwalt Kliesing auf, *„die Verteidigerbank zu verlassen. Rechtsanwalt Kliesing verließ die Verteidigerbank, begleitet von der Androhung des Vorsitzenden, ihn notfalls mit sitzungspolizeilichen Maßnahmen entfernen zu lassen.''* (Prozeßbulletin Nr. 5, 1.12.83). Als Rechtsanwalt Kliesing dann erneut — und gezwungenermaßen mit vollem Mandat — vor Gericht erschien, wurde Zieger entpflichtet, sodaß nunmehr alle vier Anwälte — Benny wird von den Rechtsanwälten Ströbele und Cobler vertreten — von den Angeklagten finanziert werden müssen.

Ein ganz besonderes Spiel mit Ermittlungsakten — im wesentlichen handelt es sich dabei um angebliche Observationsprotokolle — treibt im Prozeß Herr Przytarski. Die Akten wurden dem Gericht und den Anwälten nach und nach in kleinen Happen serviert; seit Mitte Januar sollen sie nun vollständig sein.

Die Berichte weisen allerdings nicht hinzunehmende Eigentümlichkeiten auf: So sind die Namen der Beamten, die die Berichte geschrieben haben, in den kopierten Akten abgedeckt; die Verfasser sind also für die Prozeßbeteiligten nicht festzustellen. Zum Teil sind in diese Berichte Daten eingesetzt, durchgestrichen und „korrigiert'', ohne daß daraus hervorgehen würde, warum eine Korrektur erfolgt ist, und wer sie vorgenommen nat.

Die Deckblätter der Berichte, die zumindest die Namen der observierenden Beamten enthalten sollen (soviel war immerhin auf zähes Nachfragen der Anwälte von beamteten Zeugen her-

ne daß daraus hervorgehen würde, warum eine Korrektur erfolgt ist, und wer sie vorgenommen nat.

Die Deckblätter der Berichte, die zumindest die Namen der observierenden Beamten enthalten sollen (soviel war immerhin auf zähes Nachfragen der Anwälte von beamteten Zeugen her-

auszubekommen), fehlen ganz. Was diese Deckblätter ansonsten enthalten, darüber haben die vernommenen Beamten *„keine Aussagegenehmigung''*. Darüberhinaus ergibt sich bei Zeugenbefragungen der Polizeibeamten, daß sie angebliche Observationsergebnisse fernmündlich ihrem „Vorgangsleiter'' mitgeteilt haben und diese die Berichte verfaßten. Nur, gegengelesen und korrigiert haben die Beamten jene derartig fabrizierten Elaborate nicht.

Lediglich bei Beteuerungen, daß Michael und Benny bei der Auslieferung einzelner Ausgaben der „Radikal'' von ihnen gesehen wurden, sind die Beamten gesprächig. *„Der Zeuge Friedrichs ließ beispielsweise 36 Fragen der Verteidigung unbeantwortet.''* (Prozeßbulletin Nr. 5 vom 1.12.83). Noch peinlicher wird es, als ans Tageslicht kommt, daß die damals zur Observation eingesetzten Beamten angeblich keinerlei Ausbildung auf diesem Gebiet hatten und daß Verwechslungen von observierten Personen vorgekommen sind. Auch durch eingestandenermaßen umfangreiche Zeugenvorbereitungsgespräche konnten somit die Aussagen der Beamten nicht völlig geglättet werden.

Insgesamt drängt sich auf, daß es die Staatsanwaltschaft mit Beweisen nicht ernst meint. Ernst meint sie es allerdings mit der Zerschlagung der „Radikal'': *„Die Redaktionsräume der Berliner Szene-Zeitung 'Radikal' sind auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin durchsucht worden. Wie die Polizei am Wochenende mitteilte, wurden bei der Aktion rund 2000 Exemplare einer Ausgabe der Zeitschrift ... beschlagnahmt''.* (FR, 10.10.83).

Gegen zwei im Haus angetroffene Personen wurden weitere Verfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung'' eingeleitet.

Anti-Repressionskommission KB/Westberlin

Spendenkonto für den Radikal-Prozeß:
Sonderkonto des Kursbuch-Verlages,
Postscheckamt Berlin-West
Konto-Nummer: 17263-108

Wider die Zerstörung der weiblichen ,,Bürgergesinnung''

Familienminister Geißler hat mit seiner Bundesstiftung ,,Mutter und Kind — Zum Schutz des ungeborenen Lebens'' nichts neues erfunden. In einer Reihe von Bundesländern — CDU/CSU-regierten selbstredend — sind derartige Stiftungen und andere Gelder, die an die Geburt eines Kindes gekoppelt sind und als ,,flankierende Maßnahmen zum § 218'' angepriesen werden, gängige familienpolitische Praxis.

Die Realität in diesen Bundesländern zeigt, was viele Menschen angesichts von Geißlers Bundesstiftung schon ahnen: daß die Höhe der Gelder viel zu niedrig ist, um tatsächlich den Namen ,,Hilfe'' zu verdienen, und daß mit ihnen — ebenso wie mit dem restlichen von der Bundesrepublik angekündigten ,,Paket von Maßnahmen'' in der Familienpolitik — ganz andere Ziele verfolgt werden: die Notlagenindikation ,,überflüssig'' zu machen und die Diskussion um den § 218 auf das ,,ungeborene Leben'' zu konzentrieren.

„Flankierende Maßnahmen" gegen die Notlagen-Indikation

,,Rund 70 % der Schwangerschaftsabbrüche geschehen aus sozialer Indikation. Es wäre bereits ein Skandal für unsere Gesellschaft und unseren Sozialstaat, wenn diese Abtreibungen tatsächlich aus echter Not erfolgt wären. Aber es ist wohl noch schlimmer: Wir müssen vermuten, daß in einer erheblichen Zahl der Fälle ... nicht aus Not, sondern um der eigenen Bequemlichkeit willen abgetrieben wird. ... Was kann dagegen getan werden? Vor allem das, was dieser Verein in beispielhafter Weise unternimmt, die Wertmaßstäbe wieder zurechtzurücken, einzutreten für das Recht auf Leben, auch des Ungeborenen, und gleichzeitig denen Hilfe und Betreuung anzubieten, die in Not sind.'' So Alfred Dick, bayerischer Staatsminister, 1979 auf einer Veranstaltung des ,,Haus für das Leben e.V.'', eine ganz praktische ,,flankierende Maßnahme'' in Bayern, die mit sehr viel Wind und Prominenz gefeiert wird, letztendlich aber nur jeweils acht schwangeren Frauen ,,in Not'' für ein Jahr mit Unterkunft ,,helfen'' kann.

Auf großen Anklang stoßen derartige ,,Hilfen'' bei Caritas und anderen kirchlichen Verbänden. So hat der Familienbund der Deutschen Katholiken schon vor einigen Jahren kommunale ,,Fonds für in Not geratene Schwangere'' gefordert; die Caritas hat sich 1982 damit gerühmt, im Jahr davor über 6,5 Mio. DM für ,,Schwangerschaftskonflikte'' ausgegeben zu haben. ,,Stiftung Familie in Not'', Modellprojekt ,,Mutter und Kind'', Landesstiftung ,,Hilfe für Mutter und Kind'', ,,Familiendarlehen'', ,,Geburtendarlehen'' und ähnliche wohlklingende Namen tragen die Gelder, die in verschiedenen Bundesländern seit einigen Jahren schon bei der Geburt eines Kindes beantragt werden können. Sicher kein Zufall, daß es sich hier fast ausschließlich um Bundesländer handelt, die schon seit längerem fest in CDU/CSU-Hand sind und dementsprechend miese Abtreibungsbedingungen aufweisen: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein.

Nach dem Motto: wenn wir wirtschaftliche Hilfen anbieten, kann keine Frau mehr wirtschaftliche Gründe für eine Abtreibung angeben, liegt der Schwerpunkt denn auch ganz auf dem ,,Anbieten'', also auf der Propaganda: So wird oft mit den im Rahmen dieser verschiedenen Programme ausgegebenen Geldern eine Generosität bzw. für die hilfesuchenden Frauen geradezu paradiesische Zustände vorgegaukelt, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben: das Bistum Essen verkündete (übrigens im Zusammenhang mit den Protestaktionen gegen das damals noch in Planung befindliche ,,Familienplanungszentrum'' der AWO) stolz, 844 ,,Frauen in Not'' insgesamt 760.000 DM überlassen zu haben — eine großartige Summe, will einem zuerst erscheinen. Doch beim Nachrechnen ergibt sich daraus eine Summe von 950 DM pro Frau — eine Höhe, in der sich auch sonst oft die Beträge finden, an die für die ,,Mütter in Not'' gedacht ist. Nicht gerade viel, wenn man bedenkt, daß das ja auch nur für die Fälle gilt, in denen eine ,,tatsächliche'' wirtschaftliche Not vorliegt. Es fällt schwer zu glauben, daß eine Frau, die aus wirtschaftlichen/sozialen Gründen eine Abtreibung in Erwägung zieht, es sich für 1.000-2.000 DM — einmalig bei der Geburt — anders überlegt! Außer diesen ,,Babygeldern'' gibt es noch Gelder, an deren Vergabe ganz eindeutig die familienpolitischen Vorstellungen der CDU/CSU geknüpft sind: das badenwürttembergische Projekt ,,Mutter und Kind'' beinhaltet,daß die Mutter nur dann monatlich 400 DM ,,Erziehungsgeld'' erhält, wenn sie für drei Jahre die Erwerbstätigkeit aufgibt. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt **(400 DM sind für das Land immerhin noch weniger als Arbeitslosengeld!)** ist hier vor allem die Vorstellung, nach der *,,jegliche Mutterentbehrung in den ersten Lebensjahren die wichtigste Ursache für Schädigungen in der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes darstellt''* (so Zoologe Bernhard Hassenstein, Mit-Initiator des Projekts), das

stein, Mit-Initiator des Projekts), das

leitende Motiv. Kein Wunder, daß es Tagesmütter hier nicht gab!

Auch an den Kriterien, die die einzelnen Bundesländer für die Vergabe der Gelder festgelegt haben, ist die Heim- und Herdideologie nicht zu übersehen: so können die Darlehen in einigen Bundesländern und Westberlin ,,abgekindert'' werden (Tilgung der Schuld in Westberlin z.B. nach 3 Kindern). In den meisten Bundesländern sind Nicht-EG-Ausländer/innen gleich von der Verteilung dieser Darlehen ausgeschlossen. In Baden-Württemberg mußten gar über den Europäischen Gerichtshof die Richtlinien diesbezüglich geändert werden (vorher mußte nach den Landesvorstellungen mindestens ein Ehepartner Deutsche/r sein).

Nicht zuletzt ist es natürlich illusionär zu glauben, diese Gelder seien von der allgemeinen Rotstiftpolitik ausgeschlossen. So gibt es in Rheinland-Pfalz das ,,Familiendarlehen'' seit dem 1.1.82 nicht mehr; in Baden-Württemberg wurden die Einkommensgrenzen für die Darlehensvergabe heruntergesetzt.

Unbürokratische Hilfen — unbürokratische Hindernisse

Außer diesen, oft mit viel Ämterrennerei und meist an bestimmte Bedingungen geknüpften Geldern existeren auch schon in einzelnen Städten ,,Fonds für das ungeborene Leben'', die — wie Geißlers Bundesstiftung — ,,unbürokratische Hilfe'' leisten sollen. Ein derartiger ,,Schwangerenhilfsfond'' existiert z.B. in Offenbach, dessen Etat noch 1980 von 50.000 auf 100.000 DM aufgestockt wurde, wie die Schlagzeile verriet. Während die Information, daß in 2 1/2 Jahren lediglich 40 Frauen eine Hilfe aus diesem Fond in Anspruch nahmen, im Kleingedruckten verschwand.

So unbürokratisch den ,,willigen'' Frauen geholfen werden soll, so unbürokratisch läßt man die ,,unwilligen'' im Regen stehen: In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem audgebautesten ,,familienpolitischen Programm'', fährt frau für eine Abtreibung nach Hessen. Und im Kreis Offenbach hat man im Dreieichkrankenhaus einfach keine Betten frei für Abbrüche nach sozialer Indikation ...

Die Familien-Sparpolitik der „Wende"-Regierung

Was hat Geißler jetzt für uns außer der Stiftung noch in der Tasche, um den Weg frei zu machen für süddeutsche Abtreibungsverhältnisse bundesweit?

Als CSU-MdB Althammer zum Jahreswechsel die familienpolitischen Überlegungen und ,,Vorentscheidungen'' der Kommission zum Familienlastenausgleich vorstellte (*,,Die Geburtenzahlen müßten uns alle wachrütteln''*, FAZ, 3.1.84), war zwar viel die Rede von *,,Rahmenbedingungen ..., unter denen Familien ohne Sorgen leben ... könnten''* und von *,,finanzieller Absicherung der Familien''* (ebenda), aber es ist nicht zu übersehen, daß die großangekündigte Wende in diesem Punkt (noch?) nicht eingetreten ist. Von der Drohung, ,,unsere Verteidigungsbereitschaft und unsere Familie'' im Haushalt absolut vorrangig zu behandeln (Blüm: *,,Diese zwei Punkte stehen auch nach dem Wahltag an letzter Stelle der Sparnotwendigkeiten''*; FAZ, 22.6.81), hat die CDU/CSU bislang nur die eine Hälfte eingehalten ...



„Bedaure, aber auf Frauen ist einfach kein Verlaß; über Nacht können sie geschwängert werden!"

Am 1. Januar 1984, so tönte es aus Bonn am 6. März, werde das F a m i l i e n s p l i t t i n g eingeführt — dadurch sollen Familien mit Kindern steuerlich begünstigt werden. Heute wird es als eine von verschiedenen Möglichkeiten der ,,R e f o r m d e r F a m i l i e n b e s t e u e r u n g'' gehandelt (dazu zählen auch Modelle, die ein Voll- oder Teilsplitting gekoppelt mit Änderungen des Kindergeldes oder der Kinderfreibeträge beinhalten), und über diese Reform muß noch mindestens bis Mitte des Jahres d i s k u t i e r t werden.

Wenn das Ergebnis genauso komplizierte Antragsverfahren mit sich bringt wie neuerdings die Kindergeldanträge, kann man sich getrost wieder großzügig im Angebot zeigen: dort spart man nämlich — laut Auskunft des Familienbundes Deutscher Katholiken — jährlich 300 Mio. DM durch nicht gestellte Anträge (,,Stuttgarter Zeitung'', 3.1.84).

Besonders ,,zielstrebig'' geht die Regierung auf die Realisierung ihres alten Lieblingskindes, das E r z i e h u n g s g e l d auch für nichterwerbstätige Mütter — zu: als erstes wurde das M u t t e r s c h a f t s u r l a u b s g e l d gekürzt, von 750 auf 600 DM monatlich für nur noch 3 anstatt 4 Monate. Damit nämlich die Einführung des Erziehungsgeldes für a l l e Mütter finanziert werden kann. Einsparungen vorerst: 430 Mio. DM (,,Spiegel'', 30/83).

Das Erziehungsgeld — 600 DM monatlich für — vorerst nur — ein Jahr — wiederum sollte eigentlich schon 1985 eingeführt werden. Neuerdings ist von 1987 die Rede — vorher muß noch gespart werden! (Nebenbei: ähnlich wie beim Modell ,,Mutter und Kind'' in Baden-Württemberg werden durch den zwangsweisen Verzicht der Erziehungsgeld-Empfängerinnen auf ihren Anspruch auf einen Arbeitsplatz beim Arbeitsamt Millionenbeträge Arbeitslosengeld eingespart!).

Die A n e r k e n n u n g v o n E r z i e h u n g s z e i t e n in der Berentung — ein eiteres Steckenpferd christdemokratischer Familienpolitik — läuft ebenfalls schleppend an: leider, leider kann v o r e r s t nur von einem Jahr pro Kind die Rede sein. Und leider können dann auch nur die Frauen einbezogen werden, die n a c h Inkrafttreten der Regelung ein Kind bekommen. Selbst das kostet den Staat jährlich 3,4-4,5 Milliarden DM — zum Glück frühestens ab dem Jahre 2000.

Aber auch die Ausgaben in so ferner Zukunft drücken die Regierung schon heute. Und so gesteht die oben erwähnte Kommission zum Familienlastenausgleich *,,der Anerkennung von Erziehungszeiten wegen der hohen Kosten einen geringeren Rang* (zu) *... als dem Ausbau eines zweigleisigen Familienlastenausgleichs.''* (FAZ, 3.1.84)

Die brave Mutter — für 2.000 DM?!

Unterm Strich bleibt also bis heute — 1 1/2 Jahre nach Antritt der Wende-Regierung — als Ausgabenposten nur die Bundesstiftung mit ihren jährlichen 50 Mio. DM — ein lächerlicher Betrag angesichts der oben aufgelisteten Einsparungen allein in der Familienpolitik.

50 Mio. DM — das bringt einer einzelnen Frau nicht mehr als 1.000-2.000 DM als Prämie für eine nicht abgetriebene Schwangerschaft — zu Zeiten, wo alles getan wird, um Frauen und erst recht Mütter aus dem Erwerbsleben rauszuhalten.

Zu meinen, 2.000 DM hielten Frauen von einer Abtreibung ab, unterstellt, für diese Summe wären Frauen bereit, ihr ganzes Leben von Grund auf umzukrempeln, egal, ob sie gerade die Möglichkeiten und die Lust dazu haben.Denn die 77 % Abtreibungen nach der Notlagenindikation — das sind natürlich nicht alles die krassen Sozialfälle, die die CDU vielleicht gerade noch als ,,Notlage'' akzeptieren würde: die Mutter von 5 Kindern in einer 2-Zi.-Wohnung mit einem alkoholkranken Mann. Das sind eben auch sehr viele Frauen, die einfach nicht mehr bereit sind, Schwangerschaft als Diktat zu begreifen, sondern die die Möglichkeiten, die der reformierte § 218 bietet, ausnutzen, um ihr Leben selbst zu bestimmen.

Genau das haben die vermeintlichen Lebensschützer im Auge, wenn sie sich von der neuen Regierung wünschen, *,, ...die emanzipatorischen Reformen wieder los(zu)werden, die so viel moralische Verheerungen angerichtet, so viel Verantwortungssinn, Pflichtgefühl, Bürgergesinnung zerstört haben.''* (FAZ, zitiert nach ,,Zeit'', 20.1.84).

Li., Frankfurt

Teile dieses Artikels, vornehmlich des ersten Teils, wurden schon in der Broschüre ,,'Bewegung für das Leben': Gegen die Frauen!'' veröffentlicht, die demnächst neu aufgelegt wird und vom Frauenzentrum, c/o Frauen gegen § 218, Nieschlagstraße 26, 3000 Hannover 91 bezogen werden kann.

Programm ,,Schutz des ungeborenen Lebens''

Interministerielle Arbeitsgruppe legt Bericht vor

Die ,,Wende'' in der Familienpolitik, dem Frauenbild, den Abtreibungsbedingungen hat noch nicht stattgefunden; das BVG-Urteil zur Kassenfinanzierung von Abtreibungen läßt auf sich warten ...

Täuschen wir uns nicht über den Ernst der Lage. Die Realitäten — Frauenarbeitslosigkeit, eine Frauenbewegung, die sich kaum noch bewegt, neue Mütterlichkeit, neue Männlichkeit — sind der Boden, auf dem die familienpolitischen Maßnahmen der CDU/CSU greifen können. Und die Pläne der ,,Wende''-Regierung werden immer konkreter.

Die Arbeitsgruppe zum Programm ,,Schutz des ungeborenen Lebens'' wurde Ende 1982 vom Familienministerium der CDU/CSU-Regierung eingesetzt, um ,,Verbesserungsvorschläge'' zum Thema Abtreibungen zu erarbeiten. In der Arbeitsgruppe sind neben dem Familienministerium das Bundeskanzleramt, Justiz- und Innenministerium sowie Arbeits- und Sozialministerium vertreten. Ihr Ziel ist die Ausschöpfung der Möglichkeiten, der ,,großen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen wirksam zu begegnen''.

Bewußtseinsveränderung erwünscht

Der Bericht wendet sich in erster Linie gegen den sog. ,,Mißbrauch'' der Notlagenindikation, der seine Ursache darin habe, daß die *,,Wertentscheidung des Grundgesetzes''* (das ungeborene Leben betreffend) *,,in den Wertauffassungen eines Teils der Bürger nicht geteilt''* werde. Das komme, *,,weil in unserer Gesellschaft Leitbilder propagiert und vorgelegt werden, die sich ausschließlich am einzelnen, seinen Interessen und Bedürfnissen und an der Machbarkeit des eigenen Glücks orientieren.''* (S. 9) In einem Staat wie dem unseren mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen DM dürfe es keine wirtschaftlichen Gründe geben, die zu einem Schwangerschaftsabbruch führen.

,,Es kann den Staat und seine Organe nicht unberührt lassen, wenn die Grundwerte seiner Verfassung von einem Teil seiner Bürger nicht geteilt und nicht beachtet werden. Er muß vielmehr alles in seinen Kräften stehende tun, die Grundwerte seiner Verfassung durch die Kontrolle der Einhaltung entsprechender Gesetze und durch Öffentlichkeitsarbeit im Bewußtsein der Bürger fest zu verankern.'' (S. 7)

Um die *,,Defizite an Grundorientierungen in unserer Gesellschaft''* zu beseitigen und *,,eine Veränderung der Lebenseinstellungen und die Bereitschaft jedes einzelnen Bürgers, nicht nur sich selbst und seine Selbstverwirklichung im Auge zu haben''* (S. 4), zu erreichen, soll — unter Mitwirkung der Kirchen, gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Bürger, insbesondere in den Bereichen Kultur, Bildung und Medien — eine Kampagne zur Bewußtseinsveränderung eingeleitet werden. Gedacht ist an Broschüren, Anzeigen, Filmmaterial, Fernsehspots u.ä., im Rahmen einer ,,umfassenden Aktion'' mit dem schönen Namen **,,Freude am Leben — Verantwortung für das Leben''**. An ihrer Durchführung sollen neben den Medien (Fernsehen, Rundfunk, Presse) auch staatliche Einrichtungen für außerschulische Bildungsarbeit sowie Kirchen und Familienverbände beteiligt sein. Zu den wichtigsten Adressaten der Kampagne zur Bewußtseinveränderung gehören die Berater/innen und die Ärzte, denen eine Schlüsselstellung in der derzeitigen Abtreibungspraxis zukommt. Schon heute sind — bei formal gleicher Gesetzeslage — Frauen aus CDU/CSU-regierten Bundesländern gezwungen, zur Abtreibung nach Hamburg oder Bremen zu fahren, weil sie zu Hause — wenn überhaupt — nur unter unzumutbaren Bedingungen abtreiben können.

Beraterinnen und Ärzte sollen „auf Linie" gebracht werden

In dem Bericht heißt es: *,,Eine zentrale Aufgabe hat (...) die Beratung. Sie muß sich zum engagierten Anwalt des schutzlosen Lebens machen. Sie muß darauf ausgerichtet sein, alle Möglichkeiten der Hilfe zum Austragen einer Schwangerschaft auszuschöpfen.''* Die dafür zuständigen Bundesländer müßten darauf hinwirken, daß *,,diesen Anliegen in der Beratung und bei der Indikationsfeststellung entsprochen''* wird. Nach Aussage von Sachverständigen komme es vor, daß in Beratungsstellen die *,,Absicht der Frau, die Schwangerschaft abzubrechen, akzep-*

tiert wird, ohne diese Absicht an den Maßstäben des Gesetzes zu überprüfen.'' (S. 27) Stattdessen müßte die Beratung die Bereitschaft der Frau fördern, sich mit ihrer *,,möglicherweise schon getroffenen Entscheidung''* auseinanderzusetzen, also lieber doch zu gebären.

Bei der Beurteilung des heutigen Beratungsangebots kommt den Vorstellungen der Arbeitsgruppe die Praxis der katholischen Beratungsstellen erwartungsgemäß am nächsten; denn diese bekennen sich zu einer ,,wertorientierenden'' Beratung und arbeiten nach einem ,,integrativen Ansatz von Beratung und Hilfeleistung''. Nach ihren Erfahrungen sei die Ansicht, daß viele Frauen beim Aufsuchen der Beratungsstellen zum Abbruch schon fest entschlossen seien, zu relativieren. Die Vorschläge zur ,,Verbesserung'' der Beratung gehen einerseits in Richtung auf eine stärkere ideologische Bearbeitung der Beratenden; andererseits wird über das Angebot ,,materieller Hilfe'' und ein ,,Verbundsystem'' mit Ämtern versucht, die Möglichkeit der Frau, ihre Notlage so zu begründen, daß sie der ,,Wertauffassung'' der so konditionierten Beraterin standhält, drastisch einzuschränken.

Um die Beratung im Sinne der Erfinder zu effektivieren, soll ein Fortbildungsangebot erarbeitet werden, das die einschlägigen Beratungsfelder und geeignete Beratungsmethoden umfaßt. Besondere Bedeutung komme dabei der Differenzierung nach Zielgruppen zu.

In einigen Städten soll ein Modellprojekt zum Aufbau besonderer Kooperationsformen zwischen Beratungsstellen und Behörden erprobt werden. Diesem ,,Verbundsystem'' sollen u.a. Beratungsstellen, soziale Dienste, Arbeitsamt, Wohnungsamt, Sozialamt, Jugendamt und Kirchengemeinden angehören. Ziel soll die ,,enge Zusammenarbeit bei der Vermittlung von Hilfen im Einzelfall'' sein, vorgeblich, um den Frauen eine Entmutigung durch die Vielzahl von Zuständigkeiten und durch vergebliche Behördengänge zu ersparen. Es bedarf keiner allzu großen Phantasie, sich die Konsequenzen einer solch umfassenden ,,Betreuung'' einer Frau, die die Schwangerschaft abbrechen will, vorzustellen.

Auf gesetzlicher Ebene wird eine Vereinheitlichung der Ländervorschriften — *,,im Interesse einer einheitlichen Auslegung und Anwendung des Gesetzes und einer entsprechenden Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung''* — im Sinne des Schwangerschaftsberatungsgesetzes von Bayern (!) gefordert. Dort muß die soziale Beratung v o r der Feststellung der Notlagenindikation durch den Arzt erfolgen. Außerdem ist eine strikte Trennung zwischen Beratung und Indikation, die deshalb nicht in der Beratungsstelle festgestellt werden darf, vorgeschrieben. *,,Die Beratungsstelle soll für die Lebenschancen des ungeborenen Kindes eintreten und nicht zugleich die Gründe, die einen Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen, überprüfen und festlegen.''* (S. 60)

Dieser Vorschlag richtet sich gegen die zur Zeit fortschrittlichsten Einrichtungen, wie z.B. die Familienplanungszentren in Bremen und Hamburg.

Zur Rolle der Ärzte heißt es in dem Bericht: *,,Eine besondere Verantwortung für den Schutz des ungeborenen Lebens tragen die Ärzte. Auf ihre Verpflichtung, sich dieser Verantwortung zu stellen, müssen sie immer wieder hingewiesen werden. Ob die Bestimmungen der §§ 218 ff verfassungsgemäß angewendet werden, liegt weitgehend in der Entscheidung der Ärzte. Von ihrem Verhalten und ihren Einstellungen wird es deshalb auch weitehend abhängen, ob ungeborenes Leben tatsächlich einen Anwalt hat.''* (S. 11) Auch für die Ärzte sollen deshalb Aus- und Fortbildungsprogramme entwickelt werden, die auch *,,auf die Vermittlung der Fähigkeit zur psychologischen Gesprächsführung ausgerichtet sind.''*

Familienpolitische Maßnahmen

Da das Bewußtsein der Bevölkerung auch durch soziale, wirtschaftliche, rechtliche und politische Rahmenbedingungen bestimmt werde, komme verstärkten Bemühungen in der Familienpolitik ein wesentlicher Stellenwert zu.

Aufgeführt werden: Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld, Verlängerung der Laufzeit im Unterhaltsvorschußgesetz, Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht, Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Ob die dort vorgeschlagenen Maßnahmen — soweit sie mit Kosten für den Staat verbunden sind — realisiert werden, ist allerdings mehr als fraglich; geht doch die reale Entwicklung z.Z. genau in die entgegengesetzte Richtung (Siehe auch nebenstehenden Artikel zu den flankierenden Maßnahmen).

Adoptionsregelung

Relativ viel Raum nimmt die sog. Erleichterung der Adoption ein, obwohl der voraussichtliche Effekt von den Autoren selbst als gering eingeschätzt wird, da *,,nur wenige Frauen in der Adoptionsfreigabe eine Alternative zur Abtreibung sehen''*. An diesem Punkt wird aber auch deutlich, wie scheinheilig das ganze Gerede von Mutterschaft und Familie ist, wie z.B. das Zitat aus dem BVG-Urteil (25.2.75) auf S. 13 des Berichts: *,,Dabei wird es hauptsächlich darauf ankommen, die Bereitschaft der werdenden Mutter zu stärken, die Schwangerschaft - eigenverantwortlich anzunehmen... Bei aller Schutzverpflichtung des Staates darf nicht aus den Augen verloren werden, daß das sich entwicklende Leben von Natur aus in erster Linie dem Schutz der Mutter anvertraut ist. Den mütterlichen Schutzwillen dort, wo er verloren gegangen ist, wieder zu erwecken und erforderlichenfalls wieder zu stärken, sollte das vornehmste Ziel der statlichen Bemühungen um Lebensschutz sein.''* Hauptsache, das Kind wird in die Welt gesetzt!

Um die Adoptionswilligkeit zu fördern, soll — neben Öffentlichkeitsarbeit und der Befreiung der Mutter von der Unterhaltspflicht für das Kind im Fall, daß es (z.B. wegen einer Behinderung) keine Adoptiveltern findet — die nachgeburtliche Entscheidungsfrist (*,,wenige Entscheidungen haben derartig folgenschwere und weittragende Bedeutung''*) von 8 auf 6 Wochen verkürzt werden. (*,,Ihrem Wunsch nach schnellem Durchstehen der Schwierigkeiten und schnellstmöglicher Rückkehr in den Alltag ohne das neugeborene Kind steht die Einwilligungsfrist entgegen''*). (S.47).

Vereinbarkeit von Familie und Lohnarbeit

Was die Arbeitsgrupe zum Thema ,,Familie und Arbeitswelt'' anzubieten hat, wird kaum in der Lage sein, abtreibungswillige Frauen von der unbeschwerten Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft zu überzeugen. Der Abschnitt erfüllt wohl auch mehr die Funktion, zu erwartenden Vorwürfen, daß der Bericht die Frau nur als Hausfrau und Mutter sehe, etwas entgegenhalten zu können. Nichtsdestotrotz wendet man sich auch in diesem Kapitel erst einmal ausführlich gegen die Diskriminierung der ,,Nur-Hausfrau''.

Es folgen die üblichen Forderungen nach ,,flexibleren'' Arbeitszeiten: mehr Teilzeitarbeit, Ausbau der gleitenden Arbeitszeit, Job-Sharing, Beurlaubungsregelungen. Alles Modelle, mit denen die Ausbeutung der Frauen effektiviert wird und die keine Entlastung für die Frauen von den häuslichen Belastungen schaffen.

Dazu die unverbindliche Forderung, daß Frauen, die nach längerer Berufslosigkeit aus familiären Gründen wieder in den Beruf zurück wollen, besser geholfen werden müsse. Angesichts der heutigen Arbeitsmarktlage ein Hohn.

Zurück zu den alten Werten

Daß sich durch eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze und -bedingungen an den Abtreibungs z a h l e n nichts ändert, wissen auch Geißler und seine Arbeitsgruppe; das wird in dem Bericht auch gar nicht verheimlicht:

,,Der Zunahme im Inland steht ein erheblicher Rückgang der Abbrüche bei deutschen Frauen im Ausland gegenüber, so daß insgesamt eine Stagnation der jährlichen Abbruchzahlen mit einer Tendenz zum Rückgang festgestellt werden kann. Diese Entwicklung entspricht den Erfahrungen anderer Länder mit vergleichbaren Änderungen der strafrechtlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch.'' (S.25)

Es geht also gar nicht ernsthaft um den ,,Schutz des ungeborenen Lebens''.

Die öffentliche Diskussion über die Abtreibung dient im wesentlichen als Vehikel, um antiemanzipatorische Theorien wieder stärker in der Bevölkerung zu verankern.

Dazu gehört auch, daß Frauen, die abtreiben, dies nicht etwa in dem Bewußtsein tun, daß dies ihr gutes Recht ist. Wenn sie abtreiben , soll dies unter entwürdigenden Umständen und gesundheitlichen Risiken geschehen. Untersuchungen haben gezeigt, daß die Abbrüche im Durchschnitt umso früher und damit risikoloser durchgeführt werden, je liberaler die Abtreibungsgesetzgebung ist. Den Frauen soll eingeredet werden, daß ihr Leben seinen Sinn darin findet, Kinder in die Welt zu setzen und großzuziehen, auch und gerade wenn damit materieller Verzicht einhergeht. Diese Strategie hat in der heutigen Situation, wo die Arbeitsmarktsituation für Frauen so katastrophal aussieht und die Existenzmöglichkeiten für arbeitslose Frauen immer schlechter werden, Aussicht auf Erfolg.

Der Nutzen für die Regierenden: Das Widerstandspotential gegen sich verschlechternde Lebens- und Arbeitsbedingungen wird geringer, denn als Mütter sind Frauen erfahrungsgemäß weniger bereit, Risiken einzugehen, und damit leichter erpreß- und ausbeutbar. Die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt bzw. auf die verbleibenden immer schlechteren Frauenarbeitsplätze kann somit reibungsloser vonstatten gehen. Und last but not least werden wieder mehr deutsche Kinder geboren, für die mann schon irgendeine Verwendung finden wird.

Der Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung von seiten der Frauen ist z.Z. noch gering, das Interesse der Frauenbewegung beschränkt sich weitgehend auf pflichtgemäßes Bekunden von Empörung. Häufig sind die geplanten Änderungen und Bestimmungen so kompliziert formuliert, daß sich ihre Bedeutung erst in dem Moment erschließt, wo frau konkret davon betroffen ist.

Am 25. Februar, dem Jahrestag des BVG-Urteils gegen die Fristenregelung, sind in vielen Städten Aktionen geplant. Nutzen wir diese Gelegenheit, unseren Widerstand zu demonstrieren und über die geplanten Verschärfungen zu informieren!

Co., Hamburg

Demonstration gegen den § 218

in Hamburg

am Sonnabend, den 25. Februar

Treffpunkt: 11 Uhr, Karl-Legien-Platz
Abschlußkundgebung: 12.30 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz

Urteil im "Times"-Konflikt gegen die IG-Drupa

Das hessische Landesarbeitsgericht verurteilte Ende Dezember im sog. ,,Times''-Konflikt die IG Druck und Papier bzw. die Kollegen Wurstius (Bezirkssekretär Frankfurt), Balder (Landesbezirksvorstand) und Fritz (Bezirksvorstand Frankfurt) zur Zahlung eines Schadensersatzes in noch unbestimmter Höhe an die TER-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt.

Unter Vorsitz des Richters Dr. Müller bescheinigte das LAG der Druckerei mit diesem Zwischenurteil einen grundsätzlichen Anspruch auf Schadensersatz. Ob die von der Druckerei geforderten 58.000 DM voll zu zahlen sind, soll laut Gerichtsbeschluß in einem Gutachten festgestellt werden.

Bevor auf die skandalösen Hintergründe des Urteils eingegangen wird, zunächst noch mal kurz zur Geschichte des Konflikts. Im Frühjahr 1979 gab es bei der englischen ,,Times'' einen Arbeitskampf um einen Tarifvertrag für die Setzer (Einführung neuer Technologien im Satzbereich). Die ,,Times'' wurde bestreikt und das Management suchte eine Möglichkeit, im Ausland eine Streikbrecherausgabe zu drucken. Man fand die TER-Druckerei in Zeppelinheim, in der u.a. die faschistische türkische Zeitung ,,Tercuman'' gedruckt wird. Die für den graphischen Bereich zuständige englische NGA appellierte an die IG-Drupa, die Streikbrecherausgabe zu verhindern. Nachdem es zunächst mißlungen war, die Herstellung des Satzes in einem Darmstädter Betrieb zu verhindern, und auch die Beschäftigten der TER-Druckerei einem Streikaufruf nicht folgten, kam es zu Demonstrationen unmittelbar vor der türkischen Druckerei. Alle waren darauf gefaßt, die Auslieferung der Streikbrecherausgabe zu verhindern, als die Geschäftsleitung plötzlich erklärte, die ,,Times'' nicht zu drucken. (Später hieß es, man hätte befürchtet, beim Arbeitsgeräusch der Rotation wäre die Druckerei gestürmt worden). 2 Hundertschaften Polizei, die in der Nähe bereitstanden, um die ,,Gewerbefreiheit'' zu schützen, brauchten nicht einzugreifen. Es gab offensichtlich keine ,,strafbaren Handlungen''. Allerdings setzte sofort eine massive Kampagne der Unternehmerverbände, der CDU, des Hessischen Innenministeriums u.a. ein. Die Pressefreiheit sei verletzt, ja es war sogar von Nötigung, Landfriedensbruch und versuchter Brandstiftung die Rede. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, und seit damals rollt eine Prozeßwelle gegen die Frankfurter IG Druck und Papier bzw. deren führende Vertreter. Nach erstinstanzlichen Urteilen, von denen auch einige zugunsten der IG Drupa ausgingen, entschied nun das LAG: die I n t e n s i t ä t der damaligen Demonstration sei so stark gewesen, daß durch sie die Druckerei zum Abbruch der Arbeiten veranlaßt und somit geschädigt worden sei.

Da es sich um ein Zwischenurteil handelt und die Schadensersatzhöhe erst noch festgestellt werden soll, kann die IG Drupa z.Zt. noch keine Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen. Es kann gut sein, daß das endgültige Urteil samt der entsprechenden publizistischen Begleitmusik auf dem Höhepunkt des Tarifkonflikts um die 35 Std.-Woche, Rationalisierungsschutz usw., wie er in diesem Frühjahr stattfinden wird, erfolgt.

Aber es kommt noch dicker! Fast gleichzeitig mit der LAG-Entscheidung wurde vom Landgericht Darmstadt bekanntgegeben, daß die Hauptverhandlung in dem Strafverfahren wegen Nötigung gegen die IG Drupa bzw. die 3 Kollegen am 3. Mai beginnt. Insgesamt sind 8 Termine angesetzt. Nachdem von der Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren wegen versuchter Brandstiftung (eine Provokation: ein benzingetränkter Lappen war in einem Schacht ,,gefunden'' worden) und Landfriedensbruch eingestellt worden war, wird jetzt, **nach 4 Jahren,** die Hauptverhandlung wegen Nötigung eröffnet.

Dem für Drupa-Verhältnisse linken Bezirksverband Frankfurt soll wohl mehr als nur ein Denkzettel verpaßt werden.

KB/Frankfurt

Darf das sein?

Ein DKPler denkt über oppositionelle Betriebsratslisten nach

Das DKP-Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF) hat sich im Vorfeld der Betriebsratswahlen eines Themas angenommen, das bislang immer noch fester Bestandteil des DKP-Tabu-Katalogs ist: die (links-)oppositionellen Listen bei den Betriebsratswahlen. IMSF-Mitarbeiter Klaus Pickshaus veröffentlichte eine Zusammenfassung seiner Untersuchungsergebnisse in den ,,Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik'' (Nr. 12/83), die ebenfalls der DKP sehr nahestehen.

Er stellt fest: Linksoppositionelle Listen sind hauptsächlich in Großbetrieben anzutreffen. Die Häufigkeit solcher Kandidaturen hat seit 1972 ständig zugenommen; bei der Wahl 1981 gab es etwa 40 Listen. *,,Dieser Trend wird sich 1984 fortsetzen.''*

,,Während früher linkssektiererische Kräfte (Typ RGO) und dann zunehmend linkssozialistische Gruppen (Typ Plakatgruppe Daimler-Benz) dieses Spektrum besetzten, sind heute immer häufiger linkssozialdemokratische Kräfte (Typ Aktive Metaller HDW) bestimmend.''

Auch an der Basis solcher Listen, so Pickshaus, habe sich etwas geändert. Seien es früher ungelernte Arbeiter, Fließbandarbeiter und Ausländer gewesen, so seien es heute mehr und mehr qualifizierte Facharbeiter, ,,Belegschaftskerne'', sowie junge gewerkschaftliche Aktivisten, die durch die Kämpfe der 70er Jahre und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit geprägt wurden.

Pickshaus findet dann zu der salomonischen Formulierung: *,,Die Zunahme linksoppositioneller Listen sollte ernster genommen werden.''* Und weiter: *,,Eine einfache Etikettierung als ‚Spalterlisten' oder pauschale Einordnung als ‚RGO-Politik' wird der differenzierten Realität nicht gerecht und bewirkt das Gegenteil.''*

An dieser Einschätzung ist eigentlich nichts Bemerkenswertes — außer der Tatsache, daß sie von einem DKP-Funktionär stammt. Sie enthält keinerlei Überlegungen, daß sich DKP-Mitglieder etwa unter Umständen an solchen Listen beteiligen könnten — übrigens ebensowenig, wie die gewerkschaftliche Ausschlußpraxis problematisiert wird.

So vorsichtig, wie Klaus Pickshaus versucht, gewisse Elemente der Wirklichkeit in den Betrieben sachlich zur Kenntnis zu nehmen, so knallhart kontert ihm noch in der selben Nummer der ,,Nachrichten'' Gerd Siebert, Mitglied des verantwortlichen Redaktionskollegiums. Schon in der Überschrift seiner Antwort auf Pickshaus macht er klar, daß die DKP die DKP bleibt:

,,Oppositionelle Listen sind ausnahmslos abzulehnen''. Zwar räumt Siebert ein, daß die *,,pauschale Einordnung in die Kategorie der Spalter''* nicht immer hinhaut; trotzdem wirft er Pickshaus vor, von einer oppositionellen Listenbildung nicht ,,grundsätzlich abzuraten''. Nach Siebert gibt es n i c h t e i n e n Grund für eine solche Listenbildung, *sei es, daß ein mehrheitlich sozialpartnerschaftlich eingestellter Betriebsrat, ein ebenso ausgerichteter Vertrauenskörper oder/und die örtliche Gewerkschaftsleitung politisch* ***oder einfach nur durch undemokratische Tricks, Kungeleien usw.*** (Hervorhebung AK) *in der Lage waren, linksorientierte Kollegen von der gemeinsamen Kandidatenliste fernzuhalten — in keinem Falle scheint mir eine eigene Liste gerechtfertigt zu sein.''* Und später noch einmal: *,,Ich halte das Auftreten mit eigenen Listen prinzipiell für falsch, auch wenn es dadurch nicht zu Ausschlüssen und Funktionsverboten käme.''*

Die Argumente, die Siebert für seinen Hardliner-Kurs anführt, kann man glauben oder auch nicht: *,,Im ... Falle einer starken bis mehrheitlichen Basis in der Belegschaft, das zeigt die Erfahrung, ist die Niederlage einer unfair taktierenden sozialpartnerschaftlichen Gruppe, die sich an ihre Posten klammert, in der Regel für die nächste Wahl vorprogrammiert.''* Man stelle sich nur vor, die Auseinandersetzungen auf der HDW (ein Beispiel, das Pickshaus in seiner Untersuchung angeführt hatte) hätten mit einer Betriebsratsclique unter Führung des notorischen Arbeiterverräters Werner Peters durchgestanden werden müssen — die Katastrophe für die Belegschaft wäre perfekt gewesen.

In diesem Punkt irrt auch Pickshaus, wenn er schreibt: *,,Sicherlich hat die politische Spaltung der Interessensvertretung auf der HDW die Kampfbedingungen erschwert.''* Denn nach Lage der Dinge war diese Spaltung unvermeidlich gewesen. Aber um die konkrete Diskussion konkreter Situationen geht es Siebert ohnehin nicht. Er sieht vor allem das P r i n z i p der Einheitsgewerkschaft angegriffen. Und *,,solche Versuche, will man sie nach rechts glaubhaft machen, dürfen auch nicht links gedacht oder gar praktiziert werden.''* Tja, wenn man denn nicht mal mehr denken darf ... ?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Das neue Ausländergesetz

Die unliebsamen Mitbürger auf Abschub



Noch in diesem Jahr soll ein neues Ausländergesetz verabschiedet werden, das das alte Gesetz von 1965 ablöst. Nach einer Diskussion der Bund-Länder-Kommission und der Veröffentlichung eines Berichts darüber (siehe AK 232, 7.3.83) legte das Bundesinnenministerium am 16. September 1983 in 26 Punkten die „Konzeption für ein neues Ausländergesetz'' vor. Derzeit wird es innerhalb der CDU/CSU und von der FDP diskutiert, dabei sind noch einzelne Punkte wie die Herabsetzung des Kindernachzuges unter 6 Jahre umstritten. Im großen und ganzen scheint die Sache aber entschieden zu sein und, wie unten vorgestellt, auch verabschiedet zu werden. Für frühestens Ende März wird der „Referentenentwurf'' erwartet, noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll dann die Beratung und Verabschiedung des neuen Gesetzes im Bundestag sein.

Von dem neuen Ausländergesetz sind vor allem die ausländischen Familien, die aus den sog. Anwerbestaaten wie Türkei, Jugoslawien, Spanien und Portugal kommen, betroffen. Die Aufenthalts- und Arbeitsrechtsbedingungen für Ausländer aus den EG-Staaten wird insgesamt im Rahmen der EG-Freizügigkeit geregelt. Hier die wesentlichen Inhalte der Konzeption des Bundesministeriums für Inneres:

Vorangestellt wird der Grundsatz der „**Zuzugsbegrenzung**''. — „Wir sind kein Einwanderungsland''. Dem folgt als Punkt 2 eine nur als „Ermächtigungserklärung'' zu bezeichnende Feststellung, die es der bundesdeutschen Regierung ohne jede weitere gesetzliche Regelung ermöglicht, Ausländer allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder Nationalität auszuweisen. „*Um eventuellen Fehlentwicklungen, sollten sie dennoch in Zukunft eintreten, schnell und bundesweit auf gesicherter Rechtsgrundlage begegnen zu können, soll die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen allgemein oder für bestimmte Ausländergruppen oder Aufenthaltszwecke ausschließen können.*''

Zuzugsbegrenzung

Neu wird eingeführt:
— ein **zeitlich begrenzter Aufenthaltsstatus** für Auszubildende, Touristen und Besucher;
— ein **besonderes Aufenthaltsrecht für nachgezogene Familienangehörige**, das von den hier lebenden Angehörigen abhängig ist;
— eine eigene Aufenthaltserlaubnispflicht für Jugendliche und Kinder unter 16 Jahren. Darüber wäre es z.B. auf administrativem Wege möglich, den Kindernachzug unter 6 Jahre zu senken. Kinder, die älter sind als 6 Jahre bekommen einfach keine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Der **Familiennachzug** (Nachzug des Ehepartners oder minderjähriger Kinder) wird bislang nach Verwaltungsvor-

Der **Familiennachzug** (Nachzug des Ehepartners oder minderjähriger Kinder) wird bislang nach Verwaltungsvor-schriften der einzelnen Länder geregelt. Bereits 1981 wurden hier Einschränkungen vorgenommen, über einen Kabinettsbeschluß wurde die Nachzugsgrenze von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt (Nur Bremen blieb bei 18 Jahre).

Mit der neuen Gesetzgebung wird der Familiennachzug sowie sämtliche Bedingungen bundeseinheitlich geregelt, sie unterliegen also nicht mehr der Länderkompetenz. Für Ehepartner von Ausländern der 1. Generation soll ein Rechtsanspruch auf Nachzug gelten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1 Jahr Wartefrist, gesicherter Lebensunterhalt, nicht arbeitslos, angemessener Wohnraum.

Der wesentlich relevantere Nachzug aber von Ehepartnern der 2. und 3. Generation soll durch die neuen Gesetze verhindert werden.

Gefordert wird, daß sich der Ausländer einbürgern läßt. Erst „*wenn die Einbürgerung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen scheitert*'', wird ein Nachzug des Ehepartners möglich, aber nur aus „*Härtegründen im Rahmen eines jährlich bundesweit festzusetzenden Kontingents*''. Bislang gelten (ebenfalls seit 1981) Bedingungen, die einen Nachzug zulassen, wenn der Ausländer 18 Jahre alt ist, 8 Jahre hier lebt und die Ehe 1 bzw. 3 Jahre besteht.

Der Kindernachzug soll generell nur für Kinder, die unter 6 Jahre alt sind.

länder 18 Jahre alt ist, 8 Jahre hier lebt und die Ehe 1 bzw. 3 Jahre besteht.

Der Kindernachzug soll generell nur für Kinder, die unter 6 Jahre alt sind, möglich sein. Eine „Härteklausel'' ist enthalten, sie soll aber nur für Länder gelten, bei denen „*keine integrationspolitischen Bedenken bestehen*'', gemeint sind z.B. Österreich, Schweiz, USA.

Aufenthaltsrecht

Es wird weiter wie bisher verschiedene Stufen im Aufenthaltsrecht geben, die unterschiedliche Sicherheit gewähren. Verlängerungen sind sämtlichst an Bedingungen geknüpft. Es soll die „**befristete**'' und die „**unbefristete Aufenthaltserlaubnis**'' geben, sowie die „**Aufenthaltsberechtigung**'', die einen „verstärkten Ausweisungsschutz'' bedeutet.

Bislang waren die Voraussetzungen für eine befristete Verlängerung nicht geregelt — von einzelnen Bestimmungen auf Länderebene abgesehen. Folgende Bedingungen werden jetzt für eine Verlängerung gestellt:
— gesicherter Lebensunterhalt, nicht arbeitslos, keine Sozial- und Arbeitslosenhilfe;
— „ordnungsgemäße'' Wohnung;
— keine Verstöße gegen die „Deutsche Rechtsordnung''

Wer die „**unbefristete Verlängerung**'' haben möchte muß zusätzlich noch die „Fähigkeit zur mündlichen Verständigung in deutscher Sprache'' vorweisen können. Werden bei Antrag auf Verlängerung, der nach festgelegten Zeiträumen gestellt werden muß, die gesetzlichen Kriterien nicht erfüllt, so kann das die sofortige Ausweisung bedeuten. Die ausländischen Familien stehen also unter ständigem Druck.

Für die „**unbefristete Aufenthaltserlaubnis**'' gelten noch weitere zusätzliche Bedingungen. Es wird wieder nach 1. und 2./3. Generation unterschieden. Für die 1. Generation gelten die oben angegebenen Bedingungen, außerdem müssen sie bereits 5 Jahre hier gelebt haben. Für die 2. und 3. Generation gilt:
— mindestens 25 Jahre alt, 5 Jahre Aufenthalt in der BRD, eigene Sicherung des Lebensunterhalts, „ausreichende'' Wohnung, einfache Deutschkenntnisse. Interessant ist, mit welcher Begründung die Altersgrenze auf 25 Jahre festgelegt wurde. „*Die Altersgrenze 25 beruht auf der Voraussetzung, daß Ausländern der 2. und 3. Generation ein irgendwie geartetes Angebot erleichterter Einbürgerung eröffnet wird: Für diesen Fall ist es sinnvoll, erst abzuwarten, ob diese Möglichkeit nicht ergriffen wird.*'' Derzeit bekommen Kinder ausländischer Familien nach 5jährigem Aufenthalt — sofern sie aufenthaltspflichtig, also 16 Jahre alt sind, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Bei der neuen Regelung könnten arbeitslose Jugendliche z.B. sofort ausgewiesen werden.

Auf die „**Aufenthaltsberechtigung**'' haben 1., 2. und 3. Generation einen Rechtsanspruch, wenn sie die allgemei-

Auf die „**Aufenthaltsberechtigung**'' haben 1., 2. und 3. Generation einen Rechtsanspruch, wenn sie die allgemei-nen Bedingungen (s.o.) erfüllen und sie außerdem 5 Jahre lang eine „unbefristete Aufenthaltserlaubnis'' gehabt haben.

Einbürgerung

Speziell die Einbürgerung der 2. und 3. Generation soll erleichtert werden, angeboten werden minimale „Erleichterungen'' wie z.B. daß „typisch geringfügige Jugendsünden'' einer Einbürgerung nicht entgegenstehen.

Insgesamt hat dieser Abschnitt in erster Linie eine propagandistische Funktion, da bekannt ist, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz der ausländischen Bürger überhaupt eingebürgert werden wolle, da dies gleichzeitig die Aufgabe ihrer „angeborenen'' Staatsbürgerschaft bedeuten würde.

Ausweisungen

Ziel ist hier vor allem die wirksame „Bekämpfung von Ausländerextremismus'' — wie könnte es auch anders sein. Die derzeit geltende Einzelfallüberprüfung vor einer Ausweisung ist dem Bundesinnenminister offenbar allzu mühsam und umständlich. Mit dem neuen Ausländergesetz soll deshalb eine pauschale Handhabe möglich sein, selbst lästige Entscheidungen von Gerichtsurteilen sollen nicht mehr nötig sein, es kann sofort abgeschoben werden.

Erweiterungen des Rechts auf Eingreifen außerhalb des Ausweisungsrechts werden sein:
— Erleichterung des Verbots der politischen Betätigung im Einzelfall;
— Schaffung von Möglichkeiten, dem Einzelnen Reisen ins Ausland zu verbieten.

Diese ausdrückliche Erweiterung wird damit begründet, daß die derzeit „*geltenden Voraussetzungen für eine Beschränkung und ein Verbot der politischen Betätigung nur schwer belegbar und nicht praxisgerecht*'' seien.

Erweiterung des Ausweisungsrechts bei „extremistischer Betätigung'' — „Gesetzliche Regel- (evt. Ist-)Ausweisung mit sofortiger Vollziehbarkeit kraft Gesetzes'' bei
— Gefährdung der Grundordnung oder Sicherheit;
— Gewaltanwendung aus politischen Gründen;
— Betätigung in verbotenen Vereinigungen;
— strafbare Verstöße gegen das Versammlungsrecht;
— wiederholten Verstoß gegen das Verbot politischer Betätigung;

Kann-Ausweisung bei
— unerlaubter politischer Betätigung;
— Betätigung in extremistischen Vereinigungen;
— politisch motivierte Androhung von Gewalt;
— sonstige politisch motivierte Verstöße gegen die Rechtsordnung.

Hier eine Erklärung der einzelnen Maßnahmen: **„Ist-Ausweisung''** bedeutet: es muß bei Vorliegen eines bestimmten Tatbestandes (sind oben angegeben) ausgewiesen werden.

„Regel-Ausweisung'' bedeutet: Es ist bei Tatbestand auszuweisen, es sei denn, es liegen besonders entlastende Umstände vor.

„Sofortige Vollziehbarkeit kraft Gesetzes'' bedeutet Ausweisung ohne Abwarten eines Gerichtsurteils, ohne juristischen Schutz, ohne weitere Überprüfung.

Sieht man dann noch eimal die oben genannten „Tatbestände'' an, die eh schon immer dazu dienten politisch mißliebige Menschen zu kriminalisieren, kann man in etwa ermessen, welcher Willkür hier Tür und Tor geöffnet wird und was uns in allernächster Zeit bevorsteht (Derzeit gibt es nur „Kann-Ausweisungen'' ohne „sofortige Vollziehbarkeit kraft Gesetzes'').

Verschärfung des Ausweisungsrechts für ausländische Straftäter:
— Ist-Ausweisung in Fällen erheblicher Kriminalität;
— Regel-Ausweisung bei Verurteilung zu mehr als 2 Jahren Strafe;
— kraft Gesetzes sofortige Vollziehbarkeit. Hier gibt es derzeit auch nur Kann-Ausweisungen **ohne „sofortige Vollziehbarkeit''**. Ausnahme ist die Regel-Ausweisung bei Verstoß gegen das Drogengesetz.

Als weitere Ausweisungsgründe werden zusätzlich noch eingeführt:
— Verstoß gegen die Rechtsordnung;
— Abhängigkeit von Drogen.

Ausweisung wegen „wirtschaftlicher Unterstützungsbedürftigkeit''
Ausländer, die Sozialhilfe oder seit einem Jahr Arbeitslosenhilfe beziehen, werden ausgewiesen, es sei denn sie haben eine Aufenthaltsberechtigung. Derzeit ist Sozialhilfebezug in jedem Fall ein Ausweisungsgrund, ob allerdings die Einschränkung „bei Besitz einer Aufenthaltsberechtigung keine Ausweisung'' greift, muß bezweifelt werden, sieht man sich die Bedingungen an, die ein Ausländer erfüllen muß, um sie überhaupt zu bekommen. Nur etwa 0,7% der heute hier lebenden Ausländer besitzen die Aufenthaltsberechtigung.

Ein ausdrücklicher **Ausweisungsschutz**wird für folgende Personengruppen festgelegt: Aufenthaltsberechtigte, Asylberechtigte, bestimmte Asylbewerber, ausländische Familienangehörige Deutscher und ausländische Minderjährige, die hier mit ihren Eltern in „häuslicher'' Gemeinschaft leben.

Dieses Recht wird dann allerdings gleich wieder eingeschränkt durch den Zusatz: „*Ausweisung nur bei schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*''.

Als letztes noch 2 Regelungen:
— Ausländische Minderjährige, die sich unerlaubt hier aufhalten, also keine Aufenthaltserlaubnis besitzen, müssen von den Eltern zurückgebracht werden.
— Ausländer haben keine „Wiederkehroption'', haben sie also die BRD verlassen, dürfen sie nicht wieder einreisen.

Anmerkung: Sämtliche Zitate sind dem Papier „Konzeption des BMI für das neue Ausländergesetz'' entnommen.

**



Informationsbüro zum Schutz vor Auslieferung und Abschiebung gegründet

Auf einem Arbeitstreffen mit Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin wurde am Wochenende das „Informationsbüro zum Schutz vor Auslieferung und Abschiebung'' in Hamburg gegründet. Die Initiative dazu war vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) in Hamburg ausgegangen (siehe AK 242, S. 22)

Ab sofort können sich Ausländer, die von Auslieferung oder Abschiebung bedroht sind, sowie ihre Anwälte und Initiativen an das Büro wenden, um ihre Fälle publik zu machen. Das Büro beantwortet darüberhinaus Anfragen zu diesen Themen und beabsichtigt, durch Rundbriefe alle Interessenten aktuell zu informieren. Nächste Schritte sollen die Einrichtung eines täglich erreichbaren Büros und der Aufbau eines Förderkreises sein.

Kontaktadresse:
Informationsbüro zum Schutz vor Auslieferung und Abschiebung
c/o Franz Scheurer
Wallgraben 37, 2100 Hamburg 90
Telefon 040/77 08 73

Von der Opposition nur verbale Kraftakte

Verfolgt man die Presse über Diskussionen und Reaktionen auf die Vorschläge des Bundesinnenministeriums für das neue Ausländergesetz, so ist das derzeit sehr spärlich. Bislang finden noch nicht einmal die berühmten Scheinkämpfe statt.

Hauptsächlich wird anscheinend in CDU/CSU-Gremien diskutiert, um „Kompromißvorschläge'' für die FDP zu erarbeiten. Inhaltlich umstrittene Punkte sind vor allem die Herabsetzung des Alters ausländischer Kinder auf 6 Jahre beim Nachzugsrecht, seltener wird die Ablehnung des Totalverbots des Nachzugs von Ehepartnern der 2. und 3. Generation erwähnt, hier gibt es zumindest aber auch mit der FDP Differenzen. Alle anderen Teile des Zimmermann Entwurf scheinen bereits geschluckt zu sein: Die bundeseinheitlichen Regelungen, die die Ermessensspielräum der Ausländerbehörden in den Bundesländern einschränken, sind überhaupt kein Streitgegenstand, ebenso nicht das Ersetzen der Kann- durch die Regel- und Ist-Ausweisung, auch nicht die Erweiterungen im Ausweisungsrecht vor allem für politische Betätigung.

Die **FDP** hat sich bislang kaum zu Wort gemeldet, demnächst ist ein Pateitag geplant, auf dem über das neue Gesetz diskutiert werden soll.

Laut dem Innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion und liberales Aushängeschild Burkhard Hirsch bestehen folgende Widersprüche:
— Die Herabsetzung des Alters beim Kindernachzug auf 6 Jahre wird nicht akzeptiert. Auch das „Kompromißangebot'', das zwischenzeitlich von der CDU/CSU vorgebracht wurde, daß die Kinder zwar nachziehen dürfen, allerdings bei Volljährigkeit keine Aufenthaltserlaubnis bekommen, also die BRD verlassen müssen, lehnt er ab. Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung (vom 5.1.84) ließ er aber durchblicken, „*daß über eine Verbindung des Nachzugsalters mit dem Aufenthaltsrecht eine Einigung in der Koalition möglich wäre.*'' Das würde aber nur bedeuten, daß man zwar jetzt auf eine gesetzliche Regelung verzichtet, dann aber später — wenn sich der Protest beruhigt hat, über die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis (der ja nach dem neuen Gesetz auch ausländische Kinder und Jugendliche unterliegen) auch beliebige Altersregelungen z.B. 6 Jahres-Grenze einführen könnte.
— Die Begrenzung, besser Verhinderung, des Nachzugs von Ehepartnern der 2. und 3. Generation lehnt Hirsch in der Form als „Zwangseinbürgerung'' ab. Als Alternative schlägt er vor, bei dem derzeitig gültigen Verfahren zu bleiben.
— Er spricht sich für einen „Einbürgerungsanspruch'' „unter gewissen Voraussetzungen'' (was immer das heißen mag) aus.
— Bei Abschiebung von Ausländern, die sich strafbar gemacht haben, fordert er, daß die „erstinstanzliche Gerichtsentscheidung'' abgewartet werden muß.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Insgesamt also keine wesentlichen Änderungen höchstens aktuelle Schminke, gleichzeitig signalisiert die FDP aber auch, daß man sich insgesamt wohl wird einigen können.

Für die **SPD** hat sich bislang der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Schmude zum Kindernachzug geäußert. Er sei zwar auch der Meinung, daß die Kinder so früh wie möglich kommen sollten, wehrt sich aber noch verbal gegen einen grundsätzlichen Zuzugsstopp. Ganz praktisch warnt er noch vor einem „Nachzugsschub", falls ein Gesetz verabschiedet werden würde. „Allein in der Türkei lebten derzeit 160.000 Kinder zwischen 6 und 16 Jahren, die nachzugsberechtigt" seien (FAZ, 30.12.83).

Wahrscheinlich wird es in Zukunft noch mehr Wortgerassel von seiten der SPD geben. Nur sollte man das nicht allzu ernst nehmen, immerhin war es die SPD, die als erste die Problematik der „Familienzusammenführung" betont hat, und unter ihrer Federführung sind auch die Verschärfungen 1981 im Kindernachzug (Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre) und die Einschränkungen im Ehegattennachzug) durchgesetzt worden.

Aktuell wird das neue Ausländergesetz der SPD eher willkommen sein, werden doch weitere wichtige Spielräume aus der Landeskompetenz auf die Bundesebene verschoben. Der Druck, der auf sie zunehmend aufgrund ihrer repressiven Ausländerpolitik entstanden ist (wie z.B. in Hamburg), fällt damit weg. Zukünftig wird sie nur noch bedauernd die Schultern heben und auf Bonn verweisen, nach dem Motto: Sind wir nicht für zuständig — Bundesrecht bricht Landesrecht! Sie ist ihrer Verantwortung enthoben und kann in der Opposition das Maul aufreißen.

Einen kleinen Eindruck dieser Methode bekommt man vermittelt, sieht

Verantwortung enthoben und kann in der Opposition das Maul aufreißen.

Einen kleinen Eindruck dieser Methode bekommt man vermittelt, sieht

man sich das Ergebnis in Hessen an, das Grüne und SPD zur Ausländerpolitik im Rahmen ihrer Verhandlungen vorgelegt haben. In dem gesamten Ergebnispapier wird das bevorstehende neue Ausländergesetz mit keiner Silbe erwähnt. Sieht man sich dann genauer die gemeinsamen „Einvernehmlichkeiten" an, entpuppt sich ein Teil der „Zugeständnisse" der SPD an die Grünen als bereits bundeseinheitlich geregelt, der andere Teil z.B. „Zugeständnisse im Bereich des Ausweisungsrechts und der Familienzusammenführung etc. werden demnächst sämtlichst in dem neuen Ausländergesetz bundeseinheitlich geregelt sein. Real bleiben etwa drei Punkte übrig, die tatsächlich auf Länderebene veränderbar wären, wie im Bereich Bildung oder die Einführung des kommunalen Wahlrechts. Das sind dann aber auch die Punkte, denen die SPD nicht zugestimmt hat oder bei denen sie einen „Haushaltsvorbehalt" eingebaut hat.

Wenn dieses Ergebnis dann, wie in dem Papier des grünen Bundesvorstand, der ja insgesamt eine kritische Einschätzung des Verhandlungsergebnisses hatte, als *„unter dem Strich als landespolitische Absicht positiv"* gewertet wird, dann ist man hier einem dicken Schwindel der SPD aufgesessen, der von seiten der SPD bestimmt nicht unbeabsichtigt war. Man hat außerdem eine wichtige Gelgenheit verpaßt, tatsächliche Veränderungen in der hessischen Ausländerpolitik zu erreichen, und die SPD in eine Auseinandersetzung über die neue Ausländergesetzgebung zu zwingen.

Sicher werden die **Grünen** dennoch die einzige konsequente Opposition in der Ablehnung der neuen Ausländergesetze sein. Wie stark ihre Ablehnung öffentlich wirksam werden kann, wird davon abhängig sein, wie frühzeitig und qualifiziert begründet sie ihren Protest entwickeln.

Der Plan der Grünen, selbst als Schwerpunkt für 1984 ein neues Ausländerrecht auszuarbeiten (s. Pressemitteilung der „Grünen im Bundestag" vom 18.1.84) kann dabei nur ein Teilbereich sein.

Sicher ist es für die Agitation wichtig, auf eine Vorstellungen, ja sogar auf einen eigenen Gesetzentwurf verweisen zu können — nur real wird das wenig Einfluß nehmen. Ob überhaupt — nicht nur von den Grünen sondern auch von der außerparlamentarischen Bewegung — ein breiterer Protest und Widerstand zustande kommen wird, scheint bislang noch sehr fraglich zu sein. Ein Grund dafür ist auch, daß bislang innerhalb der Linken über Absichten und Tragweite des Gesetzes nur wenig bekannt ist und eine Diskussion darüber noch gar nicht so richtig in Gang gekommen ist.

AG Ausländer/Hamburg

Die Behandlung der Ausländer — Ein Spiegel der kapitalistischen Marktpolitik

Ausländerrecht — und das läßt sich historisch belegen — hat in diesem Land immer Unrecht, Einschränkungen, Unterdrückung, Diskriminierung bedeutet, unabhängig davon, in welchem Maße das Kapital die Arbeitskräfte benötigte.

Das derzeit gültige Ausländerrecht von 1965 wurde zu einem Zeitpunkt verabschiedet, als die Bundesregierung die Ware Arbeitskraft dringend für die Steigerung ihrer Profite brauchte.

Anwerbevereinbarungen liefen noch und weitere wurden abgeschlossen, der „millionste Gastarbeiter" kam an und wurde mit Pauken und Trompeten und einem Moped willkommen geheißen. Gleichzeitig wurde „weitsichtig" ein Ausländergesetz geschaffen, in dem bereits alle Möglichkeiten vorhanden waren, jederzeit „unliebsame" oder „überflüssige" Menschen wieder loszuwerden bzw. abzuschieben. Eingeführt wurde ein Legitimationszwang, die Koppelung von Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsverhältnis, eine zentrale Überwachungsbehörde und in jedem Bundesland eine Ausländerbehörde, die mit unzähligen Erlassen und Verordnungen unter der Generalklausel *„die Belange der Bundesrepublik dürfen nicht beeinträchtigt werden"* direkt in die alltägliche Lebensplanung der ausländischen Familien eingriff.

Es ging zu keinem Zeitpunkt um Rechte, es ging darum, ein marktgerechtes Ausbeutungsverhältnis zu sichern.

ausländischen Familien eingriff.

Es ging zu keinem Zeitpunkt um Rechte, es ging darum, ein marktgerechtes Ausbeutungsverhältnis zu sichern.

Selbst in der Phase der sog. „Integrationspolitik" der Sozialdemokratie in den 70er Jahren wurde an der Funktion dieses Gesetzes nie gerührt, wenn auch zumindest verbal hehre Ziele des „gemeinsamen- (nicht gleichberechtigten) Zusammenlebens-miteinander" verkündet wurden und in den sozialen Bereich auch etwas Geld investiert wurde. Zu Beginn der 80er Jahre mit wachsender Krise, Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen, Einsparungen, vorbereitender Kriegspolitik wurde als ein Bestandteil der bundesdeutschen Krisenbewältigung das „Ausländerproblem" besser das „Türkenproblem" stark in den Vordergrund geschoben. Die „Lösung" sollte der Abbau der Anzahl der hier lebenden ausländischen Familien sein, sowie die Verhinderung eines weiteren Zuzugs; suggeriert wurde dadurch, daß sich dann auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der deutschen Bevölkerung wieder verbessern würden. Vorhandene Vorurteile, Stimmungen, Rassismus aber auch reale Ängste um den Arbeitsplatz wurden geschürt und benutzt, um sie auf das „Ausländerproblem" zu lenken — die klassische Sündenbockfunktion. Praktisch und ideologisch wurde daraus eine „Ausländer-raus-Politik" entwickelt. Dabei ging und geht es nicht in erster Linie um den Abbau, der hier benötigten Arbeitskräfte, sondern um Einsparungen und um den Rausschmiß des sog. „unproduktiven Teils", wie Ehepartner, Jugendliche, Kinder, Arbeitslose, dann natürlich um politisch „unerwünschte" Ausländer und um Asylbewerber.

Erste konkrete Maßnahme war der „Lummer-Erlaß" als Wegbereiter, ihm folgte 1981 ein Bundeskabinettbeschluß mit der Aufforderung an die Länderregierungen, „Sofortregelungen zur Einschränkung des Familiennachzugs von Ausländern" zu erlassen, 1982 wurde dann noch das neue Asylverfahrengesetz verabschiedet.

Der Regierungsantritt der CDU/CSU/FDP-Koalition brachte diese Entwicklung auf den Punkt. Bundesinnenminister Zimmermann trat mit dem Versprechen sein Amt an, daß bis 1990 die Hälfte aller hier lebenden Ausländer, die BRD verlassen haben. Die neueste Umfrage (s. Presse vom 6.1.84) in der von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich (bis zu 80%) ein Abbau des Anteils der hier lebenden Ausländer befürwortet wird, sind durchaus glaubhaft und mit ein „Erfolg" dieser Politik.

Eine erste Maßnahme als Testballon in diese Richtung war die Einführung der „Rückkehrprämien" im Dezember 1983 für eine begrenzte Zeit und für einen eingeschränkten Kreis.

Als Höhepunkt dieser Entwicklung folgte die Vorbereitung und demnächst Verabschiedung eines neuen Ausländergesetzes. Mit dem neuen Gesetz schafft sich die Bundesregierung und das Kapital ein lückenloses Instrumentarium, um beliebig und zu jedem Zeitpunkt in großem Maßstab Ausländer abzuschieben, auszuweisen und kriminalisieren zu können.

Eine neue Qualität liegt vor allem darin, daß die Bedingungen für den Familiennachzug bundeseinheitlich geregelt werden, daß im Ausweisungsrecht die Kann- durch die Regel- und Ist-Ausweisung ersetzt wird, daß die zahlreichen Erlasse und Verordnungen,

gelt werden, daß im Ausweisungsrecht die Kann- durch die Regel- und Ist-Ausweisung ersetzt wird, daß die zahlreichen Erlasse und Verordnungen,

aber auch die Unterschiede und evt. Schlupflöcher, die es bislang gegeben hat, eben weil vieles in dem „Ermessensspielraum" der einzelnen Länderbehörden gelegen hat, damit aufgehoben werden.

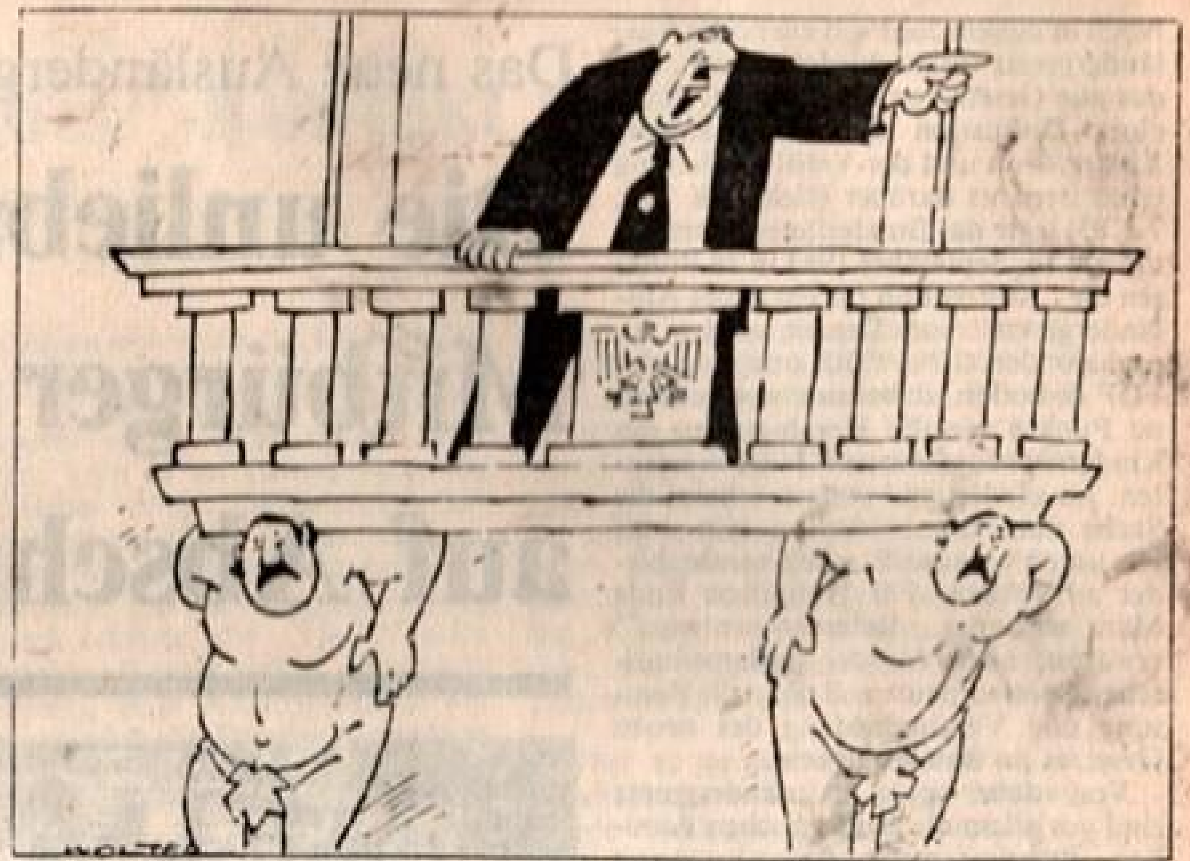
Ebenso die Möglichkeiten über außerparlamentarischen Druck, z.B. auf eine SPD-Landesregierung, Zugeständnisse zu erreichen oder dafür zu sorgen, daß die sog. „Ermessensspielräume" von Behörden zugunsten des Betroffenen ausgenutzt werden (In diese Rolle ist z.B. die SPD in Hamburg geraten).

Auch die Funktion von fortschrittlichen Gerichtsurteilen wird beschnitten. In der Vergangenheit konnte z.B. über die Rechtssprechung zum „Vertrauensschutz" quasi Rechtsansprüche auf eine Daueraufenthaltsberechtigung erkämpft werden (Dieser Tatbestand wird allein zwei Mal in dem vorliegenden BMI-Gesetzentwurf erwähnt und explizit dagegen Stellung genommen).

Aber nicht nur für die ausländischen Familien bedeuten die neuen Maßnahmen einschneidende Veränderungen, über die neue Ausländergesetzgebung werden Zeichen auch für die gesamte weitere politische Entwicklung gesetzt.

Repression, Abbau von demokratischen Rechten und von Ansprüchen im sozialen Bereich werden zum Teil über die Behandlung des „Ausländerproblems" vorexerziert und ideologisch verankert. Konkrete Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung bzw. gegen bestimmte Gruppen wie Arbeitslose, Rentner, sozial Schwache, Frauen etc. werden folgen und sind schon angelaufen.

Eine besondere Funktion hat diese Ausländerpolitik im Schüren und Unterstützen von Chauvinismus, konservativen Wertvorstellungen, Rückbesinnung auf eigene natonale Werte und nicht zuletzt auf Menschenverachtung.



„Ausländer raus!"

Wie sonst könnte gerade nach geltenden Moralvorstellungen überhaupt solche Überlegungen erörtert werden, daß Familien, die hier leben, nicht das Recht haben, ihre Kinder (über 6 Jahre) oder ihren Ehepartner nicht nachholen dürfen. Fast selbstverständlich, ohne daß es den Bürger berühren würde, werden abschreckende Behandlungen, Selbstmord und Verzweiflungsakte von politischen Häftlingen hingenommen. Der zynische Ausspruch Zimmermanns zum Selbstmord Cemal Kemal Altun hat da Zeichen gesetzt (1).

Es wird viel an Arbeit und Aufklärung nötig sein, um deutlich zu machen, daß die staatliche Ausländerpolitik — wie suggeriert wird — nichts dazu beiträgt, die Lebenslage der deutschen Bevölkerung zu verbessern.

Die staatliche Ausländerpolitik richtet sich damit nicht nur gegen die ausländische Bevölkerung, sie richtet sich gegen jegliche Rechte von Menschen und es wird einer breiten Bewegung bedürfen, um diese Politik zu Fall zu bringen.

AG Ausländer/Hamburg

1 Den von ihm persönlich mit zu verantwortenden Selbstmord des Asylbewerbers C.K.Altun kommentierte Zimmermann mit der Äußerung: *„Jeden Tag gibt es in der Bundesrepublik Selbstmorde. Wer Selbstmord begeht, bei dem setzen Hirn und Verstand aus. Hier hat ein 23jähriger Selbstmord begangen, bevor überhaupt über ein aussichtsreiches Verfahren entschieden war."*



Hannover:

Der letzte Auftritt für die Grauen Wölfe?

Mit Stacheldraht gesicherte Absperrungen, Hunde- und Reiterstaffeln, Wasserwerfer und 600 Polizeibeamte wurden am Samstag, den 4.2., aufgeboten, um ca. 80 türkische Rechtsradikale zu schützen.

„Dies wird hoffentlich das letzte Treffen dieser Art in städtischen Räumen sein", mit diesen Worten begann der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Wernstedt seine Rede an die Kundgebungsteilnehmer vor den Natodrahtverhauen der Polizei und erging er sich auch sonst in Entschuldigungsbemühungen für seine Partei, so traf er mit diesem Satz den Punkt, der an diesem Samstag alle Demonstranten mobilisiert hatte. Versammelt war das gesamte antifaschistische Spektrum, von Autonomen über Ausländergruppen und Bürgerinitiativen, Grün-Alternativen und VVN bis zu SPD-Mitgliedern.

Konnte man auch wegen des starken Polizeiaufgebots (Polizeipräsident Kronenberg hatte bereits im Verlauf der Woche angekündigt, das Faschistentreffen mit allen Mitteln zu ermöglichen) den sogenannten „Kulturabend" des türkischen Idealistenvereins nicht verhindern, so doch wenigstens behindern. Einige der Grauen Wölfe wurden zum Teil handfest von einem Besuch der Veranstaltung abgehalten, potentielle Sympathisanten mochten sich den Weg durch die Blockaden der Antifaschisten ohnehin nicht mehr bahnen.

So blieben während der Demonstration die Idealisten weitgehend unter sich. In die Stadthalle hinein kamen sie nur umringt von Polizisten, die ihnen den Weg freiknüppelten. Erst später am Abend wuchs die Zahl der Besucher noch auf 300 an.

Eine von den Grauen Wölfen provozierte Schlägerei nutzte die Polizei für einen Ausfall gegen die Demonstranten, eine Person wurde vorläufig festgenommen. Auch sonst kam es wiederholt zu „kleineren" Provokationen: Ein PKW wurde aus dem verbarrikadierten Gelände heraus mitten durch die Demonstranten geschleust, prügelnde Beamte sorgten für freie Fahrt. Dabei wurde einer der Demonstranten verletzt: Platzwunde am Kopf. Augenzeugen berichteten, daß von einigen Beamten Eisenringe über die Gummiknüppel getreift und anschließend schnell wieder in die Tasche gesteckt worden seien. Bereits abrückende Demonstranten wurden von hinten von Polizeiketten bedrängt. Sowohl die Demonstration aus der Innenstadt zur Stadthalle als auch der Rückmarsch zur Abschlußkundgebung waren von Uniformierten eskortiert. Dem Zug, dem nach 5stündiger Belagerung immerhin noch fast 800 Antifaschisten folgten, fuhr sogar ein Gefangenentransport hinterher. Im Vergleich zum 21.5.83, an dem aus gleichem Anlaß ein provokativer Polizeieinsatz zu schweren Auseinandersetzungen führte (der AK berichtete), war das Verhalten der Polizei geradezu harmlos. Abzuwarten bleibt, ob die Staatsanwaltschaft aus den zwei Personalienfeststellungen und der Festnahme wieder Strafverfahren konstruieren will.

36 Organisationen hatten gefordert, die Veranstaltung der türkischen Faschisten in der Stadthalle zu verhindern. Dies veranlaßte SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg zu einem Verbotsantrag gegen die Grauen Wölfe beim niedersächsischen Innenministerium. Das wird nicht ohne den Hintergedanken geschehen sein, den Schwarzen Peter an die CDU-Landesregierung zu schieben. Schmalstieg hätte als Stadtoberhaupt sehr wohl seinen Einfluß geltend machen können, den Grauen Wölfen städtische Räume zu verwehren, zumal ihm das die CDU-regierte Stadt Frankfurt bereits vorexerziert hat, wie Jürgen Roth in einem Offenen Brief an den OB aufzeigte.

Dennoch konnten die Antifaschisten an diesem Samstag einen politischen Erfolg verbuchen: Niemand wagt mehr, wie noch am 21.5., den fachistischen Charakter der Idealistenvereine zu leugnen. Es gibt eine breite Öffentlichkeit gegen das Auftreten der Grauen Wölfe; die Blockade an der Stadthalle wurde aktiv und ohne Spaltungen getragen von Kreisen bis in die Partei des Oberbürgermeisters hinein. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt die beharrliche Öffentlichkeitsarbeit des Solidaritätskomitees mit den Angeklagten vom 21.5. Denn immer noch stehen Antifaschisten vor Gericht, einige wurden schon verurteilt.

M., Hannover

Mal wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen?

Fortsetzung von S. 1

Deutsches Roulette

Was Atomwaffen in deutscher Hand bedeuten würden, wissen im verbündeten Ausland selbst die Allerdümmsten unter den Militärs und Politikern. Weil seine Leser vielleicht nicht ganz so schlau sind, sagt R. Koller es ihnen aber auch noch einmal ausdrücklich: **„Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten...“** Und **„wegen des Koppelungseffekts“** könnten in so einem Fall **„auch die USA nuklear nicht abseits stehen“**.

Eine atombewaffnete BRD könnte also damit d r o h e n — das ist der Kern der ganzen Angelegenheit! — einen Atomkrieg auszulösen, in den wir dann auch unsere Verbündeten mit hineinreißen, ob es ihnen nun paßt oder nicht. **Das bedeutet, daß das gesamte atomare Instrumentarium der USA zum Drohpotential der BRD wird, unter Ausschaltung des Unsicherheitsfaktors, ob die USA denn überhaupt w i l l i g wären, für irgendwelche speziellen deutschen Interessen so extrem hoch zu pokern.** Die USA wären in diesem Fall, so makaber das klingt, tatsächlich die atomare Geisel der BRD.

Nun braucht selbstverständlich nicht erst erörtert zu werden, daß das reale Stattfinden eines Atomkriegs in Europa für die Herrschenden der BRD überhaupt keinen Sinn macht. Sinn machen würde für sie nur die Möglichkeit, atomar zu d r o h e n (was, wie gesagt, die Drohung einer globalen Eskalation beinhalten würde), um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Der Grundgedanke ist, daß die Sowjetunion dann schon lieber nachgeben wird, statt den Atomweltkrieg zu riskieren.

Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß so eine Strategie wirklich funktionieren würde. Es wäre dennoch naiv, die Dinge nur von der Vernunft her zu beurteilen und daraus die kühne Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Regierenden und Befehlenden der BRD doch nicht so wahnwitzig sein können, die atomare Vernichtung der BRD (und damit weitgehend auch ihren e i g e n e n Untergang) zu riskieren. Doch, doch, die können das! Deutsche Politiker und Militärs an normaler menschli-

die atomare Vernichtung der BRD (und damit weitgehend auch ihren e i g e n e n Untergang) zu riskieren. Doch, doch, die können das! Deutsche Politiker und Militärs an normaler menschli-

cher Logik zu messen, ist allemal ein katastrophaler Fehler. Schließlich sind sie im Entfachen von Weltkriegen keine Anfänger.

Ja, aber die Verträge?!

Ja, aber die BRD hat doch — wenn auch, woran heute nicht mehr gern erinnert wird, erst nach jahrelangem Würgen — den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, der eine Weitergabe (in diesem Fall durch die USA an die BRD) von Atomwaffen eigentlich ausschließt? Gewiß, und für Dummschwätzer wie Kohl macht sich der Hinweis auf die eingegangenen Verpflichtungen („Vor uns braucht wirklich niemand Angst zu haben. Wir haben das doch unterschrieben“) immer noch gut. Aber in der Realität sind Verträge dazu da, um gebrochen zu werden, verrät uns augenzwinkernd Reservemajor Koller: *„Die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangenen rechtlichen Beschränkungen wären ein weiteres erhebliches Hindernis auf diesem Weg“* — zu eigenen Atomwaffen — *„aber gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen ist die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus)“* — d.h. die Einschränkung, daß Verträge nur gelten, „sofern die Dinge so stehen“ bleiben wie beim Abschluß — **„ein geeignetes und zuverlässiges Mittel, das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen“**. Man muß anmerken, daß auch Kollers oberster Landesherr, F.J.Strauß, seine exzellenten Lateinkenntnisse besonders gern mit der Formel „rebus sic stantibus“ demonstriert, wobei bekanntlich jedes Kind heute weiß, daß unsere moderne Welt sich in einem ständigen Wandel und Umbruch befindet, folglich die guten Gründe für jeden gewünschten und machbaren Vertragsbruch zum Greifen auf der Straße liegen. Man muß außerdem anmerken, daß a l l e bisherigen Bundesregierungen (auch die von der SPD angeführten) förmlich erklärt haben, daß bei Bildung einer „gesamtdeutschen“ Regierung oder auch bei Bildung gemeinsamer (west-)europäischer Institutionen sowieso alle von der BRD abgeschlossenen Verträge automatisch hinfällig werden. Das gilt — ganz am Rande sei's erwähnt — auch für die „Ostverträge“, mit denen sich die BRD scheinbar auf den Status Quo eingelassen hat.

Bleibt nur noch eine Frage

Daß es etwas Wunderbares sein müßte, mit e i g e n e n Atomwaffen herumspielen zu dürfen, haben lange vor R. Koller auch schon Bedeutendere entdeckt. Den Spruch vom „eigenen Finger am Abzug“ beispielsweise, der bei Koller an der zentralen Stelle auftaucht, wurde schon um 1960 von F.J.Strauß popularisiert. Man ist sich unter bundesdeutschen Politikern und Militärs eigentlich ziemlich einig — auch wenn sich das Thema leider zur Zeit überhaupt nicht für öffentliche Erörterungen eignet, also bis auf weiteres totgeschwiegen wird —, daß erst der Besitz eigener Atomwaffen die volle Qualität einer Weltmacht ausmacht. Und eine solche zu werden, diesen Alptraum haben wir doch selbstverständlich noch längst nicht ausgeträumt.

Das Problem ist nur: Aus naheliegenden Gründen will niemand, wirklich niemand auf der Welt Atomwaffen in deutscher Verfügungsgewalt sehen. Das ergibt sich auch aus dem Gedankengang von R. Koller: Wenn die westlichen Atommächte sich beim Einsatz ihrer Atomwaffen nur von ihren besonderen nationalen Interessen leiten lassen, werden sie sicher nicht so verrückt sein, der BRD ein Instrument in die Hand zu geben, mit dem sie jederzeit die ganze NATO in eine atomare Konfrontation z w i n g e n könnte. Über den Ausweg aus dieser Sackgasse kann auch R.Koller nur sehr vage Andeutungen machen: *„Vom Ausbau der Mitwirkung an der Zielplanung könnte der Weg über echte Mitentscheidung zu alleiniger Verfügung führen.“* Nein, „könnte“ eben nicht! Von der „Mitwirkung“ und „Mitentscheidung“ — die im Wesentlichen nicht mehr enthalten als ein Veto-Recht — führt kein denkbarer Weg weiter zur Verfügungsgewalt. Die Forderungen nach einem Veto-Recht (wie sie jetzt für die neuen Mittelstreckenraketen von einigen bundesdeutschen Politikern erhoben werden) sind vermutlich recht populär und eignen sich daher, um propagandistisch (gegenüber der eigenen Bevölkerung) an die sehr viel weitergehende Forderung nach eigener Atommacht heranzukommen. Mehr aber auch nicht, Vor allem werden sich so plump durchschaubar die NATO-Verbündeten nicht einfangen lassen. Und für einen o f f e n s i v e n Umgang mit der Atomwaffe ist ein Veto-Recht (das nur

allem werden sich so plump durchschaubar die NATO-Verbündeten nicht einfangen lassen. Und für einen o f f e n s i v e n Umgang mit der Atomwaffe ist ein Veto-Recht (das nur

verhindern, aber nichts b e w i r k e n könnte) völlig witzlos. So geht es also nicht. Wie aber dann? Anhaltend große Ratlosigkeit. Einen Gedanken bringt R. Koller immerhin dezent in die Debatte: Man muß die Verbündeten stärker mit der Alternative konfrontieren, zu wählen zwischen einer fest in die NATO integrierten BRD — wofür der Preis letzlich in der Überlassung oder Tolerierung eigener Atomwaffen bestehen müßte — oder einem Zustand, bei dem die BRD immer mehr zu einem unsicheren, abdriftenden, mit Neutralitätsspekulationen und Ähnlichem kokettierenden Partner werden könnte. Um dieses gewagte Spiel zu machen, könnten sogar die Friedensbewegung und die von ihr ausgelösten Debatten vielleicht zu einem außenpolitischen Aktivposten der Bundesregierung umfunktioniert werden. Denn immerhin kann man ja überhaupt nicht krasser darstellen, daß die BRD wirklich zu einem schwankenden, unzuverlässigen Partner zu werden droht. Wie man allerdings von da die messerscharfe Kurve zur Forderung nach eigenen Atomwaffen kriegen will, müßte erst noch vorgeführt werden. Strömungen in der Friedensbewegung, die den Feind im Osten wieder stärker ins Bewußtsein rücken möchten und die sich einem großeuropäischen Nationalismus zuwenden (aus dem sich eines schlechten Tages sogar eine Akzeptanz von Atomwaffen in deutscher Hand als Schutz gegen die Supermächte ergeben könnte), solche Strömungen in der Friedensbewegung also könnten unseren Regierenden und Befehlenden dabei behilflich sein, jene messerscharfe Kurve zumindest argumentativ zu meistern. Zum Glück wäre auch von dort der Weg zu eigenen Atomwaffen immer noch meilenweit.

Dokumentation

»Pax sovietica« oder nukleare Macht?

EUROPÄISCHE WEHRKUNDE / WWR 1/84

von Dr. Roland Koller

Mit der Niederlage des Jahres 1945 schied Deutschland aus der Reihe der klassischen Großmächte aus. Die Sieger teilten es, in seinem westlichen Bereich entstand die Bundesrepublik Deutschland. Wie die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, noch mehr aber die in den Jahren 1945–48, bewiesen, versuchte die Sowjetunion in Verfolgung klassischer russischer imperialer Ziele ihren Macht- und Einflußbereich in Europa auf Kosten anderer Staaten zu erweitern. Aus geographischen und politischen Gründen mußte sich die Bundesrepublik Deutschland hierdurch besonders bedroht fühlen. Da sie aus vielerlei Gründen zu einer ausreichenden eigenständigen Verteidigung gegen politischen und militärischen Druck aus dem Osten nicht in der Lage war, trat sie dem Nordatlantikpakt bei, um sowohl durch erhebliche eigene Anstrengungen als auch durch die Kraft und den Schutz einer Gemeinschaft freier Völker ihre außenpolitische Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit gegen östlichen Druck zu sichern.

Die Militärdoktrin der frühen NATO, das Konzept der massiven Vergeltung, war durchaus geeignet, die Bundesrepublik Deutschland militärisch und politisch wirksam zu schützen. Ihr Kern war, daß auch bei rein konventionellen Angriffen des Ostens relativ rasch mit atomaren Waffen reagiert würde. Diese Doktrin mußte bei den damaligen militärtechnischen und politischen Gegebenheiten auch von der Sowjetunion als realistisch eingeschätzt und in deren politischen Absichten entsprechend berücksichtigt werden. Sie setzte aber, um glaubwürdig zu sein, voraus, daß zwar die Vereinigten Staaten von Amerika zu entscheidenden atomaren Schlägen in der Lage seien, nicht jedoch die Sowjetunion zu entsprechenden Angriffen gegen das Gebiet der Vereinigten Staaten. In dem Ausmaß, in dem diese Gegebenheiten nicht mehr vorhanden waren, d. h., mit dem Aufholen und Gleichziehen der Sowjetunion auf dem Gebiet atomarer Bewaffnung und Raketentechnik verlor diese Doktrin ihre Glaubwürdigkeit und wurde durch die der »flexible response« ersetzt. Abgestellt wird nun nicht mehr auf den Einsatz des atomaren »big stick«, sondern die NATO soll (im Rahmen eines militärischen Maßnahmenkataloges) auf mögliche militärische Aktionen des Ostens flexibel antworten. Dies mit der Tendenz, den Einsatz atomarer Waffen zeitlich möglichst weit hinauszuschieben. Die Unsicherheit des potentiellen Gegners über die zu erwartenden

rische Aktionen des Ostens flexibel antworten. Dies mit der Tendenz, den Einsatz atomarer Waffen zeitlich möglichst weit hinauszuschieben. Die Unsicherheit des potentiellen Gegners über die zu erwartenden

militärischen Gegenmaßnahmen des Westens soll diesen zu gemäßigter und vorsichtiger politischer Haltung veranlassen.

Es ist aber nicht zu verkennen, daß der Philosophie der »flexible response« die Tendenz innewohnt, den Einsatz atomarer Waffen schon vom Denkansatz her als allerletzte Möglichkeit anzusehen. (Dies wird noch verstärkt durch die waffentechnische Entwicklung, vor allem aber durch die forcierte Aufrüstungspolitik des Ostens). Solche Gedanken erfreuen sich bei einigen Kritikern und wohl auch in der Bevölkerung, soweit diese für Sicherheitsthemen überhaupt ansprechbar ist, gewisser Beliebtheit, sind im Grunde aus deutscher Sicht aber gefährlich, denn damit wird die Führung eines konventionellen Krieges auf (west)deutschem Boden wieder möglicher und wahrscheinlicher. Wahrscheinlichkeit nur in relativem Rahmen gesehen. Aus deutscher Sicht ist es aber nicht allein notwendig, einen atomaren Schlagabtausch zu verhindern, aus unserer Sicht muß jeglicher Krieg, durch den Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, verhindert werden. Auch bei der Führung eines rein konventionellen Krieges auf (west)deutschem Boden bestünde in hohem Umfang die Gefahr, daß nach dessen Ende Deutschland zumindest in seinem westlichen Teil als Nation nicht mehr existent wäre.

General de Gaulle hat es bereits deutlich gesagt: (Staatspräsident Mitterrand bei seinem Besuch in Bonn Jan. 83 wiederholt und Verteidigungsminister Hernu im Juni vergangenen Jahres erneut bekräftigt), im Kern ist es aber Handlungsmaxime aller Nuklearmächte, daß sie den Einsatz ihrer atomaren Waffen allein von ihrer nationalen Entscheidung abhängig machen. Wegen des diesen Waffen immanenten Risikos kann ihr Einsatz politisch nur für den Fall glaubwürdig angedroht werden, daß die Existenz oder die Machtstellung des eigenen Landes unmittelbar in höchstem Maße bedroht ist.

Dr. Roland Koller
Geboren am 16. 2. 1942 in München. Dort Jurastudium mit Referendarzeit und 1970 Assessorexamen. Anschließend Polizeioffizierslaufbahn, seit 1981 Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München. Major der Reserve

D. h., die für den Schutz Westdeutschlands in erster Linie zuständige Pro. »tektoratsmacht USA wird ihre atomaren Waffen erst dann einsetzen, wenn entweder ihr Heimatgebiet unmittelbar und ernsthaft von sowjetischen Waffen bedroht oder ihre zur UdSSR gleichrangige Machtstellung massiv gefährdet ist. (...)

Analoges gilt für Frankreich. Hat seine »Force de Frappe« doch den – wenn auch nicht entscheidenden – Mangel, daß das Drohen mit ihrer Anwendung nicht im selben Maße glaubwürdig ist wie bei den Amerikanern. Denn sie kann eben nicht, wie es de Gaulle für wünschenswert erklärte, den Gegner einmal töten, sie kann ihm Schäden, vielleicht schwere Schäden zufügen, mehr aber nicht, während der Gegner Frankreich vernichten könnte. Umsomehr muß deshalb gelten, daß der Einsatz französischer Nuklearwaffen erst dann erfolgen wird, wenn Frankreich selbst aufs höchste bedroht ist.

Der 10. Mai 1940 übertragen auf heute. Dann werden die französischen strategischen Nuklearwaffen ihre Ziele in der UdSSR ansteuern, die taktischen atomaren französischen Waffen werden die Aufmarschräume der dann in Deutschland befindlichen russischen Streitkräfte bestreichen.

Analoge Überlegungen gelten für den Einsatz der britischen Nuklearwaffen.

Trotz der relativen Schwäche der britischen und französischen Nuklearbewaffnung stellt sie für diese Staaten ein gewisses militärisches, vor allem aber politisches Potential dar, denn eine Eskalation konventioneller Kriegführung in den Bereich des Atomaren ist möglich, eine Imponderabile von erheblichem Gewicht für den Angreifer. (...)

Für die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Lage sehr viel schlechter dar. Sie hat in den westeuropäischen Verträgen 1954 auf Herstellung und Besitz atomarer Waffen verzichtet. Sie hat diesen Verzicht mit erweiterter Wirkung im Atomwaffensperrvertrag erneuert. Sie verfügt daher über keine atomaren Waffen und ist an der Entscheidung über deren Einsatz letztenendes auch nicht beteiligt. (...)

mit erweiterter Wirkung im Atomwaffensperrvertrag erneuert. Sie verfügt daher über keine atomaren Waffen und ist an der Entscheidung über deren Einsatz letztenendes auch nicht beteiligt. (...)

Wie wird sich die Situation weiter entwickeln?

1. Am wahrscheinlichsten ist, daß sich an der Lage nichts ändert, mag sie auch unbefriedigend sein. Der die offizielle deutsche Politik seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnende Hang zur Abstinenz in militärpolitischem Denken und dem Vermeiden klarer Aussagen und Forderungen kann andauern. Die Bevölkerung steht sicherheitspolitischen Fragen apathisch gegenüber. Hier treten zwar derzeit Änderungen ein – von links – aber von einer rationalen Durchdringung des Problems ist nicht viel zu spüren.

Hinzu kommt, daß der aus deutscher Sicht unbefriedigende Status quo aus der (arg kurzen) Sicht auch mancher unserer Allierter so schlecht nicht ist.

Allerdings scheinen hier die Dinge etwas in Bewegung zu geraten, jedenfalls stärker als in der innerdeutschen Diskussion. So kommentierte der »Figaro« den Ausgang der Bundestagswahl wie folgt: (Zitat nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 3. 83).

»Die große Mehrheit der Deutschen . . . will aber auch ein Recht auf Mitentscheidung über die Atomwaffen, die auf ihrem Gebiet stationiert sind und über diejenigen ihrer Nachbarn, die Deutschland zum Schlachtfeld machen können. Das bedeutet, daß weder die Vereinigten Staaten noch Frankreich an den alten Strategien festhalten und Deutschland diese neue Gleichheit der Rechte verweigern können, weil sonst auf lange Sicht die Neutralisten die Seele des Deutschen Volkes erobern werden . . .

Die Franzosen müssen sich dessen schnell bewußt werden.«

2. Teile der SPD sowie der »Friedensbewegung« scheinen – die Angelegenheit ist weitgehend im Nebel – in Richtung einer Neutralisierung Deutschlands zu marschieren. (...)

3. Eine bisher nicht ins Auge gefaßte Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer mißlichen sicherheitspolitischen Lage wenigstens zum Teil zu befreien – die Nachteile der Geographie sind unverrückbar und bleiben – wäre, ihr einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben. Wohlgemerkt einen eigenen Finger!

Nicht sinnvoll wäre die Wiedergeburt einer Fiktion des Inhalts, daß sie an atomaren Entscheidungen »mitwirkt«, während es in Wirklichkeit so ist, daß nur der amerikanische Präsident über den Einsatz atomarer Waffen entscheidet.

Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand.

Festzuhalten ist, daß für dies atomare Potential genau dieselben Grundprämissen gelten würden wie für das der Franzosen und Engländer. Es darf nicht isoliert den Ressourcen der UdSSR gegenübergestellt werden, sondern man muß seine sich durch Bündnis und Interessenlage potenzierende Bedeutung sehen.

Welche Folgen hätte eine nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik?

Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten. Denn die Auswirkungen eines atomaren Gefechtes in Deutschland sind aus vielerlei Gründen – schon aus solchen der Geographie und der Physik – nicht auf sein Gebiet zu begrenzen.

Wegen des Koppelungseffektes aber hätte dies zur Folge, daß auch die USA nuklear nicht abseits stehen könnten.

Zwar ist zuzugeben, daß der Gedanke einer atomaren deutschen Bewaffnung nirgendwo auf große Begeisterung stoßen wird. Bei den Deutschen nicht, weil sie es sich angewöhnt haben, es angenehmer zu empfinden, wenn andere über ihr Schicksal entscheiden, als daß sie selbst darüber mitbestimmen. Brächte dies doch (welt)politisch Verantwortung, die man scheut.

Auch die Sowjetrussen werden von dem Gedanken nicht angetan sein. Allerdings können sie nicht ernstlich glaubhaft machen, daß sie sich durch ein westdeutsches atomares Potential bedroht fühlen.

Gedanken nicht angetan sein. Allerdings können sie nicht ernstlich glaubhaft machen, daß sie sich durch ein westdeutsches atomares Potential bedroht fühlen.

(...)

Nicht gefallen wird den Sowjetrussen diese Regelung aber deshalb, weil sie dadurch in ihren Pressionsmöglichkeiten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt würde.

Die Bundesrepublik wäre politisch nicht mehr im selben Maß wie bisher erpressbar, der im atomaren Bereich vorliegende und stärker werdende Interessengegensatz zwischen den westlichen Alliierten und der Bundesrepublik Deutschland wäre beseitigt. Aus russischer Sicht nicht unbedingt erstrebenswert, aber das sollte kein Grund sein, die Angelegenheit nicht zu überdenken. Aus westlicher Sicht ist nicht recht zu ersehen, was gegen dieses Konzept sprechen würde. Es würde allerdings die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis weiter steigern und wäre hiermit wohl für England und Frankreich im Grunde nicht angenehm.

Letztenendes müßten diese Länder aber wissen, was ihnen wichtiger ist, eine feste und an den eigenen Interessen ausgerichtete Integration der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und damit dessen entscheidende Stärkung, oder die Schwächung der Politik des Westens durch einen immer unsicherer werdenden aber in seiner Bedeutung großen Bündnispartner.

(...)

Die Umsetzung des vorliegend nur skizzenhaft erstellten Konzepts müßte politisch langfristig und mit Augenmaß umgesetzt werden. Vom Ausbau der Mitwirkung an der Zielplanung könnte der Weg über echte Mitentscheidung zu alleiniger Verfügung

Fortsetzung nächste Seite

BRD — Im Ernstfall Atomwaffenstaat!

Auch 1957/58 verfehlte die Massenbewegung gegen den Atomtod ihr Ziel: Im März 1958 beschloß der Bundestag die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen (Trägerwaffen und Abschußmittel) — lediglich die Munition blieb in US-Hand. Drei Monate zuvor hatte die NATO-Ministerkonferenz den Aufbau von US-eigenen Atomsprengkopf-Lagern in Westeuropa beschlossen, die ,,im Ernstfall'' den NATO-Verbündeten ,,sofort verfügbar'' sein sollten (1). Es machte also Sinn, daß fortan Bundeswehreinheiten für den Atomkrieg geschult, Heeresvorschriften über den ,,Einsatz von Atomsprengkörpern'' erstellt und im Mai 1966 6000 Atombomben-Attrappen aus Norwegen für Übungszwecke von der Bundeswehr aufgekauft wurden. Damals pflegte man auch noch relativ offen über Dinge zu reden, die heute unter Geheimhaltung stehen: *,,Zweimal im Jahr müssen die deutschen Piloten auf dem sardinischen Flugplatz Decimomannu in jeweils drei Anflügen eine Übungsbombe im simulierten Atombombenwurf ins Ziel bringen. Zum Abwurf dreht der Bomber immer einen 'Immelmann-Turn' und wirft aus der Drehung die Bombe seitlich ins Ziel...Ein deutscher Pilot zum 'Spiegel': ,Wenn wir im Kriege diese Figur fliegen, weiß der Russe unten am Flak-Geschütz, daß in dreißig Sekunden unten der große Blitz niedersaust — selbst wenn es ihm gelingen sollte, uns abzuschießen'.* (''Spiegel'' 50/65)

Die Westdeutsche Atomkriegsvorbereitung drohte jedoch durch den BRD-Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag sinnlos zu werden. Im Rahmen der etwas intimeren Vertragsverhandlungen mußte also — so die FAZ vom 2.4. 68 — *,,von deutscher Seite darauf gedrungen werden, daß Klarheit darüber besteht, wie die atomare Bewaffnung beispielsweise der fliegenden Atomträger der Bundesluftwaffe, mit Inkrafttreten des Sperrvertrages rechtlich einzuordnen ist... Soweit Atombomben oder andere Atomvertragswaffen für die Bundeswehr vorgesehen sind, bleiben sie unter amerikanischem Verschluß. Für den Fall, von dem niemand hofft, das er eintritt, muß aber unanfechtbar festgelegt sein, daß die an deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besitzermacht überlassen werden. Von den Amerikanern wird das in mündlichen Verhandlungen als selbstverständlich bezeichnet...''*

festgelegt sein, daß die an deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besitzermacht überlassen werden. Von den Amerikanern wird das in mündlichen Verhandlungen als selbstverständlich bezeichnet...''

Und in der Tat entzogen sich die USA diesem Anliegen nicht. Für BRD-Spezialwünsche wurden 1968 vom Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats ''Interpretationen'' des Atomwaffensperrvertrages festgelegt, die als Teil der US-amerikanischen ''legislative history''in den Vertrag eingingen und durch stillschweigendes Akzeptieren seitens der Sowjetunion völker-

[redacted]

Fortsetzung von vorheriger Seite

führen. Vielleicht müßte dieser letzte Schritt auch nicht gegangen werden, möglicherweise wären Mitentscheidungslösungen ausreichend (etwa dann, wenn es unter den europäischen Nuklearmächten keine Alleinverfügungsberechtigten mehr gäbe).

Die Beantwortung der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland selbst ein eigenes atomares (industrielles) Potential aufbaut oder sie die Nuklearwaffen und ggf. auch deren Träger von Mitgliedsländern der Allianz bezöge, ist letztlich zweitrangig.

Problematischer wäre die Aufbringung der notwendigen Mittel zumal in wirtschaftlich und finanziell angespannter Lage.

Aber die Sicherung der Bundesrepublik gegen (erfolgreichen) politischen Druck und die Erhaltung einer stabilen Allianz müßte selbst ein fühlbares Opfer wert sein. Und der Eindruck, daß im westlichen Bündnis schon alles getan ist, um durch Kooperation und Spezialisierung unnötige Kosten zu vermeiden, drängt sich nicht gerade auf.

Die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangenen rechtlichen Beschränkungen wären ein weiteres erhebliches Hindernis auf diesem Weg, aber gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen ist die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus) ein geeignetes und zulässiges Mittel, das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen.

In dieser Materie aber weiterhin nichts tun zu wollen, hieße, Politik als das zu verkennen, was sie ist, als Notwendigkeit und Zwang zum Handeln.

(gekürzt durch AK-Redaktion)



1. Mai 1958 in München: Georg Leber (rechts), später Kriegsminister

rechtlich wirksam wurden. Der damalige US-Außenminister Rusk betonte als Interpretation Nr.5, daß der Vertrag sich nicht erstrecke *,,auf Vereinbarungen über den Einsatz nuklearer Waffen auf dem Staatsgebiet verbündeter Mächte, solange diese Vereinbarungen nicht die Weitergabe von Atomwaffen einschließen.* ***Ausgenommen ist aber die Entscheidung, einen Krieg zu beginnen. In diesem Fall würde der Vertrag nicht länger bindend (controlling)***

nicht die Weitergabe von Atomwaffen einschließen. ***Ausgenommen ist aber die Entscheidung, einen Krieg zu beginnen. In diesem Fall würde der Vertrag nicht länger bindend (controlling)***

sein.''(''Welt'', 11.7.68)

In der gleichen Ausgabe der ''Welt'' wurde diese Passage Rusk's folgendermaßen interpretiert:*,,Es ist bemerkenswert, daß der Minister die Gegenstandslosigkeit des Sperrvertrages für den Fall eines Krieges ausdrücklich betonte. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß er in diesem Zusammenhang von der 'Entscheidung, Krieg zu beginnen', nicht aber von einer Kriegserklärung sprach. Dies Nuance ist interessant, weil sie die Möglichkeit offen läßt, den Vertrag auch ohne Kriegserklärung außer Funktion zu setzen.''*

Bemerkenswert ist dieser Vorbehalt auch deshalb, weil er im unklaren läßt, wer im gegebenen Fall zuständig wäre für eine Entscheidung, Krieg zu führen, bzw. zuständig für die Beurteilung der Frage, ob eine derartige Entscheidung, von wem auch immer, vorliegt. Damit hatte sich die BRD die theoretische Möglichkeit gesichert, notfalls auch ohne Zustimmung der USA, nach formell als korrekt interpretierbarer Außerkraftsetzung des Atomwaffensperrvertrages die eigenen Trägerraketen mit Munition aus erworbenen oder eigenen ''zivil'' erwirtschafteten Plutoniumbeständen zu beladen.

Ohnehin zieht sich der Drang der Bundeswehrgeneralität nach gleicher nuklearer Ausrüstung wie die verbündeten Atomwaffenstaaten wie ein schwarzer Faden durch die Geschichte der Bundeswehr. 1960 tönte die Bundeswehrführung in einer Sonderbeilage der ''Informationen für die Truppe'':*,,Die Bundeswehr muß die dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte...Die Bundeswehr...kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO, noch auf die atomare Bewaffnung verzichten...''*(2) Ebenso forderte 1967 auch Gerhard Schröder, Verteidigungsminister der Großen Koalition:*,,Eine deutsche Beteiligung an taktischen Atomwaffen ist notwendig, damit an allen Frontabschnitten, auch an denjenigen, die deutschen Truppen zugewiesen sind, Trägermittel für atomare Sprengkörper vorhanden sind... Die deutschen Streitkräfte müssen bei gleichem Auftrag und im gleichen Operationsgebiet mit gleichen Waffen wie die Truppen der Verbündeten ausgestattet sein.''*(3)

Und das erste sozialliberale Weißbuch 1970: *,,Jedoch muß die Bundeswehr mit Trägermitteln für nukleare Waffen ausgerüstet sein, solange der potentielle Gegner und die Streikräfte der Verbündeten darüber verfügen.''* Andernfalls *,,könnte die Bundeswehr nicht in der gleichen Weise kämpfen*

Waffen ausgerüstet sein, solange der potentielle Gegner und die Streikräfte der Verbündeten darüber verfügen.'' Andernfalls *,,könnte die Bundeswehr nicht in der gleichen Weise kämpfen*

wie der Gegner und die eigenen Bundesgenossen. Deshalb sind Luftwaffe und Heer mit Trägermitteln für Atomwaffen ausgestattet.''

Der für diese klaren Worte verantwortliche Bundeskanzler wirft sich heute bekanntlich der Friedensbewegung an den Hals. Willy Brandt war es auch, der als Außenminister 1968 im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages die vollständige Atombewaffnung der Bundeswehr für den ,,Ernstfall'' festschreiben ließ. Es ist nur konsequent, wenn diese Leute auch im jüngsten SPD-Friedens-Strategiepapier lediglich Atomwaffentests und Neustationierungen von Atomraketen ''einfrieren'', die vorhandenen Atomwaffen der Bundeswehr jedoch nicht einmal antasten wollen.

Wem es tatsächlich um die Verhinderung des 3. Weltkrieges geht, der wird sich um die Frage der ''nationalen'' Atomwaffenambitionen jedoch nicht herummogeln können.

M./AKW-Nein-Kommission

Anmerkungen:

(1) Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1980

(2) Am Rande sei vermerkt, daß Strauß (damals Verteidigungsminister) im gleichen Jahr erstmals Mittelstreckenraketen für die Bundeswehr gefordert hatte. Vorausgegangen waren mit dem Chruschtschow-Besuch in den USA erste Entspannungsschritte der Großmächte, die Strauß und seinesgleichen in Unruhe versetzt hatten. Bezeichnenderweise war ebenfalls die Entspannung der siebziger Jahre (konkret die SALT-Verhandlungen) der Anlaß für Helmut Schmidt, 1977 erstmals auf eine ''Nachrüstung'' durch Mittelstreckenraketen zu drängen, um als „Europäer" nicht zu kurz zu kommen. Noch vor dem NATO-Doppelbeschluß 1980 forderte Strauß, daß über diese neuen Mittelstreckenwaffen mit Reichweite Moskau nicht die Amerikaner in Europa verfügen sollten, **,,sondern daß zumindest (!) die Trägerwaffen nach dem Zweitschlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind.''** (,,Welt'', 12.2.79)

(3) ebenso das Zitat von 1960: K. v. Schubert, Sicherheitspolitik der BRD, Köln 1979, S.33, 147, 233.

Strauß, Dregger, Mertes für die Atombewaffnung der Bundeswehr

— Zum 10. Jahrestag der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages —

20.2.74, Bundestag. Die sozialliberale Koalition seit viereinhalb Jahren im Amt, Ost- und Grundlagenverträge längst unter Dach und Fach. Dennoch: 90 CDU/CSU-Abgeordnete votieren im Bundestag g e g e n den BRD-Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag. Wortführer dieser Atomstrategen waren der heutige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes sowie der derzeitige Fraktionsvorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger.

Aktuell ist das Thema Atomwaffensperrvertrag aber nicht allein, weil die Atomwaffenbefürworter von damals die Machthaber von heute sind. Hinzu kommt, daß in diesem Jahr die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden für den großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, die weltweit in erster Linie militärischen Zwecken dient. Es soll über die Plutoniumabtrennung großen Maßstabs in Wiederaufarbeitungsanlagen entschieden und mit dem Bau in Dragahn oder Schwandorf begonnen werden. Ebenfalls in diesem Jahr soll der im französischen Atomwaffenprogramm fest eingeplante französisch-italienisch-deutsche Schnelle Brüter in Malville in Betrieb genommen werden. 1984/85 schließlich ist auch für den Kalkar-Brüter die Inbetriebnahme vorgesehen.

Auf Initiative der Atommüllkonferenz (s. ,,Offener Brief'', AK 242) haben nunmehr auch die Bundeskonferenz der unabhängigen Friedensgruppen und der BBU sich die Forderung an die Gesamtfriedensbewegung zu eigen gemacht, zukünftig den Kampf auch auf Grundlage der Forderung ,,Abschaffung der Plutoniumwirtschaft (z.B. WAA und Schnelle Brüter), da sie Atombombenrohstoffe verfügbar macht'' zu führen. Die Beiträge hierzu in diesem AK beleuchten den politischen Hintergrund dieser Forderung: die ungestillte Gier des BRD-Imperialismus nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Im Vorfeld der Atomwaffensperrvertragsentscheidung von 1974 stimmten die CDU/CSU-Mitglieder im Verteidigungsausschuß einstimmig und die

Im Vorfeld der Atomwaffensperrvertragsentscheidung von 1974 stimmten die CDU/CSU-Mitglieder im Verteidigungsausschuß einstimmig und die

Unionsvertreter im Auswärtigen Ausschuß mehrheitlich gegen diesen Vertrag. Für die Gesamtfraktion erklärte ihr damaliger Vorsitzender K. Carstens, *,,daß es auch heute in der Opposition niemanden gäbe, der nicht schwere Bedenken gegen den Atomsperrvertrag hätte''*. Erfreulicherweise jedoch sei auf BRD-Intervention *,,das Kontrollverfahren des Atomsperrvertrags entschärft worden''*, was die Mehrheit der CDU-Abgeordneten zur Zustimmung zur Ratifikation veranlasse. (,,Welt'', 14.2.74)

Gegen den Vertrag erhob auch nach der Bundestagsentscheidung Bayern im Bundesrat Einspruch: ,,Er mache die Atombewaffnung einer möglichen europäischen Streitmacht völkerrechtlich angreifbar und verbiete eine Atombewaffnung der Bundeswehr.'' (,,Welt'', 6.3.74)

Von den Regierungsparteien (für die SPD sprach der heutige Hamburger Innensenator Pawelczyk) wurde die Zustimmung zum Sperrvertrag insbesondere damit begründet, daß er eine westeuropäische Atomstreitmacht mit BRD-Beteiligung bei Zustandekommen eines EG-Bundesstaates (die sog. ,,Europäische Option'') nicht ausschlösse. Der derzeitige FDP-Spitzenkandidat für die Europawahl, Dr. Bangemann, wies 1974 in der Debatte gar darauf hin, daß, *,,da wir nun aber in der Europäischen Gemeinschaft zwei Mitgliedsländer haben, die bereits Atomwaffenstaaten sind, ... ein solcher europäischer Zusammenschluß in dem vorhin angegebenen Sinne, der ja zu einer Verminderung der Zahl der Atomwaffenstaaten führen würde, dem Vertragswerk selbst nicht widersprechen''* könne, sondern er liege *,,vielmehr geradezu im Sinne dieses Vertrages.''* (Bundestagsprotokoll vom 20.2.74, S. 5253 ff.)

Das Einflechten der ,,Europäischen Option'' und weiterer Schlupflöcher in den Sperrvertrag war eine Folge des langjährigen Widerstands der Unionsparteien gegen den BRD-Beitritt, der vorübergehend zu einer nahezu totalen weltweiten Isolierung der BRD geführt hatte.

,,Multilaterale Atomstreitmacht'' und Atomwaffensperrvertrag

,,Multilaterale Atomstreitmacht'' und Atomwaffensperrvertrag

Im Atomwaffensperrvertrag geht es um die Verpflichtung, alles zu unterlassen, was die Anzahl der Atomwaffenstaaten erhöhen könnte. Die USA verfolgten mit der Vorlage eines ersten Entwurfs 1965 das Ziel, die eigene nukleare Vorherrschaft zu sichern. Der Sowjetunion ging es bei diesem Vertrag vorrangig um die westdeutsche Unterschrift. Denn nur gegenüber der Westeuropäischen Union hatte sich die BRD 1954 verpflichtet, auf deutschem Boden keine Atomwaffen zu produzieren. 1965 stand technologisch gesehen Westdeutschland bereits an der Schwelle zur Atombewaffnung (dank seines ,,zivilen'' Atomprogramms) und es gab Anhaltspunkte für den Willen von CDU und CSU, diese Schwelle zu überspringen. Zudem wurde 1966 zwar immerhin erstmals auf ,,territoriale Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei'' verzichtet, nicht jedoch auf die territorialen Ansprüche gegenüber dem westlichen Polen (sogenannte ,,Oder-Neiße-Linie'') und der DDR. Noch 1968 war für die Bundesrepublik nicht die Anerkennung, sondern die ,,Überwindung des Status Quo eine bindende Aufgabe'' (so Bundeskanzler Kiesinger). Insofern schienen Atomwaffen in deutscher Hand besonders gefährlich.

Ende 1966 kam es zu einer Verständigung zwischen USA und UdSSR über den Atomwaffensperrvertrag. Erst zu diesem Zeitpunkt hatten die USA das Konzept einer ,,Multilateralen Atomstreitmacht'' (MLF) — worauf besonders das Kabinett unter Erhard (1963 - 66) scharf war — zu den Akten gelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt überwog in Bonn noch die Auffassung, nur durch eine Politik der Hochrüstung und der Nicht-Anerkennung könne Großdeutschland in den Grenzen von 1937 zurückgewonnen werden. Als MLF vorgesehen waren 25 schwimmende Abschußbasen mit je acht ,,Polaris-A-3''-Raketen. Jede dieser Raketen hatte eine Sprengkraft von 35 Hiroshima-Bomben, die Reichweite der Geschosse betrug 4.500 km, was der Entfernung Island-Moskau entspricht.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das besondere Interesse der Bundesregierung an der MLF — immerhin wollte sie 40 % der MLF-Kosten aus Bundesmitteln bezahlen — galt dem Tatbestand, daß die Frage nach der politischen Kontrolle über die Polaris-Raketen unklar blieb. In deutscher Großmachtmanier erklärte der damalige Verteidigungsminister von Hassel gegenüber der „FAZ" bereits 1963, nur in der Anfangsphase der geplanten MLF ein US-Vetorecht über Atomwaffen hinnehmen zu wollen: *„Sobald aber sichtbar werde, daß die multilaterale Streitmacht tatsächlich ein militärisches Instrument werde, müsse es möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politische und militärische Nutzung dieser Streitmacht herbeizuführen."* („FAZ", 25.3.63)

1965, nachdem auch die SPD mit Brandt, Erler und H. Schmidt sich *„vorbehaltlos"* für die MLF eingesetzt hatten — drohte Außenminister Schröder mit dem *„Erwerb eigener Atomwaffen"*, falls die von den USA in Aussicht gestellte MLF unter Beteiligung der BRD nicht zustandekomme. (Bulletin der Bundesregierung vom 9.7.65) Derartige Drohungen hatten zwar immerhin zur Folge, daß als MLF-Ersatz die „Nukleare Planungsgruppe" der NATO aus der Taufe gehoben und der BRD darin eine Spitzenposition eingeräumt wurde. Die MLF-Ambitionen des BRD-Imperialismus selbst hingegen scheiterten an der ablehnenden Haltung Großbritanniens und Frankreichs und an der kategorischen Weigerung der Sowjetunion, einen Atomwaffensperrvertrag mitzuunterzeichnen, bevor das MLF-Projekt aufgegeben worden ist.

Daß die 1966 erfolgte Annäherung der USA und der UdSSR in Bonn als ausgesprochen bedrohlich empfunden wurde, liegt somit auf der Hand. Als noch bedrohlicher jedoch wurde der zunehmende Druck empfunden, auf Atomwaffen per Vertrag verzichten zu sollen.

Der Widerstand der Unionsparteien gegen den Atomwaffensperrvertrag

Als Anfang 1967 erste Entwürfe des Atomwaffensperrvertrags durchsickerten, bot die BRD „der Welt ein Schauspiel kaum vorstellbarer politischer Hysterie" („Spiegel" 10/67). Strauß bewertete den Vertrag als „ein neues Versailles und zwar eines von kosmischen



Ein Himmelreich für den Finger am Abdrücker

Ausmaßen", Adenauer sprach von einem „Morgenthau-Plan im Quadrat" und erklärte anläßlich eines Besuchs bei dem spanischen Diktator Franco: „Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt." Der Präsident des Verbandes der Deutschen Industrie (BDI) sprach von der „äußersten Besorgnis der Industrie" und erklärte, ohne Vertragsmodifikationen „lasse sich errechnen, wann Westdeutschland das Niveau eines Agrarstaates erreicht habe".

In enger Tuchfühlung mit Strauß goß insbesondere die Presse des Springer-Verlages nationalistisches Öl auf das Feuer mit Schlagzeilen wie: „Wir lassen uns nichts aufzwingen", „Das Diktat der Atomgiganten", „So sollen die Kleinen fertiggemacht werden" und „Wir wollen kein Volk von Bettlern werden" (alles „Bild"-Zitate, nach „Spiegel" 10/67).

Nun jedoch sah sich unversehens die Bundesregierung in der Rolle des Störenfrieds Nr. 1 in einer ansonsten auf Entspannung zusteuernden Welt; die Londoner „Times" warnte Ende Februar 1967 gar „vor den Folgen einer plötzlichen Hochflut britischer Deutschfeindlichkeit."

Auch Wirtschaftszeitungen wie das „Handelsblatt" und der „Industriekurier" forderten eine Mäßigung im Tonfall, da sonst die Lieferung von angereichertem Uran aus den USA und damit das gesamte Leichtwasserreaktorprogramm in der Bundesrepublik zum Erliegen käme. Man verlegte sich also in der Folgezeit auf diplomatische Kanäle, um — wenn schon, denn schon — maximale Zugeständnisse für die bun-

näle, um — wenn schon, denn schon —

maximale Zugeständnisse für die bundesdeutsche Unterschrift einzuhandeln. Und in der Tat: Bis zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die beteiligten Atomwaffenmächte USA, UdSSR und Großbritannien im Juli 1968 konnten weitreichende Änderungen am Vertragstext im Sinne der BRD durchgesetzt werden, was die „New York Times" im Juli 1968 zu der Einschätzung veranlaßte: *„Wenn es eine Regierung auf der Welt gibt, die sich nicht lange sträuben kann, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, so ist es die Regierung Westdeutschlands."*



Atomsperrvertragsgegner Dregger

Doch es kam anders. Im August 1968 war die BRD bereits der einzige Nicht-Unterzeichnerstaat innerhalb der Nicht-Atomwaffenstaaten der EG. Im Frühjahr 1969 drängte die SPD stärker als je zuvor, aber dennoch vergeblich, auf eine rasche Unterschrift, da alles andere die BRD international isoliere und „in den Geruch kommen lasse, nur Bedenken vorzuschieben, um ihre abgrundtiefe generelle Abneigung gegen den Vertrag zu verbergen." („Zeit", 31.1.69) Doch je näher die Bundestagswahl 1969 rückte, desto einhelliger formulierten die CDU und vor allem die in Konkurrenz mit der damals erstarkten NPD stehende CSU ihre Ablehnung gegen den Sperrvertrag.

Damit hatte sich die BRD allerdings in eine Position hineinmanövriert, die weitere Lieferungen angereicherten Urans aus den USA gefährdete und das Projekt einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage mit den Niederlanden und Großbritannien in Almelo zu zerschlagen drohte. Der „Volkswirt" vom 20.6.69 bemerkte unter der Überschrift: „Stoltenberg kontra Stoltenberg": Forschungsminister Stoltenberg blockiere sich selbst „durch selbstgezimmerte Barrieren. Der ressortmäßig zuständige Urananreicherungs-Kooperateur steht gegen den parteipolitisch programmierten Sperrvertragsgegner Stoltenberg. Bis zur Wahl wird sich daran sicherlich nichts ändern."



Atomsperrvertragsgegner Wörner: Europäische Atomstreitmacht legitim und richtig

„Die voreilige und unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht zu vertretende Unterzeichnung des Sperrvertrages" (so die Klagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) erfolgte schließlich am 28.11.69 durch die frisch vereidigte sozialliberale Regierung. Nahezu 100 Staaten waren zu diesem Zeitpunkt dem Atomwaffensperrvertrag bereits beigetreten.

Die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags

In einer Dissertation über den Nicht-Verbreitungs- (NV)-Vertrag heißt es, noch nie zuvor habe die BRD *„bei einem internationalen Vertrag ihre Interessen so wahren und in gewissem Maße auch durchsetzen"* können, *„wie beim NV-Vertrag."* (A. Petri, Die Entstehung des NV-Vertrags, Tübingen 1970) Da die Sowjetunion die Ratifizierung des Vertrages von der Unterschrift der BRD abhängig gemacht hatte, ohne SU-Ratifizierung der Vertrag laut Abmachung aber keine Gültigkeit erlangen konnte, ist es tatsächlich *„nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die gesamte Zukunft dieses Nichtverbreitungsvertrages von der Haltung der Bundesrepublik abhing."* (So der britische Außenminister Stewart anläßlich der BRD-Unterzeichnung Ende '69)

Diese Schlüsselposition wußten die Parteien der Großen Koalition arbeitsteilig auszunutzen: Die nationalistische

Parteien der Großen Koalition arbeitsteilig auszunutzen: Die nationalistische

Fundamentalopposition von Strauß und Co. verschaffte W. Brandt als Außenminister der Koalition erst den Spielraum, um „mit Delikatesse" an den Formulierungen des Vertrages mitzubasteln, um darüberhinaus durch Sonder„interpretationen" der USA völkerrechtlich verbindliche Zusatzgarantien zu erwerben bzw. über eine „Note" der Bundesregierung die eigene Vertragsinterpretation festzuschreiben. Nach dem bisher Gesagten wird es nicht verwundern, daß alle Modifizierungen darauf abzielten, Schlupflöcher in den Vertrag zu bohren bzw. ihn insgesamt abzuschwächen und auszuhöhlen. Dies soll an einigen Beispielen nachgezeichnet werden:

1. Vertragsgültigkeit und Rücktrittsklausel

Wie der Euratom-Vertrag oder die Ostverträge sollte auch der Atomwaffensperrvertrag ursprünglich unbegrenzt gelten. Als „Kernpunkt" forderte die Bundesregierung seine zeitliche Befristung auf ursprünglich 5(!) Jahre und später, als „Kompromiß" auf 10 - 12 Jahre. Zugestanden wurde schließlich eine Vertragsdauer von 25 Jahren, wobei nach Vertragsablauf (1995) über eine weitere Verlängerung beraten werden soll. Dieser Punkt ist insofern interessant, als der Vertrag somit gerade dann ausläuft, wenn die geplante WAA in Dragahn und/oder Schwandorf soeben ihre Plutoniumproduktion aufgenommen haben soll.

In der Rücktrittsfrage wurde eine 90-tägige Kündigungsfrist vereinbart, die jedoch beim UN-Sicherheitsrat angemeldet werden muß und somit automatisch Argwohn und Mißtrauen der internationalen Öffentlichkeit gegen den Kündiger nach sich ziehen würde. **Um so bedeutsamer ist deshalb die speziell der Bundesrepublik in einer amerikanischen „Interpretation" zugestandene Ausnahmeregelung, die eine unverzügliche Außerkraftsetzung des Atomwaffensperrvertrages dann ermöglicht, wenn „eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen."** (s. Artikel „BRD — Im Ernstfall Atomwaffenstaat")

2. Die Europäische Option

Obwohl bereits 1954 die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" am französischen Widerstand scheiterte, wie auch 1965/66 die MLF am britischen und französischen Widerstand, setzte sich die BRD auch im Rahmen der Sperrvertragskontroverse beharrlich für die Option einer Atombewaffnung im westeuropäischen Rahmen ein. *„Niemand in Bonn widerspricht Strauß darin, daß in der Tat eine europäische Verteidigungsgemeinschaft ohne gemeinsame atomare Bewaffnung keinen Sinn haben werde"*, schrieb die FAZ am 21.2.67, und auch Brandt bezeichnete es als „Kernproblem", daß durch den Sperrvertrag eine europäische gemeinsame Atommacht nicht versperrt wird. („FAZ", 3.1.67) Ebenfalls in Form einer „Interpretation" wurde hier von den USA lediglich eingeräumt, daß eine Europäische Atomstreitmacht erst dann mit dem Vertrag vereinbar sei, wenn zuvor ein in allen verteidigungs- und außenpolitischen Fragen einheitlich auftretender westeuropäischer Bundesstaat geschaffen wäre. Daß der BRD-Imperialismus dennoch bestrebt ist, Schritt für Schritt die Hindernisse für die „Europäische Option" beiseite zu räumen, kann allerdings nicht bestritten werden.

Vertragsmäßig ist damit die nukleare europäische Option auf absehbare Zeit verbaut, was den BRD-Imperialismus allerdings nicht davon abhält, immer wieder gezielte Vorstöße in diese Richtung zu unternehmen. Noch als Oppositionspolitiker bezeichnete der heutige Kriegsminister Wörner 1976 eine europäische Atomstreitmacht als *„eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft"*, weshalb es *„legitim und richtig"* sei, *„sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben... Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein..."* (in „Wehrkunde" 4/76, zit. nach Grupp/Schmalenströr, Atome für den Krieg)

Und auch Strauß warnte noch Ende 1983, das Fernziel der „Vereinigten Staaten von Europa" nicht aus den Augen zu verlieren, und plädierte dafür, mittels neuer gemeinsamer Waffenentwicklungen zu *„einer gemeinsamen Verteidigungspolitik"* zu kommen. Es sei *„fast absurd, daß an der Schwelle eines der gefährlichsten Abschnitte unseres Jahrhunderts Europa militärisch einem Militärmuseum gleicht."* („taz", 5.12.83)

3. Die Kontrollbestimmungen

3. Die Kontrollbestimmungen

Als Kontrollorgan gegen einen militärischen Mißbrauch der Atomenergie, jedoch mit marginalen Befugnissen und Mitteln, wurde von den USA in den 50er Jahren die „Internationale Atomenergie-Organisation" (IAEO) in Wien gegründet und den Vereinten Nationen unterstellt. Wie ein langjähriger BRD-Vertreter in der IAEO, W. Ungerer, freimütig bekennt, sind dennoch in der Vergangenheit alle Versuche gescheitert, die BRD *„durch Pressionen aller Art zur Annahme von IAEO-Kontrollen zu bewegen. Diese Pressionen reichten von freundlichen Überredungsversuchen des IAEO-Generaldirektors über ebenso freundliche Überredungsversuche westlicher oder neutraler Regierungen bis hin zu den überdeutlichen Erklärungen Polens und der CSSR auf der IAEO-Generalkonferenz im September 1966, sie seien bereit, ihre nuklearen Einrichtungen der IAEO-Kontrolle zu unterstellen, falls die Bundesrepublik Deutschland das gleiche tue."* (in: „Kernenergie und internationale Politik", München 1975)

Das allergrößte Gezeter startete die Bundesregierung 1967 folgerichtig über die in ersten Sperrvertrag-Entwürfen festgeschriebene Kontrolle der Vertragseinhaltung durch die IAEO. Ein Sonderstab wurde eingerichtet und mit der Aufgabe betraut, dafür zu sorgen, daß es auch weiterhin allein bei der „Kontrolle" durch die „Europäische Atomgemeinschaft" (Euratom) bliebe. Dies hatte einen besonderen Grund. Auf besonderen Wunsch des BRD-Kriegsministeriums unter Strauß war 1957 als Bestandteil des Euratom-Vertrages durchgesetzt worden, daß auch militärische Atompatente innerhalb der Euratom auszutauschen seien. (s. Deubner, Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung der Euratom, New York 1977) Die kategorische Ablehnung von IAEO-Atomwaffensperrvertrags-Kontrollen durch die BRD war international ohne Beispiel. Die Sowjetunion lehnte anfangs Euratom-Kontrollen als „Versuch der Eigenkontrolle" und als „völlig unannehmbar" ab, war aber ab Anfang 1968 überraschenderweise bereit, Euratom als Kontrollinstanz neben der IAEO anzuerkennen. Nunmehr wurden *„auf dringliche deutsche Vorstellung"* („Zeit", 9.5.69) alle atomwaffenlosen Euratom-Staaten (Belgien, Italien, Holland, Luxemburg) darauf eingeschworen, *„den Sperrvertrag erst dann zu ratifizieren, wenn zwischen Euratom und Wien ein Abkommen geschlossen worden ist, das Doppelkontrollen verhindert und die Fortdauer der autonomen Selbstkontrolle der Sechsergemeinschaft verbürgt"*, so Kurt Becker in der „Zeit" vom 9.5.69. Insbesondere die FAZ lobte das Engagement Willy Brandts in dieser Frage, dem *„zum ersten Mal ... das Kunststück"* zu gelingen schien, *„die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zu den europäischen Gemeinschaften wirksam als außenpolitisches Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen zu gebrauchen."* („FAZ", 12.4.67) Tatsächlich wurde zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags durch die Bundesregierung (immerhin

nung und Ratifizierung des Vertrags durch die Bundesregierung (immerhin

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite



ein Zeitraum von 4 1/2 Jahren) erbittert um ein Abkommen zwischen IAEO und Euratom nach BRD-Vorstellungen gerungen. Das Ergebnis war ein im August '73 verabschiedetes „Verifikationsabkommen", das die IAEO-Kontrollfunktion faktisch beseitigte. Anläßlich der umstrittenen Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages wurde dieses Abkommen durch den Bundestag einstimmig abgesegnet, da es, so Carstens, die Kontrollen wesentlich entschärfe. (s.o.) Geregelt wurde in dem Verifikationsabkommen, daß die IAEO-Inspektoren nur 30 % der Euratom-„Inspektionen" begleiten, wobei sie sich auch hier allein auf die „Beobachtung" dieser Kontrollen zu beschränken haben. Letztlich war es also der BRD gelungen, in der Kontrollfrage eine Internationalisierung abzuwehren.

4. Die Weiterverbreitung „zivilitärischer" Nukleartechnologie

Ebenfalls erst auf BRD-Drängen wurde Artikel V des Sperrvertrags formuliert. Darin „*verpflichten*" sich alle Vertragsparteien, den „*weitestmöglichen*" Austausch aller Atominformationen zu „*erleichtern*". Um auch gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wurde zusätzlich in der Bonner „Note" zur Vertragsunterzeichnung speziell für die militärisch besonders lukrativen Bereiche Schneller Brüter und Fusionforschung die Erwartung formuliert, daß deren Geheimnisse „*allen, die es nutzen wollen, nach diesem Vertrag zugänglicher werden.*" Vorsorg-

speziell für die militärisch besonders lukrativen Bereiche Schneller Brüter und Fusionforschung die Erwartung formuliert, daß deren Geheimnisse „*allen, die es nutzen wollen, nach diesem Vertrag zugänglicher werden.*" Vorsorg-

lich hatte man damit das Brasiliengeschäft von 1975 vertraglich voll abgedeckt, obwohl es gerade die Vermehrung der Anzahl der Atomwaffenstaaten möglich machte. Wie es in einer Studie für Regierungskreise zutreffend heißt, konnte paradoxerweise erst durch die Unterzeichnung des so besonders heftig bekämpften Atomwaffensperrvertrags der „Spielraum für effektive Nonproliferationsregelungen reduziert" werden. (U. Nerlich, Kernenergie und internationale Politik, a.a.O.) Mit anderen Worten: Als Unterzeichner dieses Vertrages konnte die BRD unbefangener handeln als je zuvor. (In einer interessanten Analogie weist U. Nerlich darauf hin, daß es sich bei dem Bemühen um die MLF (s.o.) genau umgekehrt verhalten habe: Dort habe man sich bemüht, „*über neue Formen multilateraler Verfügungsgewalt über Kernwaffen im Bündnis politische Positionsgewinne zu erlangen*", was real jedoch „*die Möglichkeiten effektiver nuklearer Abschreckung eingeengt*" habe. S. Nerlich, a.a.O.)

Atomwaffensperrvertrag als Beruhigungspille

Darüberhinaus hat der BRD-Beitritt zu diesem Vertrag auch insofern „gewirkt", als durch seine Unterzeichnung jeglicher Argwohn beseitigt wurde, mit dem zuvor noch die nuklearen Aktivitäten der Bundesrepublik beobachtet wurden. Dies gilt ganz besonders für die Publikationen der Sowjetunion bzw. der DDR, die mit der Bonner Unterzeichnung „*beinahe schlagartig*" (U. Nerlich, a.a.O.) ihre Kritik an BRD-Nuklearprojekten im zivilitärischen Grenzbereich eingestellt haben. Stattdessen wird seither angereichertes Uran aus der Sowjetunion in die BRD exportiert. (Dieses Nukleargeschäft soll lt. Nerlich auch der Grund für so manche Nachgiebigkeit der Sowjetunion, z.B. in der Euratom-Frage, gewesen sein!)

Während selbst eine inhaltlich eher beschränkte Bewegung wie die britische Anti-Atomwaffenbewegung CND die Frage der Plutoniumwirtschaft wie selbstverständlich in ihrer Programmatik berücksichtigt, wird in der BRD-Öffentlichkeit nach wie vor diese Frage t a b u i s i e r t . So kann am Kalkar-Projekt mit deutscher „Stalingrad-Mentalität" (so Ex-Minister v. Bülow) festgehalten und das ökonomisch ebenso unsinnige WAA-Projekt vorangetrieben werden, ohne daß deren militärische Dimensionen in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Typisch, und gerade so, als habe man sie ertappt, reagierten auch Ernst Albrecht und v. Weizsäcker auf dem internationalen Gorleben-Hearing 1979, als Barnaby, Direktor des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm (SIPRI) dieses „heiße Eisen" anpackte: „*Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß mindestens e i n Zweck der Anlage der sei, der Bundesrepublik die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein.*"

Barnaby wurde schneidig darauf verwiesen, „*daß unser Land eine solche Absicht nicht hat. Ich glaube nicht, daß Sie dem haben widersprechen wollen ...*". (lt. Protokoll) Es ist also höch-

Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein."

Barnaby wurde schneidig darauf verwiesen, „*daß unser Land eine solche Absicht nicht hat. Ich glaube nicht, daß Sie dem haben widersprechen wollen ...*". (lt. Protokoll) Es ist also höch-

ste Zeit, daß aus der antimilitaristischen Bewegung gegen die militärischen Folgen der Atomenergienutzung und der 20 Jahre später entstandenen ökologischen Bewegung gegen AKWs eine gemeinsame Kraft erwächst. Die in den letzten Wochen forcierter geführte Diskussion in der Friedensbewegung über die Plutoniumwirtschaft im eigenen Land ist hoffentlich erst der Anfang!

M./AKW-Nein-Kommission

Teile der obigen Darstellung sind entnommen aus:
Atommüllzeitung Nr. 26 (Bezug über Elke Rickert, Alte Dorfstr. 9, 3119 Eddelstorf)

BRD-Plutoniumswirtschaft und Nukleare Planungsgruppe

Strauß kritisiert Diehl
CSU kündigt ein klares Nein im Parlament zum Atomsperrvertrag an
Belastungsprobe für Gr... Koalition

CSU erläutert Bedenken zum Sperrvertrag
„Moskau könnte Vertrag als Hebel gegen wachsende Einigung Europas mißbrauchen"

Hetze gegen Sperrvertrag
Springer-Blatt und Strauß-Sprachrohr: Status quo ändern

Brandt wühlt in London gegen den Sperrvertrag
Westdeutscher Außenminister beharrt auf Kernwaffen für „vereinigtes Westeuropa"

Auf Schl... wegen zu Atomwa...
Bonn will über EURA...

Die offene Tür der Rücktrittsklausel im Sperrvertrag
Bonn sollte vor der Unterschrift eine Interpretation geben — Was ist „Gefährdung der höchsten Interessen"?

...Sperrvertrag umgehen

Es gibt viele Belege dafür, daß auch militärische Ambitionen an der Wiege des BRD-Atomprogramms standen. Überwiegend aus militärischen Gründen wurde 1975 im Euratom-Vertrag die französich-deutsche Nuklear-Achse festgeschrieben. Im gleichen Jahr boykottierten Adenauer und seine Anhänger die Verabschiedung des 1. Atomgesetzes wegen des Zusates „für friedliche Zwecke" da — so die offizielle Begründung — diese Einschränkung den BRD-Verteidigungsinteressen schade. Alle Bemühungen waren darauf ausgerichtet, den 1954 als Voraussetzung für den NATO-Beitritt zugestandenen Verzicht auf Atomwaffen schrittweise zu überwinden.

Alle Bemühungen waren darauf ausgerichtet, den 1954 als Voraussetzung für den NATO-Beitritt zugestandenen Verzicht auf Atomwaffen schrittweise zu überwinden.

„Sprecher aus dem (SPD/FDP-) Regierungslager machten deutlich, daß die amerikanischen Interpretationen zum Nichtverbreitungsvertrag nicht nur eine europäische Nuklearstreitmacht, sondern auch eine atomare Kooperation auch unterhalb der Schwelle eines europäischen Bundesstaates zulassen." (NZZ, 22.2.74)

Tatsächlich konnte schon 1965 die Bundesregierung vor dem materiellen Hintergrund erster Ansätze einer eigenen Plutoniumwirtschaft mit dem „Erwerb eigener Atomwaffen" drohen. Dies wiederum verstärkte die Bemühungen der USA, durch das Zugeständnis vermehrter „Mitspracherechte" mögliche eigenständige Atomwaffen-Ambitionen des BRD-Imperialismus abzudämpfen. Das Forum hierfür war und ist die 1966 gegründete „Nukleare Planungsgruppe" der NATO mit den USA, Großbritannien, Italien und der BRD als ständigen Mitgliedern. In dem Standardwerk für Regierungs- und Militärkreise über die westdeutsche Atomwaffenpolitik, dem 1972 erschienenen Buch „Nukleare Mitwirkung" von D. Mahncke, wird

der NATO mit den USA, Großbritannien, Italien und der BRD als ständigen Mitgliedern. In dem Standardwerk für Regierungs- und Militärkreise über die westdeutsche Atomwaffenpolitik, dem 1972 erschienenen Buch „Nukleare Mitwirkung" von D. Mahncke, wird

die Bedeutung einer eigenen entwickelten Plutoniumwirtschaft im nukleardiplomatischen Parkett herausgestellt:

„Diese Grundlage — und ihr Ausbau zu einer leistungsfähigen Nuklearindustrie (mit den sich daraus ergebenden Alternativen) — ist schon vor der tatsächlichen Herstellung von Kernwaffen von Bedeutung; denn die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen wird dem Interesse eines Landes an nuklearer Mitwirkung viel mehr Gewicht verleihen, und umgekehrt wird sie das Interesse der bestehenden Kernwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen nuklearen Macht mit kollektiven Mitteln vorzubeugen, beträchtlich steigern. Die technische und wirtschaftliche Fähigkeit zur Herstellung nuklearer Waffen hat also einen gewissen diplomatischen Wert. Sie ist im Falle der Bundesrepublik vorhanden."

Demnach ist es schlicht unmöglich, einen militärischen Aspekt etwa der in Dragahn oder Schwandorf geplanten Wiederaufbereitungsanlagen zu leugnen: schon die O p t i o n auf Atombomben-Produktion im großen Maßstab stärkt die Position der BRD bei der nuklearen Mitwirkung im Rahmen der NATO. Ohne die unbestrittene Dominanz der USA in diesen Gremien leugnen zu wollen, wäre doch genau zu untersuchen, welchen spezifischen Anteil die BRD in der Vergangenheit bei den Beschlüssen der Nuklearen Planungsgruppe (z.B. bei der Festlegung der Richtlinien für den „defensiven taktischen Ersteinsatz von nuklearen Waffen" (1969) oder bei der Aufteilung von Pershing II und Cruise Missiles auf verschiedene westeuropäische Länder) hatte. Mehr als nur Vorsicht ist gewiß angebracht, wenn heute z.B. von Karsten Voigt eine A u s w e i t u n g des BRD-Einflusses in diesen Gremien gefordert wird. Voigt erregte als SPD-Sprecher in dieser Frage Ende 83 einiges Aufsehen mit der Forderung, ein „*Mehr an Mitberatung und Mitbestimmung bei Entscheidungen über Nuklearstrategien und nuklearer Rüstungskontrolle noch wirksamer als bisher auch institutionell*" abzusichern. (Beilage zum „Parlament", 24.9.83). Verkauft werden derartige Forderungen mit dem Hinweis, gegenüber der aggressiven Pentagon-Strategie m ä ß i g e n d Einfluß nehmen zu wollen. „Vergessen" werden hierbei die Zeiten, in denen eine Kritik Bonns am zu „schlaffen" Kurs der US-Administration Trumpf war (z.B. während der Amtszeit Kennedys oder Carters). Über die Mentalität der Bundeswehrgeneralität z.B. äußerten sich USA-Zeitungen 1961 folgendermaßen:

Nach Auffassung der bayerischen Staatsregierung „diskriminiert der Vertrag die Bun-

Nach Auffassung der bayerischen Staatsregierung „diskriminiert der Vertrag die Bundesrepublik Deutschland. Er mache die Atombewaffnung einer möglichen europäischen Streitmacht völkerrechtlich angreifbar und verbiete eine Atombewaffnung der Bundeswehr." (Die Welt, 6.5.74)

„*Es ist nicht so, daß sie befürchten, die Vereinigten Staaten wären zu ungestüm in der Anwendung nuklearer Waffen zur Verteidigung Europas. Stattdessen besteht die Furcht darin, daß Washington sich bei der Anwendung nuklearer Waffen Zurückhaltung auferlegen könnte, um Amerika eine nukleare Zerstörung als Widervergeltungsmaßnahme zu ersparen...*" (s. Glasneck, Zur Genesis des Kernwaffenkomplotts USA-Westdeutschland, Halle 1967). Derartige euro-nationalistische Vorstöße stimmen weitgehend überein mit den ohnehin angepeilten Zielen des BRD-Imperialismus. Unter der Überschrift „*Bonn will Mitsprache bei Frankreichs Nuklearplanung*" berichtete z.B. die „Frankfurter Rundschau" am 17.11.83 über eine Reise des Bundesverteidigungsausschusses nach Paris, um dort mit dem Vorschlag eines Abkommens „über Beratungen in Fragen der nuklearen Verteidigung" vorstellig zu werden (ohne jedoch, so ein CSU-Teilnehmer, „voll befriedigende Antworten" erhalten zu haben). Der materielle Hintergrund für derartige Wünsche ist nicht schwer zu ermitteln: 1984 soll ein für das französische Atomwaffenprogramm dringend benötigter Plutoniumlieferant, der Schnelle Brüter in Malville, in Betrieb gehen. Die in dieser Bombenmaschine zu 11% beteiligte BRD hat zugesagt, 1 Tonne „zivil" erwirtschafteten Plutoniums für die Inbetriebnahme zur Verfügung zu stellen.

M./AKW-Nein-Kommission



Polizeigeschützte Atomfestung Kalkar (24.9.77) soll 1984/85 in Betrieb genommen werden.



WAA Schwandorf/Dragahn

„Wirtschaftlich" nur als Waffentechnik!

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die „kritischen" Stellungnahmen gegen die seit 7 Jahren in Planung befindliche Wiederaufbereitungsanlage (WAA): U.a. von CDU-lern und selbst DWK-Leuten wird die Unwirtschaftlichkeit der WAA entdeckt, deren Bau mittlerweile allein 15 Mrd. DM verschlingen soll. Vom „Manager-Magazin" über die „Zeit" bis hin zur TAZ wird der Eindruck suggeriert, daß das Einstampfen der WAA-Pläne als Silberstreif am Horizont schon zu erkennen ist.

Nichtsdestotrotz wurde im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren für die WAA in einem bisher unübertroffenen Eiltempo durchgezogen und die Zeitplanung für das jetzt laufende atomrechtliche Genehmigungsverfahren scheint dem in nichts nachstehen zu wollen. Die Baugenehmigungen für die beiden Standorte sind bereits beantragt.

Haben die großen Macher die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt und müssen sich erst jetzt mit „neuen" Erkenntnissen vertraut machen? Wohl kaum.

Seit Jahren ist man in diesen Kreisen über die Unwirtschaftlichkeit der WAA, soweit sie zivilen Zwecken dient, bestens informiert. Von Anfang an stand für die Chemiekonzerne fest, daß die Wiederaufarbeitung „nur dann ein großes Geschäft (wird), wenn solche Reaktoren konstruiert würden, die Plutonium als Kernbrennstoff verwerteten ... oder wenn Plutonium für den Bau von Kernwaffen gebraucht und seine Produktion entsprechend staatlich subventioniert würde." (J. Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbek 83).

Weil beide Faktoren und damit die Rentabilität nicht mehr gegeben schien, stieg die chemische Industrie Anfang der 70er Jahre aus dem WAA-Geschäft aus. Mit ihren Klagen über die Unwirtschaftlichkeit der WAA wärmen die Stromkonzerne heute also lediglich altbekannte Tatsachen auf. Neu ist allein, daß dieser von der Anti-AKW-Bewegung schon immer nachgewiesene Tatbestand heute von den Betreibern offen zugegeben und sogar herausgestellt wird. An diesem Punkt sollte man/frau allerdings mißtrauisch werden und lieber die offenen Fragen weiterverfolgen, statt den Eindruck zu erwecken, der Kampf gegen die WAA wird sich von selbst erledigen.

Öffentliche Stellungnahmen gegen die WAA

Bereits im Frühjahr 83 veröffentlichte das in Bonner Ministerien vielbeachtete Fachblatt „Bonner Energiereport" eigene Untersuchungen, nach denen der Betrieb einer WAA aus wirtschaftlicher Sicht völliger Quatsch ist. Der Uranpreis müßte mindestens um das dreifache steigen, um zumindest den Anschein von Wirtschaftlichkeit aufrechterhalten zu können. Das ist aber völlig illusorisch, weil in den nächsten Jahrzehnten der Ausbau der Atomenergie eher stagnieren wird (s. USA) und somit die Nachfrage nach Uran — und damit auch der Preis — nur noch geringfügig steigen wird, zumal immer noch neue rentable Uranminen entdeckt werden.

Nach Berechnungen des „Bonner Energiereports" wird die Bundesregierung jährlich für den Betrieb der WAA mindestens 375 Mio. DM berappen müssen, da sie die Differenz zwischen dem Plutonium (PU)-Preis aus der WAA und dem Uran den Stromgesellschaften auf den Tisch blättern muß (ganz abgesehen von der Investitionsbeteiligung bis 1985 in Höhe von 200 Mio. DM. (3)

Im Sommer 83 wurde dann auch im einschlägigen Lobby-Blatt „Atomwirtschaft" die Kurzfassung einer erstaunlich kritischen Studie veröffentlicht. Diese Studie, von U. Hansen, aus dem Verlag des TÜV Rheinland weist darauf hin, daß *„abhängig von Inflationsrate, Zinsen und Bauzeit... die Anlagenkosten sich um die Hälfte bis zu dreiviertel verteuern (werden)"*. Weiter
auf hin, daß *„abhängig von Inflationsrate, Zinsen und Bauzeit.... die Anlagenkosten sich um die Hälfte bis zu dreiviertel verteuern (werden)"*. Weiter
rechnet er vor, daß sich die Kosten für die Entsorgung eines Kilograms Uran innerhalb von 20 Jahren verzwanzigfachen werden: 1971 waren für die Entsorgung eines kg 250 DM zu zahlen. 1993 muß die Atomindustrie über 5000 DM hinblättern. Zur Zeit muß für das wiederaufgearbeitete Uran (soweit es überhaupt aufgearbeitet wird!) aus La Hague etwas mehr als 2000 DM gezahlt werden.

So stellt der AKW-Freund Hansen am Ende seiner Studie auch fest: „Rein wirtschaftlich ist die Wiederaufarbeitung (WA)... ein Verlustgeschäft" (4).

In das gleiche Horn bläst Hans-Christoph von Rohr, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU in der Hamburger Bürgerschaft, Mitglied des Bundesvorstandes und vehementer Verfechter des AKW Brokdorf in einem Artikel in der „Zeit": „Die WAA verspricht, ein finanzielles Abenteuer unübersehbaren Ausmaßes zu werden". Weiter führt er aus, daß die WAA zusammen mit dem schnellen Brüter und dem Hochtemperaturreaktor nicht „ohne unzumutbaren Rückgriff auf Staatshaushalt und Verbraucher durchzuziehen" sind. (4) Allein durch die WAA wird sich der Strompreis um „eher über als unter 2 Pfennige je Kilowattstunde" erhöhen. (4) Selbst die DWK spricht bereits von einer Strompreiserhöhung durch die WAA von 0,9 -1,2 Pf für Transport und Lagerung. Andere Wirtschaftswissenschaftler vom Ökoinstitut Freiburg rechnen demgegenüber mit Strompreiserhöhungen zwischen 3,2-28,7 Pf/kWh (4).

Die EVUs — an der WAA gespalten?

Die EVUs — an der WAA gespalten?

Laut „Manager Magazin" (1/84) gibt es innerhalb der 12 Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Aufsichtsrat der DWK drei unterschiedliche Fraktionen:

— Die einen seien gegen die geplante WAA, da die geplante Nutzung der WAA La Hague eine billigere Möglichkeit darstelle — so soll jährlich 1 Milliarde gespart werden können.

— Die zweite Fraktion sei gegen die WAA, da eine direkte Endlagerung der Brennelemente immer noch wesentlich billiger sei.

— Die dritte Fraktion, die von den vier Delegierten des „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk" (RWE) angeführt würde, (einer davon, Rinke, ist der DWK-Aufsichtsratsvorsitzende!) setzt sich massiv für den Bau der WAA ein! W a r u m? Dieser Frage müßte in Zukunft weiter nachgegangen werden, denn die RWE scheint eine nicht uninteressante Rolle beim WAA-Vorhaben zu spielen und nicht nur da.

Die zwielichtige Rolle des RWE

Die RWE-Delegierten begründen ihr Engagement für die WAA damit, daß ohne den Bau der WAA die deutsche Atomwirtschaft ins technologische Abseits geriete.

— Das RWE hält allein 31% des Stammkapitals und besaß damit gegenüber den anderen 11 EVUs eine Sperrminorität. Wozu?

— Das RWE hat im Geschäftsjahr 81/82 immerhin allein 61,4 Mio. DM des DWK-Verlustes übernommen. (5)

— Das RWE ist maßgeblich (68%) an der Schnellbrüter-Kernkraftwerks-
81/82 immerhin allein 61,4 Mio. DM des DWK-Verlustes übernommen. (5)
— Das RWE ist maßgeblich (68%) an der Schnellbrüter-Kernkraftwerks-
gesellschaft (SBK) beteiligt, die jedoch nur einen Bruchteil der Baukosten für den Schnellen Brüter in Kalkar zu zahlen hat. Den Mammutanteil finanziert hier bekanntlich der Staat. (Das „Manager Magazin" erweckt den Eindruck, als benötige das RWE das Plutonium (PU) aus der WAA für Kalkar. Das ist aber falsch, denn das dafür notwendige PU steht schon bereit — das kann also nicht die Erklärung für ihr WAA-Engagement sein. (5))

— Als 1957 bekannt wurde, daß der Schnelle Brüter sich hervorragend zur Bombenrohstoffgewinnung eignet, setzten die Politiker das Projekt gegen den erklärten Willen der deutschen Industrie durch — und das RWE stieg in das Projekt — entgegen allen Unwirtschaftlichkeitsprognosen — ein. (6)

— Das RWE ist ebenfalls am Schnellen Brüter „Super Phenix" in Malville/-Frankreich mit 16%, rund 1 Milliarde DM, beteiligt. 1982 wurde in einer wissenschaftlichen Untersuchung der überwiegend militärische Charakter des „Super-Phenix" belegt. Frankreichs Militärs haben nie einen Hehl aus der militärischen Verwendung des Brüter-Plutoniums gemacht: *„Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeden Typs und jeder Leistung herzustellen. Diese Waffen können, sobald die Schnellen Brüter das notwendige PU im Überfluß liefern, mit relativ geringen Kosten in sehr großen Mengen hergestellt werden"*, so der Geschäftsführer des Kommissariats für Atomenergie, General Thiry. (7)

Es kann kaum bezweifelt werden, daß mit dem Engagement des RWE in Malville und der zugesagten Lieferung von einer Tonne Plutonium für die Erstbeladung dieses Brüters von BRD-Seite versucht wird, einen Fuß in die französische Atombewaffnung zu bekommen, was auch die Vereinbarung strengster Geheimhaltung über die finanzielle und technologisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen RWE und dem französischen Elektrizitätsmonopolisten EdF erklärt.

— Das RWE war bereits 1955, als der BRD erstmals die nukleare Forschung erlaubt wurde, als erster Stromkonzern mit von der Partie — in einer Zeit also, in der die öffentliche Diskussion über eine Atombewaffnung der Bundeswehr unentwegt geführt wurde und gleichzeitig die Verabschiedung des Atomgesetzentwurfes wegen des ergänzten Zusatzes „für friedliche Zwecke" verhindert wurde.

— Darüberhinaus hat sich das RWE systematisch über Tochtergesellschaften und Beteiligungen die Kontrolle über den gesamten atomwaffenrelevanten Brennstoff„kreislauf" verschafft: von Uranabbau über die Urananreicherung (u.a. war RWE am Lizenzverkauf für das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung an Südafrika beteiligt — der entscheidende Schritt für die südafrikanische Atombombe), über die Brennelementfabrik, Schnelle Brüter und die WAA.

Wenn auch der 100%ige Nachweis einer Verflechtung zwischen RWE-Geschäftsinteressen und Atomwaffenoptionen nicht möglich ist (dazu müßte u.a. die Zusammensetzung des RWE-Aufsichtsrates und Vorstandes seit 1955 ermittelt werden; eine sicher lohnende Aufgabe!), tauchen doch allein schon nach dem Geschäftsbericht 79/80 recht schillernde Figuren im RWE-Aufsichtsrat auf: Als **Ehrenvorsitzender** ist Dr. h.c. Hermann J. Abs aufgeführt, zentrale Figur der Deutschen Bank und enger Spielgefährte von F.J. Strauß, der bekanntlich sein massives Interesse an der militärischen Option des Atomprogramms nie verleugnet hat. Weiter findet sich dort Dr. H. Friderichs, Vorstandsmitglied der Dresdener Bank und Ex-Wirtschaftsminister sowie Hans Günther Sohl, seines Zeichens Vorsitzender des Aufsichtsrates von Thyssen.

Bonn auf RWE-Linie

Die Linie des RWE innerhalb der DWK ist auch der Kurs der zuständigen Uni-
Bonn auf RWE-Linie

Die Linie des RWE innerhalb der DWK ist auch der Kurs der zuständigen Uni-
onspolitiker in Bonn, die vorbehaltlos für eine schnelle WAA-Errichtung plädieren. Forschungsminister Riesenhuber: *„Die Bundesregierung erwartet, daß die DWK die geplante WAA so zügig wie möglich errichtet."* (11) Und gegenüber der FR: *„Der Bau einer WAA in der BRD ist nicht abhängig vom Kernenergieausbau. Wir brauchen eine WAA, damit wir die Technologie in diesem Bereich erhalten, erweitern und verbessern."* Hinzuzufügen wäre hier, daß es sich bei der WAA um eine militärische Schlüsseltechnologie handelt, die in den USA und der UdSSR ausschließlich und in Frankreich und Großbritannien teilweise zur Aufstockung der Nukleararsenale verwendet wird. CSU-Zimmermann stellte im Rahmen der letzten Bundestags-Entsorgungsdebatte den nationalen Aspekt in den Vordergrund: Wesentlich sei nicht die Entsorgung, sondern die „Unabhängigkeit vom Ausland" bei der Entsorgung, die dann selbstverständlich auch die Unabhängigkeit vom Ausland bei möglichen militärischen Optionen der WAA einschließt. Zimmermann wußte auch davon zu berichten, daß die Stromkonzerne *„die eindeutige Erklärung abgegeben haben, daß sie auch in Kenntnis der schwierigen Kostensituation eine deutsche WAA zügig errichten werden"* (15), was den Prognosen von Taz, „Manager-Magazin" und „Zeit", die die EVUs schon im Lager der WAA-Gegner wähnen, klar widerspricht.

Die Lösung: WAA ohne Filter zum Billigpreis

Der unbeugsame Wille der Bundesregierung in Sachen WAA gibt den Stromkonzernen im Poker um die Kostenabwälzung die besseren Karten in die Hand. „Wir bauen nicht um jeden Preis" — verkündete entsprechend selbstbewußt DWK-Chef Scheuten und ergänzte vielsagend: *„Auch die Genehmigungsbehörden könnten den Preis der Wiederaufarbeitung durch ihre Auflagen beeinflussen."* (HAZ, 31.1.84) Ohnehin gab n a c h der öffentlichen Auslegung des „Sicherheits"berichts im WAA-Genehmigungsverfahren der DWK-Vorstand zu, daß ein ganz neuer WAA-Projektplan von der KWU erstellt würde. Ziel soll sein, daß die WAA mindestens um eine Milliarde billiger wird. (9)

Bereits unabhängig hiervon wird jetzt schon im vorliegenden Sicherheitsbericht zugrundegelegt, daß z.B. die Filter zur Krypton und Kohlenstoff-14-Rückhaltung aus Kostengründen ersatzlos gestrichen werden. Die geplante WAA soll damit mehr Radioaktivität an die Umwelt abgeben als das viermal so große Gorleben-Projekt von 1977, das diese Filter noch erhalten sollte.

Wenn nun zusätzlich die DWK darauf hinweist, daß *„das Ausmaß der kostenwirksamen Auflagen ... den Ausschlag bei der Entscheidung (geben könne), ob die Wiederaufarbeitungsanlage im bayrischen Wackersdorf oder im niedersächsischen Dragahn gebaut wird"* (HAZ, 31.1.84), werden Tor und Tür geöffnet für riskanteste Sicherheitsunterlassungen und radioaktive Verseuchungen auf Kosten der betroffenen Regionen. Das neue Motto: Wirtschaftlichkeit geht vor Sicherheit! Neben der Forderung nach „Amtshilfe" beim Ausverkauf der Sicherheit hat die DWK wiederholt den „Bund an die Verantwortung für die Entsorgung" erinnert (13), d.h. auf mehr Staatszuschuß a la Kalkar-Brüter gepocht. Unkenntlich gemacht werden sollen ganz offensichtlich die Passagen im Atomgesetz, die den AKW-Betreibern, d.h. den Stromkonzernen, die Kosten für die „schadlose Verwertung" des Atommülls nach dem Verursacherprinzip aufbürden. Die 25% staatliche Beteiligung an den Baukosten über den Trick der „Zonenrandförderung" bei Dragahn und Schwandorf ist den Strommagnaten schon nicht mehr ge-
zip aufbürden. Die 25% staatliche Beteiligung an den Baukosten über den Trick der „Zonenrandförderung" bei Dragahn und Schwandorf ist den Strommagnaten schon nicht mehr ge-
nug.

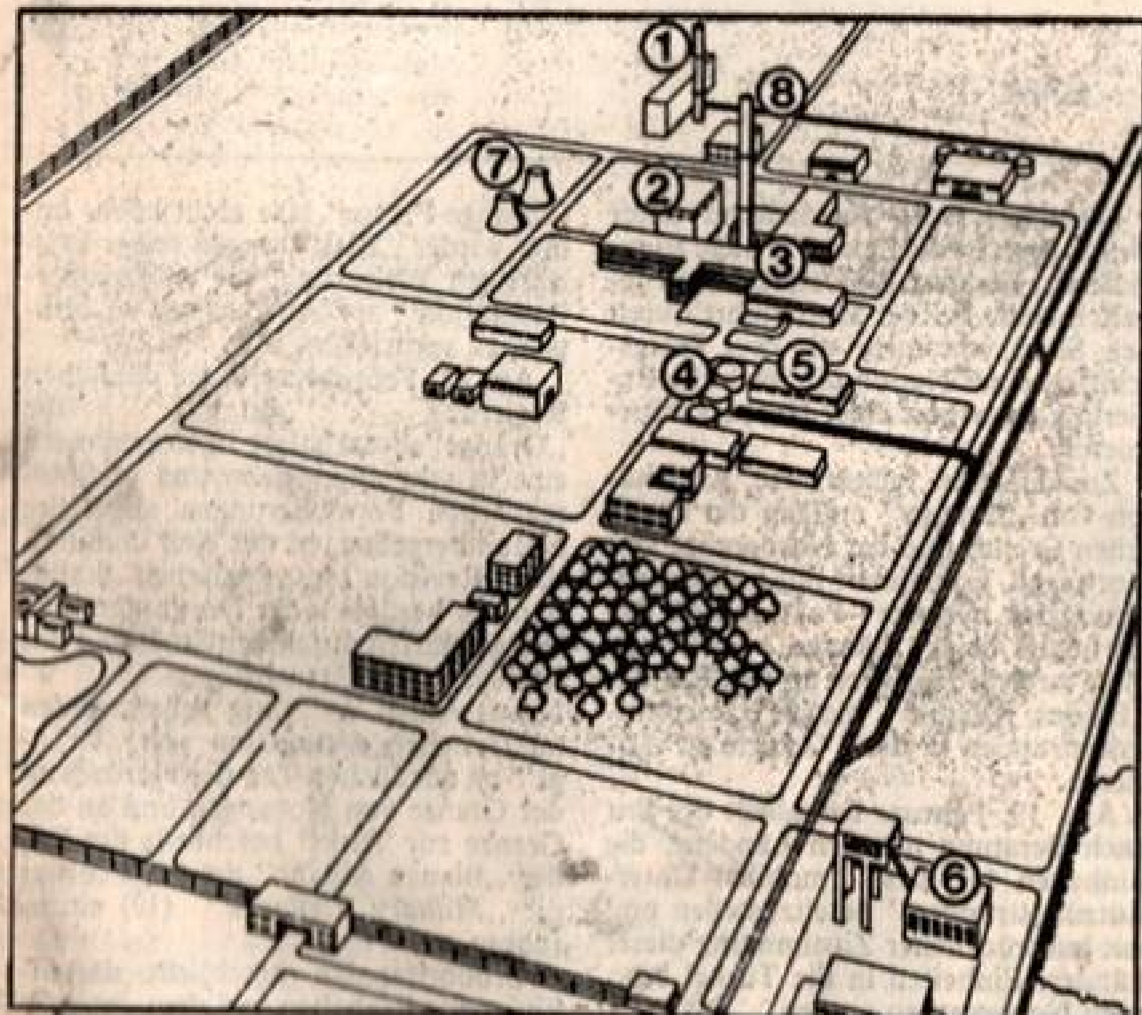
Es zeigt sich also bei näherer Betrachtung, daß sich hinter der Kontroverse um die WAA-Wirtschaftlichkeit (unabhängig, ob sie von einzelnen geschäftstüchtigen Bourgeoisvertretern subjektiv ehrlich geführt oder nicht) ein dreifacher Angriff auf die Bevölkerung verbirgt: Zum einen wird ganz offensichtlich von einigen führenden Kreisen auf die „nationale" WAA als mögliche Atomwaffentechnologie gesetzt und d e s h a l b kein Preis dafür gescheut. Zum anderen sollen die Kosten dafür mehr noch als bisher auf die Bevölkerung abgewälzt werden und schließlich soll der Boden bereitet werden für die Inkaufnahme weitreichender Verseuchungsrisiken durch Abbau von Sicherheitsauflagen.

All dies wird bedauerlicherweise verwischt und verharmlost, wenn — wie wiederholt in der Taz — das Ende aller WAAs wegen Geldnot prophezeit und Schönwetterstimmung verbreitet wird nach dem Motto: „Die WAA — Nichts als ein Papiertiger."

Eine Genossin aus Nürnberg

Quellennachweis:

(1) Taz, 13.1.84
(3) Taz, 5.4.83
(4) Taz, 18.11.83
(5) Manager-Magazin 1/84
(6) „Kalkarreport", Hrsg. v. R. Kollert, R. Donderer, B. Franke, Ffm.1983
(7) s. AK 229, 11.1.83)
(8) Das RWE — was steckt dahinter? Hrsg. Essener Ini gegen Atomanlagen
(9) Spiegel Nr. 45, 7.11.83
(10) FR, 7.12.83
(11) NN, 12.10.83
(12) Anfrage der Grünen im Bundestag vom 2.12.83
(13) MBZ 10.10.83
(14) Atommüllzeitung NR.26
(15) Plenarprotokoll 10/31 des deutschen Bundestages, 27.10.83



Das ist das Planschema eines Entsorgungszentrums: Auf zwölf Quadratkilometern über dem Salzstock (6) sollen die Empfangslager für die ausgebrannten Kernelemente (1), die Gebäude für das Zerlegen der ausgebrannten Brennelemente (2), für die Trennung von Abfall und wiederverwendbarem Brennstoff (3), für Abfallbehandlung (4) und für Wiederaufbereitung und Anreicherung der Brennstoffe (5), Kühltürme (7) und ein 200 Meter hoher Abluftschlot stehen.

Bunker Beute

— Dokumentation der NATO — Stabsübung ,,Wintex 81'' —

Dunkel war's, der Mond schien . . . aber das ist ziemlich egal. Denn heller als der Mond waren wieder mal die Mädels und Jungs von ,,Onkruit'', der antimilitaristischen Aktionsgruppe in den Niederlanden, als sie zwei Kommandobunker für ,,Zivilverteidigung'' im April 1983 knackten und einen davon ausräumten. Reiche Beute! Darunter und von besonderem Wert Szenarien der NATO-Übung Wintex '81 und komplette Kataloge der ,,Zivilverteidigungs''maßnahmen.

,,Onkruit'' hatte sich schon seit Jahren einen guten Namen als Gruppe militanter Antimilitarist/-inn/en gemacht, die sich den übl(ich)en Spielregeln zugelassenen Protests radikal entzogen. Besetzung eines Ministeriums. Frage eines entgeisterten Beamten, welche Forderungen sie denn hätten. Antwort eines ,,Onkruit''-Aktivisten: ,,Wir haben keine Forderungen. Wir sind hier, dem Militär den Krieg zu erklären!'' Tableau.

1981 begann ,,Onkruit'' mit einer Enthüllungsarbeit, nach der wir uns hierzulande nur die Finger lecken können. Einer Broschüre über die Aufrüstung gegen den ,,inneren Feind'' (1) folgte die Veröffentlichung der Materialien, die sie im Mai 1982 bei einem Überfall auf das Provinziale Militär Kommando (PMC) Nord-Holland erbeutet hatten (2). Im Herbst 1982 brachte ,,Onkruit'' eine umfangreiche Mappe heraus mit Informationen zur Organisation des niederländischen Militärapparats: Pläne von Atomwaffenlagern, Kasernen, Gefängnissen, Adressenlisten mit Telefonnummern und viele andere Leckereien (3). Im Frühjahr 1983 wurde eine Broschüre über den ,,Zivilschutz'' vorgelegt (4). Die neueste Publikation über die ,,Pläne, die den Krieg möglich machen'' (Untertitel) enthält neben Informationen zur Kriegspolitik der NATO, zur Atomkriegsstrategie der USA und zur Ideologie der ,,Drohung aus dem Osten'' eine stattliche Anzahl von z.T. geheimen Dokumenten, die teilweise im Wortlaut wiedergegeben und ausführlich kommentiert worden sind (5). Diese Dokumente stammen z.T. aus dem erwähnten Bunker-Beute-Zug im April letzten Jahres.

Wir veröffentlichen in diesem AK die Szenarien der erbeuteten Wintex bzw. Cimex-Übungen, die unseres Wissens bisher in der BRD nicht veröffentlicht worden sind. Im AK 244 werden wir — ebenfalls aus der ,,Onkruit''-Beute — Materialien zum Einsatz des Militärs gegen den ,,inneren Feind'' und zur ,,Zivilverteidigung'' bringen. Den Abschluß dieser Serie bildet — voraussichtlich im AK 245 — ein Bericht über die Aktionen von ,,Onkruit''.

Anmerkungen

1 Oorlog in Nederland — of het geweer von je buurman
2 Die PMC-Beute wurde u.a. als Beilage zu der autonomen Amsterdamer Stadtzeitung ,,bluf!'' in fünf ,,PMC-Papers'' veröffentlicht.
3 Zoek het maar uit! Een wilde wegwijzer: Militarisme, Justitie en andere rotte plekken in kaart
4 Oorlog in beton — bunkers uit Nederland
5 Bunker in Bunkerbuit — De plannen die de oorlog mogelijk maken

mente Dokumente Dokumente Dokumente Dokumente Do

VERTRAULICH

EINLEITUNG
zur ÜBUNG ,,WINTEX 81''
Bei der Übung WINTEX (1) werden im Zusammenhang einer bestimmten politischen und militärischen Situation Probleme behandelt, die auch für den Staatsbetrieb der PTT (2) Konsequenzen haben werden, auf die in der gegebenen Situation von dem Betrieb reagiert werden muß.

Um das Szenario nun darzustellen, die folgende ,,naturgemäß fiktive'' Übungs-Information.

International

Die Wirtschaftskrise, die sich 1979 abzuzeichnen begann, hat sich 1980 weltweit weiter vertieft und ausgedehnt, sie hat insbesondere im letzten Quartal 1980 — nicht zuletzt durch die immer weiter steigenden Ölpreise — an Heftigkeit zugenommen.

Der industrialisierten westlichen Welt (EG, USA, Kanada und Japan) ist es nicht gelungen, zu einer einheitlichen und gemeinsamen Behandlung der Energieprobleme zu gelangen.

chen und gemeinsamen Behandlung der Energieprobleme zu gelangen.

,,Wintex'' ist die Abkürzung für ,,Winter Exercise''. Es ist die größte NATO-Stabsübung. Alle NATO-Mitgliedsstaaten nehmen daran teil. Sie findet alle zwei Jahre im Februar, März oder April statt. Wintex ist eine Papier-Übung (früher hatten die Kerls noch einen richtigen Sandkasten für sowas . . .), bei der die Offiziere und ihre Stäbe von den Kommandobunkern aus Krieg simulieren. Reale Truppen, Panzer, Flugzeuge, Raketen etc. werden nicht eingesetzt. Alle Truppenbewegungen, Mobilmachungen, Zwischenfälle, Gefechte, Bombardements etc. finden ausschließlich auf dem Papier bzw. Bildschirm statt.

Obwohl die an Wintex teilnehmenden Militärs — im Gegensatz zu Truppen im Manöver — Szenarien bekommen, die ,,so realistisch wie möglich'' sind (so ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums), sind auch die Informationen, die die Teilnehmer erhalten, selektiert und auf den jeweiligen Aufgabenbereich zugeschnitten. Das Szenario, das wir hier publizieren, stammt aus einem Kommandobunker für ,,Zivilverteidigung'', ist daher auf die inländische Situation, insbesondere vom Zeitpunkt des simulierten Kriegsausbruchs an, hin entworfen.

Wintex ist keine rein militärische Übung. Es ist gleichzeitig eine Übung für die ,,Zivilverteidigung'', die ,,Cimex'' (Civil Military Exercise) genannt wird. Im Rahmen von Cimex gehen auch die zivilen Instanzen — Minister, Bürgermeister, hohe Beamte, Funktionäre von Bahn, Post, Rundfunk usw. — zum ,,Kriegsspiel'' in die Bunker.

Die starke ökonomische Rezession hat in den meisten westeuropäischen Ländern, in den USA und Kanada Spannungen in der Innenpolitik verursacht, die sich auch auf die Verhältnisse untereinander in der ,,Blauen Allianz'' (3) auswirken.

Verschiedene Mitgliedsstaaten haben ihre Verteidigungsbudgets stark eingeschränkt und können infolgedessen ihren Absprachen und Verpflichtungen im Bündnis nicht mehr nachkommen, was der Einheit in der ,,Blauen Allianz'' nicht zugute kommt.

Ende November 1980 ist es sehr überraschend, daß der ,,Orange-Pakt'' (4) und Iran, ungeachtet ihres kühlen Verhältnisses zueinander, einen Ölvertrag abschließen, wobei der Iran mit finanzieller und technischer Unterstützung von ,,Orange'' die Ölproduktion zugunsten von ,,Orange'' steigern wird. Hierdurch wird der Druck von ,,Orange'' auf die übrigen ölliefernden Länder im Mittleren Osten vergrößert.

In der ,,Blauen Allianz'' werden die ölproduzierenden Länder (u.a. Großbritannien, Norwegen, Niederlande) sowohl intern wie extern unter Druck gesetzt, die Öl- und Gasausbeutung der Nordseequellen zu beschleunigen.

Die wachsende Instabilität im Mittleren Osten veranlaßt die USA zu dem

Die wachsende Instabilität im Mittleren Osten veranlaßt die USA zu dem

Beschluß, eine starke Flotteneinheit (Task Force) permanent im Indischen Ozean in der Nähe des Persischen Golfs zu stationieren.

Im Dezember 1980 wird in der Vollversammlung der Vereinten Nationen von den blockfreien Ländern eine Resolution eingebracht, in der in fast leidenschaftlicher Weise die Welt zur Aufhebung aller militärischen Bündnisse aufgefordert wird.

Die Resolution, die von einer Anzahl von ,,Orange-Pakt''-Ländern mitunterzeichnet ist, wird dank der politischen Unterstützung von ,,Orange'' mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der ,,Orange-Pakt'' greift diese ,,Dezember-Resolution'' dann auch unmittelbar auf, um unter Hinweis auf die US Task Force im Indischen Ozean den unmittelbaren Rückzug der US-Flotteneinheiten aus diesem Gebiet zu fordern. Weiter wurde eine sehr aggressiv geführte Kampagne begonnen gegen die ,,Blaue Allianz'', wobei auf die schwierige ökonomische Situation in den verschiedenen Ländern angespielt wurde.

Niederlande

Die internationalen Spannungen, die natürlich auch in den Niederlanden von den Medien verfolgt werden, rufen allerlei Reaktionen hervor. Friedensbewegungen verschiedener Art führen Aktionen für den Erhalt des Weltfriedens. Regierung und Parlament versuchen durch Sparmaßnahmen die ökonomischen Krise zu steuern. Die progressiven Gruppierungen in den verschiedenen Parteien drängen insbesondere auf Einsparungen im Verteidigungsbudget. Andere dagegen drängen angesichts der doch schon sorgenerweckenden internationalen Situation auf die Verstärkung der Verteidigung; diese politischen Gruppierungen sind scharfe Gegner von Einsparungen im Verteidigungssektor, um den Bündnisverpflichtungen weiter genüge tun zu können.

Januar 1981

International

Die Situation im Mittleren Osten droht durch militärische Aktionen von Süd-Jemen (5) gegen Nord-Jemen (6) explosiv zu werden. Auch Oman fühlt sich bedroht und auf ausdrückliches Ersuchen des Sultan von Oman dirigieren die Vereinigten Staaten die Task Force in den Indischen Ozean in die Küstengewässer von Oman.

Auch Saudi-Arabien bittet um militärische Unterstützung, was von den Vereinigten Staaten durch die Sendung von Militärberatern und Material honoriert wird. ,,Orange'' reagiert hierauf mit einem Brief an alle Unterzeichner der ,,Helsinki-Verträge'', worin die ,,Orange''-Führer zur unmittelbaren Ausführung der ,,Dezember 1980 Resolution'' aufrufen.

Niederlande

Die politischen Diskussionen über die ökonomische Krise, die Sparmaßnahmen, die Rüstungskontrolle und die Friedensprobleme setzen sich in verstärktem Maße fort.

Dies ist auch eine Folge der ,,Dezem-

Friedensprobleme setzen sich in verstärktem Maße fort.

Dies ist auch eine Folge der ,,Dezember Resolution'' der Vereinten Nationen, bei der die Niederlande sich der Stimme enthalten hatten.

Aktionsgruppen (7) üben Druck auf Regierung und Parlament aus, die Niederlande sollen sich aus der ,,Blauen Allianz'' zurückziehen.

Februar 1981

International

Immer wieder kommt ,,Orange'' mit neuen Aktivitäten zur Ausführung der Dezember-Resolution. Der Türkei und Norwegen werden als direkten Nachbarländern nahegelegt, sich aller Aktivitäten zu enthalten, die die guten nachbarschaftlichen Verhältnisse stören könnten. Beide werden ersucht, sich der weiteren Unterstützung der ,,Blauen Allianz'' zu enthalten. Für Norwegen ist dies Anlaß, die Teilnahme an einer kombinierten Übung mit Großbritannien und den Niederlanden in den norwegischen Gewässern abzusagen.

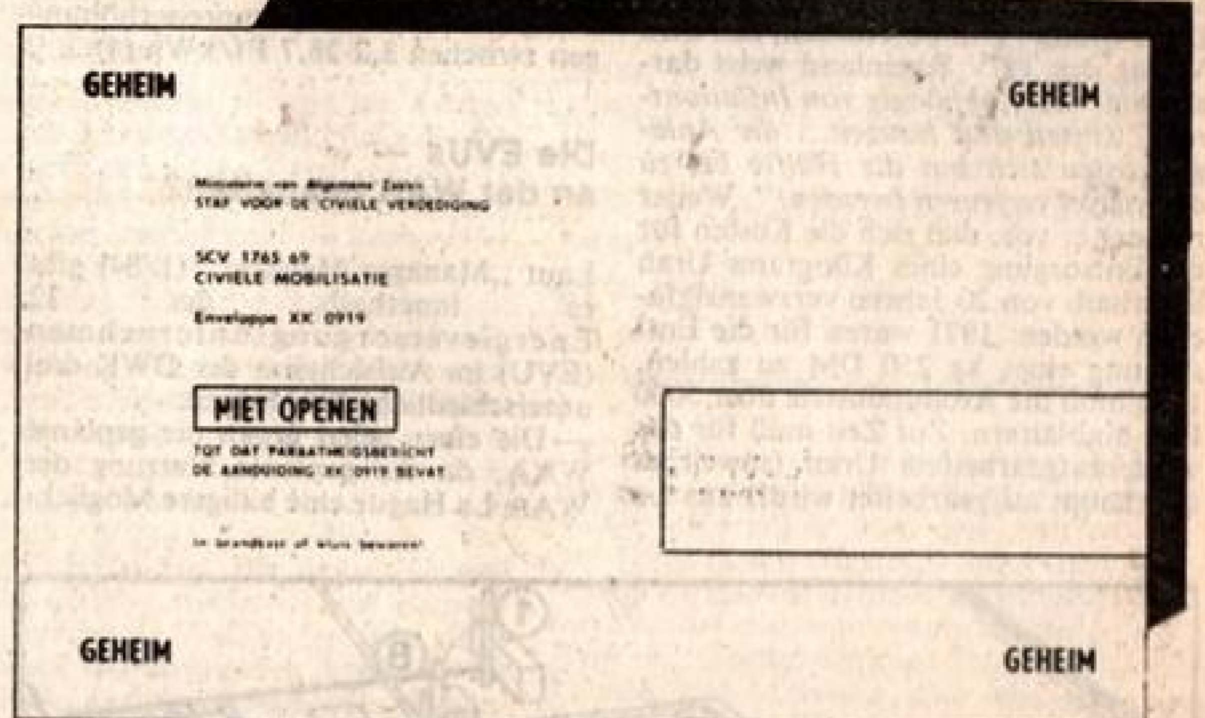
Am 3. Februar (3.2.1981) entsteht ein ernster internationaler Zwischenfall, als auf einem normalen Linienflug nach Moskau ein Flugzeug einer großen westlichen Luftfahrtgesellschaft durch eine Störung im Navigationssystem außerhalb des erlaubten Luftkorridors gerät.

Das Flugzeug wird von ,,Orange''-Jägern zur Landung auf einem kleinen Flugplatz gezwungen, wobei es verunglückt und eine Anzahl von Toten und viele Verwundete zu betrauern sind. Diplomatischen und konsularischen Vertretern wird jeder Zugang zu dem Flugplatz, auf dem das Unglück geschehen ist sowie zu den Krankenhäusern, in denen die Verwundeten aufgenommen sind, untersagt. Auch das Rote Kreuz wird zurückgewiesen. Die Behandlung der Überlebenden ist besonders unfreundlich. Die Mannschaft wird der Spionage beschuldigt! (8)

Dies ruft natürlich Ärgernis und öffentliche Entrüstung in der westlichen Welt hervor. Kurz darauf wird zum viertenmal und erfolgreich der türkische Luftraum von ,,Organge''-Militärflugzeugen verletzt. Von der türkischen Luftmacht wurden zwei ,,Orange''-Militärflugzeuge zur Landung auf einer Militärbasis gezwungen. Dieser Zwischenfall gibt Anlaß für ernsthafte diplomatische Schwierigkeiten zwischen der Türkei und ,,Orange'', umsomehr als die Türkei sich weigert, die Flugzeuge und Bemannungen auszuliefern ohne Genugtuung und Garantien von ,,Orange'', daß der türkische Luftraum respektiert werden wird.

Die Führer von ,,Orange'' treten in einem Brief nochmals mit einem konkreten Plan an Norwegen heran zur gemeinsamen Ausbeutung der Ölquellen vor der Küste von Nord-Norwegen.

An Island wird mit einer Demarche (9) über die US-Basis auf der Insel herangetreten und der Drohung, sofern Island nicht kurzfristig die Verträge über die Errichtung von US-Militärbasen auf der Insel annulliert, werde die Ölversorgung beendet werden.


GEHEIM GEHEIM

Ministerie van Algemene Zaken
STAF VOOR DE CIVIELE VERDEDIGING

SCV 1765 69
CIVIELE MOBILISATIE

Enveloppe XX 0919

NIET OPENEN
TOT DAT PARAATHEIDSBERICHT
DE AANDUIDING XX 0919 BEVAT

GEHEIM GEHEIM

Dänemark wird fortdauernd unter Druck gesetzt, die Sund-Verträge zu revidieren, wodurch die Ostseestaaten gehalten sind, bei der Durchfahrt durch den Sund von mehr als drei Kriegsschiffen einer Nation die dänische Regierung zuvor mit einer Note zu informieren.

Zunehmende militärische Aktivitäten von ,,Orange'' entlang der türkischen Grenze und der Nordgrenze von Norwegen, kombiniert mit politischem Druck des ,,Orange''-Pakts auf die Regierungen beider Länder, veranlassen diese zu dem Ersuchen an den Rat der ,,Blauen Allianz'', mobile Unterstützungstruppen in diese Gebiete zu dirigieren.

Am 19. Februar beschließt der Rat nach Beratung mit den Ländern, die Einheiten für diese ,,mobilen Unterstützungstruppen'' bereitzustellen und mit ausdrücklicher Zustimmung dieser Länder, Einheiten in die Türkei bzw. nach Norwegen zu senden.

In einem offiziellen Kommuniqué von ,,Blau'' wird dieser Beschluß ausführlich erläutert und ,,Orange'' wird dringend aufgefordet, nicht auf eine Eskalation der gespannten Verhältnisse zuzusteuern.

Das Konsultative Komitee des ,,Orange-Pakt'' wird zu einer dringenden Sitzung zusammengerufen und reagiert am nächsten Tag mit einem in sehr aggressiven Begriffen gehaltenen Kommuniqué, in dem das Verhalten von ,,Blau'' zurückgewiesen wird. Alle Schuld wird auf ,,Blau'' geschoben und das unmittelbare Zurückziehen der mobilen Einheiten und der 6. US-Flotte aus dem Mittelmeergebiet gefordert.

Gleichzeitig werden ,,Orange''-Flottenübungen im nördlichen Teil der Nordsee angekündigt, wobei mit scharfer Munition geschossen werden soll. Während dieser Übungen entstehen Zwischenfälle mit Fischerbooten aus Großbritannien und mit Versorgungsschiffen des norwegischen Fisk-Ölfelds.

Inzwischen entwickeln verschiedene der ,,Blauen Allianz'' angeschlossene Länder mit einigen blockfreien Ländern eine diplomatische Offensive, um zur Entspannung zu kommen. Obwohl von der Seite von ,,Orange'' augenscheinlich positiv auf diese diplomatischen Schritte reagiert wird, weist nichts auf eine Verminderung der militärischen Aktivitäten hin, und auch die ,,Orange-Presse'' läßt nicht nach, immer wieder ,,Blau'' wegen seiner halsstarrigen Weigerung, die ,,Dezember-Resolution'' zur Ausführung zu bringen, zu verurteilen.

Am 23. Februar wird der dänischen Regierung durch die ,,Orange''-Botschafter in Kopenhagen eine in sehr aggressiven und undiplomatischen Formulierungen abgefaßte Note übergeben, in der eine unmittelbare Revision des dänischen Standpunktes bezüglich der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch den Sund und das Kattegat gefordert wird.

Aus Anlaß der stetig zunehmenden militärischen Aktivitäten von ,,Orange'' im nördlichen Teil der Nordsee an der Grenze von Norwegen und an der Grenze zur Türkei beschließt der Rat der ,,Blauen Allianz'' am 26. Februar die *,,Military Vigilance''* (10) einzuführen.

Großbritannien beschließt daraufhin, seine Einheiten auf dem europäischen Festland zu verstärken. Gleichzeitig ruft der Rat wiederum die einzelnen ,,Orange-Block''-Führer auf, eine Spitzenkonferenz zum Zwecke des Durchbrechens der Spannungen durchzuführen.

Fortsetzung nächste Seite

Militarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auf die Botschaften der diplomatischen Vertreter von „Blau" in den verschiedenen Hauptstädten von „Orange" reagiert „Orange" in versöhnlichem Ton.

Der Rat der „Blauen Allianz" empfiehlt, die Verstärkung der Einheiten auf dem europäischen Festland durch Großbritannien auszusetzen.

Die diplomatischen Verhandlungen und die Zurückhaltung von „Blau" gegenüber einer Verstärkung der Einheiten auf dem europäischen Festland bringen nicht die verlangte Entspannung.

Truppenbewegungen im „Orange-Block" geben ein beunruhigendes Bild der Absichten des „Orange-Blocks".

Niederlande

Anfang Februar verdeutlicht die Regierung im Parlament ihre Sicht der internationalen Situation, die als sehr ernst beurteilt wird; die Regierung hält fest an den im Bündnis eingegangenen Verpflichtungen.

Anläßlich des Beschlusses des Rates der „Blauen Allianz", der Türkei und Norwegen militärische Hilfe zu leisten, stellt die niederländische Regierung Luftmacht- und Marine-Einheiten zur Verfügung.

Die Zweite Kammer (11) verlangt von der Regierung eine Erklärung zur Sache.

In dieser Regierungserklärung wird die internationale Situation skizziert und gibt die Regierung ihrer sehr großen Besorgnis Ausdruck; gerade des-
In dieser Regierungserklärung wird die internationale Situation skizziert und gibt die Regierung ihrer sehr großen Besorgnis Ausdruck; gerade des-
halb soll an den Bündnis-Verpflichtungen festgehalten werden.

Als am 26. Februar die „Military Vigilance" verfügt wird, gibt der „Minister-Präsident" (12) in seinem wöchentlichen Gespräch für das Fernsehen der tiefen Besorgnis der niederländischen Regierung über die internationale Situation Ausdruck. Er geht dabei tief ein auf die Konsequenzen des Beschlusses des Rates, Europa militärisch zu verstärken und insbesondere auf die Rolle, die die Niederlande dabei als Anfuhrhafen und Durchfuhrland spielen.

Ein deutliches Gefühl der Spannung äußert sich in Kundgebungen sowohl für als auch gegen den eingenommenen Standpunkt.

Sabotage-Aktionen an Hafeneinrichtungen und Eisenbahnlinien und PTT-Einrichtungen verschärfen die Gegensätze.

Auf eindringlichste Weise bekundet er (13), daß angesichts der labilen internationalen Situation auch die Niederlande gezwungen sind, die nötigen präventiven Maßnahmen zu treffen, um schließlich sowohl ökonomisch, politisch wie militärisch auf das Schlimmste vorbereitet zu sein.

Der „Ministerpräsident" kündigt an, daß die folgenden Maßnahmen ergriffen worden sind:
— *Verkündung Warnungsphase (26. Febr. 1981)*
— *„Vormobilisierung"*

Dies beinhaltet u.a.:
- *Verkündung Königlicher Beschluß Kriegsgefahr.* Notwendig, um die gesetzliche Basis dafür zu schaffen, daß außergewöhnlichen Umständen begegnet werden kann (Bekanntmachung von Notgesetzen, die nach Bedarf in Kraft gesetzt werden können).
- *Rückruf von Kurzurlaubern; Maßnahmen, um schnelle Mobilisierung durchführen zu können.*
- *Beschränkte Konsignierung* Zivilschutz-, Provinz- und Gemeinde-Behörden
- *Vorbereitung Rationierung, Preiskontrolle, Hamsterverbot.*
- *Vorbereitung Kreditbeschränkung* — das Beschränken von sowohl der Vergabe von Krediten wie der Verfügung über bereits gegebene Kredite.
- *Vorbereitung Bankmoratorium* — die Beschränkung des Maximums des aufzunehmenden Betrages bei Banken und Giro-Instituten.
- *Vorbereitung Ausgabe Notgeld.*
- *Vorbereitung Notarbeitskräfteversorgung* — um dem Bedarf an Arbeitskräften in vergrößerten oder neuen Behördeneinrichtungen zu genügen; ist auch möglich für vitale Betriebe.

Die Unruhe in unserem Land (Sabotage und Demonstrationen) dauert an.

2. März 1981

International

Am 2. März beschließen die Vereinigten Staaten, Verstärkungen nach Europa zu schicken.

5. März 1981

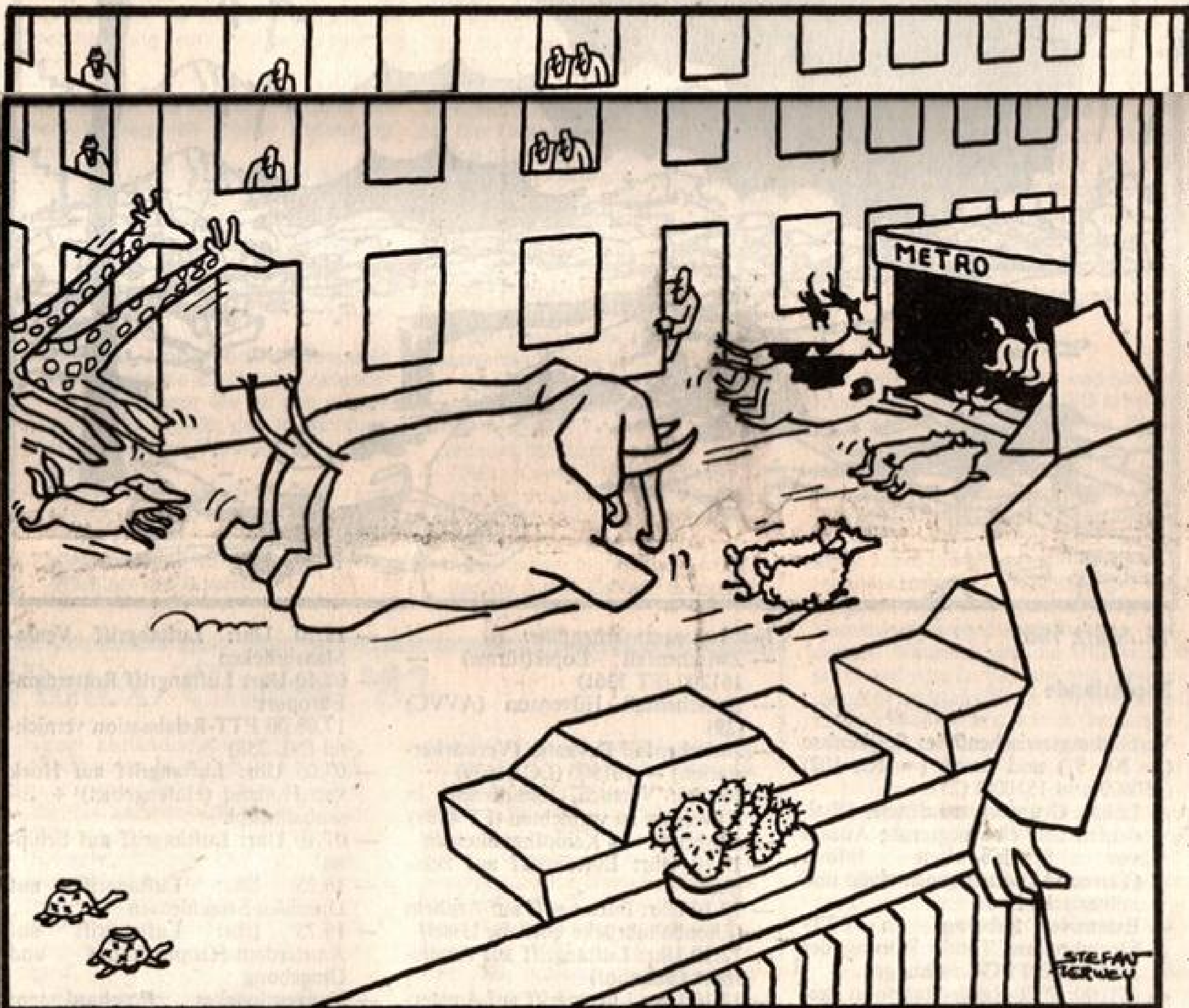
International

An den Börsen der Länder der „Blauen Allianz" herrscht im Zusammenhang mit der internationalen politischen Situation fieberhafte Aktivität.

Niederlande

Am Abend gibt der Finanzminister bekannt, daß Maßnahmen ergriffen worden sind, um den finanziellen Geldverkehr in der Hand behalten zu können. Er ruft die Bevölkerung auf, Vertrauen zur Regierung zu haben und die Unannehmlichkeiten, die zweifellos entstehen werden, als unvermeidlich hinzunehmen.

Kurz gesagt ist das folgende bestimmt worden (14):
- Vom 6. März 1981 an haben bargeldlose Zahlungen die selben Rechtsfolgen wie Zahlungen in gesetzlichen Zahlungsmitteln.
- Per Kontoinhaber darf per Kalenderwoche ein Betrag von 800 Gulden (15) von den *gemeinsamen* Konten verwertet werden.
- Inländer behalten die freie Verfügung über einen Betrag von 40.000 Gulden ihrer Konten, *außer bargeldlosen Lohnzahlungen.*
- Kredite dürfen nur bis zu einem Höchstbetrag von 100.000 Gulden vergeben werden; höhere Kredite nur nach Zustimmung der Nederlandse Bank.



Über Radio, Fernsehen und Sirenen werden Sie von den Behörden bei einem Atomunfall rechtzeitig gewarnt (aus: Stefan Verweg, Overleven? Doe hef zelf!)

6. März 1981

Niederlande

Durch die große Nachfrage des Publikums nach Chartal-Geld (16) bei Banken und Giro-Instituten sind, auch durch die damit verbundenen Extraarbeiten, ansehnliche Verzögerungen entstanden. Von Panik beim Publikum ist jedoch keine Rede.

+ 6. März 1981 Verkündung 1. Bereitschaftsphase
— 1. Mobilisierungsphase (17)
Dies beinhaltet u.a.:
- *mögliche Verkündung des Zustands erhöhter Wachsamkeit*
- *vollständige Konsignierung der Zivilverteidigungs-Funktionäre* — auch die Mitarbeiter müssen durchgehend erreichbar sein (Urlaubssperre).
- *Kernbesetzung der Notplätze der Behörden in vitalen Diensten.* Diese besteht aus zuvor bestimmtem Personal und muß die Notplätze gebrauchsfertig machen. Das Telekommunikationssystem der Notplätze wird rund um die Uhr bedient.
- *Einsetzen verschärfter polizeilicher Grenzbewachung* (auch an der Grenze mit Belgien)
- *Teilweise Bereitschaft des Zivilschutzes* (u.a. die Indienststellung stationärer Meßposten des ABC-Dienstes) (18)
- *Einführung Preiskontrolle und Hamsterverbot*
- *Ausgabe Rationierungskarten* an die Bevölkerung
- *Einführung Rationierung* für einzelne Güter, u.a. Erdölprodukte
- *Einführung Kreditbeschränkung*
- *Inkrafttreten des Notarbeitsgesetzes.*

7. März 1981

International

Am 7. März beschließt Großbritannien, die britischen Einheiten auf dem Kontinent zu verstärken.

9. März 1981

Niederlande

Sabotagefälle an militärischen Einrichtungen.

In einigen großen Städten pazifistische Demonstrationen, u.a. in Amsterdam, 's-Gravenhage (19) und Utrecht.

Unter ausländischen Arbeitnehmern herrscht große Unruhe; einige Gruppen reisen in ihr eigenes Land ab.

(Text II — Einschub Anfang, s. Anm. 1)

- Zunehmende Subversions- und Spionage-Zwischenfälle
- Leichtere Zerstörungen an militärischen Einrichtungen
- Pazifistische Demonstrationen in hauptstädtischen Regionen.
- Orange Propaganda-Aktivitäten.
- Abreise ausländischer Arbeiter beginnt öffentlichen Verkehr zu stören.
- Hortung von Konsumgütern und Öl führt in manchen Regionen zu örtlichem Mangel.
- US-Transportflugzeug stürzt bei Landung auf Aalsmeer ab. Gemeindehaus verwüstet.

(Text II — Einschub Ende)

10. März 1981

International

Die ersten Verstärkungs-Einheiten aus den Vereinigten Staaten und England kommen in Europa an.

Niederlande

Es finden (gewaltlose) Demonstrationen statt gegen die eingetroffenen alliierten Verstärkungen, u.a. in Amsterdam (Schiphol), Rotterdam und Vlissingen. Zugleich werden Sabotagefälle in einigen militärischen Lagerkomplexen gemeldet.

In Utrecht, Amsterdam, Haarlem, Den Haag, Rotterdam, Enschede, Breda und Assen wurden Flugschriften verbreitet. Andere subversive Aktionen finden statt in Ridderkerk, die Aktionen hier sind Proteste gegen die Einforderung von Fahrzeugen (für die Kriegsmacht).

Die ausländischen Arbeitnehmer beginnen in großem Umfang abzureisen, wodurch in einigen Sektoren der Industrie Stagnation entsteht.

Anläßlich der großen Militär-Transporte finden antimilitaristische Demonstrationen auf den Bahnhöfen Haarlem, Amersfoort und Utrecht statt — es entsteht ein Handgemenge zwischen Demonstranten und ausländischen Arbeitnehmern.

Durch die Demonstrationen, die Abreise von ausländischen Arbeitnehmern und die umfangreichen militärischen Transporte gerät der Verkehr in den Niederlanden in ernsthafte Schwierigkeiten: der Eisenbahnverkehr ist ernsthaft gestört — die meisten Autoschnellstraßen sind für den Zivilverkehr geschlossen (bis zu näherer Bestimmung).

— Verkündung 2. Bereitschaftsphase
— 2. Mobilisierungsphase

Dies beinhaltet u.a.:
- Mögliche *Verkündung des Belagerungszustandes* (20)
- Mögliche *Verkündung des Bürgerlichen Ausnahmezustandes* (verfällt, sobald der Belagerungszustand verkündet ist) (21)
- *Kernbesetzung der zivilen Notplätze*
- *Vergrößerte Bereitschaft des Zivilschutzes* (u.a. die vollständige Besetzung der Kommando-Posten und des ABC-Dienstes; Einforderung von Motorfahrzeugen und Gebäuden)
- *Rationierung, Preiskontrolle, Hamsterverbot*
- *Einforderung von Fahrzeugen zum Gebrauch der Kriegsmacht*
- *Streuung der nationalen Vorräte essentieller Güter.* Dabei denken an u.a. Nahrung, Industrieprodukte, Brennstoffe.
- *Teilweises in Bereitschaft versetzen der Krankenhausorganisation.*

11. März 1981

International

Die jugoslawische Regierung ruft alle im Ausland verweilenden Landmänner auf, wegen der Mobilisierung in Jugoslawien zurückzukehren.

Niederlande

Große Mengen jugoslawischer Gastarbeiter folgen dem Aufruf ihrer Regierung und machen sich bereit, um zurückzukehren. Auch die Türken und Griechen reisen fast alle ab. Hierdurch entsteht bei der Eisenbahn und auf den Durchgangsstraßen eine enorme Stauung.

In den Häfen von Rotterdam wird an den Ladeeinrichtungen Sabotage verübt; es wird in den Häfen zu Streiks gegen die militärischen Verstärkungen aufgerufen.

(Text II — Einschub Anfang)

- Sabotage an Ladeeinrichtungen in Häfen von Rotterdam.
- Zwischenfälle auf Bahnhöfen Eindhoven, Arnhem, 't Harde und Apeldoorn.
- Unfall mit Tankwagen mit giftigen Chemikalien. Route Bull-Holten 4 Stunden blockiert.
- Sich ausdehnender Brand Militärkomplex Schijndel.
- Orange Propaganda-Aktivitäten mit hoher Intensität fortgeführt.
- Einige Unfälle auf Flughäfen (Beleuchtung Rollbahnen Schiphol).
- Go-slow-Aktionen, örtliche Demonstrationen und geringere Zustimmungen.
- Absentismus (22) bei NATO/national Hauptquartier und Kommandoposten.
- Rückruf jugoslawischer Arbeiter für Mobilisierung; beträchtliche Stauungen auf Schienen/Straßen.
- Probleme mit Sicherung einiger KSL-Objekte.
- Orange Frachtschiff in Schleusen von Komplex Hansweert.
- Aufrufe zu Aktionen und Streiks im Hafen von Rotterdam

(Text II — Einschub Ende)

12. März 1981

International

Die Wettervoraussagen werden erschwert, weil von den „Orange"-Ländern keine Wetterdaten mehr hereinkommen.

„Orange" bringt militärische Verstärkungen an die Grenze von Jugoslawien.
„Orange" bringt militärische Verstärkungen an die Grenze von Jugoslawien.

Niederlande

Antimilitaristische Demonstrationen mit Gewaltausübung finden u.a. statt in Hengelo, Oldenzaal und Deventer.

Chaos auf den Bahnhöfen Amsterdam, Utrecht, Eindhoven und 's-Hertogenbosch im Zusammenhang mit großem Reiseaufkommen (abreisende Gastarbeiter und Militärtransporte).

(Text II — Einschub Anfang)

- Spionage-, Subversions-, Aufklärungs- und Propaganda-Zwischenfälle etc.
- Arbeitskräftemangel in vielen Industrien. (22a)
- Panzer rollt vom Zug — großer Schaden auf Bahnhof Eindhoven.
- Zugang zur Boreel-Kaserne in Deventer mit brennenden Autowracks versperrt. Viele Zerstörungen.
- Demonstrationen Hengelo/Oldenzaal (23) verursachen Verzögerung militärischer Transporte von ca. 1 1/2 Stunden.
- Chaos auf Bahnhöfen Amsterdam, Utrecht, Eindhoven, Den Bosch im Zusammenhang großen Reiseaufkommens, vornehmlich Gastarbeiter und Militär.
- Eisenbahnbrücke bei Velsen durch Zusammenstoß 14 Tage unbrauchbar.

(Text II - Einschub Ende)

13. März 1981

International

In Westdeutschland sind unkontrollierte Flüchtlingsbewegungen in Gang gekommen.

Invasion von „Orange" in Jugoslawien; Flugzeuglandungen in/bei Zagreb.

Morgens hat Österreich seine Grenze zu Jugoslawien geschlossen, mittags die Grenze zu Westdeutschland und der Tschechoslowakei.

„Orange" erklärt, genötigt gewesen zu sein, die wirklichen jugoslawischen Patrioten gegen den amerikanischen Imperialismus zu schützen.

Niederlande

Es werden zunehmend Sabotage-Aktivitäten gegen militärische Einrichtungen gemeldet. Ein eintägiger Streik ist zu 70% gelungen; Massendemonstrationen in den großen Städten für die Erhaltung des Friedens; das öffentliche Leben ist großenteils zerrüttet.

Eine große Gruppe Flüchtlinge (ca. 50.000) aus Deutschland (24) überschreitet die Grenzen von Benelux in den Abendstunden; in den Niederlanden hauptsächlich in den Provinzen Limburg und Gelderland.

Die PTT-Telekommunikationszentren sind Eindringe- und Sabotage-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Versuchen ausgesetzt. Schiphol ist für unbestimmte Zeit außer Gebrauch durch Sabotage am Ringdeich des Haarlemmermeer.

Text II — Einschub Anfang)

- Beginn unkontrollierter Flüchtlingsbewegungen in der BRD.
- Zunehmende Sabotage und Subversion bei militärischen Einrichtungen und einzelnen zivilen Einrichtungen (Kommunikations-Zentralen).
- Eintägiger Streik zu 70% effektiv; Störungen des zivilen Lebens; Massendemonstrationen in hauptstädtischen Regionen.
- Exodus von ausländischen Arbeitern geht weiter.
- 50.000 Flüchtlinge verlassen BRD in Richtung Benelux.
- Aktionen, Zwischenfälle in Scherpenberg, Spaarndam, Bilthoven, Flughafen Schiphol (10 Verletzte), Emmen (20 Verletzte), Rotterdam.
- Flüchtlinge aus der BRD passieren Grenzübergänge Nieuwe Schans und Zwarte Meer in westlicher Richtung (kleine Gruppe).
- Schiphol für unbestimmte Zeit außer Gebrauch durch Sabotage an Ringdeich Haarlemmermeer (auf E+5 in 14... Z wiederhergestellt) (25).

(Text II — Einschub Ende)

14. März 1981

International

Die Bewegungsfreiheit der Diplomaten der „Blauen Allianz" ist stark eingeschränkt.

Das Überfliegen der „Orange"-Länder durch Flugzeuge von „Blau" ist verboten.

Die Häfen in Ostdeutschland und Polen sind für „blaue" Handelsschiffe geschlossen.

Zivile Mobilisierung in den „Orange"-Staaten.

Psychologischer Druck von „Orange" gegenüber „Blau" anläßlich der bereits getroffenen vorbereitenden Maßnahmen.

Mobilisierung in Österreich.

Niederlande

Die Radio- und Fernseh-Ausstrahlung von Instruktionen der Behörden für die Bevölkerung werden von Zeit zu Zeit gestört



Suche die zehn Unterschiede (aus: Stefan Verweg, Overleven? Doe hef zelf!)



15. März 1981

Niederlande

Verbindungszwischenfälle:
- Zwischenfall Lopik(türme) — 161200 (FT 3361)
- Zwischenfall Hilversum (AVVC)
- 12.10 Uhr: Luftangriff Venlo-Maasbrücken
- 07.10 Uhr: Luftangriff Rotterdam-Europort

- 14.00 Uhr: Luftangriff auf Amersfoort-Bahnhof
- 08.01-16.00 Uhr: Luftangriff auf Beek-Flugplatz. 180800 durch Sabotage Verkehrsbrücke über die Gouwe bei Gouda ca. 24 Stunden unbrauchbar.
- Luftangriffe und Sabotage stören Kommunikationssysteme, unterbrechen CR-Kontroll-System (NL 170 zu 180600: Roermond Radio-Relais-Station und TV und Mittelwellen-Transmitter vernichtet; PTT-Verbindung mit Afcent-Northag-Two ATAF (35) unterbrochen.

19. März 1981

Niederlande

Verbindungszwischenfälle: Zwischenfall Den Haag.
- 06.10 Uhr: Luftangriff mit schwerflüchtigen chemischen Kampfmitteln Woensdrecht Flugbasis (36) + Umgebung (Evakuierung Zivilbevölkerung notwendig)
- 06.05 Uhr: Luftangriff auf Schiphol
- 06.10 Uhr: Luftangriff auf Muiden/Muiden-Chemie
- 06.05 Uhr: Luftangriff auf Rotterdam-Zestienhoven
- 06.05 Uhr: Luftangriff auf Den Haag Regierungsgebäude + West Einde-Krankenhaus
- 06.15 Uhr: Luftangriff auf Rotterdam Metro-Station Leuvehaven
- 19.0615 Uhr: Luftangriffe auf Verkehrsbrücken Gennep/Venlo/Roermond/Well. Brücken ca. 36 Stunden außer Gebrauch.
- 19.0615 Uhr: Luftangriff auf Markelo (37) (38)

Anmerkungen:

1.„Onkruit" hat bei der erfolgreichen Erprobung ihres Bunkerknackvermögens „Wintex/Cimex '81"-Szenarien bzw. Teile von Szenarien erbeutet. Das eine Szenario ist, wie aus der Einleitung hervorgeht, für Funktionäre der niederländischen Post (PTT) bestimmt; der Verwender des zweiten müßte unmittelbar aus dem militärischen oder Kreisen des „Zivilschutzes" bzw. der „Zivilverteidigung" stammen. — Die Dokumentation dieser Szenarien besteht in der „Einleitung" bis einschl.

15. März 1981

Niederlande

Die Radio- und Fernseh-Ausstrahlung von Instruktionen der Behörden für die Bevölkerung werden von Zeit zu Zeit gestört.

100.000 Flüchtlinge ziehen aus Westdeutschland in die Beneluxländer; rund die Hälfte bleiben in den Niederlanden.

Viele Personen verlassen die Niederlande über Westdeutschland auf dem Weg in südlichere Gebiete.

Schiphol ist am Nachmittag wieder in Gebrauch genommen.

Eskalation von Sabotage-Aktivitäten; u.a. die Eisenbahnbrücken bei Raalte und Breda — der Zugverkehr Breda-Rotterdam ist ca. 10 Stunden gesperrt; Zwolle-Almelo 4 Stunden gesperrt.

- *Verkündung 3. Bereitschaftsphase*
- *3. Mobilisierungsphase*

Dies beinhaltet u.a.:
- *Vollständige Besetzung der zivilen Notplätze.*
- *Mögliche Schließung einiger Radio-/Fernsehsender* (dies zu einem spätest möglichen Zeitpunkt).
- *Verkündung der vollständigen Bereitschaft des Zivilschutzes.*
- *Vollständige Inbereitschaftstellung der Krankenhausorganisation.* (26)
- *Das Unterbinden von Sendungen von Radioamateuren.*
- *Das Einführen der Aufsicht über die Fischerei.*

(von hier an bis zum Ende nur noch Text II)

- Zeitweilige Störung der zivilen Radio- und Fernsehsendungen von Blau bei Ausstrahlung von Regierungsinstruktionen und Nachrichten.
- Starkes Ansteigen von Fällen von Spionage und Subversion.
- 100.000 Flüchtlinge verlassen BRD in Richtung Benelux.
- Sabotage an Eisenbahnbrücke über Overijssel-Kanal bei Raalte (Reparatur: ca. 6 Stunden).
- Sabotage an Eisenbahnbrücke über die Mark bei Prinsenbeek (Reparatur ca. 10 Stunden).
- Bei St-781 Gnk9p in Harmelen Telefonlinien zum Kommandoposten zerstört.
- Absturz von US-Transportflugzeug auf Schiphol.
- Ansteckende Krankheit unter Gastarbeitern auf Bahnhöfen Amsterdam und Roosendaal.

Verbindungszwischenfälle: Spijkenisse (= NL 97) und Breda (= NL 102) (150600 und 151000) (27)
- Lokale Gruppen bewaffneter Dissidenten und eine begrenzte Anzahl von Spezialkräften führen (Terror-)Aktionen gegen zivile und militärische Ziele.
- Extensive Sabotage an PTT-Stromkreisen. Totale Störung der PTT-MSC/PSC-Schaltungen.
- 151000: PTT-Relais-Station in Breda durch Sabotage vernichtet.
- 151330: Schiphol-NW Millingen. Einige PTT-Einrichtungen beschädigt; Kommunikationsprobleme, u.a. keine Radar-Übertragung vom Radarposten Leerdam zum Luftkontrollzentrum Amsterdam und dem militärischen Flugleitzentrum in Nieuw Millingen, 3 Stunden lang.
- 152000: Schiphol: Luftkontrollzentrum Amsterdam in Folge von Sabotageaktionen einige Stunden nicht arbeitsfähig. Verzögerung und Verwirrung.
- In Mobilisierungsgebieten eintreffende Einheiten/Formationen stoßen auf Kommunikationsprobleme.
- Unkontrollierte Grenzüberschreitungen von Flüchtlingen aus der BRD in die Benelux-Länder und nach Frankreich.
- Sabotageversuche an Radiostationen in Herwijnen und an Radiobojen Schiphol (Versuche vereitelt).
- Sabotage an Eisenbahnbrücken über Arne (ein Trajekt 12 Stunden ausgeschaltet).
- Sabotage an PTT-Distriktzentrale Eindhoven (FT 7303) (Reparaturdauer ca. 12 Stunden).
- Sabotageversuch PTT-Türme Maastricht (FS 874357) vereitelt.
- Sabotage Hembrug, ein Trajekt ca. 14 Tage unbrauchbar.

16. März 1981

Niederlande

- *Verkündung General Alert* (28). *Start Kriegsphase*

Verbindungszwischenfälle:
- Zwischenfall Lopik(türme) — 161200 (FT 3361)
- Zwischenfall Hilversum (AVVC) (29)
- Zwischenfall Deventer (Verstärkerstation) — 161500 (LC 06639)
- 161000: Versuch, Radiosender in Hilversum zu vernichten (FT 4889)
- Ausbruch von Kampfhandlungen
- 12.10 Uhr: Luftangriff auf Schiphol
- 12.10 Uhr: Luftangriff auf Arnhem (Eisenbahnbrücke über die IJssel)
- 12.10 Uhr: Luftangriff auf Amersfoort (Bahnhof)
- 12.10 Uhr: Luftangriff auf Amsterdam (Umgebung + Hauptbahnhof + Hafengebiet) (30)

- Demonstrationen, Streiks und Zerstörungen in den Häfen des Maastunnel-Europort-Gebiets (FT 0444)
- Route 321 MBW in der Höhe von Spijkenisse versperrt (ET 9246)
- Sabotage: Tilburg Bahnhof (Verzögerung ca. 6 Stunden), Den Bosch Bahnhof (Verzögerung ca. 6 Stunden), Venlo Eisenbahnbrücke (ca. 8 Stunden gesperrt), Roermond Eisenbahnbrücke ein Trajekt brauchbar. Leiden PTT-Knotenpunktzentrale VSS (FT 019801), Reparatur ca. 4 Stunden.
- Eisenbahnbrücke über Hoendiep beschädigt (ca. 7 Tage).

17. März 1981

Niederlande

Verbindungszwischenfälle:
- Großer Zwischenfall Roermond (Türme — 171000)
- Zwischenfall Roermond (Verstärkrestation) — 170700. (31)
- 07.10 Uhr: Luftangriff Eisenbahnbrücke Overijssell bei Arnhem, Reparatur 12-14 Stunden. (32)
- 07.10 Uhr: Luftangriff Amersfoort Bahnhof. Eingleisig nach 12 Stunden.
- 07.10 Uhr: Luftangriff Vlissingen-Hafen
- 07.10 Uhr: Luftangriff Terneuzen-Hafen

- 12.10 Uhr: Luftangriff Venlo-Maasbrücken
- 07.10 Uhr: Luftangriff Rotterdam-Europort

  17.08.00 PTT-Relaissation vernichtet (NL 258)
- 07.05 Uhr: Luftangriff auf Hoek van Holland (Hafengebiet) + Eisenbahnexpl.
- 07.10 Uhr: Luftangriff auf Schiphol
- 16.25 Uhr: Luftangriff auf IJmuiden-Seeschleusen
- 16.25 Uhr: Luftangriff auf Amsterdam-Hauptbahnhof und Umgebung
- Konventionelles Bombardement auf Hembrug, Eisenbahnbrücke außer Gebrauch.
- 10.00 Uhr: Luftangriff auf Zestienhoven
- Landkommunikation ist durch Luftangriffe und Sabotage gestört
- Die Unruhe unter der Bevölkerung wächst besonders in Gebieten, die Luftangriffen ausgesetzt sind.
- Kommunikationsprobleme für die eintreffenden US-Einheiten in Aufmarschgebieten. (33)

18. März 1981

Niederlande

Verbindungszwischenfälle:
- Großer Zwischenfall Goor 181400
- Zwischenfall Markelo (Türme) = 181100
- 14.25 Uhr: Luftangriff auf Rotterdam-Europort
- 05.00 Uhr: Luftangriff auf Hoek van Holland
- 14.35 Uhr: Luftangriff auf Rotterdam-Zestienhoven
- 14.40 Uhr: Luftangriff auf Beek-Flugplatz
- 14.00 Uhr: Luftangriff auf Venlo-Maasbrücken
- 06.25 Uhr: Luftangriff auf Eindhoven-Bahnhof (34)
- 14.35 Uhr: Luftangriff auf Einhoven-Philips-Komplex/Flugbasis Eindhoven
- 14.40 Uhr: Luftangriff auf Maastricht-Eisenbahngelände + Wohngebiet
- 14.00 Uhr: Luftangriff auf Arnhem-Brücke über IJssel

mittelbar aus dem militärischen oder Kreisen des „Zivilschutzes" bzw. der „Zivilverteidigung" stammen. — Die Dokumentation dieser Szenarien besteht in der „Einleitung" bis einschl. „7. März 1981" ausschließlich aus dem Text für die PTT-Funktionäre, vom „9. März 1981" bis einschl. „14. März 1981" liegen beide Szenarien bzw. Teile beider Szenarien vor, vom „15. März 1981" an nur noch das zweite Szenario. — „Onkruit" hat diese Dokumente im Faksimile u.a. als Beilage zu „bluf!", der autonomen Amsterdamer Stadtzeitung, veröffentlicht. Die Übersetzung der Szenarien haben wir nach dieser Vorlage angefertigt. Anfang und Ende der eingeschobenen Teile des zweiten Szenarios (als „Text II" bezeichnet) sind jeweils angegeben. — „Onkruit" hat diese Materialien ein zweites Mal, zusammen mit einer großen Anzahl weiterer erbeuteter Dokumente in dem Buch „Bunker in Bunkerbuit" publiziert. Hier hat „Onkruit" jedoch leider, was den dokumentarischen Wert der Publikation erheblich mindert, beide Szenarien „zusammengeschrieben" und hat überdies, ohne daß darauf deutlich hingewiesen worden wäre, häufig im laufenden Text interpretiert, ergänzt etc.pp. Die Verwirrung wird dann vollständig dadurch, daß „Onkruit" nach dieser sehr eigenwilligen Dokumentationsweise noch ausdrücklich als solche gekennzeichnete Kommentare beigegeben hat, so daß der „Durchschnittsleser" nun gar nicht mehr drauf kommt, daß er in dem „Dokumentationsteil" zwar nirgendwo was unbedingt falsches gelesen hat, nicht aber den originalen Text der Szenarien.

Die Übersetzung der Szenarien haben wir so wortgetreu wie möglich vorgenommen, es ist also eine schlechte, holper-stolprige Übersetzung. Es war uns (für dieses Mal) jedoch mehr darum zu tun, einen möglichst unmittelbaren Eindruck von dem Text zu vermitteln als mit Sprachdelikatessen aufzuwarten.

2. Niederländische Post. Die PTT, wie auch die Deutsche Bundespost, hat eine wesentliche Funktion im Rahmen der Kriegsplanung und -führung. Daher werden in dem Szenario auch dutzendfach „Sabotageaktionen" und „Vernichtungen" bei (besonders den Sende-)Einrichtungen der Post simuliert.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

3. NATO
4. Warschauer Pakt
5. Demokratische Volksrepublik Jemen
6. Arabische Republik Jemen
7. „Initiativen" bzw. „Initiativgruppen" im deutschen Sprachgebrauch
8. Die angesehene Wochenzeitung „Vrij Nederland" (1.10.83) kommentierte unter Hinweis auf „die dramatischen Geschehnisse um das koreanische Verkehrsflugzeug" diese Passage so: „*Die Folgerung kann doch keine andere sein, als daß ein solcher Zwischenfall — nach den NATO-Drehbüchern — hätte vorhergesehen werden können.*" (Hervorheb.i.Orig.)
9. Demarche = diplomatischer Schritt, mündlich vorgetragener diplomatischer Einspruch
10. Militärische Wachsamkeit
11. Das niederländische Parlament besteht aus der „Ersten Kammer" und der „Zweiten Kammer", letztere ist dem Bundestag zu vergleichen.
12. Weshalb dieser Begriff von den Autoren des Szenarios in Anführungszeichen gesetzt worden ist, ist uns unklar. Vielleicht sollte angedeutet werden, daß es sich bei „Minister-Präsidenten" eh um Charaktermasken handelt?
13. gemeint ist der „Minister-Präsident"
14. Den Sinn dieser finanzrechtlichen Bestimmungen haben wir z.T. auch nicht verstanden. (Aber 'ne Schweinerei ist sicher dabei.)
15. Ein Gulden entpricht etwa einer Deutschmark West.
16. „Richtiges" Geld, also: Münzen, Scheine
17. Die Bereitschaftsphase betrifft den zivilen, die Mobilisierungsphase den militärischen Bereich. Die Bevölkerung wird hier zum ersten Mal mit den direkten Kriegsvorbereitungen konfrontiert. Die vorbereiteten Maßnahmen werden durchgeführt. — Insgesamt gibt es drei aufeinanderfolgende Phasen.
18. ABC-Dienst = Atomar-Biologisch-Chemischer Dienst
19. Den Haag
20. Im „Belagerungszustand" (Staat van Beleg) ist ein großer Teil demokratischer Rechte außer Kraft gesetzt. Unverletzlichkeit von Person und Wohnung sind aufgehoben, Post- und Pressezensur kann ausgeübt, das Verbot öffentlicher wie geschlossener Versammlungen verfügt werden. Personen, die „Gefahr bringen für die äußere oder innere Sicherheit", können, auch vom Militär, eingeknastet werden. Usw.usf.
21. Die Bestimmungen des „Bürgerlichen Ausnahmezustandes" enthalten in abgeschwächter Form, sozusagen zum Drangewöhnen, was dann während des „Belagerungszustandes" in extenso durchgeführt wird.
22. Absentismus = ein älterer Begriff für „Kein Bock auf Krieg"
22a. Aufgrund der massenweisen Abreise ausländischer Arbeiter/innen
23. Grenzstationen zur BRD
24. gemeint: BRD
25. was da in Klammern steht, das verstehen wir gleich dir, liebe/r Leser/in, nicht — haben's aber aus Gründen „dokumentarischer Treue" mit aufgenommen.
26. Diese Maßnahme bedeutet u.a., daß sofort 50% aller Krankenhauspatienten entlassen werden, um Platz für (Kriegs-)Verletzte zu schaffen.
27. Die Zahl 150600 bedeutet: 06.00 Uhr am 15., 151000 entsprechend 10.00 Uhr am 15. usw.
28. General Alert = Großalarm — Krieg hat begonnen
29. Vom AVVC, dem Audio-Visuellen Verbindungszentrum, werden alle Hilversumer Sendungen nach Lopik übermittelt, wo die Sendetürme für das ganze Land stehen.
30. Die Luftangriffe (vermutlich a t o m a r e, da später ausdrücklich auch von einem „konventionellen Bombardement" die Rede ist) richten sich auf die vier Gebiete, die für den Fortgang der Mobilisierung von großer Bedeutung sind:
— Schiphol: der Flugplatz, auf dem der größte Teil der amerikanischen Truppen ankommt;
— Arnhem: hier ist die Eisenbahnbrücke über die IJssel, über die amerikanisches Militär und Material in Richtung BRD transportiert werden muß;
— Bahnhof Amersfoort: Knotenpunkt sowohl für die auf Schipol gelandeten Amerikaner wie für das niederländische Militär, das in Richtung Norddeutsche Tiefebene geschafft wird;
— Amsterdam: Hauptbahnhof und Umgebung sowie das ganze Hafengebiet. Amerikanisches und niederländisches Militär passieren diese Stadt bei der Durchfahrt.
31. Durch Luftangriffe/Sabotage auf die Verstärkerstation Roermond ist das Kommunikationsnetz (wesentlicher Teil der militärischen Infrastruktur!) zum Teil zerstört worden. Für die eintreffenden US-Einheiten wie in den Mobilisierungsgebieten entstehen hierdurch große Schwierigkeiten.
32. Es werden nunmehr sämtliche wichtigen „points of arrival" der US-Einheiten angegriffen; die Brücken über die Maas bei Venlo sind Teil der nördlichen NATO-Route.
33. Das Durcheinander bei den Uhrzeitangaben am „17. März" und den folgenden Tagen sowie die unterschiedliche Schreibweise dieser Angaben ist nicht unseren gar nicht hoch genug zu schätzenden Setzer/inne/n oder den nicht minder zu schätzenden Layouter/inne/n anzulasten; vorausgesetzt, daß „Onkruit" beim Layout des Faksimiles mit Teilen der Dokumente nicht „Kartenmischen" gespielt hat, haben die Autoren des Szenarios geschlampt.
34. Eindhoven ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt für das Militär: die Militärtransporte von Breda (Ursprungsort des Abzählreims: Ist Re da? usw.) und Antwerpen (Belgien) kommen hier zusammen und verlassen von hier aus über die Nordroute der NATO die Niederlande bei Venlo; es ist zugleich der Knotenpunkt, wo die Militärtransporte aus der Provinz Zeeland, aus Rotterdam und den Mittel- und Nord-Niederlanden zusammenkommen, um von dort über die A2 in die Provinz Limburg zu gelangen und Limburg im äußersten Süden über die E5, die südliche NATO-Route, zu verlassen.
35. Kommandobunker der NATO
36. Die Flugbasis Woensdrecht wurde im Herbst 1983 als Stationierungsort für den niederländischen Teil der „Nach"rüstung bestimmt (die parlamentarische Entscheidung über die Stationierung steht indes noch aus . . .).
37. In Markelo liegt ein großes Brennstoff-Depot, steht ein TV-Sender und ein Posten des NATO-High Ace straalverbindingsnet.
38. Die mit „Text II" bezeichneten Szenario-Teile enden mit dieser Quellenangabe:
„entnommen aus:
— CREL (Central Region Event List) van HQ Afcent. nr. SHOPE 1712.13/ ACPXCX/S 682/80 d.d. 290280.
— Ontwerp KL-Incidentenlijst
— Air-raid planning list van AAFCE (Allied Air forces Central Europe)."



Agitation mit der BVD-Zeitung „Soldatenkrant" bei der Friedensdemonstration in Den Haag am 29.10.83 (aus: Kruisraketten ongewenst)

Niederlande:

Bond voor Dienstplichtigen aufgelöst

Die Mitgliederversammlung der niederländischen antimilitaristischen Soldatenorganisation „Bond voor Dienstplichtigen" (BVD — Bund für Wehrdienstpflichtige) beschloß am 10. Dezember 1983 die Auflösung ihres Verbandes. „Die heutigen BVD-Mitglieder sehen zwar eine Perspektive für die antimilitaristische Arbeit in den Streitkräften, aber nicht in der Form der heutigen (selbständigen) Organisation." (Aus dem Auflösungsbeschluß, zit. nach „Soldatenkrant", Januar 1984).

Der 1967 aus der Jugend- und Studentenrebellion entstandene BVD arbeitete zunächst als Organisation für Wehrdienstverweigerer, von 1970 an dann als Soldatenorganisation, um das Militär *„von innen heraus zu bekämpfen"* („Soldatenkrant", Jan. 1984). Zentraler Tätigkeitsbereich des BVD war für lange Jahre die Mitarbeit in der Soldatengewerkschaft „Vereniging van Dienstplichtige Militairen" (VVDM — Vereinigung wehrdienstpflichtiger Soldaten). Während sich die VVDM sich

Dienstplichtige Militairen" (VVDM — Vereinigung wehrdienstpflichtiger Soldaten). Während sich die VVDM sich
strikt auf eine (z.T. recht eng verstandene) gewerkschaftliche Interessenvertretung beschränkte, war es das Bestreben des BVD, den politischen, insbesondere den antimilitaristischen Kampf zu initiieren.

Unmittelbarer Anlaß für die jetzige Selbstauflösung des BVD war eklatanter Mitgliederschwund; zuletzt bestand der BVD *„aus einigen Dutzend zivilen Mitgliedern und nur noch einem wehrdienstpflichtigen Mitglied"* (ein BVD-Mitglied zur „Volkskrant", 11.1.84).

Die Ursache der Selbstauflösung indes ist, allgemein gesagt, im Niedergang der Linken, insbesondere ihrer organisierten und sozialistisch orientierten Teile zu finden, der in vielfältiger Weise zum Ausbluten des BVD geführt hat:

— Das gewerkschaftliche Bewußtsein und der Organisationsgrad auf den Kasernen ist stark gesunken. Zu ihren besten Zeiten (1974) hatte die Soldatengewerkschaft VVDM rund 30.000 Mitglieder, annähernd Dreiviertel der Wehrdienstpflichtigen. Derzeit sind noch 16.000 Wehrdienstpflichtige organisiert; davon nur 5.000 im VVDM, 11.000 haben sich der „gemäßigteren" Algemene Vereniging Nederlandse Militairen (AVNM — Allgemeine Vereinigung niederländischer Soldaten) angeschlossen. (Zahlen nach „Volkskrant", 14.1.84)

— Die Herabsetzung des Wehrdienstalters hat zur Folge, daß die Wehrdienstpflichtigen jetzt häufig direkt von der Schulbank in die Kasernen kommen. Zum einen ist die Organisationsbereitschaft unter den Jugendlichen in den letzten Jahren fortwährend gesunken; zum anderen haben diese Jugendlichen, sofern sie überhaupt zu gewerkschaftlicher oder antimilitaristischer Soldatenarbeit bereit sind, in aller Regel keinerlei entsprechende Erfahrung (vor der Senkung des Wehrdienstalters kamen die Kader häufig unmittelbar aus der Studentenbewegung oder hatten bereits anderweitig politische Erfahrungen gesammelt). Zum dritten sehen viele der jetzt gezogenen Jugendlichen angesichts der Massenarbeitslosigkeit „eine Perspektive" im Militär oder sind zumindest froh, nicht auf der Straße zu liegen.

— An einer Perspektive für den politischen Widerstand innerhalb des Militärs mangelt es den meisten linken Gruppen und Parteien. Die Isolierung der Soldatenbewegung gegenüber anderen sozialen Bewegungen hat zugenommen — u.a. weil andere linke Formationen nicht in der Lage waren, die notwendige Verbindung herzustellen.

— Die überwiegend pazifistische Einstellung in den überhaupt ansprechbaren Kreisen und die Zunahme der Bewegung von Wehrdienst- und Totalverweigerern hat der Arbeit im Militär weiter Abbruch getan.

— Unter dem Druck der seit Jahren zunehmend schärfer geführten Krisenpolitik ist der Spielraum (zur Erkämpfung von Erfolgen) sowohl für die Soldatengewerkschaften wie auch für den BVD immer kleiner geworden.

Der BVD, der in den letzten Jahren aufgrund zunehmenden Mangels an aktiven Mitgliedern seine Tätigkeit immer mehr auf die reine Soldatenarbeit einschränken mußte, kam, wie in der BVD-Zeitung „Soldatenkrant" dargestellt wird, kaum noch dazu, *„die Selbstverständlichkeit der Wehrdienstverweigerung zu widerlegen"* und *„die Notwendigkeit und Perspektiven einer antimilitaristischen Soldatenarbeit herauszuarbeiten"* (a.a.O., Januar 1984).

Während einerseits immer weniger neue Aktive gewonnen werden konn-

auszuarbeiten" (a.a.O., Januar 1984).

Während einerseits immer weniger
neue Aktive gewonnen werden konnten, verließen andererseits immer mehr BVDler ihre Organisation und engagierten sich z.T. in anderen Bereichen politischer Praxis.

„BVD aufgehoben, der Soldatenwiderstand nicht!"

Angesichts der oben dargestellten Lage, die der Auffassung des BVD selbst entspricht, mutet es etwas seltsam an, wenn es im Auflösungsbeschluß, der mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen wurde, heißt: *„Versucht werden soll, die Kontinuität der antimilitaristischen Arbeit in den Streitkräften dadurch sicherzustellen, daß der Jugendorganisation Rebel angeboten wird, ihr beim Aufbau ihrer Arbeit in den Streitkräften zu helfen."* („Rebel" steht, wie man so sagt, der Socialistiese Arbeiderspartij — vormals Internationale Kommunistenbond — nahe; die SAP ist die niederländische Sektion der IV. Internationale).

Es fragt sich doch, wie denn „Rebel" (nach halbjähriger, vom BVD zugesagter, „Einarbeitungszeit") die Karre aus dem Dreck ziehen könnte (ein Dreck zumal, an dem aus objektiven Gründen eine noch so gutwillige Jugendorganisation „Rebel" nichts ändern könnte), wenn es zuvor dem BVD u n d „Rebel" (und, sei der Vollständigkeit halber hinzugefügt, SAP) nicht gelungen ist?

Perspektivenreicher im Sinne einer Fundierung künftiger praktischer Arbeit erscheint, was u.a. von Mitgliedern des BVD bereits Anfang 1983 begonnen wurde: der Aufbau einer antimilitaristischen theoretischen Zeitschrift, in der gründlegende Analysen veröffentlicht werden und die von der bisher dominierenden sozialdemokratischen Strömung der Friedensbewegung unabhängig ist. Vier Ausgaben der „Anti Militaristies Tijdschrift" sind bisher erschienen. Unseren AK-Lesern in den Niederlanden sei anempfohlen anstelle etwaiger Kranzspenden für den hingegangenen BVD ein Abonnement auf diese Zeitschrift aufzunehmen*.

Niederlande-Kommission

* **Jaarabonnement: 25 gld (voor 4 nummers), storten op giro 1372258 tnv. de BVD te Amsterdam ovv. ‚AMT abo'.**

Wintex/Cimex '83

Nach dem Überfall auf den Kommandobunker in Noordwijk und der Veröffentlichung des Szenarios zu Wintex '81 bekam Onkruit das Drehbuch für Postfunktionäre zu Wintex/Cimex '83 zugespielt.

Im Gegensatz zum Szenario zu Wintex '81 beschreibt das Szenario zu Wintex '83 ausschließlich den Zeitraum der diversen Bereitschafts- und Mobilmachungsphasen. Es beginnt zwei Tage vor Bekanntgabe der ersten Bereitschaftsphase (6.2.83) und endet am Tag, an dem die ersten Bomben fallen (2.3.83). Der beschriebene Zeitraum beträgt — anders als das Szenario zu Wintex '81 — nur knapp vier Wochen, ein ausführliches einleitendes internationales Szenario fehlt.

Ansonsten ähneln sich die Szenarien aber sehr. Wie 1981 gibt es auch 1983 einen Konflikt über NATO-Stützpunkte. Diesmal fordert Bulgarien von Griechenland, seine ausländischen militärischen Stützpunkte zu schließen. (1981 gab es einen solchen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Island). Auch 1983 beginnen die ersten direkten Kriegshandlungen mit einer Invasion des Warschauer Pakts in Jugoslawien. Der Nahe Osten erscheint ebenfalls wieder — in etwas abgeänderter Weise — als Konfliktherd.

Die inländischen Probleme sind zum großen Teil die gleichen: Chaos im Geldverkehr; riesige Ansammlungen von ausländischen Arbeitern auf Bahnhöfen und Flughäfen, die den Verkehr erheblich beeinträchtigen; große Flüchtlingsströme aus der BRD; Proteste, Demonstrationen, Streiks, Verweigerungsaktionen, Sabotage; Probleme in der Industrie usw.

Der Widerstand gegen den Krieg ist im Szenario zu Wintex '83 deutlich aktualisiert: Es gibt mehr, verschiedenartigere und breiter getragene Sabotage-Aktionen (wobei Parallelen zu den Aktionen gegen die US-Munitionstransporte im Januar 1982 auffallen); „große Demonstrationen von Soldaten in Uniform", organisiert von einer Gruppierung mit dem Namen „Soldaten für den Frieden" (an der Amsterdamer Friedensdemonstration am 21. November 1981 nahm ein Block von 500 uniformierten Soldaten teil, zu dem u.a. das „Komitee Soldaten gegen Atomwaffen" aufgerufen hatte); Verweigerungsaktionen von Beschäftigten im Gesundheitswesen (seit 1981 sind viele Ärzte und andere Beschäftigte im Gesundheitswesen an Friedensinitiativen beteiligt) und „große Demonstrationen in Amsterdam und Rotterdam" gegen die Ankunft von amerikanischen Truppen von einer Gruppe „Europa für die Europäer" (so lautete das — zweifelhafte — Motto der IKV-Friedenswoche 1982).

Sind die Wintex-Papiere echt?

Ein niederländischer Journalist wollte in Erfahrung bringen, ob die von „Onkruit" publizierten Wintex-Szeanrien echt sind oder ob hier etwa ein Meisterfälscher aus der scene am Werke gewesen war. Über das Ergebnis seiner Nachforschung berichtet er in der Wochenzeitung „Vrij Nederland" (1.10.1983).

„So telefonierte ich am Mittwoch, 21. September, im Namen der Presseagentur UPI mit dem niederländischen Verteidigungsministerium und bat den Sprecher, Major George Struycker, *um* Kommentar. *Das letzte, was ich erwartete, war eine Bestätigung der Echtheit der betreffenden Papiere. Nichtsdestotrotz sagte Major Struycker ohne Umwege, daß die Dokumente gediegen authentisch sind. Die Übung Wintex '81 hatte in der Tat stattgefunden: ‚Bei einer solchen Übung wird nur ein Minimum an Mannschaften einbezogen. Das Ziel ist primär, die Schlagkraft des Stabes und der Führung der Streitkräfte zu testen. Deshalb ein Szenario, das so realistisch wie möglich ist.' Sehen Sie, erklärte der Militär-Sprecher weiter bereitwillig, die* ‚blauen' *Streitkräfte, das sind die Alliierten. Die ‚orangen' Streitkräfte dagegen, das sind die Truppen des Feindes.*

Danach telefonierte ich mit dem NATO-Hauptquartier in Brüssel. Der dort anwesende Sprecher, D. *Istha, war weniger mitteilsam. Er weigerte sich, sich über die vermeintliche Echtheit oder die vermeintliche Falschheit der Dokumente zu äußern. Ich antwortete (und das war vielleicht nicht so klug), daß mir soeben von seiten des niederländischen Verteidigungsministeriums die Echtheit der Papiere bestätigt worden war. Istha: ‚Wenn sie sich die niederländischen Behörden für eine andere Behandlung dieser Sache entschieden haben, liegt es in* ihrer *Verantwortung.'*

Es scheint mir offenbar, daß anschließend an mein Gespräch heftig zwischen Brüssel und Den Haag telefoniert worden sein muß. ‚Seid ihr denn nun völlig verrückt, daß ihr . . .!' *Wie es auch sei, innerhalb einer halben Stunde hatte ich nochmals Major George Struycker am Telefon, diesmal auf* seine *Initiative. Er zog die Bestätigung der Echtheit der Dokumente zurück. Sein offizieller Kommentar lautete jetzt: ‚Ich bin über die Tatsache informiert, daß Dokumente entwendet worden sind, aber ich bin nicht in der Lage, irgendetwas zu der Frage zu äußern, ob die in der Zeitung* Bluf *publizierten Dokumente eine Fälschung sind oder nicht'."*

Gruß, Dank und den Antimilitaristen-Orden in Bronze dem Kollegen von „Vrij Nederland" für seine Nachforschung!

Niederlande-Kommission

Der unerklärte Krieg Südafrikas gegen Angola

Der erneute Überfall Südafrikas auf Angola zeigt auf erschreckende Weise, daß Südafrika heute ohne wirksame weltweite Proteste zu erzeugen seine seit Jahren betriebene Destabilisierungspolitik intensivieren kann, mit dem Ziel die MPLA-Regierung in Luanda zu stürzen und durch eine ihr genehme Regierung zu ersetzen. Um nicht offen als Agressor zu erscheinen, verfolgt Südafrika nach israelischem Vorbild die SWAPO-Kämpfer bis weit nach Angola hinein, die nach südafrikanischer Version bekanntlich terroristische Aktionen in Namibia durchführen. Dabei setzt Südafrika sich schlicht darüber hinweg, daß die SWAPO von der UNO als die alleinige Vertreterin der namibischen Bevölkerung anerkannt wurde und verschwendet keinen ernsthaften Gedanken daran, die widerrechtliche Besetzung Namibias aufzugeben.

Im Windschatten seiner Invasionspolitik gibt Südafrika der von ihr und dem Westen zur ,,Befreiungsbewegung'' ernannten UNITA starke militärische und logistische Unterstützung bei deren Terroraktionen gegen die angolanische Bevölkerung.

Am 6. Dezember 1983 führte Südafrika mit 9.000 Soldaten eine seiner größten militärischen Invasionen im Süden Angolas durch, bei der drei motorisierte Brigaden und vier Artilleriegruppen (1) mit starker Luftunterstützung von 100 Kampfflugzeugen (2) bis zu 250 km weit nach Angola eindrangen, um dort bis Mitte Januar angeblich SWAPO-Lager anzugreifen, damit ein Einsickern von SWAPO-Kämpfern während der Regenzeit nach Namibia verhindert würde. Bis heute konnte Südafrika keine gefangenen SWAPO-Kämpfer vorweisen.

Nach Aussagen der angolanischen Regierung diente diese Invasion demnach in erster Linie dazu, die MPLA-Regierung durch Angriffe auf militärische und zivile Ziele zu schwächen und die von Südafrika unterstützte UNITA in ihrem konterrevolutionären Kampf zu stärken (3). So war die UNITA zu diesem Zeitpunkt durch eine seit September laufende Großoffensive der MPLA-Regierung in starke Bedrängnis geraten. Eine Reihe südangolanischer Städte, wie Cassinga, Cahana und Mulando wurden bei der Invasion von den Rassisten angegriffen, wobei die südafrikanische Armee in der Stadt Cuvelai (in der Südprovinz Cunene) chemische Waffen einsetzte (4).

Angola leistete heftigen Widerstand, bei dem die bisher überlegene südafrikanische Luftwaffe erstmals unter Beschuß von SAM-8 Raketen kam (5) und fügte den südafrikanischen Aggressoren die höchsten Verluste seit Jahren zu. Angola beklagte neben hohen Sachschäden über 500 Menschenleben, überwiegend Zivilisten, die bei südafrikanischen Angriffen auf wirtschaftliche Ziele, Schulen und Dörfer getötet wurden.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Invasion Südafrikas und forderte Südafrika zum sofortigen Abzug aus Angola und zu Entschädigungszahlungen

getötet wurden.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Invasion Südafrikas und forderte Südafrika zum sofortigen Abzug aus Angola und zu Entschädigungszahlungen

auf. Insgesamt wurden die Resolutionen so abgefaßt beziehungsweise entschärft, daß sie von den westlichen Staaten durch ihr Vetorecht nicht blockiert wurden. Dennoch enthielten sich die USA und Großbritannien der Stimme, da sie den Hinweis auf Sanktionen in der Resolution bemängelten und die gewählte Sprache als zu barsch empfanden, zumal sie die ,,Offerte'' Südafrikas auf einen Waffenstillstand'' als positives Entgegenkommen werteten (6).

Südafrika machte im Dezember — zu Beginn seiner Aggression — den ,,Vorschlag'', seine Truppen vom 31. Januar (!) 1984 an zunächst für einen Monat aus dem Grenzgebiet abzuziehen und seine Kampfhandlungen einzustellen, wenn sich angolanische, kubanische und SWAPO-Einheiten ebenfalls aus dem Grenzgebiet zurückziehen würden. In einem Brief des angolanischen Präsidenten Jose E. dos Santos an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar ging Angola auf das ,,Angebot'' des Waffenstillstands ein, setzte jedoch klare Bedingungen.

Es forderte den Abzug aller südafrikanischen Truppen aus Angola und eine ernste Zusage von Pretoria innerhalb von 15 Tagen nach Beginn des Waffenstillstandes UN-überwachte Wahlen in Namibia einzuleiten und keine konfliktfremden Vorbedingungen zu stellen (7), gemeint waren die Verknüpfung der Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola.

Südafrika, daß diese ,,Offerte'' nur als diplomatisches Ablenkungsmanöver startete, verstummte, ist es doch an einer Namibia-Lösung im Sinne der UN-Resolutionen nicht interessiert.

Die UdSSR forderte Südafrika zum ersten Mal seit vielen Jahren in einer scharfen, direkten Note auf, seine Invasion in Angola und die Unterstützung für die UNITA einzustellen und machte deutlich, daß es Angola jede Hilfe zukommen lassen wird, die es benötigt (8). TASS meldete am 13. Januar, daß die UdSSR und Kuba ihre Verteidigungshilfe für Angola erhöhen werden (9).

Die USA, die mit ihrer Grenadainvasion nach Aussage des südafrikanischen Oberkommandierenden Viljoen der Politik Südafrikas weiteren Auftrieb gegeben hatte, heuchelte zwar Besorgnis über die Kämpfe im Süden Angolas, verurteilte jedoch nicht einhellig die südafrikanische Invasion. Allerdings wies sie eine Parallele zwischen der südafrikanischen Invasion und der

trieb gegeben hatte, heuchelte zwar Besorgnis über die Kämpfe im Süden Angolas, verurteilte jedoch nicht einhellig die südafrikanische Invasion. Allerdings wies sie eine Parallele zwischen der südafrikanischen Invasion und der

amerikanischen Invasion auf Grenada mit der Begründung zurück, daß im Gegensatz zu Grenada in Angola niemand Südafrika zu Hilfe gerufen hätte (10). Diese Rolle wird in Zukunft sicherlich die UNITA übernehmen.

Militärische Überfälle seit der Unabhängigkeit Angolas

In der Endphase des Befreiungskampfes, als die Portugiesen sich immer mehr aus Angola herauszogen, versuchten die prowestlichen ,,Befreiungsbewegungen'' FNLA und UNITA mit großer Unterstützung aus Zaire, Südafrika und den USA, die MLPA bei ihrem Einzug in Luanda und der Ausrufung der Unabhängigkeit zu hindern. Damals startete Südafrika im Oktober 1975 an der Seite der UNITA eine massive militärische Invasion, die von der MPLA nur durch zu Hilfe gerufener kubanischer Truppen im Frühjahr 1976 zurückgekämpft werden konnte. Neben der militärischen Niederlage mußte Südafrika auch politische Schlappen hinnehmen.

Das US-Parlament beschloß, UNITA und FLNA nicht weiter zu unterstützen. Außerdem verurteilte der Weltsicherheitsrat damals einstimmig die südafrikanische Invasion und forderte Südafrika zur Entschädigung auf. Statt mit Zahlungen begann Südafrika im Juni 1976 mit neuen Kampfhandlungen, was die VR Angola dazu bewegte, die kubanische Hilfe solange in Anspruch zu nehmen, bis Südafrika sich aus dem widerrechtlich besetzten Namibia zurückzieht.

Bei ihren ständigen Überfällen auf angolanisches Territorium schreckten die Rassisten nicht davor zurück, Gift, Napalm und Splitterbomben gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen.

Unvergessen bleibt der 4. Mai 1978, als südafrikanische Kampfflugzeuge 600 Flüchtlinge — überwiegend Frauen und Kinder — in Kassinga ermordeten und über 600 verwundeten. Kassinga ist ein kleines Dorf im Süden Angolas, wohin über 3.000 namibische Flüchtlinge geflohen waren, um der südafrikanischen Unterdrückung in Namibia zu entgehen.

Am 26. Februar 1979 starben 198 zimbabwische Flüchtlinge und 600 wurden verwundet, als die Südafrikaner zusammen mit rhodesischen Streitkräften eine Flüchtlingsschule in Boma in der Moxico-Provinz bombardierten. Im Juni 1980 startete Südafrika eine Invasion, bei der 3.000 südafrikanische Soldaten 140 km weit nach Angola eindrangen und 378 Zivilisten und 38 Soldaten töteten und 32 verwundeten.

Eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verurteilte das rassistische Regime wegen einer anhaltenden bewaffneten Invasion in die VR Angola und forderte Südafrika auf, Angola eine Entschädigung zu zahlen. Südafrika ignorierte diese Resolution wie gehabt und führte seine Aggressionspolitik fort. Im Januar 1981 verließ Südafrika die Genfer Namibia-Konferenz mit der Begründung, die Vereinten Nationen seien nicht unparteiisch und startete in selben Monat starke Luft- und Bodenangriffe auf Angola.

Am 23. August 1981 begannen die
mit der Begründung, die Vereinten Nationen seien nicht unparteiisch und startete in selben Monat starke Luft- und Bodenangriffe auf Angola.

Am 23. August 1981 begannen die südafrikanischen Streitkräfte die Operation ,,Protea''. 11.000 Soldaten mit starken Panzer- und Panzerwagenverbänden bei massiver Luftunterstützung von ungefähr 90 Flugzeugen und Hubschraubern drangen bis zu 250 km weit nach Angola ein und richteten unvorstellbares Leid an.

Städte und Dörfer im südlichen Angola wurden ausradiert, städische Zentren, die weiter im Norden lagen, wie Cahama und Chibemba, wurden heftig bombardiert. Über 160.000 Menschen wurden heimatlos und mußten in nördlichere Teile Angolas fliehen. Die ökonomischen und sozialen Verluste waren extrem hoch. 206 Soldaten und 158 Zivilisten wurden getötet, 470 Soldaten und Ziivilisten verwundet und über 1.000 Soldaten vermißt.

Wieder wurde eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verfaßt, und wieder wurde die Invasion verurteilt, der Rückzug südafrikanischer Truppen und Entschädigungszahlungen an Angola verlangt. Diesmal wurde die Resolution erst gar nicht angenommen, sondern durch das Veto der USA, die jetzt durch Reagan geführt wurde, abgelehnt.

Seit dieser Invasion hält Südafrika 55.000 qkm (ein Gebiet fast doppelt so groß wie Belgien) in der Cunene-Provinz im Süden Angolas bis zum heutigen Tage besetzt, um Angola von der Wasserversorgung des Cuneneflusses abzuschneiden, SWAPO-Bewegungen zu kontrollieren und die UNITA effektiver zu unterstützen.

Am 30. November 1981 unternahm Südafrika einen Sabotageanschlag auf die Ölraffinierie in Luanda, wofür zwar die UNITA die Verantwortung übernahm, alle Anzeichen aber dafür sprachen, daß diese Aktion von einer südafrikanischen Kommandoeinheit ausgeführt wurde, die per U-Boot kam. Absicht war es, die angolanische Wirtschaft zu schwächen, die UNITA aufzuwerten und die Benzinlieferungen an die gegen südafrikanische Streitkräfte kämpfenden Truppen im Süden Angolas zu unterbrechen. Der Gesamtschaden betrug 36,55 Mio. Dollar. (11)

Im Juni 1982 führte Südafrika eine weitere Invasion durch, die an Dauer und Umfang der Invasion von 1981 entsprach.

Die Folgen der Destabilisierungspolitik

Nach der Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit 1975 standen die fünf Millionen Einwohner Angolas vor den Trümmern der fast fünfhundert Jahre währenden Kolonialherrschaft Portugals.

Angola ist zwar reich an Bodenschätzen wie Öl, Diamanten, Eisenerz, Kupfer, Gold, Mangan, Uran, Phosphat usw., ist aber unter der Kolonialherrschaft über ein schwach entwickeltes Agrarland mit einer bedeutenden extraktiven Industrie (rohstoffabbauende Industrie, Anm. Red.) nicht hinausgelangt.

Zwar gehörte das Land mit einem Bruttosozialprodukt von mehr als drei Mrd. Dollar im Jahre 1973 zu den relativ ,,entwickelten'' Staaten im südlichen Afrika, doch war seine wirtschaftliche Ausrichtung vollständig den Interessen der Kolonialmacht und anderen imperialistischen Staaten untergeordnet. Der wirtschaftliche Aufschwung beruhte fast ausschließlich auf dem Export von Mineralien und Agrarprodukten wie Kaffee, Zucker und Sisal. Investitionen in den Binnenmarkt wurden kaum vorgenommen, höchstens in der verarbeitenden Industrie, die Konsumgüter des ,,gehobenen Bedarfs'' für die 5% Portugiesen im Lande produzierten.

Die Angolaner selbst hatten keinen Anteil am Reichtum ihres Landes. Unterernährung und hohe Kindersterblichkeit, 90% Analphabeten, eine Lebenserwartung von 35-40 Jahren und eine kaum vorhandene Gesundheitsversorgung (es gab nur 178 Ärzte in Angola) bestimmten ihr Leben; acht von zehn Angolanern lebten von der Subsistenzwirtschaft (Landwirtschaft lediglich für den Eigenbedarf, Anm. Red.) auf dem Lande. Der Bürgerkrieg und vor allem die Kampfhandlungen in der Endphase des Krieges zerstörten das Land weitgehend.

Nach der Vertreibung der Kolonialherren befand sich die Volkswirtschaft in einem katastrophalen Zustand. Industrie und Landwirtschaft produzierten nur noch 10 bzw. 25% des Volumens von 1973. In der Landwirtschaft waren die Maschinen zerstört, die empfindlichen Kaffeekulturen durch den Krieg schwer geschädigt. 70% der Fischereiflotte wurde ins Ausland geschmuggelt und zerstört. Die Eisenbergwerke waren stillgelegt und die Diamantenförderung beträchtlich reduziert, außerdem wurden monatlich im Wert von 4 Mio. Dollar Diamanten ins Ausland geschmuggelt. 80% der weißen Fachkräfte verließen das Land. 20.000 LKWs (80% des Bestandes) wurden zerstört oder beschädigt, über 130 Brücken zerstört, so daß die Eisenbahnen nicht verkehren konnten.

Dieses Erbe bestimmt bis zum heutigen Tage die Probleme beim Aufbau eines sozialistischen Angolas. Hinzu kamen, wie vom ZK der MPLA ausgeführt wurde, die Unmöglichkeit die notwendigen Kader in kurzer Zeit bereitzustellen, ,,Naturkatastrophen und subjektiven Faktoren, wie eine ungenügende Aktion, wenig Dynamik und manchmal Unkorrektkeit, sogar von seiten verantwortlicher Funktionäre''. Insbesondere aber wurde der sozialistische Aufbau des Landes von den ständigen Aggressionsakten der südafrikanischen Rassisten und Sabotageunternehmen konterrevolutionärer Banden behindert. (12)

Nicht die Bekämpfung der SWAPO, die in Namibia kämpft, ist das vorrangige Ziel Südafrikas, sondern Angola selbst, wie Präsident Dos Santos immer wieder deutlich macht: ,,Wir wissen, daß wir nicht wegen unserer Unterstützung für die SWAPO durch Südafrika angegriffen werden, ... das Hauptziel des Imperialismus bleibt die Zerstörung der Revolution.'' (13)

Seit 1976 sind tausende von Angolanern getötet worden. Nach Schätzungen gibt es 350.000 bis 700.000 Flüchtlinge, die durch die südafrikanischen Überfälle und die UNITA-Terroraktionen überwiegend aus den südlichen und südöstlichen Teilen des Landes in den Norden flüchteten und dort in die Städte und Flüchtlingslager strömten. Die Hilfsorganisationen sind diesem Ansturm nicht gewachsen. Die Lage in den Flüchtlingslagern ist gekennzeichnet von Wassermangel, extremer Lebenmittelknappheit und vielen Infektionskrankheiten. In dieser angespannten Situation kommt es vor, daß Flüchtlinge ihre Probleme ,,selber in die Hand nehmen'', sich in Banden zusammenschließen und z.B. Lebensmitteltransporte übrfallen.

Mit den Flüchtlingen aus den Nachbarstaaten wie Namibia, Südafrika (ungefähr 70.000) und den nach der Befreiung zurückkehrenden Flüchtlingen aus Zaire etc. gibt es heute annähernd eine Mio. Flüchtlinge in Angola, bei sieben Mio. Einwohnern, die mit Obdach und Lebensmitteln versorgt werden müssen. (14)

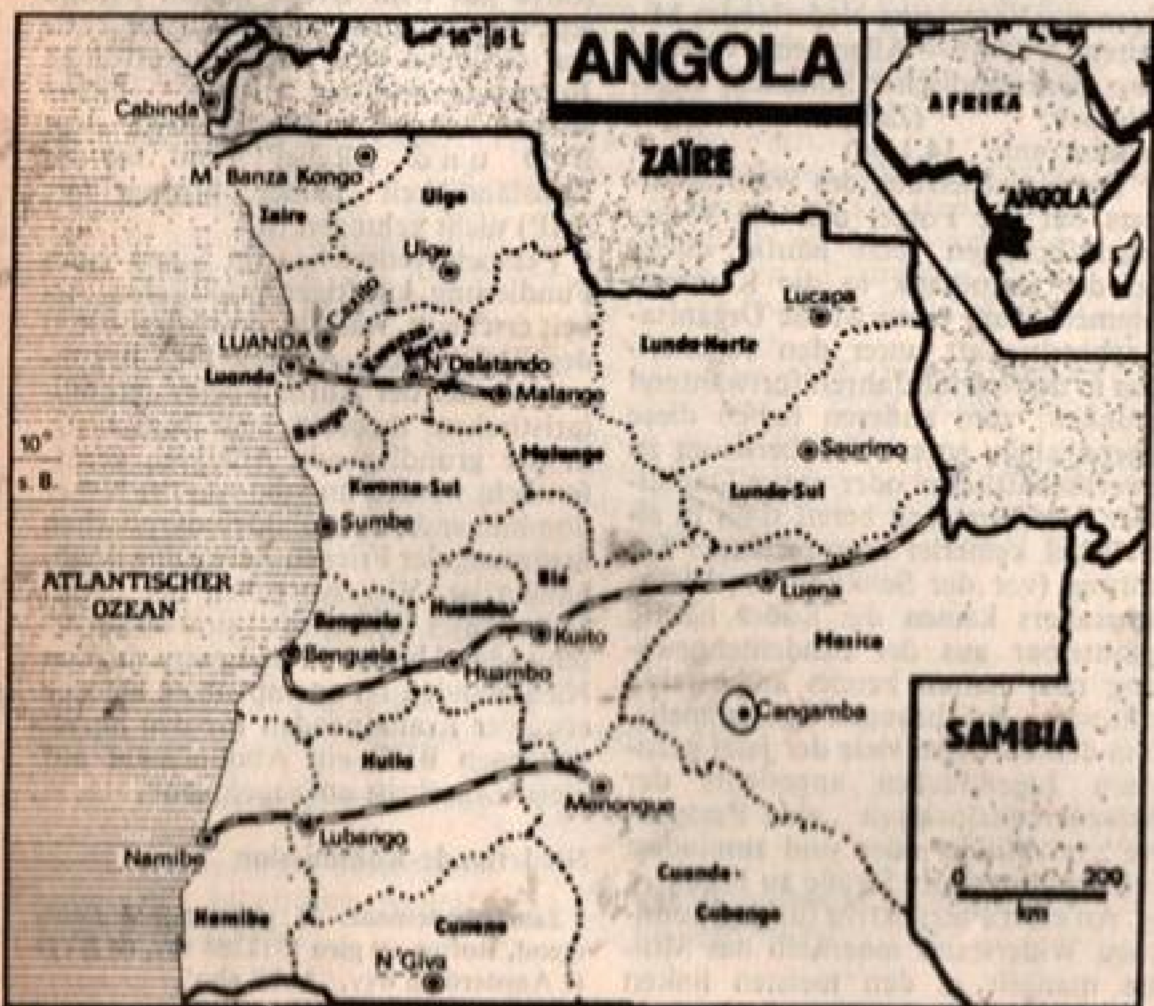
Der Schaden, der bei den Zerstörungen — gesprengten Brücken, Straßen und Eisenbahnen, bombardierten Schulen, Krankenhäusern, Tanklagern, Verwaltungsgebäuden und Wohnhäusern — 1975 bis 1981 angerichtet wurde, wird auf 7,6 Mrd. Dollar geschätzt. Die Not, die Verzweiflung und das Leiden, denen die Menschen ausgesetzt waren, lassen sich allerdings nicht in Zahlen ausdrücken.

Der Krieg führte auch dazu, daß sich die landwirtschaftliche Produktion im-



Zur Erinnerung: Als Regierungs-SPD auf Seiten der proimperialistischen UNITA! Dem damaligen MPLA-Präsidenten Neto die kalte Schulter gezeigt, der UNITA das Haus weit geöffnet. SPD Staatsminister Wischnewski mit dem seinerzeitigen UNITA-,,Außenminister'' Nzau Puna im Mai 1975 in Bonn. Auf dem Treffen ebenfalls anwesend: (hier nicht im Bild) AA-Afrika-Chef Dr. Müller und ein Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sambia.

Zur Erinnerung: Als Regierungs-SPD auf Seiten der proimperialistischen UNITA! Dem damaligen MPLA-Präsidenten Neto die kalte Schulter gezeigt, der UNITA das Haus weit geöffnet. SPD Staatsminister Wischnewski mit dem seinerzeitigen UNITA-,,Außenminister'' Nzau Puna im Mai 1975 in Bonn. Auf dem Treffen



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

mer mehr verschlechterte. So schlachteten die Südafrikaner 1976 auf ihrem Rückzug im Süden sämtliches Vieh oder trieben es nach Namibia; die wiederaufgebaute Rinderzucht, der wichtigste landwirtschaftliche Sektor in diesem Gebiet, wurde durch die Invasionen seit 1981 wieder zerstört, so daß Angola heute Rindfleisch aus Botswana einführen muß. Insgesamt hat sich die Ernährungssituation durch Vertreibung, Flucht und Furcht der Bauern vor der südafrikanischen Armee und der UNITA derart verschlechtert, so daß heute 50% aller Einfuhren Angolas Lebensmittel sind. (15)

Zu einem Großteil deckt Angola seine Deviseneinnahmen durch Erdölexporte, im wesentlich geringerem Maße durch Diamanten- und Kaffeexporte. Durch die fallenden Weltmarktpreise in den letzten Jahren hatte es 1982 allerdings ein Loch von 2 Mrd. Dollars in der Zahlungsbilanz aufzuweisen, was es zu Kreditverhandlungen mit westlichen Banken gezwungen hat.

Der unerklärte Krieg Südafrikas zwingt Angola Verteidigungskosten auf, die 50% seines Gesamthaushaltes ausmachen.

Die UNITA

Die UNITA wurde in den letzten Jahren wieder vom Westen und speziell von Südafrika zur „Befreiungsbewegung" gegen die „erfolglose marxistische MPLA-Regierung" ausgebaut und mit Geld, Waffen und logistischer Hilfe stark unterstützt.

sche MPLA-Regierung" ausgebaut und mit Geld, Waffen und logistischer Hilfe stark unterstützt.

Deutlichste Anzeichen dieser Unterstützung sind die unzähligen Reisen des UNITA-Führers Savimbi in die westlichen Hauptstädte, die Wiederaufnahme der Unterstützung durch die USA, die Eröffnung eines UNITA-Büros in Bayern und nicht zuletzt eine großangelegte Kampagne in den westlichen Medien, die die UNITA als eine vom Volk unterstützte „Befreiungsbewegung" beschreibt.

Die angolanische Regierung ihrerseits spielte die Bedeutung der UNITA lange Zeit herunter und sprach von einer kleinen, unbedeutenden konterrevolutionären Bande. Daß die UNITA für die MPLA-Regierung längst eine ernsthafte Gefahr darstellt, beweisen u.a. die große militärische Offensive, die die angolanische Armee seit September gegen die UNITA in vielen Provinzen durchführt und die scharfe Aufforderung der UdSSR an Südafrika, die Hilfe für die UNITA einzustellen. Auf Grund der mangelnden Infomation aus Angola ist es weitgehend der Spekulation überlassen, ob mensch von einer Unterstützung der UNITA in Teilen der Bevölkerung ausgehen muß oder ob sie ihre Existenz ausschließlich dem Rassistenregime verdankt (Bisher haben diejenigen, die der UNITA eine gewisse Verankerung zusprechen, Mühe, ihre These mit Fakten, Ereignissen etc. zu erhärten).

Während Südafrika Angola in regelmäßigen Abständen mit Überfällen, Bombardierungen und großangelegten Invasionen überzieht, nutzt die UNITA diese (abgesprochenen) Aktionen, um ihren „Einfluß" auszuweiten. Südafrika versucht, die angolanische Armee aus den südlichen und südöstlichen Provinzen zu vertreiben, um dort die UNITA als „Staat im Staate" einzusetzen und sodann der Weltöffentlichkeit „befreite" Gebiete zu präsentieren. Ebenfalls mit militärischer Unterstützung Südafrikas versucht die UNITA sich auch in weit von der namibischen Grenze entfernt gelegenen Gebieten zu etablieren. Im August 1983 wurde Cangamba überfallen. Diese Stadt liegt ungefähr 500 km von der Grenze Namibias entfernt in der Provinz Moxico und ist von großer strategischer Bedeutung, da von dort die Diamantengebiete Angolas überfallen werden können. Im August starteten ungefähr 3.000 Mann starke UNITA- und Söldnertruppen einen Angriff auf Cangamba, der jedoch von der angolanischen Armee zurückgeschlagen werden konnte.

Um das angestrebte Ziel dennoch zu erreichen, bombardierten am 14. August acht südafrikanische Flugzeuge (vier Camberras und vier Impalas) die Stadt, wobei sie auch Phosphor- und Napalmbomben einsetzten. Die Stadt wurde restlos zerstört. Die Bomber kamen vermutlich von der Rundu-Basis direkt an der angolanischen Grenze. (16) Den so gewonnenen Spielraum nutzt die UNITA dann für weitere Sabotageakte, wobei ihr die südafrikanische Armee durch logistische Hilfe die notwendige Unterstützung gibt, wie z.B. der Transport eines Sabotagekommandos im Hubschrauber zum Einsatzgebiet. Durch diese Unterstützung ist die UNITA heute in der Lage über die südöstlichen Ausgangsprovinzen hinaus, Sabotageaktionen in den ländlichen Teilen der Provinz Bie, Huambo und Benguela durchzuführen. Bevorzugtes Ziel ihrer Anschläge ist dabei die Benguela-Bahn, die Angola mit den Kupfer- und Erzgebieten Zaires und Sambias verbindet.

Die UNITA bekannte sich Ende Juli 1983 zu einem Bombenanschlag auf einen Personenzug der Benguela-Bahn, bei dem nach ihren eigenen Angaben 78 Menschen ums Leben kamen und 319 verletzt wurden. (17)

Außerdem soll die UNITA bisher etwa 100 Lokomotiven und ungefähr 600 Waggons beschädigt haben, so daß die Kupfer- und Kobaltexporte von Sambia und Zaire immer häufiger über Südafrika verschifft werden müssen. (18) Bei einem Überfall auf Alto Catumbela in der Provinz Benguela zerstörte die UNITA am 12.3.83 fünf Brücken und zwei Fabriken und kidnappte 66 Tschechen und 24 Portugiesen, unter ihnen 21 Kinder. (19)

Mit dem Kidnappimg überwiegend ausländischer Personen, die in Angola arbeiten, versucht die UNITA die Weltöffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen und gleichzeitig ausländische Berater und Investoren zu verunsichern.

Daß die UNITA mehr mit Schlagzeilen in den westlichen Zeitungen liebäugelt als mit den den Sympathien der angolanischen Bevölkerung, zeigt ihr widerwärtiges Prahlen mit dem angeblichen Abschuß einer Boeing 737 der angolanischen Fluggesellschaft TAAG im November 83, bei dem 126 Menschen ums Leben kamen, (20) und der erst in den darauffolgenden Tagen von der angolanischen Regierung als Absturz auf Grund technischen Versagens auf-

den darauffolgenden Tagen von der angolanischen Regierung als Absturz auf Grund technischen Versagens auf-

geklärt werden konnte. Dadurch wird deutlich, daß die UNITA und die westlichen Medien allein ein Interesse daran hatten, ein Bild zu zeichnen, in dem die MPLA die Kontrolle über das Land verloren habe, während der Tod der Insassen diesmal keine Krokodilstränen hervorrief. (Mensch vergleiche den Aufschrei der Empörung nur 2 Monate vorher beim Abschuß der koreanischen Boeing durch die UdSSR).

Die Destabilisierungspolitik Südafrikas und einer Marionette UNITA haben es bisher offenbar nicht vermocht, die VR Angola militärisch ernsthaft zu gefährden. Südafrika konnte auch diesmal die angolanischen Verteidigungslinien nördlich der Cuneneprovinz nicht überrennen. Auch brauchte die angolanische Regierung bisher nicht auf die kubanischen Truppen zurückzugreifen; dennoch sind sie für Angola eine wesentliche Sicherheitsgarantie und ihr Abzug würde Südafrika in seiner Politik der „totalen Strategie" nur noch weiter ermuntern. Andererseits ist die militärische Eskalation soweit gediehen, daß zu befürchten ist, daß Südafrika mit Rückendeckung der USA von einer Ausweitung des Konfliktes nicht zurückschrecken wird.

In jedem Fall ist Angola auf neue Waffenlieferungen angewiesen, die seine ohnehin schon auf Kriegswirtschaft umgestellte Ökonomie schwer belasten wird, so daß zu befürchten ist, daß Angola auch ohne weitere militärische Eskalation zu Kompromissen gezwungen sein wird. Seine hohe Auslandsverschuldung, die hohen Nahrungsmittelimporte und die hohe Abhängigkeit seiner Exporte vom Westen (1982 gingen 54% seines Exportes nach Amerika, 43% nach Westeuropa, 2% nach Osteuropa und nur 0,7% in afrikanische Länder) verstärken immer mehr diesen Druck. In dem für imperialistische Politik typischen Wechselspiel von Kriegsführung und „Verhandlungslösung" der Achse Washington-Pretoria muß Südafrika den ersten Part übernehmen, während die USA (die die MPLA-Regierung immer noch nicht diplomatisch anerkannt haben) momentan wieder mit Angola ins Gespräch kommen wollen, um dessen schwierige Situation für möglichst weitgehende Zugeständnisse auszubeuten.

1) Spiegel 1/84
2) Daily News, Tansania, 6.1.84
3) FT, 30.12.83
4) DN, 6.1.84
5) Spiegel, 1/84
6) DN, 9.1.84
7) DN, 5.1.84
8) FR, 5.1.84
9) DN, 14.1.84
10) TAZ, 2.1.84
11) „Der Krieg des Apartheidsystems gegen Angola", M. Holness, Okt. 83
12) „Zur Ökolgischen Entwicklung der VR Angola", W. Berg, 1981
13) Jornal de Angola, 14.9.82
14) ISSA 9/10 82
15) ISSA 9/83
16) ISSA 10/11 83
17) ISSA 9/83
18) TS, 3.9.83
19) ISSA 9/83
20) TAZ, 17.11.83

Imperialismus-Kommission

BWK und KPD/ML beschließen gemeinsame Zeitung

Zwischen dem BWK (Linksabspaltung des KBW) und der KPD/ML (älteste ML-Gruppe der BRD) ist seit vielen Monaten ein Annäherungsprozess auf dem Weg, der jedoch alles andere als störungsfrei und gradlinig verläuft. Diese Störungen sind mutmaßlich in erster Linie auf Existenzängste der in letzter Zeit arg geschwächten und kaum noch aktionsfähigen KPD/ML gegenüber dem vor allem politisch-theoretisch deutlich stärkeren Partner zurückzuführen.

Mit dem am 15. Januar vereinbarten Beschluß, eine „gemeinsame Publikation der revolutionären Sozialisten" herauszugeben, ist kürzlich dennoch ein wichtiger Schritt zu einem engeren Zusammenschluß getan worden. Die „gemeinsame Publikation" soll jeweils ein Schwerpunktthema behandeln und als Beilage zu den bestehenden Presseorganen der beteiligten Gruppen verbreitet werden. Als Träger einer gemeinsamen Redaktion stehen bisher der BWK und die KPD/ML fest. Einige weitere linke Gruppen, darunter

der BWK und die KPD/ML fest. Einige weitere linke Gruppen, darunter

auch der KB, sind zur gleichberechtigten Mitarbeit herzlich eingeladen. Interesse daran scheint in erster Linie bei der kleinen anarchistischen Gruppe FAU zu bestehen, die schon bisher an Debatten zwischen BWK und KPD/ML beteiligt war.

Eine Definition von Zweck und Form der „gemeinsamen Publikation" ist in dem Herausgabe-Beschluß nicht zu finden. Selbst die an sich zweifelsfreie Übereinstimmung, daß es sich um eine „t h e o r e t i s c h e Zeitschrift" handeln soll, ist — versehentlich oder bewußt? — nicht in dem Beschluß erwähnt. Die zu behandelnden Themen sind mit „aktuelle Fragen des Klassenkampfes" nur vage skizziert und mit den Beispielen 35-Stunden-Woche, Perspektiven der Friedensbewegung oder EG-Wahlen auch nur sehr dürftig angedeutet. Wenn man sehr gutwillig ist, kann man die offensichtliche Kargheit des Beschlusses wohl so interpretieren, daß einfach der Arbeit der zu bildenden gemeinsamen Redaktion nicht vorgegriffen werden soll. Mindestens ebenso nahe liegt aber der Verdacht, daß diese Kargheit mit den Problemen im Zusammenkommen von BWK und KPD/ML zu tun hat.

Da wir zu denjenigen gehören, die zur Mitarbeit an der „gemeinsamen Publikation" eingeladen sind, und da für uns der Vorschlag nicht so völlig abwegig ist, daß wir schweigend darüber hinwegsehen könnten, sind einige Anmerkungen angebracht. Dem Projekt ist anzusehen — auch wenn das im Herausgabe-Beschluß mit keinem Wort Erwähnung fand —, daß es zusammenhängt mit Wünschen nach einem engeren Zusammenrücken der „revolutionären Sozialisten". Wobei dieser Begriff eher großzügig als eng gemeint ist. Aus unserer Sicht sogar ganz entschieden z u großzügig, was etwa die Aufnahme der Marxistischen Gruppen und der MLPD in diese Begrifflichkeit angeht. (Daß großer Schaden nicht zu befürchten ist, weil weder die MG noch die MLPD zu dieser Art von Blockbildung Lust haben, macht die Definition der „revolutionären Sozialisten" mehr zu einem theoretischen als zu einem praktischen Problem).

Eine regelmäßige Spezialpublikation (bzw. richtiger: Beilage), die sich im wesentlichen wohl doch an d i e j e n i g e n wenden wird, die ohnehin schon von den Veröffentlichungen zumindest einer der beteiligten Gruppen erreicht werden, wäre überflüssig, wenn sie nicht von vornherein darauf ausgehen würde, die Debatte z w i s c h e n den beteiligten Strömungen voranzubringen. Das heißt, sie müßte — nicht ausschließlich, aber doch zu einem erheblichen Teil, nicht bloß marginal — die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Beteiligten überschaubar und diskutierbar machen. Da außerdem offensichtlich ist, daß es bei dem Projekt um ein engeres Zusammenrücken gehen soll (denn nur vor diesem Hintergrund macht der Vorschlag überhaupt Sinn und so ist er ja auch gemeint), ergibt sich ein weiteres Argument dafür, daß die „gemeinsame Publikation" ihrem Wesen nach ein Diskussionsforum der sie tragenden Strömungen sein müßte. Wenig Nutzen hat hingegen unserer Ansicht nach ein Block-Organ wie die „Modernen Zeiten", das lediglich nach außen gewendet argumentiert, Debatten über die zweifellos vorhandenen Differenzen zwischen den Trägern der Zeitschrift jedoch gar nicht erst aufkommen läßt. (Soweit überhaupt, lassen sich solche Differenzen dort nur indirekt erschließen).

Wir haben deshalb, in einem früheren Stadium auf unsere Ansichten zu der geplanten „gemeinsamen Publikation" befragt, so argumentiert: V o r a u s s e t z u n g für die Herausgabe einer gemeinsamen (theoretischen) regelmäßigen Zeitschrift (bzw. Beilage) müßte sein, daß sich die Träger erst einmal darüber verständigen, wie zwischen ihnen die politisch-theoretische Debatte überhaupt organisiert werden kann. (Unsere besonderen Bedenken ergaben sich aus der Tatsache, daß die KPD/ML als hochgradig debattenscheu bekannt ist und daß auch der BWK mit öffentlichen politisch-

BWK mit öffentlichen politisch-

theoretischen Auseinandersetzungen eher zurückhaltend ist). Der erste Schritt hätte darum unserer Ansicht nach darin bestehen müssen, daß die Beteiligten sich zusammensetzen, um sich Klarheit und Übereinstimmung zu verschaffen, welches die wichtigsten zwischen ihnen zu diskutierenden Streitpunkte sein müßten. Die Notwendigkeit, so und nicht anders vorzugehen, ergibt sich vor allem gegenüber der KPD/ML, die in ihrer Stellung zur „nationalen Frage" und „Deutschlandpolitik", in ihrer zugespitzten Feindschaft gegen die Sowjetunion, in ihren Sprüchen zum „Ringen der Supermächte" und folglich auch in der Beurteilung der in der Friedensbewegung umstrittenen Fragen weit neben dem liegt, was zwischen KB und BWK als gemeinsame Auffassungen zu erkennen ist. Diese Widersprüche werden selbstverständlich auch vom BWK deutlich gesehen. Unser Eindruck ist jedoch, daß der BWK angesichts der Schwäche und Krise der KPD/ML den Konflikt eher durch zurückhaltendes „Aussitzen" als durch direktes Anpacken aus der Welt zu schaffen hofft.

Wir werden bei dieser Lage der Dinge unsere Mitarbeit zu einzelnen Schwerpunktthemen von Fall zu Fall anbieten, sofern uns das Thema geeignet erscheint und sofern deutlich ist, daß eine kontroverse Debatte stattfinden kann.

Iran: Fünf Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes

Man mag die iranische Revolution an ihrem 5. Jahrestag kaum feiern, die zum Sturz der Schah-Diktatur führte und den US-Imperialismus seiner stärksten Bastion im Mittleren Osten beraubte. Zu bitter sind die Erfahrungen, die die Völker im Iran in den fünf Jahren machen mußten, in denen unter Führung Khomeinys ein neues Terror-Regime etabliert wurde, das die neuen Machthaber mit ihrer eigenen Interpretation des schiitischen Islam legitimierten.

,,Was ist gewesen außer der blutigen Unterdrückung der ethnischen, politischen und religiösen Minderheiten, außer durch Mord, Folter und Einkerkerung durchgesetzten Unterbindung der demokratischen Rechte, außer weiterer Einschränkung der Frauenrechte, außer eines wirtschaftlichen Bankrotts und einer außenpolitischen Kapitulation?'', faßte ein iranischer Oppositioneller die Entwicklung zusammen (1).

Schon im Sommer 1977 prangerten Intellektuelle, Liberale und Linke in öffentlichen Protestbriefen und Petitionen die Diktatur des Schah, und insbesondere die Machenschaften des berüchtigten Geheimdienstes SAVAK an. Bekannte bürgerliche Oppositionelle gründeten unter Vorsitz Bazargans die ,,Gesellschaft zur Verteidigung der Freiheit und Menschenrechte'', die Nationale Front trat ebenfalls an die Öffentlichkeit und forderte die Rückkehr zur Verfassung, nicht die Abschaffung der Monarchie. Zu ersten massenhaften Protesten kam es erst am Ende dieses Jahres in der Polytechnischen Universität Teherans im Rahmen von Dichterlesungen, die in politische Protestveranstaltungen umfunktioniert wurden. In Qom, dem religiösen Zentrum des Schiismus im Iran, fanden Anfang Januar 1978 Sympathie-Demonstrationen für Khomeiny — damals noch im Exil in Irak — statt. Anlaß war ein gegen Khomeiny gerichteter Zeitungsartikel des damaligen Informationsministers. Wegen der Morde der Schah-Truppen auf dieser Demonstration kam es zu weiteren Demonstrationen auch in anderen Städten Irans, insbesondere in Täbriz und Teheran. Die Feuerkatastrophe im Rex-Kino in Abadan (19.8.79), bei der 700 Menschen uns Leben kamen, führte zu neuen Protesdemonstrationen.

Das Schah-Regime versuchte mit verschiedenen Zugeständnissen an die Geistlichkeit und mit der Ablösung des Premierministers Amouzgar durch den aus religiöser Familie stammenden Scharif Emami die Opposition zu beschwichtigen. Aber es war zu spät.

Am Ende des Fastenmonats Ramadan gingen die Menschen wieder massenhaft in vielen Städten auf die Straße, forderten immer häufiger die Rückkehr Khomeinys, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Abdankung des Schah und auch schon vereinzelt die Errichtung einer ,,Islamischen Republik. Für den 7.9. riefen die Mullahs, die Nationale Front und verschiedenen politische Gruppierungen zu einem Generalstreik und zu einer Großdemonstration auf, an der zwei Millionen Menschen teilnahmen. Das Kriegsrecht wurde verhängt, und als sich trotzdem die Menschen am nächsten Tag auf dem Jaleh-Platz in Teheran versammelten, richtete die Schah-Armee ein Blutbad an: 4.000 Tote! Von nun an ließen sich die Menschen durch Waffengewalt nicht mehr einschüchtern, was sicherlich auch mit der religiösen Mystifizierung des Märtyrertodes zusammenhängt. Streiks — insbesondere in der Ölindustrie — folgten bis zur Einsetzung der Militärregierung unter General Azhari Anfang November. An den beiden schiitischen Trauertagen Tasura und Ashura gingen 60 % der iranischen Bevölkerung auf die Straße. Der Schah setzte am 1.1.79 wieder eine zivile Regierung unter dem Nationalfront-Mitglied Bakhtiar ein, aber auch das war zu spät. Die Nationalfront schloß Bakhtiar aus, und Khomeiny erklärte von seinem Pariser Exil aus diese Regierung für illegal.

Nach Verbrüderungen zwischen Soldaten und Demonstranten verließ der Schah am 15.1.79 den Iran, Khomeiny kehrte am 1.2.79 zurück und wurde auf dem Teheraner Flughafen und in der Stadt von mindestens 4 Millionen Menschen begeistert empfangen. Er beauftragte Bazargan mit der Bildung einer Gegenregierung. Nach bewaffneten Angriffen auf einen Luftwaffenstützpunkt erklärte die Armee ihre Neutralität, Bakhtiar dankte nach einer Nachtsitzung mit der Armeespitze und Bazargan am 11.2.79 ab.

Khomeiny war zur Integrationsfigur der iranischen Revolution geworden, die von der ganzen — im wesentlichen unbewaffneten — Bevölkerung getragen wurde. Dies lag vor allem daran, daß er als einziger bekannter geistlicher Führer von Anfang an kompromißlos den Sturz der Monarchie gefordert hatte, was dem Willen der meisten Menschen entsprach — im Gegensatz etwa zu dem ebenfalls sehr einflußreichen Ayatollah Schariat-Madari und der Nationalen Front, die nur die Rückkehr zur Verfassung von 1905 propagierten, d.h. Konstitutionelle Monarchie.

Khomeiny hatte allerdings nicht vor — wie im Pariser Exil durchaus angedeutet, und wie es viele Oppositionelle gewünscht und geglaubt hatten — , sich aus der Politik zurückzuziehen. Sein Ziel war die Errichtung einer Islamischen Republik nach seinen speziellen Vorstellungen und Interpretationen des Schiismus. Entgegen der traditionellen Überzeugung des Schiismus, nach der jede weltlich Macht seit dem Verschwinden des 12. Imam — und das ist immerhin schon mehr als tausend Jahre her — illegitim ist, formulierte er den Anspruch auf direkte politische Machtausübung des am höchsten qualifizierten islamischen Rechtsgelehrten (Velajate Faghih) — d.h. Khomeinys — oder eines Gremiums der höchstqualifizierten Rechtsgelehrten — im Falle seines hoffentlich baldigen Ablebens.

Monopolisierung der Macht, das war von Anfang an das Ziel Khomeinys und seiner Anhänger. Und kaum hatte Bakhtiar abgedankt, gingen Khomeiny und Co. daran, unter dem Mantel der Religion jede Oppositionelle Strömung auszumerzen.

Am Tag nach dem Aufstand wurde die Rundfunk- und Fernsehzensur von dem damaligen, inzwischen hingerichteten, Chef dieser Medien, Ghodbzadeh, verhängt, ein wichtiger Schritt in einem Land, in dem die Mehrheit Analphabeten sind. Am 16.2. begannen die Hinrichtungen — zunächst von vier bekannten und verhaßten Schah-Generälen, u.a. SAVAK-Chef Nassiri — ohne jedes öffentliche Verfahren. Dies war nicht nur ein Vorgeschmack auf die späteren massenhaften, willkürlichen Hinrichtungen, sondern sollte auch von vorneherein verhindern, daß SAVAK-Material öffentlich bekannt wurde, schließlich gedachte das neue Regime, sich des Materials und auch teilweise des Apparats beim Aufbau des eigenen Geheimdienstes SAVAMA zu bedienen.

Schon im Februar begannen die Angriffe auf die Minderheiten im Iran, die Autonomie und Demokratie forderten — Autonomieforderungen sind schließlich mit der Vorstellung von der Gemeinschaft aller Muslime nicht zu vereinbaren und Demokratie ist sowieso des Teufels. In Turkmenistan, Khuzistan und Kurdistan wurden hunderte Opfer der Angriffe der ,,Wächter der Revolution'', der Pasdaran. Im August schließlich erklärte Khomeiny den Kurden den ,,totalen Krieg'', seitdem ist Kurdistan immer wieder schweren Angriffen der iranischen Armee und Pasdaran ausgesetzt gewesen.

Alle Forderungen der Massenbewegung gegen den Schah, insbesondere Demokratie, Bildung von Räten in allen gesellschaftlichen Bereichen, Umwandlung der Schah-Armee in eine Volksarmee, wurden von Khomeiny schlicht ignoriert. Dagegen wurde die Bevölkerung, vor allem die großen bewaffneten Organisation wie Volksfedayin und Volksmodjahedin, umgehend zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Die Volksfedayin wurden von ihm schon im Februar als eine ,,gottlose Bande'' bezeichnet und damit praktisch für vogelfrei erklärt. Die Besetzung der US-Botschaft durch Volksfedayin am 14.2. wurde von Khomeiny und anderen Trägern des Regimes verurteilt und durch die Pasdaran beendet.

Sofort nach der Revolution wurde mit dem Aufbau paralleler Machtstrukturen durch Teile der religiösen Kräfte begonnen, die sich in der Islamischen Republik-Partei zusammengeschlossen hatten, deren Führer Ayatollah Beheshti war, der z.B. noch vor dem Umsturz auffallend viele Kontakte mit dem amerikanischen Botschafter Sullivan hatte. Räte, die sich auf allen Ebenen während der Massenbewegung gegen den Schah gebildet hatten, wurden von ,,unislamischen'' Kräften gesäubert und als ,,Revolutionsräte'' in Machtorgane des neuen Regimes umfunktioniert; Schlägertrupps, die sich Hezbollahs (Anhänger der Partei Gottes) nannten, rotteten sich zusammen und griffen Demonstrationen, Kundgebungen, Büros und Zeitungsverkäufer der linken und fortschrittlichen religiösen Kräfte an, überfielen Frauendemonstrationen. Revolutionsgerichte — die schon von Anfang an nach islamischem Gesetz Terrorurteile fällten — wurden neben den noch bestehenden Gerichten eingesetzt, die nach und nach bedeutungslos wurden. Als bewaffneter Arm der neuen Machthaber wurden die ,,Wächter der Revolution'' (Pasdaran) aufgebaut. Über allem thronte der — allen Iranern fast ein Jahr lang unbekannte Revolutionsrat, der auch die Regierung Bazargan kontrollierte. Später wurde bekannt, daß Bazargan und Bani-Sadr von Anfang an Mitglieder in diesem obersten Gremium waren.

Am 30. März ließ Khomeiny die erste Volksabstimmung durchführen: Islamische Republik — ja oder nein. Von nun an konnte umso besser jede oppositionelle Strömung als ,,unislamisch'', als gegen die ,,göttliche Offenbarung'' gerichtet, diffamiert werden. Wer nicht zur ,,Partei Gottes'' gehört, gehört zur ,,Partei Satans'', und wird er gar politisch oder militärisch aktiv, so ,,stiftet er Unheil auf Erden''. Es ist dann eine religiöse Tat, dieses Übel auszumerzen.

Es dauerte allerdings noch mehr als zwei Jahre, bis Khomeiny die Opposition weitgehend ausschalten konnte. Schließlich hatten die linken Organisationen, besonders die Volksfedayin und Volksmodjahedin, zusammen eine nach Millionen zählende Anhängerschaft. In Kurdistan ist es bis heute nicht gelungen. Nach den ,,Wahlen'' zur ,,Expertenversammlung'' im Juli 1979 — islamische Experten, versteht sich — , die die islamische Verfassung ausarbeiten sollte, kamen die nächsten schweren Schläge gegen die Opposition. Die Druckerei von Ayandegan, der größten liberalen Zeitung, wurde geschlossen; nach der am nächsten Tag folgenden großen Protestdemonstration wurden die Büros aller linken Organisationen von Hezbollahs und Pasdaran überfallen und ausgeräumt. Konnten bis dahin linke und liberale Publikationen noch relativ offen auf den Straßen verkauft werden, so waren jetzt schlagartig alle Straßen ,,gesäubert''. Ende August wurden neue Pressegesetze verabschiedet und auf einmal 42 Zeitungen verboten.

Als Khomeinys Sympathie in der Bevölkerung sank, besetzten im November 1979 Studenten der ,,Linie des Imam'' die amerikanische Botschaft. Die dadurch erneut angeheizte Welle des Antiamerikanismus sollte vor allem innenpolitisch ausgenutzt werden, der außenpolitische und enorme wirtschaftliche und finanzielle Schaden wurde bewußt in Kauf genommen. Wichtige Abstimmungen und Wahlen standen bevor: über die Islamische Verfassung (November 1979), die alle Freiheiten durch den Vorrang der islamischen Prinzipien außer Kraft setzte und die Frauen — entsprechend dem Islam — endgültig zu Menschen zweiter Klasse degradierte; die Wahl des Staatspräsidenten im Januar 1980 — Bani-Sadr wurde als Kandidat Khomeinys Präsident und im Februar von Khomeiny sogar zum Oberbefehlshaber der Armee und zum Vorsitzenden des Revolutionsrates ernannt; die Wahlen zum Parlament im Februar und Mai 1980, in der die Islamische Republik-Partei durch Wahlmanipulation die Mehrheit der Kandidaten durchsetzen konnte.

Bani-Sadr, der noch im April 1980 aktiv bei der Schließung der Universitäten mitwirkte, geriet in der Folgezeit immer mehr in Widerspruch zu dem beherrschenden Teil innerhalb der Islamischen Republik-Partei. Er hatte von Anfang an die Besetzung der amerikanischen Botschaft kritisiert und vor dem — damit verbundenen — Aufbau eines parallelen Machtzentrums gewarnt. In seiner Zeitung ,,Islamische Republik'' warnte er schon im Mai vor der Gefahr eines ,,religiösen Faschismus'', er kritisierte die Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen, im November griff er auf einer Kundgebung, zu der eine Million Menschen gekommen waren, Folter und willkürliche Verhaftungen an. Nach Beginn des Krieges gegen den Irak ging er als Oberbefahlshaber nach Khuzistan, um sich Rückhalt in der Armee zu verschaffen. Aber im Grunde hatte er seit den Parlamentswahlen keine Möglichkeit mehr, sich gegen seine Gegenspieler von der Islamischen Republik-Partei durchzusetzen. Als er im März 1981 auf einer Veranstaltung zum Gedenken an Mossadegh (ehemaliger Ministerpräsident, durch CIA-Putsch 1953 gestürzt), die Menschen dazu aufforderte, sich gegen Angriffe der Hezbollahs zur Wehr zu setzen und sie der Polizei zu übergeben, wurde seine Absetzung offen betrieben.

Nach und nach wurden seine Machtbefugnisse beschnitten, seine Zeitung verboten und am 21. Juni setzte das Parlament ihn wegen ,,Amtsunfähigkeit'' ab. Khomeiny bestätigte diese Absetzung einen Tag später. Beheshti erklärte damals: *,,Das iranische Volk muß glücklich sein, in einem System zu leben, in dem man sogar den Präsidenten der Republik anklagen kann.''* (1)

In den letzten Monaten hatte es immer schärfere Angriffe und Übergriffe auf Oppositionelle gegeben. Im April wurde die ,,Demonstration der Mütter'', von den Volksmodjahdin organisiert, mit immerhin 200.000 Teilnehmerinnen von den Pasdaran mit Tränengasgranaten und Maschinengewehrsalven aufgelöst. Die große Demonstration der Volksmodjahedin am Tag vor der Absetzung Bani-Sadrs, am 30. Khordad, entwickelte sich zu einer richtigen Straßenschlacht, viele wurden getötet, noch mehr verletzt.

Sofort setzte die Hinrichtungswelle ein. Gefangene, wie der Schriftsteller Soltanpour, die schon monatelang im Gefängnis saßen, wurden wegen der Beteiligung an der Demonstration hingerichtet. Massenverhaftungen und -hinrichtungen fanden von nun an täglich statt. *,,Wir zögern solange nicht, jeden Tag hunderte zu erschießen, bis dem Wort Allahs in diesem vollständig gefolgt wird, Die islamische Revolution hatte nicht das Ziel Demokratie, Liberalismus und andere westliche Seuchen zu erreichen. Erwartet also nicht, daß wir Mitleid zeigen. Der Islam kennt kein Mitleid mit Abweichlern. Davon sind auch keine neunjährigen Mädchen ausgenommen.''* So äußerte sich der Teheraner Revolutionsstaatsanwalt zu den Massenmorden. Der Terror des Khomeiny-Regimes hat seitdem nicht nachgelassen.

In den beiden folgenden Interviews wird vor allem die Entwicklung seit der Absetzung Bani-Sadrs behandelt. Bahman Nirumand geht vor allem auf die Fragen ein, wie sich das Khomeiny-Regime trotz der Unzufriedenheit in der Bevölkerung und des anfänglich massiven bewaffneten Widerstandes halten konnte und kann, welche Widersprüche es innerhalb des Regimes gibt und welches die notwendigen politischen Schritte sind, um die breite Oppositionsfront gegen das Khomeiny-Regime zu erweitern und die Chancen für einen Sturz des Khomeiny-Regimes zu vergrößern. Bahman Nirumand war bis vor zwei Jahren im Iran und hat dort innerhalb der Demokratischen Nationalfront gearbeitet. Die iranische Genossin ist erst kürzlich aus dem Iran zurückgekehrt und schildert sehr eindringlich, unter welch schweren Bedingungen Oppositionelle, aber auch die iranische Bevölkerung, leben und arbeiten müssen.

Nahost-Kommission

(1) Zitate aus der Broschüre der Frankfurter Iran-Initiative, ,,Iran 1981, Unterdrückung und Widerstand'', aus der auch viele Angaben stammen.

»Khomeiny hat in Paris den Iranern den Himmel auf Erden versprochen — es wurde die Hölle.«

Interview mit **Bahman Nirumand**, Vertreter des Nationalen Widerstandsrates in der BRD und Österreich

Frage: Nach der Absetzung Bani-Sadrs, dem damaligen iranischen Staatspräsidenten, im Sommer 1981, bestand in breiten Teilen der Opposition durchaus die Hoffnung, daß das Khomeiny-Regime in wenigen Monaten gestürzt werden könnte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Das Khomeiny-Regime hat seine Herrschaft stabilisieren können, woran liegt das?

Antwort: Damals, nach dem August '81 sah es ja wirklich so aus, als ob die Zeit des Khomeiny-Regimes zu Ende gehen würde. Und zwar deswegen, weil die Schläge, die die Opposition dem Regime versetzt hat, wirklich sehr harte und vernichtende Schläge waren. Das haben auch später die Führer der Islamischen Republik zugegeben. Z.B. hat der Parlamentspräsident Rafsandjani bei einem der Freitagsgebete gesagt, daß sie plötzlich mit einer Situation konfrontiert waren, in der es weder eine funktionierende Regierung noch ein funktionierendes Parlament gegeben hat. Die Sicherheitskräfte waren von den starken Angriffen der Opposition, vor allem der Volksmodjahedin, ziemlich überrascht. Insofern sah es wirklich so aus, als ob die Stunde des Regimes geschlagen hätte. Aber sie haben sich doch gehalten.

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einerseits ist es den Mullahs gelungen, die Nerven zu bewahren und sich nicht ganz aus der Ruhe bringen zu lassen. Sie haben schnell ihre Kräfte gesammelt und dann mit einer ungeheuren Brutalität zugeschlagen. Wir hörten täglich von 150 bis 200 Hinrichtungen, ganz willkürliche Hinrichtungen, auch auf offener Straße. Die Gefängnisse waren plötzlich überfüllt.

Auf der anderen Seite hat, glaube ich, auch die Opposition Fehler gemacht. Sie hat die Möglichkeiten des Regimes unterschätzt und ist außerdem nicht mit vereinten Kräften vorgegangen. Den Kampf haben in erster Linie die Modjahedin geführt. Die Opposition in ihrer Gesamtheit hat nicht ihre vollen Kräfte ausgeschöpft. Z.B. hat sich Bani-Sadr, wie ich nachträglich erfahren habe, geweigert, die Basis, die er in der Armee durch den Krieg gegen den Irak gewonnen hatte, zu nutzen. Er hat das Angebot, das ihm von den Militärs gemacht wurde, doch etwas zu versuchen, mit dem Hinweis abgelehnt, daß das Volk aufgestanden sei und man deshalb keinen Umsturz von oben zu versuchen brauchte. Die Massen können aber nur dann einen Aufstand riskieren — und die Unzufriedenen bildeten schon eine sehr große Masse —, wenn einerseits das Regime sehr geschwächt ist und nicht so brutal zuschlagen kann, wenn sie andererseits genügend Rückendeckung durch die politischen Parteien und bewaffneten Kräfte der Opposition haben — sonst kommen die Massen nicht auf die Straße. Die ungeheure Aggressivität des Regimes, der Mangel an genügend Rückendeckung für die Massen und das Unvermögen, die bestehenden Kräfte und Möglichkeiten für einen Sturz des Regimes zu konzentrieren, haben verhindert, dem Regime den letzten Schlag in dem Augenblick zu versetzen, in dem es notwendig und möglich war. Dadurch hat das Regime eine Atempause gewonnen. Während dieser Atempause hat die Brutalität zugenommen, das ganze Volk ist in Angst und Schrecken versetzt worden, Tausende sind hingerichtet worden. Das Regime hat seine Unterdrückungsinstrumente weiter ausbauen und die eigenen Kräfte mobilisieren und konzentrieren können.

Hinzu kamen gewisse Siege im Krieg gegen den Irak, die irakische Armee konnte bis an die Grenzen zurückgedrängt werden, der Krieg gab dem Regime die Möglichkeit, von den inneren Unruhen und Problemen abzulenken.

Damals — Ende '81 — war zwar die Basis des Regimes tatsächlich auf schätzungsweise 10 % der Bevölkerung gesunken. Aber diese 10 % sind ein sehr aggressiver Teil der Bevölkerung, der sich hauptsächlich aus Slumbewohnern zusammensetzt, aus Menschen,

Fortsetzung von vorheriger Seite

die ein Leben lang erniedrigt und beleidigt worden sind, die zu den am allermeisten Verdammten der Gesellschaft gehörten, und die nun plötzlich zu Macht und Geld gekommen sind, Waffen in der Hand hatten und bereit waren, für Khomeiny alles zu tun, während der andere Teil, die Mehrheit der Bevölkerung — sei es aus Angst, sei es aus Mangel an Mut oder aus sonstigen Gründen — nicht so aktiv gewesen ist. Der Anteil der Khomeiny-Anhänger ist inzwischen weiter gesunken. Khomeiny verfügt im Augenblick nur noch über jene Kräfte, jene Menschen, deren Schicksal sehr eng mit dem Schicksal des Regimes verknüpft ist; freiwillige Anhänger des Regimes, die aus Idealismus, aus ideologischen Gründen das Regime unterstützen, gibt es wohl kaum mehr. Aber immerhin, die Aggressivität und die Aktivität dieser wenigen Prozente der Bevölkerung sind noch gestiegen, weil sie genau wissen, wenn das Regime gestürzt wird, ist es aus mit ihnen und ihren goldenen Träumen. Ein Gefängnisdirektor, der sich früher mit dem Schicksal eines Slumbewohners zufrieden geben mußte und der jetzt über das Schicksal von Tausenden entscheidet, der in Reichtum schwelgt, der braucht kein Hellseher zu sein, um sich auszurechnen, welches Schicksal ihm widerfährt, wenn das Regime gestürzt wird. Mit Hilfe dieses Teils der Bevölkerung ist es Khomeiny gelungen, sein Regime immer noch zu halten. Allerdings spielt das Fortdauern des Krieges eine große Rolle.

Hinzu kommt eine dritte Komponente: Es gibt derzeit keine Alternative zum Khomeiny-Regime, die in der Lage wäre, die Macht zu übernehmen, und gleichzeitig für die imperialistischen Länder akzeptabel wäre. Die westlichen Staaten haben es vorgezogen, erst mal zu versuchen, mit diesem Regime auszukommen. Außerdem hat sich in den letzten zwei Jahren eine wichtige wirtschaftliche Entwicklung vollzogen: Das Regime ist in der Lage, Öl zu exportieren; das bringt jährlich mehr als 20 Milliarden Dollar. Damit können die Mullahs sich über Wasser halten. Aus aller Herren Länder führen sie Waren ein, vor allem Lebensmittel, und versuchen dadurch, den Rückgang der eigenen Produktion wettzumachen. Das große Geschäft machen dabei die Bundesrepublik und Japan. Die Bundesrepublik hat 1983 Waren im Werte von 5 Milliarden Dollar in den Iran exportiert. Daher ist die Bundesregierung sehr an guten Beziehungen zum Khomeiny-Regime interessiert. Geschäft ist Geschäft, selbst wenn man dabei über Leichen gehen muß. Übrigens sind bei dem Geschäft mit den Mullahs nicht nur die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten dabei, sondern auch die USA und Israel. Waffen, die z.B. die Israelis in Sabra und Shatila erbeutet hatten, wurden an den Iran verkauft.



Hinrichtungen in der Islamischen Republik



Hinrichtungen in der Islamischen Republik

Du sprachst jetzt eben von den westeuropäischen Ländern und auch den USA, die Beziehungen zum Khomeiny-Regime unterhalten. Meinst Du, daß sie im Augenblick irgendein Interesse hätten, das Khomeiny-Regime zu stürzen?

Sie haben kein Interesse daran, das Khomeiny-Regime zu stürzen, solange nicht die Gefahr besteht, daß die Sowjetunion im Iran Fuß faßt. Solche Befürchtungen wurden in der Zeit gehegt, wo die Tudeh-Partei doch an Einfluß im Iran gewonnen hatte und damit natürlich auch die Sowjetunion, wo der Handel und überhaupt die wirtschaftlichen Beziehungen, auch diplomatische und politische Beziehungen, die Anwesenheit von sowjetischen Beratern im Iran und Fachkräften aus den Ostblockstaaten eine Zeit lang zugenommen hatten.

Mit dem Verbot der Tudeh-Partei und der Inhaftierung ihrer aktivsten Mitglieder und den anschließenden Schauprozessen wurden diese Befürchtungen ausgeräumt. Gleichzeitig mit dieser demonstrativen Geste wurden die Handelsbeziehungen zum Westen verstärkt. Westliche Banken und Beratungsinstitute gaben grünes Licht für Investitionen und Handelsabkommen mit dem Iran. Schon sind Flugzeuge nach Teheran und Luxushotels in der iranischen Hauptstadt durch Handelsdelegationen und Firmenvertreter ausgebucht. Der Iran ist heute wirtschaftlich gesehen vom Ausland abhängiger als zu Schah-Zeiten. Dieser Trend zum Westen soll nun forciert werden. Natürlich haben der Westen und vor allem die USA auch geopolitische und militärstrategische Interessen. Alle diese Ziele versuchte man bisher mit Hilfe von westlich orientierten Fraktionen, die es innerhalb des Regimes gibt, durchzusetzen.

Der eigentliche Plan der Amerikaner besteht darin, aus der Islamischen Republik eine Alternative herauszukristallisieren, die zwar das Land weiterhin nach islamischen Grundsätzen regiert, und die Religion als ideologische Waffe gegen Demokratisierungsprozesse und vor allem gegen Einflußnahme von Kommunisten und fortschrittlichen Kräften einsetzt, aber andererseits Reformen durchführt, die den ökonomischen und auch politischen Anschluß Irans an den Westen erleichtert.

In den letzten Wochen scheint einiges an diesem Plan fraglich geworden zu sein. Die Ereignisse im Nahen Osten und vor allem Libanon, Terroranschläge und die Drohungen von Khomeiny, die Straße von Hormuz zu schließen, haben bei den Amerikanern und Europäern an der Möglichkeit, das System zu ihren Gunsten reformieren zu können, Zweifel aufkommen lassen. Die Unsicherheit, die das Khomeiny-Regime nicht nur im Nahen Osten, sondern in sämtlichen islamischen Staaten angezettelt hat, hat — jedenfalls nach Presseberichten — zu gewissen Überlegungen geführt. Man merkt, daß man sich nicht so einfach auf das Regime Khomeinys verlassen kann, daß dieses Regime unberechenbar ist.

Das scheint mir ein gewisser Widerspruch zu sein. Khomeiny will einerseits durch das Verbot der Tudeh-Partei ein Signal für die USA setzen, daß er sich eben nicht in die Arme der Sowjetunion begibt, andererseits greift er die USA ja ganz enpfindlich durch diese Terroranschläge an.

Ja, es ist auch in der Tat ein Widerspruch, ein Widerspruch innerhalb des Regimes selbst. Man muß bedenken: Die Mitglieder der Tudeh-Partei sind beschuldigt worden oder sie haben es selbst offen erklärt, daß sie seit 40 Jahren für die Sowjetunion Spionage treiben, daß sie den Umsturz im Iran geplant haben, daß sie Waffen aus den Lagern der Armee gestohlen haben und für ihre Zwecke verwendet haben, und es wird ihnen vorgeworfen, daß sie die Gesetze der Islamischen Republik mißachtet haben. Es sind also vier sehr wichtige Anklagepunkte. Wenn man bedenkt, daß im Iran gegenwärtig die Verteilung eines einzigen Flugblatts ausreicht, um hingerichtet zu werden, und wenn man andererseits bedenkt, daß die Urteile gegen die Mitglieder der Tudeh-Partei sehr milde ausgefallen sind, dann weiß man, daß Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen des Regimes stattfinden. Zuerst der harte Schlag gegen die Tudeh-Partei und eine monatelange Propaganda-Arbeit, Schauprozesse, Fernsehauftritte usw., und auf einmal die milden Urteile — das ist ein Widerspruch, der zeigt, wie weit jeweils eine Fraktion in der Lage ist, ihre Ziele durchzusetzen. Genauso ist das mit den Beziehungen zum Westen. Bestimmte Fraktionen möchten die ökonomischen Beziehungen zum Westen forcieren, andere suchen das zu verhindern. Es gibt Kräfte, die sehr stark antiamerikanisch eingestellt sind, von denen wahrscheinlich auch die Terroranschläge ausgehen, und es gibt Kräfte, die das für einen Wahnsinn halten. Es gibt Kräfte, die die Straße von Hormuz schließen, das Öl als politische Waffe einsetzen und die alles riskieren wollen, selbst eine amerikanische Intervention im Iran, und es gibt Kräfte, die das für Unsinn halten und das zu verhindern versuchen.

Das kommt auch sehr deutlich z.B. in den Debatten im Parlament zum Ausdruck. Es ist Brauch im islamischen Parlament, daß man vor der Behandlung der angesetzten Tagesordnung bei jeder Sitzung eine gewisse Zeit für freie Aussprache einräumt. Bei diesen Aussprachen kommen die Meinungen der Abgeordneten und Fraktionen am deutlichsten zum Ausdruck. Was da alles an Widersprüchen, an Kritiken und Vorschlägen zum Ausdruck kommt, ist erstaunlich. Da merkt man erst richtig, wie brüchig das ganze System ist, wie groß die Gefahr ist, daß es vollends zusammenbricht. Selbst innerhalb der islamisch-republikanischen Parteien treten Widersprüche auf, die man nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann. Natürlich spielen da auch persönliche Rivalitäten und Machtkämpfe eine wichtige Rolle. In Anbetracht der bevorstehenden Parlamentswahlen haben sich nun diese Auseinandersetzungen besonders verschärft.

Seit der Besetzung der amerikanischen Botschaft gab es verschiedene Fraktionen, von denen einige mehr zum Westen, andere mehr zum Osten tendieren. Es gibt aber auch Fraktionen, die wirklich weder Ost noch West wollen, die zwar eine sehr reaktionäre, aber unabhängige Politik betreiben wollen.

Aber das System selbst nicht schwächen?

Doch, die schwächen das System sehr. Jetzt sind sogar Widersprüche zwischen Khomeiny und seinem designierten Nachfolger Montazeri offen zum Ausdruck gekommen. Khomeiny hat sein ganzes Prestige eingesetzt, um diese Widersprüche zu vertuschen. Er hat vor einigen Tagen bei einer seiner Reden gesagt, die Islamische Republik sei in großer Gefahr und wir könnten keinen einzigen Schritt zurück tun, wir könnten in nichts nachgeben, wir müßten weitermachen, nach vorne gehen, denn jeder Schritt zurück könnte den Sturz der Islamischen Republik bedeuten. Gleichzeitig hat er die Parlamentsabgeordneten gewarnt, in der freien Aussprache solche heftige Kritik an der Regierung zu üben. Man versuche, die denn jeder Schritt zurück könnte den Sturz der Islamischen Republik bedeuten. Gleichzeitig hat er die Parlamentsabgeordneten gewarnt, in der freien Aussprache solche heftige Kritik an der Regierung zu üben. Man versuche, die verschiedenen Fraktionen gegeneinander aufzuhetzen. Am nächsten Tag hat der Parlamentspräsident die Abgeordneten an diese Rede erinnert, und danach haben alle Abgeordneten auf ihre Rede verzichtet und auch Anfragen, die sie an die Regierung gerichtet hatten zurückgenommen. Das lief aber nur eine Woche so.

Hier und da polemisieren sogar Zeitungen gegeneinander, Zeitungen, die alle in der Hand des Regimes sind, aber verschiedenen Fraktionen nahestehen. Jeder wirft dem anderen konterrevolutionäre Tendenzen vor usw. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Wahlen ohne Schwierigkeiten über die Bühne gehen.

Und um welche Widersprüche geht es da hauptsächlich?

Erst einmal geht es um die Monopolisierung der Macht. Jede Fraktion will die absolute Macht haben und die anderen Fraktionen ausschalten. Es ist aber nicht nur eine Frage der Macht, sondern auch eine Frage der Konzepte. Es geht einmal um das System des Velajate Faghih, bei dem alle Entscheidungen in der Hand des religiösen Führers liegen. Dieses System wird akzeptiert oder propagiert von den sogenannten Anhängern der Linie des Imam Khomeiny. Diese Anhänger sind für totale Verstaatlichungen, also Verstaatlichung der Industrie, des Handels, des Außenhandels, Verstaatlichung der Banken — die ja schon längst erfolgt ist —, und sogar Verstaatlichung der Verteilung von Nahrungs- und Konsummitteln, also quasi eine Art nichtkapitalistischer Weg, eingebettet in ein politisches System der arabischen Beduinen und des Velajate Faghih. Sie sind für totale Islamisierung der Gesellschaft, der Universitäten, der Schulen und der gesamten Bildung. Sie sind gegen die sogenannten Spezialisten und Fachkräfte, die eben zumeist nicht ideologisch mit ihnen einig sind, die man aber unbedingt braucht, um das Land weiterzuentwickeln. Sie sind bereit, auf die Entwicklung zugunsten des Islam zu verzichten. Außenpolitisch sind sie sehr radikal, auch antiamerikanisch, die meisten Anschläge und Angriffe kommen von dieser Seite.

Dann gibt es die zweite Fraktion, das sind die sogenannten Hodjatieh, eine Gruppe, die schon zu Schah-Zeiten gebildet worden war, mit dem Ziel, die Bahaii-Sekte zu vernichten. Diese Fraktion ist für große Konzessionen gegenüber dem Privatkapital, für den freien Handel, für eine größere Orientierung zum Westen hin. Sie ist religiös genauso fundamentalistisch, vielleicht noch stärker, aber das Privateigentum und das Privatkapital stehen bei ihnen im Mittelpunkt. Es geht um die Bodenfrage; während die Anhänger der Linie des Imam Khomeiny für die Durchführung größerer oder grundlegende Bodenreformen sind, sind die Hodjatieh mehr für eine Rückkkehr zur Parzellenwirtschaft, also Rückkehr zu den Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden vor der Landreform des Schah. Denn es geht ja dabei auch um das religiöse Grundeigentum. Du weißt ja, daß die Geistlichkeit vor der Landreform des Schah der größte Großgrundbesitzer war.

Dann gibt es die Fraktion des früheren Ministerpräsidenten Bazargan. Diese Fraktion hat zum Ziel, etwa eine bürgerlich-demokratische Ordnung zu schaffen, stark orientiert auf den Westen.

Die beiden ersten Fraktionen sind sowohl im Parlament als auch in der Regierung vertreten. Sie haben teilweise Schlüsselpositionen, sowohl in der Armee als auch bei den Pasdaran. Die Anhänger von Bazargan, also die sogenannte Freiheitsbewegung, sind zwar nur im Parlament vertreten, aber sie genießen im Gegensatz zu den beiden anderen Fraktionen größere Sympathie unter der Bevölkerung. Beobachter der iranischen Szene sind der Meinung, daß diese Fraktion vielleicht vor Toresschluß, vor dem endgültigen Zusammenbruch der Islamischen Republik noch einmal die Chance erhalten wird, diese Republik auf ihre Art zu retten. Bazargan hat sich in letzter Zeit sehr kritisch zu dem ganzen System und zu den Geschehnissen im Lande geäußert. Es hat sich auch an die Bevölkerung gewandt durch Verteilen von Flugblättern. Er hat sehr scharfe Kritik an der Regierung geübt. Gegen ihn und seine Anhänger ist eine Kampagne gestartet worden, die zu nichts geführt hat. Bazargan hat also eindeutig eine wichtige Funktion, obwohl er in offiziellen Stellen nicht vertreten ist, seine Anhänger nur eine kleine Fraktion im Parlament bilden.

Welches sind seine Kritikpunkte am Regime?

Er hat festgestellt, daß es eigentlich keine Freiheit mehr in diesem Land gibt, daß freie Wahlen eine Farce wären in

Welches sind seine Kritikpunkte am Regime?

Er hat festgestellt, daß es eigentlich keine Freiheit mehr in diesem Land gibt, daß freie Wahlen eine Farce wären in

diesem Land, wo niemand in der Lage ist, seine Meinung frei zu äußern; daß die Parlamentswahlen im Grunde vorbestimmt sind, die Abgeordneten schon von vorneherein feststehen usw. Das war der erste Punkt der Kritik, die er dann auf die Situation in den iranischen Gefängnissen, die Situation der Wirtschaft, die brachliegende Industrie, Rechtlosigkeit im ganzen Land usw. ausgeweitet hat. Dies sind sehr tiefgehende Kritikpunkte, obwohl er sich immer wieder zum Islam bekennt und auch zu der Islamischen Republik. Indem er solche kritischen Äußerungen gemacht hat, hat er an Sympathien unter der Bevölkerung gewonnen. Ich würde auch sagen, wenn es überhaupt eine Möglichkeit der Reformierung dieses Regimes gäbe, dann wahrscheinlich nur über Bazargan.

Das ist auch die Fraktion, auf die die USA setzen?

Ja, genau.

Kann er nicht genau das gleiche Schicksal erleiden wie Bani-Sadr?

Doch, natürlich. Er kann das gleiche Schicksal erleiden, aber dieses Mal ist es anders. Trotz dieser mehrmals wiederholten Kampagnen gegen Bazargan als Anhänger der Vereinigten Staaten, als Konterrevolutionär, als Liberaler, als Nationalist — das sind im Augenblick ja alles Schimpfworte in der politischen Sprache im Iran — , sitzt er offenbar fest im Sattel. Wenn Khomeiny jetzt trotz dieser ganzen Kampagnen auf ihn zurückgreifen würde, dann würde es bedeuten, daß er vor ihm kapituliert hat. Das würde die Position Bazargans sehr stärken und Khomeiny und die Fraktion der Imam-Linie sehr schwächen, und dann würde ein Sturz von Bazargan umso schwieriger sein. Ich weiß also nicht, ob ihm das gleiche Schicksal wie Bani-Sadr widerfahren würde.

Auf der anderen Seite glaube ich, daß Khomeiny ganz Recht hat, wenn er sagt: kein Schritt zurück. Denn jeder Schritt zurück würde, glaube ich, zu einem Massenaufstan. .ühren, denn was die Leute daran hindert, ihren Protest kundzutun, ist nur die totale Unterdrückung, die jetzt aufrechterhalten wird. Beginnt irgendwo ein Riß, dann ist diese Angst weg — sie ist schon in den letzten Wochen sehr geschwächt nach allen Informationen, die wir haben, so daß die Leute in den Taxis, auf den Straßen, in den Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften usw. schon sehr deutlich ihre Meinung zum Ausdruck bringen und sehr scharf das Regime beschimpfen und kritisieren. Ich glaube also, daß eine Konzession an die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung, sei es ökonomischer, sozialer oder politischer Art, das Regime umso mehr schwächen würde. Insofern glaube ich nicht, daß eine solche Reformierung des Regimes überhaupt möglich ist. Aber wenn, dann nur über Bazargan.

Du sprachst eben von der Unzufriedenheit unter den Menschen. Ich habe gehört, daß gerade einfachere Menschen dazu neigen, inzwischen wieder den Monarchisten den Vorzug zu geben. Ist eine solche Wendung eingetreten?

Ja, das ist wahr. Die Monarchisten haben besonders in den letzten sechs Monaten an Popularität gewonnen. Sie haben einige Initiativen ergriffen, einige politische Schachzüge gemacht, indem sie z.B. an einem Tag die Bevölkerung dazu aufgerufen haben, aus ihren Häusern auf die Straße zu gehen, ohne irgendein Zeichen des Protestes, oder mit ihren Autos auf die Straßen zu kommen. In Teheran z.B. sind diesem Aufruf sehr viele gefolgt. Das war für alle überraschend.

Für die einfache Bevölkerung gibt es nur eine Vergleichsmöglichkeit: die Verhältnisse damals, unter dem Schah, und jetzt unter Khomeiny. Es ist ja eine Tatsache, daß es für die Bevölkerung unter dem Schah in jeder Hinsicht besser war als unter Khomeiny. Das muß ich auch sagen. Es ging den Leuten wirtschaftlich besser, viel besser. Es ging ihnen sogar von ihren individuellen Rechten her gesehen besser. Wenn sie nicht gerade zu den politisch aktivsten gehörten, hatten sie auch eine Sicherheit. Heute ist ja niemand sicher. Selbst diejenigen, die nichts mit der Politik zu tun haben wollen, die nur ihr einfaches Leben führen wollen, sind vor den Angriffen des Regimes niemals sicher, weil das Regime sich nicht nur in politische Angelegenheiten einmischt, sondern auch in private.

Außerdem haben sich die Monarchisten im Ausland organisiert. Der frühere Premierminister Amini und der letzte Premierminister unter dem Schah, Bakhtiar, sehr viele Bürokraten, Techniker, Militärs, SAVAK-Funktionäre des Schah-Regimes haben sich um den Sohn des Schah zusammengeschlossen. Sie haben ungeheure finanzielle Möglichkeiten. Sie haben einige sehr starke Sender im Ausland, die in ganz Iran zu hören sind. Sie haben vor allem die Unterstützung der Amerikaner. Man darf Sohn des Schah zusammengeschlossen. Sie haben ungeheure finanzielle Möglichkeiten. Sie haben einige sehr starke Sender im Ausland, die in ganz Iran zu hören sind. Sie haben vor allem die Unterstützung der Amerikaner. Man darf sie nicht unterschätzen.

Aber selbst wenn es ihnen gelingen würde, mit Unterstützung der Amerikaner die Macht zu übernehmen, würden sie diese Macht schwerlich halten können. Im besten Falle gäbe es einen langjährigen Bürgerkrieg im Iran. Denn sie würden sehr vielen bewaffneten Kräften gegenüberstehen, angefangen von den Kurden, den bewaffneten Modjahedin bis zu kleineren linken bewaffneten Gruppen einerseits. Auf der anderen Seite stehen die Anhänger von Khomeiny, die Pasdaran, die Komitees, die Bassijis (die Organisation des Aufbaus) usw., die auch alle bewaffnet und bis in die entlegendsten Dörfer verteilt sind. Mit so einer Kraft können sie nicht einfach fertig werden, zumal sie selber über keine militärische Kraft im Lande verfügen.

Auch nicht in der Armee?

In der Armee haben sie natürlich Sympathisanten, aber die Armee ist ja nicht einheitlich im Iran. Wäre sie einheitlich, hätte sie schon längst einen Putsch gemacht. Ein Teil sind Anhänger der Monarchisten, ein Teil Anhänger des Khomeiny-Regimes und ein Teil Anhänger des Nationalen Widerstandsrates, also der Modjahedin, Bani-Sadrs, der Linken usw. Dadurch kontrollieren sich diese Fraktionen gegenseitig. Wenn die Monarchisten an die Macht kämen, wären sie nicht in der Lage, die gesamte Armee gegen die anderen bewaffneten Kräfte einzusetzen. Bei der Machtübernahme durch die Monarchisten wäre ein Bürgerkrieg unvermeidlich. Und das genau wollen die Amerikaner natürlich nicht. Und auch die Sowjets wollen natürlich nicht, daß wir im Iran einen zweiten Libanon haben. Insofern glaube ich, daß die Propagierung und Lancierung der Monarchisten als Warnung für das Khomeiny-Regime und als Versuch, dem Regime Konzessionen abzuringen, dienen soll, zum anderen als eine Möglichkeit, ei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen Teil des Khomeiny-Regimes mit diesen Monarchisten in Zusammenhang zu bringen. Denkbar wäre z.B. eine Koalitionsregierung von Bazargan mit einem Teil der Geistlichkeit, die gegen Khomeiny sind, und einem aufgeklärteren Teil der Monarchisten, um so einen Übergang zu schaffen. Ich glaube nicht, daß die Amerikaner es riskieren, die Monarchisten an die Macht zu bringen. Es sei denn, es passieren größere Konflikt wie z.B. die Schließung der Straße von Hormuz. In diesem Fall könnten die Amerikaner im Iran intervenieren.

Du sprachst vorhin von der Opposition im Iran selbst. Man hört immer wieder, daß praktisch — ausgenommen in Kurdistan — keinerlei politische Arbeit mehr möglich ist.

Das stimmt nicht. Kurdistan ist zwar die wichtigste Region, in der jetzt die Opposition konzentriert ist. Es ist auch erstaunlich, was sich in den letzten Jahren dort alles entwickelt hat. Die Landgebiete in Kurdistan stehen zum größten Teil unter Kontrolle der Opposition, vorwiegend des Nationalen Widerstandsrates. Die Demokratische Partei bildet in den befreiten Gebieten eine Art Regierung. Die meisten Gebiete Kurdistans stehen unter ihrer Kontrolle. Auch die Volksmodjahedin sind in Kurdistan aktiv und verfügen über beachtliche militärische Kräfte.

Aber auch außerhalb von Kurdistan gibt es Kräfte des Nationalen Widerstandsrates. Wir sind im Augenblick dabei, gewisse Pläne für die nächste Kampfphase zu entwerfen. Vor allem die Modjahedin sind meines Wissens dabei, ihre Kräfte aufgrund der neuen Bedingungen zu reorganisieren. Deshalb hat man auch in den letzten Monaten wenig Aktionen von ihnen gesehen. Ich weiß, daß man in allernächster Zukunft viel mehr von den Modjahedin hören wird.

halb hat man auch in den letzten Monaten wenig Aktionen von ihnen gesehen. Ich weiß, daß man in allernächster Zukunft viel mehr von den Modjahedin hören wird.

Auch im Innern bewegt sich viel. Es gibt in den Fabriken, in den Stadtteilen Streiks und Protestdemonstrationen und -aktionen, die teilweise spontan, teilweise aber auch organisiert sind. Es gibt in allen Städten immer noch bewaffnete Aktionen. Es gibt einen sehr, sehr großen passiven Widerstand in der gesamten Bürokratie. Es gibt sogar Auseinandersetzungen bei den Wächtern der Revolution. Man kann nicht sagen, daß in anderen Teilen Irans außer Kurdistan sich nichts rührt und keine Möglichkeit des Kampfes besteht. Das entspricht wirklich nicht den Tatsachen. Obwohl man, wie gesagt, feststellen muß, daß in den letzten Monaten weniger organisierte Aktionen durchgeführt wurden als in der Zeit davor. Aber das hat nicht viel zu bedeuten, denn die Situation des Kampfes wird immer günstiger, je stärker die Widersprüche des Regimes werden, je mehr das Regime sich als unfähig erweist, die gesamte Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, je weiter der wirtschaftliche Zusammenbruch fortschreitet, und je isolierter das Regime außen- und innenpolitisch wird. Ich bin sicher, daß man sehr bald — vor allem auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen — sehr viel aus dem Iran hören wird.

Aber ist es nicht so, daß die Organisationen selbst weitgehend zerschlagen worden sind? Daß nur die Modjahedin noch ein gewisses Potential haben?

Ja. Es ist dem Khomeiny-Regime gelungen, die linken Organisationen weitgehend zu zerschlagen. Teilweise sind ihre Mitglieder verhaftet oder hingerichtet worden oder zu Untätigkeit gezwungen. Die Organisationen selbst haben sich von innen in -zig verschiedene kleine Splittergruppen gespalten, die teilweise in Kurdistan, z.T. auch im Ausland sitzen. Sie haben keine gesellschaftliche Relevanz, mit Ausnahme von Komeleh in Kurdistan. Es gibt aber nicht nur die linken Organisationen, die Volksmodjahedin bilden ja eine sehr starke Kraft. Sie sind zwar geschwächt worden durch die Schläge des Regimes. Von den 30.000 Hingerichteten gehören mindestens 20.000 zu den Modjahdin, wenn nicht mehr. Wieweit sie tatsächlich diese Kräfte wieder ersetzen konnten, kann ich nicht genau sagen. Aber ich bin ganz sicher, daß die Volksmodjahedin nach wie vor als eine sehr ernstzunehmende bewaffnete Organisation im Landesinnern anwesend sind. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Führer des Regimes bei irgendeiner Gelegenheit anfangen, gegen die Modjahedin zu polemisieren. Wenn es sie nicht mehr gäbe oder wenn sie keine ernstzunehmende Kraft wären, dann würden sie auch damit aufhören.

Potentiell ist eine sehr große Masse vorhanden, Anhänger von Bani-Sadr, von den Modjahedin oder anderen Gruppen wie der Demokratischen Nationalfront, die bei einer günstigen Gelegenheit sehr schnell aktiviert werden könnten, wenn beispielsweise durch militärische Aktionen einige Bastionen des Regimes erobert würden. Man kann nicht erwarten, daß die Leute von sich aus plötzlich auf die Straßen kommen und einen Aufstand durchführen. Es muß schon etwas als Auftakt zu einem Massenaufstand geschehen. Ob das gelingt oder nicht, weiß ich nicht — bisher ist es nicht gelungen. Aber zumindest der Nationale Widerstandsrat und seine Organisationen arbeiten daran, und ich habe die Hoffnung, daß es irgendwann gelingen wird.

Welche Organisationen außer den Volksmodjahedin, der Demokratischen Nationalfront und der kurdischen Demokratischen Partei sind im Nationalen Widerstandsrat vertreten?

Es sind mehrere Organisationen. Es sind die Vereinigte Linke, die Partei der Arbeit, Vertreter der Bazaris, wichtige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Organisation der Eghameh, eine unter der islamischen Geistlichkeit einflußreiche Organisation. Es handelt sich um eine breite Front, in der verschiedene Organisationen verschiedene Schichten der Bevölkerung und politische Orientierungen vertreten. Es wäre noch wichtig, diese Front um alle nationalen, demokratischen, fortschrittlichen, revolutionären Kräfte zu erweitern. Es gibt noch viele Gruppen und auch Persönlichkeiten, die eine Basis im Lande haben, die auch national und demokratisch eingestellt sind, die nicht irgendwelche Anhänger der Monarchisten oder Amerikaner usw. sind, die noch nicht im Rat vertreten sind. Es gilt, diese mit hineinzuholen oder zumindest eine Koordination mit diesen Kräften herzustellen.

Aber es hat sich doch kürzlich ein anderes Bündnis von Teilen der ehemaligen CISNU zusammengeschlossen.

Ja. Es gibt ein Bündnis von Personen. Einige ehemalige Mitglieder der CISNU und ein paar halbwegs im Iran bekannte Persönlichkeiten wie der frühere Ölminister Nazih, der Sohn des Aya-

Ja. Es gibt ein Bündnis von Personen. Einige ehemalige Mitglieder der CISNU und ein paar halbwegs im Iran bekannte Persönlichkeiten wie der frühere Ölminister Nazih, der Sohn des Aya-

tollah Schariat-Madari, der Rechtsanwalt Lahiji haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die, abgesehen von den Schwächen, die sie besitzt, noch keine gesellschaftliche Bedeutung hat. Es ist eben eine Erklärung von Personen, die weder über organisierte Kräfte im Iran verfügen noch vom Ausland her Möglichkeiten haben, Kräfte zu mobilisieren. Genau das ist ihr Dilemma. Gäbe es nicht andere organisierte Gruppen, die ihre Erklärung veröffentlichen, es würde nicht einmal im Ausland jemand etwas davon erfahren. Mit leeren Händen kann man eben nichts ausrichten, schon gar nichts gegen ein Regime wie das im Iran.

Wenn es demokratische Verhältnisse im Iran gäbe, dann würden sie im Iran bestimmt ihre Kräfte mobilisieren können. Aber in dieser Situation der Unterdrückung sind diejenigen, die potentiell Anhänger dieser Persönlichkeiten sind, nicht in der Lage, sich irgendwie am aktiven Kampf zu beteiligen. Insofern hat dieser Zusammenschluß keine Folgen für die gegenwärtige Situation im Iran.

Nach wie vor gibt es diese beiden Alternativen: die Monarchisten auf der einen Seite, den Nationalen Widerstandsrat auf der anderen Seite. Ich glaube, daß diese Gruppierungen sich früher oder später einer dieser Fronten zuordnen müssen, denn allein für sich können sie überhaupt nichts zustande bringen.

Was sind denn ihre Kritikpunkte, weshalb schließen sie sich nicht dem Nationalen Widerstandsrat an?

Zunächst kritisieren sie die Bezeichnung, die der Rat für die Provisorische Regierung gewählt hat: Demokratisch-Islamische Republik. An diesem Islamisch stören sie sich. Sie sind Laizisten, sie wollen eine Trennung von Staat und Religion haben. Damit haben sie Recht. Ich bin auch der Ansicht, daß die Trennung von Religion und Staat eine Voraussetzung für die Demokratie ist. Aber auch der Nationale Widerstandsrat hat erklärt, daß diese Bezeichnung nicht für ein System steht, das wir von vorneherein geplant haben und durchsetzen wollen, sondern einfach eine Bezeichnung ist. Die größte Aufgabe der Provisorischen Regierung soll darin bestehen, freie Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung innerhalb von sechs Monaten durchzuführen. Die Wahl des Staatssystems soll Aufgabe der Verfassunggebenden Versammlung sein und nicht vom Nationalen Widerstandsrat vorherbestimmt werden. Das ist einstimmig bei uns verabschiedet und des öfteren veröffentlicht worden. Ich glaube, daß sie sich mit dieser Erklärung zufriedengeben sollten, aber sie wollen das nicht.

Das zweite ist die Person von Bani-Sadr. Sie sind der Ansicht, daß die Teilnahme Bani-Sadrs an einem Rat, der sich den Sturz Khomeinys und seines ganzen Regimes zum Ziel gesetzt hat, im Widerspruch zu der Vergangenheit von Bani-Sadr als Staatspräsident der Islamischen Republik steht. Sie vergessen die Rolle, die Bani-Sadr in den letzten Monaten seiner Regierungszeit innehatte, die Opposition, die er gegen das Khomeny-Regime geführt hat, und die Rolle, die er zur Schwächung des Regimes gespielt hat, und sie vergessen, daß man bei einem Bündnis sehr viele Sacen in Kauf nehmen und Kompromisse eingehen muß, denn sonst kann kein Bündnis zustandekommen.

Der dritte Punkt, den sie kritisieren, ist das Gewicht, das die Modjahedin in diesem Nationalen Widerstandsrat haben. Aber das ist überhaupt nicht zu vermeiden, denn in der Tat sind die Modjahedin die bei weitem größte politische Organisation des Landes, und man kann diese Tatsache nicht übersehen. Es helfen auch keine Satzungen und Bestimmungen, denn diese Satzungen gibt es im Nationalen Widerstandsrat. D.h. die Modjahedin haben dasselbe Stimmrecht wie wir und andere kleinere und größere Organisationen. Jede Organisation im Nationalen Widerstandsrat hat ein Vetorecht, die Modjahedin könnten also nichts beschließen gegen den Willen irgendeiner Organisation. Aber das sind formale Punkte. In Wirklichkeit ist es selbstverständlich so, daß das Wort und die Stimme der Modjahedin ein größeres Gewicht hat als das anderer Organisationen im Rat. Ich glaube, jede national-demokratisch fortschrittlich orientierte Kraft, die glaubt, ohne die Modjahedin im Iran jetzt im Augenblick und auch in Zukunft etwas durchführen zu können, liegt falsch.

Ich glaube nicht, daß eine Organisation im Iran im Augenblick in der Lage wäre, allein die Macht zu übernehmen und die Demokratie, die so notwendig ist für unser Land, zu garantieren — selbst die Modjahedin nicht. Deshalb sind sie ja auch eine Koalition eingegangen. Schon gar nicht diese 22 Personen. Man muß Koalitionen eingehen

ist für unser Land, zu garantieren — selbst die Modjahedin nicht. Deshalb sind sie ja auch eine Koalition eingegangen. Schon gar nicht diese 22 Personen. Man muß Koalitionen eingehen

und man muß eben versuchen, die laizistischen, demokratischen, fortschrittlichen, linken Kräfte im Nationalen Widerstandsrat zu stärken und nicht zu schwächen, indem man draußen bleibt. Das ist der Weg, den wir gesehen haben, und deshalb sind wir Mitglied im Rat, während einige linke Splittergruppen draußen bleiben und nur noch schimpfen.

Dazu gehören ja auch die schon länger bestehenden, größeren linken Organisationen wie Peykar, Volksfedayin und Komeleh.

Peykar existiert so gut wie gar nicht mehr. Es gibt zwar im Ausland noch Linke, die sich als Anhänger des früheren Peykar bezeichnen. Die Volksfedayin, einst die stärkste Organisation der Linken, haben sich in -zig Splittergruppen gespalten. Sie spielen — zumindest im Augenblick — keine Rolle mehr. Die einzig ernstzunehmende linke Organisation im Iran ist Komeleh. Ihre Bedeutung ist aber regional. Sie ist neben der Demokratischen Partei Kurdistans eine ernstzunehmende Kraft in Kurdistan, aber nicht im ganzen Iran. Sie hat jetzt mit einer kleinen Gruppe von intellektuellen Linken die Kommunistische Partei Irans gegründet. Natürlich stellt die Gründung der Kommunistischen Partei in Kurdistan, wo es wirklich kein Proletariat gibt, die Ernsthaftigkeit dieser Organisation sehr in Frage. Hätte sie den Namen Komeleh weiter behalten und auch ihre regionalen Ziele verfolgt, dann wäre sie besser dran, glaube ich, auch in Kurdistan selbst. Aber alle anderen, die -zig Splittergruppen der Volksfedayin oder die anderen kleineren Gruppen, sind zwar da, aber sie sind jetzt nicht von Bedeutung. Es kann sein, daß sie später wieder an Boden gewinnen werden, aber im Augenblick spielen sie keine Rolle in der politischen Szene im Iran.

Zum Schluß noch: Der Aufstand ist ja jetzt fünf Jahre her. Das ist ein Zeitpunkt, zu dem man einmal Bilanz ziehen kann.

Wenn man in einem Satz Bilanz ziehen wollte, dann könnte man sagen, Khomeiny hat in Paris den Iranern den Himmel auf Erden versprochen, es wurde die Hölle. Wir haben jetzt ein ruiniertes, verarmtes, geschlagenes, erniedrigtes, beleidigtes Volk vor uns. Von diesen Schlägen, die das Volk erleiden mußte, werden wir uns jahrzehntelang nicht erholen können. Die Macht, die nach Khomeiny die Regierung übernehmen will, ist nicht zu beneiden. Es sind derartig große Probleme da, die sehr schwer zu bewältigen sind. Ich glaube, die einzige Möglichkeit überhaupt, um aus diesem Kreislauf des Blutvergießens, der Eskalation der Gewalt herauszukommen, ist eine große Koalition, ist eine nationale Verständigung, ein nationaler Kompromiß, ein historischer Kompromiß. Wer das nicht versteht, der erkennt weder die Situation im Iran noch ist er in der Lage, überhaupt Auswege für die Lösung der Probleme anzubieten. Wer glaubt, mit Hilfe der Diktatur diese Probleme lösen zu können, befindet sich im Irrtum, und zwar, weil wir genug Diktaturen hatten, und jede Diktatur, die eine vorhergehende ablöst, um so schlimmer wird. Meiner Ansicht nach gibt es nur einen Ausweg im Iran, und zwar eine große Koalition, die demokratische Verhältnisse im Iran gestattet, demokratische Verhältnisse für alle. Sie sind überhaupt die Voraussetzung dafür, daß sich Klassen ein Bewußtsein über ihre tatsächliche Position bilden können, daß sich ein Bewußtsein bilden kann, daß die Arbeiter ihre Gewerkschaften, die Bauern ihre Räte haben können usw., und dafür, daß sich das Land ökonomisch, sozial und kulturell weiterentwickelt bis hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Aber das steht in weiter Ferne. Wer jetzt glaubt, mit Hilfe der Gewalt von oben Sozialismus im Iran einführen zu wollen oder eine forcierte Entwicklung vorantreiben zu können, befindet sich im Irrtum.

Was meinst Du, sind die schwersten Fehler, die die Linke gemacht hat?

Der schwerste Fehler ist meiner Ansicht nach Mißachtung demokratischer Rechte gewesen. Die Linke hat sich nicht für demokratische Rechte im Iran eingesetzt. Die Linke hat sich von radikalen Parolen wie ‚antiimperialistischer Kampf', ‚Antiamerikanismus' usw. verführen lassen, während der antiimperialistische Kampf meiner Ansicht nach nur auf dem Wege der Demokratisierung der Gesellschaft erfolgen kann. Die Linke hat demokratische Rechte und Freiheiten als Nebenwidersprüche betrachtet und hat sie nicht ernst genommen. Als die ersten Erschießungen der Anhänger des Schah, führender Mitglieder des SAVAK durchgeführt wurden, hat die Linke gejubelt, anstatt darauf zu bestehen, daß ordentliche Gerichte mit internationalen Beobachtern gegen diese Leute Prozesse führen. Deren Verbrechen waren doch offensichtlich für jedermann verständlich. Wir waren ja nicht in Beweisnot. Diese Prozesse hätten auch zu großer Aufklärung der Bevölkerung gedient. Als die freie Presse unter dem Vorwand des Liberalismus usw. ausgeschaltet wurde, hat die Linke gejubelt und war nicht bereit, die Rechte der Presse zu verteidigen. Und so ging es weiter mit der Aussetzung der demokratischen Rechte. Als die Frauen Schleier tragen mußten, hat die Linke das als eine Nebenerscheinung, als einen Nebenwiderspruch betrachtet usw.

Wenn Khomeiny Khomeiny geworden ist, und wir jetzt diese Situation im Iran haben, dann ist nicht nur Khomeiny daran schuld, sondern auch wir. Daraus sollen wir endlich die richtigen Lehren ziehen. Radikale Forderungen, die über die tatsächlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen des Landes hinausgehen, Absolutheitsansprüche, die einem Volk gewisse Forderungen gegen seinen Willen aufzwingen wollen, die Mißachtung demokratischer Bedürfnisse und Spielregeln zugunsten sogenannter höherer Ziele, führen weder zur Unabhängigkeit noch zur Entwicklung. Wer nach Sozialismus strebt, darf in keinem Augenblick und zu keinem Preis die Demokratie außer acht lassen. Aber scheinbar ist für einige unserer Linken die ungeheure Katastrophe und die unverzeihlichen Fehler, die wir gemacht haben, immer noch nicht genug. Sie spielen noch immer die alte Leier und merken nicht, daß es nichts bringt.

Interview mit einer iranischen Genossin

Interview mit einer iranischen Genossin

»Nur mit brutaler Gewalt konnte Khomeiny seine Herrschaft aufrechterhalten.«

Frage: Wie lange bist Du zurück aus dem Iran?

Antwort: Seit knapp drei Monaten.

Warum bist Du weggegangen? Du bist ja sehr lange — fast fünf Jahre — dort geblieben.

Ich mußte weggehen, weil ich sicher sein konnte, daß ich gesucht wurde. Ich habe es selber zwar nicht gespürt, sie waren nicht bei mir in Wohnung, aber sie haben im Gefängnis Bekannte nach mir und meiner Adresse gefragt; man wußte außerdem über meine Aktivitäten im Iran Bescheid.

Was waren das für Aktivitäten?

Ich habe in einer demokratischen Organisation gearbeitet und hatte u.a. deshalb einen sehr großen Bekanntenkreis. Ich war in der Lage, Menschen, die in den Untergrund gingen, eine Unterkunft zu verschaffen und habe ihnen weitergeholfen. Das alles war bekannt, wie sie es erfahren haben, weiß ich heute noch nicht.

Kannst Du etwas über die Situation erzählen, in der sich Menschen wie Du heute im Iran befinden?

In den letzten zwei Jahren mußte ich halblegal leben. Ich mußte alle meine Beziehungen zu meinen ehemaligen Freunden und Freundinnen abbrechen und konnte sie nur an bestimmten Or-

Fortsetzung nächste Seite



Öffentliche Auspeitschungen — Strafe nach islamischem Gesetz, schon Anfang 1979 laufend praktiziert

Naher Osten

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten treffen, z.B. auf der Straße oder wiederum bei gemeinsamen Bekannten. Für meine Freunde, Bekannte und Verwandte war ich im Untergrund. Ich habe nach außen ein normales Leben geführt, ich habe gearbeitet, aber keiner wußte, wo ich wohnte. Es gab Zeiten, in denen ich mich intensiver verstecken mußte, wenn z.B. Menschen, mit denen ich gearbeitet habe, verhaftet wurden. Das Schlimme ist, daß man niemals genau weiß, ob man verfolgt wird. Daß ich hier sitze, ist Zufall, ich könnte genauso gut im Gefängnis stecken oder umgebracht worden sein.

Zum Schluß war die Unsicherheit doch so groß, daß Du den Iran verlassen mußtest.

Als ich nach Monaten erfuhr, daß man über meine Aktivitäten Bescheid weiß, habe ich noch mehrere Monate überlegt, ob ich den Iran verlassen sollte, weil ich sehr, sehr ungern weggegangen und in die Bundesrepublik gekommen bin. Ich habe hier zur Zeit des Schah-Regimes sehr lange gegen meinen Willen gelebt. Aber es war unsinnig, länger zu bleiben. Meine Freunde haben mich schließlich überzeugt zu gehen. Es wäre nicht nur für mich gefährlich gewesen, sondern auch für die anderen. Ich bin noch nie gefoltert worden, und deshalb wußte ich nicht, wie ich mich in solchen Situationen verhalten würde. Ich hätte zu viele Menschen in Gefahr gebracht.

Wenn Du so erzählst, gewinnt man den Eindruck, daß zumindest in den letzten Jahren alle, die in irgendeiner Weise politisch gearbeitet haben, kaum mehr politische Aktivitäten entfalten konnten, sondern hauptsächlich damit beschäftigt sein mußten, ihr Überleben zu organisieren.

Das ist wahr, aber es war nicht die ganzen zwei Jahre so. Wir haben im ersten Jahr noch zusammen mit anderen demokratischen Organisationen ein Nachrichtenblatt herausgebracht. Im ersten Jahr hatten wir noch Kontakte zu den Volksmodjahedin. Sie haben uns Kassetten mit Reden ihrer führenden Mitglieder gegeben, Listen, auf denen Medikamente verzeichnet waren, die sie für ihre Kämpfer brauchten. Wir konnten ihnen auch, wenn es nötig war, helfen. Am Anfang war es also nicht unmöglich, politisch zu arbeiten, aber langsam existierte fast keine politisch organisierte Bewegung mehr. Ich habe z.B. gehört, daß die Zeitung der Volksfedayin mal erschienen ist, aber ich habe keine davon gesehen. Selbst enge Mitarbeiter dieser Organisation haben sie nicht zu Augen bekommen. Ich weiß also nicht, ob es sich nur um Gerüchte handelte. Jedenfalls habe ich im letzten Jahr selten eine gedruckte Zeitung oder ein gedrucktes Flugblatt gesehen. Es war auch fast unmöglich, das zu machen. Aber wir haben diesen Kampf um das Überleben auch als eine politische Aufgabe aufgefaßt.

Man hört immer wieder, daß in den Gefängnissen zahlreiche Menschen dazu gebracht worden sind, sogenannte Geständnisse abzulegen. Wie ist das zu erklären?

Wenn man die Zahl der Menschen, die „bereut" haben, mit der Zahl der Hingerichteten vergleicht, dann sind es

Wenn man die Zahl der Menschen, die „bereut" haben, mit der Zahl der Hingerichteten vergleicht, dann sind es nicht viele. Absolut gesehen sind es jedoch eine Menge. Vor allem denke ich, daß die Situation in den iranischen Gefängnissen einen Menschen fertig machen kann, nicht nur wegen der körperlichen Folterungen, die dort stattfinden, das auch. Das, was Khomeinys Gefängnisse von den Gefängnissen des Schah oder anderer Diktaturen unterscheidet, ist der psychische Druck, der auf die Gefangenen ausgeübt wird. Im Gegensatz zur Schah-Zeit weiß jeder Gefangene, daß jeder Widerstand den sicheren Tod bedeutet. Z. B. konnten sich in der Schah-Zeit die Gefangenen noch organisieren, sie sind auch gefoltert worden, aber in den Gefängnissen war ein Klima des Widerstandes. Man mußte, wenn man Widerstand leistete, nicht unbedingt mit der Todesstrafe rechnen. Auch wenn man wegen kleinster „Vergehen" in das Gefängnis kommt, muß man heute mit der Todesstrafe rechnen, sobald man Widerstand leistet. Widerstand leisten ist gleich Tod.

Wenn außerdem die Zahl der Hingerichteten solche Ausmaße annimmt — inzwischen weit mehr als 30.000 —, dann weiß man, daß der Tod eines weiteren Menschen keine Auswirkungen auf die Menschen draußen hat. Die große Zahl der Hingerichteten macht den Menschen einfach Angst und diese Angst hindert sie daran, etwas zu tun. Ich glaube, kein einziger Gefangener sieht es unter diesen Bedingungen als eine positive politische Arbeit an, in den Gefängnissen Widerstand zu leisten. Mir erscheint es erstmal logisch, daß die Kämpfer in den Gefängnissen zum Schein sagen, ich schimpfe nicht mehr über die Khomeiny-Regierung, ich tue so, als ob ich bereue, dann kann ich überleben und kann meine Kraft aufbewahren für eine Zukunft, die ich aktiv mitgestalten kann, eine Zukunft für unser armes Volk.

Ganz einfach auch deshalb, weil sie wissen, daß ein Tod angesichts der Massenmorde gar keine Signalwirkung für den Widerstand draußen hat.

Ja, das ist sehr, sehr schlimm. Aber ich weiß es von mir selber. In der Zeit, als Khomeiny nach dem 30. Khordad (21. Juni 1981, Sturz des damaligen Staatspräsidenten Bani-Sadr — Anm.) jeden Tag 100 oder 150 Menschen hinrichten ließ, waren wir erleichtert, wenn an einem Tag nur dreißig hingerichtet worden sind. Das klingt seltsam, aber es war so. Irgendwie gewöhnt man sich an alles, auch wenn es noch so schlimm ist, man verliert die Empfindlichkeit.

Aber in dem Augenblick, in dem die Gefangenen gesagt haben, ich bereue es, oder auch nur keinen Widerstand geleistet haben, hört es nicht auf. Der Schwachpunkt dieses Denkens fängt da schon an. Wenn man sagt, man bereut, dann sagen sie, o.k., aber dann mußt du auch fünfmal am Tag beten. Auch wenn man mit Widerwillen betet, beginnt man bereits, psychisch zerstört zu werden. Jeden Tag geht es weiter abwärts. Man betet zunächst, dann muß man in die Moschee, die im Gefängnis eingerichtet worden ist. Dort muß man gemeinsam beten und bestimmte Parolen rufen. Man muß die Organisation beschimpfen, die man für den Retter des Volkes ansieht und für die man gearbeitet hat und für die viele gearbeitet haben, die inzwischen umgebracht worden sind. Man muß für die Gesundheit Khomeinys beten und alles rufen, was sie einem vorschreiben. Jeden Tag muß man gegen seinen Willen handeln. Man ist außerdem allein, man kann mit keinem über diese Probleme reden, denn sie haben auch in den Gefängnissen Spitzel. Man wird erniedrigt und wenn man erniedrigt und gebrochen ist, kann man nicht mehr wie ein richtiger Mensch handeln. Wenn man das alles getan hat, dann verlangen sie auch, daß man die Bekannten und Freunde denunziiert. Vielleicht wollen die Gefangenen gar keinen Namen nennen, aber wenn man zwei bis drei Monate getan hat, was die Gefängniswärter von einem fordern, dann ist man zu vielem fähig, zu dem man vorher nicht fähig war.

Es geht dann immer so weiter, man muß beweisen, daß man wirklich mit ihnen arbeiten will, man muß sich in Autos setzen, in denen ein paar Pasdaran und Gefangene durch die Stadt fahren. Sieht man irgendeinen Menschen, den man von früher her kennt und von man weiß, daß er in irgendeiner Weise politisch gearbeitet hat, so muß man ihn denunziieren. Oder die Gefangenen werden zu den Freitagsgebeten mitgenommen, die ja immer große Versammlungen sind; dort müssen sie beten. Dann werden sie im Fernsehen gezeigt, damit die Menschen wissen, daß schon so und soviele Menschen bereut haben und mitarbeiten. Sie werden auch zu anderen Veranstaltungen mitgenommen, und man behandelt sie wie Vieh; sie müssen Parolen rufen und schreien. Ich finde, daß man so Menschen auf lange Sicht kaputt machen kann. Sie werden außer-

len rufen und schreien. Ich finde, daß man so Menschen auf lange Sicht kaputt machen kann. Sie werden außer-

dem bei Folterungen hinzugezogen. Sogar am Erschießen von ehemaligen Freunden müssen sie teilnehmen. Sie werden ausführende Organe und müssen manchmal ihre Freunde töten. Das alles macht die Menschen kaputt, und ich denke, wenn auch der erste Gedanke richtig war, sein Leben in dieser Situation zu retten, so sind doch die späteren Qualen für diese Menschen so groß, daß es schon besser ist zu sterben.

Welche Auswirkungen hat diese Situation in den Gefängnissen auf die Menschen draußen?

Im Grunde die gleichen Auswirkungen, die die Handlungen der Gefängniswärter auf die Gefangenen haben. Die Menschen draußen sagen sich, wenn auch ganz entschlossene Kämpfer Angst bekommen haben, ausgesagt haben und sogar bereit waren, ihre ehemaligen Freunde zu denunziieren, was werde ich dann schon machen können. Den Menschen wird regelrecht Angst gemacht, und sie werden in Hoffnungslosigkeit versetzt. Es sind nicht viele Gefangene, die soweit gehen; es gibt viele, die wirklich nur so tun, als würden sie mitmachen. Und es gibt so viele, die umgebracht worden sind.

Es ist doch wohl so, daß die linken Organisationen durch diese Verhaftungen und Massenmorde weitgehend zerschlagen worden sind. Wie war das möglich?

Ich glaube, daß diese Technik, dieser psychische Druck, den sie in den Gefängnissen ausüben, die größte Hilfe für die Regierung war, die Organisationen zu zerschlagen.

Viele Menschen, die selbst nicht politisch aktiv waren, sondern deren Verwandte oder Freunde, sind durch Denunziation oder zufällig verhaftet worden. Diese Menschen kennen meist — auf Grund der engen Familienbeziehungen bei uns — eine ganze Reihe politisch aktiver Menschen oder Menschen, die jemanden Zuflucht gewährt haben. Wenn sie aussagen, wird ein Schneeballsystem in Gang gesetzt. Auf diese Weise sind viele verhaftet worden.



„Erinnerungsstätte" in dem früheren Hauptquartier der Islamischen Republik-Partei. Das Hauptquartier wurde zusammen mit 72 Funktionären des Khomeiny-Regimes in die Luft gesprengt.



Außerdem gibt es in allen großen Städten zahlreiche Autos, von denen ich vorhin schon gesprochen habe, die den ganzen Tag herumfahren, um zufällig Menschen aufzuspüren, die politisch gearbeitet haben. Jeder, der darüberhinaus irgendwie verdächtig erscheint, wird auf der Straße, in Cafés, in der Kinoschlange, wo auch immer kontrolliert. Man wird gefragt, woher man kommt, wohin man geht, die Tasche wird durchsucht, Adressen, die gefunden werden, werden überprüft. Auch dieses Vorgehen hat zu vielen Verhaftungen geführt.

Du hast den Iran nicht gern verlassen. Was hat Dir Mut gemacht, in einer solch schwierigen Situation dort zu bleiben?

Das stimmt. Zunächst einmal, die Khomeiny-Regierung stört heute jeden außer der engsten Anhängerschaft. Alle, auch die, die nie politisch tätig waren und auch nichts von Politik hören wollten, sind gegen die Regierung. Alle leiden darunter, weil sie in ihren Freiheiten und ihrem Leben bis ins Schlafzimmer hinein angegriffen werden. Niemand ist glücklich über die Regierung und die Verhältnisse.

In so einer Situation die Mitmenschen alleine zu lassen, halte ich nicht für richtig. Ich bin der Meinung, daß ich dort nützlich sein konnte. Nicht nützlich, weil man dort große politische Aktivitäten entfalten konnte. Mir war es wichtig, Menschen, die ich aus früherer Zeit kannte, etwas Mut zu machen. Es reicht mir, wenn ich mit einer Freundin zusammen sein kann, deren Mann umgebracht worden ist, die sich alleine fühlt und unglücklich ist. Es macht mir eine Freude, wenn ich zu ihr stehe und einmal zusammen mit ihr das Grab ihres Mannes besuche oder mit ihr spazieren gehe; das alles verstehe ich als einen Widerstand, auch wenn es nicht großartig klingt. Außerdem muß ich sagen, daß alle Menschen, die noch nicht von der Khomeiny-Regierung gefangen worden sind und nicht mit ihr einverstanden sind, sehr solidarisch miteinander umgehen und eine sehr große Liebe zueinander haben. Zum Beispiel als ich einmal gefährdet war, haben mir mindestens zwanzig Menschen angeboten, bei ihnen zu wohnen oder mir Geld angeboten, falls ich nicht mehr arbeiten könnte. Ich hätte alles von ihnen haben können, was sie besitzen. Das haben die Menschen für jeden gemacht, nicht nur für mich. Ich fand es schön, in einer solchen Atmosphäre zu leben, in der der Druck von oben sehr groß ist, aber die Solidarität dagegen mindestens genauso groß ist, wenn nicht größer. Obwohl es den Tod bedeuten kann, wenn man einem Verfolgten Unterkunft gewährt.

Unmittelbar vor dem Sturz des Schah-Regimes bist Du in den Iran zurückgekehrt. Welche Hoffnungen, Wünsche und Ziele hattest Du damals?

Ich habe gehofft, daß die Monarchie schon abgeschafft ist, und ich habe mir als Frau gewünscht, mich für die Rechte der Frauen einzusetzen, in einem demokratischen Land, in dem, wenn auch nicht alles gleich geschehen kann, wir uns in verschiedenen Bereichen organisieren können, unsere Ziele formulieren und Forderungen aufstellen können, Menschen für diese Forderungen gewinnen können, Frauen alphabetisieren, ihr Bewußtsein heben können, da alles habe ich gewünscht und gehofft.

Und Du hast ja auch angefangen, so zu arbeiten. Wie lange war diese Arbeit möglich?

Fast drei Jahre lang.

Ich erinnere mich genau, daß damals — nach dem Sturz des Schah-Regimes — Frauenorganisationen wie Pilze aus dem Boden schossen, daß sich überall die Frauen regten und eine Arbeit begannen in der Richtung, wie Du sie eben beschrieben hast. Und das war drei Jahre lang möglich?

Fast drei Jahre lang. Nicht alle Frauenorganisationen haben sich solange gehalten, ein paar aber doch. Man konnte sogar zwei Jahre lang ziemlich aktiv arbeiten und viele Frauen gewinnen, aber nach zwei Jahren, nach diesem verdammten 30. Khordad, war auf einmal vieles zu Ende.

Das war zum Zeitpunkt des Sturzes von Bani-Sadr?

Ja, und der im Anschluß daran stattfindenden großen Demonstration der Volksmodjahedin.

Das war ein ganz tiefer Einschnitt. Aber schon vorher war die Demokratie in großem Maße abgebaut worden.

Die Frauenorganisation z.B., in der ich arbeitete, hatte damit begonnen, in Süd-Teheran unter den Frauen zu arbeiten. Wir haben Nähkurse abgehalten, damit diese Frauen den Bedarf ihrer Familie an Kleidung decken konnten. Natürlich haben wir auch unsere Frauenforderungen und -ziele in diese Gruppen gebracht, Schritt für Schritt. Schon als wir mit Dikussionen begannen, haben wir Schwierigkeiten mit den Khomeiny-Anhängern bekommen. Es gab Spitzel auch in diesen Gruppen. Unsere Frauen sind schon dort verfolgt worden. Nach und nach mußten wir verschiedene Gruppen aufgeben.

Aber Verfolgungen begannen schon früher, als wir uns gegen die rückschrittlichen islamischen Gesetze, die eingeführt wurden, zur Wehr setzten. Diese Gesetze sind ganz brutal gegen die Frauen gerichtet, z.B. wenn ein Mann eine Frau tötet, darf der Mann nicht getötet werden, umgekehrt ja. Wenn Verwandte einer Frau hingegen erreichen wollen, daß der Mann bestraft wird, müssen sie den halben Blutwert von einem ganzen Menschen an den Mann bezahlen, damit er bestraft werden kann. Wir haben uns gegen diese Gesetze gewehrt, und deshalb sind wir von den Khomeiny-Anhängern auf

werden kann. Wir haben uns gegen diese Gesetze gewehrt, und deshalb sind wir von den Khomeiny-Anhängern auf

der Straße verprügelt und sind mit Messern bedroht worden. Das alles gab es schon viel früher.

Habt Ihr Euch auch in anderen politischen Bereichen engagiert, abgesehen von den speziellen Frauenfragen?

Ja, als Frauenorganisation schon. Wir haben uns für die Demokratie und Freiheiten eingesetzt, individuelle und demokratische, für die Aufhebung der Zensur, für Meinungsäußerungsfreiheit, auch für die Autonomie verschiedener Völker, für die Kurden, für die Turkmenen usw.

Du sagtest vorhin, ihr seid immer schon, wenn ihr für eure Forderungen auf die Straße gegangen seid und versucht habt, sie zu propagieren, sehr scharf angegriffen worden. Haben diese schweren Bedingungen Eurer Resonanz unter den Frauen geschadet?

Die organisierten Anhänger Khomeinys, die Hezbollahs, haben uns unter dem Schutz der Pasdaran angegriffen, aber die Menschen haben uns sehr freundlich behandelt und uns ermutigt, weiter zu arbeiten. Unsere aktive Mitgliederzahl war zum Schluß so groß wie noch nie, die Zahl ist immer gestiegen, bis es nicht mehr weiterging, da der Druck zu stark wurde. Jede Frau mußte sich fragen, was habe ich denn noch für Rechte, und sie waren schon bereit, mehr Opfer zu bringen. Es gab sogar bei uns Hausfrauen, die manchmal gegen den Willen ihrer Männer mit Schleier zu uns gekommen sind. Die wollten unsere Flugblätter verteilen, und zum Schluß hatten wir eine Hausfrauengruppe. Sie haben sich oft mehr Zeit gelassen und mehr Mut gehabt als andere, vielleicht auch deshalb, weil man sie schwieriger angreifen konnte.

Fortsetzung auf S. 35

Poder Popular auf Kuba

Willi Huismann



Entnommen aus: Hispanorama (Mitteilungen des deutschen Spa-

Entnommen aus: Hispanorama (Mitteilungen des deutschen Spanischlehrer Verbandes, November 1983)

Zentralismus pur ...

März 1982 in Havanna. Auf dem Kongreß der kommunistischen Jugendorganisation UJC hält Fidel Castro das Schlußwort. Er wettert gegen Vetternwirtschaft, Bürokraten und Kleinhändler, die sich die Versorgungsengpässe zunutze machen und einen neuen Kleinkapitalismus entwickelt haben:

,,*Sie korrumpieren und korrumpieren, diese Individuen korrumpieren mit Geschenken, Sachen und Geld. Ich glaube wirklich, wir müssen ihnen einen Schlag versetzen, diesen ausbeuterischen und asozialen Aktivitäten. Handelsministerium und nationale revolutionäre Polizei werden keinen Waffenstillstand schließen mit den Hausierern von Zwischenhändlern, die sich in den freien Bauernmarkt eingeschlichen haben, mit den korrupten Funktionären und Verwaltern, mit den Geschäftemachern jeden Typs.* (An dieser Stelle wird Fidel mit Zwischenrufen unterbrochen: ,,Fidel, gib's den Lumpen!''.)

Es gibt Widersprüche, und wir müssen verhindern, daß die sozialistischen Methoden das kommunistische Bewußtsein korrumpieren. Kommunist sein, hängt nicht nur von einem unbegrenzten Reichtum ab, den man verteilen kann. Und ich weiß auch nicht, woher dieser Überfluß kommen soll, in einer Welt, deren Bevölkerung sich wie die Nagetiere vermehrt und deren natürliche Ressourcen begrenzt sind. Bei der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft müssen die Entwicklung des Reichtums und die Entwicklung des Bewußtseins gleichzeitig verlaufen. Weil es sogar passieren kann, daß die Reichtümer wachsen und das Bewußtsein sinkt.

Ich will keine Vergleiche anstellen, das wäre nicht richtig. Aber es gibt Erfahrungen revolutionärer Länder, in denen der Wohlstand sehr viel schneller wuchs als das Bewußtsein, und dann kommen die Probleme der Konterrevolution und solche Sachen. Es ist schlecht, wenn wir unser Land als Vorbild hinstellen. Aber ich bin davon überzeugt, daß sich bei aller Begrenztheit unseres Reichtums in unserem Land viel Bewußtsein entwickelt hat, viel Bewußtsein, und ein Beispiel davon ist der internationalistische Geist unseres Volkes. Die Tugend muß gepflegt werden. Die Sünde ist spontan wie Unkraut und wächst von selbst.''

Die Anspielungen auf Polen sind unüberhörbar. Fidel vertritt die moralische Reinheit der Revolution gegen einen Laissez-faire-Sozialismus, die Vision Che Guevaras vom neuen, solidarischen Menschen gegen den selbstzufriedenen, egoistischen Konsumenten des Gulaschsozialismus. Kubas Revolution ist schon seltsam. Obwohl Kuba neben der Mongolei das wirtschaftlch unterentwickeltste Land der RGW-Gemeinschaft ist, ist es politisch erstaunlich jung gebileben. Vorangetrieben durch das offene Austragen von Widersprüchen, durch Selbstkritik und durch die Ungeduld der alten Guerrilla-

staunlich jung gebileben. Vorangetrieben durch das offene Austragen von Widersprüchen, durch Selbstkritik und durch die Ungeduld der alten Guerrilla-

führer, die um nichts in der Welt im trüben Morast der Staatsbürokratie stecken bleiben wollen.

Von Zeit zu Zeit unterwerfen sie das Land einer Verjüngungskur, die wie ein eiserner Rechen über das Land fährt. 1975 begann in der Provinz Matanzas eine dieser Roßkuren, die innerhalb von einem Jahr die politische Machtstruktur des Landes grundlegend verändern sollte. Ihr Name: Poder Popular. Mit einem System direkter Demokratie auf Gemeindeebene soll die Macht der Bürokratie zurückgedrängt und das Volk zur Machtausübung erzogen werden. Die Volksmacht ist ein Experiment, das in vielen Ländern der ,,Dritten Welt'' Bewunderung und Nachahmung hervorgerufen hat. Hierzulande ist es fast unbekannt. Bislang hat sich keiner der zahlreichen Lateinamerikaspezialisten an die Analyse dieses Phänomens gewagt.

Einer chilenischen Journalistin ist es zu verdanken, daß die Kunde von der Volksmacht in alle Welt drang. Der Name dieser Journalistin: Marta Harnecker. Sie lebt in Havanna im politischen Exil. Von 1975 bis 1979 durchstreifte sie mit Mikrofon und Kugelschreiber das Land, um die Verwirklichung der Volksmacht vor Ort zu dokumentieren. Das Ergebnis ist ein Buch mit dem Titel: **Cuba, los protagonistas de un nuevo poder** (Havanna 1979). In Spanien und Mexiko erschien es unter dem Titel **Cuba — Dictadura o democracia?**

In ihrem Epilog geht Marta Harnecker der Frage nach, warum 16 Jahre ins Land gingen, bevor die Revolution ein institutionalisiertes System der politischen Demokratie erhielt, bevor zum ersten Mal gewählt wurde.

Die ersten Jahre der Revolution waren durch tiefe, radikale und schnelle Veränderungen gekennzeichnet. Es war ein beweglicher, operativer Staatsapparat vonnöten, der die Diktatur des Volkes gegen die Konterrevolution von innen und außen verteidigen konnte. Andererseits muß man auch das sehr niedrige kulturelle Niveau des kubanischen Volkes zum Zeitpunkt der Revolution berücksichtigen.

Das Volk ist in den sechziger Jahren auf die Bewältigung der Aufgaben einer schnell nationalisierten Wirtschaft nicht vorbereitet. Durch den Boykott der USA und fast aller westlichen Länder ist der Absatz des Hauptexportproduktes Zucker gefährdet, der technische Boykott führt zum teilweisen Zusammenbruch des Produktionsapparates. Einer der Männer der ersten Stunde, Manuel Fraginas, erinnert sich an die Mühen des Anfangs:

,,Als fast alle Strukturen zerfallen, als zuerst die nordamerikanischen und später die wichtigsten Produktionsstätten nationalisiert werden müssen, stellen wir fest, daß der bestehende Produktionsapparat zu nichts taugt. Aber das ist nicht alles: Wir haben auch keinen neuen, der imstande wäre, die enorme Aufgabe zu lösen, die auf uns zukommt. Wir müssen den Apparat also schaffen. Aber das ist von einer geradezu brutalen Dringlichkeit gekennzeichnet. Wir können uns nicht in die Büros setzen und ein theoretisches Modell schaffen, es mit Computern und Pilotstudien in kleinen Gebieten ausprobieren. Wir müssen den Apparat heute schaffen und morgen in die Praxis umsetzen. Wie können wir die Verwaltung dieser ganzen Welt von Dingen organisieren, die plötzlich in die Hände der Regierung übergegangen sind?

Plötzlich gehen 163 Zuckerzentralen in unsere Hände über. Wir müssen also 163 Verwalter ernennen, und die müssen Leute unseres Vertrauens sein. Aus der gerade angelaufenen Alphabetisierungskampagne werden also 163 Lehrer abgezogen, die die Zuckerfabriken organisieren sollen und nicht die geringste Ahnung haben, wie man so etwas macht. Wir finden einen hervorragenden Schuhmacher, und er wird mit der Verwaltung einer Wurstfabrik beauftragt. Niemand weiß genau, was er macht. Es gibt keine Statistiken, die Kommerzialisierungskanäle sind unterbrochen, der Handel mit den USA erstirbt.''

Fidel Castro selbst prägt in dieser Zeit den Satz: ,,Es ist einfacher, zwanzig Kriege zu gewinnen als die Schlacht um die Entwicklung.'' Der alte Staatsapparat ist zerschlagen. Die amerikanischen Konzerne, die vor der Revolution Kuba in der Hand hatten und nicht schlecht davon lebten, lassen verbrannte Erde zurück. Alle Techniker und Spezialisten folgen ihren Brotgebern in die USA. Improvisationskunst und revolutionärer Enthusiasmus ersetzen eine funktionierende Verwaltung. Die bärtigen Guerrillakommandanten aus der Sierra Maestra leiten jetzt die Produktionsschlacht — von Ökonomie haben sie keine Ahnung. Che Guevara, damals kubanischer Industrieminister, charakterisiert diesen Zustand:

,,Die ersten Schritte eines revolutionären Staates waren stark von den grundlegenden Merkmalen der Guerrillataktik gekennzeichnet. Die Guerrillataktik wandte die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes in den Bergen und Feldern Kubas nun auf die Verwaltung an. Die Lösung der konkreten Probleme hing von der willkürlichen Entscheidung eines jeden Führers ab. Nach einem Jahr schmerzhafter Erfahrungen kamen wir zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig war, unseren Arbeitsstil total zu ändern und den Staatsapparat auf rationelle Art und Weise wieder aufzubauen. Als Gegenmittel wurde eine starke Bürokratie aufgebaut. Eine Reihe von Staatsorganen, darunter das Industrieministerium, beginnen eine Politik der operativen Zentralisierung, welche die Initiative der Verwalter unnötig bremste. Das zentralistische Konzept erklärt sich aus dem Mangel an mittleren Fachkräften und aus der vorangegangenen Anarchie. So begann unsere Revolution an dem Übel zu kranken, das Bürokratie heißt.''

Dieses Leiden breitet sich mit Zähigkeit und Eigendynamik aus. Entstanden aus der Notlage, verwandelt es sich immer mehr in einen Hemmschuh der Entwicklung. Die Betriebe müssen jeden Peso Gewinn an das Ministerium abführen. Für jede kleine Investition müssen sie dann um Geld von eben diesem Ministerium bitten. Keiner traut sich, Entscheidungen zu treffen, jeder verweist auf die nächsthöhere Instanz. Der ganze Apparat wird unbeweglich und starr. Fehlentscheidungen an der Spitze — und davon gibt es mehr als genug — führen zu katastrophalen Konsequenzen für die gesamte Wirtschaft. Dazu die ständige tödliche Bedrohung aus dem Norden.

Inzwischen hat die US-Regierung eine Sonderkommission unter Leitung von Justizminister Robert Kennedy eingesetzt, deren klarer Auftrag es ist, das Regime Castro zu stürzen, egal mit welchen Mitteln. Zu diesen Mitteln, in einem langen und leisen Krieg hundertfach angewandt, gehören Wirtschaftssabotage, Entsendung exilkubanischer Terrorkommandos, Attentate auf die Führer der Revolution und bakteriologische Kriegführung, der unter anderem der Schweinebestand Kubas zum Opfer fällt.

Die Revolution kämpft jahrelang um ihr nacktes Überleben. Keiner denkt in dieser Zeit an Wahlen. Die Massen folgen Fidel mit fast schon unheimlich anmutendem Vertrauen. Sie folgen ihm bis 1970. In diesem Jahr aber werden die Defekte des Zentralismus dermaßen offensichtlich, daß die Kubaner bockig werden und ihr Mißfallen mit Fernbleiben von der Arbeit bekunden. Es ist das Jahr der großen Zuckerrohrernte, der 10-Millionen-Schlacht. 10 Millionen Tonnen Zucker sollen dem Imperialismus beweisen, daß der Idealismus eines rebellischen Volkes in der Lage ist, Berge zu versetzen. Jeder, der noch laufen kann, zieht in die Zuckerfelder. Ganze Produktionszweige werden stillgelegt, um alles auf die Ernte zu konzentrieren. Sogar die geliebten Sonntage werden als arbeitsfreie Tage gestrichen. Aber die zentralistische Organisation beweist in dieser Ernte endgültig ihre Unfähigkeit. Das geschlagene Rohr vergammelt tonnenweise auf den Feldern, weil der Transport nicht klappt oder weil die Zuckermühlen überlastet sind. Die große Mobilisierung endet in einem riesigen Chaos.

Feldern, weil der Transport nicht klappt oder weil die Zuckermühlen überlastet sind. Die große Mobilisierung endet in einem riesigen Chaos.

Das Volk ist müde und enttäuscht.

Fidel gibt vor über einer Million Kubanern auf dem Platz der Revolution zu, daß die Führung versagt hat, der Zentralismus gescheitert ist. Er schlägt dem versammelten Volk vor, sich einen neuen Führer zu wählen. Das Volk lehnt dankend ab und stürzt sich mit dem obersten Kommandanten in die nächste Schlacht, die eine grundlegende Demokratisierung verspricht: in die Schlacht gegen die Bürokratie. In den nächsten fünf Jahren verschwindet das Guerrillawesen aus der Wirtschaft, eine grundlegende Wirtschaftsreform führt zu Dezentralisierung der Entscheidungen, zu relativer Autonomie der Betriebe, bringt das Prinzip von Wirtschaftlichkeit und materiellem Anreiz für besseres Arbeiten wieder zu Ehren, hebt die Verfilzung von Partei und Verwaltung auf und gibt den Gewerkschaften echte Mitbestimmungsrechte.

Am Ende der Wirtschaftsreformen steht die Reform des Staatsapparates, die auch auf politischer Ebene Dezentralisierung und Demokratisierung bringt. Mit der Verfassung von 1975 und den Wahlen zur Volksmacht 1976 gibt sich die Revolution ihre endgültige institutionelle Form. Aber was ist nun das besondere an der Volksmacht, was unterscheidet sie von unserer parlamentarischen Demokratie oder auch vom volksdemokratischen System osteuropäischen Stils?

... Oder Poder popular ...

Der Unterschied fängt schon bei der Wahl der Delegierten der Volksmacht an. Die Kandidaten werden nicht von der Partei oder von den politischen Massenorganisationen aufgestellt, sondern direkt von den Wählern. Außerdem muß es pro Delegiertensitz mehrere Kandidaten geben. Zum Zweck der Direktnominierung werden die Wahlkreise in einzelne Stimmbezirke aufgeteilt, so daß nie mehr als 300 Wähler aus ihrem Wohnbezirk einen Kandidaten aufstellen können. Die Komitees zur Verteidigung der Revolution berufen die Versammlung ein.

Kurz zur Erklärung: Diese Komitees gründeten sich 1961 als spontane Reaktion auf einen Bombenanschlag auf eine Volksversammlung. In den Komitees sind heute über 80% der erwachsenen Bevölkerung organisiert. Sie kümmern sich nachts um den Gebäudeschutz, führen freiwillige Arbeitseinsätze durch und sind die größte freiwillige Hilfsorganisation auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet.

Marta Harnecker ist auf einer dieser Wählerversammlungen in der Provinzhauptstadt Matanzas dabei. Fast 90% der Bewohner des Viertels sind gekommen. Viele Frauen haben ihre Kinder mitgebracht. Der Präsident eröffnet: *,,Die Organe der Volksmacht, die durch uns gebildet werden, werden die höchste staatliche Autorität in den Gemeinden sein, und sie haben eine große politische Verantwortung. Deshalb müssen wir gut überlegen, bevor wir einen Vorschlag machen.''*

Als erstes meldet sich eine junge Mulattin: *,,Ich schlage Juan Ortega vor.'' ,,Warum schlägst du ihn vor?'' ,,Na ja, weil ich ihn kenne, er hat gute Voraussetzungen. Ist ein guter Revolutionär, fleißig, versteht sich mit allen gut, und abgesehen davon, ist er einer der Bauarbeiter, die in Vietnam gewesen sind.''*

Noch drei andere Nachbarn nehmen zu dem Vorschlag Stellung. Dann werden noch vier weitere Namen ins Spiel gebracht. Zum Schluß entscheidet sich die Versammlung, Orestes Funcora als Kandidaten aufzustellen. Orestes, weißhaarig, Rentner und im ganzen Viertel bekannt, sagt: *,,Der Arbeiter hier hat Demokratie. Er kann sich ausdrücken. Der Konterrevolution, ja, der wurde die Demokratie weggenommen. Aber die Mehrheit übt sie aus. Das habe ich immer verteidigt. Ich bin Rebell. In unserer Entwicklung habe ich die Freiheit gehabt, das zu sagen, was nicht in Ordnung ist. Diese Demokratie gefällt mir.''*

Orestes ist jetzt nominierter Kandidat. Er konkurriert mit fünf anderen um einen Sitz. Der Wahlkampf, wenn man überhaupt davon sprechen kann, ist unkompliziert. Alle Kandidaten müssen ihren Lebenslauf mit Foto öffentlich aushängen. Das ist alles. Andere Formen der Propaganda sind nicht erlaubt. Am Wahlsonntag geht Orestes in seinem Wahlkreis als Sieger hervor. Er erhält 266 von 443 Stimmen. Damit ist er einer der wenigen Delegierten im ganzen Land, die bereits im ersten Wahlgang gewählt sind. *,,Warum sind Sie gewählt worden?'' ,,Das wird wohl an meinem Leben liegen. Der Kampf hier mit dem Volk. Ein gutes Betragen, Ehrlichkeit, Zähigkeit. Na ja, ich glaube, so ist es. Viel Kontakt mit den Leuten.''*

Bei diesen ersten Wahlen im Jahr 1976 werden in den 106 Gemeinden Ku-

be, so ist es. Viel Kontakt mit den Leuten.''
Bei diesen ersten Wahlen im Jahr 1976 werden in den 106 Gemeinden Ku-

bas 10.725 Delegierte zur Gemeindedelegiertenversammlung gewählt. 70% der Gewählten sind jünger als 41 Jahre. Nur 8% der Delegierten allerdings sind Frauen. 31% haben Hauptschulabschluß, 27% mittlere Ausbildung und nur 5,3% haben Universitätsbildung. Diese Delegierten haben zweifellos das Vertrauen ihrer Wähler. Sie sind der Grundpfeiler der Volksmacht und wählen auf ihrer ersten Sitzung ihre Vertreter für die Provinzversammlung der Volksmacht. Die Provinzversammlung ihrerseits wählt dann ihre Delegierten für die Nationalversammlung, dem obersten Staatsorgan Kubas.

(In die Provinz- und Nationalversammlung können auch Leute gewählt werden, die selbst nicht direkt gewählte Gemeindedelegierte sind. So wird garantiert, daß z.B. auch Aktivisten aus den Gewerkschaften, die für die Arbeit in den Wohngebieten keine Zeit haben und deshalb auch nicht gewählt werden, in der Nationalversammlung vertreten sind. Damit aber die direkte Verantwortlichkeit gegenüber dem Wähler nicht ausgehöhlt wird, müssen mindestens 50% der Abgeordneten der Nationalversammlung gleichzeitig Gemeindedelegierte sein.)

Einmal in der Woche hält der Delegierte Orestes eine Wählersprechstunde ab. Die meisten Leute kommen mit Problemen, die im ressourcenknappen Entwicklungsland Kuba sehr handfest sind: Das Dach muß repariert werden, dafür braucht man Baumaterialien, in der Behörde X wurde man schlecht behandelt, im Laden fehlt Bier. Orestes muß die Probleme nicht nur weitertragen an das Exekutivkomitee der Volksmacht, er muß es, wenn möglich, aus eigener Kraft lösen.

Fortsetzung nächste Seite



„Wenn es ein Problem in einem Unternehmen gibt, muß ich mit dem Verwalter reden, damit er was ändert. Wenn er es trotzdem nicht tut, wenn er keine vernünftige Antwort gibt, gehe ich zu seiner übergeordneten Verwaltung."

Einmal gewählt, ist Orestes seinen Wählern rechenschaftspflichtig, auch ein gravierender Unterschied zur parlamentarischen Demokratie. Er kann sich nicht auf seinem Abgeordnetengewissen ausruhen. Alle 4 Monate muß er eine Wählerversammlung abhalten und einen Rechenschaftsbericht abgeben. Marta Harnecker protokolliert in ihrem Buch viele dieser Rechenschaftsversammlungen. Auf einer dieser Versammlungen befragte sie eine Gruppe von Wählern nach ihrer Meinung.

„Was bedeutet für Sie die Volksmacht?" „Ein Erfolg. Jetzt können wir unsere Bedürfnisse direkt durchsetzen. Das Volk nimmt direkt an der Lösung aller Probleme teil." „Aber vorher, mit den Komitees zur Verteidigung der Revolution konnten Sie ihre Probleme doch auch anbringen?" „Ja, aber sie wurden oft nicht gelöst." „Passiert es nicht, daß Leute, die den Delegierten gut kennen, sich von ihm etwas auf die Freundestour besorgen lassen?" „Nein, nie. Denn hier wird nur jemand Delegierter, weil er gut ist und nicht schlecht. Weil er revolutionär ist." „Welche Probleme hat die Volksmacht hier gelöst?" „Das Problem der Milch. Vorher wurden sie auf den Bürgersteig gestellt. Da kamen die Hunde dran und sowas. Jetzt werden sie in Kisten unter die Treppen gestellt. Und die Poliklinik. Es gibt jetzt mehr Ärzte. Und der Transport. Morgens fahren jetzt mehr Busse zur Arbeit." „Und welchen Unterschied gibt es zwischen den Wahlen zur Volksmacht und denen vor der Revolution?" „Ach Mensch, das kann man gar nicht vergleichen. Früher kauften sie die Stimmen. Sie machten Versprechungen, und wenn sie gewannen, sahst du sie nicht wieder."

Delegierter zu sein, ist heute kein Privileg. Er muß genauso arbeiten wie alle anderen und erhält auch keine Diäten. Entpuppt sich ein Delegierter doch mal als korrupt oder inaktiv, kommt es zu seiner Abberufung, zur Revocación. So geschehen dem Delegierten des Wahlkreises 24 in der Gemeinde Playa. Abgesetzt wegen eines Komplotts mit dem Verwalter des Lebensmittelladens. Hausfrauen hatten aufgedeckt, daß er vom Verwalter bevorzugt und sogar nach Ladenschluß beliefert wurde. Zuerst klagten die Frauen ihn auf der Wählerversammlung an. Der Delegierte leugnete jede Schuld. Daraufhin sammelten die Frauen Unterschriften für seine Abberufung. 20% der Wählerunterschriften hätten gereicht, um das Verfahren in Gang zu setzen. Aber 65% der Wähler unterschrieben. Nicht nur der Delegierte wurde abgesetzt, auch der betroffene Verwalter mußte seinen Platz räumen. Nach den Beobachtungen Harneckers funktioniert die Rechenschaftsgebung und Kontrolle der Delegierten gut. Die Beteiligung an den Rechenschaftsversammlungen ist hoch. Sie liegt zwischen 60 und 100%. Aber welchen Einfluß haben die Delegierten der Volksmacht gegenüber der Verwaltung, gegenüber den Direktoren von Unternehmen und Dienstleistungsbetrieben, gegenüber der ganzen mächtigen Staatsbürokratie? Sind sie nur Bittsteller und Sprachrohr der kleinen Leute oder haben sie wirkliche Macht?

Dazu muß man wissen, daß die Volksmacht in Kuba nicht nur gesetzgebende und kontrollierende Funktionen hat, sie ist auch ausübende Gewalt. Mit den ersten Wahlen zur Volksmacht wurde die gesamte Ministerialbürokratie mit einem Schlag entmachtet. Alle Betriebe und Verwaltungen, die für die Gemeinde arbeiten, werden jetzt direkt von der Volksmacht geleitet. Dazu gehören Produktionsbetriebe, Dienstleistungszentren, Schulen und Polikliniken. Zur Leitung dieses Apparates setzt die Versammlung der Volksmacht ein Exekutivkomitee ein, das aus haupt- und ehrenamtlichen Funktionären besteht. Nationale Betriebe, die für das ganze Land produzieren, werden hingegen weiterhin von einem Fachministerium geleitet. Reinaldo, hauptamtliches Mitglied des Exekutivkomitees der Volksmacht in Cárdenas, erzählt:

„Vorher waren die Verwalter dem Druck des Volkes nicht ausgesetzt. Sie sagten, ja das machen wir, und sie machten gar nichts. Und immer hatten sie eine Ausrede parat. Aber jetzt, wo der Druck der Volksmacht da ist, wo sie vor der Versammlung Rechenschaft ablegen müssen, kommen die Verwaltungskader in eine schwierige Lage. Einige hatten ziemlich Angst, weil sie dachten, das wird so wie im Römischen Zirkus, daß sie in die Hände der Versammlung fallen würden. Ihre ganze regionale übermächtige Hierarchie, mit der sie 2, 3 oder 10 Jahre vertraut waren, löste sich in nichts auf. Das letzte Wort sprach jetzt die Versammlung. Und sie wurden Direktoren, die der Gemeindeversammlung untergeordnet waren, nicht mehr dem Ministerium. Das war so eine Schlacht, die wir am Anfang mit ihnen hatten. Zum Beispiel, ihnen begreiflich zu machen, daß man nicht mehr zur Provinzleitung geht, um Anweisungen zu holen. Über Nacht haben wir ihnen gesagt: Du bist jetzt von der Volksmacht. Man änderte ihren Status, aber was man nicht so schnell ändert, ist, was im Kopf drin ist. Das heißt, es gab einen gewissen Widerstand."

Nachdem also das Volk auf die Bürokratie losgelassen war, und nachdem seine Vertreter viele Probleme direkt und vor Ort lösten, die vorher in das Hoheitsgebiet der Bürokratie gehört haten, begann man dem Monster einen Arm nach dem anderen abzuschlagen. Leider finden sich über die Verkleinerung des Apparates im Buch von Marta Harnecker keine statistischen Angaben, aber sie läßt Reinaldo ein aufschlußreiches Beispiel erzählen:

„Also ich werde aus eigener Erfahrung sprechen. Ich war vorher Funktionär des Handelsministeriums in dieser Region und hatte einen bürokratischen Apparat von 54 Funktionären. Heute wird der Handel hier von fünf Genossen geleitet. Und die Probleme werden auch gelöst. Vorher konnte keine Stellenänderung, zum Beispiel eines Verkäufers, ohne Zustimmung des Ministeriums durchgeführt werden. Und die ließ manchmal 3 oder 4 Monate auf sich warten."

Viele Funktionäre werden unter der Volksmacht nicht alt. Sie werden abgesetzt, herabgestuft oder müssen wieder als einfache Arbeiter schuften. So geschah es auch einem Transportminister. Er wurde als Lastwagenfahrer weiterbeschäftigt.

Wer nun glaubt, mit der Volksmacht wären in Kuba Bürokratismus und Zentralismus endgültig verschwunden, irrt sich auch wiederum. Denn die Leninsche Forderung, daß im Sozialismus jede Köchin den Staat leiten können müsse, ist in der Praxis ein mühseliges Unterfangen. Vor allem, wenn man bedenkt, daß Kuba nach wie vor zu den unterentwickelten Ländern der Erde zählt, die ein erdrückendes Erbe an wirtschaftlicher Abhängigkeit, Monokultur, Armut und Unwissenheit abzutragen haben.

Der größte Teil der Energien muß dazu verwendet werden, die knappen Ressourcen zu verwalten und gerecht zu verteilen. Es ist die Unterentwicklung, die der Volksmacht die Arbeit schwer macht und immer wieder aufs neue Bürokratie hervorbringt. Wie soll die kommunale Bauleitung zum Beispiel Zement verteilen, wenn keiner da ist. Wieviel Aufwand kostet es, wenn man ermitteln will, welcher Bürger bevorzugt Baumaterialien erhalten muß, damit sein Haus in der Altstadt vor dem Zusammenbruch gerettet werden kann? Oft müssen die Delegierten ihren Wählern sagen: Hört zu, ich sage es Euch ganz offen. Dieses Problem kann ich nicht lösen. Der Staat hat nicht die Mittel dazu. Ich will Euch gar nichts versprechen. Hauptgrund für die vielen wirtschaftlichen Engpässe ist nach wie vor Kubas Abhängigkeit vom Hauptexportgut Zucker.

... mit Schwierigkeiten?

Allein in den letzten beiden Jahren fiel der Zuckerpreis auf dem freien Weltmarkt von 30 auf ganze 8 Cents. Nicht zuletzt deshalb, weil die Europäische Gemeinschaft unter Mißachtung des Weltzuckerabkommens 3 Millionen t staatlich subventionierten Zucker zusätzlich auf den Weltmarkt warf und so die Zuckerproduzenten der „Dritten Welt" in eine schwere Krise stürzte. Innenpolitische Probleme können ohne diese extreme außenwirtschaftliche Abhängigkeit Kubas nicht verstanden werden. Andererseits können nicht alle inneren Probleme auf das Negativkonto der ungerechten Weltmarktbeziehungen abgeschoben werden.

Denn nachdem sich die Bürokratie vom ersten Schreck erholt hatte, versuchte sie mit dem ihr eigenen Hang zum Überleben es sich in den Eingeweiden der Volksmacht gemütlich zu machen. Ein Beispiel dazu. Tatort: Miramar, Vorort von Havanna. Das Opfer ist die Bürgerin Josefina Sánchez, Sozialarbeiterin. Seit vier Jahren versucht sie, Baumaterialien für die Reparatur ihres lecken Wassertanks zu erhalten. Vergebens. Ihr Haus ist inzwischen durchgefeuchtet. Sie erzählt:

„Also, ich gehe zur Nummer 24 zwischen der 3. und 5. Straße, und sie sagen mir: Geh zur fünften, Nr. 264. Dort sagen sie: Geh zur Nummer 98. Und der Genosse Direktor ist nicht da, der Stellvertreter auch nicht, und ich sage zum Genossen, der am Eingang sitzt: Wer ist denn hier? Ich, sagt er. Und wer sind Sie? Präsident, Direktor, Abgeordneter? Nein, sagt er, der ist nicht da, der ist schon weg, und der ist noch nicht da. Und hier gibt es keinen Verantwortlichen? Und wenn das Volk kommt und eine Auskunft braucht, wer gibt sie ihm? Sie vielleicht? Also gut, dann werden Sie mir helfen. Ich habe folgendes Problem. Nein, sagt er, das was ich tun kann, ist, Ihnen einen Antrag auszufüllen. Also wozu soll ich einen Antrag ausfüllen, den habe ich schon 1975 ausgefüllt, den habe ich 1976 ausgefüllt, 1977 und 1978."

„Aber könnte es nicht vielleicht daran liegen, daß es tatsächlich kein Material gab?" „Nein, denn wenn ich einen Schwarzarbeiter rufe, erscheinen alle diese Materialien. Woher kommen die auf einmal, wenn der einzige Verwalter dieser Materialien Regierung heißt? Und wenn diese Dame nicht einmal einen einzigen Ziegelstein hat?"

Irgendwie gelingt es Josefina dann doch, eine Materialzuweisung in die Hände zu bekommen. Als sie damit zum Direktor für Bau- und Reparaturarbeiten geht, erklärt ihr dieser in aller Seelenruhe, daß sie den Antrag noch einmal von vorne stellen muß, weil es in der Behörde inzwischen eine Strukturreform gegeben habe. Jetzt reißt Josefina der Geduldsfaden. Sie klagt die Bauverwaltung an und zwar auf der Rechenschaftsversammlung ihres Delegierten. Die Volksmacht reagiert sofort, setzt eine Komission von 6 Delegierten ein und läßt den Fall untersuchen. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß die Behörde schlecht und unverantwortlich gearbeitet hat. Die Volksmacht entscheidet. Der Baudirektor und andere führende Funktionäre werden abgesetzt. Und das Opfer des Bürokratismus, Josefina, kommentiert abschließend:

„Wenn es keine Konfrontation gäbe, keine Kämpfe, hätte sich dann der Kampf um die Volksmacht gelohnt? Die Volksmacht ist ein Schützengraben, in dem die Leute ihre Rechte verteidigen. Man muß selbstkritisch sein. Ich lese viel Che. Wenn wir uns jeden Tag an Che erinnerten, würden wir keine Fehler machen. Weil Che jeden Tag eine Kritik und eine Selbstkritik machte. Es geht nicht darum, Fidel zu hören und dabei das Radio so laut zu stellen, daß das ganze Viertel es hört, und dann am nächsten Tag schwarz zu sagen, wenn Fidel rot gesagt hat."

Interview mit einer iranischen Genossin

»Nur mit brutaler Gewalt konnte Khomeiny seine Herrschaft aufrechterhalten.«

Fortsetzung von S. 33

Es ist richtig, wenn viele sagen, daß Khomeiny die Frauen belogen und betrogen hat; es ist aber nicht richtig, wenn sie behaupten, daß er alle Frauen wieder an Heim und Herd zurückschicken will. Wie jedes faschistische Regime versucht auch Khomeiny, die Frauen für seine Zwecke einzusetzen. Es gibt viele Organisationen von Khomeiny-Anhängerinnen, die deshalb reine Frauenorganisationen sind, weil die Aktivierung von Mann und Frau im Islam getrennt ist. Sie vertreten natürlich keine Frauenforderungn und setzen sich auch nicht für die Gleichberechtigung der Frau ein. Die Frauen haben besondere Aufgaben, z.B. jetzt während des Krieges. Die Frauen leisten sehr viele gemeinsame Hilfe für die Kämpfer. Sie bereiten das Essen vor, backen Brot, sie nähen, sammeln alte Kleider usw. Sie sind aktiv. Sie machen politische und propagandistische Arbeit für Khomeiny. Z.B. gehen sie, wenn jemand im Krieg gefallen ist, zu den verschiedenen Feiertagen, die es dann gibt. Sie besuchen die Familien von Gefallenen. Sie haben auch einen besonderen Platz für das Freitagsgebet. Im Fernsehen werden oft Gruppen dieser Frauen bei gemeinsamen Arbeiten gezeigt. Sie fahren auch in Gruppen in eine andere Stadt oder sie besuchen Khomeiny. Dann wohnen sie zusammen in Hotels, und das sind für sie alles neue Erfahrungen, weil sie bisher nie aus ihrem Haus herausgekommen sind; sie haben das Gefühl, eine gesellschaftliche Arbeit zu leisten.

Ich glaube, daß Khomeiny nur gegen die Aktivitäten von fortschrittlichen Frauen ist, oder von Frauen, die eine modernen Beruf haben und dafür Geld erhalten. Aber was seine Anhänger anbetrifft, wünscht er es sehr, daß die Frauen aktiv bleiben und er hat unter seinen Anhängern viele Frauen. Sie werden als propagandistische Stütze und unbezahlte Arbeitskräfte benutzt und helfen dem Khomeiny-Regime, am Leben zu bleiben.

Mehrmals machtest Du einen Einschnitt beim 30. Khordad. Nach diesem 30. Khordad gab es doch einen sehr großen Aufschwung der bewaffneten Kämpfe. Dann schien plötzlich, jedenfalls nach den Zeitungsberichten hier, Schluß gewesen zu sein.

Es gab nach diesem 30. Khordad ein paar größere Demonstrationen und bewaffnete Aktionen. Am 30. Khordad war ich auch auf der Straße und habe die Menschen — auch gerade die Unbeteiligten, ganze Familien — beobachtet, die einfach mit Zufriedenheit die Auseinandersetzungen verfolgt haben. Sie freuten sich, daß so eine Demonstration stattfindet, daß jüngere Menschen sich gegen die Khomeiny-Regierung wenden. Viele haben gedacht, jetzt gibt es einen Umsturz, aber der fand nicht statt. Sehr viele Menschen wurden verhaftet und umgebracht. Nach wochelangen Straßenkämpfen und Massenaufmärschen erblickte man in den Gesichtern der Menschen Hoffnungslosigkeit und Unzufriedenheit über die ständigen Straßenschlachten. Die unbeteiligten Menschen setzten meistens ihre Hoffnung in die Modjahedin, weil sie stark waren. In dieser Zeit war die Mehrzahl für die Modjahedin. Aber als der Umsturz nicht geklappt hat, richtete sich die Unzufriedenheit auch gegen sie.

Das heißt doch im Grunde, daß der Aufstand der Modjahedin zu früh und zu unvorbereitet gekommen ist?

So kann man das nicht sehen. Die Hezbollah, die Pasdaran und die Khomeiny-Anhänger haben schon vorher fast einen kleinen Bürgerkrieg angefangen. Sie haben viele Anhänger der Modjahedin, die deren Zeitung verkauft oder sich irgendwie geäußert haben, sehr brutal angegriffen. Sie haben ihnen z.B. auf der Straße die Augen mit Messern ausgestochen und haben sie ganz brutal verstümmelt. Das haben die Menschen auch gesehen und das haben die Menschen auch satt gehabt. Ich meine, die Modjahedin sind in eine solche Lage getrieben worden. Sie konnten sich nicht mehr demokratisch äußern; sie mußten aufhören, ihre Zeitung offen zu verkaufen. Der Bürgerkrieg war im Grunde schon da. Er ist nur offen an diesem Tag zum Ausbruch gekommen. Brutalitäten und Auseinandersetzungen gab es schon viel früher.

Anschließend sind die Modjahedin dazu übergegangen, Funktionäre und Träger des Regimes umzubringen.

Als z.B. Beheshti zusammen mit 72 anderen wichtigen Männern in die Luft gesprengt worden ist, haben die Menschen wieder ein paar Tage lang geglaubt, daß es mit dem Khomeiny-Regime aus ist. Man bemerkte das an verschiedenen Orten, in Taxis, beim Einkaufen, überall.Die Menschen haben sich auf der Straße gratuliert, viele haben rote Kleidung als Ausdruck der Freude getragen, an vielen Orten waren die Süßwarenläden ausverkauft, weil alle Menschen Süßigkeiten gekauft und sie z.T. anderen Menschen auf der Straße angeboten haben. Irgendwie war die Stimmung so, als ob das Khomeiny-Regime schon am Ende ist. Ich weiß z.B. von einer großen Fabrik-Anlage in Karadj, daß viele Menschen entlassen worden sind, weil sie sich am Telefon gegenseitig gratuliert haben. Man hatte das über die Zentrale abgehört und sie anschließend rausgeschmissen.

In Deinen Schilderungen kommt zum Ausdruck, daß die Bevölkerung eigentlich sehr unzufrieden mit dem Khomeiny-Regime ist. Trotzdem konnte es sich wieder stabilisieren. Wie konnte das gelingen?

Nur mit ganz brutaler Gewalt, nur indem Khomeiny diese Gewalt als Instrument einsetzt, anderen Angst zu machen, konnte er seine Herrschaft weiter aufrechterhalten. Diese Angstmacherei hört nicht bei den Gefangenen auf, und auch nicht bei diesen Fernseh-Shows. Es spielt eine Rolle, daß von jeder Organisation, von der man überhaupt gehört hat, Menschen auftreten, Reden halten und sagen, daß sie ihre Taten bereut haben, daß sie bis jetzt die Wahrheit nicht wußten, aber in der Gefangenschaft alles gelernt hätten. Und sie fordern auch manchmal ihre eigene Todesstrafe von Khomeiny; sie bitten darum, sie schreien und weinen, um umgebracht zu werden. Das macht natürlich viel aus.

Aber hinzu kommt der alltägliche Terror. Die Menschen werden ständig gezwungen, etwas zu machen, was sie im Grunde nicht wollen. Wenn man z.B. ein Amt betritt, muß man die Tasche vorzeigen und durchwühlen lassen. Sie können kontrollieren, ob eine Frau wirklich dicke und nicht etwa dünne Strümpfe trägt, oder ob sie eine lange Hose anhat, manche Orte darf man als Frau nicht ohne Hose und Mantel betreten. Unter den vielen Autos, die in den Städten und besonders in Teheran mit sogenannten Wächtern der Revolution herumfahren und die Menschen kontrollieren, gibt es welche, die aufpassen, daß die Kopftücher der Frauen nicht nach hinten fallen, sondern bis in die Stirn reichen. Wenn eine Frau so ein Auto sieht, wird sofort das Kopftuch heruntergezogen. Schon in dem Moment macht man den Frauen Angst. Die Menschen sollen sich daran gewöhnen, allen Anweisungen zu folgen und nichts gegen den Willen der Herrschenden zu machen. So kann man die Menschen kaputt machen, daß sie nicht mehr fähig sind zu kämpfen, und auf diese Weise kann man dann regieren.

Du hattest davon berichtet, daß es in der Bevölkerung starke Stimmungsumschwünge gibt. Als die Volksmodjahedin ziemlich stark waren und ein Hoffnung bestand, daß das Regime gestürzt würde, war die Stimmung für die Modjahedin. Wie ist jetzt die Stimmung in der Bevölkerung?

Für mich ist es furchtbar. Aber ich muß sagen, daß die einfache Bevölkerung, die nicht gebildet ist und sich nicht mit Politik befaßt hat, in ihrem Leben nur zwei Arten von Regierungen kennengelernt hat: Schah-Regierung,Monarchie, und Khomeiny-Regime, Islamische Republik. Die beiden vergleichen sie und sagen, daß das Khomeiny-Regime schlechter ist, und da haben sie auch Recht. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß der Schah besser war. Das ist leider so. Wenn man heute eine Umfrage unter der Bevölkerung machen würde, würde man feststellen, daß leider der Schah große Sympathien genießt. Aber viele sagen auch heute noch, daß es die Schuld des Schah gewesen ist, daß heute Khomeiny regiert.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Brasilien:

Die Geschichte der Frauenbewegung



Die Frauenbewegung in Brasilien schaut auf eine lange Tradition zurück. ,,Schon 1910 erschien die Zeitung ,,Anima Vita'', die speziell an die Frauen gerichtet war, worin sie zur Teilnahme am Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter und für eine Regelung der weiblichen Arbeit aufforderte. Berta Lutz, eine Biologin, ... wird als Gründerin der Frauenbewegung Brasiliens genannt, die ihren Zielvorstellungen nach mit der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland verglichen werden kann. Sie ... stellte Forderungen nach allgemeiner weiblicher Schulbidlung, gesetzlichem Schutz für Frauenarbeit, für den Schutz von Mutter und Kind, freie Berufswahl der Frauen und für soziale und politische Rechte der Frauen etc auf'' (7).

Aktuell regte sich die Frauenbewegung mit dem von der UNO 1975 ausgerufenen Jahr der Frau von Neuem. Die Brasilianerinnen nutzten diese legale Möglichkeit zur Diksussion und Organisation, denn Anfang der 70er Jahre war die Repression durch das Militärregime noch sehr stark.

In Rio de Janairo verstalteten Intellektuelle, Studentinnen und Hausfrauen Diskussionen und Feste, aus denen später das Zentrum der brasilianischen Frau entstand. In Sao Paulo wurde ein Treffen zur Diagnose der Frau veranstaltet, an dem sich unter anderen auch unabhängige Feministinnen beteiligten. Aus diesen Treffen erwuchs das Zentrum zur Entwicklung der brasilianischen Frau. Die dritte Initiative jenes Jahres war die Frauenbewegung für Amnestie, die in ihrem ersten Manifest noch erklärte: ,,Wir Brasilianischen Frauen, in diesem internationalen Jahr der Frau, übernehmen unsere Verantwortung als Bürgerinnen im nationalen politischen Bild ... Wir stellen uns vor das Schicksal der Nation, die nur dann ihr Friedensziel erfüllt, wenn sie eine breite und allgemeine Amnestie gewährt'' (5). Die Frauenbewegung für Amnestie widmete sich im Folgenden zunehmend der besonderen Diskriminierung der Frau. Mit anfänglich starker Anbindung an die Amnestiebewegung wurde die Frauenzeitung ,,Brasil Mulher'' (Brasilianische Frau) gegründet, die sich in der weiteren Entwicklung dem Aufbau einer stärkeren Frauenbewegung widmete (7). Brasil Mulher existierte unter schwersten Bedingungen bis 1980, ihre Herausgeberin wurde wiederholt zur Polizei zitiert.

,,Nos Mulheras'' (Wir Frauen), die zweite Frauenzeitung, war die erste feministische Zeitschrift; sie erschien von 1976 bis 1978 und betonte in ihrer ersten Nummer die sexistische Unterdrückung der Frau und die Entscheidung, ,,diese Zeitung zu machen, damit wir einen eigenen Raum haben können, um unsere Situation und unsere Probleme zu diskutieren'' (5). ,,Wir wollen zusammen mit den Männern für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen, in der Alle zu essen haben, arbeiten und lernen können ... Deshalb wollen wir unseren Kampf als Frauen nicht vom Kampf aller, Männer und Frauen, für ihre Emanzipation trennen'' (7).

In den ersten Jahren ihrer Existenz gelang es zwar den Frauengruppen in

In den ersten Jahren ihrer Existenz gelang es zwar den Frauengruppen in

Sao Paulo, die Frauenfrage in kirchliche und gewerkschaftliche Frauenorganisationen hineinzutragen. Aber weitgehend wurde eine Politik am grünen Tisch betrieben, Frauenemanzipation blieb das Privileg kleinbürgerlicher und intellektueller Frauen, aus denen sich die Bewegung zusammensetzte.

Mit den ab 1979 jährlich abgehaltenen Frauenkongressen verschaffte sich die Bewegung Gehör in der Öffentlichkeit. Alle Wesentlichen politischen Kräfte mußten erstmals eingestehen, daß es so etwas wie eine Frauenfrage gab. Die gegenüber dem Militär oppositionell eingestellten Parteien konnten nicht mehr daran vorbei, gewisse Frauenforderungen in ihre Programme aufzunehmen.

Frauengruppen in Parteien

Eine der wichtigsten linken Parteien in Brasilien ist die PT, Partido dos Trabalhadores. Sie ist die einzige, die in den Betriebsbewegungen der Metropolen des Landes und in der neu entstehenden Gewerkschaftsbewegung eine Verankerung hat.

Die seit 1979 bestehende PT konnte bei den Wahlen im November 1982 trotz starker Angriffe durch Presse und Fernsehen acht Bundestags-, 13 Landtags-, 128 Stadtverordnetenmandate und 2 Bürgermeistersitze erringen. Im Gegensatz zu anderen Parteien stellte sie erfreulich viele Kandidatinnen auf. Viele von ihnen verstehen sich als Feministinnen, wie z.B. die Landtagskandidatin für Rio de Janeiro, L. Arruda. Sie hat für die Zeitung ,,Brasil Mulher'' gearbeitet, und schrieb, ,, ... der Feminismus bringt eine große Erneuerung für die politische Bewegung, in dem Masse, wie er Probleme erhebt, die niemals als politisch angesehen wurden, wie zum Beispiel die Verhältnisse innerhalb der Familie. Der Feminismus hat für Alles einen Vorschlag, aus seiner Sichtweise der Welt, eingeschlossen die Art und Weise Politik zu machen'' (11).

Im Rahmen der erstarkenden feministischen Bewegung begannen die Frauen innerhalb der PT mit dem Kampf für ihre eigenen Interessen, veranstalteten parteiinterne Frauentreffen und richteten Frauenkommissionen ein. Diese sollen ,,Bedingungen schaffen zur Intensivierung der Beteiligung der PT-Frauen in der Frauenbewegung, ... Die zweite Aufgabe ist die Behandlung der Frage der Unterdrückung der Frauen innerhalb der PT, ... Das dritte Ziel ist die Ausarbeitung von politischen Vorstellungen der PT über die Frauenfrage'' (12). Von Anfang an war die Arbeit der Frauenkommissionen ,,stets sehr bekämpft bis schlecht angesehen'' und von der ,,Gesamtheit der Partei entmutigt'' und als ,,Kaffeeklatschkränzchen'' abgetan worden. So die Aussagen in einem Gespräch mit der Frauenkommission in Belo Horizonte. Nur auf Grund erfolgreicher Außenarbeit zeigten sich erste Spuren der Anerkennung.

Ihr Verhältnis zur Frauenbewegung definiert die Frauenkommission Sao Paulo folgendermaßen: ,,Wir von der PT haben nicht vor, irgendeine soziale Bewegung zu ersetzen, folglich werden wir auch nicht die Bewegung der Frauen ersetzen. Wir müssen dafür kämpfen, daß diese Bewegung ein Raum der Organisation und Koordination der kämpfenden Frauengruppen wird, wo die Frauen über die Forderungen, ihre Projekte und die Art, wie sie diese in die Gesamtheit der sozialen Kräfte einbringen, entscheiden. In diesem Sinne bewahrt die Bewegung ihre Eigenart und Autonomie. ... Wir müssen also diese Bewegung in ihrer eigenen Dynamik respektieren'' (12). ,,Unser Diskussionsniveau ist noch reichlich am Anfang und wir wissen, daß es notwendig ist, einen programmatischen Inhalt zu diskutieren und festzulegen, der uns in die Lage versetzt, wirklich einen Standpunkt zur Frauenfrage zu haben'' (9). So scheint es, als bestehe bei vielen PT-Frauen bisher nur ein sehr zarter Ansatz, die sogenannten privaten Probleme in Angriff zu nehmen. Eine Frau aus der Kommission in Belo Horizonte erklärte dazu: ,,Der Kapitalismus hat ein Interesse an unserer Unterdrückung, weil sie das System aufrechterhält, von daher ist die Frau-

aufrechterhält, von daher ist die Frau-

enbewegung im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, sie muß sich aber extra organisieren, da sie spezielle Probleme hat. Die Frage der Frau ist an die Suche nach einem neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft gebunden. Das Problem der Hausarbeit muß durch Kollektiveinrichtungen gelöst werden, Wäschereien, Kantinen usw., denn sonst würde man nur das Schlechte aufteilen und wir kämpfen für die Abschaffung des Schlechten. Wenn der Kampf nur gegen den Mann ginge, könnte ihn jede Frau im Haus ausfechten, unser Feind aber ist ein grösserer.''

Unabhängige Frauengruppen

In den letzten Jahren entstanden nicht nur in den Zentren der politschen Bewegung — Sao Paulo und Rio — sondern in allen Teilen des Landes zahlreiche Frauengruppen. Die Diskriminierung der Frauen am Arbeitsplatz war das erste Kampffeld der Feministinnen, heute bilden Themen wie Gewalt, Sexualität, Gesundheit, Abtreibung, Familienplanung und Verhältnis Mann/Frau die Schwerpunkte der Arbeit.

In Sao Paulo und Belo Horizonte wurden z.B. Zentren zur Verteidigung der Frau gegen jegliche Gewalt — SOS Mulher — gegründet, die mißhandelten Frauen Hilfe anbieten, Untersuchungsarbeit leisten, Prozesse vor Gericht begleiten, Filmabende und Demonstrationen veranstalten, ,,denn wir wissen, daß hunderte von Frauen anonym sterben'' (13). Zahlreiche Frauengruppen machen Aufklärungsarbeit mit den Frauen in den Elendsgebieten der Randbezirke der großen Metropolen. Seit 1981 erscheint wieder eine Frauenzeitung ,,Mulheria'', die sich den eben genannten Themen widmet, bisher gibt es 15 Ausgaben, die allerdings hauptsächlich in Sao Paulo verbreitet wurden. 1982 veranstalteten Gruppen von farbigen Frauen ein Treffen gegen die dreifache Unterdrückung der farbigen Frauen in Brasilien. Neben den jährlichen Frauenkongressen im März gibt es viele Veranstaltungen zu speziellen Themen, wie z.B. im September 1982 zu Frauen und Kunst, im Mai 1982 das Tribunal Berta Lutz, das in Anlehnung an das Russell-Tribunal Betriebe in Sao Paulo verurteile, die Frauen diskriminieren. In diesem Jahr fanden Demonstrationen und Kundgebungen zum 8. März statt, allein mit 2.000 Teilnehmerinnen in Rio de Janeiro. Den derzeitigen Schwerpunkt der Arbeit bilden Familienplanung und Abtreibung. Dieses Thema wird zur Zeit von der Regierung in allen Medien in die Diskussion gebracht, ,,statt der internationalen Krise klagt sie (die Regierung, die Verfasserin) das Wachstum der bedürftigen Bevölkerung an, als Faktor der enormen wirtschaftlichen sozialen Schwierigkeiten, denen wir ausgesetzt sind'' (14).

Das Frauenhaus Rio veranstaltete Anfang März 1983 einen Kongreß zu diesem Problem, an dem über 56 Frauengruppen teilnahmen, ,,denn mehr als je zuvor sind wir uns bewußt: Unser Körper gehört uns''. ,,Sowohl die Politik der ,Geburtsbefürworter' wie der Gegner (15) hat historisch den Körper der Frau benutzt, ihn als Gemeinschaftsgut betrachtet, über seine eigenen Rechte und seine Individualität

schaftsgut betrachtet, über seine eigenen Rechte und seine Individualität

hinweg.'' ,,Es geht darum politische, ökonomische, soziale, kulturelle und juristische Bedingungen zu schaffen, die der Frau das Recht erlauben, konsequent über ihren eigenen Körper zu bestimmen'' (14).

Auch in ,bürgerliche' Bereiche konnte die Frauenbewegung vordringen. Eine große Zeitung gibt jeden Sonntag eine Frauenbeilage heraus, ein Fernsehsender strahlt ein Programm TV Mulher aus — beidemal sind die Verantwortlichen Feministinnen. Die Fernsehsendung ist so gut, daß sie abgesetzt werden sollte, aber nach Protesten fortgesetzt werden mußte. Daneben richtete die PMDB in Sao Paulo einen Frauenausschuß ein. Bücher über die Frauenfrage erreichen mehrfache Auflagen.

Trotz des großen Anklangs, den die Frauenbewegung gefunden hat, ist die Repression auf allen Ebenen noch immer unermeßlich groß. In der sog. Mittelschicht zeichnen sich erste Wandlungen ab, doch ,,je größer die Herrschaft des Menschen über den Menschen ist, desto größter die Herrschaft des Mannes über die Frau'' (16).

Arbeiterklasse und Landfrauen sind von der Frauenbewegung kaum berührt. Dieses Problem wird von allen Frauengruppen anerkannt, die Schwierigkeit besteht aber darin, dieses konsequent in die Praxis umzusetzen. Häufig bleibt es bei Proklamationen, so gab z.B. die Gruppe ,,Sexualität und Politik'' aus Sao Paulo eine Broschüre ,,Lust ist revolutionär'' heraus. Als Grund für die Wahl dieses Themas wird genannt, daß ,,eines der größten Probleme für die Frauen der Volksklassen die Fragen, die an die Sexualität, Gesundheit und Verhütung angebunden sind, ist'' (17). Die jahrhundertalte ungebrochene Herrschaft des Machismus hat tiefgreifende Spuren hinterlassen. L. Arruda drückt das so aus: ,,Vielleicht das prinzipielle Problem der Frau ist der Machismus, der in ihr selbst ist, ihre Unterwürfigkeit, ihre Fügsamkeit'' (11).

So finden sich in der Frauenbewegung einerseits Positionen, die den Machismus nur auf der allgemeinen Ebene angreifen und die Lösung der sogenannten privaten Probleme in der Schaffung eines neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft und nicht auch schon hier und heute suchen, andere Strömungen unterschätzen den Charakter der Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau als nur ein Problem des falschen Bewußtseins: In der ,,Lust ist revolutionär'' Broschüre wird die sexuelle Unterdrückung der Frau lediglich darin gesehen, daß ,,Vorurteile und Ängste'' geschaffen werden, die ,,uns in vollständiger Unwissenheit über den Sexulakt lassen'' (17), deren Schleier es nur zu lüften gilt, nicht aber in der Sexualität, wie sie heute praktiziert wird. Oder wenn in dem Heft ,,Die Beherrschung der Frau'' vom Zentrum der brasilianischen Frau aus Rio de Janeiro am Schluß behauptet wird: ,,Glücklicherweise glaubt man heute schon, daß die Männer weinen können und die Frauen denken. Wir sind schon viel menschlicher'' (6). Rosemarie Muraro kommt im Vorwort zu ihrem Buch über die Sexualität der brasilianischen Frau zu dem Schluß: ,,Auf der einen Seite ignoriert die ideologische Blindheit gewisser linker Bewegungen die speziellen Probleme der Frau ... auf der anderen Seite verlieren sich die feministischen Strömungen in ihren Zielsetzungen, denn sie haben keine Basis, den Staat in Frage zu stellen. Ohne diese Infragestellung können die erreichten Veränderungen im Bewußtsein der Menschen nicht weit gehen, das ist ein scharfer Widerspruch, denn die ökonomische Infrastruktur blockiert die Bewußtseinsveränderungen'' (18). Aber nicht nur das, das ungeheure Elend, in dem die Mehrzahl der Brasilianierinnen und Brasilianer leben müssen, macht eine Lösung sowohl der Frauenfrage als auch der sozialen Frage dringend notwendig, denn ,,Brasilien ist schlimm, viel Ausbeutung, jeden Tag schlimmer'' (Eine Arbeiterin aus Sao Paulo).

a. - Hamburg/Nicaragua
c/o Imp.-Kommission

Quellen

1) Carmen Barroso, A Situacae da mulher trabalhadors no Brasil, 1977.
2) nach PNAD 1976 (Pesquisa nacional por amestras demograficas)
3) Mulheria, Jahrgang I., Nr. 4 Nov./Dez. 1981 Sao Paulo
4) Harta Suplicy, Conversando saires sexe, Petropolis 1983, S. 189
5) Carmen Barroso, Mulher, Sociedade e Estade no Brasil, Sao Paulo 1982
6) Regina Antonia G. de Toleda u.a. — A dominacirs das mulher, os papeis sexuais na educacau, Petropolis, 1981
7) Sieglinde Breucker, Frauenwiderstand in Lateinamerika, Hamburg 1982
8) —
9) Frauenkommission der PT, Frauenbewegung in Minas Gerais, Belo Horizonte, 1982
10) Partido democratico Social, Regierungspartei, politischer Arm des Militärs
11) Mulheria, Jahrgang 2, Nr. 7, Juli/August 1982
12) Mulher e PT, Una Proprota de discussao e trabalho da comissao das Mulheres do PT Sao Paulo, Sao Paulo 1981
13) Mulher Urgente, Flugblatt des Centre dos direites da Mulher, Minas Gerais 1982; verteilt anläßlich einer Kundgebung zur Ermordung zweier Frauen
14) Manifesto Sobre Planejamento familiar, verabschiedet auf einem Frauentreffen
15) Gegner staatlicher Geburtenkontrolle zu sein, gilt als antiimperialistisch, da diese Programme meistens aus den USA kommen. D. Eisenhower hatte prophezeit, daß mit der rapiden Vermehrung der Erdbevölkerung die Revolutionsgefahr wächst und das Lebenshaltungsniveau sinkt. Die Gegner staatlicher Kontrollen haben den Frauen aber bisher keine Alternative geboten.
16) Mulheria, Jahrgang 3, Nr. 12 März/April 1983 Sao Paulo, aus einem Interview mit Rosemarie Muraro
17) Grupo Sexualidade e politica, Prazer é revolutionario, Sao Paulo
18) Rosa Marie Muraro, Sexualidade da Mulher brasilera, Petropolis 1983

Die aktuelle Situation der Frau in der brasilianischen Gesellschaft

Die Lage und das Bewußtsein der brasilianischen Frau ist im Wandel begriffen, ,,die Frau von heute weiß mehr über die Dinge Bescheid, redet mehr, die von früher war verletzlicher und stiller'' (Bäuerin aus dem Nordosten) (18). Aber immer noch ...

— soll die Frau passiv, geduldig, gehorsam, treu und hübsch sein;
— waren 1976 nur 30% der über 10jährigen Frauen wirtschaftlich aktiv. Fast alle brechen ihre Berufstätigkeit nach der Heirat auf Drängen des Mannes wieder ab. Auf dem Land ist die Situation noch drastischer. Dort haben die Mädchen kaum eine Chance einen Beruf zu erlernen oder die Schule zu beenden. Sie werden oft schon mit 11 -12 Jahren als Hausmädchen in die nächste Stadt ,,verkauf'', oder von den Eltern im Haus behalten, bis sie möglichst schnell einen Mann gefunden haben, der sie heiratet, denn im Elternhaus sind sie ein zusätzlicher Kostenfaktor;
— sind von den Frauen, die außer Haus arbeiten, 27% Dienstmädchen, 18% Landarbeiterinnen, 9% Grundschullehrerinnen, 8% Büroangestellte und 6% Näherinnen (1);
— gibt es für zwei Millionen Frauen keine andere Lösung als die Prostitution;
— verdienen über 60% der Frauen, aber nur 34% der Männer einen Mindeslohn. Viele Landarbeiterinnen bekommen nicht einmal den gesetzlich garantieren Mindeslohn, 50,4% von ihnen gingen sogar gänzlich ohne Bezahlung aus (2). Die Schwangerschaft einer Landarbeiterin zieht automatisch ihre Kündigung nach sich. Eine eigenständige Rente wird ihr verweigert, sie kann nur über den Namen des Ehemanns laufen, und beträgt auch dann nur die Hälfte eines Mindesgehaltes;
— sind die Frauen in den Berufen zu finden, die eine Verlängerung der Hausarbeit darstellen (Erziehung, Betreuung Kranker, Alter und Kinder, Reinigung usw.), in der Industrie verrichten sie die typisch ,,weiblichen'' Tätigkeiten, die Feingefühl und Geduld erfordern;
— sind die Kinder Frauensache, aber ,,Kinder zu haben, für Arbeiterinnen, bedeutet oft statt Freude eine wahre Tragödie. Wir haben keinen entsprechenden Ort, wo wir unsere Kinder lassen können, während wir arbeiten. ... Viele Kinder sind für Stunden an die Füsse der Betten gebunden, wenn die Mütter hinausgehen, nach dem Lebensunterhalt zu suchen'' (3);
— sterben jährlich mehr als 6.000 Brasilianerinnen an den Folgen einer Abtreibung, ,,das ist unser El Salvador, nur daß niemand davon spricht...''In Brasilien machen jährlich mehr als 4 Millionen Frauen eine Abtreibung, 96 pro Minute, aber die Abtreibung ist immer noch streng verboten (4). Während die Mittel- und Oberschicht in teure Spezialkliniken geht, führt sich die Mehrzahl der Frauen Stricknadeln, Eisenteile, Scheren, Seifenlauge, Essig, Chilipfeffer und anderes in die Gebährmutter ein;
— werden Frauen von Ärzten nach einer Geburt ohne ihr Wissen sterilisiert — staatliche Geburtenkontrolle;
— werden jährlich tausende von Frauen vergewaltigt und ermordet, nicht selten durch die eigenen Ehemänner. Die Vergewaltigung der Tochter durch den Vater ist immer noch an der Tagesordnung.

Die Vereinigte Linke (IU) in der Kommunalwahl und Sendero Luminoso

Mit diesem folgenden Artikel möchte ich dazu beitragen, daß die Diskussion über die Entwicklung in Peru eine breitere Informationsgrundlage bekommt. Im ersten Teil will ich eine Analyse der Wahl vornehmen. Der zweite Teil beinhaltet eine politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Kräften der Vereinigten Linken (IU) und der dritte Teil eine Einschätzung der Politik von Sendero Luminoso, wie sie von den revolutionären Kräften in IU vorgenommen wird.

Bei den peruanischen Kommunalwahlen im vergangenen Herbst konnte die Vereinigte Linke rund 30 % der Stimmen auf sich vereinigen. Damit ist die Linke neben der APRA zur stärksten politischen Kraft des Landes geworden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Vereinigte Linke in Peru einen wesentlich anderen Charakter hat, als etwa die alternativ-grüne Wahlbewegung hier. Sie ist ein Zusammenschluß der wichtigsten revolutionären Organisationen, die sich zum Teil als marxistisch-leninistisch verstehen, die in der Tradition der Guerilla der 60er Jahre stehen, oder es sind Abspaltungen der moskau-orientierten KP oder der APRA, oder sie sind Teil der neuen Linken, die Ende der 60er Jahre entstand. Ebenfalls zum Bündnis gehören einige reformistische Gruppierungen. Auch die traditionelle KP ist beteiligt, nur die Trotzkisten haben sich nicht angeschlossen.

Der folgende Artikel stellt das Wahlergenis, Bedeutung, Einfluß und Schwächen der Vereinigten Linken dar. Er befaßt sich zugleich mit der Auseinandersetzung um Sendero Luminoso und beschreibt die (zum Teil sehr radikale) Kritik, die die Vereinigte Linke gegen Sendero führt. Als Ergänzung drucken wir Teile aus einem Interview mit Ricardo Lets, Mitglied der Vereinigten Linken, der sich bedeutend vorsichtiger und moderater zu Sendero äußert.

1968 kam Velasco Alvaredo durch einen unblutigen Staatsstreich an die Macht. Er hatte damit denselben Belaunde Terry weggeputscht, der heute wieder Präsident ist. Velasco installierte ein Militärregime der sogenannten reformerischen Militärs, er begann eine Agrarreform sowie die Nationalisierung von ausländischem Kapital und soziale Reformen durchzuführen. Das Ziel dieser Regierung war eine kapitalistische Modernisierung, die Stärkung des auf den Binnenmarkt orientierten einheimischen Industriekapitals gegen die Landoligarchie und das Auslandskapital.

Velasco blieb auf halbem Wege (oder schon früher) stecken. 1975 wurde er durch Morales Bermudez abgelöst, einen erklärten Monetaristen, der die Reformansätze teilweise rückgängig machte, das Land unter das Diktat des Internationalen Währungsfond (IWF) zurückführte und die Repression verschärfte. Dadurch und durch die rapide Verelendung kam es zu der enormen Zuspitzung der Massenbewegung, die sich unter anderem in den großen Nationalstreiks von 1977 und '78 ausdrückte und dazu beitrug, daß Wahlen zu Verfassungsgebenden Versammlung abgehalten wurden. Bei diesen Wahlen 1978 konnte ein Teil der Linken mit einem unter dem Druck der Ereignisse schnell zusammengezimmerten Bündnis nahezu 30 % der Stimmen erreichen. Der jetzige Präsident Belaunde beteiligte sich nicht, um sich deutlich von allen Machenschaften der Militäs abzugrenzen und sich als Präsidentschaftskandidat zu profilieren. Seine Rechnung ging auf. 1980 wurde er mit rund 45 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Die Linke war zu dem Zeitpunkt, trotz zahlreicher Bemühungen um ein einheitliches Bündnis in verschiedene Gruppierungen zersplittert und verlor über die Hälfte ihrer Stimmen von 1978.

Belaunde Terry konnte natürlich all seine Versprechungen über einen wirtschaftlichen Aufschwung, Verbesserung der Lage der Massen und politische Demokratie nicht halten. Er verfolgte stramm den Kurs des IWF, setzte Ausnahmezustand und Militär in Ayacucho, dem Operationsgebiet von Sendero Luminoso ein und fiel bei den jetzigen Kommunalwahlen (November '83) auf 12 % zurück.

Schwerpunkt der augenblicklichen Diskussionen sind die Chancen und Aufgaben der revolutionären Linken angesichts der wachsenden Massenkämpfe und die Frage des bewaffneten Kampfes. In diesem Zusammenhang wird insbesondere erörtert, welchen Nutzen oder Schaden der von Sendero Luminoso verfolgte Weg hat.

Die in den Texten erwähnten und nicht genauer erklärten Parteien sind:
AP — Accion Popular von Belaunde Terry
PPC — Partido Popular cristiano, beide stellen die Hauptkräfte der herrschenden Klassen.
APRA — Alianza Popular Revolucionaria Americana, die traditionelle populistische Partei Perus, die sich nach zahlreichen Schwankungen und einem starken Rechtstrend Ende der 70er Jahre jetzt als demokratische Opposition gegenüber Belaunde und als Partner der Sozialistischen Internationale (SI) präsentiert.
Fedip — sehr breite Zusammenschlüsse in der Provinz, (unter Einfluß von Teilen der Bourgeoisie), die sich für die regionale Entwicklung der Provinzen, die Traditionell von der Zentralregierung vernachlässigt werden, einsetzen.

I. Die Wahl

Die Kommunalwahlen 1983 fanden unter erheblich anderen Vorzeichen als die von 1980 statt. In den drei Jahren Belaunde-Regierung hat sich die Krise erheblich zugespitzt. Die konsequente proimperialistische Politik der Accion Popular (AP) hat das Land nahezu in den ökonomischen Bankrott getrieben und die politischen Widersprüche verschärft. Dazu kam auch ein für Peru bisher unbekanntes Ausmaß an Korruption. Ökonomische und politische Kämpfe haben erheblich zugenommen. Es fanden über 5.000 Streiks und 5 Generalstreiks auf nationaler Ebene statt. Auch die regionalen Kämpfe haben stark zugenommen. Vor allem in Piura und Puno, beides Departments, die im letzten und in diesem Jahr von großen Naturkatastrophen heimgesucht wurden, haben sich die FEDIP's (Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes) gegen die Zentralregierung gestellt und ihr jede politische Autorität aberkannt. Die FEDIP's wurden von Kräften der IU, der APRA, der Basis von AP, den Gewerkschaften und Berufsverbänden bis hin zum national gesinnten Bürgertum getragen. Im Juni dieses Jahres hatte die Regierung zudem noch die regionalen Haushalte für die meisten Departmenst (ähnlich Bundesländern), die ohnehin minimal sind, um 30% gekürzt. Darunter auch für die Departments Puno und Ayacucho. Vor zwei Jahren hatte das FEDIP von Pucalpa (Urwald-Department) unter Führung von IU für zwei Wochen die regionale Macht übernommen, bis die Armee eingesetzt wurde.

Ein neuer Faktor war ebenfalls der bewaffnete Kampf von Sendero und die erheblich gestiegene Repression im ganzen Land gegen alle fortschrittlichen Kräfte und besonders die indianischen Bauerngemeinden in Ayacucho.

die erheblich gestiegene Repression im ganzen Land gegen alle fortschrittlichen Kräfte und besonders die indianischen Bauerngemeinden in Ayacucho.

Während IU 1980 noch ohne Programm angetreten war, hatte sich ihre Ausgangslage in dieser Beziehung erheblich gebessert. Im März 1983 wurde eine politische Plattform, kommunale Normen und ein Regierungsprogramm verabschiedet. Neben den umfangreichen konkreten Forderungen sind die Schwerpunkte der politischen Plattform:

— Für eine demokratische antiimperialistische Volksregierung auf dem Weg zum Sozialismus unter Führung der Arbeiterklasse in einem Arbeiter-Bauern-Bündnis. Sie stützt sich auf die Asambleas Populares (Volksversammlungen) als direkte Volksmacht und die Kräfte der IU.
— Demokratisierung der Armee und Kontrolle der Volksmassen über die Innere Sicherheit. Abschaffung aller Unterdrückungsapparate der Polizei und Armee.
— Befreiung des Landes von der imperialistischen Herrschaft. Für ein unabhängiges Peru, souverän und blockfrei.
— Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse auf der Basis der Entwicklung der Landwirtschaft als Grundlage der nationalen Industrie. Dezentralisierte Planung, pluralistische Wirtschaftsweise. Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und der nationalen Großbourgeoisie. Durchführung einer echten Agrarreform (Das Land dem, der es bebaut;).
— Dezentralisierung der Verwaltung und Wirtschaft, Abschaffung des bürokratischen Zentralismus. Entwicklung der unterschiedlichen peruanischen Regionen.
— Gleiche Rechte für Mann und Frau. Beschäftigung für alle. Kranken- und Sozialversicherung für jeden Bürger, kostenlose medizinische Betreuung.
— Förderung der nationalen Kultur. Kultureller Schutz für die Quechua und Aymara und die nationalen Minderheiten im Urwald.
— Solidarität mit dem Proletariat anderer Länder und den Befreiungsbewegungen, die für die nationale Befreiung und Sozialismus und gegen Kolonialismus, Zionismus und Rassismus kämpfen.
— Ablehnung jeder Form von Intervention.

mus, Zionismus und Rassismus kämpfen.
— Ablehnung jeder Form von Intervention.

Die FEDIP's und Asambleas Populares sollen als Organe der direkten Demokratie gefördert werden. Die Selbstverteidigungsorgane der Massen sollen verstärkt und die Gewerkschaften vereinigt werden. Dieses Programm beinhaltet die entscheidenden Forderungen der Volksmassen.

Positiv kam der IU auch ihre in vielen Gemeinderäten praktizierte Politik zugute, die sich wesentlich von der Politik der bürgerlichen Parteien unterschied. Andererseits ist es der IU in drei Jahren nicht gelungen, sich nennenswert organisatorisch zu verstärken. Abgesehen von der Kommunalarbeit der Gemeinderäte von IU, arbeiteten die einzelnen Parteien hauptsächlich

wert organisatorisch zu verstärken. Abgesehen von der Kommunalarbeit der Gemeinderäte von IU, arbeiteten die einzelnen Parteien hauptsächlich

für sich selbst.

Die APRA hatte sich inzwischen ihrer reaktionären Fraktion mit Townsend entledigt und im Parlament versucht, sich als demokratische Opposition zu profilieren. Durch die massive finanzielle und politische Unterstützung durch die SPD und die venezolanischen Sozialdemokraten gelang ihr dies zunehmend. Diese ganze vorher aufgezeigte Entwicklung in Peru muß man berücksichtigen, um das Wahlergebnis richtig einschätzen zu können.

Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis

Obwohl die APRA (auch PAP) genannt die Wahl auf nationaler Ebene mit 33% gewann, ist die IU zur stärksten politischen Kraft des Landes geworden. IU hat auf nationaler Ebene mit 32% gegenüber den Wahlen von 1980 7,9% hinzugewonnen. In Lima hat die IU 7% dazugelegt (1980: 28%; 1983: 35%). IU hat zwar „nur" in 7 Departments gegenüber der APRA mit 13 Departments gewonnen, dafür aber in den am dichtesten besiedelten Gebieten mit dem höchsten Anteil von Wahlberechtigten wie z.B. Lima, wo ein Drittel der peruanischen Bevölkerung lebt. Prozentual sieht das so aus: APRA-Gebiete 37,5% Wählerdichte, IU-Gebiete 53,7%. Daraus ergibt sich, daß IU zahlenmäßig mehr Stimmen bekommen hat als die APRA.

Wer hat wie gewählt?

In Lima hat IU in 17 von 38 Wahlbezirken gewonnen. In diesen 17 Distrikten leben 52% der Bevölkerung Limas. IU hat in allen großen Arbeiter- und Elendsvierteln die meisten Stimmen erhalten, teilweise errang sie die absolute Mehrheit. Sie konnte Accion Popular 7 der größten Arbeiter- und Elendsviertel abnehmen. Dies sind: San Juan de Lurigacho, San Juan de Miraflores, Suquillo, Villa Maria del Triunfo, San Luis, Pachacamac und der Fischereidistrikt San Bartolo. Dies zeigt, daß die große Mehrheit der Arbeiterklasse und der Elendsviertelbewohner IU gewählt hat. In Lima gibt es sehr große Mittelschichten und eine besonders breite untere Mittelschicht. Es ist IU gelungen, in diesem traditionell nationalen Kleinbürgertum Limas, das von der Krise stark betroffen ist, größere Zustimmung zu finden. Typische Distrikte dieser Art, die IU der AP abgenommen hat, sind Barranco, La Victoria, Lince, Rimac. Interessant ist auch, daß IU in den Elendsvierteln, in denen Sendero Luminoso seine Arbeit verstärkt hat, besonders gut abgeschnitten hat.

Auf nationaler Ebene hat IU in den bisher starken APRA-Bastionen im Norden stark hinzugewonnen, wie z.B. in Cajamarca und Piura. In Piura hatte IU ihre Initiative in den FEDIP schon länger verloren und konnte deshalb auch die Wahlen dort nicht gewinnen. IU hat in 8 Departments von insgesamt 24 gewonnen, darunter in solchen, wo die größten Bauernkämpfe der letzten 20 Jahre geführt wurden, wie Cuzco und Puno, und ebenso in den Departments und Provinzhauptstädten, in denen Sendero in letzter Zeit versucht hat, Einfluß zu bekommen wie Huancavelica, Huancayo, Ancash und Junin. In Arequipa hat IU ihre Mehrheit von 1980 verloren, da dort mehrere linke Listen zur Wahl angetreten sind. Dort konnte die APRA erstmals gewinnen. In Ayacucho hat IU zum Wahlboykott aufgerufen, da unter den Bedin-

ke Listen zur Wahl angetreten sind. Dort konnte die APRA erstmals gewinnen. In Ayacucho hat IU zum Wahlboykott aufgerufen, da unter den Bedin-

gungen der faschistischen Militärverwaltung und den Drohungen Senderos keine halbwegs demokratischen Wahlen mehr möglich waren. AP hat wie erwartet ein totales Debakel erlebt und mit 15% der Stimmen in keinem Department und keinem Disktrikt Limas gewonnen.

Fortsetzung nächste Seite



Landbesetzung in Chinchero/Cusco, Oktober 1978

Das Wahlverhalten der bürgerlichen Schichten

Die proimperialistische Handelsbourgeoisie und große Teile der Nationalen Großbourgeoisie haben PPC und AP die Stange gehalten. Ein bedeutender Teil der unteren Mittelschichten ist der APRA zugelaufen, ebenso kleinere Teile der nationalen Großbourgeoisie. Die ARPA ist zu einer Partei der breiten, national gesinnten Mittelschichten geworden. In diesen Schichten hat die Propaganda der Regierung gegen IU noch einigen Eindruck gemacht. Regierung und Militärs hatten Sendero Luminoso als bewaffneten Arm von IU dargestellt und damit versucht, die Terroraktionen Senderos in Lima auch IU anzuhängen. Dadurch wurde sicher ein zusätzlicher Teil der unteren Mittelschichten zur APRA getrieben.

Das Wahlverhalten der APRA hat gezeigt, daß sich immer noch breite Volksschichten für ein bürgerlich-reformistisches Programm entscheiden. Sendero Luminoso hat eine klare politische Niederlage erlitten. Weder sind die Massen ihrem Wahlboykottaufruf gefolgt, noch konnten sie die Wahlen in ihrem Operationszentrum Ayacucho mit Ausnahme von drei Provinzen verhindern, was sie sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt hatten. Sendero hat in seiner Schrift „Entwickeln wir den Guerillakrieg" geschrieben: „Die Massen schreien nach dem bewaffneten Kampf" und unter anderem damit den Beginn des bewaffneten Kampfes begründet. Das Wahlergebnis hat nun deutlich gemacht, daß dies eine realitätsfremde Einschätzung war und ist.

II. Die politischen Kräfte der IU

In vielen bisher erschienenen Artikeln über Peru wurde häufig von der „legalen" oder „legalisierten" linken IU einerseits und der bewaffneten revolutionären Linken Sendero Luminoso (SL) andererseits gesprochen. Diese Gegenüberstellung wird vor allem von Sendero-Sympathisanten bewußt ange- wandt, um eine echte Einschätzung der
Gegenüberstellung wird vor allem von Sendero-Sympathisanten bewußt angewandt, um eine echte Einschätzung der
revolutionären Kräfte in Peru und ihre unterschiedlichen revolutionären Strategien zu verhindern. Dabei kommt ihnen zugute, daß es in der BRD eine Strömung in der Linken gibt, die immer auf bewaffneten Kampf abfährt und sich selten die Mühe macht, zu untersuchen, wer ihn, wie, wo und unter welchen historischen Bedingungen führt.

IU besteht hauptsächlich aus zwei großen Strömungen, einer revolutionären und einer reformistischen, die in verschiedenen Parteien zum Ausdruck kommen. Die revisionistische PCP „U" (Kommunistische Partei Perus „Unidad", häufig nach ihrer Zeitung benannt) und die PSR (Revolutionäre sozialistische Partei), von Anhängern der Velasco-Reformen gegründet, bilden im wesentlichen die reformistische Strömung. Die beiden Bündnisse UNIR (Einheit der Revolutionären Linken) und UDP (Volksdemokratische Einheit) bilden die revolutionäre Strömung.

Die Auseinandersetzung um die Guerilla ‚Sendero Luminoso' wird in AK 244 fortgesetzt werden. In einem Interview bezieht ein Mitglied der IU eine positivere Stellung als der hier zitierte bundesdeutsche Genosse.

Bei den Parlamentswahlen '80 konnte man allerdings, bei getrennter Kandidatur, folgendes Kräfteverhältnis feststellen: UNIR 4,7%, UDP 4,1% und das Bündnis UI (Unidad de Izquierda) von PCP„U" und PSR 3,7%. Diese Proportion von 2,2 zu 1 hat sich seit dem Zusammenschluß dieser politischen Kräfte in IU in den letzten drei Jahren stärker zugunsten der reformistischen Strömung verändert. Dies kommt daher, daß die finanziell und organisatorisch starke PCP„U" und die PSR, die von den französischen Sozialisten unterstützt wird, ihre gesamte Kraft auf die Parlaments- und Kommunalpolitik konzentrieren. Demgegenüber war die revolutionäre Linke finanziell und organisatorisch im Nachteil, da sie einen Teil ihrer Struktur im Untergrund behalten muß und nicht vom Ausland unterstützt wird.

Die Parteien der revolutionäre Linken PCP Patria Roja (UNIR), VRPC (UNIR), VR (UDP), MIR (UDP), PCR (UDP) sind besonders in den klassenbewußten Gewerkschaften der Minen- und Metallarbeiter, der Fischer, der Stahlarbeiter, der Erdölarbeiter, den staatlichen Angestellten, der Bauengewerkschaft CCP (Kleinbauerngewerkschaft) und CNA (Gewerkschaft des Agrarproletariats vor allem im Norden in den staatlichen Zuckerrohr- und Baumwollgenossenschaften) und der kampfstarken Lehrergewerkschaft SUTEP verankert. Diese Parteien und Gewerkschaften haben die großen Landbesetzungen, Streiks und Generalstreiks der letzten Jahre geführt. Am erfolgreichsten war der Generlstreik 1977, der aufstandsähnliche Formen annahm, und letztlich die Militärs zum Rücktritt zwang.

Insgesamt konnte die revolutionäre Linke ihre Basis auf nationaler Ebene stark erweitern, war aber bisher wegen ihrer Zersplitterung und organisatorischen Schwäche nicht in der Lage, diese Kräfte organisch aufzunehmen und die stark ökonomistisch geprägten Kämpfe der letzten Jahre auf eine höhere politische Ebene zu bringen. Sie konnte auch der PCP„U" die bürokratische Kontrolle über die Gewerkschaftszentrale CGTP nicht entreißen.

Auch im Bereich der parlamentarischen und kommunalen Arbeit hat sie weniger Initiative gezeigt als es ihr möglich gewesen wäre. Entscheidend war, daß die revolutionäre Linke in den letzten drei Jahren von starken ideologischen Linien- und Umorganisierungskämpfen gebeutelt wurde. Dadurch konnte sich auch eine reformistische Strömung innerhalb der revolutionären Linken herausbilden, die sehr stark auf Wahlen orientierte. Dies kam bisher in zweierlei Hinsicht zum Ausdruck:

1. Zwar konnte die revolutionäre Linke in IU ein revolutionäres Programm durchsetzen, war aber nicht in der Lage, revolutionäre taktische und strategische Positionen zur Übernahme der Macht programmatisch zu verankern und politisch durchzusetzen;
2. Kräfte der revolutionären Linken, vor allem UDP haben die Kommunalwahl zu einem Machtkampf gegen die Regierung hochstilisieren wollen, gemeinsam mit den reformistischen Kräften der PSR und PCP„U".

Die ideologische Entwicklung der revolutionären Linken

In diesem Jahr konnte die revolutionäre Linke trotz noch bestehender politischer Differenzen weitgehend ihre ideologische Schwäche überwinden und den jahrelangen Klärungsprozeß soweit nötig beenden. Die Tatsache, daß der Sozialismus in Peru nur durch den bewaffneten Kampf durchgesetzt werden kann, war in der revolutionären Linken niemals umstritten. Die ideologischen Differenzen betreffen im Wesentlichen die Einschätzung der peruanischen Gesellschaft und ihrer Klassenstruktur und der daraus resultierenden Taktik und Strategie zur Eroberung der politischen Macht.

Nach langjährigen intensiven und umfassenden Untersuchungen zur Klassenlage in Peru durch Parteien und unabhängige Intellektuelle der Linken, die in zahllosen Büchern und in allen neuen Parteiprogrammen dokumentiert sind, läßt sich die These von Mariategui (Gründer der sozialistischen Partei Perus 1928, ab 1930 KP Perus) aus den 20er Jahren, Peru sei ein halbfeudales und halbkoloniales Land, nicht mehr aufrecht erhalten. Alle Parteien der revolutionären Linken hatten diese Einschätzung bis vor wenigen Jahren geteilt. Damit verbunden war die von Mao Tsetung für halbfeudale und halbkoloniale Länder entworfene Strategie des revolutionären Volkskrieges, der vom Land in die Städte getragen wird. Nur Sendero vertritt heute noch diese These.

Seit Mariateguis Analyse haben sich die Verhältnisse in Peru tiefgreifend verändert. Damals lebten noch mehr als 80 % der Bevölkerung als Kleinbauern auf dem Land. Es herrschte eine Agraroligarchie und Kompradorenbourgeoisie. Heute leben nur noch 40 % der Bevölkerung auf dem Land, davon die Hälfte in Provinzstädten. 50 % leben an der Küste in den großen Städten und 10 % im Urwald. Zwischen 1968 und 1975 wurde der feudale Großgrundbesitz weitgehend abgeschafft. Die kleinen Überreste der Agraroligarchie haben keine politische Macht mehr. Von 1968 bis heute sind allein 20 % der Andenbevölkerung in die Küstenstädte abgewandert. Die vorherrschende Produktionsweise ist kapitalistisch. Der kapitalistische Markt hat ganz Peru erfaßt. 1980 betrug der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt Perus nur noch 13 % gegenüber der verarbeitenden Industrie mit 25 %. Daneben gibt es stark technisierte Sektoren wie den Bergbau und den Hoch- und Tiefbau. Da es sich aber um einen vom Imperialismus abhängigen Kapitalismus handelt, dessen Entwicklung vom Imperialismus selbst Grenzen gesetzt sind, bleiben auch noch einige halbfeudale Strukturen bestehen. Der Kapitalismus hat die bäuerlichen Strukturen der Selbstversorgung weitgehend zerstört. Die abgewanderten Bauernmassen konnten aber nur zum Teil in den Städten in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingegliedert werden, weshalb es über 50 % Unterbeschäftigte und über 8 % Arbeitslose gibt. Die imperialistische Herrschaft stützt sich heute auf eine Monopol-, Finanz- und Exportbourgeoisie.

Diese wenigen Angaben machen die tiefgreifenden Änderungen seit Mariategui deutlich. Die revolutionäre Linke geht heute davon aus, daß Peru ein halbkoloniales, kapitalistisches Land ist.

Die These Mariateguis, Peru sei eine entstehende Nation (una naccion en formacion), bleibt weiterhin gültig. Peru ist ein Land mit höchst unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in seinen verschiedenen Regionen. Neben der kreolischen Bevölkerungsmehrheit gibt es die beiden großen Quechua- und Aymara-Nationalitäten und verschiedene Ethnien im Urwaldgebiet. Die Entwicklung des Kapitalismus bis heute in Peru hat an der Küste, aber auch in vielen Provinzstädten die „westlichen" Wertvorstellungen und kleinbürgerlichen Weltanschauungen stark verbreitet. Das Provinzbürgertum ist stark auf die Bourgeoisie in Lima orientiert. Es bestehen sehr große Unterschied im politischen und gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Massen in den verschiedenen Regionen und sehr unterschiedliche Kampferfahrungen. Dies muß bei der Entwicklung einer revolutionären Taktik und Strategie für Peru besonders berücksichtigt werden, was jedoch lange Zeit durch die schematische Übertragung von Revolutionsmodellen verhindert wurde. Für die revolutionöre Linke heißt Mariateguist zu sein, seine Thesen schöpferisch anzuwenden und weiter zu entwickeln.

Die revolutionäre Linke kämpft für eine neudemokratische Regierung auf dem Weg zum Sozialismus. Diese Form der neudemokratischen Herrschaft ist gleichzeitig die spezifisch peruanische Form der Diktatur des Proletariats, die von der Arbeiterklasse und den Organen der direkten Demokratie der Volksmassen ausgeübt wird. Diese Organe sind auf dem Land die comunidades campesinas (Bauerngemeinden), die von Mariategui als die Keimzellen des Sozialismus auf dem Land bezeichnet wurden, und in den städtischen Gebieten die asambleas populares (Volksversammlungen). Die Herrschaft der neuen Demokratie kann nur durch einen revolutionären Volkskrieg erreicht werden, der sich gleichzeitig in den Städten und auf dem Land entwickelt, geführt durch das Proletariat auf der Basis eines Arbeiter- und Bauernbündnisses und der Einbeziehung des städtischen Halbproletariats, den linken Intellektuellen, kleinen Angestellten und Fachkräften und fortschrittlichen Studenten.



Demonstration in Lima

Demonstration in Lima

Die taktischen Aufgaben

In der jeztigen historischen Periode steht der politische Kampf an erster Stelle. Vorrangig ist die Schaffung neuer und Stärkung schon vorhandener Organe der direkten Demokratie der zukünftigten Volksmacht (asamblas populares, FEDIPs und Arbeiterräte). Daneben muß der Kampf um den Erhalt der noch vorhandenen beschränkten bürgerlichen demokratischen Rechte und um ihre Erweiterung geführt werden. Der vorhandene demokratische Spielraum muß voll ausgenutzt werden.

— Der Kampf um die politische Hegemonie der revolutionären Kräfte in IU und in den demokratischen Volksmassen muß in Angriff genommen werden. Dabei müssen die reformistischen (Wahlorientierung) und linksradikalen (Priorität des bewaffneten Kampfes jetzt) Abweichungen politisch bekämpft werden.
— Förderung der regionalen Kämpfe und Stärkung der FEDIPs als Organe der Selbstverwaltung in den verschiedenen Regionen Perus und damit Bekämpfung und Schwächung der zentralen politischen Macht in Lima.
— Organisierung der Massen in IU, den Gewerkschaften und Verbänden und Bildung eines klassenbewußten Gewerkschaftsdachverbandes.
— Gewinnung der antiimperialistischen demokratischen Mittelschichten. Dies sind im wesentlichen die mittleren und kleinen Produzenten, die Kleinhändler, der Dienstleistungsbereich, die Fachkräfte und Angestellten; sie bilden den größten ökonomisch aktiven Sektor der peruanischen Bevölkerung.
— Politische Neutralisierung oder Gewinnung der Teile der nationalen Bourgeoisie, die sich im zunehmenden Widerspruch mit dem Imperialismus befinden.
— Vorbereitung eines unbegrenzten nationalen Generalstreiks (Paro civico nacional).
— Die vorhandenen Organe der Selbstverteidigung der Massen müssen verstärkt und in ganz Peru verbreitet werden. Dabei müssen die Erfahrungen der rondas compesinas (bewaffnete Bauernwachen) (1) berücksichtigt werden:
— Verstärkung der militärischen Kräfte der Parteien der revolutionären Linken.

Den demokratischen Kräften steht eine starke proimperialistische Handelsbourgeoisie und eine zunehmend geschwächte nationale Bourgeoisie gegenüber. Die herrschenden Kräfte stützen sich auf eine sehr große moderne Armee europäischen Typs, die nicht mit den Armeen und Nationalgarden Mittelamerikas vergleichbar ist. In Peru kann eine Revolution nur dann siegen, wenn sie Teile dieser Armee auf ihre Seite bringt, wenn sie alle demokratischen Kräfte des Landes miteinbezieht und die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt.

Die revolutionäre Linke ist bis jetzt nicht in der Lage gewesen, diese großen Aufgaben, die sie sich selbst gesetzt hat, befriedigend in Angriff zu nehmen. Dies ist in ihrem jetzigen zersplitterten Zustand kaum möglich. Deshalb hat auch der Kampf gegen Sektierertum und Dogmatismus in diesen Parteien von der Bais her stark zugenommen. In einigen Departements wie Puno, Cuzco, Cajamarca und Piura arbeitet die Basis der revolutionären Parteien schon länger eng zusammen. Insgesamt haben sich die Tendenzen zur Einheit spürbar verstärkt. In diesem Jahr gab es zwei nationale Versammlungen zur Bildung der neuen Mariategui-Partei, an den VR, MIR und PCR teilgenommen haben. Die Vereinigung dieser Parteien soll im Januar 1984 stattfinden.

In den letzten Jahren hat auch eine breite und fruchtbare Diskussion in der revolutionären Linken über Parteidemokratie, Staat und Sozialismus stattgefunden, die zu einigen positiven Ergebnissen geführt hat:
— Es genügt nicht, einen abstrakten Sozialismus für die Zeit nach der Revolution zu propagieren, es müssen schon jetzt Vorstellungen darüber entwickelt werden, wie dieser Sozialismus aussehen soll.
— Aus den bisherigen negativen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in vielen Ländern werden einige Lehren gezogen: Der sozialistische Staat darf nicht von der Partei regiert werden, sondern muß von den Organen der direkten Demokratie des Volkes gebildet werden. Die Partei hat im wesentlichen ideologische Aufgaben.
— Zur Verhinderung der Bürokratisierung muß die politische Macht dezentralisiert werden. Es muß autonome regionale Volksregierungen bei gleichzeitigem demokratischem Zentralismus geben.
— Abwählbarkeit aller Machtorgane mit imperativem Mandat.

Es muß festgehalten werden, daß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis noch sehr groß ist. Angesichts der sich rapide zuspitzenden ökonomischen Lage und der wachsenden Repression und Putschgefahr wird der Spielraum enger, und es ist eine große Frage, ob die revolutionäre Linke die o.g. historische Aufgabe für diese Etappe des politischen Kampfes bewältigen kann.

Lateinamerika

Sendero Luminoso

Die folgende Einschätzung und Analyse von Sendero entspricht weitgehendst den Positionen der revolutionären Parteien innerhalb des Bündnisses IU. Bei dieser Einschätzung habe ich neben vielen Gesprächen und Interviews mit Genossen fast aller revolutionären Parteien Perus und Personen, die in Ayacucho gelebt haben, folgendes Material dazugenommen: Que Hacer Nr. 19 (linke Monatszeitschrift); ,,Entwickeln wir den Guerilla-Krieg'', Dokument von Sendero; Boletin Informativo Nr. 1 von Sendero; die Artikel der LN; Mao Tse Tung, Ausgewählte Werke, Band 1.

Die Entstehung von Sendero

Um die Politik Senderos richtig einschätzen zu können, muß man die Entstehung und Entwicklung dieser Partei bis heute in Zusammenhang mit der Entwicklung der revolutionären Linken und der Volksbewegung insgesamt sehen.

Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen der KPdSU und der KP Chinas um die Generallinie kam es 1963 zur Spaltung der revisionistischen KP Peru. Die Mehrheit bildete die PCP (Bandera Roja — Rote Fahne), sie übernahm die Position der KP Chinas. 1968 spaltete sich diese Partei wieder und der überwiegende Teil bildete die PCdelP (Patria Roja — Rotes Vaterland). Die PCdelP ist bis heute die größte revolutionäre Partei innerhalb der Vereinigten Linken und arbeitet in fast allen Teilen Perus. 1969 zerfiel der verbliebene Rest von Bandero Roja in zwei Gruppen. Die eine nannte sich PCP Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad), die andere behielt ihren Namen.

Senderos Einfluß blieb lange Zeit auf die Universität von Ayacucho und ihr Umfeld beschränkt. Geringen Einfluß hatte Sendero noch an der Universität von San Marcos im Lima. Da die revisionistische KP keine Bauernarbeit gemacht hatte, war der Einfluß der neuen maoistischen Parteien, die von ihr abstammten, in ländlichen Gebieten nur gering. 1965 entstand die maoistische VR (Vanguardia Revolucionaria — Revolutionäre Vorhut) unabhängig von den KP-Abspaltungen. VR konnte sich in der Bauernschaft über die wiedergegründete radikale Kleinbauerngewerkschaft CCP gemeinsam mit dem MIR, der 1963 die Guerilla geführt hatte, verankern. 1974/1975 bildete eine Abspaltung von VR die Revolutionäre Kommunistische Partei Perus (PCR) und 1977 eine andere Abspaltung die VRPC (Vanguardia Revolucionaria — Proletario Comunista).

Sendero war von Anfang an sektiererisch. Sie arbeiteten in keiner Gewerkschaft mit. Sie versuchten einen eigenen Arbeiterverband zu gründen, MOTC, der aber letztlich nur auf dem Papier existierte. Senderos Kader sind im wesentlichen Studenten, die vom ländlichen Kleinbürgertum Ayacuchos und Klein- und mittleren Bauern abstammen. Viele der Studenten gingen nach ihrem Studium als Lehrer und Techniker in ihre Dörfer zurück. So konnte sich Sendero in einigen Gebieten von Ayacucho verankern. Ayacucho ist eine der ärmsten Gegenden Perus. Auf dem Land leben die Quechua-Indios. Die Studenten aus Ayacucho haben kaum Möglichkeiten, dort Arbeit zu finden. Noch schwieriger ist es für sie, wegen ihrer ethnischen Herkunft an der Küste eine geeignete Arbeit zu finden. Teilweise kommt daher auch die starke Radikalisierung Senderos. Arbeiter sind in dieser Partei gar nicht vertreten. Nennenswerten Einfluß außerhalb Ayacuchos hat diese Partei bis heute nicht bekommen. Es wird geschätzt, daß sie aus ca. 1.500 - 3.000 Kadern besteht.

Die Ideologie Senderos

Daß sich Sendero als marxistisch-leninistisch-maoistisch bezeichnet und die heutige chinesische Führung ablehnt, sagt nichts darüber aus, ob ihre Theorie und Praxis diesem Anspruch entspricht.

Peru ist auch nach Auffassung von Sendero ein halbfeudales und halbkoloniales Land. Die Revolution müsse sich auf dem Land entwickeln und dann die Städte einkreisen. In Peru herrsche eine Diktatur der feudalen Großgrundbesitzer alten und neuen Typs, der Großbourgeoisie, die sich aus der bürokratischen und der Kompradorenbourgeoisie zusammensetze. Das Ziel der jetzigen Regierung von Belaunde sei es, den bürokratischen Kapitalismus voranzutreiben. Die Diktatur von Velasco und Bermudez wäre faschistisch gewesen und die Zivilregierung solle die faschistische Kontinuität gewährleisten — unter einem demokratischen Deckmäntelchen. Die Militärs wären nicht durch die Kämpfe der Volksbewegung und den Generalstreik 1977 zum Rücktritt gezwungen worden — der Rücktritt sei lediglich ein Täuschungsmanöver des Imperialismus.

Neben der falschen Klassenanalyse hat Sendero eine falsche Analyse der Frage der revolutionären Situation, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll. Sendero kritisiert die Linke, weil sie die Entwicklung der Massenbewegung (subjektive Bedingung) zum Maßstab für eine revolutionäre Situation mache, ohne auf die objektiven Bedingungen zu achten. Abgesehen davon, daß dies nicht stimmt, macht Sendero selbst einen Fehler: Sie messen der Entwicklung der Massenbewegung keine Bedeutung bei, obwohl die Entwicklung dieses subjektiven Faktors nach Mao entscheidend ist, um bestimmen zu können, ob es eine stagnierende oder eine sich fortentwickelnde revolutionäre Situation in einem halbfeudalen Land gibt. Nur wenn es eine sich fortentwickelnde revolutionäre Situation gibt, ist der bewaffnete Kampf angesagt und kann erfolgreich geführt werden. Um zu beweisen, daß in Peru zur Zeit diese Situation gegeben ist, stützt sich Sendero auf den Mao-Text ,,Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen''. Liest man diesen Text, so stellt man mit Erstaunen fest, daß Mao aufzeigt, daß es in China zu dieser Zeit gerade keine entwickelte revolutionäre Situation gab, obwohl die subjektiven Faktoren schon sehr weit entwickelt waren. Es gab schon eine Rote Armee, es gab rote befreite Gebiete, die Bauern hatten Vereinigungen gebildet und sich selbst bewaffnet. Es kam überall zu Bauernaufständen, Soldaten meuterten und die Arbeiter streikten. Trotzdem sind ihm diese Bedingungen noch zu schwach gewesen. Es handelte sich für ihn immer noch um eine stagnierende revolutionäre Situation. Seiner Meinung nach konnte die rote Macht revolutionäre Situation. Seiner Meinung nach konnte die rote Macht in dieser Zeit nur bestehen, weil die Kräfte der Reaktion ebenfalls s c h w a c h waren. Die Herrschenden führten, unterstützt von verschiedenen imperialistischen Mächten, unausgesetzt Krieg gegeneinander. Die Armeen waren geschwächt.

Wie stellt sich die Lage in Peru z.Zt. dar? Zwar gibt es Streiks, aber es gibt keine rote Armee, keine befreiten Gebiete, keine bewaffneten Bauernvereinigungen, keine Bauernaufstände und



Soldatenmeutereien, usw.usw. Andererseits aber ist die herrschende Reaktion s t a r k ! Sie führt keine Kriege untereinander und die Armee ist stärker denn je zuvor in Peru. Es ist eine Armee mit modernsten russischen und französischen Kampfbombern, der größten südamerikanischen Hubschrauberflotte, modernsten russischen und argentinischen Panzern, einer modernen Artillerie usw. Sie zählt ca. 150.000 Mann, und nur 6.000 davon sind in Ayacucho stationiert und bisher noch nicht in Gefechte mit Sendero verwickelt gewesen.

Geht man wie Sendero noch davon aus, daß Peru ein halbfeudales, halbkoloniales Land ist, so dient dieser Text Maos gerade als Beweis dafür, daß Senderos Einschätzung falsch ist.

Da Sendero die subjektiven Bedingungen für eine fortgeschrittene revolutionäre Situation in Peru derzeit nicht vorfinden kann, müssen eben welche konstruiert werden. So sehen sie sich selbst als den subjektiven Faktor, der den bewaffneten Kampf zum jetzigen Zeitpunkt rechfertigt. So einfach ist das.

Die im folgenden aufgezeigte Praxis von Sendero macht die schwerwiegenden Folgen ihrer falschen Analyse deutlich.

Die verschiedenen Aktionsformen

Sendero verwendet im wesentlichen drei Aktionsformen: Guerilla, Sabotage und Individualterror, wobei die beiden letzteren Formen weitaus überwiegen. 1979 begann die bewaffnete Propaganda in Ayacucho. Bis 1982 hatte Sendero seinen Aktionsrahmen in Ayacucho weit ausgedehnt und hatte in einigen Gebieten die Sympathie der Bauerngemeinden. Sendero besetzte für kurze Zeit Dörfer, liquidierte verhaßte Großgrundbesitzer, staatliche Autoritäten, Wucherer und Händler, welche die Bauern besonders ausprеßten. Danach zogen sich die Guerilleros zurück.

Von 1982 an begannen sie in ihren Einflußgebieten die Bauerngemeinden zu zwingen, für sie zu produzieren und verhinderten, daß die Bauern ihre Waren auf den Märkten absetzen konnten. Ein Beispiel für die fatalen Fehler, die Sendero beging: Der wichtigste Markt der Provinz Huanta, Liri wurde gewaltsam geschlossen. Dort kauften neben reichen Händlern auch die verarmten Kleinbürger und die ärmsten Bauern die notwendigsten Produkte. Die Bauern produzieren in dieser Gegend seit über 100 Jahren nicht mehr autark. Der Markt ist lebenswichtig für sie. Hinzu kam, daß Sendero verhindern wollte, daß die Bauern ihr weniges Vieh auf dem Markt verkaufen. Sie sollten es selber verbrauchen. Aber für eine Kuh bekommt man z.B. Kartoffeln, um fast ein halbes Jahr davon leben zu können. Die Bauen können es sich nicht leisten, das Fleisch selbst zu verbrauchen. Dies würde langfristig den Hungertod bedeuten. Die Dorfgemeinschaft Huaychao lehnte sich daraufhin gegen Sendero auf und tötete einige dieser Leute. Immer mehr Gemeinden weigerten sich, Sendero-Mitgliedern Unterschlupf zu gewähren oder sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Sendero wiederum versuchte sich damit durchzusetzen, indem sie die gesamte Gemeindeführung liquidierten. Ähnliches spielte sich auch in anderen Gemeinden ab. Sendero bekam erhebliche Schwierigkeiten, weil die eigene Basis gegen sie rebellierte. Sendero bediente sich dann einer Methode, wie sie von der Armee selbst verwendet wird. Sie nutzten die traditionelle (andine Tradition?) Feindschaft vieler Bauerngemeinden untereinander aus, um z.B. eine ärmere Dorfgemeinde gegen eine reichere in den Kampf zu führen. Es gab Überfälle auf Dorfgemeinschaften bei denen bis zu 300 Bauern angriffen, darunter aber höchstens 20 Senderistas waren. Die Bauern selbst waren nur mit Steinschleudern, alten Schrotflinten und Buschmessern bewaffnet. Es kam immer häufiger zu Dorfgemetzeln, die mit Guerillastrategie und Gewinnung der Bauernmassen absolut nichts mehr zu tun hatten.

Hier setzt die Gegenstrategie der Armee ein. Sie wartet bis die Senderistas aus einem Dorf abziehen und greifen dann die Dorfbevölkerung an. Sie stacheln, ähnlich wie Sendero, Gemeinden gegen andere auf, in denen sie Gegner vermuten. Neben dem Haß vieler Bauern auf Sendero benutzt die Armee Erpressung, Drohungen aber auch Hilfsgüter, wie Nahrungsmittel und Kleidung, um die Bauern auf ihre Seite zu bekommen. Dörfer, die als Senderotreu gelten, werden bombadiert oder von der Armee und den ,,Sinchis'' (Anti-Guerillakommando der Polizei) ausgelöscht. Die Lage hat sich 1983 erheblich zugespitzt. Die Bauerngemeinden werden wechselseitig von Armee und Sendero überfallen. Oft mehrere Male hintereinander. Dies erklärt auch die hohe Anzahl von Toten, die von offizieller Seite mit 1.500 von Februar bis September 1983 angegeben wird. Diese Situation hat dazu geführt, daß inzwischen zwei Drittel der Landbevölkerung in dem Operationsgebiet von Sendero und der Armee ihre Dörfer verlassen haben und an die Küste oder in Provinzstädte geflohen sind, wo sie ebenfalls nur Elend erwartet.

Die Bauerngemeinden sind nach einer vorübergehenden Besetzung durch Sendero nicht in der Lage, sich gegen nachrückende Polizei oder Armee zu verteidigen. Sie sind hilflos jeder Willkür ausgeliefert. Sendero berücksichtigt eine entscheidende Erfahrung der chinesischen Revolution nicht, ,,daß eine der wichtigsten Aufgaben der Roten Armee darin besteht, die örtlichen Massen zu bewaffnen ...'' (2)

Es ist Sendero in 3 Jahren nicht gelungen, auch nur eine Polizeikaserne,



Indio-Bauern

die mit mehr als 5 bis 10 Personen besetzt ist, erfolgreich anzugreifen und Waffen zu erbeuten. Der einzig erfolgreiche Überfall war die Gefangenenbefreiung aus dem Gefängnis von Ayacucho. Nach wie vor sind die Hauptwaffen aus den Minen gestohlenes Dynamit, alte Pistolen und Gewehre und einige wenige Maschinenpistolen. Sendero entwickelt sich in Ayacucho immer mehr zu einer isolierten und von der Armee eingekreisten bewaffneten Gruppe. Sie kommen damit in die Lage der von ihnen selbst als falsch angesehenen Strategie der Guerilla des peruanischen MIR 1963.

Außerhalb von Ayacucho ist Sendero noch weniger verankert. In einigen Städten der Anden und an der Küste, hauptsächlich in Lima finden von kleinen Grüppchen durchgeführte Dynamitanschläge statt. Sie richten sich gegen Polizeireviere, öffentliche Gebäude und Einzelpersonen und finden ohne jegliche politische Propaganda statt.

Häufig durchgeführte Sabotageakte, wie die Sprengung von Hochspannungsmasten oder der Anschlag auf die Bayer-Fabrik schaden nur der Bevölkerung selbst. Sie tun der Regierung nicht weh. Im Juli d.J. wurde in Lima auf die zentralen Hochspannungsmasten ein Dynamitanschlag ausgeführt, der einen Lichtausfall von fast einer Woche zur Folge hatte. Ebenso fielen die stromgetriebenen Wasserpumpen aus. Dies bewirkte, daß in den ärmsten Vierteln viele Kinder verdurstet sind, tausende Häuser und Personen nachts von Dieben überfallen wurden und dies v.a. in den Vierteln der ärmsten Schichten, denn die Viertel der Reichen wurden als erste wieder mit Wasser und Strom versorgt. Viele Betriebe mußten für einige Tage dicht machen, die Arbeiter bekamen für diese Tage keinen Lohn usw. usw.

Genau diese Methoden wurden von Lenin und Mao als kleinbürgerlicher Radikalismus und Individualterror bekämpft.

Senderos Anbindung an Geschichte, Kultur und Lebensweise der andinen Bevölkerung

Sendero rühmt sich, in der ,,andinen'' Tradition zu stehen. Dies ist eine hohle Phrase und soll nur eine gute Verankerung und Kenntnisse der Verhältnisse in den Anden vortäuschen.

Was ist denn andine Tradition und Kultur? Ist die von den Spaniern stark beeinflußte Kultur gemeint? Kleidung und Musik sind in den Südanden z.B. spanischen Ursprungs. Ist die Tradition der Inka-Zeit gemeint? Von dieser ist nur noch sehr wenig übriggeblieben. Es muß also doch genau untersucht werden, welche po...ven und negativen Traditionen es dort gibt, die sich zu übernehmen lohnen. Zählt die Entwicklung der letzten fünfzig oder hundert oder zweihundert Jahre als andine Kultur?

Sendero schneidet z.B. sogenannten Verätern die Ohren oder die Zunge ab, peitscht die Leute aus oder läßt sie mit kahlgeschorenem Kopf rumlaufen, hängt tote Hunde auf mit dem Namenschild von Teng Siao Ping. Niemandem, der in Ayacucho lebt, ist diese ,,andine'' Tradition bekannt. Dies sind Methoden, die von Bauern in China während der Revolution spontan angewandt wurden. Diese Tradition führte ganz allein Sendero ein.

Wenn Senderistas in ein Dorf kommen, führen sie solche ,,Strafaktionen'' vor den Augen der Versammelten selbst durch, ohne daß sich im allgemeinen die Bauern daran beteiligen. Es handelt sich also nicht um spontane Aktionen der Bauern wie sie in China durchgeführt wurden und auf dem dortigen historisch-politischen Hintergrund zu verstehen waren.

Es gibt aber noch einige Traditionen, die zu erhalten und auszubauen es wert wären, wie z.B. die noch teilweise aus der Inka-Zeit vorhandenen Ayllu-Strukturen (gemeinsamer Landbesitz und gemeinsame Arbeit, gegenseitige Hilfeleistung).

Wichtig sind noch die teilweise vorhandenen Formen direkter Demokratie, wie der gewählte Bauernrat! Mariategui bezeichnet diese Strukturen als die Keimzellen des Sozialismus in den Anden. Die revolutionäre Linke stützt sich gerade auf diese demokratische Überlieferungen und möchte sie über die Bauerngewerkschaft CCP verstärken. Sendero macht genau das Gegenteil. Sendero erkennt nicht die gewählten Vertreter dieser Dorfgemeinschaften an, sondern setzt eigene Leute ein oder zwingt die Bauern, senderohörige Leute zu wählen.

Die Militarisierung Senderos

Die Militarisierung Senderos

Getreu den Worten ihres geistigen Führers Gonzalo: ,,Genossen, die Stunde ist gekommen, es gibt n i c h t s mehr zu diskutieren ...!'' (2) führen sie hauptsächlich rein miltärische Aktionen durch. Sie finden ohne jegliche politische Propaganda statt. In einem der wenigen in Ayacucho verteilten Flugblätter im Juli 1983 bezeichnen sie sich selbst nicht als die Partei der Arbeiterklasse, sondern als ihr Oberkommando.

Überall wo klassenbewußte Gewerkschaften und Parteien vorhanden sind, dort wo die Bauern sich eigene Organisationsformen gegeben haben, wie zum Beispiel die bewaffneten Bauernwachen im Norden Perus, bekommt Sendero bis jetzt noch keinen Fuß auf den Boden. Wegen der brutalen ökonomischen Lage bekommt Sendero im wesentlichen Zulauf aus den ärmsten und unpolitisierten Randschichten. Es sind hauptsächlich verzweifelte Jugendliche ohne jegliche Lebensperspektive zwischen 13 und 20 Jahren.

Sendero geht davon aus, daß die linken Gewerkschaften und Parteien das Spiel der Faschisten mitmachen und das sie es sind, die die Volksmassen vom revolutionären Kampf abhalten. Deshalb zählen sie für Sendero zum Klassenfeind, den es zu bekämpfen gilt. Sendero hat in den Gebieten, in denen sie sich stark fühlen, mehrere Bauernführer der CCP und Kandidaten der Vereinigten Linken ermordet. Senderos Strategie zielt auf die Vernichtung der Vereinigten Linken ab. Dieses Hindernis muß beseitigt werden, damit das Volk sich nur noch zwischen Sendero oder Regierung entscheiden kann.

Ein Genosse nach Rückkehr von einem Peru-Aufenthalt

Anmerkungen:

(1) Rondas campesinas gibt es vor allem im Norden Perus in dem Departement Cajamarca. Dort haben sich die Bauern bewaffnet, um sich vor den Viehdiebstählen, der behördlichen Willkür und polizeilichen Übergriffen zu schützen. Man schätzt die Zahl der bewaffneten Bauern auf ca. 50.000. Die rondas sind politisch unterschiedlich orientiert. Ein Teil steht der IU nahe, ein anderer Teil der APRA. Der Regierung ist die Gefahr, die von den rondas ausgehen kann, bewußt. Deshalb versucht sie, über Hilfgüter (Lebensmittel, Kleidung etc.) die rondas für sich zu gewinnen und die linken rondas zu isolieren. Die Erfahrungen der rondas campesinas sollen vor allem über die Bauerngewerkschaft CCP in anderen Teilen Perus verbreitet werden. Die revolutionäre Linke sieht in den rondas Keimformen des revolutionären Volksheeres.
(2) Mao Tse Tung, AW Band 1, S.121
(3) Boletin informativo Nr.1

„...merkwürdich, wo so manche Haase langläuft — nit resigniert, nur reichlich desillusionieret, es bessje hann ich kapiert" (BAP '81)



BAP zeichnet im Gespräch mit dem AK das Scheitern einer DDR-Tour nach

Auf unterschiedlichste Reaktionen stieß am 13. Januar 1984 die Tagesmeldung: Die geplante DDR-Tour der Kölner Rockgruppe BAP sei geplatzt. Sehr schnell wurden Beifall und Pfiffe verteilt: Bei der konservativen Presse wurde mit Häme vermerkt, daß die DDR wieder einmal ihr wahres Wesen (Sozialismus = Unfreiheit) offenbart habe. Jetzt hatte man sogar „Kronzeugen" aus der linken/alternativen Szene. Differenzierter meldeten sich „Panorama", „Kennzeichen D" und auch die „Frankfurter Rundschau" zu Wort. Auf der Linken neigte die TAZ zum Schluß, daß BAP die DDR provoziert habe.

Dreh- und Angelpunkt jeglicher „Beweisführung" war das extra zur DDR-Tour von BAP geschriebene Lied „Deshalb spielen wir hier!", das sich durch einige grobe Verallgemeinerungen und wirklich dumme Reizvokabeln auszeichnet. Mir hat es nicht ausgereicht, e i n Lied zum Gradmesser einer Beurteilung des gesamten Vorganges zu machen, und ich fuhr darum am 19. Januar nach Köln.

Sichtlich geschockt von dem Eklat selbst, wie auch von der politischen Reaktion hier in der BRD, saßen die Musiker und andere Mitglieder der BAP-Crew zum Gespräch bereit. Wolfgang Niedecken (Text, Gesang), Klaus „Major" Heuser (Gitarre), Axel Büchel (Keyboards), Manfred „Schmal" Boecker (Percussion), Jan Dix (Schlagzeug) und Roland „Balou" Temme (Mensch für Alles) lieferten keine abgesprochene geglättete Presseerklärung ab, sondern beschrieben individuelle Überlegungen, Einsichten und auch Zweifel. Nun lese und beurteile, wer will und „erhebe den ersten Stein, so er frei von Sünde" (so etwa sagt die Bibel)!

Bj., KB Hamburg

Bj., KB Hamburg

AK: Wann und wie entstand das Projekt einer DDR-Tournee?

Balou: Die ersten Kontakte hat's vor über 'nem Jahr gegeben. Alljährlich gibt's ja das Festival „Rock für den Frieden" und das Festival „des politischen Liedes" in Ostberlin. Da hat's dann ein paarmal Anfragen gegeben, die aber nie konkreter verhandelt wurden, da zu der Zeit gerade unsere Gigantentour lief und wir also gar keine Zeit und Lust hatten. Irgendwann Mitte des Jahres hat die DDR die Lizenz für die vierte Platte gekauft und dort veröffentlicht. Offiziell haben sie 15 000 LP's verkauft. Danach kam dann die konkrete Anfrage, ob wir bereit wären bei „Rock für den Frieden" zu spielen. Gleichzeitig gab es noch die Anfrage in bezug auf das „Festival des politischen Liedes". Das sind unterschiedliche Organisationsgruppen, auch personell unterschiedlich besetzt. Wir sind dann rübergefahren und nach den Gesprächen haben wir uns entschieden, -wenn überhaupt- „Rock für den Frieden" zu machen. Einfach deshalb, weil es eine Rockveranstaltung ist, während das andere mehr von Liedermachern geprägt ist und wir da nicht so gut reinpassen würden.

Wir trafen die Entscheidung aber unter der Prämisse: Nicht nur die eine Veranstaltung, sondern im Rahmen einer Tournee, damit es nicht von vornherein so 'ne einseitige Propaganda-Kiste werden konnte. Da haben Sie ein wenig überlegt, waren dann aber sehr bereitwillig und haben das auch akzeptiert.

Wolfgang: Dazu muß man sagen, daß wir in den Gesprächen in Ost-Berlin gleich über eine Tour gesprochen haben. Dabei wurde uns dann der Vorschlag gemacht, die Tour in Ost-Berlin bei "Rock für den Frieden" zu beginnen. Das find ich wichtig zu sagen, weil sonst der Eindruck entsteht, als sei „Rock für den Frieden" die Eintrittskarte für die Tour gewesen, so wie es beim Udo war.

Balou: Stimmt. Die haben uns auch gesagt, wir hätten die Tour auch machen können, selbst wenn wir das Festival abgelehnt hätten. Wir haben dann über die Rahmenbedingungen gesprochen und das Finanzielle abgeklärt. Wir haben Ihnen unsere Wünsche versucht zu erklären, wo und in welchen Hallen wir gerne spielen würden, welchen Aufwand wir benötigen und das ganze drumherrum. Sie haben dann lange getüfftelt, bis sie einen Vorschlag hatten, wie sie sich die Tour vorstellen würden. Ich bin dann mit dem Hans, der bei uns von Technik am meisten versteht, rübergefahren und haben die Hälfte der vorgesehenen Orte und Hallen besichtigt, die andere Hälfte haben wir aus Zeitgründen nicht mehr geschafft, und da war noch alles komplett easy. Die Leute waren wirklich sehr freundlich und kooperativ. Über allem stand natürlich von Anfang an das permanente Nachfragen nach freiem Programm und keinerlei Einschränkungen bezüglich Stückeauswahl. Eben daß wir das machen können, was wir sonst auch machen.

Wolfgang: Wenn nicht das Gerücht gewesen wär, der Stefan Waggershausen (1) hätte bei seiner Tour jede Ansage, die er vorhätte, vorher schriftlich einzureichen, wären wir nie auf die Idee gekommen, immer wieder nachzufragen.

Balou: Wir haben Ihnen dann die Texte und Texthefte mit den Kommentaren zu den einzelnen Stücken rübergeschickt. Die Typen von den Festivals kannten alle Sachen von uns, auch die T e x t e . Da gab's keine Probleme!

Am 17.Dezember sind wir in Magdeburg in der Sendung „Rund" aufgetreten, das ist so'ne FDJ-Sendung mit viel Musik und 1/3 Wortbeiträgen. Dort spielten wir drei Stücke im Playback: „10.Juni", „Kristallnacht" und „Du kannst zaubre". Wir hatten vorher telefonisch ausgemacht, daß zwischen unseren Stücken Interviews gemacht werden, in denen wir die Stücke in ein richtiges Licht rücken könnten. Das wurde uns auch zugesagt. Bei den zig Proben, die dann für die Sendung gemacht wurden, sind dann auch am Ende schon mal die Interviews „geprobt" worden. Da haben wir dann auch gegen die Pershings und SS-20 Stellung genommen, allerdings mit dem Zusatz in bezug auf den „10.Juni", daß wir bei uns gegen die Pershings demonstriert hätten, und es gut finden würden, wenn in der DDR auch gegen die SS-20 demonstriert würde. Daraufhin ist dann bei der eigentlichen Sendung zwischen den Stücken „Kristallnacht" und „10.Juni" der Moderator -der jetzt eigentlich kommen sollte- nicht erschienen. Stattdessen wurde einfach das Playback eingefahren. Es hat kein Interview mehr gegeben.

Noch kurz vor der Sendung hat der uns noch gesagt, er wolle sich das überlegen, ob man die Sache nicht etwas eleganter formulieren könnte.

Wolfgang: Sie haben uns aufgefordert, diese Sachen mit dem Demonstrieren wegzulassen! Ich hab Ihnen gesagt, daß ich mich nicht festlegen kann, auf das, was ich sagen werde. Aber ich würde schon einsehen, daß ich in dieser Sendung nicht sagen kann, daß man auf die Strasse gehen und demonstrieren soll, und das auch nicht tun werde.

Balou: Das hat aber nichts mehr genützt.

Wolfgang: Noch mal was zu den Interviews. Unser Kommentar zu „10.Juni" löste bei den Proben ja schon den Ärger aus. Wir hätten natürlich auch zu „Kristallnacht" noch was gesagt, um dieses Stück nicht nur blödsinnig auf hier (BRD) zu beziehen, denn das hätten sie gerne. Immer druff auf die BRD und dort ist alles prima. Wir hatten dann aber an keiner Stelle überhaupt die Möglichkeit irgendetwas zu sagen.

Balou: Jedenfalls war ein paar Tage später der Vertrag für die Tour da. Ich hab mir dann auch die Rückseite durchgelesen und da stand dann definitiv, daß a. auf der einen Seite die Künstleragentur und b. der jeweilige örtliche Veranstalter das Recht hat, Programmänderungen vorzunehmen. Beim örtlichen Veranstalter stand noch sowas, wie im „Einvernehmen mit dem Künstler", bei der Agentur stand das nicht! Das war auch kein Extravertrag, sondern ein Formblatt. Ich habe dann sofort angerufen und deutlich gemacht, daß wir das so nicht unterschreiben könnten, zumal vorher immer was anderes verabredet worden sei. Daraufhin sagten sie uns — alles easy — kein Problem — ihr seht doch, daß es ein Formblatt ist — ist nicht so gemeint. Wir sollten ein Telex hinschicken mit dem Inhalt, wir würden den Passus nicht akzeptieren. Dann wäre die Sache auch erledigt.

Wir haben uns dann überlegt, wenn wir den Vertrag unterschreiben und schicken gleichzeitig das Telex hin, dann ist das eine einseitige Erklärng von uns ohne Rechtswirksamkeit, wobei eine Telexerklärung sowieso keinen Dokumentenwert hat. Gerichtsstand für diesen Vertrag war ja Ost-Berlin. Es hätte so oder so nichts genützt. Wir haben den Vertrag also nicht unterschrieben. Am 6.Januar hatten wir

Es hätte so oder so nichts genützt. Wir haben den Vertrag also nicht unterschrieben. Am 6.Januar hatten wir

dann hier unser erstes Konzert, wo Vertreter der Künstleragentur und von „Rock für den Frieden" da waren. Die wollten sich das einfach mal ansehen. Ist ja auch okay...

Abends haben wir dann stundenlang geredet. Sie haben dann eine detaillierte Tourplanung mitgebracht. Sie fanden das auch alles riesig. Es käme ja alles super von der Bühne rüber und so „frisch". Nachts, als ich dann den Vertrag rausholen wollte, um den umstrittenen Passus zu streichen und gemeinsam gegenzuzeichnen, kamen sie mir zuvor und meinten, da wäre ja noch die Sache mit dem neuen Stück! Sie hatten aber auch nur ein paar Zeilen verstanden, z.B. das mit den „Brüdern und Schwestern" (früher Adenauer-Jargon) und die Sache mit den „Kalten Kriegern in Ost und West". Ich hab dann versucht, ihnen den Zusammenhang zu erklären. Sie meinten dann, „Kalte Krieger" gäbe es im Osten nicht und habe es auch nie gegeben -historisch gesehen-, insofern wäre es auch historisch falsch, und deswegen könne man das auch nicht so ohne weiteres singen. Da müßte man noch drüber diskutieren.

Mittlerweile war es aber spät in der Nacht und deswegen vertagten wir die Diskussion bis zum Beginn der Tournee mit dem Ziel, uns noch zu einigen. Sie haben jedenfalls n i c h t gesagt, daß dieses Stück dazu führen würde, daß die ganze Tournee gecanzelt wird.

Nach der Nummer hat' ich nun auch keinen Bock mehr, den Vertrag rauszuholen und den zu unterschreiben. Ich hab dann nur noch gesagt, daß der Passus gestrichen werden müsse. Wir einigten uns darauf, den Vertrag dann in Ost-Berlin zu unterzeichnen. Sie sagten aber immer noch, daß sie den Passus streichen würden, allerdings unter der Prämisse, daß es um das neue Stück noch zu einer Einigung kommen würde.

Wolfgang: Wenn der Text das einzige Problem gewesen wäre und hätten wir ansonsten komplette Handlungsfreiheit gehabt, hätten wir den Text auch austauschen können. Wir lassen das Stück weg und können dafür im Programm sagen und tun, was wir wollen. Jetzt im Nachherein kann ich sagen, es wäre okay gewesen. Das haben wir natürlich nicht durchgekriegt. Bis zu diesem Punkt ist es ja gar nicht mehr gekommen.

Balou: Wir sind also am Donnerstag, den 12.Januar, rübergefahren und haben im Palast der Republik alle technischen Einzelheiten besprochen und dann gingen die Diskussionen um das Stück schon etwas weiter. Wir sagten ihnen dann, daß wir e r s t den Passus im Vertrag gestrichen haben möchten, bevor wir über das Stück verhandeln. Daraufhin vertagte sich die Sache auf den nächsten Morgen.

Klaus (Major): Du hast was vergessen. Uns war zugesagt worden, daß wir am Freitagmorgen 10Uhr eine Pressekonferenz machen könnten, wo wir eben nicht mit diesen ganzen Westjournalisten zu tun hätten. Die DDR-Journalisten sollten die Möglichkeit haben, mit uns zu sprechen. Wir wurden auch sehr freundlich begrüßt —mit Sekt als Gäste der DDR usw.— es war alles sehr feierlich. Dann erkundigten wir uns nach der Pressekonferenz. „Ja, die Pressekonferenz ... Das ist uns lei-

alles sehr feierlich. Dann erkundigten wir uns nach der Pressekonferenz. „Ja, die Pressekonferenz ... Das ist uns lei-

der ein kleiner Fehler unterlaufen. Der Andrang ist so groß. Wir haben bis jetzt noch keinen Raum gefunden."

Wolfgang: ...Der Palast der Republik, das ist so'n Ding, wo tausend Räume drin sind für jede Gelegenheit. Die haben uns das ja auch noch gezeigt .. Und dann heißt es, sie hätten keinen Raum für unsere Pressekonferenz...

Klaus: Man würde sich noch bemühen, das hinzukriegen. Das war gegen 18-19 Uhr am Donnerstag, worauf unser Steff (Bassist) zu dem einen sagte: Na dann fang doch schon mal an zu telefonieren — Weil der Typ nämlich sagte, er wolle am nächsten Morgen mal rumtelefonieren.

Wolfgang: Das lag ganz in der Tradition der Interviews in Magdeburg. Sie haben genau das bißchen abgeschnitten, was möglich gewesen wäre, als Basis für Zugeständnisse unsererseits.

Balou: Am nächsten Morgen standen alle auf der Matte: FDJ und der Vertreter von der Künstleragentur und fragten, ob wir uns das mit dem Text überlegt hätten. Daraufhin wiederholten wir unseren Standpunkt, gaben ihnen aber s c h r i f t l i c h den ganzen Text. Sie haben dann angefangen zu telefonieren. Danach sagten sie dann, wenn wir dieses Stück nicht streichen würden, gäb's halt keine Tournee! Zumal wir den Vertrag noch nicht unterschrieben hätten, sei die Tournee eben gestorben, und wir könnten wieder nach Hause fahren. — Das war's! Wir konnten den Vertrag nicht so unabgeändert unterschreiben, denn das hätte bedeutet, daß wir damit rechnen mußten, bei jeder Äußerung bei den Stücken, die sich auf die DDR bezogen hätten, einen reingewürgt zu kriegen. Die rechtliche Handhabe dazu hätten sie gehabt. Im Vertrag waren Konventionalstrafen drin bis zur Höhe der Gesamtgage, — was übrigens ganz normal bei solchen Verträgen ist, — wenn ein Vertragspartner sich nicht an die eingegangenen Abmachungen hält. Also, ohne diesen Passus zu streichen, konnten wir einfach nicht unterschreiben.

Klaus: Wir haben dort auch mit einigen DDR-Musikern gesprochen, und die spekulierten damit, daß der Kompromiß-Vorschlag kommen würde: Das Stück auf dem Festival weglassen und dann auf der Tour spielen, oder aber: Das Stück ganz weglassen, dafür den Passus gestrichen kriegen. Als dann aber die Entscheidung: weder Stück, noch Vertrag, fiel, hatten sie d a m i t nicht gerechnet.

Wolfgang: Ich glaube, daß es überhaupt ein Fehler war, daß wir uns auf das Festival eingelassen haben, denn dieses Festival ist für sie die absolute Paradeshow. Das Ding hat sowas von Öffentlichkeit, da konnten sie dieses Lied — so seh ich das mittlerweile — einfach nicht zulassen. Und wir Idioten... Na ja, wir hätten einen stinknormalen Gig in Ost-Berlin machen sollen. Das Stück selbst, das jetzt einen ganz anderen Anstrich bekommen hat, sollte nichts anderes sein als eine Art Kommuniqué, weshalb wir dort spielen wollten. Wir hatten Angst, an keiner Stelle — weder hier im Westen, noch dort — die Gelegenheit zu haben, zu erklären, warum wir auf DDR-Tour gehen. Das war unser Mißtrauen vor der Presse.

AK: Die DDR hat sicherlich ein Inter-

gehen. Das war unser Mißtrauen vor der Presse.
AK: Die DDR hat sicherlich ein Inter-

esse, Gruppen wie euch und Udo Lindenberg, die sich kritisch zu den Verhältnissen in der BRD äußern, bei sich auftreten zu lassen. Aber es ist doch bekannt, daß einige eurer Aussagen in dem Lied am Selbstverständnis der DDR rütteln. Habt ihr im Ernst nicht mit Gegenreaktionen gerechnet?

Balou: Mit allen anderen Stücken gab's keine Schwierigkeiten. Das Problem, daß mit diesem Stück die DDR ganz speziell benannt wird — und man sich eben nicht nur seinen Teil dabei d e n k e n kann, ist für die DDR-Verantwortlichen ein Unterschied, der für uns in d e r Schärfe vorher nicht erkennbar war.

Klaus: Wenn du z.B. „10. Juni" von uns kennst, „Plant uns bloß nicht bei euch ein", da hat von uns eigentlich nie einer dran gedacht, daß man das so interpretieren kann, daß es nur bei uns seine Gültigkeit hat. Als wir das in Magdeburg gespielt haben, da haben wir schon gedacht, daß das für die Leute in der DDR fast noch einen höheren Stellenwert hat, als bei uns. Du hättest sehen müssen, wie die Leute darauf reagiert haben. Wir haben dort zwei Proben vor Publikum gemacht, und die Leute sind dermaßen abgegangen, wie wir es selten erleben.

Axel: Als wir bei den Proben zu der Sendung waren, hat der Wolfgang das „Plant uns bloß nicht bei euch ein!" so eingewoben, woraufhin auch dieses Interview wieder gestorben ist.

Wolfgang: Sobald wir unsere Texte auch auf die DDR bezogen haben, und eben nicht nur — wie bei diesem Festival, saublödem Festival muß ich leider sagen — immer druff auf den Reagan, und druff auf die NATO und druff auf die kalten Krieger im Westen... Sobald wir aus diesem platten Schema ausbrechen wollten, ging das nicht mehr!

Klaus: Das hat man uns auch mehrfach gesagt, daß u n s e r e Interpretationen u n s e r e r Texte uninteressant wären und auch nicht gesagt werden sollten. Das hat uns der Chefredakteur von der Sendung „Rund" gesagt.

Wolfgang: Es sind auch nicht einzelne Passagen des Liedes Anlaß für den Eklat gewesen, sondern allein die Tatsache, daß dieses Lied in der DDR etwas in Frage stellt. Die zweite Strophe hätten sie total für sich verkaufen können.

AK: Wenn ich Euch aber bisher richtig verstanden habe, ist die DDR Euch doch sehr weit entgegengekommen? Eine einseitige Vereinnahmung von euch durch die DDR-Veranstalter war doch gar nicht mehr beabsichtigt?

Klaus: Ja, richtig. — Der ganze Haken, und das hab ich vorher nie begriffen, ist der: du kannst in der DDR immer sagen, daß du gegen die Raketen bist, sowohl gegen die im Westen, als auch gegen die im Osten. Die Frage ist aber die: In der DDR wird alles, was

mit Rüstung zu tun hat, dargestellt als Antwort auf die Rüstung des Westens. Entsprechend ist eben auch jedes Kriegsmaterial im Osten halt Friedensmaterial. Der Unterschied zum Westen ist der, daß du in der DDR niemals den Gedanken äußern darfst, — egal, was sonst in den Stücken drin ist —, daß du Pazifist ohne Wenn und Aber, eben komplett für Abrüstung bist. Wenn du sagst, der Westen soll zuerst abrüsten, dann bist du d e r Mann bei denen, wenn du aber sagst, es ist egal, wer anfängt abzurüsten, die Dinger müssen schlicht weg, dann hast du Schwierigkeiten.

AK: Für die DDR ist es aber schon eine existentielle Frage, vom Westen zuerst praktische Abrüstung zu fordern, angesichts der NATO-Überlegenheit. Ohne solche Taten käme doch eine eigene Abrüstung einer größeren Gefährdung der Existenz gleich...

Wolfgang: Man muß das mal von der rein realpolitischen Ebene auch mal auf die philosophische Ebene bringen: Da wird Wehrkundeunterricht an den Schulen betrieben, da wird ein „Festival für den Frieden" gemacht, wo Kampftruppen vorgeführt werden, die auch Leute umbringen usw. — Das alles wird mit dem Oberbegriff entschuldigt, „die kämpfen für den Frieden". Das hat für mich als Pazifisten mit Friedenskämpfen überhaupt nichts zu tun. Ich hab auch nicht den Kriegsdienst verweigert, um woanders für den Frieden zur Waffe zu greifen. Mein Verständnis von Pazifismus geht in diese urchristliche Richtung

AK: Deine persönliche Philosophie ist hier nicht der Streitpunkt. Nur als politische Äußerung, gemessen an den gemeinen r e a l e n Verhältnissen, muß sie für die DDR im besten Fall naiv, im schlimmsten Fall provokativ erscheinen... Immerhin steht der „reale Sozialismus" seit 1917 unter der Bedrohung der Rückeroberung durch den Imperialismus.

Wolfgang: Wir hätten auch bei jedem Auftritt s e l b s t v e r s t ä n d l i c h gesagt, daß die amerikanische Politik sich zum Ziel gesetzt hat, immer weiter vorzurüsten, der Osten deswegen nachziehen muß, dadurch in wirtschaftlich immer größere Schwierigkeiten käme bis die Leute in den Ländern sagen: Sozialismus ist Scheiße.

AK: Damit stimmen die DDR-Verantwortlichen wohl überein. Aber die Schlußfolgerung, die du aus deiner pazifistischen Grundhaltung ziehst, die DDR solle mit gutem Beispiel vorangehen und gegen die SS-20 aufstehen, hebt doch obige Einschätzung der Verhältnisse wieder auf?

Wolfgang: Wenn das, was wir zu sagen haben in den Medien hier und dort gesagt würde, können sich unsere kalten Krieger auf dem von uns Gesagten, keinen runterholen. Wenn wir das wirklich sagen könnten, und in der DDR auch unsere Begründung abgegeben werden könnte, dann, dann wäre die Sache komplett gegessen. Dann würde nämlich bei uns gedruckt werden, was wir von der amerikanischen Vorrüstung halten, und wir sind uns im wesentlichsten Punkt — was die Vor- und Nachrüsterei betrifft — mit der offiziellen DDR-Politik einig.

AK: Die Ereignisse sind ja nun gänzlich anders gelaufen, wobei das — für meinen Geschmack sehr grobschlächtige — neue Lied mit zu beigetragen hat, zu der Meinung, ihr wolltet die DDR provozieren.

Wolfgang: Wir wollten gar nichts hochkochen. Ich sagte ja schon, das Stück war lediglich als eine Art Kommuniqué gedacht. Wir leiden sehr darunter, daß sich die Presse, wenn sie uns nach dem Warum und Wieso fragt, und 10 Gründe von uns genannt bekommt, drei rauspickt, und die restlichen sieben wegläßt. Wir haben einfach erfahren, wenn wir uns in einem Lied äußern, daß da nichts wegzulassen ist. Momentan aber erfahren wir, daß bei diesem Lied pausenlos die letzte Strophe weggelassen wird. Insofern macht sich bei uns das Gefühl des Bedient-werdens immer mehr breit.



Klaus: Hier muß man auch mal erwähnen, daß unsere Entscheidung, dort nicht zu spielen, — von uns aus gesehen — gar nicht so ein Politikum war, sondern 'ne sehr persönliche Sache. Wir würden auch niemals hingehen und behaupten, daß das, was wir gemacht haben, das A und O für jede BRD-Band ist. Wir haben dort das gemacht, was wir hier schon seit Jahren machen. Der Udo konnte anders handeln, weil der auch anders ist. Wir hätten uns halt nicht mehr gut dabei gefühlt, wenn wir die Kompromisse eingegangen wären, die uns der Udo z.B. vorgeschlagen hat. Vom Roady bis zu jedem einzelnen von uns hätte jeder Magenkrämpfe gekriegt. Das ist die Wahrheit! Dort zu stehen, und nicht sagen zu dürfen, was du sagen willst, das haben wir noch nie gemacht. Damit können wir überhaupt nicht umgehen. Das war auch der Grund, warum wir dann abgesagt haben. Weißt du, jetzt, heute, da reden wir richtig über Weltpolitik. Im Augenblick der Entscheidung war das für uns aber keine Weltpolitik! so seh ich das jedenfalls!

AK: Was hat Udo euch denn vorgeschlagen?

Wolfgang: Der Udo wohnte auch in dem Hotel und wir trafen uns zum Gespräch, als das Kind schon längst im Brunnen war.

Klaus: Udo meinte, man müßte halt kompromißbereiter sein, was ich von seinem Standpunkt auch voll akzeptiere. Aber da kommt eben der persönliche Aspekt von uns dazu.

Wolfgang: Dazu mußt du auch noch berücksichtigen, wie das bei unserer „Firma" läuft: Dem Udo kann es komplett egal sein, ob sein Gitarrenroady XY seine Entscheidungen gut findet, auch wenn der was ganz anderes will. Hauptsache, die Gitarre funktioniert! bei uns geht das nicht so.

Klaus: Wir haben das alles zusammen entschieden.

Balou: Man muß das auch mal andersrum sehen: Die Entscheidung, sich überhaupt auf die ganze Sache einzulassen, ging von der von uns geglaubten Prämisse aus: Freie Programmwahl, dann Spaß für die Kids und einfach da für Leute was zu machen, was normalerweise nicht möglich ist. Wenn die DDR-Verantwortlichen von Anfang an gesagt hätten, „Ihr dürft die DDR nicht direkt ansprechen", dann wär das Projekt gleich gestorben und wir hätten kein weiteres Wort darüber verloren. Bis zu diesem schwachsinnigen Magdeburg-Auftritt ist das von uns überhaupt nicht als problematisch empfunden worden. Nach unserem Selbstverständnis hatten wir bis dahin geglaubt, die hätten's echt begriffen und wollten jetzt irgendetwas zeigen, was jetzt geht und bisher nicht ging. Das mag vielleicht blöde sein, dumm oder kindisch. Aber weil bis dahin alles so eindeutig klar war, hat von uns bis zu dem Magdeburg-Ding niemand so richtig darüber nachgedacht, daß die so straight drauf sind und doch ihre alte Nummer durchziehen würden. Sie haben versucht mit uns Politik zu machen. Wir fühlen uns geleimt!

AK: Ihr sagt auf der einen Seite, daß ihr k e i n e Politiker seid, sondern eine Rockband. Andererseits macht ihr aber Lieder mit politischen Inhalten. Nun fahrt ihr zu einer Tour ins Ausland, wo man doch bestimmte Besonderheiten berücksichtigen muß. Euer Lied nimmt für meinen Geschmack eben keine Rücksicht auf diese Besonderheiten.

Wolfgang: Es muß mal gesagt werden: Dieses Stück liegt sehr wohl in der Tradition von anderen Stücken, wie „Stollwerk-Lied", „10.Juni", „Südstadt-verzähl nix". Das ist die Tradition von diesen etwas kämpferischen Liedern, wo auch mal k e i n e Ausgewogenheit angesagt ist. Diese Lieder sind schon politischer als andere. Die Polemik, die in diesem Stück drin ist, hätte teilweise — wenn man an dem Freitag Vormittag drüber diskutiert hätte — etwas entschärft werden können. Es gibt bestimmt in diesem Lied, die ich auch bereit gewesen wäre zu entschärfen. Es war uns nicht unbedingt wichtig, daß das jeder so in dieser Fassung gehört hätte.

AK: Ich kann diese Tradition nicht so sehen. Die anderen Lieder sind doch geprägt von den Verhältnissen in der BRD...

Wolfgang: ... und dieses Lied unter dem Eindruck der Lebensverhältnisse dort! Nach den Magdeburger Erfahrungen haben wir es allerdings noch mal geändert und haben den Refrain dazu getan. Auch darüber haben wir lange diskutiert. Überhaupt haben wir über dieses Thema auch mit vielen Leuten gesprochen. Freunde von uns, und auch einige Mitglieder der Firma waren schon öfter in der DDR.

AK: Warum habt Ihr dann nicht eben diese konkrete Erfahrung beschrieben, sondern zu so einem Rundumschlag ausgeholt? Welche Berechtigung haben denn wir Westdeutschen die DDR so rundherum zu kritisieren? Immerhin weigert sich der Staat BRD bis heute die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Statt Vorurteile abzubauen habt ihr diese eher bestätigt, wenn ihr die Regierung der DDR als „Clique" bezeichnet.

Wolfgang: Wir begreifen dieses Stück in einer ähnlichen Weise, wie das „Stg. Pepper's Lonely Heartsclub Band", wie die Band erklärt, warum sie gerade diese Musik macht. Wir wollten eigentlich nicht über große Politik machen, — die reale Politik hat uns bloß an dieser Ecke furchtbarerweise reingebracht. Und wir haben es überhaupt nicht geschafft, von Mensch zu Mensch zu kommen.

AK: Was soll das meinen: „Uns kriegt ihr nicht vor einen offiziellen Karren gespannt, hier, wo jetztanderes unter unseren Nägeln brennt, denn wir haben Freunde hier, die haben keine weiße Taube auf blauem Grund, die haben den Schmied, der macht ein Schwert gerade zu einem Pflug."? Die Taube auf blauem Grund steht ja auch für einen Teil der Friedensbewegung hier?

Wolfgang: Das war auch genauso gemeint. Die Leute, die wir gut finden in der Friedensbewegung, die haben keine weiße Taube auf blauem Grund, sondern die haben diesen Schmied. Das war uns gar nicht klar, ob sich die offizielle Friedensbewegung in der DDR die Taube bei uns abgeguckt hat, oder umgekehrt.

Axel: Also für mich ist die Sache ganz einfach: Wenn ich hier zu Hause bin, dann stellt sich für mich die Friedensbewegung als etwas dar, in der viele unterschiedliche Auffassungen vertreten sind. Und was mich in der DDR bedrückt, ist, daß das dort nicht so möglich ist, und nicht über das raus geht, was über die Taube im blauen Grund repräsentiert wird.

AK: Sind denn von den Leuten, mit denen Ihr Euch beraten habt, keinerlei Hinweise auf gewisse taktische Rücksichtnahmen gegenüber der DDR gekommen?

Balou: Ja klar! Es hat viele Stimmen gegeben, die erst mal gesagt haben: „Wartet erst mal ab! Das wird nicht gutgehen!" Aber wir haben das nicht s o ernst genommen. Wir haben das abgetan unter die Abteilung: Mießmacherei ... Wir waren wirklich so blöd!

Wolfgang: Du mußt dabei aber auch mal bedenken, daß wir unsere Identität als Rockmusiker haben und nicht als Realpolitiker. Unsere politischen Texte sind nie in Hinblick auf etwas, was damit erreicht werden sollte gemacht, sondern daß man als Rockmusiker fordern kann. Es dürfen keinerlei Beschränkungen da sein. Also einfach ohne Rücksicht auf Verluste alles rauspowern, was man drauf hat. Sobald davon abgegangen wird — im Sinne staatlich anerkannter Rockmusik (siehe Puhdys) — dann ist die Rockmusik für unser Selbstverständnis ohne Saft und Kraft. Irgendwie überflüssig. Rockmusik muß den Freibrief haben, polemisch, agressiv, versponnen, naiv zu sein. Alles muß Rockmusik machen dürfen! Und wenn sie es nicht darf, tut sie es trotzdem!

AK: Stellt sich Rockmusik damit außerhalb jeder Kritik?

Klaus: Nein, wirklich nein. Das Problem ist doch, wenn du sehr persönlich bist, dann lieferst du einen Angriffspunkt, und bist gezwungen, dich zu rechtfertigen. Je mehr wir von uns offen machen, desto mehr Kritiker kriegen wir auch!

Wolfgang: Wir werden uns jetzt deswegen nicht ins Schneckenhaus zurückziehen. Wichtig ist für uns, Fehler zuzugeben. Um damit zum Stück zurückzukommen: Die Sache mit der Clique z.B. auf die hätte ich mit links verzichten können.

AK: Werdet ihr denn in euer neues Tourprogramm nach diesen Erfahrungen das Lied mit aufnehmen?

Wolfgang: Wir fangen mit der Proberei für die neue LP an, und wir werden mal sehen, was sich in der nächsten Zeit entwickelt. Was wir dann auf die Platte drauftun, werden wir dann auch genau erklären, warum wir das tun. Wir tun's so drauf, wie es jetzt ist, und werden im Innenheft sagen, daß dieses Lied den Stand von jetzt (Januar 84), kurz nach der gescheiterten Tour wiedergibt. Oder wir bearbeiten die Nummer nochmal — musikalisch, oder textlich — und stellen sie dann hin, als das, was mittlerweile draus geworden ist. Was am Ende rauskommt, kann ich jetzt aber definitiv nicht festlegen. Ich finde nur, daß die Leute dieses Stück hören und die Möglichkeit haben sollten, sich selbst ihre Meinung zu bilden.

Klaus: Unsere Platten spiegeln immer das wieder, was wir im vergangenen Jahr erlebt haben, und die Leute können dann sehen, wie es uns geht.

Wolfgang: Wir müssen dieses Stück auch bringen, weil es auch in besonderer Weise die Band repräsentiert. Wir alle zusammen haben noch nie so lange über ein Stück diskutiert, wie über dieses!

Klaus: Im Nachhinein kann ich natürlich nicht sagen — ich glaub das jedenfalls nicht — daß das Stück das Non-Plus-Ultra gewesen ist. Aber da, als wir es gemacht hattten, war's das eben. Nachdem die Sache passiert ist, haben die Diskussionen ja nicht aufgehört. Ich hab noch keinen festen Standpunkt. Es gibt Momente, wo ich das richtig finde, und Momente, wo ich denke „Haste eigentlich den Arsch auf?". Selbst heute beim Interview mit dir ist das immer noch nicht verarbeitet. Im Grunde tendiert meine Meinung immer noch dahin, daß ich das, was wir gemacht haben, richtig finde. Aber ich bin nicht so überzeugt, daß ich ganz klar sagen könnte, es gibt nur dies und

Kommentar

Na, wer wirft den ersten Stein?

BAP läßt DDR-Tour platzen, oder läßt die DDR die Tour platzen?

Wie wäre es mit der klarsten, einfachsten Version, etwa so: Wer in die DDR fährt, weiß worauf er sich einläßt. Wer zudem, wie BAP, noch explizit so ein Lied wie „Deshalb spielen wir hier" schreibt, muß die Provokation bewußt einkalkuliert haben. Schluß: BAP hat sich vor den Karren des Antikommunismus spannen lassen.

Zweite Version: BAP kann nicht so naiv sein, wie sie vorgeben zu sein. Schluß: BAP hat sich vor den Karren ...

Dritte Version: BAP hätte als Rockband die über 40.000 DDR-Jugendlichen nicht verladen dürfen, schon gar nicht wegen so eines Liedes. Udo Lindenberg sei im Interesse seiner Fans auch Kompromisse eingegangen.

Oder noch drastischer, wie es ein BAP-Fan aus der DDR vor den Fernsehkameras formulierte: *„Wenn die für uns spielen wollen, dann müssen sie sich eben unseren Verhältnissen anpassen. W i r sind die Angeschissenen."* (ARD, 11 Uhr 45, 2.2.84)

Ich will nicht bestreiten, daß bei allen Überlegungen etwas dran ist. Aber zugegebenermaßen sind sie doch geprägt von politischen Interessen und — wohlgemerkt — eigennützigen Interessen von Musikfans aus der DDR.

Dann aber muß logischerweise auch das subjektive Interesse der Gruppe BAP berücksichtigt werden, die es mit ihrer eigenen Philosophie — und um ihrer selbst willen — nicht fertig brachte, alle anderen Interessenslagen zu berücksichtigen, und sich diesen nicht mehr u n t e r o r d n e n konnte und wollte.

Erinnert sei an dieser Stelle an den AK 233, wo Wolfgang Niedecken diese Gruppenphilosophie näher erklärte: „Rockmusik ist für mich 'ne Sache ohne Heucheln."

„Plant uns bloß nicht bei uns ein!" ist — auf kurzen Nenner gebracht — die von BAP propagierte „Message".

Mit fällt k e i n e aktuelle gesellschaftliche Situation hier in Europa ein, die d i e s e r „Message" jede Berechtigung und Sympathie entziehen kann.

BAP hat sich entschieden, und die DDR-Tour nicht angetreten, weil Illusionen über den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR zusammengebrochen sind, und die Bedingungen, wie sie sich r e a l zeigen, für die Gruppe nicht akzeptabel sind (Gilt das eigentlich nur für BAP?).

Daß die Gruppe mit dem „Deshalb spielen wir hier" sich und ihrem Anliegen keinen guten Dienst erwiesen hat, liegt auf der Hand. Aber bitte, sie müssen es ja selber ausbaden und sich gegen reaktionäre Vereinnahmungsversuche zur Wehr setzen, „Hätt' ich bloß dieses Lied nicht geschrieben!" stöhnt Wolfgang Niedecken. Stimmt!! Zumindest nicht so grobschlächtig! Denn sonst hätte es die DDR nicht so leicht gehabt, den Jugendlichen die Gründe für das Scheitern der BAP-Tour in folgender erschreckender Schlichtheit zu „vermitteln": *„Heute sollte an dieser Stelle die Gruppe BAP aus der BRD auftreten. Die Gruppe hat es vorgezogen, wieder abzureisen. Sie wollte nicht unter dem Symbol der weißen Taube auf blauem Grund auftreten. Wir haben eigentlich geglaubt, wir hätten Freunde eingeladen ... Sie haben immer gesagt, sie wollen sich vor keinen Karren spannen lassen, und jetzt ziehen sie den Karren der kalten Krieger ... Rock für den Frieden geht weiter ... Hier sind die Puhdys!"* (Bodo Freude, Ansager bei „Rock für den Frieden" am 14. Januar in Ostberlin).

Bj., KB Hamburg

BAP — Deshalb spielen wir hier

Kommt ruhig näher und hört zu,
die drei Strophen hier sind ganz speziell für Euch.
Warum wir hier sind, ist womöglich nicht ganz klar,
so wie's auch sicher ist, daß ein Lied nicht genügt,
um all die Vorurteile abzubauen, die seit 30 Jahren
von Kalten Kriegern hochgeschätzt in Ost und West,
weil's so schön simpel, wenn auch grausam ist,
wenn man alles wie bisher in ein Schwarz-Weiß und
Gut und Böse-Schema preßt.
Wie oft schon hat man Euch und uns damit belogen,
die Angst geschürt in Bundeswehr und Volksarmee,
uns, wo's nur geht, um jede Gemeinsamkeit betrogen?
Damit das anfängt aufzuhören, spielen wir hier!

Refrain:
He Du da und Du, wann ist es hier soweit,
daß man den Mund aufmachen darf,
wenn man was sagen will.
's wird höchste Zeit, daß die Versteckspielregeln
nicht mehr interessieren —
es weiß jeder längst, was Euch und uns bedroht
Und wer's noch nicht weiß, soll es endlich hören —
das wollen wir feiern — grenzenlos!

Wo wir herkommen, wird es kälter Tag für Tag,
es sind Pharisäer, die sich Christen nennen dran,
doch wer sich wie nennt, ist bekanntlich ja so 'ne Sache,
laßt uns nur Menschen sein — ob Frau, ob Kind, ob Mann.
Wir spielen hier um Euch zu treffen,
selbst zu spüren, was hier los ist,
haben unsere eigene und keine gespaltene Zunge,
sind nicht auf Beifall aus der falschen Ecke scharf,
nein, wir wollen bloß beim Klartext bleiben —
ohne jede Beschönigung.
Wir sind gespannt auf jede Schwester, jeden Bruder,
vom Erzgebirge, hoch bis zur Ostsee —
von Eisenach bis Frankfurt an der Oder. —
Wir freuen uns wie bekloppt und deshalb spielen wir hier!

Und nochwas, falls es nicht schon ohnehin bekannt,
das an die Clique, die sich Volksvertreter nennt:
Uns kriegt Ihr vor keine offizielle Karre gespannt,
hier, wo was andres unter unseren Nägeln brennt.
Denn wir haben Freunde hier, die haben keine
weiße Taube auf blauem Grund,
die haben einen Schmied, der macht ein Schwert
grade zu 'nem Pflug, 'ne SS 20 zu 'nem Traktor
und 'ne Pershing zu 'ner Lok.
Die haben vom Rüstungsschwachsinn so wie wir genug!
Es sind Pazifisten ohne „Wenn und Aber" — ohne Hintertür,
die sagen: „Nein" —
die haben die Nase voll von dem ganzen Gelaber —
ganz besonders für unsere Freunde spielen wir hier.

nichts anderes. Das wird sehr wahrscheinlich auch im Juni noch nicht so weit sein.

Balou: Das sind auch verschiedene Ebenen. Sobald du das realpolitische mit reinbringst, kannste da immer dran rumkritteln — wenn du nicht zur Abteilung „Rechtsaußen" gehörst.

Klaus: Ich muß mal dazu sagen: der Udo hat natürlich genauso gewackelt. Es war nicht so, daß der Udo sofort von seinem Ding überzeugt war. Gewackelt haben wir beide andauernd in unserem Gespräch, nur wir haben uns dann eben anders entschieden.

AK: Ihr scheint sehr betroffen und verunsichert...

Klaus: Wir sind schon entscheidend getroffen. Ich hab irgendwie mit meinem Bauch entschieden. Ich hab mit dieser Entscheidung was ausgelöst, was Politik ist. Ich fühl mich vollkommen überfahren. Mensch wir sind doch keine Diplomaten...

Wolfgang: ..Na, Gott sei Dank!

Klaus: Ich wäre doch niemals in meinem Leben als Musiker in „Panorama" reingekommen oder „Kennzeichen D". Selbst die ganzen Zeitungen, wie beispielsweise die „Welt", wären doch nie auf die Idee gekommen, über uns was zu schreiben. Die rechtesten Zeitungen, die uns immer gemieden haben, wollen jetzt andauernd Interviews haben. Durch das sind wir in Sachen reingekommen, wo wir uns selber gar nicht zurechtfinden.

Wolfgang: Da sind wir wieder bei unserem Selbstverständnis von Rockmusik: Es gibt eben 'ne Art von engagierter Rockmusik, die so billardmäßig vorgeht. Wenn da mal angetippt wird, löst es dort was aus. Und man hat sich vorher genau überlegt, was man damit erreichen will. Irgendwann kullert der Ball ins Loch! Also wir .. irgendwie: wir tun's raus, und dann gucken wir mal, was daraus wird! So muß Rockmusik sein!

Axel: Das ist doch das Prinzip der Rockmusik: Man muß doch die Möglichkeit haben, etwas Falsches zu sagen oder zu machen. Nur möcht ich dann — in dem speziellen Fall mit der DDR — mit den Leuten, denen wir unsere Sachen vortragen, darüber mich auseinandersetzen. Ich hätt's gern mit den Leuten aus Leipzig — z.B. — ausdiskutiert. Wenn die mir sagen, das stimmt nicht, was ihr da in dem Lied gebracht habt, dann ist das OK! Ich habe nur keinen Bock dazu, meinen Standpunkt — ob richtig oder falsch — von der offiziellen Ideologie prüfen und genehmigen bzw. verbieten zu lassen!

Balou: Ich hab erst bei diesen Gesprächen letztlich begriffen, daß die Rangehensweise sowohl der Künstleragentur, als auch der Offiziellen an die hier berührten Fragen eine ganz Andere ist! Sowohl vom Verständnis her, als auch was die sich zur ganzen Nummer BAP überlegt haben, muß das was ganz an-

gebracht habt, dann ist das OK! Ich habe nur keinen Bock dazu, meinen Standpunkt — ob richtig oder falsch — von der offiziellen Ideologie prüfen und genehmigen bzw. verbieten zu lassen!
Balou: Ich hab erst bei diesen Gesprächen letztlich begriffen, daß die Rangehensweise sowohl der Künstleragentur, als auch der Offiziellen an die hier berührten Fragen eine ganz Andere ist! Sowohl vom Verständnis her, als auch was die sich zur ganzen Nummer BAP überlegt haben, muß das was ganz an-

deres gewesen sein, als wir jemals zu dem Thema gedacht hatten. Es hat von uns keiner begriffen, daß die das nur unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten bzw. innen- und außenpolitischen Aspekten betreiben. Wir sind ja schließlich nicht als Vertreter von Genscher dahingefahren oder als Vertretung von den GRÜNEN. Genauso haben die das aber aufgefaßt. Für uns als Rockband mit persönlicher Identität haben sie sich überhaupt nicht interessiert. Das haben die nie begriffen, daß uns das aber sehr wichtig ist.

Bei uns ist die Meinung verbreitet, daß die Vorsichtigkeit der DDR eigentlich ziemlich überflüssig ist. Es wäre doch für die DDR besser, wenn sie sich etwas öffnen würde, und ihrer Jugend etwas mehr vertrauen würde. Ich glaube gar nicht, daß die da so viel Angst haben müssen. Sie könnten doch längst viel mehr Sachen zulassen, als sie es derzeit tun. Die „Wir-Wollen-Alle-Weg!"-Bewegung gibt's doch so gar nicht mehr! Die da weg wollen, sind doch nur noch eine Minderheit! Die Mehrheit will doch da leben, die wollen doch nur etwas die Verhältnisse ändern, z.B. daß es etwas freizügiger wird.

Obwohl sich das jetzt überdreht anhört: Aber dahingehend haben wir das ganze Ding von uns eingeordnet! Die Zeit ist wohl noch nicht da. Mag ja sein, daß es in paar Jahren doch mal mehr in die Richtung geht ...

AK: Wollt Ihr es trotzdem noch mal versuchen in der DDR zu spielen?

Balou: Ja, aber da würden wir das logischerweise anders machen. Wir werden innerhalb der nächsten paar Monate versuchen, auf einer anderen Ebene 'nen Kontakt herzustellen, um im Anschluß an unsere nächste BRD-Tour dort zu spielen. Das Lied werden wir dann wohl weglassen, weil jetzt noch darauf zu bestehen, Quatsch wäre. Mittlerweile ist unser Standpunkt a u c h in der DDR klar. Und wir vergeben uns dabei auch nichts. Die Nummer mit „.... vor den Karren spannen ..." können wir den Leuten nicht mehr präsentieren!

„Professor Konkret"

— Zum Tode des Pioniers der Exilliteraturforschung Walter A. Berendsohn —

Wir erhalten die Nachricht, als wir gerade das Konzept für ein Porträt des hervorragenden alten Mannes diskutieren, dem wir — nicht nur in seiner Eigenschaft als Nestor der Exilliteraturforschung — sehr viel verdanken: Prof. Walter A. Berendsohn, dessen hundertsten Geburtstag wir am 10. September feiern wollten, starb am 30. Januar in Stockholm, Schweden. Die pflichtgemäß erstellten Würdigungen aus der Presse hierzulande bekümmern uns; sind sie der letzte Akt eines jahrzehntelangen Verdrängungsprozesses?

W.A. Berendsohn war Professor für Literaturgeschichte an der Universität Hamburg bis er am 15. Juli 1933 vor den Nazis nach Dänemark flüchten mußte. Der „neue Geist", in dessen Namen 1932 auf den Juden und Humanisten Berendsohn während eines Vortrages über Menschenrechte Stinkbomben geworfen wurden, war der uralte Geist der Barbarei. Gegen die Entwicklung, deren vorläufiger Höhepunkt die Machtübergabe an die Faschisten war, hatte er in den Jahrzehnten vor seiner Flucht auf vielen Gebieten gestritten: Als Mitglied der freistudentischen Bewegung, auf vielen von ihm organisierten Studienreisen in alle Länder Europas und in die USA, die — wie seine unzähligen Schriften und Vorträge im In- und Ausland — vom Geiste der Völkerverständigung geprägt waren. 1920 trat er dem „Freimaurerverband zur aufgehenden Sonne", der mit den beiden Großlogen in Frankreich Freundschaft schloß und mit ihnen diesseits und jenseits der Grenze Manifestationen veranstaltete, als noch „Erbfeindschaft" zwischen den Nachbarländern propagiert wurde. „Allerdings bin ich heute der Auffassung, daß alle diese Bemühungen von einzelnen Persönlichkeiten und Organisationen guten Willens wenig ausrichten können gegenüber dem gewaltigen Kämpfen um Reichtum und Macht, bisher den eigentlichen Triebfedern der Weltgeschichte", sagte er anläßlich seines 90. Geburtstages. Er hat sich jedoch nie, wie so viele bürgerliche Intellektuelle und Wissenschaftler, in den „Elfenbeinturm" zurückgezogen, sondern sein Wirken immer in den Kontext sozialer und politischer Fragen gestellt. „Professor Konkret", wie seine Studenten ihn nannten, weil er ihnen eindringliches Lesen, das die künstlerische Arbeit erfaßt, beibrachte und sie vom oberflächlichen Gerede abhielt, trat 1926 der Sozialdemokratie bei und bekämpfte auch in diesem Rahmen den aufkommenden Faschismus.

Als A.W. Berendsohn nach Dänemark flüchtete, war ihm eine Dozentur an der Universität Kopenhagen in Aussicht gestellt worden; sein Antrag wurde aber abgelehnt, weil man inzwischen eine Überschwemmung mit deutschen landesflüchtigen Akademikern befürchtete. Er ernährte sich von nun an durch Vorträge im ganzen Land und unternahm weiterhin viele Vortragsreisen ins Ausland. Als die Okupation Dänemarks durch das „3. Reich" kam, wurde er totgesagt, als hätte er sich das Lebn genommen; dies war im September 1933 schon einmal geschehen. So blieb er bis 1943 in Dänemark von den Nazis unbeachtet, mußte aber im September 1943 im letzten Augenblick vor den Judenverfolgungen in einem Ruderboot nach Schweden fliehen.

„Die humanistische Front"

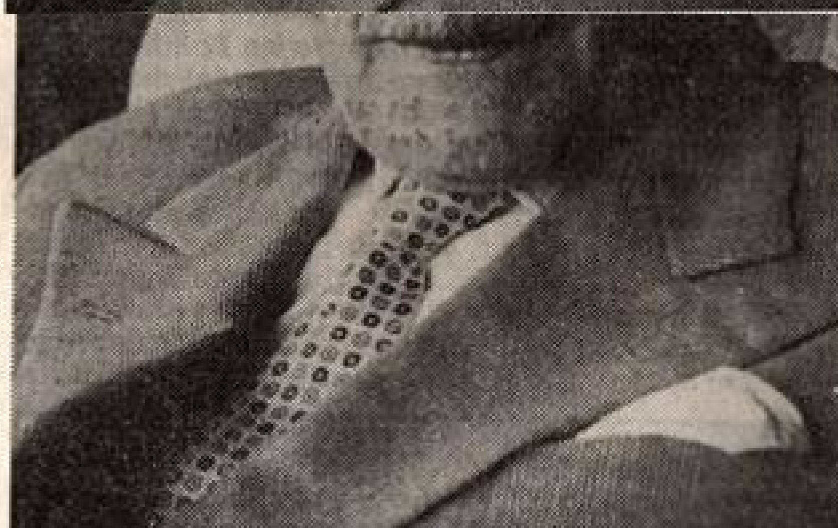
In klarer Voraussicht hatte W.A. Berendsohn schon im dänischen Exil mit dem Sammeln und Auswerten von Material über die deutsche Exilliteratur begonnen. 1938 schloß er das Werk ab, das aufgrund des Krieges erst 1946 — im Europaverlag Zürich — erschien: „Die humanistische Front, Einführung in die deutsche Emigrantenliteratur", I. Teil. Der II. Teil war — im schwedischen Exil geschrieben — im Januar 1949 abgeschlossen, erschien aber erst 1976 (im Verlag Georg Heintz, Worms) weil sich in der Bundesrepublik der Ära Adenauer kein Verleger fand. „Die humanistische Front" blieb auf lange Zeit die einzige umfassende Darstellung der deutschsprachigen Literatur im Exil.

W.A. Berendsohn überließ 1952 seine umfangreichen internationalen Sammlungen der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main. Als er später feststellen mußte, daß in der BRD und in der DDR die Literatur der Massenflucht unter dem Namen Exilliteratur auf die Zeit 1933 - 45 (allenfalls bis 49/50) begrenzt wurde und dabei die Exilierten, die eine neue Heimat in ihren Aufnahmeländern rings um den Erdball gefunden hatten, nicht von der Forschung berücksichtigt wurden, nahm er dieses Thema wieder auf.

Im Herbst 1966 gründete er mit Unterstützung von Professor Gustav Korlén im Deutschen Institut der Universität Stockholm eine Forschungs- und Sammelstelle für die deutschsprachige



Prof. Walter A. Berendsohn (Mai 1960, London) Foto: Benjamin Carr



Prof. Walter A. Berendsohn (Mai Foto:

Literatur der Flüchtlinge aus dem Dritten Reich, um sie systematisch zu erfassen. Er organisierte die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, bis das Institut 1969 als Veranstalter des ersten internationalen Symposiums auftreten konnte, dem in den weiteren Jahren noch mehrere folgten.

„Zweifellos zieht die Forschung in diesem Feld ständig weitere Kreise, es entstehen Forschungs- und Sammelstellen in weiteren Ländern. Doch ist nicht zu verkennen, daß sie immer noch in ihren allerersten Anfängen steht, weil in allzu vielen Aufnahmeländern mit großen Flüchtlingszentren noch nichts geschieht. Außerdem sind wir Germanisten, die sich hauptsächlich mit Literatur aller Art beschäftigen, doch nur ein Vortrupp. Die Massenflucht aus dem Dritten Reich hat sich über alle fünf Kontinente verbreitet und sich in den Aufnahmeländern als ungewöhnlich produktiv bewährt. Es gibt also noch zahlreiche ungelöste Aufgaben für fast alle Wissenschaften, ehe eine befriedigende Geschichte dieser mächtigen, erdumspannenden Bewegung geschrieben werden kann", schreibt W.A. Berendsohn 1974 und sein Anliegen der Ausweitung und Intensivierung der Forschung wird inzwischen in verständigen Kreisen weltweit in die Tat umgesetzt.

Der Mann, der sich über 40 Jahre unermüdlich für die Wiedereingliederung der im Exil entstandenen Werke in die deutsche Literatur eingesetzt hat, erhielt 1974 die Ehrendoktorwürde der Universität Stockholm. Die Königliche Bibliothek Stockholm veröffentlichte anläßlich seines 94. Geburtstages 1978 eine Bibliographie seiner Schriften, die zu diesem Zeitpunkt 836 Titel umfaßte und damit nicht abgeschlossen ist.

Die Front der Inhumanen

Die Dankbarkeit und Ehre, die W.A. Berendsohn in Schweden und vielen anderen Ländern der Welt entgegengebracht wurde, machen uns umso schmerzlicher die Tatsache bewußt, daß sich offiziell weder der bundesdeutsche Staat noch seine Heimatstadt Hamburg um seine Rückkehr bemüht haben. Die Intrigen, die in der Hamburger Universität gegen einen Rückruf betrieben wurden, hat er mit Würde zur Kenntnis genommen und es sich trotzdem nicht nehmen lassen als Gastdozent auch in Hamburg zu wirken. Erst 1983 verlieh ihm die Hamburger Universität die Ehrendoktorwürde. Die Laudatio, in der der Fachbereich Sprachwissenschaften davon spricht, daß W.A. Berendsohn durch sein Werk der gesamten deutschen Literatur Beachtung und Geltung verschafft hat, konnte die weitgehende Mißachtung, die ihm durch seine Heimatstadt widerfuhr, nicht ungeschehen machen.

Verboten, verbannt, verbrannt und: Verdrängt — gegen diese letzte Konsequenz deutscher Geschichtsbewältigung war das Schaffen W.A. Berendsohns zeit seines Lebens gerichtet. Für einen so produktiven wie unbequemen Zeitgenossen, der sich — im Gegensatz zu vielen der exilierten Schriftsteller, um deren Rehabilitierung er sich bemühte — gegen die Verdrängung aus dem öffentlichen Bewußtsein engagieren konnte — war auch im sozialdemokratischen Hamburg kein Platz. Auch Ehrungen wie das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Exilforschung in der BRD stiefmütterlich behandelt worden ist.

Die Stadt Hamburg wäre in der Lage, tatsächlich ein Zeichen zu setzen: Sie sollte das unwürdige Gerangel um die Arbeitsstelle für Exilliteratur und die dazugehörige Professur endlich beenden, das in der Vergangenheit schon genug Schaden angerichtet hat und dazu führte, daß namhafte Literaturwissenschaftler sich von Hamburg fernhielten. Die Hamburger Arbeitsstelle muß aus ihrer kläglichen Stellung herausgeführt werden und bedarf einer intensiven materiellen und politischen Förderung. Der Lehrstuhl für Exilliteraturwissenschaft sollte den Namen Walter A. Berendsohns erhalten.

AG Exil

„Dienst am Wort, an der Idee, am Menschen, an der menschlichen Gemeinschaft"
Aus der Einleitung zum zweiten Teil der „Humanistischen Front" (verfaßt 1949):
„Im Dritten Reich war ja schon in der Vorkriegszeit die gesamte Kultur als Führungsmittel der öffentlichen Meinungsbildung der Machtpolitik
schen Volkes, die ziemlich unbeeinflußbar gewesen waren durch die Wahnideen Hitlers und seiner ‚Elite', stützten und stärkten die Macht des Nationalsozialismus, als der Krieg ausbrach, weil alle überlieferten patriotischen Gefühle und nationalen Leidenschaften erregt und durch die riesigen Anfangserfolge gesteigert wurden. Ich habe einmal einen gut konservativen Mann sagen hören: ‚Was auch immer kommen mag, die Deutschen haben doch ein-

„Dienst am Wort, an der Idee, am Menschen, an der menschlichen Gemeinschaft"

Aus der Einleitung zum zweiten Teil der „Humanistischen Front" (verfaßt 1949):

„Im Dritten Reich war ja schon in der Vorkriegszeit die gesamte Kultur als Führungsmittel der öffentlichen Meinungsbildung der Machtpolitik untergeordnet. Es soll durchaus nicht behauptet werden, daß alle daheimgebliebenen Schriftsteller sie bewußt und tatkräftig förderten. Es gab durch die zwölf Jahre hindurch eine sehr ansehnliche deutsche Widerstandsbewegung, die man wahrhaftig nicht unterschätzen soll, weil sie gegen die teuflisch ausspekulierte Schreckensherrschaft der Nazi nicht erfolgreich war. Es ist beim Rückblick auch eine reizvolle Aufgabe, den Wegen des geistigen Widerstandes nachzuspüren und die Werke zu entdecken, in denen innerlich freie Geister ihre Gesinnung in mehr oder weniger verhüllter Form dargestellt haben. Aber es war unmöglich, eine kämpferische Literatur im Lande zu schaffen und zu verbreiten von solchem Umfang, daß sie den ungeheuren Propaganda- und Machtmitteln des Dritten Reiches gegenüber hätte wirksam sein können. Das ist kein Vorwurf gegen die daheimgebliebenen Schriftsteller, sondern gehört zur Charakteristik des nazistischen Systems. Während eines Krieges geht aber in der Massenpsychologie eines jeden Volkes eine starke Veränderung vor sich. Weite Kreise des deutschen Volkes, die ziemlich unbeeinflußbar gewesen waren durch die Wahnideen Hitlers und seiner ‚Elite', stützten und stärkten die Macht des Nationalsozialismus, als der Krieg ausbrach, weil alle überlieferten patriotischen Gefühle und nationalen Leidenschaften erregt und durch die riesigen Anfangserfolge gesteigert wurden. Ich habe einmal einen gut konservativen Mann sagen hören: ‚Was auch immer kommen mag, die Deutschen haben doch einmal ganz Europa beherrscht!' Wer den Wunsch aussprach, daß das Völkerringen zu Gunsten der Gegner ausgehen möchte, verfiel dem Henker. Öffentlicher Widerstand in Wort und Schrift war ausgeschlossen. Als dann Ende 1942 die große Wende zu Gunsten der Allierten kam, wurde das literarische Leben bald völlig erstickt, die Theater geschlossen, für schöne Literatur überhaupt kein Papier mehr zur Verfügung gestellt. Nun wurde auch der letzte Rest der Kultur in den bodenlosen Schlund der ausweglosen Machtpolitik geworfen! Das Ende der Literatur war die Konsequenz aus Hitlers Lehre in ‚Mein Kampf', der barbarischen Verachtung allen humanen Denkens, die sich schon in einem Kalender des Jahres 1936 unfreiwillig selbst verspottete im Vers:
‚Der Intellektuelle
Hinweg mit diesem Wort, dem bösen/und seinem jüdisch-grellen Schein!/Nie kann ein Mann von deutschem Wesen/ein Intellektueller sein!' "

(„Die humanistische Front", 2. Teil, Verlag G. Heintz, Worms 1976)

...

Aus Walter A. Berendsohns Ansprache bei seinem Geburtstagsempfang am 10.9.1974:

„Mein Wahlspruch in meiner Arbeit ist immer gewesen: Dienst am Wort, an der Idee, am Menschen, an der menschlichen Gemeinschaft. Alle Akademiker sind ja eigentlich Stipendiaten ihres Volkes, weil die Hochschulen so große Zuschüsse erfordern. Jeder von ihnen sollte eigentlichen seinen Beruf als Dienst an einer menschlichen Gesellschaft auffassen und ausüben. Außer diesem Wahlspruch bewundere ich sehr das genial-schlichte Wort Albert Schweitzers: Ehrfurcht vor dem Leben. Es klingt ja sehr sanft, aber ist in Wirklichkeit revolutionär — gerichtet gegen Weltkriege, Wettrüsten, Diktaturen mit Torturen in den Gefängnissen, den mörderischen Verkehr auf den Landstraßen, die Umwelt- und Nahrungsmittelvergiftung, die wachsenden Gewalttaten gegen wehrlose, waffenlose Menschen."

(W.A.B., Ansprache anläßlich des Geburtstagsempfangs am 10.9.74, Veröffentlichung der Stockholmer Koordinationsstelle Nr. 16, Februar 1975)

Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigrantenliteratur. 1. Teil: 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939. Unveränd. Nachdr. d. Ausgabe von 1946, Zürich. Worms (= Verlag Georg Heintz) 1978, 204 S., DM 36,-

Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigrantenliteratur. 2. Teil: Vom Kriegsausbruch 1939 bis Ende 1946. Worms (= Verlag Georg Heintz) 1976, 236 S., DM 36,-

Diether Dehm gegen den Kulturteil von „konkret"

„Kalten Blickes trotz ich tausend Zeigefingern" (1)

Detlef:
Du hast gemeinsam mit anderen einen Offenen Brief herausgegeben, der eine scharfe Kritik am Kulturteil von „konkret" enthielt und in der Forderung gipfelte, das Kulturressort personell auszutauschen. Wie kam es dazu?
Diether Dehm:
Zunächst: Diese Forderung haben wir so nie gestellt. Es gibt nirgends eine Forderung von uns, das Kulturressort von „konkret" personell auszutauschen. Die Anforderungen, die ich innerhalb der Linken unter dem Begriff „s o l i d a r i s c h e Musikkritik" an kulturelle Rezensionen stelle, sind selbst für einen Hartmut Schulze lernbar. Deswegen folgt aus der Kritik nicht notwendig eine personelle Konsequenz. Ich komme aus einer Partei, wo man zuweilen leider meint, Probleme statt durch inhaltliche Auseinandersetzung durch personellen Austausch lösen zu können. Das ist nicht mein Ziel gewesen.

Fassanbass:
Naja, du erwartest einen kompletten inhaltlichen Wechsel im Kulturteil, und es ist ja nicht anzunehmen, daß Hartmut Schulze sich von einem Tag auf den anderen eine völlig andere Überzeugung und einen völlig anderen journalistischen Stil anlegt. Also ist ein personeller Austausch letztlich doch die Konsequenz aus der Forderung „Wir erwarten einen Wechsel im Kulturteil".
Diether:
Nein, ist es nicht. Ein Wechsel ist für mich zunächst ein Kurswechsel. Völlig richtig: Den kann man nicht von heute auf morgen fordern. Aber ich mache diese Auseinandersetzung mit „konkret" per Brief und miteinander Sprechen schon seit zwei Jahren. Der Offene Brief ist sozusagen die letzte Maßnahme gewesen ...
kret" per Brief und miteinander Sprechen schon seit zwei Jahren. Der Offene Brief ist sozusagen die letzte Maßnahme gewesen ...
Fassanbass:
Warnung.
Diether:
... überhaupt nicht — die letzte Maßnahme, die dann in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Man sieht dann ja immer nur die Spitze des Eisbergs.
Detlef:
Es gibt noch einige andere Vorwürfe von Schulze gegen dich, wonach du nicht besonders nett zu „konkret" gewesen sein sollst.
Diether:
Erstens habe ich nachweislich keinen Anzeigen-Boykott gegen „konkret" auf der Frankfurter Buchmesse organisiert, wie Schulze schreibt, denn gerade dort habe ich z.B. die Zupfgeigenhansel-Anzeige gebucht, die im Dezemberheft erschien. Zweitens habe ich mich nicht als Manager gebärdet, sondern als Autor von Liedern gewehrt, die in „konkret" verrissen worden waren. Drittens habe ich nicht den „SPD-Presseapparat" zur Verfügung gehabt; das ist geradezu ein Witz, wenn man bedenkt, daß ich drei Ausschlußverfahren wegen Stamokap-Tendenzen hinter mir habe.

Ich habe einen einzigen Artikel im „Vorwärts" geschrieben und einen weiteren Beitrag in dreihunderter Auflage in Hessen Süd. Wenn das der ganze „SPD-Presseapparat" sein soll?! Viertens habe ich nicht einen personellen Wechsel im Kulturteil von „konkret" gewollt. Ich habe den Vorschlag gemacht, zusätzlich zu Hartmut Schulze einen Redakteur mit abweichender Meinung zu engagieren, daß man also beide Meinungen hat, eine NDW (Neue Deutsche Welle)-Tendenz und die eher traditionelle.
Fassanbass:
Ausgewogenheit.
Diether:
Wenn du so willst, wäre das eine linke Form von Vielfalt.
Fassanbass:
In der neuen „konkret" hast du selber aber immerhin eine dreiviertel Seite.

Diether:
Da wurde mir zugesagt, ich könnte auf die drei Seiten von Hartmut Schulze (in der Ausgabe davor) ebenso lang antworten. Obwohl es diese feste Zusage gab, wurde meine Stellungnahme um 40 % gekürzt. Stattdessen hat man eine Reihe von negativen Leserbriefen um die Stellungnahme herumgesetzt, um das gewünschte Image abzurunden. Nachweislich gab es auch Leserbriefe, die meinen Standpunkt gestützt haben, die aber in „konkret" nie abgedruckt wurden.

Es wurde wieder einmal personalisiert, indem man ein Image aufgebaut hat — der Dehm, der Mafioso, der Musikproduzent, der Manager von bots, BAP u.a. Es ist aber weder wahr, daß ich Chef des Labels „Musikant" bin, noch daß „Musikant" der EMI gehört, noch daß die EMI ein Rüstungskonzern ist. Die ist das genauso viel oder genauso wenig wie Telefunken (Teldec), Polydor, Deutsche Grammophon, Metronom, die alle der holländischen Philips gehören.

Nahezu alle Plattenfirmen sind mit Elektronik-Konzernen verbunden, die bestimmte Aggregate herstellen, welche sowohl in der militärischen als auch in der zivilen Luftfahrt verwendet werden. Aber das macht sich so gut: „bots und BAP singen bei einem Rüstungskonzern". In Wirklichkeit ist die Enteignung und das Zurückdrängen des militärisch-technologischen Komplexes die einzige Möglichkeit, in dieser Frage eine echte Lösung herbeizuführen. In Wirklichkeit gibt es keine einzige Firma
eignung und das Zurückdrängen des militärisch-technologischen Komplexes die einzige Möglichkeit, in dieser Frage eine echte Lösung herbeizuführen. In Wirklichkeit gibt es keine einzige Firma
im Kapitalismus, wo du beim Verkaufen eine wirklich weiße Weste behältst. Und nebenbei: Wenn „konkret" schon solche pseudomoralischen Vorhaltungen gegen linke Künstler bei großen Plattenfirmen bringt, dann hätte es doch wenigstens in den letzten Jahren ein einziges Mal z.B. eine LP des linken pläne-Verlages oder das „Atelier im Bauernhaus" erwähnen können. Oder gewerkschaftliche Kulturbemühungen für die 35-Stundenwoche.
Detlef:
Soll die linke Presse für fortschrittliche Kulturarbeit Promotion machen?
Diether:
Solidarische Kritik ist nicht Schonung. Nicht Hofberichterstattung und nicht Gefälligkeitsrezension. Solidarische Kritik heißt, daß ich von einer erkennbaren und zunächst mal von mir hypothetisch zugrundegelegten Gemeinsamkeit aus ästhetische Schwächen bloßlege. Solidarische Kritik heißt nicht nur, die ästhetischen Schwächen des kritisierten Musikers bloßzulegen, sondern sich als Musikkritiker selbst in die Arena zu begeben, also seine eigene Parteilichkeit auch deutlich zu machen.
Fassanbass:
Du meinst, wenn ich z.B. einen Text kritisiere, müßte ich in die Kritik auch reinschreiben, daß ich vielleicht nicht die ganz richtige Überzeugung habe oder nicht genug Bewegungsmitglied bin.
Diether:
Nein, das meine ich nicht. In dem Moment, wo ich in der Bewegung einen Standpunkt einnehme, setze ich mich — bei dem Facettenreichtum, den die Linke hat — dem Widerspruch aus. Ich gebe mich durch meine Kritik selber zu erkennen. Ich nehme einen Standpunkt ein, mache mich selber angreifbar. Das muß ich von Musikkritik erwarten wie von jeder anderen politischen Kritik auch. Wenn ich aber sage: „Konstantin Wecker sang: ‚Genug ist nicht genug'. Doch." — dann ist dies keine inhaltliche Auseinandersetzung mit Konstantin Wecker. Sondern dann begebe ich mich sozusagen in eine scheinobjektive Funktion als Emporenbesucher bei einem Gladiatorenkampf, der nur noch gefräßigfaul in der Ecke sitzt, den Daumen nach unten oder nach oben reckt und sagt: Das ist schlecht, das ist gut.

Auf diese Weise wird inhaltliche Auseinandersetzung unmöglich. Alles ist dann bloß noch Geschmackssache, ganz unpolitisch. Das ist eine nur noch verletzen wollende Kritik. Ich werfe dieser Linie vor, daß sie nur persönlich verletzen will, statt etwa einen Liedtext vom gemeinsamen politischen Interesse aus auf Schwächen und Stärken hin inhaltlich konkret auszuleuchten.
Detlef:
Wenn es so ist — warum ist es dann so?
Diether:
Weil diese Herrschaften in der Musikbranche mit einer geschmäcklerischen Haltung höher dotiert werden als mit einer materialistisch linken. Nimm doch mal den Rundfunk-Redakteur, der über's Mikrofon verkündet, was e r schön findet, was e r antörnend findet und was nicht. Ich habe seit Jahren einen ungeheuren Zorn im Bauch, daß man sich gegen diese Art des von oben herunter Niedermachens als Künstler nicht wehren kann, weil der Musikredakteur niemals sagt, an welchen Kriterien er das mißt. Sondern er sagt: „I c h finde geil, i c h finde antörnend, i c h finde holzschnittartig, i c h finde, das geht los", und dann sitzt das staunende Publikum drum herum, und 60 % sagen, na wenn der das sagt, wird's wohl stimmen. Die spielen zuweilen noch nicht einmal das
tig, i c h finde, das geht los", und dann sitzt das staunende Publikum drum herum, und 60 % sagen, na wenn der das sagt, wird's wohl stimmen. Die spielen zuweilen noch nicht einmal das
betroffene Stück in der Sendung. Mit dieser Tradition muß die Linke brechen. Wir brauchen eine eigene Form der Musikkritik, und die muß sich den Kriterien politscher Notwendigkeit unterordnen. Sie hat politisch nützlich zu sein.
Fassanbass:
Wer bestimmt, was politisch nützlich ist?
Diether:
Die Auseinandersetzung. Die Ergebnisse der Auseinandersetzung.
Fassanbass:
Aber im Augenblick bestimmst du das.
Diether:
Nein, ich will überhaupt nichts bestimmen. Du kommst mir vor wie meine Oma, die auch immer sagt: Ihr Linken meint wohl, im Vollbesetz der Erkenntnis zu sein. Nein. Wir müssen mit unserer ganzen Parteilichkeit ziemlich ausschließlich in die Auseinandersetzung gehen, nicht schon mit dem Kompromiß vom Kompromiß. Nur dann gibt es eine gewisse Chance, daß der Streit auch gute Erkenntnisse hervorbringt.
Fassanbass:
Ich fand z.B. den Artikel von Schulze über das Hamburger Friedensfest sehr nützlich. Vielleicht hat er nicht in jedem einzelnen Punkt konkret materialistisch nachgewiesen, warum er nun der Meinung ist, daß ein bestimmtes Lied nicht unbedingt das Richtige ist. Insgesamt hat er aber einen sehr wunden Punkt der Friedensbewegung aufgegriffen, nämlich eine um sich greifende Vereinsseligkeit und eine Breite, die auf Kosten von Qualität geht. Eine Breite, die keine Schärfe mehr entwickelt.
Diether:
Die Auseinandersetzung um Ästhetik ist eine genau so wichtige wie die Auseinandersetzung um Gewerkschaftslinien oder um Parteilinien. In dieser Auseinandersetzung spielt das „Wie für Was" eine enorme Rolle. D.h. wenn ich nur eine verletzende Formulierung draufhabe — über Wecker, über bots, über BAP, über Wader, über Heller usw. — lernt weder ein Fan von Heller oder der anderen Genannten noch der Künstler selbst. Und es lernen auch diejenigen nichts, die sowieso dagenen waren. Zweitens das Friedensfest in Hamburg. es hat eine entscheidende historische Schwäche gehabt. Es fand in einer Situation statt, wo schon absehbar war, daß die Friedensbewegung den Stationierungsbeschluß nicht verhindern kann. Zu diesem Zeitpunkt haben die Medien Druck in der Weise auf die Friedensbewegung ausgeübt, daß gesagt wurde: Wenn ihr schon die amerikanischen Raketen nicht verhindern könnt, dann holzt mal kräftig gegen die sowjetischen los, und dafür werdet ihr von uns dann auch gelobt. Dabei geht völlig unter, daß die Sowjetunion berechtigt ist, zum eigenen Schutz Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das Hamburger Friedensfest hat sich dem Antikommunismus schon sehr stark gebeugt. Eine antiimperialistische Orientierung in die Friedensbewegung zu tragen, kann ja wohl auch kaum Aufgabe von Helga Schuchardt sein. Die DKP war zu einer Auseinandersetzung um diesen Punkt zu taktisch oder zu eingeschüchtert, und den Grünen kam es nach deren Auffassung ja sogar gelegen. Das ist ein Fehler, der von den Organisatoren in der Vorbereitungsphase gemacht worden ist. Man kann die Künstler nicht für Versäumnisse der politischen Gruppen verantwortlich machen. Aber so geschah es in „konkret".
Detlef:
Du gibst also selber Schwächen zu. Ist es nicht ebenfalls ein wunder Punkt, der dann die Künstler angeht, wenn auf Festen dieser Art etwa Joan Baez und Konny Wecker zum Ausklang „Guten Abend, gute Nacht" singen? Wird da nicht auch auf der plattesten Ebene ein Harmonie-Gefühl erzeugt, das kritsches politisches Bewußtsein erschlägt?
Diether:
Nicht alles, was Harmonie-Gefühl erzeugt, ist herrschaftssichernd! Es würde jetzt zu weit führen, die Auseinandersetzung um das Volkslied zu führen. Deshalb will ich mal an einem Beispiel erläutern, was ich dazu denke. Auch Lenin hat in Petrograd auf dem berühmten Panzerwagen ganz einfache Aussagen, „Brot und Frieden", vorgebracht, die für die Massen Übereinstimmung und nichts als Übereinstimmung in diesen einfachen Forderungen bedeuteten. Aber für das herrschende System war es die schärfste Kampfansage überhaupt. Oder nimm mal „Grandola vila morena" von José Afonso. Ganz harmonisch, fast Krichenlied, keine provokative Zeile — aber Signal des Aufruhrs.
Fassanbass:
Du schreibst eine ganz bestimmte Form von Kulturkritik vor. Jede andere ist demnach bürgerlich.
Diether:
Um das nochmal zu verdeutlichen: Wenn z.B. der Lenin — entschuldigt den großen Vergleich, das ist ein biß-
Diether:
Um das nochmal zu verdeutlichen: Wenn z.B. der Lenin — entschuldigt den großen Vergleich, das ist ein biß-
chen unangebracht, aber ich sag's trotzdem mal — an so einen politischen Spinner wie den Tolstoi rangeht und einen Aufsatz schreibt „Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution" — ich würde nicht behaupten, daß ein Wecker oder bots oder sonstwer auch nur mikroskophaft in Vergleich zu Tolstoi zu bringen wäre; es geht hier nur um die Herangehensweise - dann hat Lenin sehr stark und konkret am Inhalt entlang getrennt zwischen dem, was er als politisch produktiv und was er als Ballast empfand, so wie Marx es mit Balzac getan hat. Man kann also auch mit bürgerlichen Künstlern, die sich einem durch ihr Werk zugewandt haben, diese Art von Umgang, von inhaltlicher Kritik üben. Das treibt weiter , weil es z.B. ermöglicht hat, daß die Russen Tolstoi lasen, ohne sich von dem Quatsch, den Tolstoi philosophisch vertreten hat, („Dulde das Übel") verwirren zu lassen. „Narr in Christo", hat Lenin über Tolstois Philosophie geschrieben. Aber Tolstois Romane waren nach Lenins auffassung härtester Niederriß der zaristischen Maskerade.
Detlef:
Lenin, das hört man doch gern.
Diether:
Auch Lukacs und Rosa Luxemburg haben sich mit Tolstoi auseinandergesetzt. Rosa Luxemburgs Lieblingsroman war z.B. Tolstois „Die Auferstehung". Darin gibt es eine Stelle, wo ein Graf nach Moskau fährt, um für seine Geliebte, eine Prostituierte, bei einem Richter ein gutes Wort einzulegen. Der Richter ist nicht da, aber seine Frau empfängt den Grafen. Und dann heißt es, ich kann das nur aus dem Gedächtnis wiedergeben, sie versprach, um ein Techtelmechtel mit ihm zu haben, es dem Richter in geeigneter Weise mitzuteilen. Dazu schreibt Lukacs: In dieser Formulierung kommt mehr über Klassenjustiz zum Ausdruck als in dem Roman „Klassenjustiz" von Ernst Ottwalt in der Weimarer Republik.

Wir dürfen doch den Populismus nicht den anderen überlassen. Ich meine, wir dürfen selber zwar keinen Populismus ausüben. Aber wir müssen analysieren, was es einer Minderheit von Großkapitalisten möglich macht, so populär zu sein. Und was es uns, die wir die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten wollen, im Moment nicht möglich gemacht hat, „breit zu werden".

Die Musikjournalisten, die ich angreife, machen es ganz anders. Sie machen sich im Grunde über linke Liedermacher mit derselben Methode lustig wie über „Birne", um den Lesern die billige Freude des Besserwissens zu bereiten. Die Musikjournalisten, die ich angreife, profitieren davon, f i k t i v e Überlegenheit zu erzeugen. Der ganze Trick der bürgerlichen Kultur ist fiktive Überlegenheit, aber wir müssen um reale Überlegenheit kämpfen. Deswegen sind wir für diese Art von Musikkritik eine Bedrohung.
Fassenbass:
Ich finde, du machst es dir etwas zu einfach.
Diether:
Das ist eigentlich ein Problem des Snobismus. Viele Snobisten haben Zulauf unter Gesichtspunkten des Sich-Überlegen-Fühlens. Nimm mal so ein „konkret"-Zitat von Diedrichsen über „Geier Sturzflug", dann weißt du, was ich meine: „Der dumme Arbeiter begreift den Refrain nicht und schwooft mit vor lauter Spucke triefenden Pranken" (Heft 7/83).
Detlef:
Könnten wir uns darauf verständigen, daß wir auch in bezug auf die Musikkritik „ökologisch denken" müssen, d.h. daß die Schönheit in der Wiese liegt? Laßt hundert Blumen blühen?
Diether:
So einfach ist das nun auch wieder nicht. Da steckt doch ein bißchen die Spontaneismus-Theorie dahinter, die Wildwuchstheorie, daß sich das Richtige im freien Spiel der Kräfte entwickelt. Ich finde schon, daß die Linke ganz bewußt Gegenströme entwickeln muß. Oftmals entwickelt sich die bürgerliche Gesellschaft organisch, während wir uns dagegen organisieren müssen. Deshalb bin ich nicht so ganz für das Organische.
Fassanbass:
Politik ist bei dir, so klingt das, das Dominante, an das sich Kunst und Kultur dranhängen müssen.
Diether:
Das ist falsch.
Fassanbass:
So wirkt das aber, wenn du z.B. sagst, daß jeder Künstler Mitglied in einer politischen Bewegung sein sollte.
Diether:
Nein, jeder Kunstkritiker!
Fassanbass:
Noch schlimmer.
Diether:
Ich meine natürlich: jeder linke Kunstkritiker. In den wenigen politischen Organen, die wir haben, sollte jeder, der Musikkritiken schreibt, eine gewisse Phase lang mal richtig mitbekommen,
ich meine natürlich: jeder linke Kunstkritiker. In den wenigen politischen Organen, die wir haben, sollte jeder, der Musikkritiken schreibt, eine gewisse Phase lang mal richtig mitbekommen,
wie schwer das ist, unten die Ästhetik zu bewirtschaften, lesbare Flugblätter zu schreiben, Leute vorm Betriebstor anzusprechen — das ist nämlich auch eine sehr komplizierte Ästhetik. Es ist das Einfache, das schwer zu machen ist. Die sollen nicht nur mit Backstage-Karten rumrennen und auf der Prominenten-Ebene Kontakte unterhalten.
Fassanbass:
Mehr so das einfache Leben mitkriegen ...
Diether:
Du, das ist doch alles eine reine Geschmäckler-Ebene, und der Geschmack, der da rauskommt — das ist die Folge. Der neue Geschmack stellt sich erst ein, wenn das neue Wissen da ist. Alles andere ist Geschmackismus, wo dem Geschmack keine Erkenntnisfunktion zugebilligt wird.
Fassanbass:
Diedrichsen billigt dem Geschmack das aber schon zu.
Diether:
Der sieht aber n u r den Geschmack, der sieht nicht, daß es ohne antikapitalistisches Wissen kein neues Schmecken gibt.

+ + + + +

Anmerkung (1):
Die Überschrift ist einem Gedicht von Lu Hsün entnommen, welches Mao in seinen REDEN BEI DER AUSSPRACHE IN YENAN ÜBER LITERATUR UND KUNST „allen Kommunisten, allen Revolutionären, allen revolutionären Literatur- und Kunstschaffenden" ans Herz legt:
„Eng die Brauen, kalten Blickes trotz
ich tausend Zeigefingern
willig wie ein Büffel beug mein Haupt
ich vor den Kindern."

Kein schöner Land

— Neue Arbeiten von F.X. Kroetz —



,,Ich will in Bayern die Grünen nicht bloß wählen, sondern auch sonst unterstützen. Ich kann mich mit ihnen mehr identifizieren, als ich mich überhaupt jemals mit der DKP identifizieren konnte. Ich denke daran, Mitglied zu werden, aktiv zu sein. Tu es deshalb nicht, weil ich irgendwie Angst hab, ob ich denen so einen verkrachten Kommunisten zumuten kann...''

(F.X. Kroetz, DIE ZEIT, 24.9.82)

Es ist nicht leicht, in der BRD als politischer Schriftsteller zu überleben — das ist weniger eine Frage des Geldes als eine des Zusammenhangs, in dem mensch arbeiten und wirken kann.

In Kroetz' neuem, in Bochum und Düsseldorf gleichzeitig uraufgeführtem Stück **,,Furcht und Hoffnung der BRD''** (1) tritt ein Schriftsteller auf, DER ARME POET, der am Telefon von einem Freund gebeten wird, eine Resolution zu unterschreiben. Der Schriftsteller windet sich, sein Problem sei nicht die Arbeitslosigkeit, er wolle nicht als Statist unter Forderungen stehen, die ihn nicht berührten, seine Radikalität liege mehr auf künstlerischem Gebiet und darum kümmere sich sonst auch niemand, Anrufe erhalte er nur, wenn seine Unterschrift gerade mal gefragt sei. DER ARME POET, und Kroetz wollte damit sicher kein Selbstprotrait zeichnen, hat so unrecht nicht — einerseits. Andererseits quält ihn eigentlich eine andere Sorge: er hat Angst, daß sein Hörspiel beim Bayrischen Rundfunk nicht angenommen wird, wenn er als ,,Politischer'' dasteht. Die entscheidende Frage stellt ihm seine Freundin am Ende der Szene: *,,Kann man eigentlich schreiben, wenn man zu feig ist, zuzugeben, daß man Angst hat?''* Kroetz ist nicht feige, die Angst des ,,armen Poeten'' quält ihn nicht — er hat aus seiner DKP-Mitgliedschaft (2) keinen Hehl gemacht und sicher auch keine Unterschrift unter einen Aufruf verweigert, weil er Angst hatte, ein Stück von ihm würde abgelehnt. Andere Probleme des ,,armen Poeten'' bestimmen aber auch Kroetz' Alltag: *,,Erfolgreich, aber leer und allein, depressiv, hatte ich den Drang zurück zur Wärme der früheren Arbeiten; ich hatte die fixe Idee: alles, was du jetzt sagst, ist nur ein kleiner Teil, ist falsch, ist zu wenig, irgendwann hast du dich mit dem gleichen Thema früher schon mal beschäftigt, und da hast du es genau und gründlich gesagt''* (Tagebuch Mai 83, in Programmbuch Nr. 53, Bochum), und *,,Parteischreiberei, meinetwegen gutgemeint, mag ihren Wert haben, Kunst ist sie nicht''* (ebd.).

grammbuch Nr. 53, Bochum), und ,,Parteischreiberei, meinetwegen gutgemeint, mag ihren Wert haben, Kunst ist sie nicht'' (ebd.).

Wo aber finden die Auseinandersetzungen über Kunst und ihre Wirkung in der BRD statt, welche Bewegung erinnert sich ihrer Unterschriftengeber, auch wenn sie nicht gerade eine neue Resolution verfaßt? Die Verbindungslinie zwischen den politisch Aktiven und den engagierten Künstlern ist unterbrochen. Die Sorge trägt der Künstler: *,,Ich merk es auch beim Schreiben/Schreiben-wollen, daß mir die Tat fehlt. Nichts kann die Tat ersetzen, denke ich oft, die normale politische Tat/Arbeit — aber wo und wie und wann?''* (Tagebuch, 28.2.83, nach: Programmbuch 53).

Kroetz ist in der Literaturlandschaft der BRD, noch deutlicher in der Theaterlandschaft, einer der politischsten Autoren. Seine Auseinandersetzung mit Arbeitsverhältnissen und den Deformationen, die sie bei den ,,Arbeitnehmern'' bewirken, ist in den Jahren nach seinem DKP-Austritt (3) durch seinen Versuch, sich mit der Arbeit als solcher auseinanderzusetzen (wobei Kroetz selbst sich als fortschrittsskeptisch einstufte), erweitert worden.

Das 1981 veröffentlichte Stück **,,Nicht Fisch nicht Fleisch''** erzählt die Geschichte zweier Paare: der gewerkschaftlich orientierte Hermann kommt mit dem neu in seinem Betrieb eingeführten Fotosatz gut zurecht, sein Kollege Edgar wehrt sich gegen die Veränderung seiner Arbeit und wird gekündigt. Hermanns Frau Helga ist beseelt vom Mutterglück, Edgar's Frau Emmi dagegen macht Karriere als Supermarktleiterin und will keine Kinder. Die Konflikte laufen also über Kreuz, richtig recht hat keiner. In der Zeitschrift der IG Druck und Papier wird als Kritik an dem Stück formuliert: *,,Eine realistische und in die Zukunft weisende alternative Lösung, ja selbst jeder hoffnungsvolle Hinweis darauf fehlt''* (zit. n. Programmheft ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'', Schauspiel Frankfurt 1982). Da klingt er wieder an: der Kommissar. Kunst muß Widersprüche auflösen, positive Ansätze zeigen, sich ganz in den Dienst der fortschrittlichen Sache stellen. Kroetz dagegen: *,,Ich*

furt 1982). Da klingt er wieder an: der Kommissar. Kunst muß Widersprüche auflösen, positive Ansätze zeigen, sich ganz in den Dienst der fortschrittlichen Sache stellen. Kroetz dagegen: ,,Ich

kann nicht Dekorateur der großen Tarifauseinandersetzungen sein. Das ist eine Mißachtung der Kunst als einer Eigendynamik ... Kunst ist etwas eigenes und das wird mißachtet ... Ich kenne das. Ich habe die Kunst eine Zeit vernachlässigt. Ich hab zu wenig Kunst gemacht. Ich hab gelebt wie ein Buchhalter. Ich hab mich zuviel und zu sehr eingelassen auf eine Zweiteilung: halb Funktionär, halb Künstler — mit Kontor und mit Fabrik. ... Ich hatte auf der einen Seite mein Parteibuch und auf der anderen Seite die Bücher, die ich geschrieben habe, meine Stücke. Also so: was meine Stücke nicht leisten können, leistet mein Parteibuch ... der Arbeiterschriftsteller Kroetz, der sich eigentlich gar nicht mehr auseinandersetzen muß, weil er sowieso vorne ist!'' (Kroetz im Gespräch mit Urike Prokop, nach Programmheft Schauspiel Frankfurt).

Weg vom Image dieses ,,Arbeiterschriftstellers'' wollte Kroetz, weg auch von der damit untrennbar verbundenen Ästhetik. An den Themen, ,,seinen'' Themen und den darin verwurzelten Menschen wollte er aber — und das unterscheidet ihn von fast allen Ex-linken Schriftstellern der BRD, die heute in einer gar nicht neuen Innerlichkeit zu Hause sind — festhalten.

,,Es fehlt mir an einer, wie auch gearteten, neuen Ästhetik. Ich lande immer wieder beim Wohnküchen-Gasherd-Realismus, der ja schon fast eine Tendenz zum Naturalismus hatte, weil es an deutschen Theatern zwischen abstrakt und naturalistisch nichts gibt'' (AZ München, 22.12.79).

In ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'' gibt es am Ende eine Szene, in der sich Edgar und Hermann am Ufer eines Sees nachts treffen, beide Ausgestoßene: Edgar ohne Arbeit, Hermann ohne Basis in ,,seinem''. Betrieb. Die Arbeitskollegen, denen er weit voraus zu sein glaubte, haben ihm den Darm mit Luft vollgepumpt, jetzt zerreißt es ihn allmählich. *,,Das ist ein phantastischer Realismus als Schluß — weil mir eben ein Leitartikel-Schluß unpassend*

glaubte, haben ihm den Darm mit Luft vollgepumpt, jetzt zerreißt es ihn allmählich. ,,Das ist ein phantastischer Realismus als Schluß — weil mir eben ein Leitartikel-Schluß unpassend

schien'' (Kroetz in Programmheft Schauspiel Frankfurt).

Dieser ,,phantastische Realismus'' und die konventionelle Dramaturgie mit den stark typisierten Personen gehen nicht zusammen. Die bewußte Entscheidung für eine neue Art des Schreibens bringt die künstlerisch überzeugenden Ergebnisse (noch) mit sich.

1981 erschien aber nicht nur ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'' — der Theaterautor Kroetz wagte sich auch noch auf ein ganz neues Feld: er schrieb einen Roman, **,,Der Mondscheinknecht''**.

In der ersten Prosaarbeit befreit sich Kroetz aus dem Gefängnis seiner Dramaturgien. Auch das Personal der früheren Stücke, von dem man nach einiger Zeit nicht mehr wußte, ob Kroetz dem ,,Leben auf's Maul geschaut'' hatte oder die Figuren sprechen und erkennen müssen, wie ihr Erschaffer, wird entscheidend erweitert.

,,Der Mondscheinknecht'' — das ist Anton Kreuzberger, erstgeborener Sohn (die ältere Schwester zählt nicht) auf einem größeren Bauernhof, der Kinderlähmung bekommt und dadurch für den Vater wertlos wird. Ein Behinderter, wie das Amtsdeutsch heute scheinbar neutral regelt — damals, Anfang der Vierziger, war die Sprachregelung direkter: ,,Lebensunwertes Leben''. Durch Zufall überlebt der kleine Anton den Faschismus; das Trauma, daß viele, auch seine Familie, ihn lieber vernichtet gesehen hätten, bleibt. Aus den Krankenanstalten kommt er zurück auf den Hof, wo der Zweitälteste seinen Platz eingenommen hat. Anton wird vor den Dorfbewohnern versteckt, er ist ein Krüppel, die Familienschande. Die Erinnerungen an diese Zeit werden aus der Perspektive des heutigen Anton Kreuzberger erzählt: Schriftsetzer ist er geworden, Gewerkschafter auf dem linken Flügel, Vertrauensmann. Geblieben ist die Einsamkeit und sein Gefühl, sich nicht mit sich selbst beschäftigen zu dürfen, nur ,,wichtigere'' Fragen überdenken zu können.

Aton Kreuzberger ist ungleich komplexer als die Figuren in Kroetz' Stücken, er ist Edgar und Hermann in einer Person: Die Widersprüche werden nicht mehr in andere Personen verlagert, Kroetz trägt sie in Anton selbst aus. Die Reflektionen Kreuzbergers erklären sich dabei so aus seinem Alltag und aus seiner Geschichte, daß sie nicht als Fremdkörper in einem sonst eher drögen Leben wirken, nicht als Meinung des Autors, die er einer wehrlosen Figur in den Mund legt, erscheinen. Über den Wohnküchen-Gasherd — Realismus weisen nicht nur die Schauplätze des zweiteiligen Romans (der zweite Teil erschien 1983) sondern auch seine kräftigen, oftmals an Oskar Maria Graf und Marielouise Fleißers Prosaarbeiten erinnernden Beschreibungen des Dorfalltags, seiner Normen und Werke hinaus.

Kroetz läßt, und das ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst, kein Mitleid mit dem behinderten Anton Kreuzberger aufkommen, er stilisierte ihn auch nicht zum Musterbeispiel eines Ausgebeuteten. Er lenkt das Interesse der Leser vielmehr auf zwei ganz unterschiedliche Lebenswelten: Das Dorf und die Großstadt, den Bauernhof und den Druckereibetrieb. Beide haben eines gemeinsam: Außenseiter werden scharf ausgegrenzt, wer sich nicht reibungslos in den leistungsorientierten (Arbeits-)Alltag einpaßt, gehört nicht dazu. Die knappen Dialoge mit den aufs Äußerste verknappten, kargen Sätzen, mit denen Kroetz die Beziehungen seiner Figuren zueinander charakterisiert, rufen Erinnerungen an seine Theaterstücke wach, die geschickt einmontierten Beschreibungen, Kommentare und Analysen, die monologisierenden Erinnerungen an die bittere Kindheit Antons lassen hoffen, daß auch Kroetz' Stücke von seiner Prosaarbeit beeinflußt werden könnten. Politisch ergreift Aton Kreuzberger und da dürfte er sich von Kroetz kaum unterscheiden, Partei für einen linksradikalen (nicht unbedingt gleich kinderkranken ...) Sozialismus: *,,Ohne eine linke sozialistische Opposition gibt es keinen wirklichen realen Sozialismus. Und es war ein gewisser Friedrich Engels, der einen Michael Bakunin bei der Verteidigung Dresdens im Revolutionsjahr 1849 das Lob aussprach, ein fähiger und kaltblütiger Führer des kämpfenden Proletariats gewesen zu sein! Und wenn wir schon bei der Wahrheit sind, Kolleginnen und Kollegen: Mir stehen Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof näher als ein Herr Rebmann und seine ganzen Verfassungsschützer zusammen ... Man muß die eigene Wahrheit sagen, das gibt Wunden, aber aus diesen Wunden wachsen Wurzeln, die so stark sind, daß sie einem keiner mehr ausreißen kann. Ein Geflecht aus Ich-Wurzeln ... Will in Zukunft ehrlicher sein: Weniger Geschwätz, mehr ich. Ich bin mindestens genauso viel Anarchist wie Gewerkschaftler, und 'Staatsbürger' dieses Staates, das ist das wenigste, was ich sein will''* (Der Mondscheinknecht, Fortsetzung; Frankfurt 1983, S. 90 f.). Eine Position, mit der sich Kroetz nicht nur bei seinen alten Parteigenossen von der DKP sondern auch bei seinen neuen Ansprechpartnern, den GRÜNEN, wenige Freunde machen dürfte. Eine Position aber auch, die unausgesprochen bleibt: Anton's Rede an seine Betriebskollegen ist fiktiv, er ist zu einsam, zu beschäftigt mit sich selbst, um die revolutionäre Erkenntnis offensiv zu vertreten. Oder sollte hier nur die ,,Faust in der Tasche geballt'' werden? Der Betriebsrat Anton Kreuzberger — ein Halbbruder des ARMEN POETEN aus dem neuen Stück ,,Furcht und Hoffnung der BRD''.

,,Das Prinzip Mensch neigt sich dem Ende zu. Wir können nicht mehr sehen, nicht mehr hören, nicht mehr fühlen, nicht mehr leiden. Ich weiß, daß der Kapitalismus daran schuld ist, ich weiß, daß die letzten tausend Jahre Menschheitssystem daran schuld ist. Ich weiß, daß die Menschen sich unter dem Zwang des Systems deformieren. Ich weiß es. Aber ich werde älter, und je älter ich werde, um so feiger, scheuer und depressiver werde ich. Ich wachse meiner Bestimmung zu: Maler zu sein, getreuer Maler, Chronist der Leidenden, der Weinenden, der Untergehenden, der Vergessenen'' (2.3.83, Tagebuch in Programmbuch Nr. 53).

Der Bruch in den paar Sätzen ist deutlich: der Angst, feige und depressiv zu werden, steht die Überzeugung entgegen, dem Punkt näher zu kommen, von dem aus eine Neuorientierung der Arbeit möglich sein wird. ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'' und ,,Der Mondscheinknecht'' sind Reflexionen über die Beschaffenheit der neuen Haltung: Wie muß ich zu mir selber stehen um meine Positionen offensiv und überzeugt vertreten zu können? Wieweit sind meine ,,Privatprobleme'' politisch?

Kroetz so gelesen ist ein Autor, dessen Lektüre über die Verfassung eines erheblichen Teiles der Linken Aufschluß geben könnte, ohne dabei einer Larmoyanz und einer Abwendung von der Politik den Weg zu ebnen. Die Widersprüchlichkeit in Kroetz' letzten Arbeiten entspricht den Gegensätzen, mit denen er versucht, ins Reine zu kommen.

Ein Kontext, in dem die fünfzehn Einakter ,,Furcht und Hoffnung der BRD'' keinen Fortschritt darstellten. Die Szenen knüpfen dramaturgisch eher an die Stücke vor ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'' an. Die Brüche in den Texten sind evident: In **Zerreißprobe** ist ein Mann von der Vorstellung gepackt, ein Versuchstier für Wissenschaftler zu sein, die die medizinischen Folgen von Arbeitslosigkeit untersuchen. Verzweifelt tigert er durch die Wohnung, imitiert die phantasierten Untersuchungen und fordert plötzlich: *,,Ich will einen Arbeitslosenjudenstern''*, weil es darauf ankomme, nicht mehr allein zu sein, weil man sich nur in der Masse wehren könne (warum das nun ausgerechnet ein ,,Arbeitslosenjudenstern'' sein muß, warum Kroetz ausgerechnet an diesem Punkt Parallelen zum Nationalsozialismus zieht, ansonsten aber die Gefahr einer Faschisierung des Staates nicht einmal anklingen läßt, bleibt wohl sein Rätsel). Und sich weh-

an diesem Punkt Parallelen zum Nationalsozialismus zieht, ansonsten aber die Gefahr einer Faschisierung des Staates nicht einmal anklingen läßt, bleibt wohl sein Rätsel). Und sich weh-

ren müsse mehr sein, als nur das Arbeitslosengeld versaufen, müsse mehr sein als sich selbst verbrennen, als hungern, als sich zu verstecken. Auf den Wahn folgen sinnvoll klingende politische Forderungen und Beobachtungen. Woher? Auch in den anderen Szenen, die fast ausnahmslos Arbeitslosigkeit zum Thema haben und auf Dialogsituationen basieren, verschieben sich die Bewußtseinshorizonte der Figuren, liegt oftmals der Verdacht nahe, daß Kroetz seinen Figuren die Worte in den Mund gelegt hat, während die Szenen, die — wie in ,,Nicht Fisch nicht Fleisch'' die Szene am See — als ,,phantastischer Realismus'' gedacht sind, kitschig wirken. Die poetische Imaginationskraft von Kroetz, seine Fähigkeit, magische Bilder zu entwerfen, ist eher schwach entwickelt. Weder ,,Blumenbomben'', auf die jemand im Traum zuläuft, um dann in einer eisigen Landschaft zu erfrieren, noch die Vision, alle Arbeitslosen der Welt würden auf eine Insel im Pazifik verbracht und dort in die Luft gesprengt, muten sehr genau oder auch nur gespenstisch an.

Das soll kein Plädoyer gegen ,,Furcht und Hoffnung der BRD'' (dessen Titel allerdings auf den falschen Trampelpfad führt) sein — das Stück ist sicher eines der wichtigeren neuen Stücke, weil es in einigen Szenen sehr genau die Folgen von Arbeitslosigkeit und der Angst um den Arbeitsplatz zeichnet (Peter Palitzsch hat das in seiner Düsseldorfer Inszenierung, die mit vielen Strichen und Zuspitzungen — sie hätten gelegentlich noch konsequenter und drastischer sein dürfen — gearbeitet hat, gezeigt), den Verlust der Soli-





Fortsetzung nächste Seite

„...das sind aber Filme, die das deutsche Nest beschmutzen"

Zum Tode von Wolfgang Staudte

Der am 19. Januar bei Dreharbeiten in Jugoslawien gestorbene Filmregisseur Wolfgang Staudte dürfte den meisten Menschen hierzulande unbekannt sein. Staudte gewann nach 1945 mit seinen bei der DEFA gedrehten Filmen „Die Mörder sind unter uns" (1946), „Rotation" (1949) und „Der Untertan" (1951) internationales Ansehen. Zu erinnern ist aber nicht nur an den Filmregisseur Staudte, sondern vor allem auch an einen Mann, der gegen die Ideologie von der „Stunde Null", die Verdrängung der faschistischen Vergangenheit, gegen Restauration und Militarisierung mit den Mitteln des Films gekämpft hat. Einen Demokraten, den die miesen Filmproduktionsbedingungen in der Adenauerrepublik und die Hetze der Reaktion schließlich in die Resignation trieben und zum Fernsehen führten.

Staudte, der nach eigener Aussage *„in der Nazizeit ein vergleichsweise politisch nicht aktiver Mensch war, ein wenig ausgerichtet auf den Gedanken, diese Zeit zu überleben"*, sah es nach der Befreiung vom Faschismus als seine „Verpflichtung" an, das eigene apolitische Verhalten und das der meisten Deutschen kritisch zu beleuchten. Treibendes Moment seiner besten Filme ist ein Schuldgefühl über das eigene unpolitische Verhalten während der Nazizeit, *„ein Schuldgefühl, das ich eigentlich heute noch nicht verloren habe und das mich auch heute noch beschäftigt."*

Staudtes Versuch, für das Exposé zu „Die Mörder sind unter uns" die englischen, französischen und amerikanischen Kulturoffiziere zu gewinnen, schlug fehl. Allein der sowjetische Kulturoffizier zeigte sich interessiert und erteilte ihm die Genehmigung für die Dreharbeiten — noch vor Gründung der Filmgesellschaft DEFA am 17. Mai 1946. Der Film, in den Trümmern von Berlin gedreht, ist ein Appell zur konsequenten Verfolgung aller Verbrechen des Nazi-Regimes. Ein mit einem Schock aus dem Krieg zurückgekehrter Arzt, der in der Ruinenlandschaft Berlins resigniert dahinlebt, begegnet seinem ehemaligen Kompaniechef, der polnische Geiseln erschießen ließ. Der Arzt fordert Rechenschaft von dem Nazi, der sich gerade in einen jovialen normalen Unternehmer zurückverwandelt hat.

In „Rotation" setzt Staudte sich mit dem apolitischen Verhalten während der Nazizeit auseinander. Er schildert das Verhalten eines Arbeiters, der sich aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes „aus allem heraushält" und erst spät zum Widerstand findet. Mit diesem Film wendet Staudte sich auch gegen die beginnende Restauration: *„Als schon im Jahre 1948, also nur drei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, im öffentlichen und politischen Leben die erstgen Anzeichen einer hemmungslosen Restauration sichtbar wurden, als man erst zaghaft, dann immer unverhüllter die Rehabilitation der faschistischen Führer und Generale betrieb, die ersten Soldatenzeitungen an den Kiosken auftauchten, der alte nationalistisch-reaktionäre 'Stahlhelm-Bund' protestlos von der Bonner Regierung sanktioniert wurde — als man in öffentlichen Kundgebungen von der 'deutschen Schmach' sprach, womit*

in öffentlichen Kundgebungen von der 'deutschen Schmach' sprach, womit

man nicht etwa die eigene faschistische Vergangenheit, sondern das Trauma der Wehrlosigkeit, der verlorenen Ostgebiete und der Saar meinte —, in dieser Zeit schrieb ich das Szenarium zu dem Film 'Rotation'.

Ich habe in diesem Film versucht, mich gegen die verhängnisvollen Tendenzen der Gegenwart zu stellen — die Entwicklung des politischen Alltags gleicht erschreckend der Zeit nach dem ersten Weltkrieg —, ich habe versucht aufzuzeigen, wie es zu der unfaßbaren Katastrophe kommen konnte, um mitzuhelfen, daß es nicht in Zukunft zu einer noch größeren Katastrophe kommt. Zu viele sind heute schon wieder bereit, den gleichen Weg, der Europa erschüttert hat, nocht einmal zu gehen".

„Der Untertan", 1951 bei der DEFA gedreht, ist wohl Staudtes bester Film. Diesmal griff er auf Heinrich Manns Satire über die bürgerliche Welt der wilhelminischen Ära zurück. Ein Film, der, so schrieb der Kritiker Ihering, „Maßstäbe" gesetzt hat, die „angewendet werden" müssen. *„Dieser Film"*, so Ihering, *„kommt im rechten Augenblick; politisch und künstlerisch. Denn in welchem Roman wurde schärfer jener Untertanentyp entlarvt, der sich immer wieder für Militär und Krieg mißbrauchen läßt. Der Film führt die Entlarvung optisch weiter. Ein Gesicht, ja ein Nacken, ein Auge, ein Mund können eine ganze Menschengruppe, einen Stand, eine Klasse entlarven. Die Großeinstellungen, der Wechsel der Einzel- und Gesamtaufnahmen, von den genialen sowjetischen Regisseuren Eisenstein und Pudowkin als bild-dramaturgische Mittel in den Film eingeführt, sind von Staudte und seinem Kameramann Baberske hier selbständig und in richtiger, sinndienender Anordnung verwendet. Dadurch erst werden die vielen satirischen Situationen und Simplizissimus-Karikaturen möglich."*

„Wissen Sie, wie man in Deutschland Filme macht?"

Staudtes Absicht war, mit den Mitteln des Films zur „Enttrümmerung der Gehirne" beizutragen. In der Adenauerrepublik stieß er mit diesem Vorhaben verständlicherweise auf wenig Gegenliebe. Im Ausland jedoch wurde „Der Untertan" ein großer Erfolg. Der Film lief in Cannes und Venedig, erhielt den schwedischen Kritikerpreis für den besten deutschen Nachkriegsfilm und den Nationalpreis der DDR. In der BRD prüfte der „Interministerielle Ausschuß", der für „Filmeinfuhren aus dem Ostblock" zuständig war, den Film fünf Jahre. Dann kam er 1956 endlich zu dem Ergebnis, das „Der Untertan" nicht gegen § 93 des StGB („Herstellung verfassungsverräterischer Publikationen") verstoße. Vorsorglich verlangte er allerdings, die Zuschauer im Vorspann des Films darauf hinzuweisen, daß Diederich Heßlich, die Hauptfigur des Film, ein Einzelfall sei! Bis zu diesem Zeitpunkt war es Wolfgang Staudte möglich gewesen, Filme seiner Wahl zu realisieren — wenngleich fast nur in Ostberlin bei der DEFA. Mit zunehmender Remilitarisierung der BRD paßte der Demokrat Staudte, der als Westberliner seine Filme in der DDR drehte, nicht ins Konzept der Kalten Krieger. Nach dem internationalen Erfolg des „Untertan" setzte eine massive Hetze gegen Staudte ein. „Der Untertan" wurde als „ein Film gegen Deutschland" und Staudte als ein Regisseur „aus der Schule Goebbels" bezeichnet. Staudte sollte sich verpflichten, keinen Film mehr bei der DEFA zu drehen. Als er sich weigerte, wurde ihm die Regie für den Film „Gift im Zoo" entzogen. Das Bundesinnenministerium sperrte die Ausfallbürgschaft (eine finanzielle Unterstützung für kleinere Produktionsfirmen — und ein hervorragendes Mittel zur politischen Zensur!) mit der Begründung, daß „ein Regisseur, der im Osten politische Hetzreden hält, für eine Bürgschaft nicht geeignet" sei. Staudte gab die Regie ab, um den Verleih nicht zu ruinieren. Vom Leiter des Bundeskriminalamtes Hagemann, erhielt Staudte den guten Rat „einen deutlich antikommunistischen Artikel zu publizieren, dem Innenministerium gegenüber eine Erklärung abzugeben, daß er — Wolfgang Staudte — in Zukunft nicht mehr bei der DEFA arbeiten wird, darüber hinaus würde es Dr. Hagemann begrüßen, wenn Staudte möglichst bald einen antikommunisti-

Hagemann begrüßen, wenn Staudte möglichst bald einen antikommunisti-

schen Film inszeniert". Staudte lehnte ab — was einem „Arbeitsverbot" in der BRD gleichkam.

Andere Künstler — so z.B. der Regisseur Georg Jacoby — gaben den Erpressungsmanövern nach. Vor allem Berliner Künstler sahen sich Erpressungen des Kultursenators ausgesetzt, der unter Androhung scharfer Maßnahmen verlangte, die Künstler sollten sich für den Westen oder den Osten entscheiden. Die Zeit der „Zweigleisigkeit" sei endlich vorüber.

Staudte konnte in dieser Zeit nur in den Niederlanden filmen. Außerdem veranstaltete das niederländische Kultusministerium 1952 eine Staudte-Woche. 1951 kommentierte Staudte in einem Interview: *„Wissen Sie, wie man in Deutschland Filme macht, das beginnt mit einem monatelangen Gespräch. Nicht etwa mit Autor, Regisseur, Darstellern und Architekten, vielmehr erfreuen sich Ministerialräte, Senatoren, Bankdirektoren und Snobs, alles Menschen, die keine Ahnung vom Film haben, an einem heftigen Tauziehen.... der Regisseur wird nicht gefragt... Eine einzige, unglaubliche Groteske ist der westdeutsche Film."*

In den folgenden Jahren konnte Staudte nur wenige Film e seiner Wahl drehen, so z.B. „Rosen für den Staatsanwalt", „Kirmes" und „Herrenpartie". Während er „Kirmes" ohne Zensureingriffe in der 1957 von ihm, Helmut Käutner und Harald Braun gegründeten Freien-Film-Produktion drehte, verhalf ihm ein Zufall zur Realisierung des Films „Rosen für den Staatsanwalt". In den Ateliers des Produzenten Ullrich fiel eine Filmproduktion aus, kostspielige Ateliers standen leer, und Ullrich hatte den Mut, Staudte mit der Regie des Films zu beauftragen. Auch hier war allerdings die FSK („Freiwillige Selbstkontrolle") wieder schnell zur Stelle, um zu verhindern, daß Staudte gegen das Grundgesetz verstieß. Staudte, der mit diesem Film zeigen wollte, daß trotz „Entnazifizierung" noch Tausende von Nazis in Justiz und Staatsapparat saßen, mußte, um nicht wegen „Verächtlichmachung der deutschen 'Justiz'" angeklagt zu werden, eine Änderung des Drehbuches hinnehmen. Eine Szene, die die Satire entschärfte, *„eine Szene, die zeigt, daß es in der Bundesrepublik auch integre Richter gibt, denen die Nazirichter ebenfalls Sorge machen"* (Staudte).

Was Staudte an Hetze und Zensureingriffen erlebt hatte, war schlimm genug. Das Schlimmste kam aber noch auf ihn zu nach der Aufführung von „Kirmes" bei den Berliner Filmfestspielen 1960. Staudtes kompromißloser Angriff auf Krieg und Faschismus rief die Reaktion auf den Plan. Springers „Welt" rief offen zum Boykott des Films auf. Die „Neue Züricher Zeitung" zog mit einer vierteiligen Serie nach, mit Überschriften wie „Der Geist steht links" und „Parade für Ostdeutschland". Staudte wurde „Antigesinnung" vorgeworfen. „Der Osten" habe *„dem Westen in der Person Wolfgang Staudtes und in der Gestalt seines in der Breite wirksamen künstlerischen Werks ein trojanisches Pferd zum Geschenk gemacht."* Der Film lief nicht lange in den Kinos — heute gibt es nur eine einzige Kopie des Films. Seit dem Ende der 60er Jahre hat Staudte bis auf wenige Ausnahmen nur noch für das Fernsehen gearbeitet. Als guter „Handwerker" war er gefragt — für Fernsehfilme, so u.a. auch für die „Tatort"-Serie. Nur Filme seiner Wahl konnte er nicht mehr drehen. Einer der besten deutschen Nachkriegsfilmregisseure, der die „Gehirne enttrümmern" wollte, scheiterte an den deprimierenden Produktionsbedingungen, an Zensur, Boykott und an den „Türhütern der gesellschaftlichen Konformität".

Aber etwas von seinem antifaschistischen Programm war auch in seinen Fernsehauftragsarbeiten immer noch zu spüren. So z.B. in der letzten fertiggestellten Arbeit „Freiwild" aus der „Tatort"-Serie, die kürzlich in der ARD gesendet wurde. Da probiert z.B. ein Arzt ein neues Serum an Stadtstreichern aus, der Bruder unterstützt ihn zynisch mit dem Hinweis, daß ja die großen Chemiekonzerne noch heute von den Menschenversuchen in den KZs profitieren, die Euthanasie längst vergessen sei, kein „Hahn mehr danach krähe" und die Stadtstreicher ohnehin nichts mehr vom Leben zu erwarten hätten. Staudte macht seinen politischen Standpunkt eindeutig klar: er steht auf der Seite der Stadtstreicher. Und immer wieder sind es kleine satirische Spitzen, die diesen „Tatort"-Krimi sehenswert machen. Da schläft einer der Stadtstreicher auf einer Zeitung, in der die Stationierung der Pershing-Raketen als vereinbar mit dem Grundgesetz hingestellt wird. Der andere liest den Artikel laut vor und kommentiert: „Auf so etwas kannst du ruhig schlafen?"

G., Kulturkommission

Alle Zitate aus: Stiftung Deutsche Kinemathek, Wolfgang Staudte, Berlin 1977



Fortsetzung von vorheriger Seite

darität, die Aufkündigung und den Verlust der Partnerschaft, den verzweifelten Willen zum Widerstand, der dann in Selbstzerstörung endet. Dennoch: Kroetz' Ansätze zu einem neuen Weg, weg vom Wohnküchen-Realismus, liegen eher in „Der Mondscheinknecht", wo er die inhaltlichen Widersprüche seiner Figuren verschärft, ihre Vielschichtigkeiten genauer unter die Lupe nimmt, mehr Seitengeschichten zuläßt. Die Alternative für Kroetz heißt nicht, wie Benjamin Henrichs in der ZEIT schreibt, „Politiker oder Atlantikschwimmer?" (Zeit, 3.2.84); übrigens: Henrichs ist, das haut auch seine Kroetz-Kritik wieder gezeigt, sicher der analytischste und weitsichtigste Kritiker des bürgerlichen Theaters!), eher geht es darum, wie weit Kroetz als Schriftsteller auch wei-

Theaters!), eher geht es darum, wie weit Kroetz als Schriftsteller auch wei-

terhin bereit ist, sich zu seinen politischen Widersprüchlichkeiten, zu den Auseinandersetzungen, in die er sich dadurch stürzt, zu bekennen. Das hat Henrichs am Anfang seiner ZEIT-Rezension auch erkannt: Der im Programmbuch Nr. 53 abgedruckte Tagebuchtext, behauptet er da zu Recht, sei der spannendere, der bessere Text. Der politischere vermutlich auch, der radikalere. Und der Fragwürdigere, denn da steht auch: *„Und wenn man bedenkt: Was für Zombies da wählen dürfen. Sie laufen einem doch dauernd über den Weg, unfaßlich! Die ganzen uralten Menschen z.B., die einfach keine Ahnung mehr haben, die aber sicher mehr wie 20% der Bevölkerung ausmachen, all die Menschen, die man eben einfach und wirklich als dumm klassifizieren muß (egal ob durch Geburt oder Gesellschaft), die Medien, die den Kapitalisten gehören und die alles, alles beherrschen, und die Köpfe faktisch besitzen und damit eben auch die Stimmzettel besitzen und die Kreuze machen lassen. Mir ekelt vor diesem Land, ich sag es, mir ekelt vor euch West-Deutschen, mir ekelt vor dem Heimatland! Bayern, mir graust es."*

Da ist dann doch wieder Kroetz nicht weit entfernt von Achternbusch: *„Diese Gegend hat mich kaputt gemacht, und ich bleib, bis man es ihr anmerkt."*

Fassanbass

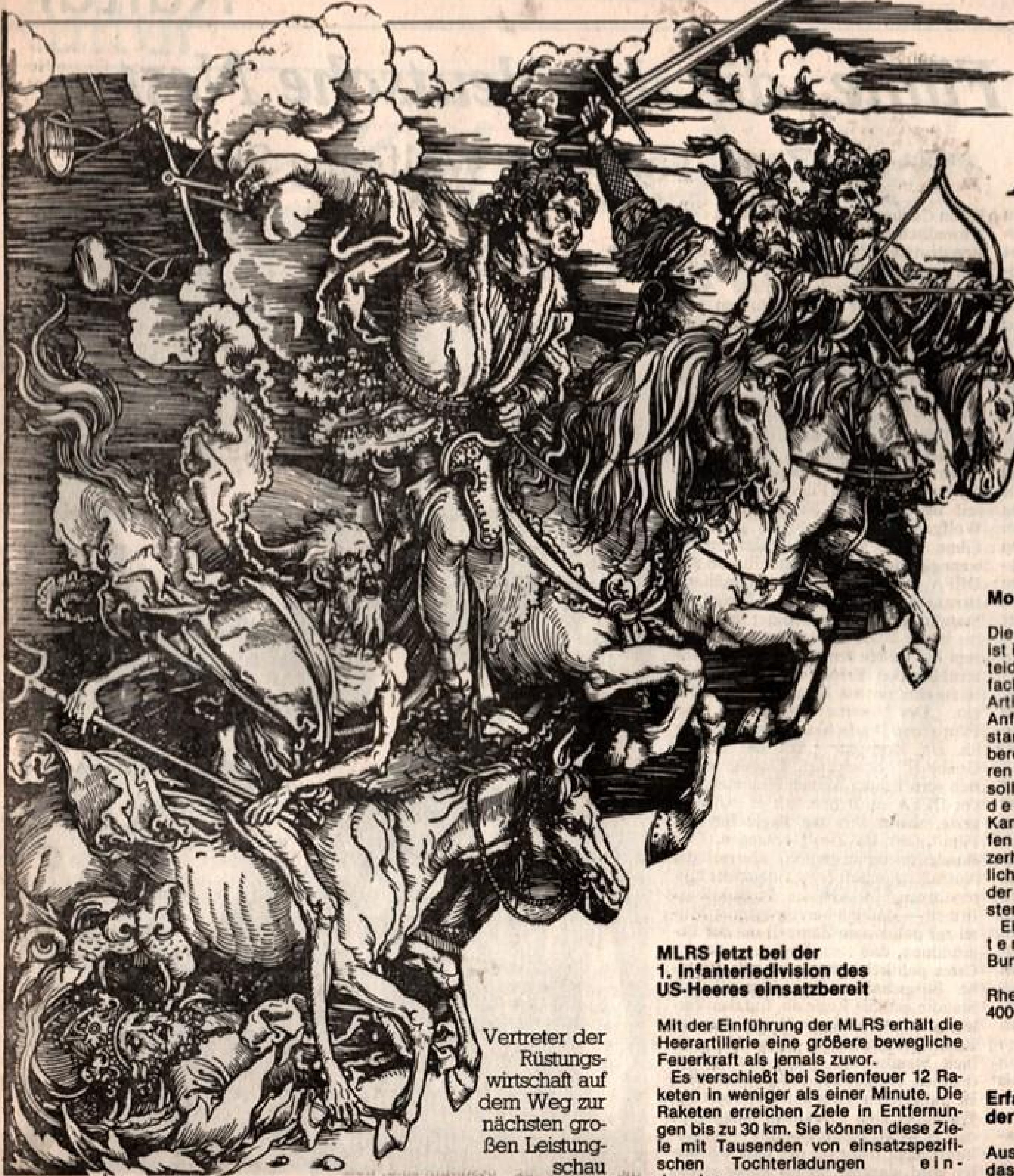
1) Der Titel „Furcht und Hoffnung der BRD" entstand in Anlehnung an Brechts Szenen „Furcht und Elend des Dritten Reiches", die er im Exil verfaßte. Von Faschisierung des Staates ist bei Kroetz aber nichts zu merken, und er würde diese These vermutlich auch ablehnen.
2) Austritt 1980
3) Auszug aus seiner Austrittsbegründung: „1. Uneinigkeit über die Rolle der SPD. Mir scheint, ich schätze die Rolle dieser Partei alles in allem prinzipiell doch positiver ein als die DKP. 2. ... die allzutiefe Verbundenheit mit den Bruderparteien im realen Sozialismus ... 3. Unterschiedliche Einschätzung des realen Sozialismus ... 4. Sensibilisierung im Verhältnis Mensch-Umwelt. Ich bin alles in allem eher heute fortschrittsskeptisch, was sich schwer mit dem Bild des herkömmlichen marxistischen Fortschrittsglaubens vereinbaren läßt. Das hat speziell in meinem Schreiben zu schmerzlichen Widersprüchen geführt. 5. Einflußlosigkeit innerhalb der Partei ..." (FR, 7.5.80, zit. n. Programmbuch 53 Bochum).

Hick & Hack

Wie im AK 242 (S. 41) ausführlich berichtet, hatte die Redaktion der linksgrünen Zeitschrift „Moderne Zeiten" (MOZ) im Dezember einen finanziellen Hilferuf an ihre Leserinnen und Leser gerichtet: 50.000 DM müßten in allerkürzester Zeit durch Spenden aufgebracht werden; andernfalls müsse die MOZ ihr Erscheinen einstellen, was zugleich das Ende organisierter linker Politik bei den Grünen bedeuten würde.

In der Anfang Februar herausgekommenen MOZ Nr. 1-2/1984 kann die Redaktion schon mitteilen: **„Wir machen weiter!"**. Zwar noch nicht die vollen 50.000 DM, aber immerhin schon 35.100 DM seien bisher eingetroffen. Weitere Spenden seien auch schon „signalisiert" — ein Lieblingswort der MOZ — sodaß man davon ausgehe, die 50.000 ganz zusammenzubekommen. *„Aber wir brauchen noch mindestens DM 14.900!"*, versteht sich. Solange braucht aber nicht gewartet zu werden: *„Die Gründung der Moderne-Zeiten Verlagsgesellschaft m.b.h."* (als neue wirtschaftsrechtliche Form der Zeitschrift, die bisher im SOAK-Verlag erscheint) *„erfolgt in diesen Tage, nachdem alle Formalien geklärt sind."* Die vollmundige Parole des Spendenaufrufs , **„Wir verkaufen die MOZ an unsere Leser"**, taucht verständlicherweise in der neuen MOZ nicht mehr auf. Immerhin aber ist mit der Ernennung von Alexander Rudnik (Hannover) zum Geschäftsführer der MOZ ein deutlicher Schritt in jene Richtung „signalisiert" worden: Alex ist weit über die Grenzen der niedersächsischen Landeshauptstadt hinaus als M O Z-L e s e r bekannt. Na also!

Aus dem Leben gegriffen



Vertreter der Rüstungswirtschaft auf dem Weg zur nächsten großen Leistungsschau

Wie entwickeln Sie erfolgreiche Flugkörpersysteme von heute? Gestützt auf Erfahrung

... Heute befassen wir uns mit einer unüberbietbaren Vielzahl von Waffensystemen und Startfahrzeugen — vom Copperhead-Lenkgeschoß über den mobilen Pershing-Flugkörper mittlerer Reichweite bis hin zum fortschrittlichen MX-Flugkörper Peacekeeper interkontinentaler Reichweite. Darüber hinaus spielen wir eine gewichtige Rolle in solchen entscheidenden Programmen wie dem riesigen Außentank und den Bodenanlagen für den Raumtransporter Space Shuttle.
Wir werden unsere Erfahrungen auch solchen entscheidenden Programmen wie dem riesigen Außentank und den Bodenanlagen für den Raumtransporter Space Shuttle.
Wir werden unsere Erfahrungen auch weiterhin für die Entwicklung der hochmodernen Verteidigungssysteme einsetzen, **die die freie Welt in den 80er Jahren und darüber hinaus benötigt.**
Martin Marietta
Maryland USA

* * *

Aus der Not geboren. Im Feuer erprobt.

Bei der Beschaffung von Waffen ist die unauffälligste Quelle oft die beste. Waffensysteme von Armscor sind nicht zum Anschauen da. Sie sind im härtesten Gelände Afrikas erprobt worden und haben sich im Kampf bewährt... Unsere Systeme können praktisch allen Anforderungen angepaßt werden ... Unsere Produktionspalette reicht ... bis zu hochentwickelten Flugkörpersystemen und hochmobilen Artilleriewaffensystemen. Nutzen Sie kampferprobte Leistung ohne Schau ...

Armscor
Kampferprobte Zuverlässigkeit
Pretoria (Republik Südafrika)

* * *

Zwei Flugzeuge in einem

Die F/A-18 Hornet ist die zweifache Antwort auf die Verteidigungsbedürfnisse der freien Welt — ein dauerhaftes, verläßliches Kampfflugzeug, das sich für Kampfeinsätze und Angriffsoperationen gleich gut eigne ...
Bei Kampfeinsätzen ist die Hornet genauso tödlich, denn sie kann selbst bei schlechter Sicht 8 Tonnen Kampfmittel ausbringen — mit erstaunlicher Genauigkeit ... Und wenn sie schließlich vom Ziel abdreht, verfügt sie über die erforderliche Geschwindigkeit, die Feuerkraft und Manövrierfähigkeit, um sich den Rückweg freizukämpfen.
Die Hornet. Zwei Flugzeuge zum Preis von einem. Auf unserer Seite vertrauenerweckend, furchtgebietend für den Gegner.

McDONNELL DOUGLAS

* * *

KRAUSS MAFFEI
Advanced cost-effective, with the correct caliber.

KRAUSS MAFFEI
Advanced cost-effective, with the correct caliber.
wildcat

Recent combat experience have shown that during low level air defense engagements, a variety of targets have to be fought, particular:
+ terrain following armored attack helicopters
+ armor protected ground attack aircraft
+ similarly protected fighters and fighter bombers
+ heavily armored ground vehicles.
Serious damage against these threats is only possible by a direct hit with high explosive incendiary effect, not with fragments. 26 rounds/sec at a target guarantees kill performance.
Twin 30 mm cannon — the ultimate solution against surprise aerial and ground attacks.

Krauss-Maffei Aktiengesellschaft
8000 München 50

* * *

... Aufklärung in Echtzeit ermöglicht schnelle Reaktionen durch die Truppenführer. Die SCOUT hat ihren taktischen Wert immer wieder im Gefechtseinsatz bewiesen. Die israelischen Streitkräfte sind ebenso wie andere Armeen, bei denen die SCOUT im Einsatz ist, von der Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit, der Langlebigkeit und Überlebensfähigkeit der SCOUT überzeugt ...
Kommen Sie noch heute zu uns — vielleicht brauchen Sie die SCOUT schon morgen.

IAI/ Israel Aircraft Industries Ltd ...

* * *

MLRS jetzt bei der 1. Infanteriedivision des US-Heeres einsatzbereit

Mit der Einführung der MLRS erhält die Heerartillerie eine größere bewegliche Feuerkraft als jemals zuvor.
Es verschießt bei Serienfeuer 12 Raketen in weniger als einer Minute. Die Raketen erreichen Ziele in Entfernungen bis zu 30 km. Sie können diese Ziele mit Tausenden von einsatzspezifischen Tochterladungen eindecken...
Das ist das Mehrfachraketenwerfersystem MLRS (Multiple Launch Rocket System) von Vought — **dafür ausgelegt, massierte angreifende Verbände auszuschalten...** MLRS wird außerdem im französischen, deutschen, britischen und italienischen Heer eingeführt.
MLRS kann eine Wand aus Abwehrfeuer errichten, denn es ist zuverlässig und einfach zu bedienen. Darum wird es auch als „soldatenfreundliches System" bezeichnet ...

Mit MLRS behaupten wir die Spitzenstellung der USA auf dem Gebiet taktischer Flugkörper. Vought Corporation. Dallas, Texas.

* * *

poration. Dallas, Texas.

* * *

Wenn Sie uns brauchen, sind wir zur Stelle

Sie brauchen einen bewährten und zuverlässigen leichten Mehrzweckhubschrauber. Hughes hat ihn. Die Defender-Serie — die kostengünstige Lösung für leichte Angriffs- und Aufklärungsaufgaben auf der ganzen Welt... Der Defender kommen unsere umfangreichen Erfahrungen mit der Integration von Einsatzausrüstungen und Waffensystemen und mit der Auslegung von Besatzungsstationen zugute. Unsere Erfahrungen beruhen auf den zahlreichen weltweiten Einsätzen der 500 MD und auf der Entwicklung des modernsten Kampfhubschraubers der Welt, der AH-64A Apache für das US-Heer.

Hughes Helicopters, Inc.
Culver City, California, USA
Mit der bewährten — erschwinglichen Lösung

* * *

TÖDLICH.

Abwehr gepanzerter Einheiten. Bewaffneter Geleitschutz. Feuerunterstützung. Luftkampf. Invasions-Abwehr. Schutz der eigenen Reserven. Die Kampfkraft des Bell AH-1S Cobra ermöglichst flexible, rasche und vernichtende Aktionen in Verteidigung und Angriff. Seine eindrucksvolle Feuerkraft ist unübertroffen. Wenn der Bell Cobra zuschlägt, wird er gefürchtet.

Bell Helicopter TEXTRON
Ft. Worth, Texas, USA

* * *

Mobilität

Die Artillerie des Warschauer Paktes ist in Mitteleuropa dem westlichen Verteidigungsbündnis zahlenmäßig vierfach überlegen. Deshalb werden an die Artillerie der NATO höchste qualitative Anforderungen gestellt. Sie muß imstande sein, einen möglichen Angreifer bereits in der Tiefe des Raumes zu stören und abnutzen zu können. Sie soll die gegnerische Artillerie niederhalten und den eigenen Kampftruppen Beweglichkeit verschaffen ... Dieses Konzept erfüllt die Panzerhaubitze 155-1 — die voraussichtlich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Truppe übergeben wird — in höchstem Maße ...
Ein Rheinmetall-Beitrag zu erhöhter Verteidigungsbereitschaft für Bundeswehr und Bündnis.

Rheinmetall Wehrtechnik
4000 Düsseldorf 1

* * *

Erfahrung und Verantwortung in der Wehrtechnik

Ausrüstungsgüter für die Bundeswehr, das heißt Sicherheit für unseren freiheitlichen Rechtsstaat, Sicherheit vor Aggression.
Verteidigungserzeugnisse erfordern ein Höchstmaß an Präzision und Zuverlässigkeit. Das setzt Maßstäbe in Entwicklung und Fertigung.
DIEHL erfüllt seit nunmehr 25 Jahren diese Erfordernisse.
DIEHL gewährleistet ein Höchstmaß an know how und technischer Qualität.
DIEHL bietet ein breites Spektrum an wehrtechnischem Gerät ...
DIEHL-Produkte für die Landesverteidigung werden hergestellt in den Werken der
DIEHL GmbH & Co. sowie bei
Mauser-Werke Oberndorf GmbH
Gebrüder Junghans GmbH
Hoffmann-Werke GmbH
Metaalwarenfabriek Tilburg B.V.

Gebrüder Junghans GmbH
Hoffmann-Werke GmbH
Metaalwarenfabriek Tilburg B.V.

Diese Werke und Tochtergesellschaften garantieren Leistungsfähigkeit und Produktqualität

* * *

Kampferprobt

Schiffsgeschütze und FK-Startsysteme von VSEL gehören zu den fortschrittlichsten und vielseitigsten ihrer Art. Ihre Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit ist im Gefecht überzeugend nachgewiesen worden und hat sie weltweit an die Spitze gebracht. VSEL verfügt über die erforderlichen Einrichtungen und das Personal, um diese Systeme entwickeln, herstellen und in Betrieb nehmen zu können ...

VSEL Armaments
Vickers Shipbuilding & Engineering Ltd.
Ein Tochterunternehmen von British Shipbuilders

* * *

Auf der ganzen Welt tragen Wehrsysteme von Westinghouse dazu bei, das zu beschützen, was den größten Schutz verdient — das Leben in Frieden.

Als einer der größten Wehrelektronik-Hersteller hilft Westinghouse den freien Nationen, ihre Sicherheit und ihr Leben in Freiheit selbst zu verteidigen.
Hierbei kommen Westinghouse das analytische Know-how, die technologische Reife und Vielseitigkeit sowie die Erfahrung einer langfristigen, verantwortungsbewußten Kundenbetreuung zugute...

Zur Verteidigung seiner nationaten Sicherheit braucht ein Land mehr als Hardware — heute mehr denn je. Das setzt voraus, daß es Lieferanten gibt, die realistische Lösungen anbieten können, die den Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen. Dazu braucht man Hersteller, die für die Erzeugnisse auch die volle Produktbetreuung übernehmen — wie Westinghouse Defense. Heute mehr denn je.

* * *

Im Gefecht entstanden

Systeme von Elbit. Im Gefecht entstanden. Im Einsatz gehärtet. Kampfbereit. Command, Control and Communication Systems, die Strategie in Realität umsetzen. **Ein Potential, das dem Vormarsch der Truppe Dynamik verleiht...** In Forschung, Produktion und Leistung hält Elbit eine Frontstellung. Stärken Sie ihre Streitkräfte durch Erfahrung. **Erfahrung, wie sie nur im Gefecht gewonnen werden kann.**

ELBIT COMPUTERS LTD.
Haifa/Israel

* * *

Für die Verteidigung der freien Welt

Seit vielen Jahren setzt die Firma General Electric ihre Fähigkeiten, ihre Technologie und ihre Hilfsmittel nachdrücklich für die Schaffung einer umfangreichen und wettbewerbsfähigen Palette von Flugzeugtriebwerken und das gesamte Spektrum an Verteidigungsaufgaben ein. Von Jägern, Bombern und Tankerflugzeugen bis zu Transportflugzeugen, Aufklärern und Hubschraubern ...
Moderne Technologie von GE. Triebwerke für optimale Flugleistungen zur Verteidigung der freien Welt. Wenn Sie mehr wissen wollen, sprechen Sie mit unseren Projektvertretern für Triebwerke.

Verteidigung der freien Welt. Wenn Sie mehr wissen wollen, sprechen Sie mit unseren Projektvertretern für Triebwerke.

Great Engines
General Electric
USA

* * *

Eine tödliche Kombination von VSEL

SEA DRAGON ist ein rein britisches FK-Abwehrsystem der zweiten Generation mit einer unschlagbaren Kombination von Vorzügen; es ist nicht nur außerordentlich leistungsfähig, sondern auch kostengünstig und leicht auf Kriegs- und Handelsschiffen zu installieren ... Seine 30-mm-Gatlingkanone besitzt mit 4200 Schuß/min eine unübertroffene Feuerkraft. Die bewährte Geschützlafette verfügt über die zur Abwehr der Bedrohung erforderliche dynamische Leistungsfähigkeit.
Die Kombination mit einem bewährten Überwachungsradar und mit Weiterentwicklungen bewährter Systeme ... schafft ein außergewöhnliches Abwehrpotential ...

* * *

Voller Einsatz-Erfolg

Das Erfordernis zunehmender militärischer Bereitschaft und das schnelle Voranschreiten der technologischen Entwicklung stellen die Streitkräfte der freien Welt und die sie unterstützende Industrie vor **eine noch nie dagewesene Herausforderung.**
Nirgends ist diese Herausforderung so groß wie auf dem Gebiet der luftge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

stützten elektromagnetischen Kampfführung. Defense Electronic Operations von Itek hat sich dieser Herausforderung gestellt mit einem Angebot an Radarwarn-, Prüf- und Simulationssystemen — den modernsten und zuverlässigsten der freien Welt ...

Die Neuentwicklungen von Itek **werden auch den komplexen Anforderungen der 90er Jahre und danach gewachsen sein.** Itek Defense Electronics Operations bietet Systeme und die technologische Grundlage für eine erhöhte Einsatzbereitschaft und den vollen Einsatz-Erfolg.

Itek Corporation
Sunnyvale, California, USA

* * *

If it's red, it's dead

So einfach ist das Zielen mit dem ACS von Aimport.

Sie brauchen dem Piloten nur zu sagen, er soll schießen, wenn sich der rote Punkt auf dem Ziel befindet.

Das Aimpoint-Zielgerät ACS ist nur 15 cm lang und rund 8 cm hoch. Das Blickfeld des Piloten wird nicht eingeschränkt.

Dieses leichte optische Zielgerät aus schwedischer Fertigung macht Zielen **so schnell und einfach wie noch nie** — für alle Arten von Rohrwaffen und Flugkörpern ...

Aimpoint Treffgenauigkeit wie auf Kernschußweite.

Aimpoint AB
Malmö, Schweden

* * *

EIDOPHOR — damit man im Kommandozentrum weiß, was auf dem Felde vor sich geht.

Mit EIDOPHOR haben Sie die Gefechtslage immer vor Augen. Veränderungen erscheinen sofort auf dem projizierten EIDOPHOR Fernsehbild. So werden Sie den Überblick über die aktuelle Lage immer beibehalten.

EIDOPHOR Fernseh-Projektoren liefern brillante, farbentreue und helle Bilder, im Format von 4 x 3 Meter bis zu 12 x 16 Meter.

EIDOPHOR, weil große Bilder Bände sprechen.

EIDOPHOR Limided
Regendorf-Zürich, Schweiz.
GRETAG ELEKTRONIK GmbH
6078 Neu-Isenburg

* * *

INTERNATIONALE WEHRREVUE 2/1983

**Rapier
Im Südatlantik mehr als nur kampferprobt**

Der Falkland-Feldzug hat weit mehr bewiesen als nur die Vernichtunsleistung des Boden/Luft-FK-Systems Rapier gegen tiefstfliegende Ziele. Immer wieder wurden all die entscheidenden Vorzüge des Systems im Einsatz deutlich — Wartungsfreundlichkeit ... Transportfähigkeit ... Beweglichkeit ... Reaktionsschnelligkeit ... Bedienungsfreundlichkeit ... Flexibilität im Einsatz ... die Treffgenauigkeit und die Vernichtungswirkung im Ziel ...

Die gezogene Version TOWED RAPIER ist beim britischen Heer und bei den NATO-Streitkräften in Deutschland und anderswo einsatzbereit. Sie ist außerdem bei Streitkräften in Australien, in Afrika, im Nahen und im Fernen Osten im Einsatz und wurde von der US-Luftwaffe zur Verteidigung von britischen Luftstützpunkten und von der Schweiz bestellt ...

Rapier — Erfolg, der auf Erfolg gebaut ist
British Aerospace Dynamics Group unequalled in its range of aerospace programmes

* * *

Von jetzt an gibt's Menü!

Denn Kärcher bringt eine Feldküche mit völlig neuen Möglichkeiten.
Ihr Auftrag:
+ Sicherung der Feldverpflegung
+ Erhöhung der Einsatzbereitschaft
+ Stärkung der Moral

**Unsere Lösung:
Die Feldküche der Zukunft.**

... Vergessen Sie also den monotonen Eintopf und stellen Sie auf schmackhaftes Menü um — der Truppe und sich selbst zuliebe!

Alfred Kärcher GmbH & Co.
Mobile Systeme für öffentliche Auftraggeber und Sonderkunden.

> Auch wenn es manchmal nicht so scheint: Alle als Zitate gekennzeichneten Texte sind (abgesehen von Hervorhebungen) wirkliche, wörtliche Zitate. Das gilt auch für die hier wiedergegebenen Anzeigen der Kriegsindustrie, von denen die meisten in der in Genf herausgegebenen Militärfachzeitschrift „Internationale Wehrrevue" publiziert wurden.

Das gehört einfach zur deutschen Leistungsfähigkeit

> TOKIO, 16. Dezember (dpa). Der verteidigungspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Wimmer, hat die Entscheidung kritisiert, bei der ersten großen Leistungsschau der deutschen Industrie im kommenden Frühjahr in Japan aus politischen Rücksichten keine Waffen vorzuführen ... **„Zur deutschen Leistungsfähigkeit gehören nicht nur Namen wie Wella, Triumph und Mercedes, sondern auch Leopard"**, sagte Wimmer. Dabei verwies er auf die französische Vorführung der Schiffsabwehrrakete „Exocet" in Japan im vergangenen Jahr.
> (FAZ, 17.12.83)

Die Vorführung auf Falkland war eigentlich noch sehr viel eindrucksvoller. Aber ansonsten hat Wimmer schon recht: ausgerechnet in Japan dürfen deutsche Wertwaffen auf keiner Leistungsschau fehlen. Was sollen die denn sonst von uns denken?

Tierversuche

> WASHINGTON, 24. Januar (AP). Das US-Verteidigungsministerium hat zum Jahresanfang die Beschießung von lebenden Tieren für die Erforschung der Wirkung neuer Geschosse wieder zugelassen. Wie am Montag in Washington bekannt wurde, hob das Pentagon das Verbot für den Einsatz lebender Tiere bei Geschoßtests auf. Nur Hunden und Katzen dürfen weiterhin keine Schußverletzungen zu Übungszwecken beigebracht werden.

Ein Privileg, um das sie von den Bewohnern Beiruts beneidet werden dürfen.

> Im vergangenen Jahr hatte Verteidigungsminister Caspar Weinberger das gezielte Beibringen von Schußverletzungen an Tieren zu Übungs- und Forschungszwecken untersagt, nachdem es in der Öffentlichkeit zu Protesten gegen diese Praxis gekommen war.
> (FR, 25.1.84)

Aber nun stelle man sich mal eine Anzeige der Rüstungsindustrie vor, in der es heißt: „Im Labor erprobt, im Einsatz gegen Meerschweinchen bewährt ...". Nein, nein, es geht wirklich nicht! Krieg ist eben doch durch nichts zu ersetzen.

Warum wir Giftgas brauchen

> ... müssen die Streitkräfte der NATO fähig sein, chemische Kampfstoffe zur Vergeltung in begrenztem Umfang einzusetzen ...
> ... wird ein Teil der C-Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland eingelagert.

So steht es im Verteidigungsweißbuch 1983 der BRD.
Einen höchst interessanten Aspekt der Sache erläutert uns Oberstleutnant Klaus Nissen in der bundeswehrnahen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde", Nr. 1/84:

> Das Besondere der chemischen Kampfstoffe ist aber, daß der gut für eine C-Abwehr ausgestattete Soldat sich gegen sie schützen kann, besser jedenfalls als gegen die Mehrzahl sonstiger Kampfmittel ...
> **Das bringt demjenigen einen entscheidenden Vorteil, der chemische Kampfstoffe entgegen dem Kriegs-Völkerrecht als erster und in großen Mengen überraschend einsetzt ...**
> **Die Vergeltung mit C-Kampfstoffen ist dagegen kaum wirksam,** denn die Überraschung bliebe aus, mit einem Einsatz wäre zu rechnen, die Fähigkeit zur C-Abwehr könnte voll zur Wirkung gebracht werden.

2. Tornado abgestürzt — neuer „Witwenmacher"?

Schon wieder ist ein Bundeswehr-Tornado abgestürzt — der 2. in 5 Tagen! Beim Testflug vor der dänischen Insel Samsö krachte er aus etwa 100 Meter Höhe in die Ostsee, explodierte. Pilot und Navigator retteten sich mit dem Schleudersitz. Der Tornado soll den Starfighter ablösen — von dem 253 abstürzten, 105 Piloten starben. Ist der Tornado der neue Witwenmacher? Weiter Seite 2.

„Bild", 10.1.84

So, und für alle, die es noch nicht verstanden haben, wiederholt der Oberstleutnant es noch einmal ganz langsam:

> Für denjenigen also, der chemische Kampfstoffe ausdrücklich nur zur Vergeltung gegen einen Gegner verwenden wird, der seinerseits chemische Kampfstoffe bereits eingesetzt hat, sind diese rein militärisch betrachtet von geringem Nutzen ...

Oder was man in der Bundeswehr so unter Nutzen versteht. Sind also die chemischen Kampfstoffe, die laut NATO-Angaben ausdrücklich nur für die „Vergeltung" bestimmt sind, nutzlos? Nein, denn:

> **Die Wirksamkeit der Vergeltungsmittel erhöht sich allerdings in dem Augenblick, wo der Gegner unsicher ist, ob die nach Deklaration als Repressalie bereitgehaltenen C-Kampfstoffe nicht dennoch völkerrechtswidrig als erste eingesetzt würden. Eine derartige militärische oder politische Absicht besteht selbstverständlich im Westen nicht.**

Logo, das lernt man doch schon in der Grundausbildung. Aber wie kriegt der Oberstleutnant jetzt noch die Kurve zur „erhöhten Wirksamkeit" der C-Kampfstoffe, die eigentlich nur beim Ersteinsatz gegeben ist? So:

> Die Frage ist nur, ob der WP darauf

daß nämlich die NATO nicht die Absicht zum Ersteinsatz hat ...

> vertraut; vermutlich nicht.

Ein Schlawiner, dieser Oberstleutnant! ...

Noch eine Nachrüstung

> **„Moskau will Mars besiedeln"
> US-Studie erwartet Sowjet-Kolonien auf anderen Planeten**
>
> WASHINGTON, 22. Dezember (AP). Auf dem Mond und möglicherweise auch auf dem Mars wird es nach Ansicht von US-Raumfahrtexperten in absehbarer Zeit sowjetische Kolonien geben. In einer am Mittwoch veröffentlichten Studie für den US-Kongress kommt das Amt für die Einschätzung technischer Möglichkeiten (OTA) zu dem Schluß ...

Wenn Wahnsinnsstories von diesem Kaliber aufgetischt werden, ist die Moral von der Geschichte niemals weit. Richtig vermutet, so auch hier:

> Die OTA-Einschätzung der sowjetischen Raumfahrtziele könnte dem Wissenschaftsberater Reagans, George Keyworth, Rückhalt in seiner Forderung an die Raumfahrtbehörde (NASA) geben, sie möge über eine bereits geplante Raumstation hinaus an „revolutionäre neue Unternehmen" wie die Errichtung eines bemannten Stützpunktes auf dem Mond oder den Flug von Menschen zum Mars denken.
> (FR, 23.12.83)

Der Zweck heiligt die Mittel

> Die israelische Zeitung „Maariv" notierte nach dem Besuch des Bundeskanzlers:
>
> Er habe sich zwar zur historischen Verantwortung der Deutschen für den Holocaust bekannt, sei aber nicht bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. In seiner „routinemäßigen" Gesprächsführung sei er der „Schlüsselfrage" Schamirs ausgewichen: **„Herr Bundeskanzler, wie werden Sie sich fühlen, wenn es eines Tages soweit ist, daß jüdische Soldaten mit deutschen Waffen beschossen werden?"**
> (FR, 31.1.)

Aus gleichem Anlaß gab Israels Staatspräsident Chaim Herzog der „Bild" ein Interview:

> Herzog: ... Die israelische Öffentlichkeit ist etwas besorgt wegen der Diskussionen über deutsche Waffenhilfe ...
>
> BILD: Aber Kanzler Kohl hat entschieden, keine Leo II an Saudi-Arabien zu liefern.
>
> Herzog: Darüber bin ich sehr glücklich. **Überhaupt sind neue Waffenlieferungen das letzte, was dieses Gebiet braucht ...**
>
> BILD: Würde Israel deutsche Waffen kaufen?
>
> Herzog: **Wenn wir sie für unsere Verteidigung anfordern, würde ich nichts Falsches drin sehen.**
> (Bild, 23.1.)

Verkaufsschlager

> **Ein Maschinengewehr für den Gabentisch**
>
> JOHANNESBURG, 28. November (AFP).
> Der Weihnachtskatalog der südafrikanischen Kaufhauskette „M.E." enthält in diesem Jahr ein Geschenk besonderer Art: Das moderne Maschinengewehr „LM-4", das von der südafrikanischen Armee benutzt wird und als „eines der besten Gewehre seiner Kategorie" gilt, wie im Katalog versichert wird. Der Kaufhausdirektor Daryl de Bruyn hofft, daß die 2300 Mark teure Feuerwaffe ein Verkaufsschlager werde und es den Bürgern ermögliche, „ihr Leben und ihren Besitz besser zu schützen".
> (FAZ, 29.11.83)

Ein hübsches Geschenk, das nirgendwo fehlen sollte, wo man Menschen unterdrückt und ausbeutet.

Neues von Reagans Lieblingsautor

Vor einem Monat wurde auf diesen Seiten über Reagans Lieblingsautor, den britischen General Hackett, berichtet. Er hat in einem (schon 1978 erschienenen) Buch beschrieben, wie der Westen in kaum zwei Monaten und mit den rentabilitätsgerechten Verlusten eines herkömmlichen Krieges den 3. Weltkrieg so gewinnen kann, daß der Sowjetunion der Todesstoß versetzt werden wird. Neues vom Autor ist „Bild" zu entnehmen:

> **„Hinter der Kießling-Affäre steht der sowjetische Geheimdienst KGB."** Das sagte der britische pensionierte 4-Sterne-General Sir John Hackett der BILD-Zeitung ... „Mit diesem ... schlägt der KGB gleich ... einer Klappe" ...
> Hackett zu BILD: „Die Affäre ... große Unruhe in der NATO.
> o In der Bundesrepublik hat die Affäre das Ansehen der Regierung belastet.
> o Verteidigungsminister Wörner — **ich kenne ihn gut, ein sehr fähiger Mann** — ist diskreditiert.
> o Der Ruf eines verdienten 4-Sterne-Generals (Kießling) ist angekratzt — egal, wie es ausgegangen ist.
>
> Ein Beispiel, wie die Abteilung „Desinformation" arbeitet: „Anfang der 60er Jahre wurden auf jüdischen Friedhöfen in Deutschland zahlreiche Grabsteine umgeworfen, mit Hakenkreuzen beschmiert. Zehn Jahre später berichtete ein Überläufer: **„Alles war vom KGB angezettelt, um die deutsche Regierung in Mißkredit zu bringen."**
> (Bild, 1.2.)

Warum hat Kohl denn das nicht in Israel vorgebracht, um die Lästermäuler zum Schweigen zu bringen? So verschenken wir unsere stärksten Argumente.

Zusammenstellung: Kt., Hamburg

INTERNATIONALE WEHRREVUE 2/1983

Waffenwirkung auf dem Gefechtsfeld!



Absolut realistisch mit BATTLEMASTER ... zu einem Bruchteil der Kosten!



Waffenwirkungen auf dem Gefechtsfeld können jetzt realistischer simuliert werden als jemals zuvor! Unsere neue Drucktastenkonsole **Battlemaster** für die Simulation von Gefechtsbedingungen bietet dem Übungsleiter weitgehende Eingriffsmöglichkeiten, um während der Ausbildung unter Gefechtsbedingungen einen größtmöglichen Überraschungseffekt und ein Höchstmaß an Realismus zu erzielen.

Unabhängig voneinander können Gewehrfeuer, MG-, Nebel-, Mörser- und FK-Feuer im richtigen Augenblick und in jeder beliebigen Reihenfolge simuliert werden, um den jeweiligen Fortschritten der Übenden gerecht zu werden.

Herkömmliche Darstellungsmittel, die einzeln von verschiedenen Ausbildern gezündet werden, machen zusätzliches Personal erforderlich. Mit einem einzelnen Koordinator können erhebliche Personaleinsparun... ...lt und die Verwendung kostspieliger scharfer Muni...

Krieg der Klassen

Jack Londons sozialistische Schriften

Schon zu Lebzeiten war Jack London einer der erfolgreichsten, meist gelesenen Schriftsteller seiner Zeit. Die Faszination, die von seinem Werk ausgeht, ist auch heute noch ungebrochen. Sie hat ihre Ursache zweifellos darin, daß Jack London in seinen besten Romanen und Kurzgeschichten — die eben nicht nur gut geschriebene Abenteuergeschichten sind — das Zeitgefühl vieler Menschen in der Epoche des beginnenden Imperialismus ausgedrückt hat.

Weitgehend unbekannt ist allerdings immer noch der sozialistische Schriftsteller London, trotz so hervorragender Romane wie „Die eiserne Ferse" und „Martin Eden". Das gilt auch für sein Engagement für die sozialistische Bewegung in den USA, die er mit öffentlichen Reden, politischen Essays u.ä. unterstützte. Eine Auswahl dieser Arbeiten, die Jack London 1905 und 1910 veröffentlichte und die seit den zwanziger Jahren nicht mehr publiziert wurden, ist jetzt im Verlag „internationale sozialistische publikationen" (isp) erschienen. In einem ausgezeichneten Nachwort zu Londons Texten werden die Anfänge der amerikanischen Arbeiterbewegung am Beginn des US-Imperialismus, sowie Jack Londons Leben und seine Beziehung zur sozialistischen Bewegung dargestellt.

Jack London, 1876 in San Francisco geboren, hat früh die Brutalität des Kapitalismus kennengelernt. Bereits als Zehnjähriger mußte er mit für den Unterhalt der Familie sorgen, mit fünfzehn Jahren arbeitete er zwölf Stunden am Tag in einer Konservenfabrik. In den Schriften „Wie ich Sozialist wurde" und „Was mir das Leben bedeutet" gibt London einen kurzen Überblick über sein Leben als Schwerstarbeiter, als „Prinz der Austernräuber" und Pirat. Er schließt sich während der großen Rezession 1893 dem Protestmarsch der Arbeitslosen von Kalifornien zur Ostküste, nach Washington an.

Ein Schlüsselerlebnis ist für ihn sicherlich die Zeit als Eisenbahntramp und Landstreicher. „Ich wurde ein Tramp und lief bettelnd von Tür zu Tür durch die ganzen Vereinigten Staaten und schwitzte in Slums und Gefängnissen Blut und Wasser ... Ich war in der Arbeiterklasse auf die Welt gekommen und war nun, mit achtzehn Jahren, unter meinen Ausgangspunkt gesunken. Ich befand mich im Keller der Gesellschaft, in den unterirdischen Tiefen des Elends, über die man artigerweise nicht spricht." (19). Hier, im „Keller der Gesellschaft", wird er mit sozialistischen Ideen bekannt, einer seiner Gefährten macht ihn auf das „Kommunistische Maifest" aufmerksam. Vieles von dem, was Jack London bereits geahnt hatte, wird ihm durch das Studium der Marxschen Schrift bestätigt. Nach seiner Rückkehr wird er Mitglied der Sozialistischen Partei in Oakland.

Jack Londons Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft war sehr stark geprägt von den Erlebnissen während seiner Zeit als Goldgräber in Alaska. London sah den verwirklichten Sozialismus „*als eine Gemeinschaft ausgeprägter Persönlichkeiten in der Art der Pioniere oder Goldschürfer ..., die durch das Band der Solidarität vereint ihre individuellen Fähigkeiten zugunsten der Schwächeren und zum Besten der Allgemeinheit einsetzen sollten.*" Diese paternalistische Abwandlung der Parole „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" ist auf den Einfluß der sozialdarwinistischen Theorie Spencers und der Elitetheorie Nietzsches zurückzuführen, die damals auch unter den Arbeitern diskutiert wurden.

London erkannte einzelne Erscheinungen des kapitalistischen Systems, wie z.B. die Rolle des Staates und die der Arbeiterbürokratie. Seine Auffassungen waren aber häufig sehr schwankend. Seine Ausführungen in „Die Erklärung der großen Stimmengewinne der Sozialisten in Idaho 1904" legen zumindest die Vermutung nahe, daß London teilweise darauf hoffte, die Arbeiterklasse könne durch eine Stimmenmehrheit bei Wahlen an die Macht gelangen. Auch die unsicheren ökonomischen Kenntnisse Londons fallen beim Lesen seiner Aufsätze auf, so z.B. die Annahme, der Kapitalismus müsse infolge der permanenten Überproduktion bald zusammenbrechen — eine Auffassung, die allerdings viele damalige Sozialisten in den USA teilten.

Trotz solcher Schwächen macht das Lesen dieser Artikel Spaß. Jack Londons Stärke lag vor allem in der auf den eigenen Erfahrungen basierenden Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, die in dieser Schärfe zu Beginn des 20. Jahrhunderts neu war. Präsident Roosevelt bedachte ihn dafür mit dem Ehrentitel „muckraker" („Schmutzaufwirbler"). Beispiele für diese scharfe Kritik sind z.B. die Schriften „Der Streikbrecher" und „Etwas ist faul in Idaho".

In die Sammlung sind auch zwei der besten Kurzgeschichten Jack Londons aufgenommen worden: „Der Traum von Debs" und „Südlich des Kabelbahnschachtes". „Südlich des Kabelbahnschachtes" ist — neben der großartigen Schilderung der Straßenkämpfe — eine politische Parabel über den Widerspruch zwischen dem Individualismus und der Parteinahme für die sozialistische Bewegung — ein Widerspruch, mit dem Jack London zeitlebens gekämpft hat.

Für alle, die den „ganzen" Jack London kennenlernen wollen, für alle die außer den sozialistischen Romanen „Die eiserne Ferse" und „Martin Eden" vielleicht auch (noch einmal?) den „Seewolf" oder „Wolfsblut" lesen wollen, sei das Buch „Krieg der Klassen" empfohlen.

G., Kultur-Kommission

Jack London: Krieg der Klassen. Sozialistische Schriften, hrsg. von Paul B. Kleiser und Christian Geyer, Frankfurt/M 1983 (isp-Verlag)



Jack London geb. 1876 gest. 1916

„*Wie wäre es mit einer kleinen Liebesgeschichte*"

„Wir wußten nur dieses: Eines der tiefsten Worte der deutschen Sprache sagt von zwei Leuten, daß sie sich nicht riechen können. Wir konnten es, und das ist, wenn es anhält, schon sehr viel. Sie war mir alles in einem: Geliebte, komische Oper, Mutter und Freund. Was ich ihr war, habe ich nie ergründen können."

Ja, das ist doch aus ..., das ist doch von ... Wer's erkannt hat, der soll's jetzt noch mal lesen, und wer nicht draufgekommen ist: ja, Donner aber auch! Nichterkennern und erst recht Nichtkennern ist jetzt zu helfen, in ganz besonders aparter Weise sogar. „Schloß Gripsholm" (aha!) von ... nein, wem ich jetzt noch den Autor nennen müßte, mit dem würd' ich eh nicht verkehren wollen — „Schloß Gripsholm", diese ach so ganz unbeschwert heitere, also auch tiefmelancholische vom Meister Rowohlt per Schreiben vom 8. Juni 1932 bestellte „kleine Liebesgeschichte", die der Autor — nach der grundsätzlich gestellten Frage „In der heutigen Zeit Liebe?" und vorbehaltlich verbesserter Honorarkonditionen — als „Sommergeschichte" zu liefern jedenfalls nicht völlig ablehnte, ist dieser Tage (anläßlich des 75jährigen Rowohlt'schen Verlagsjubiläums) als Sonderdruck erschienen.

Dieser Sonderdruck — nein, da muß ich etwas ausholen: 1946, Vier-Zonen-Deutschland, Trümmer, Hunger, tiefes Elend, unermeßliches Leid. Aber auch: LESEHUNGER. Lesehunger nach diesen Jahren, in denen humanistischer Geist aus Deutschland hinausgemordet worden war; Lesehunger auch, um Hunger, Dreck, Leid für eine kleine Weile zu entfliehen. Vier-Zonen-Deutschland 1946: Da gab es noch manchen Verleger, der die Literatur liebte, der seine Autoren liebte. Und manche, ganz manche dieser herrlichen Exemplare hatten gar Einfälle, wie Literatur dorthin zu bringen ist, wohin sie gehört: unters Volk. Nämlich: Ernst Rowohlt.

Der sagte teuren Druckverfahren und dem Traum vom reinweiß-holzfreien Papier ebenso Valet wie der Auffassung, daß Belletristik unbedingt der Buchform bedürfe. Und brachte heraus: Rowohlts-Rotations-Romane. Ja und? die hat's doch heute noch? jeden Monat runde dreißig, wo in der Regel bei siebenundzwanzig einem die Bäume leid tun, die dafür sterben mußten. Die hat's doch heute noch? Jein, denn anno 1946 da wurden Rowohlts-Rotations-Romane nicht nur im Rotations-(Zeitungsdruck-)Verfahren hergestellt, sie erschienen auch im Zeitungsformat. Billig war die Devise — und viel, viel von dem wenigen Guten, was seinerzeit zu haben war.

„Schloß Gripsholm" (und damit sind wir wieder im Jahr 1984 angelangt) wurde dieser Tage als Reprint der alten 46er-Ausgabe, also im Zeitungsformat (genau dem gleichen Format übrigens wie unser AK) herausgebracht; auf den vierundzwanzig Seiten verteilt die wundersamschönen und skurril-versponnenen und manchmal auch etwas kitscherten Federzeichnungen von Wilhelm M. Busch.

Fünfzig (in Zahlen: 50) Deutschpfennige sind zu entrichten für die Geschichte von Lydia, genannt „Prinzessin" von Peter, den sie ihrerseits als „weltbefohrnen dschungen Mann" anspöttelt, und mit dem sie nun Ferien macht: „Baden im See; nackt am Ufer liegen, an einer versteckten Stelle; sich voll von Sonne saugen, daß man mittags herrlich verdöst und trunken von Licht, Luft und Wasser nach Hause rollt; Stille; Essen; Trinken; Schlaf; Ruhe". Es treten weiter auf: Ein kleines Mädchen, das von einer Hexe (verkleidet als Heimerzieherin) gequält, aber schließlich von der Prinzessin und Peter gerettet wird — klar! Später kommt noch Peters Freund Karlchen hinzu, der der Prinzessin einen „großen Strauß aus Mohrrüben, Petersilie und Sellerie" darbringt, „denn so liebte er, wenn er liebte". Als das Karlchen weg ist, reist der Prinzessin Karlchen an: Billie, Sybille bürgerlich, die — ungewollt (?) — Daddies (so heißt Peter eben auch) Gefühlshaushalt durcheinanderwirbelt (Peter: „Kikeriki — machte es in mir ganz leise, Kikeriki ..."), was des Näheren aber gefälligst selbst nachzulesen ist.



„Heute ist vorgestern", merkt die Prinzessin an. „Das war so ihre Art der Zeitrechnung, da wir übermorgen fortfahren wollten, so war heute vorgestern."

„Vorgestern" spätestens sollte auch „Rheinsberg" für Fortgeschrittene, eben: „Schloß Gripsholm" gelesen werden — jenes „kleine Buch", das „den schmalen Besitz der Deutschen an echten Humoristika vermehrt hat" (Walter Kiaulehn, 1946); gelesen werden von denen, die's gut mit sich meinen. Schließlich: Wir brauchen unsre Heiterkeit — das wußte Tucholsky.

K., Hamburg